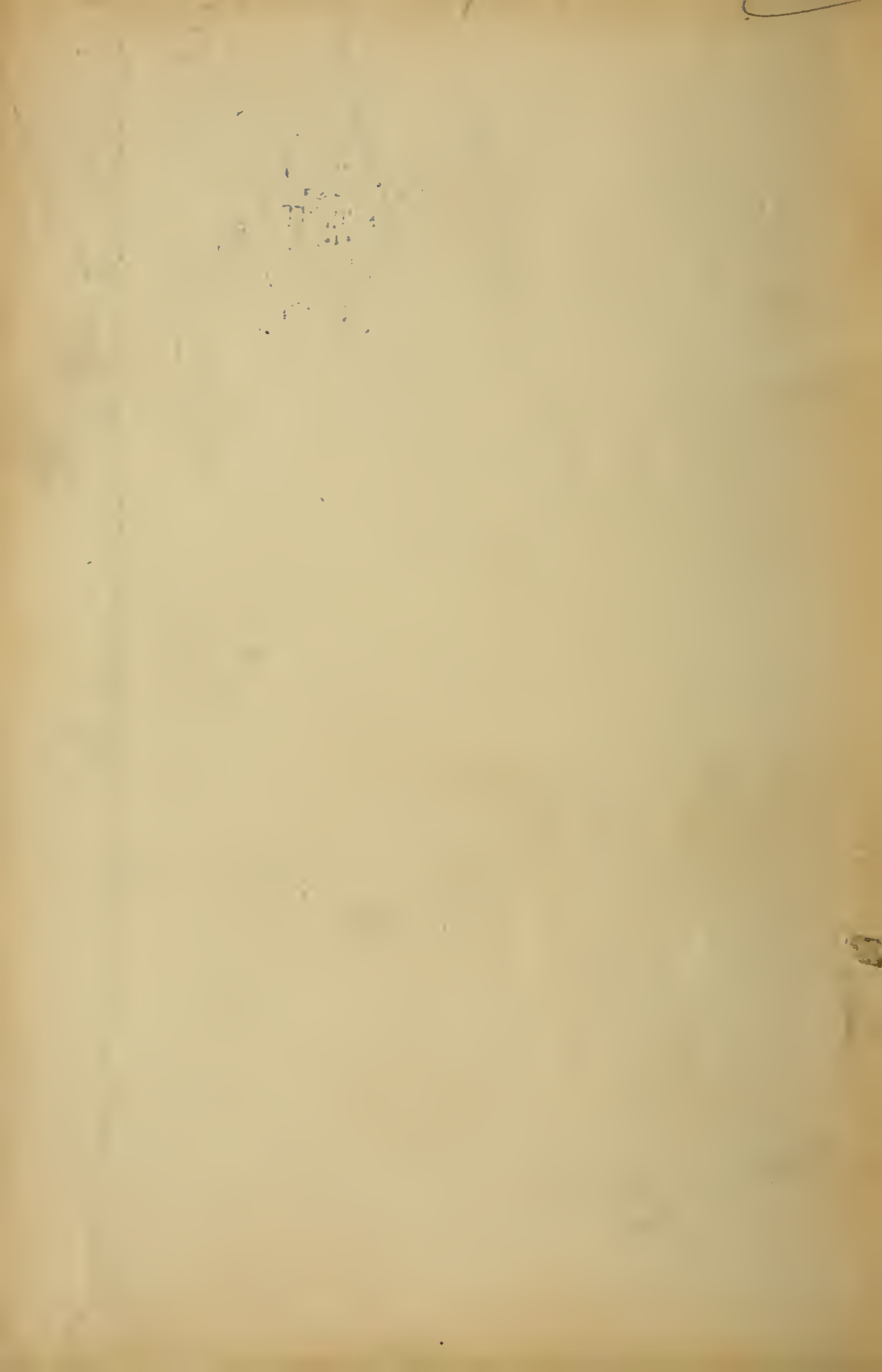




Sozialpolitisches Handbuch.

Herausgegeben

von

Dr. H. Lux.

Berlin 1892.

Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

(Th. Glocke).



Inhaltsübersicht.

I. Der kritische Theil des sozialdemokratischen Programms.

Seite

Seite

II. Die wirthschaftlich starke Klasse besitzt die Macht.

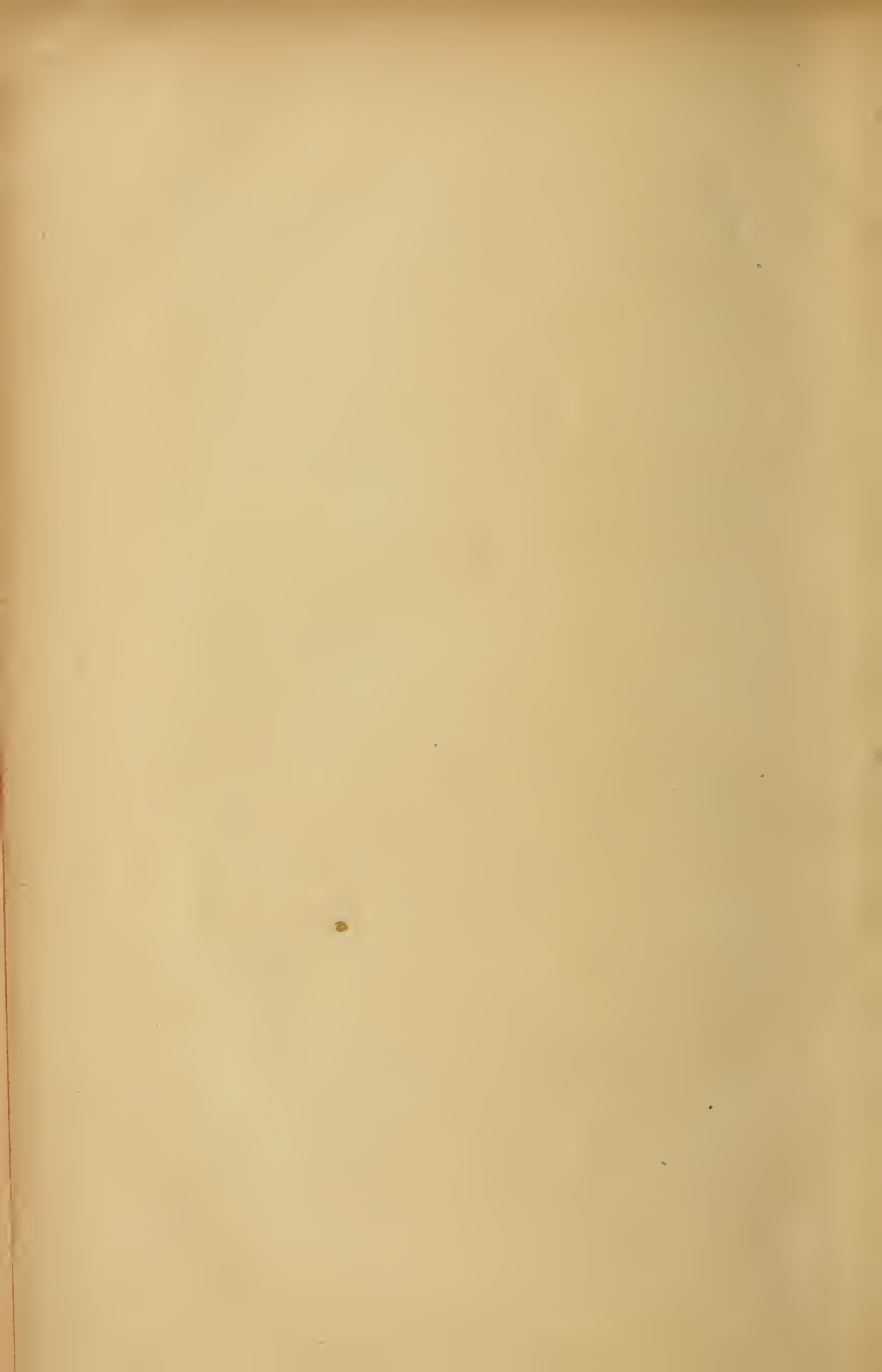
Seite

Seite

III. Die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft durch den Kapitalismus.

Alphabetisches Sach- und Namensverzeichniß.

*) Im Text ist Zeile 21 zu lesen: Wohnungen aus nur einem heizbaren Zimmer bestanden in . . ., ferner zu berichtigen: Hamburg 39 Prozent und Breslau 59 Prozent.



Vorwort.

Es ist eine bekannte Erfahrung, daß selbst leidlich gewandte Agitatoren nicht selten durch Anführung tendenziös zugespitzten Thatsachenmaterials von Gegnern in die Enge getrieben werden, obwohl doch in zahlreichen Schriften unserer Literatur beweiskräftiges Material genug offen am Wege liegt, daß ihnen weiterhin häufig für die Agitation selbst ausreichendes Material nicht zur Hand ist, und daß schließlich auch unseren Redakteuren ein geeignetes Nachschlagebuch fehlt, in welchem sie sich bei politischen und ökonomischen Fragen leicht Rath holen können. Wir unternahmen es daher, ein gedrängtes Compendium zusammenzustellen, das allen diesen Ansprüchen genügen soll, das aber auch handlich genug ist, um den Agitator überall hin zu begleiten. Der Gedanke lag sehr nahe, einfach ein lexikographisch angeordnetes Nachschlagewerk auszuarbeiten, aber abgesehen davon, daß in einem solchen Buche der innere Zusammenhang des sozialdemokratischen Lehrgebäudes nicht zum Ausdruck kommt, und außerdem Wiederholungen unvermeidlich wären, würde auch ein rein lexikographisches Werk nur das Interesse eines beschränkten Leserkreises in Anspruch nehmen können. Um aber auch zugleich ein Agitationsmittel für weitere Leserkreise zu schaffen, entschlossen wir uns daher, in zusammenhängender Darstellung einen gedrängten Abriß unserer Bewegung, ihrer treibenden Kräfte und ihrer wirthschaftlichen und politischen Widerstandsmomente zu geben, wobei wir gleichzeitig auf die Heranziehung einer möglichst großen Fülle aktuellen Thatsachenmateriales bedacht waren, das sich zwanglos in die Darstellung einfügt. So wird das Werk für jeden Einzelnen, der sich über die Sozialdemokratie zu unterrichten wünscht, an sich lesbar und verliert doch nicht seinen Werth als Nachschlagebuch, welchem letzteren Zweck durch ein ausführliches alphabetisches Sachregister in weitestem Umfange Rechnung getragen wird, so daß es auch

wieder als politisches ABC=Buch zu gebrauchen ist. Außerdem aber machten wir es uns noch zur Aufgabe, durch zahlreiche Hinweise auf leicht zugängliche Erzeugnisse der sozialdemokratischen Literatur zum eingehenden Studium dieser selbst anzuregen, so daß unsere Arbeit auch gewissermaßen zum Schlüssel dieser wird.

Nach der ganzen Anlage des Buches konnte es nicht unsere Aufgabe sein, neue und originelle Gedanken zu entwickeln; seinem ganzen Wesen nach ist das Buch vielmehr nur compilatorisch. Dafür aber haben wir uns bemüht, in allen Fällen nur authentische Zahlenangaben und amtliche Bekundungen heranzuziehen, damit das Buch von vornherein Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben kann.

Wir hoffen, daß wir mit dem vorliegenden Buche einem fühlbaren Bedürfniß Abhülfe geschafft haben, und daß es zu einer wirksamen Waffe in dem geistigen Kampf der Sozialdemokratie werden wird, damit hätten wir unsere Hauptaufgabe erfüllt.

Für jeden Wink bezüglich der Anordnung des Stoffes, für thatsächliche Berichtigungen oder Bereicherungen des Materials werden wir immer dankbar sein.

Magdeburg, Oktober 1891.

Dr. H. Lux.

I. Theil.

Der kritische Theil des sozialdemokratischen Programms.

Der wissenschaftliche und der utopistische Sozialismus.

Der moderne wissenschaftliche Sozialismus hat sich vorzugsweise mit der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigt. Gerade der Begründer desselben, Marx, hat schon in einer seiner ersten Schriften, den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, darauf endgültig verzichtet, der Welt ein neues Evangelium zu predigen, nach welchem sie sich als der einzig wahren Quelle „der ewigen Gerechtigkeit“ ummodeln müsse.

Der moderne wissenschaftliche Sozialismus hat sich hauptsächlich mit der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigt; — dies ist sein Hauptzweck.

Er begnügt sich damit, die „alte Welt vollkommen an das Tageslicht“ zu ziehen, und entwickelt nun die Keime der neuen zukünftigen Gesellschaft, welche die Gegenwart schon heute in ihrem Schooße trägt. In diesem Sinne schrieb er 1843 an Arnold Ruge: „Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: ‚Lasse ab von Deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug, wir wollen Dir die wahre Parole des Kampfes zuschreien‘. Wir zeigen ihr nur, warum sie kämpft.“

Mit beißendem Spotte gedenkt Marx der wissenschaftlichen Projektmacher, welche da vermeinen, die „Auflösung aller Räthsel in ihrem Pulte liegen zu haben,“ sodaß die dumme Welt nur das Maul aufsperren braucht, „damit ihr die Tauben der absoluten Wissenschaft in den Mund fliegen.“ Marx war sich schon im Jahre 1843 vollkommen darüber im Klaren, *daß man nur durch die Erkenntniß der bestehenden Verhältnisse und der in denselben treibenden, vorwärtsstoßenden Faktoren zu einem Einblick in die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft gelangen könnte.*

Demnach stellte er als erste Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus auf: die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und die daraus fließende Bestimmung der Entwickelungsgesetze derselben.

„Das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen,“ bezeichnet er daher als „letzten Endzweck“ seines Hauptwerkes.

Anschauung der Utopisten.

Ganz anders dachten und handelten vor Marx die sogenannten utopistischen Sozialisten. Diese utopistischen Sozialisten wollten ein für allemal gültige Baupläne der zukünftigen Gesellschaft entwerfen. Sie hatten ja erst begriffen, was wahre Vernunft und Gerechtigkeit in der Gesellschaft heißt, und daher brach erst mit ihnen das tausendjährige Reich des allgemeinen Glückes, des ewigen Friedens an. „Es fehlte eben der geniale einzelne Mann, sagt Engels in seiner Schrift „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“, der geniale einzelne Mann, der die Wahrheit erkannt hat; daß er jetzt aufgetreten, daß die Wahrheit gerade jetzt erkannt worden, ist nicht ein aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Entwickelung folgendes, unvermeidliches Ereigniß, sondern ein reiner Glücksfall. Er hätte ebenso gut 500 Jahre früher geboren werden können und hätte dann der Menschheit 500 Jahre Irrthum, Kämpfe und Leiden erspart.“ Die sozialistischen Utopisten sahen daher die Entwickelung ihrer sozialistischen Ideen für einen reinen Zufall an und verkannten vollkommen die Abhängigkeit derselben von dem Wirthschafts- und Gesellschaftsleben ihrer Zeit. Selbst der große Denker Thomas Morus, der dem sozialistischen Utopismus durch sein Werk „Die Utopien“ den Namen gegeben hat, ist in seinem ganzen Gedankengange von den großen Strömungen seiner Zeit beeinflußt worden. Karl Kautsky hat dies in seinem Werk über die Utopien des Thomas Morus im Einzelnen nachgewiesen.

Der wissenschaftliche Sozialismus führt zu einer kritischen Würdigung der Utopisten.

Erst der neueren geschichtlichen Anschauungsweise unserer wissenschaftlichen Sozialisten ist es geglückt, ein ganz neues Licht über die alten, früher vielfach verspotteten Utopisten zu verbreiten. Die glänzenden Kritiken der modernen wirthschaftlichen, politischen und sozialen Einrichtungen, wie sie sich in den Schriften eines Morus, Fourier, Owen finden, sind erst durch Engels, Bebel, Kautsky zu ihrem Rechte gekommen. Endlich erst bricht sich die Ansicht Bahn, daß die damals noch unentwickelten wirthschaftlichen Verhältnisse nothwendig utopistische Verbesserungspläne und soziale Wunderrezepte in den Köpfen erzeugen mußten.

Nirgends ließ die wirthschaftliche Entwickelung der damaligen Zeiten erkennen, daß sie durch die allmälige Verdrängung des Kleinbetriebes durch den gesellschaftlichen Großbetrieb auf den Sozialismus selbst mit Nothwendigkeit lossteuert.

Die Utopisten sahen noch nicht, daß schon in der kapitalistischen Gesellschaft selbst die Grundlagen des Sozialismus gelegt werden, indem sie (die Gesellschaft) mehr und mehr Großbetriebe schafft, die schon auf sozialistischer Arbeit, auf der gesellschaftlichen Produktion von Hunderten und Tausenden von Industriearbeitern beruhen.

Alle die treibenden Kräfte unserer Wirthschaft, welche in ihrer Fortentwickelung neue gesellschaftliche Gebilde in's Leben rufen, kamen noch nicht klar zum Ausdruck, und daher bildeten sich denn in den Köpfen der Utopisten phantastische Pläne über diese neuen Gebilde aus.

Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Gegen diese phantastischen Konstruktionen der neuen Gesellschaft machte der wissenschaftliche Sozialismus nun entschieden Front. Er wies auf die bestehenden Verhältnisse als auf den Schlüssel für die zukünftigen hin und entsagte damit ein für allemal jener früher so beliebten Zukunftsmalerei, welche die spätere Gesellschaft bis zu der Uniform des letzten Nachtwächters herunter genau ausmalte. Diesem Programm des wissenschaftlichen Sozialismus ist nun die Sozialdemokratie treu geblieben. Sie hat sich meist auf die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt.

Dementsprechend hat der wissenschaftliche Vorkämpfer der Sozialdemokratie, Karl Marx, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, den kapitalistischen Produktionsprozeß von Neuem untersucht. Die Resultate seiner Untersuchungen hat er in seinem „Kapital" niedergelegt. Sie gipfeln vor Allem in seinen Lehren über das Werthgesetz der kapitalistischen Produktion und dem kapitalistischen Mehrwerth.

Der kapitalistische Mehrwerth.

Werth der Waare durch die gesellschaftlich-nothwendige Arbeitszeit bestimmt; — Begriffsbestimmung dieser.

In unserer heutigen Gesellschaft bestimmt nach Marx die in den Waaren verkörperte, gesellschaftlich-nothwendige Arbeitszeit den Werth dieser Waaren.

Als gesellschaftlich-nothwendig gilt jedoch nur die Arbeitszeit, welche bei Herstellung einer Waare unter den gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen vom Produzenten aufgewendet ist. Nur die Einzelarbeit dieses oder jenes Arbeiters, welche sich in ihrer Leistungsfähigkeit als eine gesellschaftliche Durchschnittsarbeit darstellt, hat eine vollgültig-werthbildende Kraft. Außerdem müssen die Arbeitsmittel, mit denen der Arbeiter produzirt, den durchschnittlich in der Gesellschaft gebräuchlichen Arbeitsmitteln entsprechen, damit die verausgabte Arbeitszeit sich als eine gesellschaftlich-nothwendige Arbeitszeit erweist.

Arbeitet ein kleiner Schuhmacher z. B. mit geringer Leistungsfähigkeit an einem Stiefelpaare 20 Stunden, während in der Gesellschaft durchschnittlich zur Produktion desselben nur 16 Stunden aufgewendet werden, so stecken in dem Stiefelpaare auch nur 16 gesellschaftlich-nothwendige Arbeitsstunden.

Produzirt ferner die Gesellschaft im Allgemeinen mit entwickelten Werkzeugsmaschinen die Stiefeln, während unser Schuhmacher noch

mit seinem dürftigen Handwerkszeug fortarbeitet, so wird seine individuelle Arbeit noch weiter herabgesetzt, bis sie das Durchschnittsmaß der gesellschaftlich-nothwendigen Arbeitszeit erreicht hat.

Wenn die Gesellschaft in 10 Stunden durchschnittlich die Stiefeln herstellt, so stecken auch nur in seiner Arbeit 10 gesellschaftlich-nothwendige Arbeitsstunden. Ist ferner der Markt mit Stiefeln überhäuft, so wird vielleicht das Stiefelpaar unseres Schusters gänzlich entwerthet werden. Der Marktmagen kennt einen bestimmten Grad der Sättigung und ist dieser erreicht, so bleibt das Arbeitsprodukt vollkommen ungebraucht liegen. Die zur Herstellung dieser überflüssigen Produkte verausgabte Arbeitszeit war keine gesellschaftlich-nothwendige, und sie hat daher nicht Werthe geschaffen. Jedes Arbeitsprodukt muß, um Träger von Werth zu sein, ein gesellschaftliches Bedürfniß befriedigen. „Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeitszeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit: und bildet daher keinen Werth." (Marx: Kapital I, 8.)

Ueber diese so genaue Bestimmung des Waarenwerthes in der Marx'schen Theorie haben seine Kritiker meist hinweggelesen, so Schäffle, Sybel 2c. 2c. Noch in jüngster Zeit schob Professor Brentano in seiner Schrift: „Welches sind die Ursachen der heutigen sozialen Noth" dem so peinlich genau definirenden Theoretiker Marx unter, daß dieser voraussetzte, „jedes Produkt, auf dessen Herstellung Arbeit verwendet wurde, begegne einem vorhandenen Bedürfniß"....

Und dennoch hat Marx an dem Beispiel eines für den Markt produzirenden Leinewebers nachgewiesen, daß sehr wohl das Produkt desselben, wenn das gesellschaftliche Bedürfniß für Leinewand schon „durch nebenbuhlerische Leineweber gesättigt ist, überschüssig, überflüssig und damit nutzlos" werden kann.

Wir glauben hiermit auf den Einwand unserer Gegner, Marx halte jede auf ein Produkt verausgabte Arbeitszeit schlechtweg für werthbildend, ausführlich genug eingegangen zu sein. Im Durchschnitt tauschen sich nun die Waaren nach der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit aus.

Austausch der Waaren gegeneinander nach der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit.

Sie tauschen sich zuerst direkt aus, Waare gegen Waare, bis schließlich im entwickelteren Waarenverkehre eine Waare zum Werthmesser der übrigen erhoben wird. So z. B. das Vieh, das Gold, das Silber.

Nun stellen alle Waaren ihren Werth in Gold oder Silber dar, z. B. 30 Ellen Leinewand haben den Werth von einem Viertelpfund Silber. Die bestimmten Gewichtstheile des Silbers, die den Werth der Waaren im Tausche zum Ausdruck bringen, bezeichnet man nun mit Thaler, Mark 2c., und wir haben dann die im Verkehre gebräuchlichen Werthausdrücke.

Nehmen wir z. B. einen alten Thaler zur Hand, so steht auf demselben: Vereinsthaler XXX Ein Pfund Fein.

In der Produktion ist nun den Waaren, wie wir sahen, eine bestimmte Menge gesellschaftlicher Arbeitszeit eingeprägt worden. Wechseln sie nun im Austausche nur die Stelle, so kann ihnen kein neuer Werth zugefügt sein.

Dadurch, daß Müller die Waarenmasse erhält, welche vorher Schulze besaß, hat keine Neuschöpfung von Werth, kein Zusatz neuer Arbeit stattgefunden. Produktiv kann daher der Austausch nie wirken. Er kann nur durch Uebervortheilung des Käufers durch den Verkäufer zu einer neuen Vertheilung der geschaffenen Arbeitswerthe führen, er kann aber nie Quelle neuer Werthe sein. Schlägt z. B. der Verkäufer seine Waare um 10 Prozent auf, so ist dann der Käufer um 10 Prozent geprellt.

Die Gesammtsumme der Werthe hat sich durch diesen Austausch nicht geändert. Was sich auf der einen Seite als Gewinn darstellt, zeigt sich auf der anderen als Verlust.

Nehmen wir nun an, der Austausch vollziehe sich ganz korrekt, keine Uebervortheilung finde statt von Seiten einer Gesellschaftsklasse, einer Kaufmannsklasse, die sich des Austausches der Waaren bemächtigt hat.

Wie kann sich der Kapitalist bereichern?

Kann sich da noch, so fragen wir jetzt, ein Kapitalist bereichern? „Wie ist es möglich, fortwährend theurer zu verkaufen, als man eingekauft hat, selbst unter der Voraussetzung, daß gleiche Werthe ausgetauscht werden gegen gleiche Werthe?“ (Engels: E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 198).

Diese Frage hat Marx in seinem „Kapital“ vollständig gelöst.

Die Arbeitskraft ist eine Waare, die selbst Werth schafft.

Nun, auf dem Waarenmarkte befindet sich eine merkwürdige Waare, deren Verbrauch selbst Werthe schafft. Während der Waarenwerth im Allgemeinen durch die Konsumtion aufgezehrt wird, erzeugt die Konsumtion dieser eigenthümlichen Waare gerade neue Werthe.

Diese Waare ist nun in unserer kapitalistischen Gesellschaft die *Arbeitskraft*.

Braucht sie der Kapitalist in der Werkstatt an der Maschine auf, so verleibt sie den Arbeitsgegenständen neue Werthe ein. Daher ist der Vorgang ihrer Aufzehrung, ihrer Konsumtion zugleich ein Vorgang, der da neue Werthe bildet. Der Arbeiter, heute meist aller Arbeits- und Unterhaltsmittel beraubt, muß seine Arbeitskraft auf dem Markte verdingen. Diese Arbeitskraft wird nun gerade so bezahlt wie alle anderen Waaren auf dem Markte, das heißt, ihr Werth, der Werth ihrer Herstellung wird auf dem Markte dem Arbeiter zurückerstattet.

Und dieser Herstellungswerth der Arbeitskraft ist in einer Zeit wachsender Ergiebigkeit der Arbeit gar gering.

Was stellt die Arbeitskraft her? Nun, die Menge der nothwendigen Lebensmittel (im weitesten Umfange), die der Arbeiter zu

seinem Unterhalte und seiner Fortpflanzung bedarf. Wird dem Arbeiter der Werth dieser Lebensmittel in der Form des Lohnes gezahlt, gut, so kann er seine Arbeitskraft dauernd auf dem Arbeitsmarkte erhalten. Der Werth jener Lebensmittel macht also den Werth seiner Arbeitskraft aus. Er wird repräsentirt durch die Anzahl der Arbeitsstunden, innerhalb welcher jene Lebensmittel produzirt werden. Der Arbeiter arbeitet in der Fabrik nun nicht so lange nur, um gerade so viel Werthe zu erzeugen, um sich erhalten zu können; dann hätte ja der Kapitalist, wenn der Arbeiter nur seinen Unterhalt produziren würde, gar kein Interesse an seiner Beschäftigung. Dem Kapitalisten liegt vor Allem daran, daß er möglichst viele Werthe in seine Tasche stecken kann. Daher läßt er ihn nicht die wenigen Stunden, die genügen würden, um die nöthigen Werthe für den Unterhalt des Arbeiters zu schaffen, sondern zehn, zwölf, vierzehn Stunden arbeiten, damit sein Profit besonders anschwillt. Den Werth, den nun der Arbeiter über den Werth seiner Unterhaltsmittel erzeugt, nennt Marx *Mehrwerth*.

Mehrwerth.

Größe der nothwendigen Arbeitszeit.

Es ist nun von Interesse, an einem Beispiel die Grenzen zu berechnen, die bei dem gegenwärtigen Stande der Technik für Schaffung der nothwendigen Existenzbedingungen ausreichend sind.

Zahlenmäßige Angaben liegen uns hier nur für die österreichische Produktion vor, aber mit nur geringfügiger Aenderung lassen sich diese Zahlen ohne Weiteres für die gesammte Produktion verwerthen.

Der bekannte Wiener Nationalökonom *Theodor Hertzka* berechnet in seinem Werke: „*Die Gesetze der sozialen Entwickelung*“, welche Arbeitskraft, unter Benutzung der vorhandenen Kulturmittel, zur Beschaffung der *wichtigsten Nahrungsmittel, anständiger Behausung und Kleidung* erforderlich ist.

Nach seinen Berechnungen sind für Oesterreich 615 000 Arbeiter nothwendig, um für 22 Millionen Seelen die nothwendigen Lebensbedürfnisse zu schaffen.

Hertzka findet nun, daß jeder Arbeitsfähige (Frauen sowie Männer unter 16 und über 50 Jahr ausgenommen) nur **36,9** *Tage* im Jahre zu arbeiten brauchte, um sich und die Seinen mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen zu versorgen.

Rechnet man aber noch die Luxusbedürfnisse der Besser- und Bestsituirtesten hinzu, so ergiebt sich das wahrhaft verblüffende Resultat, daß 930 000 Arbeiter etwa *neun Zehntel* der österreichischen Gesammtproduktion decken; es sind dies nur 18,6 Prozent der 5 Millionen arbeitstüchtigen Männer. Partizipirten alle diese an der Gesammtproduktion und ergänzt man vorsichtshalber die 18,6 Prozent auf 20 Prozent, so finden wir, *daß die Gesammtheit aller arbeitstüchtigen Männer schon bei einer Arbeitszeit von 60 Tagen im Jahre den derzeitigen thatsächlichen Konsum vollauf befriedigen würden.*

Für ökonomisch günstiger gestellte Länder würden diese Zahlen noch geringer ausfallen.

Es sind also auch auf Grundlage dieser Rechnung nur 20 Prozent der bisherigen Arbeitszeit zur Erzeugung der für die Existenz nothwendigen Werthe erforderlich, die übrigbleibenden 80 Prozent werden lediglich zur Mehrwerth-Produktion verwandt.

Grad der kapitalistischen Ausbeutung.

Diese Zahlen charakterisiren sehr plastisch den Grad der kapitalistischen Ausbeutung, was dessen durchschnittliche Intensität anbelangt. Aber doch muß man sich vor schematischer Anwendung der ermittelten Zahlen hüten. Es giebt zweifelsohne keinen Einzelfall, für welchen sie absolut richtig seien, ebensowenig wie es einen typischen Einzelfall giebt, der unsere gegenwärtige Wirthschaftsform charakterisirte. In einer Anzahl von Betrieben wird sich gewißlich die Gesammtarbeitszeit mit der nothwendigen Arbeitszeit fast vollständig decken — nämlich in allen den Betrieben, in welchen die moderne kapitalistische Produktionsweise noch nicht Platz gegriffen hat, — also in einzelnen Gruppen der Kleinhandwerker oder einzelnen landwirthschaftlichen Kleinbetrieben in irgend einem weltverlorenen Winkel des Landes, der von dem Weltverkehr völlig abgeschnitten ist — in anderen Betrieben dagegen, die sich dem Ideal der kapitalistischen Produktion nähern, in den Riesenbetrieben eines Krupp, eines König Stumm, wird zweifelsohne die Mehrarbeit einen weit höheren Prozentsatz ausmachen, als es die Durchschnittszahlenwerthe angeben. Es ist eben das Wesen der statistischen Methode, daß sie von dem Einzelfall vollkommen absieht, daß das Einzelereigniß in der Fülle der Erscheinungen nur einen leise korrigirenden Einfluß besitzt. Aber die großen volkswirthschaftlichen Gesetze werden ebensowenig wie die physikalischen oder astronomischen Gesetze ermittelt, indem man den gerade vorliegenden Fall als typische Erscheinung auffaßt, sondern dadurch, daß man ihre Gesammtheit der Fälle in das Auge faßt und das ihnen Gemeinsame heraushebt. — Aus diesem Grunde eignet sich auch die statistische Methode so ausgezeichnet zur Erforschung von wirthschaftlichen und sozialen Gesetzen, sie bringt die verwirrende Fülle von Einzelerscheinungen zu übersichtlicher Ordnung, gestattet es, dieselben unter gemeinsamem Gesichtspunkte zu betrachten.

So stellen sich denn auch die eben ermittelten Zahlen dar als die Ruhelage der schwingenden Saite des Gesellschaftslebens, die doch selbst immer in Vibration bleibt und nie zur Ruhe kommt und doch durch ihre Schwingungen und ihre zahlreichen Abweichungen nach rechts und links und in verschiedener Stärke die Ruhelage genau charakterisirt. Wenn also auch die erwähnte Zahl nur rein abstrakte Bedeutung hat, so ermöglicht sie doch eine konkrete Vorstellung von dem wirthschaftlichen Treiben, wenn man von den

leichten Schaumflocken auf den Wellen des Gesellschaftslebens absieht und nur die großen Wellenzüge beachtet.

Werth des heutigen Durchschnittseinkommens bei genossenschaftlicher Produktion.

Die gewonnenen Zahlen gestatten sofort eine praktische Anwendung, man kann aus ihnen sofort auf den im heutigen Gelde ausgedrückten Werth des Durchschnittseinkommens im sozialistischen Staate schließen — gleiche Arbeitsbedingungen wie heute vorausgesetzt. Soetbeer berechnet das Durchschnittseinkommen in Preußen auf den Kopf des Zensiten mit M. 941.[1])

Ohne die ausbeuterische Mehrarbeit, aber auch ohne Vervollkommnung der Maschinentechnik, bei gleichbleibender wirthschaftlicher Lahmhaltung der besten Arbeitskräfte durch den Militarismus, bei gleichbleibenden Zöllen und Steuern, mit demselben Aufwand von Produktionskosten wie bisher, würden, unter Voraussetzung der heute üblichen Arbeitszeit, sämmtliche arbeitsfähigen Männer fünfmal so viel Werthe, d. h. Gebrauchswerthe produziren als heute, oder mit anderen Worten das gleichmäßig vertheilte Einkommen von M. 941 würde bei sozialistischer Produktion dafür ausreichen, das Fünffache von dem zu erwerben, was man heute dafür erhält; oder M. 941 würden in heutigem Gelde ausgedrückt im sozialistischen Staate M. **4705** entsprechen, welche Zahl noch wesentlich höher ausfallen würde, wollte man die vorzüglicheren deutschen oder englischen Produktionsverhältnisse, anstatt der z. Th. noch fast mittelalterlichen österreichischen in Rechnung ziehen. —

Nun, auch mit M. **4705** per anno kann man sich sein Leben schon bequem und behaglich einrichten und kann der Genüsse der Kultur theilhaftig werden, welche dem 400 Mark-Proletarier von heut nur wie das ferne Nebelgestade einer besseren Zukunft entgegenschimmern.

Durch die Untersuchungen Hertzka's ist nachgewiesen, daß von der augenblicklichen Arbeitszeit 20 Prozent nothwendig sind, um die für die Existenz erforderlichen Werthe zu schaffen, den Abgang an Produktionsmitteln rc. zu ersetzen, die übrigen 80 Prozent dienen zur Erzeugung von Mehrwerth.

Hiernach ist an einem charakteristischen Beispiel erwiesen, daß der kapitalistische Mehrwerth unbezahlte, fremde, gesellschaftliche Arbeit ist. Lassalle nannte einmal sehr bezeichnend das moderne Kapitaleigenthum „Fremdthum". Im krassen Gegensatz zu dieser Ansicht bezeichnet gerade die liberale Nationalökonomie vielfach den Kapitalgewinn als Arbeitseinkommen.

---

[1]) Schmoller's Jahrbücher XII.

Ist der Kapitalgewinn Arbeitseinkommen?

Kapitalgewinn und Arbeitseinkommen stehen in einem abnormen Verhältniß zu einander.

Ist der Kapitalgewinn Arbeitseinkommen oder nicht? Nun, diese Frage beantwortet fast schon erschöpfend die moderne Einkommenstatistik. Zu welchen ungereimten Behauptungen muß man sich da versteigen, wenn man das Einkommen eines Kapitalisten von M. 100 000 und mehr ebenso wie das eines Proletariers von M. 500 als den wahren Ertrag persönlicher Arbeit hinstellen will? In diesem Falle würde ja ein solcher Kapitalist 200 Mal so stark arbeiten als ein Proletarier. Nun gab es in Preußen im Jahre 1888 840 solcher Arbeitsriesen, welche über M. 100 000 jährlich „verdienten". Ferner waren 11 029 Personen nach der Einkommenstatistik vorhanden, die ein jährliches Einkommen von M. 20 001 bis 100 000 hatten.

Beide Klassen, also 11 869 Personen, erarbeiteten sich im Ganzen ein Einkommen von über M. 583 Mill. Dagegen in der untersten Klasse verdienten 4,1 Million selbstthätiger Personen nur M. 1650 Millionen. Sie hatten also zusammen ein Einkommen, das nicht einmal dreimal so groß war, als das jener winzigen oberen 11 Tausend. 0,12 Prozent der selbstthätigen Bevölkerung erhielten als „Arbeitsertrag" ein Drittel des Einkommens von 41,36 Prozent der Selbstthätigen.

Werfen wir noch einen Blick auf die englische Statistik. Nach einer älteren Berechnung Giffens erzeugte die englische Arbeiterklasse einen sogenannten Nationalreichthum von 1270 Millionen Pfund Sterling jährlich. Von diesem Reichthum erhielt jedoch die millionen- und abermillionenköpfige Arbeiterklasse nur 550 Millionen, die Kapitalisten, die Landlords, die Rentner ꝛc. dagegen 720 Millionen Pfund Sterling.

Ist die Arbeit des Kapitalisten qualitativ eine bessere als die des Arbeiters?

Angesichts dieser vorherangeführten Daten mögen sich nun die liberalen Theoretiker drehen und wenden wie sie wollen; niemals wird ihnen der Beweis gelingen, daß ein gewöhnlicher Kapitalist in derselben Zeit eine hundert Mal so große Arbeitsleistung verrichten kann wie ein alltäglicher Durchschnittsarbeiter. Ist nun die Arbeitsmenge, die Arbeitsquantität nicht eine hundertfach so große wie die des gewöhnlichen Arbeiters, so ist vielleicht die Qualität, die Beschaffenheit der Arbeit des Kapitalisten so ungeheuer verschieden von der des simplen Arbeiters, daß die hohen Einkommen der Kapitalisten wohl gerechtfertigt sind? Sie ist vielleicht eine besonders verdichtete, komplizirte, geistige Thätigkeit, die, sobald sie funktionirt, hundertmal so große Werthe schafft als die Thätigkeit des Durchschnittsarbeiters. Die liberalen Nationalökonomen feierten daher vielfach die Arbeit des Kapitalisten in allen Tonarten. Nach ihren überschwänglichen Schilderungen war der Kapitalist der

Inbegriff aller Energie, aller klugen Voraussicht. Namentlich dichtete ihm der französische Nationalökonom Say alle möglichen und unmöglichen Genialitäten an. Sein Kopf erweiterte sich zu einem wahrhaften Jupiterhaupte, aus dem die gesammte gesellschaftliche Arbeitstheilung, die ganze moderne Technik vollkommen fertig herausgesprungen zu sein schien. Auf seinen starken Schultern ruhte die gesammte wirthschaftliche Welt. Fast schien es, als wenn die Gesellschaft gar nicht mehr zu produziren brauche und nur von den genialen Gedanken der Kapitalisten ernährt würde.

Worin besteht nach der Ansicht unserer bürgerlichen Nationalökonomen die schwere geistige Arbeit der Kapitalisten? In der Leitung der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion. So sagt z. B. ein Dozent der Nationalökonomie, welcher den kapitalistischen Unternehmergewinn zum Gegenstand einer theoretischen Studie gemacht, Herr Dr. Gustav Groß:

> „Durch die Unternehmung *soll* einerseits die Masse der Produktion entsprechend dem Gesammtbedarfe geregelt werden, andererseits aber auch die Vertheilung der Güter in einer solchen Weise bewerkstelligt werden, daß dadurch ein Einzelwirthschaften in ihrer Betheiligung an der Produktion adäquater und somit gerechter Antheil an den produktiven Gütern gesichert wird. Wir sagen, die Unternehmung soll diese Aufgabe erfüllen. Wir behaupten aber keineswegs, daß sie sie auch wirklich erfüllt."

Ja, wenn die Unternehmung nun diese Aufgabe nicht „erfüllt", wie steht es dann mit der Berechtigung des Unternehmergewinns? Sie regelt so wundervoll z. B. die Masse der Produktion „entsprechend dem Gesammtbedarfe", daß sie das grausige Elend der modernen Absatzkrisen heraufbeschwört. Sie macht die Ueberproduktion zu einer dauernden Einrichtung unserer modernen Gesellschaft. Und dann, leitet heute etwa der Kapitalist ein großes Unternehmen allein? Steht ihm nicht für die Produktion der Waaren eine ganze Armee von Ingenieuren, Werkmeistern, kaufmännischen Direktoren &c. zur Verfügung und für den Vertrieb desselben ein vollendeter Stab von Agenten, Reisenden &c.?

Zum Unterhalt aller dieser Hülfsbeamten der Waarenproduktion bedarf der Unternehmer der Kapitalien und nochmals der Kapitalien. Also ist die ganze Frage der Leitung der Produktion in letzter Linie eine bloße Geldfrage. Je mehr Arbeitskräfte und Arbeitsmittel nun der Kapitalist in seine Hand zu vereinigen weiß, je mehr Aussicht hat er, den Markt durch billige Preise zu beherrschen. Nicht die genialen Gedanken bringen die Goldströme Kaliforniens in Fluß und leiten sie in die Tasche der Kapitalisten, sondern die große vereinigte Massenkraft der Arbeiter des Produktions- und Zirkulationsprozesses. Mit den besten Gedanken kann der begabteste Unternehmer verhungern, wenn er nicht über diese große kapitalistische

Macht gebietet. Dieser verdankt der Kapitalist seinen Kapitalgewinn, sein riesiges Einkommen. Dem Kommando über gesellschaftliche Mächte, über gesellschaftlich zusammenarbeitende Arbeitermassen und gesellschaftlich ausgebeutete Arbeitsmittel, also ihren ökonomischen Machtmitteln, nicht ihrer Intelligenz, schuldet die Kapitalistenklasse ihre ebenso machtvolle wie vortheilhafte soziale Position. Ihre Kapitalien sind das Produkt fremder gesellschaftlicher Arbeit, nicht der eigenen.

Gestützt auf ihre gewaltigen ökonomischen Machtmittel ist die Kapitalistenklasse wohl im Stande, die besitzlosen Arbeiter zur ewigen, drückenden Lohnarbeit zur Füllung ihrer Taschen zu zwingen. Die Arbeiter, aller Produktions- und Unterhaltsmittel bar, müssen ihre Haut wohl oder übel zu Markte tragen. Gerade dieser ihr Mangel an den nöthigen Produktionsmitteln ist die Quelle ihrer ökonomischen Knechtschaft, ihres Elends in jeder Form. Die Trennung der Arbeiter von ihren Arbeitsmitteln bildet den wesentlichen Inhalt der Entstehungsgeschichte des Kapitalismus in allen zivilisirten Ländern, wie wir dies an dem Beispiel Englands und Deutschlands sehen werden.

Die Entstehungsgeschichte des modernen Kapitalismus.

England.

Die bürgerlichen Oekonomen haben die mannigfaltigsten Fabeln über die Entstehung des Kapitalismus erfunden. Karl Marx hat diese Fabeln gründlich in seinem „Kapital“ abgethan:

Märchen über die Entstehung des Kapitalismus.

„Diesen Fabeln zufolge gab es nämlich in einer längst verflossenen Zeit auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor Allem sparsame Elite und auf der anderen faullenzende, ihr Alles und mehr verjubelnde Lumpen. Die Legende vom theologischen Sündfall erzählt uns allerdings, wie der Mensch dazu verdammt worden ist, sein Brot im Schweiße seines Angesichts zu essen; die Historie vom ökonomischen Sündfall aber enthüllt uns, wieso es Leute giebt, die das keineswegs nöthig haben.

Einerlei. So kam es, daß die ersteren Reichthum akkumulirten (aufhäuften) und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Und von diesem Sündfall datirt die Armuth der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichthum der Wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben, zu arbeiten.

Solche fade Kindereien kaut Herr Thiers z. B. noch mit staatsfeierlichem Ernst zur Vertheidigung der propriété (des Eigenthums) den einst so geistreichen Franzosen vor. Aber sobald die Eigenthumsfrage in's Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwickelungsstufen allein gerechten festzuhalten. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raub, Mord, kurz Gewalt, die große Rolle. In der sanften politischen Oekonomie herrschte von jeher die Idylle. Recht und Arbeit waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von „diesem Jahre".

Bildung des Kapitalismus in England nach Marx.

An der Hand eines erdrückenden Thatsachenmaterials weist nun Marx die wirkliche Entstehung und Bildung des Kapitals in England nach. Die Geschichte der Entstehung und Aufhäufung des Kapitals in England hat Marx in dem Abschnitt seines Hauptwerkes: „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation" (Aufhäufung) des Kapitals kurz, aber erschöpfend behandelt. Er zeigt darin, wie der Produzent gewaltsam von seinem Arbeitsmittel, seinem Grund und Boden getrennt und in einen besitzlosen Lohnarbeiter verwandelt wurde.

Expropriation der kleinen Bauerngüter.

Als in Flandern die Wollmanufaktur aufkam, dehnte der damals schon sehr verbürgerlichte Adel Englands bedeutend die Schafzucht aus, um gute Geschäfte durch diese Wollproduktion mit Flandern machen zu können. Der Ausdehnung der Schafweide standen aber damals zahllose kleine Bauernwirthschaften, sowie die noch vielfach vorhandenen großen Gemeindeländereien im Wege. Kurz entschlossen, griffen nun die englischen Landlords wacker in das Privat- und Gemeineigenthum ein. Unzählige kleine Bauernwirthschaften verschwanden vom Erdboden, ihr Grund und Boden wurde von den Rittern in Schafweide verwandelt.

„Die weidenden Schafe," so erzählt Thomas Morus in seiner „Utopia", „die sonst so sanft und genügsam sind, sind so reißende Bestien geworden, daß sie selbst Menschen verschlingen und ganze Felder, Häuser und Gemeinden entvölkern." Jene Eingriffe der Landlords in das Eigenthum der Bauern erzeugten ganze Armeen bettelnder, obdachsloser Landstreicher. Gegen dieses Landstreicherthum schritt nun geradezu unmenschlich die Gesetzgebung ein. Mit Recht hat Marx diese eine „Blutgesetzgebung" genannt. In den Akten eines Heinrich VII., eines Heinrich VIII., eines Eduard VI., einer Elisabeth und eines Jakob I. setzte sie sich wahrhafte Denkmäler von Blut und Eisen.

Gesetzliche Maßnahmen gegen die expropriirten Bauern.

Unter der Regierung Heinrich VIII. wurden nach Hollingshed „72 000 große und kleine Diebe hingerichtet. Diese Diebe hatten aber die Landlords selbst durch ihre Eingriffe in das bäuerliche Eigenthum gezüchtet." Zu Elisabeth's Zeiten wurden „Landstreicher

reihenweise aufgeknüpft; indeß verstrich gewöhnlich kein Jahr, worin nicht 300 oder 400 an einem Platz oder dem anderen dem Galgen anheimfielen." — Dem enteigneten, besitzlosen Landvolke peitschte so die Gesetzgebung die nöthige Disziplin und Unterwürfigkeit ein, welche es unter der Herrschaft der Lohnarbeit gebrauchte. Und so gab es denn bald ein fügsames Material für die kapitalistische Ausbeutung ab. Die besitzlosen Bauern mußten sich in den Städten für Lohn verdingen, und die Gesetzgebung sorgte ihrerseits für die nöthige Herabsetzung der Löhne im Dienste des heiligen Kapitals. Eine ganze Reihe von Statuten der Elisabeth und Georg II. ꝛc. setzten die Löhne auf ein dem kapitalistischen Ausbeutungsinteresse zusagendes Niveau herab.

Die Expropriirten wurden ein fügsames Material für die kapitalistische Ausbeutung.

Die gewaltsame Enteignung des Landvolks schuf so einerseits große Grundeigenthümer, andererseits besitzlose Arbeitermassen. Die Arbeits- und Lebensmittel der letzteren waren in sachliche Elemente des Kapitals verwandelt worden. —

Einfluß der Entdeckungen und Erfindungen auf die Anhäufung des Kapitals.

Zugleich wälzte damals eine ganze Reihe von neuen Entdeckungen und Erfindungen die alte Gesellschaft um.

„Die Entdeckung Amerikas," so heißt es in dem kommunistischen Manifeste, „die Umschiffung Afrikas schufen der aufkommenden Bourgeoisie ein neues Terrain. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisirung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waaren überhaupt gaben dem Handel, der Schifffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit dem revolutionären Element in der zerfallenen feudalen Gesellschaft eine rasche Entwickelung." Aller dieser Momente in der Entstehungsgeschichte des modernen Kapitalismus hat Marx in seinem „Kapital" ausführlich gedacht.

Er erwähnt die famose Kolonialwirthschaft der Holländer, der Engländer, welche den unglücklichen Eingeborenen der Kolonien Millionen über Millionen abpreßten. In Ostindien ließ sich die englisch-ostindische Kompagnie und ihre Beamten von 1757 bis 1766 6 Millionen Pfund Sterling von den Indiern schenken. „Zwischen 1769 und 1770 fabrizirten die Engländer eine Hungersnoth durch den Ankauf von allem Reis und durch Weigerung des Wiederverkaufs außer zu fabelhaften Preisen." (Marx: Kapital 779.)

Die im Auslande zusammengeraubten Reichthümer fielen nun als befruchtender Goldregen im Mutterlande nieder. Hier gaben sie der Entwickelung der kapitalistischen Manufaktur einen gewaltigen Anstoß. Und diese konnte nun um so kräftiger erblühen, als sie in den Kolonien ein großes Absatzgebiet fand. Das Kolonialsystem hat somit eine große Rolle in der Geschichte des Kapitals gespielt.

Kolonisation und Schuldenlast

Dieses System mit seinem Seehandel, seinen Handelskriegen überhäufte die kapitalistischen Staaten mit einer wahrhaft erdrückenden Schuldenlast.

Aus der Schuldenlast aber fließen wahre Goldströme der Kapitalistenklasse zu, welche die gutverzinsten Schuldscheine in den Händen hat. Große Klassen müssiger Rentner, unternehmender Finanzmänner erzeugt diese Schuldenlast. „Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation" (Anhäufung des Kapitals), sagt Marx treffend. Die Zahlung der Zinsen jener Schuldenlast wird nun meist auf die Schultern der Mittelklassen, der Bauern, der Handwerker, abgewälzt. Sie bedeuteten für diese vielfach eine allmälige Expropriation.

Die Armee der besitzlosen Arbeiter schwillt daher immer mehr und mehr an.

Unterstützung der Kapitalisten durch den Staat.

Zu allen diesen Mitteln einer planmäßigen Vermehrung des Kapitals, einer systematischen Enteignung der mittleren Volksklassen trat nun ein neues Mittel zur Züchtung von Großkapitalisten. Die Staatsgewalt unterstützte entweder direkt die Kapitalisten, die aufkommenden Unternehmer mit namhaften Geldzuschüssen, oder gewährte ihnen hohe Schutzzölle und Exportprämien. In England vernichtete z. B. die Regierung zum Schutze der englischen Kapitalisten die irische Wollmanufaktur. Dieses System der Züchtung von kapitalistischen Großfabrikanten ist bekannt unter dem Namen „Protektionssystem".

Alle jene vorerwähnten Mittel der gewaltsamen Enteignung, der staatlichen Begünstigung der Kapitalistenklasse ꝛc., trennten immer mehr und mehr die Arbeiter von ihren Arbeitsmitteln.

Diese Arbeitsmittel häufen sich in fremden Händen als Kapital auf. Aller Produktions- und Unterhaltsmittel beraubt, muß der Arbeiter sich nun auf dem Arbeitsmarkte verdingen. Auf der einen Seite stehen die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, auf der anderen die besitzlosen Lohnarbeiter. Die Grundlagen der Kapitalisten-Wirthschaft sind gelegt.

Deutschland.

Eingriffe in das Besitzthum der Bauern; Markenverfassung.

Die Entwickelungsgeschichte des Kapitals in Deutschland beginnt ebenfalls wie die Englands mit einer ganzen Reihe gewaltsamer Eingriffe in das Gemeineigenthum der Bauern.[2]) In vielen deutschen Gauen bestand noch bis in die Neuzeit hinein auf dem Lande die Markenverfassung. Diese beruhte auf dem gemeinschaftlichen Besitz der Stammesgenossen an Wäldern, Wiesen, Weiden, dem Ackerland, den Wegen und Flüssen. Einen Theil des gemeinschaftlichen Landes schied man später aus und wies ihn in ungefähr gleichen Portionen den Stammesgenossen zu. Innerhalb einer bestimmten Frist

[2]) Vergl. Kampffmeyer: Junker und Bauer. Berliner Arb.-Bibl., I. Serie 7. Heft. Berlin 1889. Kampffmeyer: Zur Entwickelungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Berl. Arb.-Bibl., II. Serie 5. u. 6. Heft. Berlin 1890.

wechselten die Genossen miteinander. Ein bestimmtes Eigenthumsrecht hatte Keiner an seiner Stelle. Erst später verwuchs dieselbe mit seinen zeitweiligen Inhabern. Sie wurde Privateigenthum. Die große Masse des Grund und Bodens blieb Gemeineigenthum. Die Aufsicht über dasselbe hatte ein von der Gemeinde gewählter Beamter. Dieser wußte sich, dank der ihm übertragenen Vollmachten, ein Recht nach dem anderen über das Gemeindeland anzueignen und entfremdete allmälig dieses ganz seinen eigentlichen Besitzern. Das Gleiche thaten die öffentlichen Beamten, welche sich nach und nach zu wahren Herren des Landes, zu Landesherren, machten. Große Gemeindewaldungen brachten sie in ihren Besitz. Die späteren Staatswaldungen des Fürsten, sagt Maurer in seinen Werken über die Markenverfassung, haben meist ihren Ursprung in den ehemaligen Markwaldungen.

Altenhaslauer Mark.

An dem Beispiel der Altenhaslauer Mark hat Maurer klar und anschaulich nachgewiesen, wie die ursprünglichen freien Markgenossen in die Knechtschaft der Landesherren geriethen. Die Grafen von Hanau brachten diese Markgenossen vollkommen unter ihre Botmäßigkeit. Sie verloren das Recht, in den Wäldern zu jagen, sie hatten Land- und Herrenfrohnen aller Art der Herrschaft zu leisten. Ja, man suchte ihnen sogar die Leibeigenschaft aufzubürden. Wie den Bauern der Altenhaslauer Mark war es vielen Bauern Deutschlands ergangen. Sie waren in die Bande wirthschaftlicher Abhängigkeit vollkommen hineingerathen. Die drückende Last der Knechtschaft, die fortwährenden Eingriffe in das Gemeineigenthum ꝛc. beschworen endlich die Bauernkriege herauf. In ihren zwölf Artikeln verlangten die Bauern hauptsächlich die Wiederherstellung der den Gemeinden gewaltsam entzogenen Waldungen, Weiden ꝛc. und die Abschaffung der Leibeigenschaft. Jedoch vergebens; mit ihrem eigenen Blute wurden gleichsam diese Punkte von ihrem sozialpolitischen Programme gewischt. Der unglückliche Ausgang der Bauernkriege besiegelte endgültig das Schicksal der west- und süddeutschen Bauern.

Nord- und ostfriesische Bauern.

Besser wie diesen west- und süddeutschen Bauern, welche schon Jahrhunderte lang für ihre ererbten Rechte mit den Landes- und Feudalherren kämpften, ging es den nord- und ostdeutschen Bauern. Für sie trat eine wesentliche Verschlimmerung ihrer Lage erst mit der Reformation und den Religionskriegen ein. Die Reformation bot nämlich den Landesherren eine willkommene Gelegenheit, große „moralische Eroberungen“ zu machen. Sie hatten schon lange einen ungezügelten Appetit auf das reiche Kirchenland und sie griffen daher beim Zusammenbruch der alten Kirche mit beiden Händen zu. Diese gewaltsamen Eingriffe der Fürsten aber brachten viele Bauern um ihren Wohlstand, da sie ausgedehnte Nutzungsrechte an dem Kirchenlande hatten. Die Reformation mit ihren Säkularisationen expropriirte daher ganze Massen bemittelter Bauern.

Segnungen der Reformation.

Mit dem kirchlichen Eigenthum fiel aber zu gleicher Zeit „das religiöse Bollwerk der alterthümlichen Grundeigenthumsverhältnisse", wie Marx treffend sagt. Der Heiligenschein, welcher diese Eigenthumsordnung so verklärt hatte, verschwand gewissermaßen mit diesen Eingriffen.

In allen protestantischen Ländern blühten die Säkularisationen.

In Sachsen wurden bis zu Ende des 16. Jahrhunderts 300 geistliche Güter eingezogen. In Pommern, Hessen, Braunschweig, Mecklenburg rauften sich Landesherren und Adel um die Kirchengüter. In Mecklenburg wuchs allein das „Domanium" (die Domäne) um die Hälfte seines Umfanges an. Der Adel erhielt auch seinen Tribut an der Rente. 3000 bis 4000 Bauernhufen, welche von der alten Kirche abhängig waren, wurden einfach mit dem adeligen Besitz verschmolzen.

Im Kurfürstenthum Brandenburg tobte die Säkularisationswuth nicht minder wie in den anderen protestantischen Landestheilen. Die „Klöster, Klostergüter, Kalande und andere Stiftungen" wurden eingezogen und verpfändet. Im Jahre 1540 verherrlichte ein Lobredner den Kurfürsten Joachim II. als einen neuen Tempelreiniger, der „aus den Klöstern die Heerden der Opferprediger trieb" und die Mark „von der Unreinigkeit der Mönche" säuberte. Die Mißwirthschaft der großen adeligen Grundbesitzer auf den Kirchengütern, welche den Antheil an denselben erhalten hatten, rief die heftigsten Klagen des kleinen Adels herauf. Auf dem Landtage von 1542 forderte dieser die Zurückgabe der verschleuderten Güter von Seiten der „großen Hansen". (Siehe Janssen: Geschichte des deutschen Volkes.)

Die Reformationswuth schlug schließlich in eine Expropriationswuth um, die selbst Luther und Melanchthon entsetzte.

Diese Art religiösen Reformationseifers entsetzte selbst die Hoftheologen Luther und Melanchthon. Das war wirklich einmal eine Reformation an Haupt und Gliedern.

Luther klagte einmal bitterlich über die „Bosheit", die in Sachsen um sich griff, und Melanchthon bedachte die „erhabenen" Beschützer des Evangeliums, den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen von Hessen, mit so wenig hoffähigen Titulaturen, wie „Centauren, Tyrannen, Verächter Gottes."

Diese Reformationswuth schlug nach und nach vollkommen in eine Expropriationswuth bei Landes- und Feudalherren um. Die Geistesbefreiung, welche die Reformation mit sich gebracht hatte, zeigte sich häufig zuerst in einer freieren Auffassung des Eigenthums. Man zog nicht mehr so enge philiströse Grenzen zwischen dem Mein und Dein. Sehr genial in großen Stücken konstruirte man im nördlichen und östlichen Deutschland das moderne Privateigenthum.

Expropriationen durch den Adel.

In Schleswig-Holstein vertrieb der Adel die Bauern von ihren Stellen und vereinigte sie mit dem Hofgut. Dieser Vorgang war in diesem Lande so allgemein, daß Professor Hanssen, der genaue

Kenner der dortigen Verhältnisse, darauf verzichtet, „spezielle Belege für den allgemeinen Entwickelungsprozeß, durch welchen die adeligen Güter entstanden und vergrößert sind," herbeizubringen.

Weiter in Mecklenburg bestanden noch zur Zeit des dreißigjährigen Krieges 12 545 Bauernstellen. 1849 waren diese auf 1213 zusammengeschmolzen. Ueber 10 000 Bauernstellen waren also zum Teufel, nein bewahre, zu den adeligen Herren gegangen. Diese hatten den Bauern ihre irdische Last erleichtert und diese auf ihre eigenen Schultern geladen. In Rügen war der Bauernstand am Ende des 18. Jahrhunderts in einen ganz trostlosen Zustand der Knechtschaft versunken. Dieses waren dieselben Bauern, die einst, wie der Historiker Kantzow sagt, „sich als frei achteten und dem gemeinen Adel nichts nachgeben wollten." Die brutalsten Eingriffe des Adels in das Eigenthum der Bauern hatte diese um Freiheit und Wohlstand gebracht. „In Rügen," so schreibt der alte Patriot Arndt in seinen ‚Erinnerungen aus dem äußeren Leben', „war noch in meinen Tagen eine Menge Dörfer verschwunden, und die Bewohner der Höfe als arme, heimathlose Leute davongetrieben worden, so daß die, die früher Knechte gehalten hatten, nun selbst auf den großen Höfen als Knechte und Mägde dienen mußten. Ja, es gab Edelleute, welche ganze Dörfer ordentlich auf Spekulation kauften, Wohnungen und Gärten schleiften, große und prächtige Höfe bauten und diese dann mit dem Gewinne von 20 bis 30 000 Thalern verkauften." Die Heiligkeit des Eigenthums scheint für die Edelsten der Nation erst nach diesen Jahren erfunden worden zu sein. In dem benachbarten Pommern sind seit 1628 12 000 Bauernhöfe eingegangen. In diesem Lande konnte, gerade wie in Holstein und Mecklenburg, der Gutsherr seine leibeigenen Bauern „im Augenblicke vom Wohlstand an den Bettelstab bringen und alle Arten von Grausamkeit und Unterdrückung ausüben." So Schlözer in „seinen Staatsanzeigen" im Juni 1783. Die vorhergehenden Daten beweisen, daß der Adel in umfassendem Maße von diesem „Rechte" Gebrauch machte.

In der Kurmark und Neumark erhielt der Adel durch die Landtagsabschiede von 1534, 1536, 1538, 1572, 1602 das Recht eingeräumt, seine Bauern auszukaufen. Um 1667 mußte das Edikt erlassen werden, welches die Adeligen mit gerichtlicher Untersuchung bedrohte, welche ihre Bauern vertrieben hatten. Doch was half's? Nach der Mitte des 17. Jahrhunderts, so schreiben Lette und Rönne in ihren Werken über die Landeskulturgesetzgebung Preußens, nach der Mitte des 17. Jahrhunderts behauptete man, „daß Leibeigene aus denen ihnen eingethanen Höfen nach Willkür des Herrn herausgeworfen, auch nach dessen Belieben mit höheren anderen Diensten belastet, desgleichen dessen Straf- und Züchtigungsrecht unterworfen werden dürfen." (Landeskulturgesetzgebung XVII.)

In Ostpreußen lag auch der Adel seiner edlen Berufsarbeit, „dem Bauernlegen", fleißig ob. Der leibeigene Bauer hatte hier vielfach kein Besitzrecht, ja sogar auf seine eigene Haut nicht. Herr von Brünneck sagt in seinem Aufsatz über die Leibeigenschaft in Ostpreußen, daß dem Herrn die Möglichkeit offen gelassen wurde, „seine Leibeigenen gleich wie Sklaven an andere Herren zu veräußern, ohne gleichzeitige Ueberlassung von Grund und Boden, weder des ganzen Guts noch auch nur einzelner gehöriger bäuerlicher Grundstücke." (Zeitschrift der Savigny-Stiftung.) In der Provinz Schlesien dasselbe Lied!

Fast wirkungslos verhallten die Edikte Friedrich II. gegen das Bauernlegen vom Jahre 1749 und 1764.

Expropriation durch die preußische Agrargesetzgebung.

Im 19. Jahrhundert wurden dann ganze Klassen von Bauern durch die preußische Agrargesetzgebung expropriirt.

Die Deklaration von 1816 wollte nur diejenigen Bauern zu freien Eigenthümern ihrer Stellen erheben, deren Güter eine ganze Reihe schwerer Bedingungen erfüllten. Die Güter mußten einmal spannfähig sein, sie mußten in den Steuerlisten eingetragen stehen, sie mußten ferner schon älteren Bestandes sein. Dies waren die hauptsächlichsten Bedingungen, die an die Verwandlung der alten, mit feudalen Rechten und Pflichten beschwerten Bauerngüter in moderne freie Güter geknüpft waren. Alle übrigen Güter konnte der Adel einziehen. Und er zog diese nach Kräften ein, wie dies zahlreiche amtliche Zeugnisse beweisen, die Knapp in seiner „Bauernbefreiung" angeführt hat.

Sehr niederschmetternd sind daher die Resultate der preußischen Agrargesetzgebung bis 1848. In Pommern, Schlesien, Brandenburg, Preußen und Posen schuf die Agrargesetzgebung nur 45 493 freie bäuerliche Eigenthümer — und davon fallen noch 20 086 allein auf Posen — anstatt 60 000 spannfähige und 161 000 spannfähige und nicht spannfähige Bauern, welche das Gesetz von 1811 dazu gemacht haben würde.

Durch alle jene vorher erwähnten Eingriffe in das bäuerliche Eigenthum hatten sich auf der einen Seite Großgrundbesitzer, auf der anderen aber besitzlose Arbeiter gebildet. —

Auch in der Industrie ist die Entstehung des Kapitalismus auf einen allmäligen Expropriationsprozeß der kleinen selbstständigen Produzenten zurückzuführen.

Aehnlich wie in der Landwirthschaft stellte sich in der Industrie die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus als ein allmäliger Expropriationsprozeß der kleinen selbstständigen Produzenten dar.[3]) In der Stadt war der Handwerkerstand durchgehends im Besitze der Arbeitsmittel. Der Gesellenstand, welcher der Produktionsmittel entbehrte, war nur eine Uebergangsstufe zur Meisterschaft. Der Arbeiter und sein Arbeitsmittel bildeten somit noch eine Einheit.

---

[3]) Vergl. Kampffmeyer: Zur Entwickelungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Berl. Arb.-Bibl., II. Serie 5. und 6. Heft. Berlin 1890.

Und diese Einheit gewährleistete ursprünglich dem Arbeiter eine gewisse wirthschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Zuerst bestand diese Einheit nur der Form nach in der kapitalistischen Hausindustrie fort. Die hausindustriellen Arbeiter waren noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel, aber sie befanden sich trotzdem vollkommen in der Gewalt der Kapitalisten, die ihnen die Rohstoffe zur Produktion vorstreckten und dann ihre Arbeitsprodukte auf dem Markte verkauften. Die Produktion, sowie der Vertrieb der Waaren war somit den Händen der Hausindustriellen entrissen worden. Mithin hatte der Besitz der Produktionsmittel vollkommen seine Bedeutung verloren, er garantirte dem Produzenten nicht mehr seine wirthschaftliche Selbstständigkeit; daher war die Vereinigung von Arbeitern und Arbeitsmitteln nur noch eine leere Form. Zahlreiche selbstständige Handwerker und Kleinbauern verwandelte die Hausindustrie in unselbstständige Stücklohnarbeiter.

Staatliche Beihülfe bei dem industriellen Expropriationsprozeß.

Andererseits entstanden unter staatlicher Unterstützung große Manufakturbetriebe. Wie treibhausmäßig diese gezüchtet wurden, namentlich in Sachsen und Preußen, dies beweisen die Schriften Mirabeau's und gleichzeitiger deutscher Nationalökonomen. Geschenke von 1000 bis 24000 Thalern waren in Preußen keine Seltenheit. Man gab den Industriellen zinsfreie Vorschüsse bis 35000 Thaler. Nach Mittheilungen des Nationalökonomen Krug erhielten allein 58 Wollmagazine 132029 Thaler aus der Staatskasse.

Je mehr diese Manufakturen um sich griffen, je massenhafter die Arbeitsmittel in den Händen der industriellen Kapitalisten sich anhäuften, je mehr schwand dem Arbeiter die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen. Der äußere objektive Arbeitsapparat wird eben zu umfangreich, als daß sich die große Masse der Arbeiter mit ihren unvollkommenen Hülfsmitteln denselben dienstbar machen kann. Sie werden daher dauernd in der Klasse der Lohnarbeiter gehalten.

Unterstützung des jungen Kapitalismus durch den Staat.

Zu gleicher Zeit erweiterte die Staatsgewalt die engen Grundlagen der Zunftverfassung, so daß sich der junge Kapitalismus richtig ausleben kann. Sie gestattet den Meistern, so viel Gesellen zu halten, wie sie zu ihrer Produktion benöthigen. Sie dehnt ferner im Interesse des Kapitalismus die Arbeitszeit aus durch Beseitigung des blauen Montags (so z. B. durch das kaiserliche Kommissions- und Ratifikationsedikt von 1772, so durch ein preußisches Edikt von 1783, so durch ein sächsisches Edikt von 1772, so durch ein badisches Edikt von 1773). Ferner schreitet die Gesetzgebung gegen jeden Versuch der Gesellen und Arbeiter ein, sich zu vereinigen.

Der Reichsschluß von 1731 wendet sich gegen den „Mißbrauch", daß sich die Handwerker zusammenthun und „um keinen geringen Tagelohn arbeiten wollen." Die badische Zunftordnung vom

25. Oktober 1760 bedroht die Gesellen, welche „keine Arbeit thun und haufenweise austreten", mit Zuchthaus und „Schellenwerk."

Mit allen Mitteln der Gewalt sucht so die Gesetzgebung die Selbstständigkeit der Arbeiter zu knebeln; sie sucht denselben auf alle Weise die Disziplin, deren der Lohnarbeiter unter dem Joche des Lohnsystems bedarf, einzudrillen.

Beschleunigung der Entwickelung des Kapitalismus durch neue Erfindungen.

Unter dem Einflusse der gewaltigen Besitzumwälzungen in der Landwirthschaft und der Industrie, unter der nachhaltigen Wirkung der Staatsunterstützungen begann sich nun der Kapitalismus kräftig zu entwickeln. Und diese seine Entwickelung schritt um so schneller fort, als sie durch große technische Umwälzungen in der Produktionsweise unterstützt wurde. In den sechsziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfand Hargreave die Spinnmaschine, die Jenny. Dieser Erfindung folgte die Erfindung Spinning-Throstle Arkwright's hart auf dem Fuße. Beide Erfindungen vereinigte Crompton in seiner Mule miteinander. Die neuen Spinnmaschinen fanden nun gewaltige Motoren in den doppeltwirkenden Dampfmaschinen Watt's. Unter dem Einflusse der mechanischen Spinnerei bürgerten sich in der Weberei, Bleicherei rc. neue Arbeitsmethoden ein. „Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Sphäre", sagt Marx in seinem „Kapital", „bedingt ihre Umwälzung in der anderen." Daher vollzieht sich jetzt eine wahre Revolution in allen Betriebswesen, an die sich eine totale Umgestaltung der überkommenen Besitzverhältnisse anschloß. Durch die Entwickelung der modernen Großindustrie wird der Kleinbetrieb immer mehr konkurrenzunfähig. Die Leiter desselben, die Kleinmeister, erliegen daher im industriellen Wettkampfe dem Großbetriebe. Der Besitz der Großbetriebe selbst wird das Monopol einer kapitalkräftigen Klasse, die eben über die nöthigen Geldmittel zur Errichtung dieser Betriebe verfügt. Je mehr sich diese monopolistischen Großbetriebe umgestalten, desto gewissere Opfer fordern sie aus den Reihen der selbstständigen Kleinproduzenten. Diese werden mehr und mehr in Proletarier verwandelt.

In der fremden Fabrik lebt gleichsam dann der Handwebstuhl des Kleinmeisters wieder auf, natürlich in modifizirter Gestalt. Hier ist wiederum eine neue Trennung des Arbeiters von seinen Arbeitsmitteln eingetreten, eine nicht minder schmerzhafte Enteignung wie die vorher geschilderte ist eingetreten.

Nicht Spieß und Schwert, sondern die so harmlosen Marktpreise haben hier die Henkerarbeit der Expropriation vollzogen. Das Resultat ist aber dasselbe, ob nun die alten brutalen, ritterlichen Waffen oder diese gutbürgerlichen angewendet werden. Hier Besitzer, dort Besitzlose.

Letztere finden ihre Arbeitsmittel in fremden Händen als Kapital aufgehäuft. Sie müssen daher, da sie nichts zum Arbeiten und zum Leben haben, ihre eigene Arbeitskraft, ihr letztes Besitzstück,

auf dem Arbeitsmarkt an die Besitzer der Produktions- und Lebensmittel verkaufen.

Aus diesem Verkaufe heraus resultirt das ganze Elend der Arbeiterklasse. Schon früh trat dieses Elend in der Geschichte des Kapitalismus zum Vorschein. Und die politischen Oekonomen suchten gar bald nach den Ursachen, den Bedingungen desselben. Sie stellten Gesetze auf, aus denen mit Naturnothwendigkeit dieses Elend hervorgehen sollte. Diese „Lohngesetze" haben in der ökonomischen Literatur bis heute ihr Unwesen getrieben. Noch Lassalle ließ sich durch dieselben zur Formulirung seines ehernen Lohngesetzes[1]) bewegen.

Das eherne Lohngesetz und seine Kritik.

Das eherne Lohngesetz ist von Ferdinand Lassalle in seinem „Offenen Antwortschreiben" folgendermaßen formulirt worden.

Definition des ehernen Lohngesetzes.

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reduzirt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitirt, ohne sich jedesmal lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstünde durch die leichte, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung in der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeitslohn wieder auf den früheren Stand zurückbringt" — da Ferdinand Lassalle.

Das eherne Lohngesetz verliert seine Geltung bei hochentwickelter kapitalistischer Wirthschaftsweise.

Die Beweisführung Ferdinand Lassalle's ließe sich wohl rechtfertigen für einen Gesellschaftszustand der Vergangenheit, in welchem das Angebot der Arbeiter thatsächlich noch von deren Wachsthum abhing; aber sie hat jeden Boden unter den Füßen in unserer hoch entwickelten, großindustriellen Wirthschaftsperiode verloren. Die Zeiten sind fürwahr verschwunden, wo der Kapitalist noch von dem Angebot der nicht sehr zahlreichen, geschickten Arbeiter in seiner

---

[1]) Lassalle, Offenes Antwortschreiben.

Betriebsführung abhing. Diese Arbeiter konnten nicht in beliebiger Menge in einem Augenblicke erzeugt werden. In der Periode der kapitalistischen Manufaktur, in jener Produktionsweise, die sich auf die Handfertigkeit der Arbeiter gründete, da regulirten die Arbeiter noch selbst das Angebot an Arbeit.

Sie setzten die Manufakturbetriebe zusammen; zerstreuten sie sich, so ward der ganze, aus lebendigen Organen zusammengesetzte Betrieb zerstört. Fortgesetzte Klagen der Kapitalisten über den Mangel der Arbeiter an Disziplin zeichnet daher die kapitalistische Manufakturperiode aus.

„Die Schwäche der menschlichen Natur," sagt Ure, „ist so groß, daß der Arbeiter, je geschickter, desto eigenwilliger und schwieriger zu behandeln wird, und folglich dem Gesammtmechanismus durch seine rappelköpfigen Launen schweren Schaden zufügt." (Marx: Kapital I, 3. Aufl. 372).

Also in der Manufakturperiode bestimmten noch die Arbeiter selbst die Größe des Angebots an Arbeit. Dieses war von der Vermehrung der Arbeiter selbst vielfach abhängig, da die Zahl der geschickten Arbeiter nicht beliebig vermehrbar war; diese mußte erst durch langsame Erziehung und Bildung der heranwachsenden Arbeitergeneration wieder vergrößert werden. Ganz anders dagegen gestalten sich die Verhältnisse unter der Herrschaft der großindustriellen Wirthschaftsperiode. Das Werkzeug wird jetzt der Hand des Arbeiters entrissen und einem mechanischen Apparate einverleibt. Während der Arbeiter früher nur mit einer Spindel spinnen konnte, kann er durch die Verwandlung seines Werkzeuges in das gefügige Instrument eines Apparates mit 12, 14 und mehr Spindeln spinnen. Wie in der Spinnerei, so bürgerten sich auf zahlreichen Gebieten der Wirthschaft die Werkzeugsmaschinen ein. Diese Werkzeugsmaschinen erhielten nun wirksame Triebkraft in den Dampfmaschinen. Der ganze Organismus der Produktion, früher gebildet durch die einzelnen Klassen von Arbeitern mit besonderen Werkzeugen, wird zersetzt. Ein besonderer Mechanismus, dessen Organe die früheren Werkzeuge des Arbeiters sind, tritt den Arbeitern jetzt gegenüber; diese müssen ihre Thätigkeit dem neuen Mechanismus anpassen. Diese Thätigkeit vereinfacht sich fortgesetzt und beschränkt sich nach und nach auf einige leicht erlernbare Griffe an der Maschine. Die Nothwendigkeit einer gelernten Arbeiterklasse verschwindet so mehr und mehr. Und dies bringt die Arbeiter in eine bedeutend schlechtere Position gegenüber dem Kapitale, das nun nicht mehr abhängig ist von den eigenwilligen, sorgfältig herangebildeten Arbeitern.

Bildung der industriellen Reservearmee.

Die leichte Erlernbarkeit der Arbeit führt den Arbeitern viele neue Konkurrenten zu. Mit der Erleichterung der Produktion durch die Uebertragung der Kraftleistungen auf riesige Dampfmotoren können die schwächeren Arbeitskräfte der Kinder und Frauen in

den kapitalistischen Betrieben Verwendung finden. Jetzt vermehrt sich das Angebot an Arbeit ganz bedeutend. Ja, im Laufe der Zeit erzeugen die kapitalistisch ausgebeuteten Werkzeugs- und Dampfmaschinen eine ganze Armee von Arbeitslosen, die sogenannte Reservearmee. Die Reservearmee spielt in der modernen kapitalistischen Wirthschaft bei der Regulirung der Löhne eine wesentliche Rolle. Im Zeitalter der Werkzeugsmaschine nimmt der sachliche Faktor der Produktion (die Maschinen) in ganz anderer Weise zu, als der persönliche Faktor derselben (die Arbeiter). Die Anwendung der Maschinen im Produktionsprozesse wächst z. B. im Verhältnisse 1 : 3 : 5 : 7, während die der Arbeiter im Verhältnisse 1 : 2 : 3 : 4 zunimmt. Es bildet sich daher mit Naturnothwendigkeit eine Armee von Arbeitslosen, eine Reservearmee aus. Je schneller und gewaltiger die technische Entwickelung die alten Produktionsbedingungen umgestaltet, desto zahlreicher wird die industrielle Reservearmee. Sie ist bereits heute in allen großkapitalistischen Staaten eine dauernde Institution geworden.

Gesammtumfang der industriellen Reservearmee.

Ueber den Umfang jener Reservearmee in England hat in neuester Zeit Max Schippel interessante Daten in seinem bekannten Werke: „Das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung“[5]) herbeigebracht. Wir begnügen uns damit, folgende Tabelle aus jenem Werke anzuführen, welche überzeugend nachweist, in welchem Maße in den letzten Jahrzehnten die Arbeiter in England überflüssig gemacht worden sind.

Es waren beschäftigt im Jahre

	1861	1871
Im Ackerbaue	2 010 454	1 657 138
In der Seidenindustrie	117 989	82 053
In der Wollzeugindustrie	130 034	128 464
In der Flachs- und Leinenindustrie	22 050	17 993
In der Spitzenindustrie	53 987	49 370
Kalliko-Baumwollendrucker	12 556	9 860
Kalliko-Baumwollenfärber	4 772	2 323
Bekleidungsindustrie	1 205 747	1 115 247
Hanf- und Faserstoffe	22 883	21 073
Müller	32 103	30 060
Malzer	10 677	10 356
Bei Verarbeitung von Fett, Därmen, Knochen, Haaren 2c.	12 040	11 134
Brettschneider	31 647	27 965
Ziegelmacher	39 620	38 779
Lehmarbeiter	2 912	2 522

[5]) Stuttgart, J. H. W. Dietz, 1889 pag. 228.

	1861	1871
Nagelschmiede	26 130	23 231
Modelleure	8 224	7 547
In der Kupferindustrie . . .	9 733	5 758
Bootsleute auf Kanälen und Flüssen	31 428	29 864
Matrosen auf Handelsschiffen	94 665	94 370
Hafen- und Dockarbeiter . .	32 487	28 794

Ueber 3,9 Millionen (3 912 138) Arbeiter ꝛc. waren 1861 in den angeführten Produktionszweigen thätig, 1871 hätte unter den normalen Bedingungen ihre Zahl um 13,19 Prozent, oder fast genau um 516 000 größer sein müssen. Statt dessen ging sie zurück auf nicht ganz 3,4 Millionen (3 433 901), also um mehr wie 518 000. Es ist mithin in diesen Industrien für die Arbeiter ein Defizit von weit über einer Million **(1 034 000)** Stellungen binnen einem Jahrzehnt entstanden. Man wende nicht ein, daß sich in unseren Zahlen keine Stellenlosigkeit, sondern nur eine Andersvertheilung der Arbeiter widerspiegele, daß etwa weniger Arbeiter in der Baumwollindustrie sich vorfänden, weil entsprechend mehr bei der Herstellung von Spinnmaschinen und Webstühlen thätig wären. Dies ist nachweislich nicht der Fall. Es waren z. B. beschäftigt [6])

	1861	1871
In den Eisenbergwerken	20 626 Pers.	20 931 Pers.
Bei Verarbeitung von Eisen und Stahl . .	316 572 „	360 356 „
Beim Bau von Maschinen aller Art	60 862 „	106 680 „
Beim Bau von Ackergeräthen	1 034 „	3 628 „
Im Ganzen also	399 094 Pers.	491 595 Pers.

Das ergäbe einen Zuwachs von 92 501 Köpfen. Die 399 094 Arbeiter von 1861 hätten aber, dem Fortschritt der Bevölkerung entsprechend, bereits um **52 640** zunehmen müssen, der Ueberschuß von 1871 beträgt also nicht mehr als **39 861**.

Der oben berechnete Ausfall an Stellen betrug eben so viel über eine Million! Wir mögen uns daher drehen und wenden wie wir wollen, wir haben hier die Bildung einer kolossalen Uebervölkerung vor uns, und zwar, wie der offizielle Bericht über den Zensus bei den verschiedenen Industrien ausdrücklich konstatirt, in Folge Einführung arbeitssparender Maschinen."

So Schippel in seinem vorhergenannten Werke.

[6]) l. c. pag. 232.

Die hier angeführten Zahlen haben aber noch nicht die Beweiskraft, wie die aus einer umfänglichen Enquête[7]) über die Arbeitslosigkeit in London im Monat März 1887 sich ergebenden Daten; darnach waren arbeitslos:

bis 5 % Eisenbahnkondukteure, Postboten, Briefsortirer;
5 bis 10 % Zuckerbäcker, Polizeileute, Eisenbahnbedienstete, Aufseher;
10 „ 15 % Handlungsgehülfen, Hutmacher, Drucker, Wagner, Lokomotivführer;
15 „ 20 % Kutscher, Auflader, Ladendiener, Schuster, Mechaniker, Maler, Glaser, Kunsttischler;
20 „ 25 % Dienstboten, Schneider, Schmiede, Kürschner;
25 „ 30 % Bäcker, Fleischer, Tischler, Zimmerleute, Küfer, Zigarrenarbeiter, Hausirer;
30 „ 35 % Matrosen und Bootsleute;
35 „ 40 % Maurer, gewöhnliche Tagearbeiter;
45 „ 50 % — — —
50 „ 55 % Dockarbeiter.

Im Verlauf des den Erhebungen vorangegangenen Halbjahres waren von denselben Individuen arbeitslos:

bis 10 % Eisenbahnkondukteure, Eisenbahnbedienstete, Postboten, Briefsortirer, Polizeileute;
10 bis 20 % Zuckerbäcker;
20 „ 30 % Handlungsgehülfen, Ladendiener, Drucker, Lokomotivführer, Aufseher;
30 „ 40 % Kutscher, Auflader, Dienstboten, Uhrmacher, Mechaniker, Wagner;
40 „ 50 % Bäcker, Fleischer, Schmiede, Küfer, Kürschner;
50 „ 60 % Tischler, Zimmerleute, Zigarrenarbeiter, Matrosen und Bootsleute, Hausirer;
60 „ 70 % Schmiede, Schuster, Schiffsbauer, Kunsttischler, gewöhnliche Tagearbeiter;
70 „ 80 % Maurer, Maler, Glaser.
80 „ 90 % Dockarbeiter.

Diese Erhebungen beziehen sich auf 29451 Individuen von vier Londoner Bezirken, die vorgelegte Fragebogen in brauchbarer Weise beantwortet hatten.[8])

Nicht gelernte Arbeiter haben am meisten unter Arbeitslosigkeit zu leiden.

Es ist zunächst sofort zu konstatiren, daß am meisten unter Arbeitslosigkeit nicht gelernte Arbeiter zu leiden hatten, während qualifizirte Arbeiter, und solche, die eine gewisse Vertrauensstellung

[7]) Tabulation of the statements made by men living in certain selected districts of London in March 1887 (C — 5228); cfr. Archiv f. soz. Gesetzgebung und Statistik. Band I, pag. 43, ff.

[8]) Weitere Daten über den Umfang der englischen Reservearmee finden sich in der „Neuen Zeit", II. Stuttgart 1884, pag. 164 ff.

einnahmen, weniger dem Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren. — Ein deutlicher Beweis dafür, wie die Maschine, indem sie dem Handwerker seine qualifizirte Arbeit abnahm und ihn einfach zum Tagelöhner herabdrückte, auch gleichzeitig ihn einem ungewissen Schicksal anheim gab, indem sie eben die industrielle Reservearmee schuf.

Organisirte Arbeiter leiden unter Arbeitslosigkeit weniger als nicht organisirte.

Interessant ist die in dem erwähnten Blaubuch angeführte Thatsache, daß im Allgemeinen Mitglieder der Trades-Unions weniger unter der Ungewißheit drohender Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, als die nicht organisirten Arbeiter. Wir werden diese bemerkenswerthe Thatsache noch an anderer Stelle zu würdigen haben, wenn wir von den Kämpfen des Proletariats um Besserung seiner Lebensbedingung, um Hebung seiner Klassenlage und von den Erfolgen dieser Kämpfe sprechen werden.

Wirksamkeit der industriellen Reservearmee.

Um sich einen erschöpfenden Begriff von der großen Wirksamkeit der Armee der überflüssigen Arbeiter bilden zu können, muß man deren Einfluß auf die großen und bewährten Organisationen der am besten gestellten Arbeiter nachweisen.

Selbst der berühmte englische Gewerkverein der „Vereinigten Maschinenbauer" war im Jahre 1886 nahe daran, durch die Reservearmee ruinirt zu werden.

In der „Justice" schrieb darüber der englische Sozialist Hyndmann Folgendes:

„Der „Gewerkverein der Vereinigten Maschinenbauer" hatte am Schluß des Jahres 1886 nicht weniger als 439 Zweigvereine und 52 019 Mitglieder. Das Gesammteinkommen des Vereins belief sich im letzten Jahr auf M. 3 473 740 (der Anschaulichkeit halber übertragen wir die Zahlen gleich auf den deutschen Münzfuß), die Gesammtausgaben auf M. 3 610 280 oder M. 69,46 pro Mitglied. Von der Einnahme entfallen M. 3 332 760 auf direkte Beiträge, Bußen und Sammlungen. Aber — und das ist das Verzweifelte der Situation — nicht weniger als M. 1 729 200 wurden für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben gegen M. 1 573 380 im Jahre 1885, das selbst ein sehr schwieriges Jahr war, d. h. gegen M. 30,55 im Jahr 1885, entfielen im Jahr 1886 M. 38,00 für Arbeitslosenunterstützung pro Mitglied! Für Krankheits-, Alters- und Beerdigungsunterstützung wurden M. 1 465 900 oder pro Mitglied M. 32,03 ausbezahlt."

„In Bezug darauf bemerkt der leitende Sekretär sehr treffend: „Die für diese drei Unterstützungszwecke nothwendigen Ausgaben werden sich nach dem Gesetz der Durchschnittszahlen so sicher wiederholen, als die Nacht auf den Tag folgt, und daher stellt sich Euch, wenn diese gedeckt sind, die Frage, was bleibt Euch von Euren regelmäßigen Beiträgen zur Deckung Eurer sonstigen Verbindlichkeiten?" Eine sicherlich unangenehme Frage, die aber mit

gleichem oder noch größerem Recht auch an andere Gewerkvereine gestellt werden muß. Denn, man bemerke wohl, diese große Ausgabe von M. 1 730 000 für Arbeitslose war nicht etwa einem großen Streik geschuldet; die Lage der Industrie war eine gedrückte und wird so bleiben, und die Ursachen der Zunahme der Unterstützungsgesuche sind unseres Erachtens dauernde. Demgemäß sehe man sich die folgenden Zahlen noch genauer an und beherzige sie wohl. Ende des Jahres 1874 betrug das Vermögen des Vereins M. 4 779 780 oder M. 110,79 pro Mitglied, Ende 1875 war es auf M. 5 292 820 oder M. 120,21 pro Mitglied angewachsen und Ende 1879 erreichte es den höchsten Stand mit M. 5 502 920 oder M. 123,46 pro Mitglied, den es 1877 ungefähr einhielt. 1878 war der Vermögensstand M. 5 033 500 oder M. 110,83 pro Mitglied, d. h. im Verhältniß der gleiche wie 1874. Von da ab ist der Rückgang ein stetiger und bedeutender, bis im Jahr 1885 die Bilanz mit einem Guthaben von M. 2 382 600 oder M. 46,08 pro Mitglied abschließt, das nunmehr, Ende 1886, nur noch M. 2 233 560 oder M. 42,92 pro Mitglied beträgt."

„Kein Wunder, daß der Generalsekretär, Herr Wilson, Angst bekommt und die oben zitirte Frage aufwirft. Kein Wunder, daß er am Ende seines Berichtes erklärt, daß die Geschäfte des Landes sich im „Uebergangsstadium" befinden, daß „politische Einrichtungen und Maßregeln, die vor vierzig Jahren der Lage der Dinge entsprachen, es heute nicht mehr thun"; daß, „wenn Ihr die Zeichen der Zeit mit Verständniß leset, Ihr unsere Gesellschaft so umgestalten werdet, daß sie mehr Ausdehnung und Festigkeit gewinnt". Es ist in der That von der höchsten Bedeutung, daß irgend Jemand diese Aufgabe ernsthaft aufnimmt, denn die obigen Zahlen bedeuten nichts Geringeres, als den rapid herannahenden Bankrott des stärksten Gewerkvereins der Welt."

Die Existenz einer Reservearmee in dem Musterlande des Kapitalismus, in England, scheint uns somit unzweifelhaft für erwiesen. Sie reckt und streckt sich aber schon seit einigen Jahrzehnten in Deutschland. Die großen Arbeiterorganisationen haben schon mehrfach Daten über die Arbeitslosigkeit in ihren Fachorganen veröffentlicht.

Industrielle Reservearmee in Deutschland.

Professor Herkner schätzt die Anzahl der ständig arbeitslosen Männer in Deutschland auf 200 000 bis 300 000[9]). In einzelnen Gebieten und Berufen stellt sich die Anzahl der Arbeitslosen, wie folgt:

Im Winter 1890/91, wo die Arbeitslosigkeit einen schrecklichen Grad erreicht hatte, betrug die Arbeitslosigkeit in Dresden allein nach der Enquête der einzelnen Gewerkschaften im Monat Januar

[9]) Herkner, Archiv f. soz. Gesetzgebung und Statistik III. Bd., pag. 230.

Bäcker	150
Buchbinder	150
Buchdrucker	100
Drechsler	10
Glaser	46
Holzarbeiter	1000
Korbmacher	10
Maurer	2000
Maler, Lackirer rc.	700
Metallarbeiter	4000
Tischler, inkl. Modell- u. Parquett-tischler	720
Schneider	1000
Schlosser	300
Steinmetzen	170
Stellmacher	10
Schuhmacher	1000
Töpfer	120
Bildhauer	105
Klempner	300
Dachdecker	300
Tapezierer	250
Tabakarbeiter	22
	12 463

Markthelfer, Boten, Schiffsverlader, Tagelöhner, Handlanger rc. sind dabei nicht mit inbegriffen. Auch hatten verschiedene Gewerke, z. B. Riemer, Sattler und Gerber keine Berichte eingesandt, außerdem erscheint die Zahl der Maurer wesentlich zu niedrig gegriffen, da ja im Allgemeinen die Maurer überhaupt im Winter feiern. Die obige Zahl ist also jedenfalls viel zu niedrig.

Für Leipzig liegt eine Nachweisung der Arbeitslosen im Buchdruckergewerbe vor, wonach für 1480 (von 2500) Gehilfen im Jahre 1890 21 425 arbeitslose Tage konstatirt wurden. Der „Correspondent“ [10]) veranschlagt die Gesammtzahl der arbeitslosen Tage auf 32 000.

Durch Vermittelung der Redaktion des genannten Blattes wurde dem Herausgeber dieser Arbeit nachgewiesen, daß im

Oktober	1890	1092	Mitglieder des Gehilfenverbandes
Novbr.	1890	811	„ „ „
Dezbr.	1890	552	„ „ „
Januar	1891	501	„ „ „
Februar	1891	333	„ „ „
März	1891	308	„ „ „

als arbeitslos unterstützt wurden.

[10]) „Correspondent“, Leipzig, den 28. Januar 1891.

Im Jahre 1886 konnten von 11 000 aus den Arbeiterkolonien entlassenen Personen nur etwa 1400 in neue Stellen untergebracht werden. (Genaue Angaben über den Umfang der industriellen Reservearmee in den einzelnen Gewerben waren leider trotz vieler Bemühungen nicht zu erhalten, vielleicht regt diese Arbeit die einzelnen Gewerkschaften zu statistischen Erhebungen über den Umfang der dauernden Arbeitslosigkeit an, die von unschätzbarem wissenschaftlichen Werth wären.)

Sozialpolitische Konsequenzen der industriellen Reservearmee.

Das Vorhandensein der Reservearmee zieht nun ganz gewaltige sozialpolitische Folgerungen nach sich, namentlich in Bezug auf die Regulirung der Löhne.

Der Kapitalismus hat durch die Reservearmee die Arbeiterklasse fast vollkommen in seine Botmäßigkeit gebracht.

Das Kapital wirkt heute auf beide Pole des Marktes ein, sowohl auf den der Nachfrage als auf den des Angebotes. Daß das Kapital die Nachfrage nach Arbeit bestimmt, dürfte von vornherein klar sein, da es ja zur Produktion der Arbeiter bedarf und diese also in Form der Nachfrage anwerben muß. Nicht so einfach ist es zu verstehen, daß das Kapital auch das Angebot an Arbeitskräften beeinflußt.

Nun, das Kapital erzeugt heute, dank der kapitalistisch ausgebeuteten Maschinen, ein ganzes Heer überflüssiger, sich zur Arbeit anbietender Proletarier, und es macht somit auch seinen Einfluß auf das Angebot geltend. Heute steht nicht auf der einen Seite ein Kapital von bestimmter Größe, welches die Nachfrage darstellt, und auf der anderen Seite, vollkommen von diesem getrennt, die Arbeiter, die das Angebot repräsentiren.

Nein, das Kapital regulirt je nach seinen Verwerthungsbedürfnissen das Angebot, vergrößert und verkleinert es, je nachdem es Arbeiter zur Erzeugung der Kapitalgewinne bedarf oder nicht bedarf. Und als Regulator des Angebotes dient dem Kapitale zu diesem Zwecke die Reservearmee. Gegenüber diesen entwickelten ökonomischen Verhältnissen hat die Beweisführung, welche Lassalle zur Bekräftigung seines „ehernen" Lohngesetzes herbeibringt, jeden Grund und Boden unter den Füßen verloren. Lassalle machte das Angebot der Arbeitskräfte noch von dem Wachsthum der Arbeiterklasse selbst abhängig. Ueberwiegt die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot derselben, so mußte sich das Kapital wohl oder übel eine kleine Wartezeit gefallen lassen, bis nämlich der Arbeitsmarkt, dank der steigenden Löhne, durch vermehrten Nachwuchs des Arbeiterstandes gefüllt wäre. Nun, dieser Nachwuchs von neuen Arbeitern würde erst innerhalb 15 bis 20 Jahren den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden können, weil er so viel Zeit zu seiner Entwickelung und Ausbildung gebrauchen würde.

Nun macht aber die kapitalistische Produktion innerhalb von zehn Jahren eine Reihenfolge von Perioden abwechselnder Anspannung, Ueberspannung und Erschlaffung durch, daß sie wahrhaftig nicht auf diese echt krähwinkelsche Landwehr der langsam heranwachsenden Arbeitergeneration bei ihren Schlachtzügen warten kann. „Bevor infolge der Lohnerhöhung," sagt Karl Marx, „irgend ein positives Wachsthum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß." (Kapital I, 3. Aufl. S. 655.)

Durch seine beiderseitige Wirksamkeit, sowohl auf der Seite der Nachfrage wie des Angebots, bestimmt das Kapital die Löhne je nach seinen Wünschen und befreit sich gänzlich von den Schranken, welche ihm etwa durch das Wachsthum der Arbeiterklasse gesetzt sind.

Nach der Beweisführung, die Lassalle für die Richtigkeit seines „ehernen Lohngesetzes" herbeigebracht hat, könnte die Arbeiterklasse in ihrer Gesammtheit ihre Lebenslage durch Beschränkung der Kinderzahl verbessern, denn nach dieser Argumentation hängt das Angebot an Arbeitskräften von dem Wachsthum der Arbeiterklasse selbst ab. Diese Lehre ist jedoch vollkommen hinfällig in der Periode des Kapitalismus geworden, die eine „Reservearmee", einen stetigen Ueberschuß des Angebots an Arbeitskräften über die Nachfrage kennt. Durch die vollständige Herrschaft des Kapitals über die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse ist die Lage derselben viel ungünstiger geworden, als selbst das eherne Lohngesetz dies eingesteht.

Dies wird uns unsere nachfolgende, eingehende Untersuchung über die thatsächliche Lage des Proletariats deutlich beweisen. Mit so allgemeinen Betrachtungen, wie sie dem ehernen Lohngesetz zu Grunde liegen, kommt man nicht aus. Deshalb treten wir jetzt den thatsächlichen Verhältnissen näher.

Kapitalismus und Armuth.

> „Arbeite noch so tüchtig, stehe früh auf und mühe Dich bis zum späten Abend; raube listig oder diene treu — Du wirst nie die Sicherheit kennen. Du magst jetzt reich sein, und doch kannst Du einst in Armuth gerathen. Hinterlasse Deinen Kindern noch so großen Reichthum — Du kannst Dir nicht die Sicherheit erkaufen, daß Dein Sohn nicht einst der Diener Deines Dieners wird, oder daß Deine Tochter sich nicht für Brot verkaufen muß."
>
> Bellamy: „Ein Rückblick", pag. 261. Reklam.

Der Kapitalismus schuf das Proletariat der Gegenwart und er drückt es nieder auf das denkbar niedrigste Niveau der Lebenshaltung, er trägt die Schuld an der immermehr fortschreitenden Verarmung

der Massen. Er ist die Ursache, daß immer weitere Kreise der Gesellschaft, vor Allem die arbeitenden Klassen, selbst den nothwendigsten Lebensunterhalt, trotz des Aufgebotes aller ihrer Kräfte, nicht mehr zu finden vermögen.

Hunderttausende vermögen nicht mehr ihren Hunger zu stillen, ihre Blöße zu decken und unmittelbar über diesen, aber immer in der Gefahr, zu diesen herabzusinken, stehen Millionen, die sich tagaus, tagein im Schweiße ihres Angesichts für einen kärglichen Bissen Brot mühen.

Anzahl der Armen in Deutschland.

In Deutschland waren im Jahre 1885 nicht weniger als 1592386 Personen gezwungen, die öffentliche Armenpflege [11]) in Anspruch zu nehmen.

Kostenaufwand für die Armenpflege.

Der Gesammtkostenaufwand für dieselben betrug 1885 M. 92452517 oder nahezu M. 2 für den Kopf der Bevölkerung. Für Preußen allein bezifferte sich die Gesammtarmenlast auf M. 49 709 294 = M. 1,8 pro Kopf der Bevölkerung (die Einkommen- und Klassensteuer ergab zur selben Zeit M. 54 286 202).

Vertheilung der Armenlast und der Einkommensteuer.

Auf je 100 Einwohner kamen 3,37 von Armenverbänden unterstützte Personen (im Stadtkreis Berlin 6,63).

Die höchste Armenlast weist die industriell so hochentwickelte Rheinprovinz auf mit M. 10703583. Von Wichtigkeit ist die Gegenüberstellung von Klassen- und Einkommensteuer einerseits und Armenlast andererseits.

Für je M. 100 Klassen- und Einkommensteuer entfallen an Armenlasten in Preußen auf

folgende Provinzen:		
Ostpreußen	M.	129,9
Westpreußen	"	132,5
Stadtkreis Berlin	"	101,4
Brandenburg	"	71,7
Sachsen	"	38,7
Pommern	"	92,6
Posen	"	102,2
Schlesien	"	63,0
Schleswig-Holstein	"	124,3
Hannover	"	97,3
Westfalen	"	117,8
Hessen-Nassau	"	60,2
Rheinprovinz	"	123,8
Im Durchschnitt	M.	91,6

Das sind in der That sehr lehrreiche Zahlen, in deren Spiegel sich die wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht sehr erbaulich

[11]) Stat. Jahrb. f. d. deutsche Reich, 1890, und Handwörterbuch der Staatswissenschaften; Jena, Fischer, 1890, Bd. I.

zeigen; die Armenkassen müssen eben dazu herhalten, um zum Vortheile der Gewerbeinhaber und Unternehmer die Unkosten der Arbeit decken zu helfen.

Die „Kreuz-Ztg.", welche 1890 in einem Artikel über die Härten des Unterstützungswohnsitzes diese Zahlen zitirte, jammerte dabei:

„Es sei bemerkt, daß die alten Provinzen des Ostens es als eine harte Unbill empfinden, daß sie nicht nur wehrlos dem Abzug ihrer besten Arbeitskräfte zusehen müssen, sondern zu alledem noch neben leeren Wohnstätten der Abgezogenen die Armenlasten bis über 300 Prozent ihrer direkten Staatssteuern für Leute zu tragen haben, deren Arbeitsäquivalent lediglich dem Westen (Sachsengängerei und chronische Bevölkerungsabströmung aus dem Osten) zu Gute kommt."

„Es sagte einmal ein Finanzminister beruhigend zu seinem Souverain: „Majestät, es ist erstaunlich, was ein Volk zahlen kann!"

Diesen Ausspruch glaubt die „Kreuzzeitung" auf die Geduld der alten Provinzen des Ostens anwenden zu dürfen. Die Wahrheit, daß gerade das dortige Großgrundbesitzerthum die Schuld am Wachsen der Armenlasten und des Abzuges von Arbeitskräften trägt, scheint für das Blatt der Großgrundbesitzer nicht zu existiren.

Das Angeführte ist ein zahlenmäßiger Beweis für das Elend der Massen. Aber von den ungezählten Tausenden, die ziellos auf der Landstraße umherwandern, die in dumpfen Höfen, in zerfallenen Hütten oder draußen im Freien hausen, nur durch die Mildthätigkeit ihrer Mitmenschen oder durch Diebstahl vom Verhungern bewahrt, berichtet keine Statistik.

Doch einen ungefähren Begriff davon gewährt schon ein Blick in die sächsische Armenstatistik.

Armenunterstützung trotz Arbeit.

In Schlettau, im Erzgebirge, wo die Posamentenindustrie betrieben wird, mußte infolge der gedrückten Arbeitslöhne dann und wann reichlichere Armenunterstützung gezahlt werden, dasselbe war der Fall in der Stadt Geyer, wo die gleiche Industrie heimisch ist. Aus dem Spitzenklöppelort Wildenau wird berichtet: „Die Klöpplerinnen verdienen, wenn viel, zwanzig Pfennig den Tag (zwanzig Pfennig per Tag für eine erwachsene Arbeiterin, wo heute das Pfund Fleisch 70 bis 80 ₰, das Brot 10 ₰ und mehr das Pfund kostet). Auch die männlichen Arbeiter erhalten geringe Löhne. In der Stadt Gelnau stieg die Zahl der Almosenempfänger, weil die Löhne für Spitzenklöppelei ganz gering wurden. Im Bezirk Auerbach sah man sich veranlaßt, „wegen der außerordentlich niedrigen Arbeitslöhne der Tagewerker und Handarbeiter" die darunter leidenden Personen zu unterstützen. Aus Bad Elster wird berichtet, „daß die in der Weberei beschäftigten Arbeiter sich in recht bedrängter Lage befänden." Die Gemeinde Großenhain habe „namentlich Fabrikarbeiter aus der Textilindustrie zu unterstützen, weil dieselben, sobald sie über 50 Jahr alt geworden sind, meist entlassen

und durch jüngere Kräfte ersetzt werden.“ Aus dem Städtchen Brand bei Freiberg wird mitgetheilt: „Die Armennoth in unserer Gemeinde ist nicht gering, und dies liegt wohl zumeist daran, daß eine große Zahl männlicher Personen dem Bergbau nachgehen und etwa 500 Männer sich mit Spitzenklöppelei behelfen müssen. Die nachtheiligen Wirkungen beider Berufszweige auf Gesundheit und Erwerbsfähigkeit veranlassen nur zu oft die Unterstützungsbedürftigkeit.“

Man darf bei alledem nicht unberücksichtigt lassen, daß es sich um Armenunterstützung arbeitsfähiger und arbeitswilliger Leute handelt — also um Arbeiter, denen die kapitalistische Produktionsweise trotz ihrer Arbeit keine Existenzmöglichkeit gewährt; oder die trotz ihres guten Willens Arbeit nicht zu finden vermögen!

Ursachen der Verarmung.

Ueber die Ursachen der Verarmung giebt nachfolgende Statistik für 1885[12]) einen genaueren Ueberblick.

Unterstützungsbedürftig wurden in Deutschland wegen:

		Zahl d. unterstützten Pers.		auf 1000 Einw.
Eigener Verletzung	durch Unfall	32 495 =	2,1 %	0,69
Verletzung des Ernährers	durch Unfall	5 144 =	0,3 „	0,11
Tod des Ernährers	durch Unfall	14 913 =	0,9 „	0,32
Tod des Ernährers	nicht durch Unfall	273 939 =	17,2 „	5,84
Krankheit d. Unterst.	nicht durch Unfall	444 498 =	27,9 „	9,48
Körperlich. od. geist. Gebrechen	nicht durch Unfall	197 092 =	12,4 „	4,20
Altersschwäche		234 952 =	14,8 „	5,01
Großer Kinderzahl		115 146 =	7,2 „	2,45
Arbeitslosigkeit		95 468 =	6,0 „	2,03
Trunk		32 428 =	2,0 „	0,69
Arbeitsscheu		22 528 =	1,4 „	0,48
Anderer bestimmt angegebenen Ursachen		122 214 =	7,7 „	2,61
Anderer nicht angegebenen Ursachen		1 573 =	0,1 „	0,03
Zusammen		1 592 386	100 %	33,95

Armenpflege in Oesterreich.

Wie sehr die Armennoth aber ein gemeinsames Merkmal aller „Kulturstaaten“ ist, das geht schon — wenn man von anderen Ländern absieht — aus folgender, der österreichischen „Statistischen Monats-

12) Stat. Jahrbuch für das deutsche Reich XII. 1891.

schrift“ entnommenen Nachweisung hervor. Daselbst kam ein in einem Versorgungshause untergebrachter Armer

1873 auf 724 Einwohner		1878 auf 643 Einwohner	
1874 „ 680 „		1879 „ 659 „	
1875 „ 698 „		1880 „ 641 „	
1876 „ 713 „		1881 „ 641 „	
1877 „ 649 „		1882 „ 622 „	

Das ist auch ein Beweis für die so marktschreierisch ausposaunte Hebung des Volkswohlstandes!

Die Zahl der Armen nimmt zu mit zunehmendem Alter.

Von Interesse und Wichtigkeit sind für die Armenstatistik einige englische Zahlen, nämlich die Nachweisung über die mehr als 60jährigen Armenunterstützungsempfänger.

Altersklassen	Oeffentlich unterstützte Personen		Bevölkerung d. entsp. Altersklasse	Prozent der betr. Altersklasse
	Armenhaus	andere Unterstützte		
60—65 Jahr	13 372	27 808	727 622	5,66
65—70 „	15 807	46 433	502 460	12,39
70—75 „	16 809	60 899	349 955	22,21
über 75 „	22 136	83 603	336 220	31,45
Total	68 124	218 743	1 916 257	14,97

Also mehr als ein Siebentel aller über 60 Jahre alten Engländer sitzt entweder im Armenhause oder empfängt Almosen anderer Art. Von den 75 jährigen sind bereits ein Drittel Almosenempfänger!

Und diese Zahlen betreffen ein Land, dessen „Nationalreichthum“ nicht mit genug glänzenden Farben geschildert werden kann, dessen „Nationalreichthum“ von Tag zu Tag wachsen soll! Das Wort klingt angesichts der angeführten Daten fast komisch. —

Armuth ein Verbrechen.

Das Kapital ist aber nicht blos mitleidslos gegen die Armuth, es betrachtet dieselbe sogar direkt als Verbrechen. Damit der Besitzende nicht in seiner ruhigen Behaglichkeit gestört werde, schuf er ein Gesetz, welches den Bettel mit Haft und im Wiederholungsfalle mit Arbeitshaus strafte, deshalb — anstatt dem Armen Hütten zu bauen, oder ihm auch nur ein Recht auf Arbeit zu verschaffen — verfährt er in gleicher Weise gegen die Obdachlosen . . . er bringt sie im Gefängniß unter! —

Die Gesetze aller Klassenstaaten sind übrigens gleich grausam gegen die Armuth. Welches schreckliche Verbrechen die Armuth vor dem englischen Gesetz ist, kann man daraus ersehen, daß in London 1890 ein alter Mann wegen Bettelns zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt wurde. Der Alte würde nach seiner Erklärung gern

arbeiten, wenn er Arbeit erhielte, was sollte er thun? Stehlen? Das Gesetz verbietet und bestraft den Diebstahl sehr strenge. Betteln durfte er auch nicht, es blieb ihm also nichts Anderes übrig, als Hungers zu sterben. Und weil er dies nicht wollte, erhielt er ein Jahr Zuchthaus. Das geschieht im Zeitalter der Humanität und der Wiederbelebung des Christenthums!

Volkseinkommen und Lebenshaltung.

Wie es überhaupt möglich sein kann, daß in einem Kulturstaate, in welchem das Christenthum, die Lehre der werkthätigen Nächstenliebe, Staatsreligion ist, ein großer Theil der Bevölkerung nicht einmal das nackte Leben garantirt erhält, darüber belehrt uns eine Betrachtung der Einkommenverhältnisse, die schlagend beweisen, daß der geringste unvorhergesehene Zufall im Leben des Proletariers diesen sofort aus dem Geleise werfen und ihn dem Mitleide seiner Nächsten anheimgeben muß.

Es kann hiernach nicht zweifelhaft sein, daß es überhaupt in erster Linie die Armuth ist, welche zur Fabrikarbeit treibt. Sehr treffend sagt Fr. A. Lange in seiner Arbeiterfrage: „Es ist klar, daß Fabrikarbeit schon in ihren ersten Anfängen Armuth zur Voraussetzung hat. Der Fabrikant bietet nur in den seltensten Fällen einen so hohen Lohn, daß dadurch allein ein Feldarbeiter, der sein, wenn auch spärliches Auskommen hat, verlockt werden könnte, Karst und Spaten bei Seite zu legen und sich zu einer einförmigen, tödtlich langweiligen Arbeit für den ganzen lieben Tag lang in ein dumpfes Gebäude einschließen zu lassen. Die eigentliche Noth muß dazu kommen, um diesen Schritt zu bewirken, wie denn überhaupt die Noth des Armen der erste Grund ist, weshalb der Reiche sich seine Arbeitskraft aneignen und seine Kräfte ausbeuten kann.“ Dies Prinzip ist von Marx selbst nicht nur an den Thatsachen nachgewiesen, sondern auch als bewußte Theorie der früheren offenherzigen Nationalökonomen durch eine Reihe schlagender Zitate aufgedeckt worden. (Kapital I, 3. Aufl. 630.)

Durchschnittseinkommen in Preußen.

Nach einer Berechnung von Soetbeer über das Volkseinkommen im preußischen Staate stellt sich das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf des Zensiten im Jahre 1888 auf M. 941 (nach der amtlichen Berechnung des Durchschnittslohnes, welcher auf die dem Unfallversicherungszwange unterworfenen Arbeiter kommt, beträgt derselbe aber im Durchschnitt nur M. **628** für den Arbeiter, conf. pag. 40).

Wie groß die Zahl Derjenigen ist, welche aber weniger als das Durchschnittseinkommen aufweisen, geht aus der weiteren

Berechnung Soetbeer's hervor, der nachweist, daß im preußischen Staat in den Jahren 1876 bis 1888 nicht weniger als 94,4 % der Zensiten ein jährliches Einkommen bis *M.* **914** im Durchschnitt haben und 41,36 % hatten nur ein Einkommen bis *M.* **420**.[13])

Und da die Anzahl der Bewohner etwa 3 (2,8) mal so groß ist als die Zahl der Zensiten, so müssen etwa 12 Millionen Personen in Preußen jährlich mit einem Durchschnittseinkommen von *M.* **140 auskommen**, das giebt etwa **30 Pfennige per Tag**, wofür sich die 41 Prozent der Bevölkerung Lebensunterhalt, Nahrung, Wohnungsmiethe, Kleidung, Licht, Heizung .... und Steuern — direkte und indirekte — besorgen müssen.

Vertheilung des Einkommens in Sachsen.

In Sachsen haben nach Ausweis des statistischen Handbuches für 1888

Prozent der Bevölkerung		Einkommen ℳ
42,00 . . .	bis	500
12,00 . . .	von	500— 600
8,75 . . .	„	600— 700
8,00 . . .	„	700— 800
7,33 . . .	„	800— 950
78,08 . . .	bis	950
4,75 . . .	von	950—1100
3,25 . . .	„	1100—1250
fast 2,00 . . .	„	1250—1400
2,25 . . .	„	1400—1600
1,92 . . .	„	1600—1900
1,50 . . .	„	1900—2200
1,00 . . .	„	2200—2500
nicht ganz 0,75 . . .	„	2500—2800
0,89 . . .	„	2800—3300
0,50 . . .	„	3300—3800
1/3 . . .	„	3800—4300
1/3 . . .	„	4300—4800
nicht ganz 1/3 . . .	„	4800—5400
1/3 . . .	„	5400—6300
1/5 . . .	„	6300—7200
1/5 . . .	„	7200—8400
nicht ganz 1/8 . . .	„	8400—9600

[13]) In Preußen haben nach Soetbeer (Volkseinkommen im preußischen Staat 1876 und 1888 in Hildebrand und Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, Neue Folge, Band 18 und 19) von den 9 915 739 Erwerbsthätigen resp. Eingeschätzten

4 101 550	oder	41,36 %	ein Jahreseinkommen	bis ℳ 420
2 905 260	„	29,29 %	„ „	von ℳ 420— 660
1 219 147	„	12,29 %	„ „	„ „ 660— 900
1 047 960	„	10,6 %	„ „	„ „ 900—1500
418 964	„	4,2 %	„ „	„ „ 1500—3000

Die brutale Thatsache, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung ein Einkommen hat, das zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig ist, wird mit Vorliebe durch einen Hinweis auf das Steigen der Sparkasseneinlagen zu verschleiern gesucht.

Sparkasseneinlagen in Preußen und Kritik derselben.

Die hierfür angezogenen Daten sind allerdings für den ersten Augenblick verblüffend.

Während im Jahre 1839 auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen nur M. 1,24 Spareinlagen kommen,[14]) wuchsen dieselben von Jahr zu Jahr in folgendem Verhältniß:

1839	. . .	M.	1,24
1840	. . .	„	1,37
1850	. . .	„	3,29
1860	. . .	„	8,30
1870	. . .	„	20,25
1880 bis 1880/81	. . .	„	58,39
1881 bis 1881/82	. . .	„	61,89

Aber das Heranziehen dieser Zahlen ist doch nur eine statistische Spielerei. Zunächst beträgt das aus den Spareinlagen herrührende Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung kaum M. 2, fällt also gegenüber den anderen Einkommen garnicht in das Gewicht. — Und auch das Anwachsen der Spareinlagen hat wenig Beweiskraft. Es zeigt nur, daß bei der niedrigen Bewerthung des Kapitalzinses der immer bequemer gemachte Weg, seine Kapitalien den staatlich oder von den Kommunen gepflegten Sparkassen anzuvertrauen, von dem kleinen Mann dem alten traditionellen Familienstrumpf vorgezogen wird, in welchem früher die ersparten Nothgroschen unverzinslich aufbewahrt wurden. Zu einem Beweis für die Hebung des Volkswohlstandes kann das Anwachsen der Spareinlagen also keineswegs herangezogen werden.

Die Spareinlagen haben nicht einem wirthschaftlich-produktiven Zwecke zu dienen, sondern stellen nur einen Reservefonds für eintretende Nothfälle dar, werden also nur mehr oder weniger konsumtiv angewandt. —

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß seit 1859 die Geld- und Kapitalwirthschaft sich wesentlich entwickelte und der Werth des Geldes erheblich sank. —

Es dürfte von weitgehendem Interesse sein, auch noch die Durchschnittslöhne anzuführen, welche in den einzelnen Gewerbebetrieben in Deutschland als Normalsätze gelten.

Durchschnittslöhne wie sie bei Bemessung der Unfallsrente den Berufsgenossenschaften als Grundlage dienen.

Und bei den größeren Einkommen haben

377 000	Zensiten ein Einkommen	bis M	4 200
73 000	„ „ „	„ „	9 600
16 000	„ „ „	„ „	21 000
4 000	„ „ „	„ „	48 000
1 500	„ „ „	über „	48 000

[14]) Jahrbuch f. amtl. Statistik des preußischen Staates. V. Jahrg., pag. 458.

Da eine eingehende Lohnstatistik, so dringendes Bedürfniß sie auch ist, für Deutschland nicht vorliegt, so ist man hier auf die Schätzungswerthe angewiesen, welche den Berufsgenossenschaften zur Fixirung der Unfallsrente als Unterlage dienen. Es muß jedoch von vornherein bemerkt werden, daß die sogenannten ortsüblichen Tagelöhne mit den wirklich gezahlten Löhnen sich keineswegs decken, denn nach den gesetzlichen Bestimmungen wird als anrechnungsfähiger Lohn der M. 4 übersteigende Lohnbetrag nur mit einem Drittel herangezogen, während andererseits für jugendliche Arbeiter und Frauen der gleiche ortsübliche Tagelohn wie für erwachsene männliche Arbeiter in Anrechnung gebracht ist.

Für das Jahr 1889 stellt sich, einschließlich Frauen- und Kinderarbeit, für sämmtliche Berufsgenossenschaften der Durchschnittslohn auf M. 628; die einzelnen Berufsgenossenschaften rangiren nach dem jährlichen Durchschnittslohn wie folgt:

Rhein.-Westf. Hütten- und Walzwerke	M.	1002
Brauerei- und Mälzerei-Berufsgen.	„	973
Gas- und Wasserwerke	„	952
Speditions-, Speicherei-, Kellerei-Berufsg.	„	897
Buchdruckerei	„	896
Rhein.-Westf. Maschinenbau- und Klein-Industrie	„	894
Nordwestl. Eisen- und Stahl-Berufsgen.	„	894
Nordöstliche „ „	„	884
Südwestliche Eisen-Berufsgenossenschaft	„	843
Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgen.	„	837
Feinmechanik	„	837
Sächs.-Thüring. Eisen- u. Stahl-Berufsgen.	„	828
Knappschafts-Berufsgenossenschaft	„	827
Privatbahnen	„	792
Chemische Industrie	„	787
Leder-Industrie	„	780
Westdeutsche Binnenschifffahrt	„	762
Bayrische Holz-Berufsgen.	„	754
Süddeutsche Edel- u. Unedelmetall-Berufsg.	„	753
Hamburger Baugewerks-Berufsgen.	„	749
Nordd. Edel- u. Unedelmetall-Berufsgen.	„	748
Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgen.	„	705
Musik- und Instrumenten-Industrie	„	698
Papierverarbeitungs-Berufsgen.	„	682
Nordd. Holzbearbeitungs-Berufsgen.	„	661
Elbschiffer-Berufsgen.	„	659
Töpferei-Berufsgen.	„	658
Glas-Berufsgenossenschaft	„	653
Nordöstliche Baugewerks-Berufsgen.	„	645

Südwestl. Baugewerks-Berufsgen. . . .	M.	643
Fuhrwerks-Berufsgen.	„	642
Sächsische Holz-Berufsgen.	„	629
Sächsische Baugewerks-Berufsgen. . . .	„	627
Rhein.-Westf. Baugewerks-Berufsgen. . .	„	614
Seiden-Berufsgenossenschaft	„	613
Müllerei-Berufsgenossenschaft.	„	608
Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsgen.	„	606
Rhein.-Westf. Textil-Berufsgen.	„	603
Südwestliche Holz-Berufsgen.	„	586
Brennerei-Berufsgen.	„	579
Papiermacherei-Berufsgenossenschaft . .	„	572
Württemberg. Baugewerks-Berufsgen. . .	„	568
See-Berufsgenossenschaft	„	564
Süddeutsche Textilindustrie-Berufsgen. .	„	559
Elsässische Textilindustrie-Berufsgen. . .	„	559
Norddeutsche „ „ . .	„	550
Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgen.	„	545
Bekleidungs-Berufsgenossenschaft . . .	„	538
Leinenindustrie-Berufsgenossenschaft . .	„	537
Bayrische Baugewerks-Berufsgen. . . .	„	527
Ostdeutsche Binnenschifffahrts-Berufsgen.	„	485
Tabakindustrie-Berufsgenossenschaft . .	„	457
Thüringische Baugewerks-Berufsgen. . .	„	455
Tiefbau-Berufsgenossenschaft	„	452
Schles.-Posensche Baugewerks-Berufsgen.	„	449
Schlesische Textilindustrie-Berufsgen. . .	„	422
Ziegelei-Berufsgenossenschaft	„	405
Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft . .	„	380
Stein-Berufsgenossenschaft	„	314
Hannoversche Baugewerks-Berufsgen. . .	„	313
Magdeburger Baugewerks-Berufsgen. . .	„	263

Trotzdem diese Daten an sich nur äußerst vorsichtig aufzunehmen sind, so haben dieselben doch zum Vergleich untereinander einen ziemlich hohen relativen Werth.

Wachsthum der großen Einkommen.

Und mit diesen erschrecklich konstant bleibenden Zahlen vergleiche man einmal die ebenfalls von Soetbeer herrührenden Zahlen, die nachweisen, daß von 1876 bis 1890 in Preußen die Einkommen von M. 2001 bis 6000 von 384 248 auf 490 541 Zensiten stiegen, mit einem Wachsthum des Gesammteinkommens von 1220 Millionen Mark auf 1593 Millionen. Das Anwachsen ist hier noch nicht so erheblich. Aber bei den Einkommen von M. 6001 bis 20 000 stieg die Anzahl der Personen von 58 286 auf 91 512, d. h. um 57 Prozent und der Betrag ihres Einkommens von 560 auf 882 Millionen Mark oder um 60 Prozent. Für Einkommen von M. 20 001 bis 100 000 stieg

die Zahl der Zensiten von 7501 auf 12 521 und deren Einkommen von 286 Millionen auf 474 Millionen Mark, also um etwa 63 Prozent. Das Einkommen der Zensiten mit über M. 100 000 Einkommen vermehrte sich von 113 Millionen auf 219 Millionen Mark.

Riesengehälter.

Wahnsinnig sind die Gehälter der Leiter großer Banken, noch bedeutender sind aber die Tantièmen, welche ihnen zufließen. So hat die Diskontogesellschaft vier Direktoren; jeder erhält beiläufig M. 553 000; Berliner Handelsgesellschaft hat drei Direktoren, zirka M. 235 000; Dresdener Bank hat vier Direktoren, jeder erhält M. 193 000; Internationale Bank zu Berlin hat zwei Direktoren, jeder erhält beiläufig M. 175 000; Nationalbank für Deutschland hat zwei Direktoren, jeder erhält zirka M. 160 000; Bank für Handel und Industrie hat acht Direktoren, jeder erhält M. 93 000; Deutsche Bank hat 13 Direktoren, jeder erhält M. 60 000; die Deutsche Genossenschaftsbank hat fünf Direktoren, jeder erhält beiläufig M. 40 000 Tantième. Und mit diesen „Hungerlöhnen" sind die Leute ganz zufrieden. Die „begehrlichen" Arbeiter könnten sich wohl ein Beispiel daran nehmen.

Bei diesen Rieseneinkommen auf der einen Seite, auf der anderen ein Einkommen von 30 ₰ täglich! — Wer wagt da noch von gesunden sozialen Verhältnissen zu reden? — Von gesunden Verhältnissen, wo selbst der konservative Herr von Ackermann ein Einkommen von weniger als M. 900 jährlich als „für ungenügend zu einer naturgemäßen, menschenwürdigen Existenz" bezeichnet!!

Nachdem wir in großen Zügen nach den statistischen Angaben die Höhe des durchschnittlichen Einkommens dargelegt haben, wollen wir noch einen Blick auf einzelne Details werfen, die besonders charakteristisch für die Einkommensverhältnisse und die Lebenshaltung großer Bevölkerungsklassen sind. Geradezu typisch sind hier die Berichte der zur Erforschung des „chronischen Weberelendes in Schlesien" eingesetzten Kommission.

Einkommen der Weber.

Oberförster und Amtsvorsteher Beck in Tschnerby-Cudowa, der Vorsitzende einer der vier Regierungskommissionen, berichtet:

„Die Weberbevölkerung unseres Bezirks theilt sich in 3 Klassen, welche nach der von ihnen zu liefernden Arbeit unterschieden werden.

Die I. Klasse, welche für die beste Arbeit und das Stück à 100 Meter M. 10 und darüber erhält, ist hier garnicht vertreten, oder nur in einzelnen Webern, welche nicht in Betracht kommen können.

Die II. Klasse theilt man in 2 Abtheilungen und zwar bessere und weniger gute Weber. Dieselben verdienen durchschnittlich:

a) gute Weber, 1 Stück zu 100 Meter Länge M. 7,50, Arbeitszeit: 8 volle Arbeitstage, von früh 5 bis Abends 10 Uhr. Zur Anfertigung 1 Weber, 1 Spuler. Von dem Verdienst sind Unkosten M. 1,65, bleibt M. 5,85, gleich 73 ₰ pro Tag für die ganze Familie.

b) weniger gute Weber, 1 Stück zu 100 Meter M. 6. Arbeitszeit 8 volle Tage. Zur Anfertigung 1 Weber, 1 Spuler. Unkosten wie oben. Verdienst M. 6, Unkosten ab M. 1,65, bleibt M. 4,35 = 54 ₰ pro Tag für die ganze Familie.

III. Klasse. Schlechte (?) Weber, wirken ganz billige Sorten und erhalten für das ganze Stück M. 2,50 zu 80 Meter Länge. Arbeitszeit volle 5 Tage. Verdienst M. 2,50, Unkosten ab M. 1,25 = 25 ₰ pro Tag und für die ganze Familie.

Was die Eintheilung der Weber nach Zahl in den einzelnen Verdienstklassen anbelangt, so sind:

				M.		M.		à Tag
30 %	Klasse IIa	für 8	Arbeitstage	7,50	Brutto,	5,85	Netto,	73 ₰
50 %	„ IIb	„ 8	„	6,00	„	4,35	„	54 „
20 %	„ III	„ 5	„	2,50	„	1,25	„	25 „

Es ergiebt sich hieraus, daß Klasse IIa als die besten Weber bei einem Verdienst von 73 ₰ pro Tag in Noth leben, die anderen Klassen aber in Elend und am Hungertuch nagen, was die bleichen Gesichter und abgezehrten Gestalten auch bestätigen. Durchschnittlich sind sechs Familienglieder zu rechnen.

Lebensunterhalt der Weber.

Was den Lebensunterhalt anbelangt, so entspricht derselbe dem Verdienst, ist ein solcher fast garnicht zu nennen, und besteht im Allgemeinen in folgenden Mahlzeiten: Früh: dünner Kaffee mit trockenem Brot, welches eingebrockt wird; Mittags: Kartoffeln, Kartoffelsuppe, Mehl- oder Wassersuppe mit trockenem Brot, doch immer nur das Eine oder das Andere; Abends: dünner Kaffee mit trockenem Brot oder eine Suppe. Zweites Frühstück und Vesper giebt's nicht. Fleisch kommt bei den besser Situirten nur an Sonn- und Feiertagen in kleinen Quantitäten, bei dem größten Theil fast garnicht auf den Tisch."

Der Pastor Klein, der für die Graffschaft Glatz eifrig Almosen sammelte, führte über die Höhe der Lohnabzüge bei den Weberarbeiten folgendes Schreiben einer alleinstehenden Frau an:

„Daß ich N. N. zum Ausgeber X. arbeitete und daß ich am letzten Stück 14 Tage gearbeitet habe, und daß derselbe, als ich Ihm (!) das Stück ablieferte, mir statt 5 M. nur 2 M. Lohn gab. — — Er gab an, es seien Fehler im selbigen Stück, deshalb wollte er mir Anfangs gar kein Lohn geben, dann aber, als ich um Gotteswillen bat, gab er mir 2 M. und ich hatte dazu noch 14 Tage keine Arbeit. Eine Mark gab ich auf Miethe, da blieb mir noch eine Mark, und wenn ich nicht gute Leute gehabt hätte, hätte ich mit meinem Kinde verhungern und erfrieren müssen. Jetzt habe ich wohl Arbeit bekommen, weiß aber nicht, wo ich meinen Lebensunterhalt hernehme, bis ich abgearbeitet habe. Gott sei mein Zeuge, daß dies die volle Wahrheit ist."

Am 11. Januar 1891 schrieb derselbe Pastor Klein an Berliner Blätter:

Weberelend.

„In den letzten Tagen war ich in Goldbach, wohin mich der Weg nur selten führt, da nur wenige Glieder meiner Gemeinde daselbst wohnen. Eine kurze Schilderung der dortigen Zustände soll ein Bild geben, wie es hier aussieht: Durch oft meterhohen Schnee, auf weitem Umwege — der direkte Weg war für Schlitten zu gefährlich, die Goldbacher können jährlich höchstens M. 20 für Unterhaltung ihrer Wege ausgeben — gelange ich in's Dorf. Beim Gemeindevorsteher, einem armen Weber, der gerade dabei ist, einen Hülferuf für seine Gemeinde an den Provinzialarmenverband auszuarbeiten, erfahre ich Folgendes: Goldbach zählt 712 Seelen, zum größten Theil Weber. Einkommensteuerpflichtige giebt es nicht. — Klassensteuerpflichtig sind 2, schreibe zwei Einwohner: der Müller und der Lehrer. Der Gemeindevorsteher nennt mir im Handumdrehen achtzehn Familien, deren sämmtliche 30 Glieder als Greise, Waisen, Krüppel, Blinde, Irre, Epileptische durchaus erwerbsunfähig sind, d. h. nichts, garnichts haben. Für diese Allerärmsten (Aermste giebt es noch genug) bringt die arme Gemeinde jährlich M. 58 auf. Mehr hat sie nicht. Stiftungen sind nicht vorhanden, auch sonst keine Geber. Wovon leben aber die 18 Familien, die 30 Aermsten? Hülfe! — Mit dem Gemeindevorsteher besuchte ich mehrere Wohnungen der armen Leute, selten war eine, wo ich nicht einen Schwerkranken, oder Verkrüppelten oder gar Blöden (deren es hier verhältnißmäßig viele giebt) antraf. Und wer beschreibt das Elend auch der Gesunden? Niedrige Stuben, Löcher, verdorbene Luft, halbnackte Kinder, am rasselnden Webstuhl sitzen im schlechtgeheizten Raum die bleichen, abgehärmten Gestalten. Sie arbeiten, arbeiten rastlos, schon seit Morgens 5 oder 6 Uhr, Viele auch die Nacht hindurch, keine Sekunde darf verloren werden. Nun reißt der schwache Faden, es muß geknotet werden, ach, wenn die Waare nur angenommen wird! Wie oft schon wurde sie zurückgewiesen und der Verdienst eines Tages, einer Woche war verloren! u. s. w. Kinder seid fleißig, spult eifrig. Vielleicht werden wir mit dem Stück bis Sonntag fertig, dann gehen wir zusammen zur Stadt zur Kirche und dann bekommen wir beim Wollausgeber M. 4, ach hoffentlich! Und der Webstuhl rasselt weiter, in der Stube wird es immer kälter und dunkler, doch das theure Holz — Kohlen konnten schon lange nicht mehr gekauft werden — muß gespart werden. Das kleine Lämpchen trotz der schwierigen Arbeit niedrig geschraubt, damit bei den kurzen Tagen nicht zu viel Petroleum verbrennt. So geht es einen wie den anderen Tag, wie in dieser, so in jeder anderen Woche, wie in Goldbach, so hier fast überall."[15])

[15]) Als besonders charakteristisch für den Staat von heut — kann an dieser Stelle das Verhalten der Regierung Herrn Pastor Klein gegenüber nicht unerwähnt bleiben,

Lebens-
haltung
des Webers.

Fragen wir dann, **wie** die Weber unter diesen Verhältnissen leben, so giebt die amtliche Darstellung des Herrn Amtshauptmanns von Schlieben über die Weberbevölkerung des Erzgebirges, die unter ganz ähnlichen Verhältnissen wie die schlesische Weberbevölkerung lebt, sofort Antwort. Dr. von Rechenberg hat diese Untersuchungen über die Lausitzer Weber in einer in Leipzig erschienenen Broschüre [16]) verarbeitet.

Der Verfasser hat die Nahrungsmittel von 52 Familien genau auf ihre Wärmewerthe untersucht und kommt dabei allerdings zu dem eigenthümlichen Resultat, das auf den ersten Blick verblüffen könnte, daß nämlich ein Ehepaar, das zusammen 93 Kilogramm wiegt, — durch ihren Zichorienkaffee und ihre Bettelmannssuppen täglich 4444 Wärmeeinheiten aufnimmt, also täglich 444 mehr als physiologisch nothwendig wären, auf welche Thatsache Herr von Rechenberg dann den Schluß aufbaut, daß „die Ernährung als eine für die Weber ausreichende bezeichnet werden müsse". Als wenn zur Ernährung nur Zufuhr von Wärmeerzeugern und nicht auch von Eiweiß-(Blut-)bildnern nothwendig wäre! Muß man doch, wenn man in reinem Zucker täglich etwa 8000 Wärmeeinheiten, also 4000 zu viel aufnimmt, ebenso elend verhungern, als wenn man garnichts äße. Aber abgesehen von diesem grundlegenden Fehler, ist die zitirte Arbeit doch hochbedeutend zur Beurtheilung der sozialen Lage der Weberbevölkerung nicht blos, sondern eines gewaltigen Bruchtheiles unserer Bevölkerung (40 Prozent zum mindesten) überhaupt.

Die Weberbevölkerung arbeitet mit den niedrigsten Löhnen — in der Lausitz übrigens noch etwas höher als in Schlesien — infolgedessen „essen die Leute wenig und schlecht, sie sind nicht im Stande, eine bessere Kost zu erschwingen, so daß sie an der untersten Grenze der zum Leben erforderlichen Nahrung angekommen sind. Sie haben verlernt, an den Geschmack Ansprüche zu machen und sind zu schwach zur Feldarbeit, und nur der ständige Aufenthalt in niedrigen Zimmern mit schlechter Luft schützt sie vor dem Verhungern — so wie eine Lampe mit wenig Oel vor raschem Verlöschen bewahrt wird, wenn man ihr nur wenig Luft zuführt — und dem gänzlichen Erlöschen ihrer Lebensfähigkeiten."

Ueber die an 8000 Handwebern gesammelten Erfahrungen meldet unser Autor:

„Im Mittel verdient ein unverheiratheter Erwachsener M. 395, ein Ehepaar sammt den mitarbeitenden Kindern M. 568, manche mit Kindern gesegnete Familie aber auch unter M. 300. Das höchste,

---

die demselben die Vertheilung der gesammelten Liebesgaben durch landräthliche Anordnung verbot!

[16]) Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau. Leipzig. S. Hirzel; vergl. auch Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena, G. Fischer, Artikel Arbeitslohn (Lohn- und Haushaltsstatistik).

nur ganz vereinzelt dastehende Einkommen betrug an M. 1300, doch mußte den Familien dabei ein Feld zur Benutzung stehen."

Die Familie 2, welche für viele typisch sein soll, charakterisirt der Verfasser wie folgt:

„Mann und Frau hager, klein, er vielfach kränklich, sie gesund und trotz hohen Alters noch rüstig; er 52, sie 41 Kilogramm schwer(!!). Beide zu schwach, um auf das Feld zu gehen." Eigenes Häuschen und deshalb für Wohnung nichts gerechnet. Gesammteinkommen M. 286, Ausgabe M. 286,28, darunter für direkte Steuern M. 10, für Essen M. 221,51, pro Kopf und Tag $30^{35}/_{100}$ ₰.

Wochen-Ausgabe für Nahrung: Brot und Mehl 181, Kartoffeln 35, Hülsenfrüchte, Gemüse, Hirse, Reis 13, Semmel 12, Milch 6, Butter 110, Speck 6, Fleisch 30, Hering 8, Salz u. s. w. 7, Zucker 11, Zichorien 5 ₰; zusammen 426 ₰, pro Tag $60^{6}/_{7}$ ₰.

Mehlsuppe, Butterbrot, Kartoffeln, Salz, Butter, Buttermilch, Zichorienkaffee! — „So lebt die Familie im Sommer und Winter." Ebenso leben viele andere Familien, und das ist die Ernährung eines großen Theiles unseres Volkes, denn bei M. 400 durchschnittlichen Einkommens auf 42 Prozent der Zensiten kann eben andere Nahrung nicht beschafft werden.

Auf die Frage, warum die hohe Ausgabe für Butter nicht durch billigere Fette ersetzt und für die Ersparniß Fleisch beschafft werde, antworteten die Leute übereinstimmend, „daß sie nur Butter vertragen."

Dieses Ehepaar ist es auch, das nach der Rechnung des Autors noch 444 Wärmeeinheiten zu viel zu sich nimmt. Das zur Gesunderhaltung des Körpers erforderliche Minimum von 125 Gramm Eiweiß pro Tag würde wohl auch die Rechenkunst Eugen Richter's aus dem Speisezettel nicht herauszufinden vermögen.

Bei Familie Nr. 44 (6 Köpfe) sind nur M. 268,84 Ausgabe für Nahrung angegeben, bei Nr. 43 (4 Köpfe) nur M. 268,28, bei Nr. 52, auch vierköpfig, nur M. 248,04, bei Nr. 47 (5 Köpfe) M. 264,16 und bei Nr. 41 mit vier Köpfen sogar nur M. 195. Sätze bis zu höchstens M. 385 kommen noch bei 18 Familien vor. Es verwenden also von 52 als typisch ausgewählten Familien 24 nur M. 195 bis 383 für die Verköstigung, das ist pro Tag für 4 bis 6 Köpfe zusammen 54 bis 104 ₰.

Das Mittel aus diesen 24 Familien ist M. 295,37 und das Mittel der Kinderzahl ist rund 2; rechnet man diese gleich einer erwachsenen Person, dann kommen bei 46 Prozent der Weber nur jährlich M. 98,46 Ausgabe für den Erwachsenen auf die Kost, also täglich $27^{1}/_{4}$ ₰. Wenn wir nicht irren, stellt sich in den Zuchthäusern bei Einkauf der Lebensmittel im Großen und Massenzurichtung die Kost pro Kopf und Tag auf 35 ₰! Solche Thatsachen richten die sozialen Verhältnisse von selbst. Der freie Arbeiter, 42 Prozent der

gesammten Bevölkerung leben unter elenderen Bedingungen — und bei Besprechung der Wohnungsverhältnisse werden wir dies noch bestätigt finden — als der Räuber und Mörder im Zuchthause!

„Die Handweber werden alt!“ ist ein Ausruf, den man gleichsam als Merkwürdigkeit bei dem kärglichen Leben oft zu hören bekommt und oft bestätigt findet. — Die Männer sehen blaß und sehr mager aus, sie sind schwächlich. — Die Frauen mit Kindern, besonders mit mehreren kleinen Kindern, befinden sich in einem leidlich guten Ernährungszustand, vielleicht deshalb, weil ihnen die Sorge für die Kinder keine Zeit zum Weben übrig läßt. — Die Kinder erhalten in der ersten Zeit wohl zumeist die Mutterbrust, werden aber nachher so unzweckmäßig aufgepäppelt, daß sie wohl voll und rund, aber auch gedunsen erscheinen: „Kartoffelbäuche“! Auch in mehr heran gewachsenem Zustande bleiben die Kinder blaß und schlecht ernährt, denn die freie Zeit, die die Schule ihnen läßt, müssen sie zu Hause sitzen und spulen oder treiben. —

Wagen da noch die Kardorff, Frege und tutti quanti, wie es im Reichstag bei jeder Getreidezolldebatte der Fall ist, von den „gestiegenen Löhnen und der besseren Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu reden“?

Einkommen in der Hausindustrie. — Die Daten sind typisch für 42 Prozent der Bevölkerung.

Bleiben wir noch einen Augenblick in der Hausindustrie, so erhalten wir weitere entsetzliche Illustrationen zu der Sprache der trockenen Zahlen, die von einem Durchschnittseinkommen von M. 400 redet.

Nach einer kürzlich vom „Verein für Sozialpolitik“ herausgegebenen Schrift über die Hausindustrie in Leipzig von Dr. Lehr werden in der Fabrikation von Papierlaternen bei täglich 11 bis 13stündiger Arbeitszeit Wochenlöhne von M. 4,50 bis M. 9, für Männer auch M. 10 bis 12 bezahlt; Näherinnen für Schirmgeschäfte verdienen M. 5 bis 8 wöchentlich; in der Filzschuhfabrikation von Taucha beträgt der Wochenlohn eines Mannes nebst Frau, die täglich zusammen 20 Stunden arbeiten, etwa M. 12. Rüschennäherinnen verdienen bei 8 bis 9stündiger Tagesarbeit M. 3 bis 5!!!, andere Mädchen, die sich dem Geschäft ganz widmen, M. 6 wöchentlich; Seidenfilzarbeiterinnen, die sich täglich 6 bis 9 Stunden beschäftigen, erreichen M. 4 bis 5 Wochenlohn; bei der Herstellung fertiger Damenkleider und -Mäntel verdient eine ausgelernte Näherin anfänglich M. 4 bis 5, später M. 8 die Woche; Fellnäherinnen in der Rauchwaarenindustrie haben wöchentlich M. 5 bis 6, ihr jährlicher Durchschnittsverdienst beträgt M. 120 bis 150, da sie unter langen Arbeitspausen zu leiden haben; der Wochenlohn der hausindustriellen Fellrupfer sinkt in schlechter Zeit bis auf M. 2; in den Großkürschnereien verdienen manche Mädchen kaum M. 15 bis 18 im Monat. — „Welche Summe von Elend und Entbehrung verbirgt sich unter diesen Zahlen!“ fügt die „Frkf. Zeitung“ dem trockenen Bericht hinzu.

Schmalkaldische Hausindustrie.

Ein Schmalkaldischer Nagelschmied verdient bei einer täglichen Arbeitszeit von 15 Stunden wöchentlich etwa M. 7. Die wöchentliche Produktion eines solchen Hausindustriellen beträgt 8000 Hufnägel, welche bei einem Preise von 39 ₰ per Pfund mit zirka M. 25 bezahlt werden. An Produktionskosten erwachsen

80 Pfd. schwedisches Eisen (per Tausend Nägel, die 8 Pfd. wiegen, rechnet man 10 Pfd. Material, d. h. 2 Pfd. Verlust) à 17 ₰	M. 13,60
Dem Zuschläger (per Tausend 50 ₰) .	„ 4,00
Kohlen	„ 0,60
	M. 18,20

es bleibt also ein wöchentlicher Verdienst von M. 7!! Das ist langsamer Hungertod. (Und der Zuschläger mit M. 4 per Woche!?)

Ueber die Löhne Schmalkaldischer Kleineisenarbeiter liefert Kuno Frankenstein interessante Daten. Es erhielten im Jahre 1885

Zweckschmiede . .	M. 9,00—10,50
Schnallenschmiede .	„ 7,50—10,00
Bohrerschmiede .	„ 9,00
Striegelmacher . .	„ 9,00
Zangenschmiede .	„ 8,50— 9,50
Ahlenschmiede . .	„ 8,00— 9,00
Nagelschmiede . .	„ 6,00— 8,00

Was aber wird aus den Armen, die schon bei voller Beschäftigung zum langsamen Verhungern verdammt sind, in Zeiten der Arbeitslosigkeit?

— Die Antwort darauf giebt die Kriminalstatistik, geben die Sterblichkeitsziffern.

Lage der Arbeiterinnen.

Und weiter, um sich die Lage der Arbeiterinnen in den Großstädten zu vergegenwärtigen, schlage man die Arbeit von Kuno Frankenstein nach.[17])

Die dort zitirten Zahlen sind aus den Angaben von Fabrikanten und Innungen gewonnen, geben also jedenfalls noch ein rosa gefärbtes Bild der wirklichen Zustände.

Die Berliner und Breslauer Angaben sind nach Kuno Frankenstein als typisch zu betrachten.

„In der Bekleidungsindustrie in Berlin haben die Arbeiterinnen einen durchschnittlichen Verdienst von M. 10 bis 12 wöchentlich, abzüglich 5 bis 10 Prozent für Garn, Nadeln u. s. w., in der Textilindustrie M. 8 bis 9, jugendliche Arbeiterinnen (14 bis 18 Jahre) M. 3 bis 5, in der Papier-, Leder-, Nahrungs und Genußmittelindustrie M. 9 bis 10, die Schürzennäherinnen erhalten M. 3 bis 4, Knopfloch- und Kravattenschildnäherinnen M. 4 bis 5, in der

[17]) cfr. Schmoller's Jahrbücher XII.

Hutfabrikation M. 5, in der Fabrikation künstlicher Blumen M. 4,50, Galanteriewaarenfabrikation M. 6, Perlarbeiterinnen M. 6 bis 7."

„Das Gros der Breslauer Arbeiterinnen kommt über den wöchentlichen Durchschnittslohn von über M. 6 nicht hinaus, und die Zahl derer ist jedenfalls eine bedeutende, welche sich mit einem wöchentlichen Lohne **von M. 3 bis 5** begnügen müssen."

„Nun aber braucht eine Arbeiterin mindestens eine Summe von M. 6,50, um nur in der denkbar bescheidensten Weise ihr Leben fristen zu können: nach den Breslauer Haushaltungsausgaben, die Kuno Frankenstein in seinem Aufsatze anführt, muß eine Fabrikarbeiterin für eine Schlafstelle, d. h. für ein Zimmer, welches sie mit ein bis drei Arbeiterinnen theilt, monatlich M. 2,50 bis 5 zahlen; für den Mittagstisch hat sie der Vermietherin 20 bis 30 ₰ zu zahlen, in der Volksküche 15 bis 20 ₰. Legt man überall diese sehr niedrigen Durchschnittszahlen zu Grunde, so ergeben sich folgende Ausgaben per Woche:

Für Wohnung	M.	1,—
„ Mittagessen	„	1,75
„ Frühstück, Kaffee, Abendessen (drei Mahlzeiten)	„	2,25
„ Krankenkasse	„	0,15
Summa	M.	5,15

Noch nicht eingerechnet sind hier die Ausgaben für Kleidung, Beschuhung, Heizung, Beleuchtung, für die Gesundheitspflege, für leibliche und geistige Bedürfnisse.

Wird für die Befriedigung aller dieser Bedürfnisse nur die dürftige Summe von M. **1,35** ausgesetzt, so erhält man jenen vorher festgesetzten Minimalbetrag von M. 6,50, den eine Arbeiterin allein zur Fristung ihres Daseins erhalten muß.

Die Zahl derer, die aber nicht einmal M. 6,50 verdienen,[18]) muß ganz unheimlich sein, denn nur durch große Zahlen für sehr niedrige Löhne kann der Durchschnittssatz von M. 400 für 42 Prozent der Bevölkerung herauskommen. Was sollen aber jene Geschöpfe des Jammers, der Verzweiflung beginnen?

Sollen sie langsam verhungern, oder sich prostituiren?

Zitiren wir einen offiziellen Bericht über die Verhältnisse Erfurts:[19])

„Soweit die Näherinnen einen unsittlichen Lebenswandel führen, dürften sie hierdurch durch ihren geringen Verdienst veranlaßt

[18]) Vergl. „Neue Zeit", Jahrg. 1887, Seite 208 bis 211; Jahrg. 1888, Seite 116 bis 128.

[19]) „Die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittelungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen ꝛc." Sten. Berichte über die Verhandl. des Reichstages, 7. Legislaturperiode. I. Session 1887. III. Bd.; Erster Anlage Bd. Nr. 1 bis 87 der amtl. Druckschriften des Reichstags enthaltend. Berlin, 1887 Nr. 83 pag. 707.

werden. **Anderweitige Umstände,** welche dazu führen könnten, **sind im Allgemeinen nicht vorhanden.**"

Und Kuno Frankenstein schließt seinen Aufsatz:

„Eine sehr große Zahl der Arbeiterinnen unserer Großstädte erhält Löhne, welche nicht hinreichen, **die nothwendigsten** Bedürfnisse des Lebens zu befriedigen und befindet sich aus diesem Grunde **in der Zwangslage, entweder einen ergänzenden Erwerbszweig in der Prostitution** zu suchen, oder den **unabwendbaren Folgen körperlicher und geistiger Zerrüttung zu verfallen.**"

Haushaltungsbudget.

Aus dem zahlreichen, die Lebenshaltung des Proletariats charakterisirenden Material sei nur noch ein einziges Haushaltungsbudget hervorgehoben, das der „Bauhandwerker", Nr. 15, vom 9. Juli 1887, enthielt.

„... Die Wurzener Bauhandwerker haben ein Durchschnittseinkommen von rund M. 640. Die bestbezahlten Arbeiter erreichen bei 37 Wochen Arbeitszeit etwa M. 770, die geringstgelohnten M. 480. Mit diesem Gelde soll im Durchschnitt eine Familie von 5 Köpfen ernährt werden. Leicht ist dies gewiß nicht. Sehen wir zu, was ein Haushalt an nothwendigen Ausgaben verlangt:

Für Wohnung	M.	96
Feuerung und Licht	„	52
Brot (pro Kopf u. Tag 1/4 Pfd.)	„	93
Fleisch (3/4 Pfd. tägl.) ...	„	160
Weißbrot u. Milch (tägl. 15 ₰)	„	55
Butter, Fett (wöchentl. 1,50) .	„	78
Kartoffeln (wöchentl. 80 ₰) . .	„	42
Kaffee, Zucker (tägl. 12 ₰) . .	„	44
Alle Arten Trockengemüse 2c. .	„	52
Kranken- u. Feuerversicherung .	„	20
Steuern u. Fachvereinsbeiträge	„	12
Bekleidung, Wäsche, Schuhe .	„	55
Handwerkszeug	„	5
Wirthschaftsgegenstände aller Art	„	17
Schulgeld für 2 Kinder . . .	„	10
Waschseife, Garn, Zwirn 2c. .	„	15
Summa	M.	806

Von diesen Ausgaben wird Niemand etwas wesentliches abziehen wollen, und dabei übersteigen sie das Einkommen schon um M. 160 .... Kein Pfennig ist ausgesetzt worden .... für kleine Vergnügungen, für außergewöhnliche Vorkommnisse, für etwaige Familienfeste. Wenn wir für diese Gelegenheiten auch nur die allerbescheidensten Sätze aufstellen, so beträgt die Mindereinnahme über M. 200 jährlich. M. 200 Schulden aber kann der Arbeiter nicht jährlich machen.

Verluste für Bäcker, Fleischer, Kaufleute sind allerdings unausbleiblich; . . . . das Andere muß aber von Ernährung, Bekleidung, Wohnung abgezogen werden. Wenn dann der wirthschaftlich schwache Charakter, — niedergedrückt von dem aussichtslosen Kampf um's Dasein, seine persönlichen Bedürfnisse steigert — und wer ohne Fehl unter Euch ist, der werfe den ersten Stein auf ihn, — so ist das Elend fertig."

„Was übrigens von den Arbeitern gesagt worden ist, gilt ebenso gut, ja manchmal in vermehrtem Maße, von kleinen selbstständigen Handwerkerfamilien."

Existenzminimum; die große Mehrzahl der Bevölkerung erreicht dasselbe nicht.

Man darf eben nicht vergessen, daß 42 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von kaum M. 400 thatsächlich nicht in der Lage sind, auch nur halbwegs das dem Organismus zuzuführen, dessen er unbedingt bedarf. Eine interessante Arbeit über die Höhe des Existenzminimums in Wien von Dr. Rainer von Reinöl [20]) giebt darüber wichtigen Aufschluß.

Nach den Ziffern des im 1885er statistischen Kammerbericht enthaltenen Haushaltungsbudgets stellt sich das zur Bestreitung der nothwendigsten Bedürfnisse in Wien nöthige Existenzminimum für

einen ledigen Arbeiter auf	416—478	fl.
eine Arbeiterfamilie von 3 Köpfen auf	600—730	„
„ „ „ 5 „ „	697—870	„

Zahlen, die mit den von Dr. Rauchhaupt geforderten M. 900 als Minimum per Kopf übereinstimmen, und die auch eine Bestätigung durch die Angaben Dr. Mehner's für den Haushalt einer Leipziger Familie von 5 Köpfen finden. Dr. Mehner fordert für dieselbe ein Minimum von fl. 602 bis 742. — Die Differenz erklärt sich zwanglos aus den höheren Preisen der Lebensbedürfnisse in Wien.

Vergleicht man mit diesen Zahlen das früher gegebene wirkliche Durchschnittseinkommen, so muß man anerkennen, daß 83 Prozent der gesammten Bevölkerung in Deutschland leben, die nicht die Möglichkeit besitzen, das Existenzminimum aufzubringen!! Und mit diesen erschrecklichen Daten, die sich in allen Ländern wiederholen, stelle man die Zeitungsnotiz in Parallele, daß jüngst bei einem einzigen Gelage von Bourgeoissöhnchen in London der Preis eines einzigen Gedeckes sich auf 30 Pfund = M. 600, oder soviel, wie das Jahreseinkommen einer Arbeiterfamilie, durch harte Arbeit erworben, belief!!

Das sind die Resultate einer Gesellschaftsordnung, die mit der menschlichen Natur vereinbar ist!!

Noch an ein paar weiteren Daten kann man beurtheilen, daß die große Masse des Volkes heute nicht in der Lage ist, das Existenzminimum aufzubringen.

[20]) Pernerstorfer's „Deutsche Worte", X. Jahrg. 1890, pag. 385.

Nach Engel beträgt das zur rationellen Ernährung nöthige Quantum an Brotfrucht 183,21 Kilo per Kopf der Bevölkerung.

An der Hand amtlichen Zahlenmaterials läßt sich nun nachweisen, daß 1880/81 bis 1884/85 der Konsum an Brotfrucht pro Kopf 184,97 Kilo betrug, in den vier folgenden Jahren 1885/86 bis 1889/90, während der Aera der Schutzzollpolitik,*) aber nur noch 176,08 Kilo und in den Jahren des Schutzzolles gesondert betrachtet:

1887/88	192,32 kg
1888/89	170,24 „
1889/90 . . .	**162,35** „

Der Getreidekonsum ist also in der Schutzzollperiode erheblich zurückgegangen, und zwar ist er sogar unter das Existenzminimum heruntergegangen. In der Periode 1880/81 bis 1884/85 stand der Konsum etwas über dem Minimum, in der Periode 1885/86 bis 1889/90 aber ist er mit 176,08 Kilo und im letzten Jahre 1889/90 mit 162,35 Kilo ganz erheblich unter die Normale herabgesunken.

Man wende nun nicht ein, daß das Manko von 7 bis 11 Kilo per Jahr und Kopf relativ unbedeutend sei, man vergesse doch nicht, daß es das Wesen der statistischen Methode ist, Ausgleiche herzustellen zwischen einem Plus auf der einen und einem Minus auf der anderen Seite der Normallinie. Die Besitzenden sind mit ihrem Konsum nicht heruntergegangen, wenn aber der Durchschnittskonsum beträchtlich heruntergegangen ist, so heißt das mit anderen Worten, daß in Wahrheit der Besitzlose, der Proletarier im Allgemeinen mit weit weniger als dem Durchschnittsquantum an Brotfrucht auszukommen hat. — Wenn er dieses Minus auch durch minderwerthige Surrogate (Kartoffeln) ersetzt, so ist doch durch die ermittelte Zahl schlagend nachgewiesen, daß große Massen der Bevölkerung lediglich infolge der Getreidezölle eine unterwerthige Ernährung haben; die Getreidezollpolitik ist also zu einer Nahrungsmittelpolitik geworden — d. h. mit anderen Worten für den Physiologen — die Hungersnoth ist in Permanenz erklärt worden. Ob Jemand in zwei oder drei Tagen zusammenbricht, weil er absolut nichts zu essen hatte, oder ob er allmälig seine Kräfte verliert, äußeren Krankheitseinflüssen durch mangelhafte Ernährung — denn auch der Fleischkonsum hat überall abgenommen — widerstandslos gegenübersteht, das kommt in seiner letzten Wirkung auf dasselbe hinaus. — Und das langsame Hinmorden, bei dem es ohne laute Schmerzensschreie und ohne zu grelle Wehrufe abgeht, ist nicht einmal ästhetischer; die eingefallenen blutlosen Gesichter der Proletarier, ihre kraftlosen Gestalten, das charakteristische Bild des kapitalistischen Regimes, sind ein grauenvoller und entsetzlicher Anblick für Jeden, der noch von fremdem Leid berührt werden kann.

*) Vergl. das Kapitel über indirekte Steuern.

Von Bedeutung ist es schließlich, die Verwendung des Einkommens kennen zu lernen. Dr. Ernst Engel stellt folgende Uebersicht*) auf:

Es wird verbraucht in einer Durchschnittsfamilie bei einem Einkommen von

Relativer Aufwand des Einkommens für Nahrung und Wohnung.

		Proz.		Proz.		Proz.
M. 900	für Nahrung	71,5,	für Wohnung	21,6,	bleiben	6,9
„ 1500	„ „	66,8,	„ „	18,9,	„	14,3
„ 2250	„ „	66,2,	„ „	19,0,	„	14,8
„ 3000	„ „	64,0,	„ „	17,0,	„	19,0
„ 4500	„ „	60,8,	„ „	14,7,	„	24,5
„ 6000	„ „	58,6,	„ „	15,5,	„	25,9

zur Befriedigung der anderen Lebensbedürfnisse übrig. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß diese verschwindenden Reste ein ungesundes Verhältniß der Konsumtion andeuten, und daß dieselben zu den größten Feinden einer fortschreitenden Kultur zu rechnen sind.[21])

Anschauungen der Bourgeoisie über die Hebung der Lebenshaltung des Proletariats.

An dieser Stelle ist sofort ein beliebtes Argument des liberalen Manchesterthums zurückzuweisen, daß nämlich die Lebenshaltung der Arbeiter sich im Laufe der Kulturentwickelung gebessert habe, daß die Bestrebungen des Proletariates, sein Loos zu verbessern, Noth und Elend von sich fern zu halten, demgemäß also durchaus ungerechtfertigt seien.

Typisch für diese Anschauung ist folgende Auslassung der „Vossischen Zeitung."

„Es giebt keine gewissenlosere Unwahrheit als die, daß die Noth der Menschen sich in dem letzten Jahrhundert vermehrt habe, was angeblich eine Folge des Kapitalismus sein soll. Die Wahrheit ist die, daß, während sich das Wohlbefinden Aller gehoben hat, das Bewußtsein von dem, was uns zu weiterer Vermehrung des Wohlbehagens fehlt, ein immer ausgebreiteteres geworden ist. Nur ein sorgfältiges Studium der Wirthschaftsgeschichte kann uns eine Vorstellung von der kläglichen Lage des Lebens verschaffen, in welchem die Massen dahin vegetirten. Wenn es richtig ist, daß seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts der Verbrauch an Brotfrüchten von 472 auf 720 Liter für den Kopf der Bevölkerung gestiegen ist (von Scherzer, Das wirthschaftliche Leben der Völker, Seite 10),

*) Eine zweite derartige Aufstellung findet sich in dem Kapitel über indirekte Steuern.

[21]) Wer sich über die Lage des modernen Proletariats noch eingehender unterrichten will, der lese Max Schippel: „Das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung" (Stuttgart 1889, J. H. W. Dietz); ferner die Broschüre von Paul Fischer: „Das Ostende von London" (Berl. Arb.-Bibl. II. Serie 10. u. 11. Heft); Em. Wurm: Die Volksernährung wie sie ist, und wie sie sein sollte (Dresden, R. Schnabel 1888, pag. 132 bis Schluß); auch die Schrift des cand. theol. Göhre: „Drei Monate Fabrikarbeiter" (Leipzig, Grunow 1891), der drei Monate als Fabrikarbeiter in Chemnitz gearbeitet hat, bringt eine Fülle eigenen Beobachtungsmaterials über die elende Lage des Fabrikproletariats.

so läßt sich das doch nur dadurch erklären, daß zu jener Zeit der Hunger eine stehende Erscheinung war, und daß die Klagen der Hungernden nur darum verhallten, weil sie keinen Resonanzboden fanden. Der Verbrauch an Kleidungsstoffen ist im Laufe dieses Jahrhunderts auf das Zwanzigfache gestiegen; daraus geht hervor, daß eine große Mehrzahl der Menschen vor hundert Jahren sich nicht gegen die Einflüsse der Witterung ausreichend schützen und den dringlichsten Geboten der Reinlichkeit nicht gehorchen konnte. Die Zustände der Wohnungen sind besser geworden; für Licht und Wärme wird in einer Weise gesorgt, von deren Möglichkeit man früher keine Ahnung hatte. Tausende von Kranken, die früher hoffnungslos hätten dahin siechen müssen, finden jetzt nicht allein eine sorgfältige Verpflegung, sondern in sehr zahlreichen Fällen auch Heilung. Zur Ausbildung des Geistes wird jetzt dem Arbeiter für wenig Geld so viel gereicht, wie es sich früher ein gut gestellter Bürger kaum anschaffen konnte. Diese Aufzählung ließe sich noch viel weiter ausdehnen.

Fern sei es von uns zu leugnen, daß der überwiegende Theil der Menschheit auch heute noch viel Veranlassung hat, sich eine reichlichere Befriedigung seiner Bedürfnisse zu erhoffen, aber man soll bei dem Gedanken an das, was die Zukunft zu wünschen übrig läßt, nicht ungerechter Weise das vergessen, was die Vergangenheit geleistet hat. Und die großen Erfolge, die für die Aufbesserung des Looses der Menschen erzielt worden sind, sind unter der bestehenden Wirthschaftsordnung und unter der Geltung des Gesetzes der wirthschaftlichen Freiheit erzielt worden, und was für die Zukunft erhofft wird, kann nur auf demselben Wege erzielt werden."

Widerlegung der Anschauungen der Bourgeoisie über die Hebung der Lebenshaltung.

Nun, wir haben mit einer Fülle von Material nachgewiesen, daß die Lage des Proletariates so elend ist, wie sie unter den heutigen Kulturverhältnissen kaum elender gedacht werden kann; daß auch für die große Masse der Besitzlosen von heute die Hungersnoth in Permanenz erklärt ist; ganz abgesehen davon, daß die Lebenshaltung einzelner Bevölkerungsschichten nicht absolut zu messen ist, sondern als Vergleichsmaßstab immer die durchschnittlichen Verhältnisse zu gelten haben. Relativ betrachtet aber hat sich die Lebenshaltung der besitzlosen Klassen verschlechtert.

Gründlich und schlagend hat Fr. A. Lange in seiner klassischen „Arbeiterfrage", deren Lektüre den Arbeitern nicht dringend genug an das Herz gelegt werden kann, mit dem Unfug der liberalen Doktrin aufgeräumt, daß die Lebenshaltung des Proletariers sich gehoben habe; freilich ist es mit dieser liberalen Phrase, wie mit dem ewigen Juden, sie kann nicht sterben, und wenn man glaubt, sie niedergeschlagen und gänzlich vernichtet zu haben, so hebt die Dummheit doch immer wieder ihr hohles Haupt empor; nur volle Aehren kann man abschlagen, die tauben beugen sich und heben

ihren hohlen Kopf nachher um so dünkelhafter wieder empor. — Doch hören wir, was Lange[22]) sagt:

„... Die Sonne hat es gesehen, daß Heerden halb verhungerter Kinder, deren Väter im Kriege geblieben waren, auf die Weide getrieben wurden, um Gras und Wurzeln zu fressen, bis sie vor Elend hinsanken ... Erst in unserem Jahrhundert sind allmälig Grundsätze der Humanität aufgekommen, welche jene Greuel beseitigt haben ... Wie kommt es nun, daß dennoch das Elend der leidenden Menschheit nie so tief empfunden wurde, wie gerade jetzt?

Wie kommt es, daß früher meist nur idealistische Schwärmer und dichtende Philosophen über die Mittel nachdachten, einen vollkommeneren Zustand der menschlichen Gesellschaft herbeizuführen, während jetzt allmälig die Massen selbst den Gedanken fassen, daß ihrer Lage durch ganz neue und großartige Aenderungen und Einrichtungen müsse geholfen werden? Weshalb wurde ehemals das äußerste Elend als eine unvermeidliche Schickung betrachtet, was doch, wie die Erfahrung lehrt, keineswegs unvermeidlich war, während jetzt der Schranke eines scheinbar unüberwindlichen Naturgesetzes (des Kampfes um's Dasein) selbst getrotzt und ein besserer Zustand verlangt wird, von dem man noch kaum eine unbestimmte Ahnung hat, wie er sich gestalten soll?

Die erste Antwort ist einfach die, daß die Entwöhnung von Greueln, die größere Ruhe und die größere Bildung ganz von selbst dazu führen müssen, daß auch die Ansprüche an das Leben steigen.

Der Mensch besinnt sich auf seine höhere Bestimmung; er sieht an den Bevorzugten seiner Gattung, was er selbst auch werden könnte, wenn die Verhältnisse es ihm erlaubten. Er betrachtet die Verhältnisse mit prüfendem Blick; er rechnet und er findet, daß Manches anders sein könnte. Es ist leider eine furchtbare Wahrheit, daß die Tyrannen in ihrer Weise Recht haben, wenn sie den Grundsatz aussprechen, daß das Volk unter einem Drucke gehalten werden müsse, bei dem es garnicht zur Besinnung komme. Wie der einzelne Mensch im täglichen Ringen um seine Existenz erst eine gewisse Ruhe haben muß, bevor er ernsthaft auf die Verbesserung seiner Lage denken kann, so sind auch gerade die geordneteren Zustände der Gegenwart, die seltenen Kriege, die minder verwüstenden Krankheiten, die Vermeidung eigentlicher Hungersnoth ein Grund mit, weshalb das beklagenswerthe Loos der großen Masse der Menschheit jetzt ernsthafter empfunden wird als je.

Aber ein zweiter Grund ist freilich ganz entgegengesetzter Art.

---

[22]) Lange. Die Arbeiterfrage: Winterthur. IV. Aufl. 1879. pag. 7 ff.

Er besteht darin, daß dieser ganze Zustand der Ruhe und der vergleichsweisen Schonung doch wieder mit Uebelständen verknüpft ist, die in mancher Beziehung viel schwerer auf der Seele lasten müssen, als der beständige Wechsel von Furcht und Hoffnung in den früheren stürmischen Zeiten. Wie ein Wanderer in der endlosen Einförmigkeit der Ebene weit mehr ermüdet, als wenn er bald einen steilen Berg hinankeucht, bald wieder lustig in's Thal herniedersteigt, so ist auch die Gleichmäßigkeit des Druckes, welchen die Völker der Kulturstaaten jetzt zu tragen haben, für das Gemüth unerträglicher als das ewige Spiel von Furcht und Hoffnung in früheren Zeiten. Dazu kommt aber für den Arbeiterstand noch die Abgeschiedenheit von den anderen Elementen der Gesellschaft, welche ihm zugleich die Theilnahme an all' den Genüssen der Kultur entzieht, die er selbst durch sein unablässiges Schaffen möglich machen muß. Hierfür giebt es eine Parallele aus den Zeiten vor der französischen Revolution. „Im 18. Jahrhundert", sagt Tocqueville, „konnte der französische Bauer nicht mehr eine Beute kleiner feudalistischer Despoten werden; er erfuhr nur selten offenbare Gewaltthätigkeit von Seiten der Regierung; er genoß bürgerliche Freiheit und besaß einen Theil des Bodens des Reiches, aber alle Menschen aus den anderen Ständen hatten sich von ihm abgesondert und er lebte einsamer, als man ihn jemals anderswo auf der Welt gesehen hatte. Dies war eine neue und seltsame Bedrückung, deren Folgen eine besondere sehr aufmerksame Betrachtung verdienen."

Im Verfolg seiner scharfsinnigen Untersuchung führt Tocqueville (Das alte Staatswesen und die Revolution), aus einem Schreiben des Finanzministers Necker folgende Worte an: „Die ungeheure Kluft, die das Volk von den anderen Klassen trennt, trägt dazu bei, daß man die Augen von der Art und Weise abwendet, wie man gegen alle Diejenigen, die der Menge angehören, rücksichtslos verfahren kann. Ohne die für die Franzosen charakteristische milde und menschenfreundliche Gesinnung, ohne den Geist des Jahrhunderts, würde der Anblick nur Trauer im Herzen Desjenigen erwecken, der mit einem Elend Mitleid haben kann, von dem er selbst befreit ist"; und Tocqueville setzt hinzu, daß die Bedrückung sich weniger durch das Böse zeigt, das man diesen Unglücklichen zufügte, als durch das Gute, das man sie verhinderte, sich selber zu bereiten. Sie waren frei und Eigenthümer, und sie blieben doch ebenso unwissend und oft elender, als die Leibeigenen, ihre Vorfahren. Sie verblieben ohne Industrie mitten unter den Wundern der Kunst und unzivilisirt mitten in einer Welt voll Licht und Aufklärung." — „Aber die Ideen des Zeitalters begannen diese rohen Gemüther von allen Seiten zu durchdringen; sie kamen auf unterirdischen, abgelegenen Wegen daher und nahmen, durch diese enge und dunkle Bahn sich drängend, seltsame Formen an.

Sitten, Glaube und Gewohnheiten des Bauern schienen noch dieselben zu sein; er war gehorsam, ja sogar heiter." — — „Oeffnet diesem Menschen einen Ausweg, der ihn aus dem Elend führen könnte, das er so wenig zu empfinden scheint, und er wird sich mit solcher Heftigkeit nach dieser Seite hinstürzen, daß er, wenn ihr ihm im Wege steht, euch über den Leib schreiten wird, ohne euch auch nur zu bemerken." —

„Wir erblicken diese Dinge ganz deutlich von dem Standpunkte, auf dem wir uns gegenwärtig befinden, aber die Zeitgenossen sahen sie nicht. Nur mit großer Mühe gelingt es Männern aus höheren Ständen, deutlich zu unterscheiden, was in der Seele des Volkes, besonders in der des Bauern vor sich geht. Erziehung und Lebensweise lassen diesem die Dinge in einem Lichte erscheinen, das nur für ihn scheint und anderen Menschen unsichtbar bleibt. Aber wenn der Arme und der Reiche kein gemeinsames Interesse, keine gemeinsamen Angelegenheiten mehr haben, dann wird die Finsterniß, die den Geist des Einen dem des Anderen verbirgt, unergründlich, und diese beiden Menschen könnten ewig nebeneinander wohnen, ohne jemals sich zu durchdringen. Man wird betroffen, wenn man sieht, in welcher seltsamen Sicherheit alle Diejenigen, die auf den höheren und mittleren Stufen des Staatsgebäudes standen, noch beim Beginn der Revolution lebten, und sie untereinander von den Tugenden des Volkes reden hörte, seiner Sanftmuth, seiner Hingebung, seinen unschuldigen Vergnügungen, als schon das Jahr 1793 unter ihren Füßen glühte, lächerlicher und doch schauervoller Anblick!"

„Lächerlicher und doch schauervoller Anblick!" wird man vielleicht einst auch beim Rückblick auf unsere Tage rufen, wenn nicht die Erfahrung der französischen Revolution doch wenigstens einige einflußreiche Männer sehend macht, durch deren Arbeit es gelingen möchte, den Umschwung, welcher aus den Verhältnissen unseres Zeitalters mit Nothwendigkeit folgen muß, in die Bahnen einer friedlichen Entwickelung hinüberzulenken. Thatsache ist, daß der Kampf um das Dasein gerade jetzt wieder in der mächtigsten und entschiedensten Schicht der Nation — diesmal sind es die Arbeiter der Industrie — in seiner ganzen ermattenden Schwere empfunden wird, und daß die Geister beginnen, der Einförmigkeit des Druckes überdrüssig zu werden und sich, selbst auf die Gefahr der Verschlimmerung hin, nach Veränderung zu sehnen."

Und nun noch zum Schluß das berühmte Zitat Marx's[23]) aus der Gladstone'schen Rede:

---

[23]) Marx: „Das Kapital", I. Band, 3. Aufl., pag. 670. Die Echtheit des letzten zitirten Satzes wird bekanntlich von Brentano angefochten. E. Marx und Engels haben durch Quellennachweis den überzeugenden Beweis geliefert, daß das Zitat nicht gefälscht ist; — aber ganz davon abgesehen — in materieller Hinsicht ist der angefochtene Satz unzweifelhaft richtig, wie schon aus der von Gladstone angezogenen Statistik erhellt; — vergl. Engels: In Sachen Brentano contra Marx. Hamburg 1891.

„Von 1842 bis 1852 wuchs das besteuerte Einkommen dieses Landes (Englands) um 6 Prozent. ... In den Jahren von 1853 bis 1861 wuchs es, wenn wir von der Basis von 1853 ausgehen, um 20 Prozent. Die Thatsache ist so erstaunlich, daß sie beinahe unglaublich ist. . . .

Diese berauschende Vermehrung von Reichthum und Macht . . . ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt". . . .

Moderne Wohnungsverhältnisse.

Von besonderer Wichtigkeit zur Beurtheilung der sozialen Lage einer Klasse und vor Allem zur Beurtheilung der physischen und moralischen Einflüsse auf die Rasse ist die Kenntniß der Wohnungsverhältnisse.

Nachdem wir in eingehender Weise die Höhe des durchschnittlichen Einkommens dargelegt haben, kann es nicht überraschen, auch in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte den schauderhaftesten Zuständen zu begegnen. Wir zitiren auch hier vor Allem nach amtlichen Quellen, um nicht den Schein der Voreingenommenheit zu erwecken.

Dichtigkeit des Zusammenwohnens.

Folgende Zusammenstellung nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich und der statistischen Korrespondenz 1891 giebt zunächst einen allgemeinen Ueberblick:

Es waren in Preußen überhaupt vorhanden

	Haushaltungen	Bewohnte Baulichkeiten	Es kamen Einwohner auf eine Haushaltung	eine bewohnte Baulichkeit
1871	5 172 246	2 898 513	4,8	8,5
1880	5 744 892	3 113 076	4,7	8,8
1885	5 976 181	3 195 439	4,7	8,9 (8,862)
1890	6 405 864	3 324 747	4,7	9,0 (9,011)

es hat also, wenn man diese Zahlen mit Worten ausdrückt, die Bevölkerungsdichtigkeit beständig zugenommen, oder mit anderen Worten, die Wohnungsverhältnisse haben sich beständig verschlechtert.

Nach Stadt und Land vertheilt, kommen durchschnittlich 1890 in Preußen

	Auf je eine bewohnte Baulichkeit	Auf je eine Haushaltung od. Anstalt
In den Städten . .	14,097	4,475
„ „ Landgemeinden	6,931	4,755
„ „ Gutsbezirken .	12,787	5,385
Im Gesammtstaate	9,011	4,677

Die Zahlen von Stadt und Land sind zur Beurtheilung der wahren Wohnungsverhältnisse nicht unmittelbar vergleichbar, weil in einem großen städtischen Gebäude fraglos die doppelte Anzahl von Bewohnern noch allen hygieinischen Ansprüchen entsprechendere Wohnungen haben können, als die halbe Anzahl in einem kleinen Dorfhäuschen; dagegen sind die Zahlen für die Landgemeinden und die Gutsbezirke unmittelbar miteinander vergleichbar, die äußeren Verhältnisse dürften für Insten und freie Bauern die ungefähr gleichen sein. Die Zusammendrängung auf einen engen Raum ist bei den Bewohnern der Gutsbezirke unvergleichlich viel größer als bei den übrigen Landbewohnern.

Beleuchtung der Wohnungsverhältnisse; — unmittelbare sittliche Konsequenzen des dichten Zusammenwohnens.

Um nun die hier angeführten Daten im Einzelnen zu beleuchten, führen wir die Aeußerungen kompetenter Behörden und Persönlichkeiten an:

In dem 22. Rechenschaftsbericht des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klasse" werden die Ergebnisse einer 1887 stattgehabten Enquete über die Wohnungsverhältnisse in Stuttgart veröffentlicht.

Das Resultat ist zum Theil grauenerregend.

Unter Anderem wird mitgetheilt, daß die 1331 Familien, deren Wohnungen bei der Enquete genau untersucht wurden, für insgesammt 5048 Köpfe nur 3317 Betten und 199 andere Lagerstätten hatten. 1532 Personen aus dieser Bevölkerung, oder etwas über 30 Prozent, hatten somit keine Lagerstätte. Sehr vielfach liegen 2 oder 3 oder noch mehr Kinder in einem Bett, oder die Kinder liegen mit Erwachsenen zusammen. Es fanden sich unter den Aufzeichnungen der untersuchenden Armenpfleger mehrfach Bemerkungen, wie die: „zwei Mädchen und ein älterer Knabe schlafen in einem Bett"; „eine 15jährige Tochter schläft mit dem Vater in einem Bett" ꝛc. —

Wie gleich von vornherein bemerkt sein mag, übertrifft Württemberg mit 52 Fällen von Blutschande gleich 2,01 auf 100 000 Strafmündige weit den Durchschnittssatz von 0,94 für Deutschland im Jahre 1888, es wird darin nur von Nassau mit 2,17 auf 100 000 übertroffen. — Kann diese Thatsache nach dem Vorausgegangenen noch überraschen?

Festgestellt wurde ferner durch die erwähnte Enquete, „daß z. B. öfter 20 Familien, vielfach sogar über 25 in einem Hause mit einer Treppe wohnen, oder daß sogar einigemal 8 Familien in einem

Stockwerk miteinander hausen, daß hie und da 3 bis 4 Familien eine gemeinschaftliche Küche und einen gemeinsamen Abtritt haben."

Es kann hiernach nicht überraschen, daß auch 337 Fälle von Nothzucht, Unzucht mit Gewalt an Kindern rc. gleich **13,0** auf 100 000 den Durchschnittssatz von 9,2 für Deutschland weit hinter sich lassen.

„Wie es überhaupt in sanitärer Hinsicht bei Tausenden von Arbeiterfamilien aussieht, das kann nur der beurtheilen, der die Wohnungen genannten Löcher mit eigenen Augen gesehen."

All' dieses Elend, diese ungesunden Zustände, welche eine nothwendige Folge unserer heutigen Gesellschaftsform sind, will der erwähnte Verein mit Almosengeben heilen!! —

In Berlin befanden sich 1880 159 639 Personen in sogenannten überv ölkerten Wohnungen; die Statistiker aber lassen die Uebervölkerung erst beginnen, wenn in einer einzimmerigen Wohnung sechs und mehr, in einer zweizimmerigen Wohnung 10 und mehr Personen sich aufhalten, — und in diesen grauenhaften Verhältnissen leben 159 639 Berliner oder 14 Prozent der hauptstädtischen Bevölkerung! —

Größe der Einzelwohnungen.

Und Prof. Schmoller theilte in einem Vortrage folgende wichtigen Beobachtungen über die Wohnungsverhältnisse in Deutschland mit:

„Wohnungen aus nur einem Zimmer bestanden in

Frankfurt	zu . . .	23 Prozent
Hamburg	„ . . .	28 „
Berlin	„ . . .	49 „
Dresden	„ . . .	55 „
Breslau	„ . . .	62 „
Chemnitz	„ . . .	70 „

Die Zahl der Personen auf eigener Scholle sei verschwindend klein; 6 bis 10 Prozent wohnen selbstständig, 90 bis 94 Prozent wohnen zur Miethe. Eine bedenkliche Zunahme habe die Zahl der Aftermiether und Chambregarnisten erfahren. Seit 1861 bis 1880 habe sich die Zahl derselben in Berlin verdoppelt, 1871 betrug sie 10 Prozent der Bevölkerung. Nicht minder sei der ofte Wohnungswechsel eine arge Kalamität. Während der Wohnungswechsel im Jahre 1876 noch von nur 5 Prozent der Bevölkerung in Dresden ausgeübt worden sei, betrug er 1878 bereits 11 Prozent; 1880 bereits 28 Prozent. Warum werde trotz zahlreich feiernder Maurer und großer Kapitalflüssigkeit nicht gebaut? Es sei das egoistische, wirthschaftliche Handeln, welches hindere, daß dem Arbeiter eigene Wohnungen gebaut werden. Der kleine Mann sei am ehesten geneigt, von der Bequemlichkeit im Wohnen abzusehen, für ihn sei die Wohnung oft nur Schlafstelle, er könne nicht ermessen, was gute Wohnungen für ihn zu bedeuten haben."

Zahl der Chambregarnisten.

Das grausige Wohnungselend unserer arbeitenden Bevölkerung, wie es sich nüchtern in den angeführten Daten darstellt, schaut in seiner ganzen abstoßenden Nacktheit durch die mit Flicken und Lappen verhängten Fenster hindurch, es strömt fieberathmend durch die Thüren und Oeffnungen ihrer Wohnungen — zu gewaltsam drängt sich hier dem Beschauer das Elend auf, als daß es ignorirt oder beschönigt werden könnte. —

Das Wohnungs-elend auf dem Lande.

Auf dem Lande freilich tritt das Elend nicht so auf engen Raum zusammengedrängt zu Tage, die Hütten der ländlichen Arbeiter verstreuen sich auf ein größeres Gebiet. Doch sucht man die Hütten auf und schaut in sie hinein, so prallt man ebenso vor dem furchtbaren Anblick dieser Wohnungen zurück, wie in der Stadt.

Wieder wollen wir die Anführung unserer eigenen Beobachtungen und die Bemerkungen in unserer parteigenössischen Literatur übergehen, und geben dem Freiherrn v. d. Goltz das Wort, der im Jahre 1872 ein Werk „über die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung" veröffentlichte.

Das Werk enthält eine große Fülle von Beobachtungsmaterial, gesammelt von Professoren, Pastoren und Gewerbeinhabern.

Der konservative Professor schreibt Seite 16:

„Man mag gerne zugestehen, daß gerade in den letzten Jahren seitens mancher Gutsbesitzer erhebliche Anstrengungen gemacht sind, ihren Leuten eine angemessene Behausung zu verschaffen; aber die Zahl derjenigen Herren ist bei Weitem größer, welche weder die Pflicht noch die Neigung verspüren, in ähnlicher Weise vorzugehen. Es giebt noch viele Tausende von Arbeiterwohnungen, *in welchen die Gesundheit ihrer Insassen auf das Ernstlichste gefährdet ist*, welche auch nicht einmal *den Schein* einer irgendwie behaglichen menschlichen Behausung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern *unmöglich* gemacht ist, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sittlichkeit Rechnung zu tragen. Dies sind nicht hoch genug anzuschlagende Uebelstände; denn ihre Folgen erstrecken sich auf alle Lebensverhältnisse der Arbeiter und erweisen sich auch für den Herrn als sehr empfindlich. Es ist schon beklagenswerth genug, daß die schlechten Wohnungen wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter *eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit* herrscht, und daß *die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Siechthum anheimfallen.* Viel bedauerlicher erscheint aber der Umstand, daß infolge der ungemüthlichen Wohnungen der Arbeiter es leicht vergißt oder verschmäht, in der eigenen Häuslichkeit seine Heimath zu suchen und zu finden." — Da die Frau des Arbeiters meist genöthigt ist, tüchtig mit ihrem Manne auf dem gutsherrlichen Felde zu schanzen, so ertrinkt ihre Häuslichkeit förmlich in einem Meer von Schmutz und Unrath. Die Frau

vernachlässigt gänzlich ihre Wirthschaft, und diese bietet einen Anblick, wie ihn v. d. Goltz folgendermaßen schildert:

„Oft findet man dort nur das nothdürftigste Haus- und Stubengeräth, welches außerdem defekt und beschmutzt in den verschiedensten Winkeln sich umhertreibt. Die Betten, auf deren gute Ausstattung gewöhnlich noch der meiste Werth gelegt wird, bestehen aus wenigen mehr oder minder zerrissenen Stücken. Die Fensterscheiben sind blind und selten alle unversehrt, die entstandenen Löcher mit Papier verklebt oder mit Lumpen zugestopft — die Kinder treiben sich halbnackt, schmutzig, unbeschäftigt im Zimmer umher oder liegen mitten am Tage, ohne krank zu sein, im Bett. Unberührt von aller Unordnung und Unsauberkeit, welche sie um sich sieht und an sich trägt, steht die Frau am Kamine und kocht für die Familie das Mittagsmahl, welches, mag es zufällig reichlich oder kärglich sein, immer der unappetitlichen Umgebung, in der es bereitet wurde, sehr ähnlich ausfällt. Derartige Bilder begegnen uns vielleicht auf demselben Gute in drei Wohnungen hinter einander. —

Meist nur die Frauen, welche sich der herrschaftlichen Arbeiten zu entziehen wissen, halten ihre Häuslichkeit in Ordnung. Der geradezu menschenunwürdige Zustand der ländlichen Arbeiterwohnungen wurde fast allgemein auf der „Berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber" (1872) eingestanden. Wir führen hier aus den Verhandlungen, die im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses von dem Vorsitzenden v. d. Goltz herausgegeben wurden, folgende charakteristischen Aussprüche an.

Ein Herr Knauer führte aus: Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß die ländlichen Arbeiterwohnungen, namentlich auf den Domänen und Rittergütern, oft von äußerst mangelhafter Beschaffenheit sind, und daß hierdurch das physische wie moralische Gedeihen ihrer Bewohner auf das Empfindlichste beeinträchtigt wird. Den meisten Wohnungen fehlt es an den nöthigen Räumlichkeiten, da sie blos aus einer Stube und Kammer bestehen. Die vorhandenen Räume sind gewöhnlich zu eng und zu niedrig, für die erforderliche Lüftung ist keine Sorge getragen, ebensowenig dafür, daß die Wohnung sich in der gehörigen Entfernung von der Miststätte befindet. Zu einer angemessenen Arbeiterwohnung gehören doch mindestens *eine Stube*, eine Schlafkammer, eine Küche und eine Speisekammer. So lange wir unseren Arbeitern nicht genügende Wohnungen gewähren, können wir auch nicht erwarten, daß dieselben mit ihrer Lage zufrieden sind, und daß dieselben den an sie gestellten sittlichen Anforderungen genügen.

Ein Herr *Andrae* sagte: Ich selbst habe vier Familien mit zusammen **22** — *zweiundzwanzig* — Personen *in einem Raume*, der nur durch Kreidestriche getrennt war, übernommen. (Seite 62.)

Herr Schulte: In Schlesien kommt es noch häufig vor, daß auf den Gütern sogenannte Gesindehäuser sind, in welchen das gesammte verheirathete Gesinde in einer einzigen Stube zusammenwohnt. (62.)

Herr Graf v. d. Gröben (62): Mir hat es immer in's Herz geschnitten, wenn ich sah, daß wohlhabende Gutsbesitzer für Erbauung von Schweineställen mehr Geld verwendeten, als für Errichtung von Arbeiterwohnungen. Diese traurige Thatsache habe ich wiederholt erlebt.

Herr Prediger Meyeringk (62) gesteht ein, „daß die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter auf den großen Gütern in Schlesien, besonders in Mittelschlesien, durchaus traurige sind.

Ueber die Schnitterwohnungen äußert er sich folgendermaßen (62 u. 63): „Die Schnitter arbeiten auf den großen Gütern vom Frühjahre bis in den Spätherbst hinein, und zwar paarweise als Schnitter und Schnitterin verbunden, etwa vier bis sechs und mehr solcher Paare. Sie bekommen gewöhnlich zwei Stuben angewiesen, von denen sie eine zum Wohnen und Kochen, die andere zum Schlafen benutzen. Auf der einen Seite einer solchen Schlafstube schlafen die Männer, auf der anderen die Weiber nebeneinander auf dem Boden.

Herr Dr. Wichern (Ober-Konsistorialrath): In Betreff der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande habe ich viele sehr schlimme Erfahrungen gemacht. Auf einem großen Gute in Schlesien zeigte mir einmal der Besitzer die für seine Schweine und Kühe errichteten schönen Gebäude. Als wir an die Wohnungen seiner Arbeiter kamen, bedauerte er, mich nicht weiter führen zu können; denn die Schweine wohnten besser als die Leute. Es wohnten dort vier bis sechs Familien in einer Stube. Eine Hühnertreppe ging nach oben hinauf in den Raum, in dem die Familien des Nachts schliefen. Ich äußerte dem Besitzer, dies müsse gebessert werden. Derselbe rief seinen Inspektor, um dessen Ansicht zu hören. Dieser aber meinte, „um Gottes willen, das geht nicht; wenn wir die Wohnungen ändern, so bringen wir eine Revolution der ländlichen Arbeiter in ganz Schlesien hervor". So viel ich gehört, ist Alles beim Alten geblieben. (S. 63.)

Ueber die Wohnungsverhältnisse der Ziegler berichtet der Fabrikinspektor für den preußischen Regierungsbezirk Arnsberg Folgendes:[24])

„Im hiesigen Aufsichtsbezirk wird der gesammte Ausbrand einer „Kampagne" zu einem Einheitspreis für 1000 Steine verpachtet. Dem zugereisten Ziegelmeister mit seinen 20 bis 50 Arbeitern, meist Lippern oder Holländern, wird ein scheunenartiger Schuppen als Wohnung überwiesen. Im Erdgeschoß befinden sich in der

[24]) Jahresberichte der preußischen Gewerberäthe für 1890. Berlin 1891. pag. 210.

Regel Küche, Vorrathskammer und Speisesaal, im Dachraum die Schlafsäle. In diesem kaum zwei Meter hohen Raum mit kleinen Fenstern stehen die aus rohen Brettern zusammengeschlagenen Bettkästen, in denen auf oft faulem Stroh eine schmutzige Pferdedecke liegt. Als Zudecke dienen die meist nassen und schmutzigen Kleider der Ziegler. Nicht selten stehen zwei Betten übereinander, so daß in einem einzigen Raume alsdann 20 bis 30 Menschen schlafen, von denen jeder über kaum vier Kubikmeter Luftraum verfügen kann. Ich habe diese Räume noch nicht während der Schlafzeit betreten können; nach den bei Tage herrschenden Gerüchen zu urtheilen, muß alsdann die Luft kaum erträglich und gesundheitsschädlich sein, zumal hier Jung und Alt, Gesunde und Kranke dicht bei einander schlafen."

Und daß wir es hier wie bei den anderen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise mit einer durchaus internationalen Erscheinung zu thun haben, dafür sei das Folgende als Beleg herangezogen:

Professor Karl Bücher weist nach,[25]) daß von 13377 in Basel untersuchten Wohnungen mit 43323 Zimmern und 58599 Bewohnern

	Proz.		Proz.	
unzulänglich waren .	14,2	der Wohnungen mit	20,8	aller Bewohner
bedingt zulängl. waren	47,4	„ „ „	53,2	„ „
normal waren	35,6	„ „ „	24,5	„ „
übernormal waren . .	2,8	„ „ „	1,5	„ „

(als normal wird eine Wohnung von zwei Zimmern mit Küche als Mindestmaß für eine Familie von vier bis fünf Personen angesehen). Unter Berücksichtigung, daß per Kopf ein Mindestschlafraum von 10 kbm und ein Mindestwohnraum von 20 kbm erforderlich ist (die Hygieine beansprucht 30 kbm) ergab sich, daß

7,3 % der Bewohner in Wohnungen, welche nicht einmal den Mindestschlafraum boten,
35,2 % in solchen, welche zwar den Mindestschlafraum, nicht aber den Mindestwohnraum boten,
38,0 % in solchen, welche Mindestwohnraum boten (20 bis 40 kbm),
19,5 % in solchen, welche reichlichen Wohnraum boten, lebten.

Zwei Fünftel der Baseler Bevölkerung wohnten also in einer vom hygieinischen Standpunkt als unzulänglich zu bezeichnenden Wohnung.

Was die Miethspreise anlangt, so zeigt sich, daß hohe und sehr hohe Preise um so häufiger vorkommen, je geringer der Luftraum ist, der in einer Wohnung durchschnittlich auf die Person entfällt.

---

[25]) Die Wohnungsenquête in der Stadt Basel vom 1. bis 19. Februar 1889. Im Auftrage des Regierungsrathes bearbeitet von Karl Bücher. Basel, H. Georg 1891.

Im Allgemeinen kostete der Kubikmeter Luftraum in Wohnungen mit einer Kopfquote

bis zu 10 kbm	M. 3,65
10—20 „	„ 3,16
20—40 „	„ 2,81
über 40 „	„ 2,60

Und je nach der Art der Wohnung steigt der Miethspreis von M. 2,49 im Kellergeschoß, M. 3,04 im Erdgeschoß, bis M. 3,18 in höheren Stockwerken, M. 3,82 im Knie- und M. 4,15 im Dachgeschoß per Kubikmeter Luftraum.

Der durchschnittliche Raumpreis *steigt* mit dem Fallen des Luftraumes; je *größer* das Elend, desto *höher* der *Preis*. Bücher selbst sagt, daß „*eine wucherische Ausbeutung der Nothlage stattfindet*."

In böhmischen Fabrikstädten wird ebenfalls der Kubikmeter Luftraum vom Arbeiter theurer bezahlt, als der gleiche Luftraum von Millionären in der Wiener Ringstraße. Dr. J. Singer, Privatdozent in Wien, schildert in seinen „Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmens" ein Trautenauer Arbeitshaus. „Das Zimmer von nur 15,2 Quadratmeter enthielt ein Bett von gewöhnlichem Umfange, in welchem eine aus fünf Individuen (drei Erwachsenen und zwei kleinen Kindern) bestehende Familie gelagert war, die übrigen neun Personen beiderlei Geschlechtes lagen, Jung und Alt, dicht nebeneinander schlafend, unmittelbar auf dem harten, mit Stroh bedeckten Estrich.

Oesterreichische Arbeiterwohnungen.

Und über österreichische Arbeiterwohnungen [26]) entnehmen wir den Berichten der österreichischen Gewerbe-Inspektoren und der k. k. statistischen Zentralkommission folgende Daten über die Art und Beschaffenheit von Arbeiterwohnungen:

„Während die Gehülfen in der Regel eigene Räume haben", schreibt der Gewerbe-Inspektor für den Polizeirayon Wien, „wo sie essen und schlafen können, ist dies bei den jugendlichen Arbeitern nur ausnahmsweise der Fall. Die Schlafstellen der Letzteren befinden sich zumeist in den Werkstätten und Küchen, hier und da auch in Kellern und sonstigen unpassenden Orten. Die Zahl der Betten in den Gehülfenstuben ist vielfach geringer als die der Arbeiter, so daß häufig zwei Arbeiter in einem Bett schlafen müssen. Für Heizung ist nur selten vorgesorgt. Ich habe Schlafräume für Lehrlinge angetroffen, in denen vier Betten übereinander gestellt waren, so daß der im obersten Bett Liegende beim Sitzen mit dem Kopf an die Decke anstieß. Bei einem Metallwaarenfabrikanten war als Schlafraum für vier Lehrlinge ein an die Dreherei stoßendes,

---

[26]) Vergl. „Neue Zeit", Bd. VI., Seite 209 ff.

schmutziges Lokal bestimmt, dessen ganze Ausstattung in einem großen Werkzeugkasten und zwei schmalen Betten bestand, von denen das eine neben, das andere auf dem Kasten stand. Bei einem Schmiedemeister waren drei Hülfsarbeiter in einer vollständig dunklen, einerseits an die Schmiede, andererseits an einen Kuhstall angrenzenden Kammer untergebracht; dieselbe hatte zwei übereinanderstehende Betten, ein Lüften war nicht gut möglich", und so geht es weiter in derselben trostlosen Einförmigkeit.

Ueber die Wohnungsverhältnisse der als Aftermiether bezw. „Bettgeher" (!) einquartierten österreichischen Arbeiter berichtet ein Mitarbeiter in der „Bayerischen Handelszeitung":

„Greuliche Bilder sind es, die sich Demjenigen bieten, der einen Besuch derselben wagt — und ein Wagniß ist es oft — greuliche Bilder körperlicher, geistiger und sittlicher Verkommenheit, wie sie das Wohnen, richtiger das Zusammengepferchtsein vieler Menschen verschiedenen Geschlechtes und verschiedenster Altersstufen in engen, niedrigen, gesundheitsschädlichen, dabei theuren Räumen, ja selbst Lagerstätten erzeugen. Die nachfolgenden Zahlen werden dies wohl begreiflich machen. Schon in der Zahl der Wohnungen sowie der Bewohner, welche durchschnittlich auf ein Haus kommen, zeigt sich, wie gedrängt die Arbeiter wohnen, wenn dies auch nur in den großen Städten zum vollkommenen Ausdrucke gelangt, denn in diesen überwiegen eben die Zinskasernen mit vielen Wohnungen und Bewohnern. So zeigt Wien auf ein Haus 14,2 Wohnungen und 62,55 Bewohner; Brünn nur 7,1 Wohnungen mit 37,98 Bewohnern, Prag 7,2 Wohnungen mit 41,10 Bewohnern, während in seinen mit Arbeitern bewohnten Vorstädten 10,4 bis 11,6 Wohnungen und 48,43 bis 52,44 Bewohner auf ein Haus entfallen, eine Ziffer, welche sich für die Arbeiter-Vororte Wiens auf 14,6 Wohnungen und 65,46 Bewohner in Fünfhaus; auf 16,3 Wohnungen und 70,59 Bewohner in Neu-Lerchenfeld erhebt. —

Und wie sind die Wohnungen beschaffen! Vor Allem werden sie nicht nur zum Wohnen, sondern auch vielfach zum Gewerbebetriebe gebraucht, sodann fehlen in einer großen Anzahl von ihnen die nothwendigsten Nebenräume, wie die Küche . . . Unter den Städten, in welchen die auch zum Gewerbebetriebe verwendeten Wohnungen vorherrschen, stehen gerade die kleineren voran, so Klagenfurt mit 76,2, Reichenberg mit 73,53, Brüx mit 34,57, Troppau mit 32,31, Wiener-Neustadt mit 27,37, Eger mit 23,89 Prozent aller Wohnungen; in diesen Städten herrscht eben vielfach das Kleinhandwerk oft als Haus-Industrie, beziehungsweise Sweating- (Schwitz-)System."

Bogen auf Bogen könnten wir in dieser Weise noch füllen mit der Darstellung der entsetzlichsten Thatsachen; aber wir wollen es an dem Gegebenen genug sein lassen. Genosse Paul Fischer hat in seiner bereits zitirten Schrift auch für diese Seite menschlichen

Elends bedeutsames Material zusammengetragen,[27]) vor Allem über die Wohnungen des Lumpenproletariats in London. Die Schilderungen stehen an Grausigkeit den Darstellungen russischer Autoren über die Wohnungsverhältnisse in russischen Städten[28]) nicht nach, die doch allgemein als die scheußlichsten in Europa betrachtet werden.

Hygieinische Einwirkungen der Wohnungsverhältnisse.

Um zu einer objektiven Würdigung der angeführten Daten zu gelangen, ist eine Untersuchung der englischen Chemiker und Hygieiniker Canneley und Haldane, sowie des Medizinalbeamten von Dundee, Dr. Anderson, über die Abhängigkeit der Sterblichkeit von der Wohnungsluft von grundlegender Bedeutung.

Aus zahlreichen Untersuchungen ergaben sich im Mittel folgende Zahlen:

Es enthielten in der Nacht:

1-Zimmer-Wohnungen

Kohlensäure	1,11	per Mille
Organische Stoffe . .	15,07	„ Milliontel
Mikroorganismen . .	0,60	„ Liter.

2-Zimmer-Wohnungen

Kohlensäure	0,99	per Mille
Organische Stoffe . .	10,01	„ Milliontel
Mikroorganismen . .	0,46	„ Liter.

Wohnungen mit 3 Zimmern und mehr

Kohlensäure	0,77	per Mille
Organische Stoffe . .	4,05	„ Milliontel
Mikroorganismen . .	9,—	„ Liter.

Natürlich ist die Luft um so unreiner, je geringer der Kubikraum ist, welcher in einem Zimmer auf eine Person trifft; die diesbezüglichen Zahlen sind:

Kubikraum per Person in Kubikfuß	Kohlensäure	Organische Stoffe	Mikroorganismen
200— 180	1,15	15,1	80,—
180— 260	1,07	15,1	49,—
260— 340	1,03	11,8	32,—
340— 500	0,92	8,4	42,—
500—1000	0,86	5,6	6,—
1000—2500	0,67	3,9	0,1
2500—4000	0,79	5,0	13,1

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß der Gehalt an Kohlensäure, organischen Stoffen und Mikroorganismen in dem Maße abnimmt, als sich der Luftraum per Kopf von 100 auf 1000 Kubikfuß erhebt, von da an werden die Verhältnisse ungünstiger. Diese eigenthümliche Thatsache wird von den englischen Forschern in der

[27]) Fischer, das Ostende von London. S. 18 ff., Berl. Arb.-Bibl., II. Serie, Heft 11.
[28]) cfr. „Neue Zeit" Bd. III. pag. 156, 202., Ossip Zetkin, die barfüßige Bande; desgl. Prof. Herzen, le Peuple Russe, Paris. Librairie de la Revue socialiste 1890.

Weise erklärt, daß ein großes Schlafzimmer von 3000 Kubikmeter ziemlich dieselbe Ventilation wie ein solches von 1000 Kubikmeter hat, daß aber bei dem größeren Zimmer die Stagnation der Luft eine relativ größere ist, wodurch die Möglichkeit größerer Verunreinigung gegeben ist. Ohne besondere Ventilationsvorrichtung erscheint demnach ein Zimmer von 1000 Kubikfuß = zirka 37 Kubikmeter per Kopf als das hygieinisch günstigste.

Wohnungsgröße und Sterblichkeit.

Gleichzeitig mit diesen Untersuchungen hat Dr. Anderson für einige Jahre die Sterblichkeitsstatistik in der Weise durchgeführt, daß bei vorkommenden Todesfällen jedesmal angegeben wurde, wie viel Zimmer und Personen in der betreffenden Wohnung waren.

Die Statistik ergiebt folgende Sterblichkeit auf je 1000 Personen:

Gesammtsterblichkeit 20,7;
in Wohnungen mit

4 und mehr Zimmern	3 Zimmern	2 Zimmern	1 Zimmer
12,3	17,2	18,8	23,3.

Die Zunahme der Sterblichkeit mit der Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse, die von vornherein zu erwarten war, ist hier nun durch unwiderlegliche Daten frappant nachgewiesen.

Am deutlichsten ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen Sterblichkeit und Wohnungsgröße bei der Kindersterblichkeit. Es ergiebt sich nämlich, daß bei Kindern unter 5 Jahren in Wohnungen mit 1 Zimmer die Sterblichkeit gerade viermal so groß ist als in denjenigen mit 4 Zimmern, während die Gesammtsterblichkeit nicht ganz noch einmal so groß ist, nämlich 12,3 und 23,3 pro Mille.

Das mittlere Durchschnittsalter bei Bewohnern ist in den besseren Häusern nahezu doppelt so hoch als das in den kleineren mit 1-Zimmer-Wohnungen; der Proletarier in seiner einen elenden Kammer, die Küche, Wohnraum und Schlafgemach ist, hat also bei seiner Geburt nur eine halb so große Lebenserwartung als der Wohlhabende.

Was die einzelnen Krankheiten anbelangt, so sprechen sich die Wirkungen unreiner Stubenluft am deutlichsten aus in der Sterblichkeit an Luftröhrenkatarrh und an Lungenentzündung. Während in 4-Zimmer-Wohnungen an diesen Krankheiten im Allgemeinen nur 7,8 auf 10 000 Lebende sterben, gehen in den 1-Zimmer-Wohnungen 26,7 auf 10 000 Lebende davon zu Grunde.

Die engen Beziehungen zwischen Wohnungsfrage mit der sozialen Frage gehen am besten aus folgenden Worten eines der bedeutendsten englischen Staatsmänner hervor:

Wohnungsfrage eine soziale Frage.

„Die Wohnung ist das Band der Zivilisation, aus ihr gehen alle jene Einflüsse hervor, welche der Gesellschaft eine bestimmende

Richtung zum Guten oder Schlimmen geben, welche veredelnd oder zerstörend auf sie einwirken. Ein Mensch, welcher fühlt, daß seine Wohnung, „sein Heim, ein süßes Heim" ist, ist stolz auf die Gesellschaft, in deren Mitte er lebt; aber ein Mensch, welcher fühlt, daß sein Haus ein Abgrund des Elends ist, greift die Gesellschaft an, deren ungerechtes Opfer er zu sein glaubt" — oder vielmehr, deren Opfer er in der That ist. —

Arbeitszeit.

Theoretisches über die Arbeitszeit.

Im Vorhergehenden skizzirten wir hauptsächlich die augenblickliche Lage und die Lebenshaltung der großen Masse des Proletariates, und erkannten, daß dieselbe so beschaffen ist, dem Arbeiter gerade nur die Möglichkeit zu gewähren, sein elendes Dasein zu fristen, ihm aber nicht die Genüsse der entwickelten Kultur zugänglich machen.

Doch die Traktätchenvertheiler, all' die kleinen Geister der modernen Sozialreform kommen dann und weisen uns auf die schönen Einrichtungen zur Verbesserung der Lage des Arbeiters hin, sie führen uns das Beispiel der cité ouvrière in Mühlhausen an, von welchem Eldorado übrigens leider mit nur zu rauher Hand Professor Herkner den Schleier des Nimbus hinweggezogen hat [29]), sie weisen uns auf die Arbeiterkolonien hin, wo jeder Arbeiter sich durch geringe Abzahlungen ein Häuschen erwerben könne — das ihn dann wie mit einer Kette an die Scholle fesselt und ihn zwingt, zu Allem Ja und Amen zu sagen, was der Kapitalist verlangt, das ihn auch zum moralischen Sklaven des Kapitals macht, nachdem er schon in dessen körperlicher Frohnde gestanden — sie weisen uns auf die in allen Ländern wachsenden Spareinlagen hin, die hauptsächlich von kleinen Leuten zusammengetragen werden — damit glauben sie uns widerlegen zu können, damit haben sie aber auch ihr bestes Pulver verschossen.

Man mag immerhin die genannten Werthobjekte zu gewaltigen Summen zusammenaddiren, — sie gewinnen dadurch nicht an Beweiskraft. Denn einmal kommen diese Summen doch blos der Elite der arbeitenden Bevölkerung zu Gute, neben denen sich dann das Loos der übrigen Arbeiter nur um so trauriger gestaltet — und außerdem verschwinden diese Summen, und mögen sie noch so riesig sein, neben den Gesammtdurchschnittszahlen. —

In den knapp M. 400 Einkommen für 42 Prozent der Bevölkerung sind all diese Wohlthätigkeitsbrocken und sozialen Heilmittelchen

---

[29]) „Die oberelsässische Baumwollenindustrie und ihre Arbeiter" Straßburg, J. Trübner 1887 (vergl. auch „Neue Zeit" 1887, pag. 337 ff.).

bereits mit aufgegangen, — sie haben das Gesammtresultat nicht zu beeinflussen vermocht — von dem gewaltigen brausenden Strom des Elends ist ein kleines Rinnsal abgezweigt worden, in welchem das Wasser ruhiger fließt, und das Alles ruhig und wohlbestellt erscheinen läßt, wenn man an seinem Ufer steht, aber seine Wasser vereinigen sich bald wieder mit dem Mutterstrom und kaum ein paar mitgerissene Wiesenblüthen zeigen, daß an irgend einer Stelle mehr Ruhe und Frieden gewesen. — Die soziale Lage des Proletariates ist thatsächlich eine Grenzlage, bestimmt auf der einen Seite durch das von der industriellen Reservearmee unterstützte Bestreben des Kapitalismus, die Lebenshaltung des Proletariates auf das niedrigste Niveau herabzudrücken, und bestimmt auf der anderen Seite durch die von dem wachsenden Machtbewußtsein geleitete Reaktion des Proletariates gegen diese Bestrebungen; in dem Kampf um die Arbeitszeit finden die beiderseitigen Bestrebungen ihren letzten Ausdruck. In der That ist auch die Arbeitszeit das A und O der ganzen Arbeiterfrage, in ihr kulminiren die Bestrebungen des Kapitalismus sowohl, als auch die Einwirkungen zur Hebung des physischen und psychischen Wohlbefindens des Proletariates.

Hunger des Kapitals nach Mehrarbeit.

Charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise ist vor Allem „der Heißhunger nach Mehrarbeit".*) Er führte dazu, die Arbeitskraft der arbeitenden Klassen über das physiologisch zulässige Maß hinaus auszubeuten und durch Verkümmerung der physischen Organisation die Lebenshaltung relativ — d. h. im Vergleich zu den besitzenden Klassen — herabzudrücken, so daß die Mehrarbeit auf Kosten der verminderten nothwendigen Arbeitszeit zunimmt. Die oben aufgestellte Behauptung, daß die für die Existenzerhaltung nothwendige Arbeit eine konstante Größe sei, ist also nur für das Individuum innerhalb kurzer Zeitintervalle, nicht aber auch für ganze Gesellschaftsklassen richtig.

Welche Bedeutung in physiologischer Beziehung die Arbeitszeit besitzt, dafür geben die nachstehenden Aeußerungen kompetenter Persönlichkeiten einen werthvollen Anhalt:

Körperliche Degeneration infolge langer Arbeitszeit.

Der englische Fabrikinspektor Robert Backer[30]), der in den Jahren 1828 bis 1832 als Arzt in Leeds praktizirte, spricht von der bleibenden Degeneration, zumal in der Baumwollindustrie. „Die erzeugte Umgestaltung", so berichtet derselbe, „bestand in einwärts gekrümmten Knieen, Plattfuß und Krümmung des Rückgrates. Die erste dieser Ungestaltheiten war in den Fabrikbezirken gemeiniglich als das Fabrikbein bekannt. Es gab kaum eine Stelle in einem Distrikte, in welchem sie nicht zu sehen waren" — und ein anderer Arzt, von Backer zitirt, sagt: „Im Jahre 1832 hatte ich häufige Gelegenheit,

---

*) Vergl. das Kapitel über den Mehrwerth. Seite 5 ff.

[30]) J. M. Ludlow & Loyd Jones (deutsch von J. v. Holtzendorff), Berlin 1868, zitirt von Fr. A. Lange. „Arbeiterfrage", 4. Aufl., pag. 75.

Mittags einen Distrikt zu passiren, wenn die Arbeiter zur Arbeit gingen, um Mittag zu essen. Ein großer Theil von ihnen waren blasse, magere, abgezehrte, muthlos aussehende Geschöpfe, die keine Neigung zu Heiterkeit und Frohsinn zeigten. In dem gehörigen Alter waren die Hüften breit, aber spitz und eckig, die Schultern waren zugespitzt, der Kopf wurde nicht aufrecht gehalten, sondern in sehr gebeugter Haltung."

Die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit hob die körperliche Degeneration z. Z. wieder auf.

Nachdem seit 1831 die Fabrikgesetzgebung ihre Wirkung gethan, sah die Sache nach etwa 25 Jahren nach dem Zeugniß desselben Herrn R. Backer ganz anders aus. In einem 1859 gehaltenen Vortrage über die physischen Folgen verringerter Arbeit sagt derselbe: „ . . . Selten oder nie sieht man einwärts stehende Kniee oder Plattfuß, hin und wieder nur eine leichte Krümmung des Rückens, die mehr aus Arbeit bei armseliger Nahrung, als aus Arbeit vornehmlich herrührt. Das „Fabrikbein" ist nicht mehr unter uns, es sei denn, daß ein alter Mann oder eine alte Frau hinkt, um uns an eine fürchterliche Vergangenheit zu erinnern. Die Gesichter der Leute sind von rother, frischer Gesichtsfarbe, ihre Formen sind abgerundet — ihr ganzes Aussehen ist ein erfreuliches."

Gutachten von Dr. E. Lewy über die Folgen ausgedehnter Arbeitszeit.

Dr. E. Lewy sagt in einem Vortrage über „die Arbeitszeit in den Fabriken vom sanitären Standpunkte" — die Folgen der übermäßigen Arbeitszeit seien: „eine gewisse Ueberreiztheit des Nervensystems, die später einer bleibenden Erschlaffung Platz macht, zu welcher sich dumpfer Kopfschmerz, ja sogar Unvermögen, klar zu denken, gesellen können. Hölt die übrige Arbeit längere Zeit an, so werden bald alle Systeme des Körpers ergriffen, das Herz und ebenso die größeren Gefäße in Funktion und Struktur beeinträchtigt, es zeigen sich Störungen des regelmäßigen Kreislaufes, manifestirt theils durch Schwellungen in den verschiedenen Theilen des Körpers, insbesondere in den Füßen, theils durch Blutbrechen. Das Gehirn hört auf regelmäßig zu funktioniren, es treten sogenannte Gehirnsymptome ein, als: Schwindel, Sausen in den Ohren, Taubheit, mangelhaftes Sehvermögen, Lähmungen und Schlaganfälle. In derselben Weise können auch Leber und Nieren und der Verdauungskraft in den allgemeinen Schwächeprozeß einbezogen werden. Die Muskeln werden schwach und schlaff, der Körper zu epidemischen Krankheiten disponirt, aber auch für die Berufskrankheiten vorbereitet, welchen körperlich herabgekommene Individuen am leichtesten zum Opfer fallen. Wird dann das Ende des Arbeiters nicht vorzeitig durch interkurrirende Krankheiten, wie Typhus, herbeigeführt, so verbraucht doch der übermäßig angestrengte Arbeiter die Summe der vorhandenen Kräfte rascher als er im Stande ist, sie zu ersetzen — er verkümmert an Lungentuberkulose und zwar um so schneller, je schwächer sein Organismus von Haus aus angelegt ist, demnach,

je jünger er war, als er sich der übermäßigen Arbeit unterziehen mußte."

Gutachten von Dr. Petri.

Ein anderer Hygieiniker, Dr. Petri, Mitglied des deutschen Reichsgesundheitsamtes, sagt:

„Die Physiologie liefert den Beweis, daß Ueberanstrengung eines oder gar mehrerer Organe stets eine Schädigung, die bis zur Funktionsunfähigkeit und zum Absterben gehen kann, zur Folge haben muß, sobald diese Ueberanstrengung eine gewisse Größe erreicht. Für Muskeln, Nerven, Drüsen — kurz für alle Organe, welche der experimentalen Forschung zugänglich sind, hat man beweisen können, daß gewisse Reize, in physiologischer Weise angewandt, der Gesundheit und Tüchtigkeit dieser Apparate nicht nur nicht schaden, sondern zu ihrer Ernährung, Ausbildung und Instandhaltung wesentlich beitragen."

„Ueberschreiten diese Reize, von denen die Arbeit einer der vornehmsten ist, ein gewisses Maß, sei es nach Intensität oder Extensität der Leistung, so ist die unmittelbare Folge ein Rückgang in der Leistungsfähigkeit des betreffenden Organs. Ein normales Ausruhen, ein Hinwegschaffen der durch die Arbeit gesetzten Umsetzungsprodukte kann nun nicht mehr voll stattfinden. Das Organ bleibt geschwächt. Was die Physiologie lehrt, bestätigt die Pathologie . . . Dabei kann nur verwiesen werden auf das große Kapitel der Gewerbekrankheiten, welches seinen Inhalt nicht zum kleinsten Theil dem Umstand verdankt, daß die bei der Arbeit nicht zu umgehenden Schädlichkeiten um so verhängnißvoller werden, je länger und öfters hintereinander sie am Ruin des Arbeiters arbeiten. Doch es bedarf dieser Bestätigung kaum noch, denn die Thatsachen reden laut genug. Ein Blick in die Werkstätte der Arbeit enthüllt dem Auge des Sehenden Elend und Siechthum mehr als erträglich."

Gutachten des Prof. Dr. A. Vogt

Ein außerordentlich eingehendes Gutachten über den Einfluß der täglichen Arbeitszeit auf die Gesundheit giebt auch der bekannte, hervorragende Hygieiniker Professor Dr. A. Vogt in Bern in einem Briefe an den eidgenössischen Nationalrath Decurtins ab, welches in Nr. 6 des „Achtstündigen Arbeitstages" von 1890 vollständig zum Abdruck gebracht ist:

„Das mit der Gesundheit verträgliche Maß der Arbeitszeit ist uns bei den Zugthieren besser bekannt als bei den Menschen. Die Arbeitsthiere muß sich der Einzelne selbst erwerben, und ihre Schädigung durch Ueberarbeit wird von ihm unmittelbar als Besitzschädigung empfunden. Dem Menschen fällt aber die Gesundheit als ein Geschenk der Natur zu und er ist daher eher geneigt, deren Schädigung in fatalistischer Weise einer ungleichen Vertheilung der Naturgaben zuzuschreiben, als dem Selbstverschulden seiner selbst oder der menschlichen Gesellschaft.

Die unmittelbaren Wirkungen einer Arbeit, welche das physiologische Zeitmaß überschreitet, sind allbekannt. Nach eingetretener Ermüdung in gleicher Richtung fortarbeiten entkräftet den Menschen, braucht ihn auf und führt ihn zu vorzeitiger Invalidität. Aber da man die menschlichen Arbeitskräfte zu kaufen pflegt, so hat man sich zu sehr daran gewöhnt, dieselben blos nach physiologischem Maß, d. h. nach Pferdekräften zu schätzen und die geistige Ermüdung und Abstumpfung zu übersehen. Dem Arzte, wenn er auf eine Beschränkung der Arbeitszeit dringt, wird gewöhnlich entgegnet, daß die Bedienung einer Spinnmaschine eine kaum nennenswerthe Kraftanstrengung erfordere und daher nicht ermüde. Aber die tägliche Erfahrung zeigt uns, daß z. B. der Bauer, welcher in seinem Berufe ungleich mehr Körperkraft verwendet als der Spinner, dennoch denselben an Körperkraft und Geistesfrische, sowie an Ausdauer, Gesundheit und Langlebigkeit übertrifft, auch wenn sein Arbeitstag ein längerer als derjenige des Spinners ist.

Je weniger Mannigfaltigkeit die Arbeit darbietet, um so ermüdender ist sie, weil sie einseitig immer nur die gleichen Muskelpartien in Anspruch nimmt, während die übrige Muskulatur nach einem bekannten physiologischen Gesetze infolge Nichtgebrauches entartet und schwindet. In noch höherem Maße verzehrend wirkt die Einförmigkeit der Arbeit auf die Geisteskräfte: sie ermüden eher und erlahmen geschwinder bei fortgesetzter Ermüdung als die Muskeln, während die nicht geübten Geistesthätigkeiten dabei verkümmern. Je länger daher eine einseitige und einförmige Körper- oder Geistesarbeit im Laufe des Tages ausgedehnt wird, umsomehr steuert der Betreffende einer Atrophie an Körper und Geist zu. Zur Erhaltung von körperlicher und geistiger Gesundheit muß also der Arbeitstag in dem Maße verkürzt werden, als die Theilung der Arbeit eine immer größere wird und die Maschine mehr und mehr in die Produktion mit eingreift. Die Hygieine lehrt in dieser Beziehung ganz das Gleiche, was von einem anderen Standpunkt aus die Nationalökonomie lehrt. Mit Recht sagt daher Arnold in seinen hochgeschätzten „Nouveaux éléments d'hygiène“ (2me édit. Paris 1889. pag. 1252):

> Der Mensch kann nur eine bestimmte Zeit hindurch thätig sein, besonders, wenn die Thätigkeit eine einförmige ist. Die Grenzen schränken sich ein, wenn es sich um junge Leute handelt. Abgesehen vom nothwendigen Schlaf sind Ruhepausen, um die Einförmigkeit der Arbeit zu unterbrechen, unbedingt nothwendig.

Ueber die traurigen Folgen, welche die Mißachtung dieses Umstandes nach sich zieht, verweise ich, der Kürze wegen, in Betreff Frankreichs auf die weitere Ausführung von Arnold an der gleichen Stelle und in Betreff Englands auf die denkwürdige Zusammenstellung der dortigen amtlichen Berichte, welche Karl Marx in seiner

Schrift „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie“ (I. Band, 3. Auflage 1883, pag. 152 und ff.) geliefert hat.

Wie sich seit Jahrtausenden der siebente Wochentag als Feiertag erhalten hat, und es selbst der gewaltigen französischen Revolution nur auf verhältnißmäßig kurze Zeit gelang, dieses physiologische Maß der Wochenarbeit willkürlich abzuändern, so wird sich auch die Zeit der Tagesarbeit trotz aller Widerstände ihr physiologisches Maß von acht Stunden allmälig wieder erkämpfen, um der menschlichen Natur ihre acht Stunden Schlaf und die übrigen acht Stunden zur Befriedigung aller übrigen körperlichen und geistigen Bedürfnisse wieder zu verschaffen. Für die Schreiber haben sich die acht Bureaustunden meist erhalten, und es ist nicht einzusehen, daß für die in ermüdenderen Arbeiten Beschäftigten ein anderes Zeitmaß Geltung haben sollte.

Die Maschine hat keinen Geist und weder Gesundheit noch Krankheit, sondern erleidet nur Abnutzung, die immer reparaturfähig ist. Sie kann 24 Stunden im Tag arbeiten, ohne zu ermüden. Aber der Mensch, der sie bedient, besitzt, wenn er ausgenutzt durch Ueberarbeitung, nicht die Reparaturfähigkeit der Maschine: er bleibt alsdann ein Invalide mit Verkürzung der Lebenszeit. Eine Maschine, welche zwölf Stunden im Tag läuft, rentirt sich freilich um $^1/_3$ besser, als wenn sie nur acht Stunden in Bewegung ist; allein mit dem Menschen verhält sich's umgekehrt, wenn er die natürlichen Grenzen seiner Leistungsfähigkeit überschreitet.

Diesen Widerspruch zwischen Maschinen und Menschenkraft löst die schichtweise Bedienung der Mechanismen in ungezwungener Weise.

Erlauben Sie mir, verehrter Herr, hier, wo es sich nur um die gesundheitliche Seite der Frage handelt, noch einen Punkt hervorzuheben, den man bis jetzt bei der Besprechung derselben nicht berührt hat. Ein Zitat kann Sie in dieser Beziehung unmittelbar „in medias res“ versetzen. Dr. Dujardin-Beaumetz sagt in seiner neuesten Schrift:

> „Es scheint indessen erwiesen, daß, je mehr ein lebendes Wesen, Mensch oder Thier, geschwächt, überlastet oder erschöpft ist, es umsomehr ein geeignetes Angriffsobjekt für ansteckende Krankheiten wird. Man beachte nur die Thiere; wenn wir die Pferde z. B. außerordentlich abtreiben, werden sie die leichte Beute von Seuchen aller Art und fallen außerordentlich leicht.“

Es bestätigt sich dieser Ausspruch von Dujardin auch bei der mörderischsten aller Menschenseuchen, der Lungenschwindsucht, welche gegenwärtig wegen ihrer Uebertragbarkeit durch Einimpfung von vielen Aerzten zu den Infektions-Krankheiten gerechnet wird. Die Empfänglichkeit für diese Krankheit wird nach den vielfachen statistischen Untersuchungen, welche hierüber angestellt worden sind, wesentlich

durch die Abschwächung des Körpers infolge verlängerten Aufenthaltes in eingeschlossener Luft erzeugt. Eine Abkürzung dieser schädlichen Einwirkung ist aber gleichbedeutend mit der Verkürzung des industriellen Arbeitstages. Der physiologische Versuch hat jene Erfahrung bestätigt. Brown-Sequard in Paris und Trudeau in New-York haben gezeigt, daß sogar das Einimpfen des tuberkulosen Giftes bei Thieren keine allgemeine Tuberkulose hervorzurufen vermag, wenn sie nach der Vergiftung den günstigsten Lebensbedingungen ausgesetzt und dadurch die Widerstandskraft gegen krankmachende Einflüsse erhöht wird. Der bekannte Schnellläufer Käpernick dagegen, welcher der Bewegung in freier Luft sicher nicht entbehrte, aber das Geschäft eines beständig gehetzten Wildes betrieb, erlag vor zwei Jahren in Berlin der Lungenschwindsucht.

Beim Durchmustern der epidemiologischen Akten älterer und neuerer Zeit stößt man immer auf die Steigerung der Empfänglichkeit für Seuchen bei denjenigen Individuen und Volksklassen, deren Lebensenergie durch körperliche Ermüdung und geistige Abspannung herabgesetzt ist. Freilich springt dies Moment z. B. bei der Pest, beim Gelbfieber, den Blattern u. s. w. weniger deutlich in die Augen, weil man bis jetzt unterlassen hat, dasselbe bei dem selbstverständlichen Zusammentreffen mit verwandten Einflüssen, wie gedrängtes Zusammenwohnen, Luftverderbniß, Nahrungsmangel, Unreinlichkeit u. s. w., unter der Arbeiterbevölkerung von diesen Einflüssen zu trennen und für sich zu untersuchen. Allein, wenn man das klassische Werk von Murchison „Die typhoiden Krankheiten" (deutsch übersetzt von Zuelzer 1867. S. 55, 231 und 294) konsultirt, so begegnet man folgenden Angaben über die prädisponirenden Ursachen dieser Seuchen:

> Ebenso prädisponiren zum Flecktyphus: Ermüdung, Mangel an Schlaf, kurz Alles, was die vitale Energie herabsetzt und den Körper erschöpft und schwächt . . . Geistige oder körperliche Ermüdung muß von Personen, die nothwendig dem Flecktyphus ausgesetzt sind, ängstlich vermieden werden.

Und in Betreff des Rückfalltyphus bemerkt er, daß für ihn die gleichen prädisponirenden Momente gelten, wie für den Flecktyphus. In dieser Beziehung mag es auch nicht unintereſſant zu erfahren sein, daß sogar das Auftreten nicht epidemischer Lokalerkrankungen durch dieses Moment wesentlich beeinflußt werden kann. Aus den Bergwerken von Schneeberg in Sachsen theilt nämlich Hesse in der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege" (1878, X. Band, S. 279 und ff.) mit, daß die Arbeiter in denselben eine sehr hohe Sterblichkeit darbieten, und daß, nach Ausschluß der Todesfälle durch Verunglückung von den übrigen 75 Prozent dem Markschwamm der Lungen erliegen. Und unter den Einflüssen, welche sich hier als besonders gesundheitsschädlich erwiesen haben,

wie Verderbniß der Luft durch Staub, Rauch und Springgase, hebt er besonders hervor das langandauernde Arbeiten in den Gruben und die „Ueberanstrengung namentlich vorwärts strebender fleißiger Arbeiter, die, anstatt sich nach vollbrachter Schicht Ruhe zu gönnen, außerdem noch etwas zu verdienen suchen." Es wirft diese Thatsache auch ein Schlaglicht auf den Kampf der Arbeiterwelt um einen verkürzten Normal-Arbeitstag gegenüber dem Stücklohn." —

Das Gleichgewicht zwischen Maximalarbeitszeit und unmittelbar schädigenden Einflüssen ausgedehnter Arbeitszeit, berechnet aus der Unfallshäufigkeit.

Um aber dazu gelangen zu können, die Gleichgewichtsstellung zwischen der Arbeitszeit festzustellen, welche der Arbeiter ohne dauernden Schaden für physisches und moralisches Wohlbefinden auszugeben im Stande ist, und derjenigen Arbeitszeit, welche bei einer privatkapitalistischen Ordnung der Dinge nicht unterschritten werden darf, damit der Kapitalist nicht erheblichen materiellen Schaden erleidet*), ist es nothwendig, auf eine der industriellen Produktion besonders charakteristische Erscheinung, nämlich auf die Betriebsunfälle, einzugehen.

Die erste umfassende deutsche Unfallstatistik für das Jahr 1888 brachte den Nachweis von dem unzweifelhaften Zusammenhange zwischen längerer Arbeitszeit und größerer Häufigkeit von Unfällen.

Es ereigneten sich nämlich in Deutschland 1888

Vormittags:				Nachmittags:			
6—7	Uhr	435	Unfälle	12—1	Uhr	587	Unfälle
7—8	„	794	„	1—2	„	745	„
8—9	„	816	„	2—3	„	1037	„
9—10	„	1069	„	3—4	„	1243	„
10—11	„	1598	„	4—5	„	1178	„
						(Vesperpause.)	
11—12	„	1590	„	5—6	„	1306	Unfälle
				6—7	„	979	„
				(Theilweise bereits Schluß der Arbeit.)			

Es ist aus diesen Zahlen eine unbestreitbare Abhängigkeit der Zunahme der Arbeitszeit mit der zunehmenden Erschöpfung ersichtlich. Die Erschöpfung ist zweifellos die *einzige* Ursache der Zunahme, denn die Arbeitsbedingungen sind in jeder Stunde genau dieselben; daß die Erschöpfung die einzig wirksame Ursache der Vermehrung ist, geht auch aus der geringeren Zahl von Unfällen hervor, mit denen die Nachmittagsstunden wieder einsetzen, nachdem eine Unterbrechung der Arbeit und kurze Rast zu Mittag eingetreten.

Die Zahl der Unfälle überhaupt wird bedingt durch den augenblicklichen Stand der Technik, der eine gewisse Anzahl von Unfällen als unvermeidlichen Tribut einfordert und zweitens durch den Grad

*) Wir haben natürlich bei dieser ganzen Betrachtung auf das genannte Wechselverhältniß einzugehen, da wir ja bei unseren Betrachtungen von der heutigen Gesellschaft und dem Staat von heute, die beide auf privatkapitalistische Produktion aufgebaut sind, ausgingen. Ob die kapitalistische Produktionsweise vom ethischen Standpunkt sich rechtfertigen läßt, oder ob sie sich schon völlig überlebt hat, das ist eine Frage, die an anderer Stelle ihre Erledigung finden soll.

der Erschöpfung. Wir können die Anzahl der „unvermeidlichen" Unfälle mit ziemlicher Sicherheit dann bestimmen, wenn wir in unsere Betrachtung möglichst arbeitsfrische Individuen hineinbeziehen; als solche kann man die Arbeiter in den beiden ersten Morgenstunden und den beiden ersten Nachmittagsstunden ansehen. Während dieser Zeit ereignen sich im Durchschnitt per Stunde **640 Unfälle.***) Diese Zahl können wir sonach als das bei kapitalistischer Produktionsweise Quantum unvermeidlicher Unfälle betrachten. In den betrachteten 13 Arbeitsstunden ereignen sich aber nicht 8320 Unfälle, wie es diese Norm verlangte, sondern **13396**, das sind 37,9 Prozent Unfälle mehr. — Diese 37,9 Prozent geben also zugleich auch das Maß der durch Ueberarbeit erzeugten physiologischen Ueberanstrengung an. —

Wollte man diesen Faktor der Ueberanstrengung ausmerzen, so müßte die Arbeitszeit ceteris paribus um 37,9 oder rund 38 Prozent verkürzt werden. —

Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland aber beträgt, wie wir weiter unten nachweisen, 11 bis 12 Stunden, also etwa 11½ Stunden; eine Verkürzung um 38 Prozent würde rund sieben Stunden ergeben, über welche der einzelne Arbeiter nicht hinausgehen dürfte, wenn er keiner größeren Gefahr ausgesetzt sein sollte, als sie der gegenwärtige Stand der Technik bedingt.**)

Rechnet man diese sieben Stunden als das Maximum der Arbeitszeit, und zieht man dann weiter in Berechnung, daß nur 20 Prozent von 11½ Stunden oder 2,3 Stunden als die wirthschaftlich nothwendige Arbeit aufzufassen sind,***) so würden immer noch das Doppelte oder 66⅔ Prozent der gesammten siebenstündigen Arbeitszeit dem Kapitalisten zur Erzeugung von Mehrwerthen zu Gute kommen, gewiß ein recht liberales Geschenk der Arbeiter an das Kapital!

---

*) Um die genaue Zahl zu ermitteln, müßten die in jeder Stunde gerade arbeitenden Personen bekannt sein, was nicht der Fall ist.

**) Die Berechnung erscheint vielleicht etwas zu schematisch und das Resultat, die siebenstündige Normalarbeitszeit, wenn man nicht die Elastizitätsgrenze der physischen Kräfte des Menschen überschreiten will, für einzelne Industrieen als geradezu falsch und über das Ziel hinausgeschossen. In seiner Einzelanwendung ist dies auch zweifellos der Fall; während der Lackirer, der Schneider rc. sicherlich nicht seine Kräfte bis zur völligen Erschöpfung in der täglichen Arbeitszeit von sieben Stunden aufbrauchen wird, sind andererseits aber auch sieben Stunden in den Quecksilberbelegen, in Bergwerken rc. ein Zeitraum, der unübersehbare Gefahr für Gesundheit und Leben der Einzelnen bedingt. Zu einer exakten Berechnung der Maximalarbeitszeit würde man auf Grundlage der obigen Methode nur dann gelangen, wenn man für jedes einzelne Gewerbe alle diejenigen Momente, welche Krankheiten und Unfälle bedingen, in das Auge fassen könnte. Es handelt sich aber hier nicht darum, die grundlegenden Zahlen für die in den einzelnen Industrieen degenerirend wirkenden Momente zu eruiren, sondern nur darum, eine für sämmtliche Industrieen geltende Durchschnittszahl zu ermitteln, um welche sich die wahren Maximalarbeitszeiten der einzelnen Industrieen nach den Prinzipien der Wahrscheinlichkeitsrechnung herumgruppiren, dem Durchschnittswerth aber ein relatives Uebergewicht über die negativen und positiven Abweichungen von ihm garantirend.

***) cfr. Seite 10.

Eins darf aber an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden. Wenn die relative Ueberanstrengung des Arbeiters um 38 Prozent seiner Leistungsfähigkeit auch eine dementsprechende Steigerung der Unfälle hervorbringt, so ist von vornherein vorauszusetzen, daß diese Ueberanstrengung auch in der Weise schädigend auf den Organismus, auf die physiologischen Spannkräfte einwirkt, daß der Arbeiter von heute überhaupt nicht frisch und ausgeruht sein neues Tagewerk beginnt; daß die angenommene Norm der Minimalzahl von Unfällen selbst schon durch eine chronische Ueberanstrengung der einzelnen Individuen bedingt ist. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf das physiologische Maximalmaß würden demnach nicht blos die durch akute Ueberanstrengung bedingten Unfälle in Wegfall kommen, sondern es würde auch die Normalzahl der Unfälle beträchtlich herabgemindert werden, und zwar zunächst in ihrer absoluten Größe, indem nunmehr nicht 11 bis 13×640, sondern nur 7×640 Unfälle sich ereignen würden, dann aber auch dadurch, daß sich die auf jede Stunde fallende Anzahl von Unfällen im Verhältniß von 11 : 7 vermindern würde, weil sich ja die Ueberanstrengung im Verhältniß von 11 : 7 vermindert. Es würden dann also nur 407 Unfälle per Stunde sich ereignen. Unberücksichtigt geblieben ist hier noch der Einfluß der durch Ueberarbeit sich progressiv steigernden Abspannung, die sich zunächst zahlenmäßig garnicht ausdrücken läßt. Wenn aber nur die Höhe des heut unausbleiblichen Blutzinses von 13 396 Unfällen auf das geringe Maß von 2849 zurückgeführt wäre, so wäre das schon eine Errungenschaft von so eminenter humanitärer Tragweite — der materiellen und volkswirthschaftlichen Bedeutung garnicht zu gedenken — daß sie allein schon würdig wäre, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auf ihr Maximalmaß anzustreben. —

Bei der ziffernmäßigen Darlegung der aktuellen Verhältnisse werden wir aber nicht blos auf die Arbeitszeit, sondern auch auf die Frauen- und Kinderarbeit einzugehen haben, denn diese drei Faktoren insgesammt sind es, welche in ihrem Zusammenwirken die obengeschilderten sozialen Verhältnisse, die jeweilige Lebenshaltung, begründen, somit also auch die unmittelbare Ursache für die moralische und physische Degeneration der arbeitenden Klasse bilden, wie sie sich mit Nothwendigkeit aus einer kümmerlichen Lebenshaltung ergeben muß.

Was nun zunächst die Dauer der Arbeitszeit anbetrifft, so ist von vornherein zu bemerken, daß dieselbe nicht blos zwischen den einzelnen Ländern innerhalb der weitesten Grenze schwankt, sondern daß selbst in ein und demselben Lande zwischen den verschiedenen Gewerbegruppen, ja selbst innerhalb derselben Gruppe so zahlreiche Schwankungen zu verzeichnen sind, daß es fast unmöglich ist, wenn man nicht Individuum für Individuum gesondert betrachten will, eine Durchschnittsgröße der Arbeitszeit zu berechnen. —

Am größten, selbst in denjenigen Staaten, in welchen die Arbeitszeit in den Fabriken eine gesetzliche Regelung gefunden hat, ist überall die Arbeitszeit in der Hausindustrie — ihre Feststellung entzieht sich fast jeder Kontrole. Man kann nur sagen, daß im Allgemeinen für den Hausindustriellen „Tag" und „Arbeitstag" identische Begriffe sind, daß im besten Falle vier bis sechs Stunden Schlaf und zwei Stunden für die Mahlzeiten und die nothwendigste Reinigung gerechnet, die einzigen Unterbrechungen der Arbeitszeit bilden; dasselbe gilt für den ländlichen Arbeiter während der Hauptarbeitsperioden.

Dauer der wirklichen Arbeitszeit in den verschiedenen Staaten und Landestheilen Deutschlands.

Exakte Angaben über die durchschnittliche Höhe der Arbeitszeit in den einzelnen Staaten sind nur äußerst schwer erhältlich, und man ist im Allgemeinen lediglich auf Schätzungen an der Hand der Berichte der Fabrikinspektoren angewiesen.

So ist z. B.

in Schwaben, Oberbayern, Neuburg
eine 10—11stündige Arbeitszeit in 44,7 %
„ 11—12 „ „ „ 43,6 %
aller Betriebe,

in Mittelfranken
eine 10—11stündige Arbeitszeit in 57,1 %
„ 11—12 „ „ „ 25,4 %
aller Betriebe,

in Oberfranken
eine 10—11stündige Arbeitszeit in 43,1 %
„ 11—12 „ „ „ 36,4 %
aller Betriebe üblich.

Als Maximal- und Minimalgrenze finden wir

in Schwaben, Oberbayern, Neuburg
12—16 Stunden in 10,4 %
8 „ „ 0,2 %
aller Betriebe,

in Mittelfranken
12—15 Stunden in 10,7 %
16—18 „ „ 0,6 %
6— 8 „ „ 3,3 % *)
aller Betriebe,

in Oberfranken
12—16 Stunden in 19,5 %
9 „ „ 0,8 %
aller Betriebe.

*) Diese Zahlen beziehen sich auf die Fürther Spiegelbelegen.

Nach einem Bericht des Fabrik-Inspektors aus dem Großherzogthum Hessen für 1885 findet statt

10—11½ stündige Arbeitszeit	in	33 Fabriken
12 „ „	„	136 „
12½ „ „	„	9 „
13 „ „	„	108 „
13½ „ „	„	4 „
14 „ „	„	13 „
15 „ „	„	3 „
16 „ „	„	4 „

Die Arbeitszeit der deutschen Glasarbeiter beträgt

in der Beleuchtungsbranche	12—14 Std.
„ „ Fabrik konkaver Gläser	10—12 „
„ den Etablissements der Glasschneider	12—14 „
„ der Perlen- und Schmuckindustrie	16—18 „

Nach dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften, dem hierfür ebenfalls die Berichte der Fabrik-Inspektoren zu Grunde gelegen haben, beträgt für die anderen Theile Deutschlands die durchschnittliche Arbeitszeit

in Pommern	11	Stunden	täglich
„ Posen	10—11	„	„ (?)
„ Schleswig-Holstein, „ Hannover, „ Reg.-Bez. Arnsberg	11	„	„
„ Dresden, „ Bautzen	11	„	„
„ Zwickau, „ Meißen	11—12	„	„
„ Leipzig	10—12	„	„
„ Plauen	12	„	„
„ Mecklenburg	10—12	„	„
„ Bremen	10	„	„
„ Breslau, Liegnitz	65—77	„	wöchentl.

Berlin-Charlottenburg

in 3070 Betrieben		10 Stunden
„ 806 „	mehr als	10 „
„ 166 „	„ „	11 „

Verschiedene Schlächtereien, Müllereien, Bäckereien, Ziegeleien hatten eine Arbeitszeit von 12 bis 17 Stunden.

In Hamburg hatten 79,6 Prozent Betriebe und 83 Prozent Arbeiter eine Arbeitszeit von 10 Stunden und darunter, über 10 Stunden nur die kleineren Betriebe.

Aus den hier angeführten Daten kann man den Eindruck erhalten, daß die durchschnittliche Arbeit 10 bis 12 Stunden beträgt,

aber dieses Bild wird doch sehr wesentlich verschoben, wenn man sich in den einzelnen Gewerben umsieht.

Arbeitszeit in den verschiedenen Gewerben.

Wenn wir uns hier auf die deutschen Verhältnisse beschränken, so ist zunächst die Hausindustrie mit ihrer excessiv hohen Arbeitszeit in's Auge zu fassen; 16 bis 18 Stunden sind hier die Regel. Diese Zahlen haben ein bedeutendes Gewicht insofern, als zugleich, da die Hausindustrie der Fabrikinspektion nicht unterstellt ist, auch häufig anderweitige ungünstige, hygieinische Umstände, wie elende Wohnungsverhältnisse, schlechte Ernährung, niedriger Lohn, als weitere degenerirende Einflüsse hinzutreten. Und ferner haben diese Zahlen insofern hervorragende Bedeutung für die Volkshygieine, als nach der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 mindestens 544 980 Personen in der Hausindustrie beschäftigt sind, welche Zahl nach Sombart's Schätzung noch zu niedrig erscheint.[31])

Dr Lange giebt in einem Bericht an den Verein für Sozialpolitik[32]) in klarer, leidenschaftsloser Sprache ein ergreifendes, umfassendes Bild von der Lage der Hausindustrie in Berlin und Umgegend, Osnabrück, Fichtelgebirge und Schlesien, — nur eine Stelle heben wir aus dieser Arbeit heraus: „Während die Strafanstaltsinsassen instruktionsmäßig nur 8 bis 10 Stunden mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt werden dürfen, und für den größten Theil derselben ein Bruttoverdienst von 50 ₰ bis zu 1 ℳ. erzielt wird, muß sich die überwiegende Menge der selbstständigen schlesischen Hausindustriellen bei 14 bis 16stündiger Arbeitszeit mit demselben Einkommen begnügen."

In der fabrikmäßigen Konfektionsbranche, in der Akkordarbeit vorherrscht, welche unmittelbar die Arbeiterinnen noch zur Hausarbeit verleitet, läßt sich die durchschnittliche Arbeitszeit mit Sicherheit nicht feststellen, Zahlen wie die folgenden sind deshalb nur mit äußerster Vorsicht aufzunehmen und man hat immer zu berücksichtigen, daß in den Fällen, in welchen die Arbeiterin nicht zum „Nebenerwerb" greift, eine Ausdehnung des Arbeitstages bis zur Naturgrenze die Regel ist.

In den Werkstattstuben findet in Berlin eine 9stündige (?), in Stettin 10½=, in Breslau 9= bis 14= (außerhalb der Fabrik bis 15 Stunden), in Erfurt 11= bis 12=, in Bielefeld 11= bis 16=, in Elberfeld eine 11= bis 12stündige Arbeitszeit statt.

In Düsseldorf dauert die Arbeitszeit von 5 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends resp. von 6 Uhr Morgens bis 8, und je nach dem Drängen der „Saisonarbeit" bis 12 Uhr Abends.

---

[31]) Werner Sombart: „Die Hausindustrie in Deutschland". Archiv IV, pag. 124; vergl. Kampffmeyer: „Die Hausindustrie in Deutschland." Berliner Arbeiterbibliothek I. Serie, Heft VI.

[32]) 4. Band der vom Verein herausgegebenen Berichte über die deutsche Hausindustrie, Leipzig, Duncker u. Humblot.

Die Arbeitszeit der *kaufmännischen Angestellten* beträgt in Kolonialwaarengeschäften, in denen das Personal am übelsten daran ist, in der weitaus größten Zahl von Fällen im Sommer von 5½ Uhr Morgens, im Winter von 6½ Uhr bis Abends 10 bis 10½ Uhr. Es giebt weder Frühstücks-, Mittags- noch Vesperpause, das Essen wird während der flotten Geschäftszeit meist stehend eingenommen. Am Freitag und Sonnabend verzögert sich der Schluß des Geschäftes nicht selten bis gegen 11 oder 11½ Uhr. — In einer Petition des „Vereins der Handlungsgehülfen in Hamburg und Vororten" an den Reichstag heißt es: „Dem Kolonialwaaren-Handlungsgehülfen wird fast ohne Ausnahme eine 16- bis 18stündige Arbeitszeit und zwar sowohl an Wochentagen als an Sonntagen auferlegt. Auch die Detailgeschäfte anderer Branchen treiben es eben so schlimm und auch in den Engrosgeschäften ist es nicht viel besser.[33])

Die Arbeit in den **Bäckereien**[34]) dauert nach den verdienstvollen Untersuchungen Bebel's

in	7	Betrieben	9	Stunden	in	91	Betrieben	15	Stunden
„	20	„	10	„	„	76	„	16	„
„	38	„	11	„	„	62	„	17	„
„	89	„	12	„	„	30	„	18	„
„	89	„	13	„	„	16	„	19	„
„	141	„	14	„	„	4	„	20	„

Im Durchschnitt ergiebt dies eine Arbeitszeit von 14 Stunden; aber in 42 *Prozent aller Betriebe wird länger als 14 Stunden täglich* gearbeitet!

Berücksichtigt man dann aber noch, daß die Antworten auf den Enquêtebogen zum größten Theil nur von aufgeklärten Arbeitern ausgefüllt werden, und daß solche Arbeiter im Allgemeinen selbst schon auf eine Verkürzung der Arbeitszeit drängen, so ist ohne Weiteres anzunehmen, daß in Deutschland im Allgemeinen die Arbeitszeit in den Bäckereien wesentlich länger als 14 Stunden täglich dauert.

Aehnlich ungünstig ist die Arbeitszeit der *Müller*.

12	Gesellen	hatten	eine	Arbeitszeit	von	weniger als 12	Std.
477	„	„	„	„	„	12	„
623	„	„	„	„	„	13—14	„
303	„	„	„	„	„	15—16	„
672	„	„	„	„	„	17—18	„
127	„	„	„	„	„	19—20	„
119	„	„	„	„	„	30—36	„
35	„	„	„	„	„	mehr als 36	„

[33]) cfr. Alb. Auerbach: „Der Kaufmann und die Sozialdemokratie". Berlin 1891. Otto Berger. pag. 12 ff.

[34]) cfr. Bebel: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien". Stuttg., J. H. W. Dietz 1890.

Diejenigen, welche länger als 18 Stunden arbeiten müssen, haben zum Reinigen, Essen und Schlafen nur 6 Stunden übrig. Wer aber 19 bis 20 Stunden und noch mehr arbeiten muß, der hat eben noch weniger Zeit zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse übrig.

Eine Arbeitszeit von 30 bis 36 Stunden ist so zu verstehen, daß der Arbeiter 36 Stunden lang hintereinander arbeiten muß, nach welcher Zeit er dann 12 Stunden frei hat. Diese Arbeitszeit ist in ganz Süddeutschland üblich. —

Aus den östlichen Provinzen lagen Angaben nicht vor, aber hier sind die Verhältnisse noch viel, viel trauriger.[35])

Im **Tischlergewerbe** ist nach einer Statistik des Tischlerverbandes pro 1889 die Arbeitszeit

57	Stunden	pro	Woche	bei	7 647	Arbeitern
57—60	„	„	„	„	12 832	„
60—63	„	„	„	„	4 342	„
63—66	„	„	„	„	8 545	„
66—72	„	„	„	„	707	„
78	„	„	„	„	77	„

Bei den **Malern** ist nach einer Statistik der deutschen Maler, Lackirer 2c. im Sommer 9- bis 11stündige, im Winter 6½- bis 8stündige Arbeitszeit die Regel, und zwar, daß die kürzere Arbeitszeit in den großen, die längere in den kleineren Städten die allgemein übliche ist.

Arbeitszeit im Ausland.

Von besonderem, allgemeinen Interesse sind noch folgende Daten, die einen Rückschluß auf die Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen englischen Gewerken seit 1850 gestatten.

Nach einer umfänglichen Statistik des Statistikers des Handelsamts, Herrn Giffen, betrug die Arbeitszeit in den Dekaden zwischen

	1850,	1860,	1870,	1880,	1890	
bei den Londoner Flachmalern:	60,	58½,	56½,	56½,	52½	Std. per Woche
bei den Schreinern:	72,	72,	72,	68,	56½	„ „ „
bei den Bäckern im Ostende Londons:		72,			54	„ „ „

bei den Bäckern in Birmingham:
1850 1890
von 80 bis 90 Stunden gesunken auf 65 bis 70 „ „ „

bei den Schneidern in London:

1850,	1860,	1870,	1880,	1890	
72,	72,	72,	68,	56½	„ „ „

[35]) Vergl. die Untersuchung Käppeler's über die Arbeitsverhältnisse der Müller Deutschlands. Altenburg 1891, Selbstverlag.

bei den Schneidern in Manchester:

1850,	1860,	1870,	1880,	1890	
72,	72,	65,	65,	62	Std. per Woche

bei den Töpfern: von 58½ gefallen auf . . . 54 „ „ „
bei den Textilarbeitern: von 60 gefallen auf 56½ „ „ „
(1850 war 60 niedrig, 1890 war 56½ hoch)
bei den Transportanstalten: die ganze Zeit fast konstant über 70!!

Wie an dieser Stelle sofort bemerkt werden kann, zeigen diese Daten, wie gleichzeitige Konzentration der Betriebe, überhaupt deren fabrikmäßige Ausübung an sich schon zu einer so eminenten Arbeiterschutzmaßregel, wie es die Verkürzung der Arbeitszeit ist, hinleiten; wir werden dies später, wo wir auf den Arbeiterschutz des Genaueren eingehen werden, darzulegen haben. —

In Großbritannien ist also zunächst gegen die in der Mitte des Jahrhunderts übliche Arbeitszeit, auf welcher vor Allem noch Marx fußt, eine Abnahme um ein Viertel bis ein Drittel zu konstatiren; die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt etwa acht bis zehn Stunden, in einzelnen Gewerken findet doch aber noch eine exzessiv lange Arbeitszeit statt; so sind nach dem offiziösen Parlamentsbericht von 1889 auf den englischen Eisenbahnen während eines Monats

252 209	Arbeiter	täglich	13	Stunden
160 123	„	„	14	„
110 190	„	„	15	„
57 835	„	„	16	„
27 066	„	„	17	„
25 525	„	„	18	„

beschäftigt gewesen.[36])

Nirgends besser als bei den Eisenbahnbediensteten ist die unmittelbare Gefahr für die Gesellschaft in Folge intensiver Ausbeutung durch ausgedehnte Arbeitszeit einleuchtend. Alle Augenblicke erfahren wir von Eisenbahnunglücken, die auf übermäßige Anstrengung der Angestellten zurückzuführen sind. Folgende Auslassung eines niederländischen Lokomotivführers[37]) ist besonders charakteristisch und muß selbst dem Blindesten die Augen öffnen, denn die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten ist fast in allen Staaten gleich lang. „Wenn ich," schreibt derselbe, „einen Tag 14 bis 15 Stunden ununterbrochen Dienst gethan und mein Gehülfe und Heizer ebenso, nur mit dem Unterschiede, daß diese 3 bis 4000 Kilo Steinkohlen verfeuern müssen, dann frage ich: wie kann man von uns verlangen, daß, wenn wir nach den erwähnten 14 bis 15 Stunden noch eine Fahrt von beinahe 100 km mit einem Personenzuge machen müssen,

---

[36]) Vergl. darüber auch „Neue Zeit" 1890/91. II. Bd., pag. 276.
[37]) Dr. Otto Pringsheim: „Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen in Holland." Braun's Archiv Bd. IV, pag. 338.

und zwar Abends, daß wir diese Fahrt wachend zurücklegen; nein, mehr schlafend als wachend werden solche letzte Fahrten zurückgelegt, und doch ist gerade Abends die größte Wachsamkeit nöthig. Das reisende Publikum, das in dem Zuge ein Schläfchen macht oder gesellig plaudert, weiß nicht, daß die Sorge für seine Sicherheit Menschen anvertraut ist, die infolge ihrer langen Dienstzeit nicht mehr wachen können." — Damit vergleiche man, um den internationalen Charakter dieser Erscheinung zu erkennen, bei der Privatbahnen und Staatsbahnen mit rührender Einmüthigkeit Hand in Hand gehen, folgende von der „Fränkischen Tagespost" im Dezember 1891 gebrachte Nachricht.

„Wie verschiedene Zeitungen berichten, hatte in der Nacht von Freitag auf Sonnabend der gegen 3 Uhr hier fällige Zug von Bamberg 3/4 Stunden Verspätung, weil der Lokomotivführer infolge Ueberanstrengung wiederholt ohnmächtig wurde. Der Mann soll ohne Unterbrechung zweimal 24 Stunden im Dienste gewesen sein. Welche Gefahr dem Zuge dadurch drohte, liegt auf der Hand."

Die beim Droschken-, Omnibus- und Pferdebahnwesen Beschäftigten arbeiten in England durchschnittlich 14 bis 16 Stunden. 17, 18 und 19 Stunden sind keine Seltenheit. Die Verkäuferinnen sind durchschnittlich 72 Stunden in der Woche beschäftigt. Die Arbeitszeit der englischen Kellner ist 16 Stunden und mehr. Die schottischen Bergleute arbeiten in den Gruben 11½ bis 12½ Stunden.

In Belgien haben nach Zusammenstellung von 63 Hauptindustrien mit 384 065 Arbeitern

eine 10stündige Arbeitszeit 41,97 %
„ 11 „ „ 14,25 %
„ 12 „ „ 34,74 %
aller Arbeiter
3,65 % eine mehr als 12stündige,
2,24 % eine bis 8 Stunden dauernde Arbeitszeit.

In Holland ist in Großbetrieben 13 bis 14 Stunden Arbeitszeit die Regel, in einzelnen Industrien, z. B. in den Bäckereien, steigt die Arbeitszeit aber auf 16 Stunden und an den Tagen vor einem Sonn- und Feiertag auf 26 Stunden!!

Versuche des Kapitals, die gesetzlichen Bestimmungen zu verletzen; — Strafen hierfür.

Wenn sich nun auch, besonders in denjenigen Staaten, in welchen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit vorhanden ist,*) die Verhältnisse der arbeitenden Klasse nicht gar so trostlos ausnehmen, wenigstens nicht nach den offiziellen Berichten der Fabrikinspektoren, so hat doch diese Medaille auch ihre Kehrseite; und selbst offizielle Quellen gestatten hier und da einen Blick in die Wirklichkeit; wir können aus ihnen erfahren, daß die thatsächlichen Verhältnisse grauenhaft und trostlos sind, daß das beutegierige Kapital auf alle

*) Vergl. das Kapitel über die Regelung der Arbeitszeit.

nur irgend mögliche Weise dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen sucht, und daß es ihm auch in der That gelingt, dessen Hinterthüren aufzufinden.

Am meisten, und auch mit der größten Aussicht auf Erfolg wird von den Gewerbeinhabern versucht, die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen für die Mahlzeiten zu kürzen und zu beschränken.

Der bayrische Fabrikinspektorenbericht für 1887 enthält die stereotype Bemerkung, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft in der Textilindustrie die intensivste insofern sei, als Vor- und Nachmittagspausen fast gänzlich fehlen.

Die ungarischen Fabrikinspektoren geben zu (vergleiche offizielle Berichte 1887/1888), daß jedenfalls in den Glashütten und den Spinnereien „die jugendlichen Arbeiter über die gesetzlich beschränkte Zeit unausgesetzt beschäftigt werden, eine Kontrole sei aber schwer möglich, da man weder den Angaben der Unternehmer, noch der Kinder Glauben schenken könne."

Nach den Angaben des Chemnitzer Inspektors wird die Arbeitszeit der Kinder von 12 bis 14 Jahren, namentlich auf den Dörfern, überschritten — eine Bestrafung wegen Uebertretungen dieserhalb wuchs von 1885—1888 ständig an von 136 bis 216; natürlich aber mit wenig Erfolg, da die Strafen nur M. 2, 3, 5 per Fall betragen. —

Wenn dies schon für die Kinderarbeit gilt, die doch ganz besonders gesetzlichem Schutz unterstellt ist, so wird man kaum fehl gehen, wenn man auch für die übrigen Arbeiter annimmt, daß eine übermäßige Ausnutzung der Arbeitszeit wenigstens in Deutschland die Regel ist, aber auch in anderen Ländern, selbst in der Schweiz mit seiner besten Arbeiterschutzgesetzgebung durchaus nicht zu den Ausnahmen gehört.

Frauen- und Kinderarbeit.

„Von derselben weittragenden Bedeutung wie die Arbeitszeit ist die Frauen- und Kinderarbeit, sowohl für die sozialen, als auch für die hygieinischen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Die Hinzufügung neuer Faktoren in den Arbeitsprozeß: — der Frauen- und Kinderarbeit, die erst mit der weitgehenden Verwendung von Maschinen in einer großen Anzahl von Betrieben möglich wurde, schuf ein neues ursächliches Moment für die Niederdrückung des gesellschaftlichen Existenzminimums.

Doch lassen wir an dieser Stelle Marx selbst sprechen[38]):

„Sofern die Maschine Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwickelung aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden.

---

[38]) Vergl. Marx, Kapital I, 3. Aufl., pag. 400 ff.

Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie! Dies gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich damit sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpirte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreise, innerhalb sittlicher Schranke für die Familie selbst."

„Der Werth der Arbeitskraft war bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nöthige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, vertheilt sie den Werth der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwerthet daher seine Arbeitskraft. Der Ankauf der in vier Arbeitskräfte z. B. parzellirten Familie kostet viel mehr als früher der Ankauf der Arbeitskraft des Familienhauptes; aber dafür treten vier Arbeitstage an die Stelle von einem, und ihr Preis fällt im Verhältniß zum Ueberschuß der Mehrarbeit der Vier über die Mehrarbeit des Einen. Vier müssen nun nicht nur Arbeit, sondern Mehrarbeit für das Kapital liefern, damit eine Familie lebt. So erweitert die Maschinerie von vornherein mit dem menschlichen Exploitationsmaterial, dem eigensten Ausbeutungsfeld des Kapitals, zugleich den Exploitationsgrad."

„Sie revolutionirt ebenso von Grund aus die formale Vermittelung des Kapitalverhältnisses, den Kontrakt zwischen Arbeiter und Kapitalist. Auf Grundlage des Waarenaustausches war es die erste Voraussetzung, daß sich Kapitalist und Arbeiter als freie Personen, als unabhängige Waarenbesitzer, der Eine Besitzer von Geld und Produktionsmitteln, der Andere Besitzer von Arbeitskraft, gegenübertraten. Aber jetzt kauft das Kapital Unmündige oder Halbmündige. Der Arbeiter verkaufte früher seine eigene Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler." —

Für das Proletariat ist die „Frauenfrage", die unsere Bourgeoisie jetzt so lebhaft beschäftigt, längst gelöst. Das eherne Muß, die Noth und der Hunger riß die Frau aus der Familie, die Mutter von ihren Kindern und spannte sie in das unerbittliche Tretrad, das ihre besten Kräfte absorbirte und zugleich den Kindern ihre beste Stütze raubte, ohne die sie zum Nachwuchs für die Gefängnisse und Zuchthäuser herangezogen werden.

Mit den Kleingeistern, die da meinen, man könne den Verfall der Familie aufhalten, man könne in die Speichen des Rades der ökonomischen Entwickelung eingreifen, das da Mann, Frau und

Kinder mit seiner grausamen Schwere im Kampf um's Dasein zermalmt, wenn man die Töchter des Proletariates in den Dienst gehen ließe wie in alten Zeiten, wenn man sie Kochen und Kinderpflegen lehrte; mit diesen Kleingeistern werden wir uns wohl kaum abzufinden brauchen, sie haben den Gang der ökonomischen Entwickelung nie begriffen, ein Blick auf die Zahlen des steten Anwachsens der Frauenarbeit müßte sie sonst von der völligen Wirkungslosigkeit ihrer Kindermixturen überzeugen. Ist doch selbst die Bemerkung des Fabrikaufsichtsbeamten der Oberpfalz, daß Frauen in den Fabriken thätig seien, während die Männer sie in der Haushaltung vertreten,[39]) nur der Ausdruck für einen naturnothwendigen Schritt in der sozialen Entwickelung. —

Anzahl der industriell thätigen Frauen in den Hauptindustriestaaten Europas.

In den Hauptindustrieländern beträgt die Anzahl der industriell thätigen Frauen

in England	4½	Millionen
„ Frankreich	3¾	„
„ Italien	3½	„
„ Deutschland	5	„
„ Oesterreich-Ungarn	3½	„
Zusammen	20¼	Millionen

Ueberschuß der Frauen über die Männer.

Der Ueberschuß der Frauen über die Männer beträgt aber in diesen Staaten zusammen nur 4½ Millionen. In England haben nach der dortigen Berufsstatistik 1871 bis 1887 die Frauen die Männer in mehr als 30 Industriezweigen der Zahl nach überflügelt.

Zunahme der Frauenarbeit.

Die Zunahme der Frauenarbeit wird durch folgende Ziffern, welche den neuesten amtlichen Erhebungen über die englische Textilindustrie entnommen sind, klar gemacht.

Auf je 100 Arbeiter kommen in der

	Baumwoll-Industrie		Leinen-Industrie		Jute-Industrie	
Männer	22,5		12,2		15,1	
Knaben	16,7		10,5		13,8	
Frauen	44,4	**60,8**	55,4	**72,3**	58,8	**71,6**
Mädchen	16,4		16,9		12,8	

Daß auch Oesterreich in der Anwendung der Frauenarbeit nicht zurückbleibt, mag aus folgenden Ziffern entnommen werden, die wir nach den Angaben der „Amtlichen Nachrichten des k. k. Ministerium des Innern, betr. die Unfallversicherung und Krankenversicherung", berechnet haben.

Danach entfielen am Ende des Jahres 1889 in unfallversicherungspflichtigen Betrieben der österreichischen Textilindustrie auf je 100 Arbeiter der

[39]) cfr. Amtl. Mittheilungen für 1882 pag. 388 und für 1884 pag. 315.

	Seiden-Industrie		Schafwoll-Industrie		Industrie von Flachs, Hanf, Werg, Jute		Baumwoll-Industrie	
Männer	37,0		51,3		40,9		41,5	
Knaben	2,3		2,5		1,4		2,2	
Frauen	56,4	**60,7**	44,5	**46,2**	55,1	**57,7**	53,1	**55,8**
Mädchen	4,3		1,7		2,6		2,7	

Man sieht, was die Verdrängung der Männer durch die Frauen in der Industrie angeht, wird Oesterreich recht bald ein „moderner" Staat sein. Und dabei drohten die Fabrikanten, die Frauen aus den Fabriken auszuschließen, wenn die Nachtarbeit verboten würde!!

In Frankreich hatte nach einer Aufstellung des zweiten Vorsitzenden der französischen statistischen Gesellschaft, welcher die Ergebnisse der landwirthschaftlichen Untersuchung vom Jahre 1882, so wie die amtlichen Erhebungen des Handelsministers zu Grunde liegen, die Frauenarbeit folgenden Umfang: Auf 3 435 000 landwirthschaftliche Arbeiter kommen etwa 1 472 000 Frauen mit einem durchschnittlichen Tagesverdienst von etwas über M. 1; auf 601 900 Pariser Arbeiter kommen 299 000 Frauen mit einem durchschnittlichen Tagesverdienst von M. 1,85; in der gewerblichen Arbeit des Departements sind 3 172 000 Arbeiter, davon 1 050 000 Frauen mit M. 1,14 täglichen Einkommens beschäftigt, und auf 1 132 000 Angestellte giebt es 327 000 Frauen mit M. 1,70 täglichen „Gehaltes". Im Dienstbotenstande sind die Frauen mit 1 267 000 von 1 950 000 und einem Lohne von M. 1,40 per Tag im Durchschnitt in der Mehrheit. Insgesammt kommen auf 10 354 000 arbeitende Personen 4 415 000 Frauen mit einem Jahreslohn von 2460 Millionen Franken. Dieser Betrag entspricht etwa 30 Prozent der Gesammtsumme an Löhnen und Gehältern, welche in Frankreich gezahlt wird, d. h. mit anderen Worten, die Frauen, das sind 42 Prozent der arbeitenden Klasse, erhalten nur 30 Prozent der gesammten gezahlten Löhne. Es bleibt zu bemerken, daß es nach der Volkszählung von 1886 in Frankreich unter Abrechnung der Personen, welche ausschließlich von Renten leben, 10 375 000 Männer und 4 383 846 Frauen gab, welche einen direkten Beruf ausübten.

In Deutschland ergab die Gewerbezählung vom 1. Dezember 1875 85 Prozent männliche und 15 Prozent weibliche Arbeiter über 16 Jahre. In der Berufsstatistik von 1882 sind 17 632 008 erwerbsthätige Personen aufgeführt, davon sind 75,8 Prozent männlichen und 24,2 weiblichen Geschlechtes; will man jedoch die Zahl der Frauen schätzen, die auf selbstständigen Erwerb angewiesen sind, so dürften 40 Prozent der gesammten weiblichen Bevölkerung nicht zu niedrig geschätzt sein. Von der gesammten weiblichen Bevölkerung gehören 5,6 Prozent der Klasse der Dienstboten an. In der Bekleidungs- und Reinigungsindustrie waren 1 334 007 Personen

beschäftigt, wovon 576 517 oder 43,22 Prozent dem weiblichen Geschlecht angehörten. Die Textilindustrie beschäftigte 850 859 Personen, davon waren 328 780 oder 38,05 Prozent weiblichen Geschlechts. In der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation 31 215 Männer und 10 409 Frauen oder 25 Prozent, in der Papierfabrikation 37 685 Männer und 20 847 Frauen oder 35,6 Prozent, in der Tabakfabrikation 64 474 Männer und 48 919 Frauen oder 43,1 Prozent. In der Land- und Forstwirthschaft sind von 8 236 496 Erwerbsthätigen 2 534 909 weiblichen Geschlechts. In der Fabrikindustrie betrug 1890 die Anzahl der Frauen 130 079, davon 84 625 in Spinnereien, 18 925 in Ziegeleien. Die Zunahme der Frauenarbeit in Deutschland in dem genannten Zeitintervall wird deutlich durch die folgende Tabelle illustrirt; es waren industrielle Arbeiter beschäftigt:

Jahr	Ueberhaupt		In den Kleinbetrieben		In den Großbetrieben	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1875	5 463 856	1 116 095	3 453 357	705 874	2 010 499	410 221
1882	5 815 039	1 506 743	3 487 073	989 422	2 327 966	517 321
1882 mehr als 1875	351 183	390 648	33.716	283 548	317 966	107 100
Zunahme in Proz.	6,4%	35,0%	1,0%	40,1%	15,8%	26,1%

beachtenswerth ist die Erscheinung, daß die Zunahme der Frauenarbeit besonders stark in den Kleinbetrieben auftrat. Fast die gesammte Zunahme der Arbeiterschaft fällt auf das Konto der **Frauenarbeit.** Nur durch die Einstellung der widerstandsunfähigsten Elemente — der Frauen und jugendlichen Arbeiter — vermag sich das Kleinhandwerk noch über Wasser zu halten (vergl. das Kapitel über die Vernichtung des Kleinhandwerkes).

In den letzten Jahren aber ist die Frauenarbeit weiter erheblich gestiegen und die Maschine erschließt derselben Berufszweige, die für die schwache Frau früher vollständig unzugänglich erschienen; selbst in die Metallindustrie hat die Frauenarbeit Eingang gefunden.

Nach dem Bericht der Fabrikinspektion für Ober- und Mittelfranken sind Frauen auch bei der Kreissäge und an dem Dampfhammer beschäftigt. Die Zunahme ist eine ganz gewaltige.

Der sächsische Fabrikinspektor für den Bezirk Dresden (1890) berichtet, daß die Vermehrung der Arbeiterinnen in allen Industrien 12,3 Prozent beträgt, während die Betriebe nur um 5,2 Prozent und die männlichen Arbeiter um 11,6 Prozent zugenommen haben; die Gesammtzahl der Arbeiterinnen betrug 24,2 Prozent der ganzen Arbeiterschaft.

Im Zwickauer Bezirk stieg die Zahl der Arbeiterinnen um 7,19 Prozent, die der Arbeiter nur um 6,37 Prozent; die der jugendlichen um 9,22 Prozent, darunter nicht weniger als 1701 Knaben und 1013 Mädchen unter 14 Jahren.

Im Leipziger Bezirk stieg die Anzahl der Arbeiterinnen ebenfalls um 7,12 Prozent, die der Arbeiter nur um 6,6 Prozent; der jugendlichen um 5,9 Prozent.

Der Meißener Beamte sagte: „Allem Anschein nach hat in Tuchfabriken, Spinnereien, Zigarrenfabriken und verwandten Betrieben eine Verschiebung der Arbeiter dergestalt stattgefunden, daß zum Theil an Stelle erwachsener männlicher Arbeiter weibliche und jugendliche Arbeiter getreten sind, eine Veränderung, bei welcher die billigeren Löhne der Frauen und jugendlichen Arbeiter von Einfluß gewesen sein dürften."

Und zur Illustration für diesen Gang der ökonomischen Entwickelung, welche die Frau auf das Schlachtfeld der Arbeit, nicht als Samariterin, sondern als Kämpferin hinaustreibt, die nüchterne, aber darum um so ergreifendere Notiz des Meißener Inspektors:

„Eine 70 Jahre alte Ziegeleiarbeiterin wurde zwischen vier umgefallenen Feldziegelhorden erdrückt aufgefunden. Die Ursache des Unfalles konnte nicht ermittelt werden!"

„Und weiter wirft ein scharfes Licht auf die Stellung der Arbeiterin als Hausfrau und Mutter die Mittheilung, daß namentlich Müttern die Nachtarbeit erwünscht sei, damit sie bei Tage die Haushaltung versehen könnten!" (Amtl. Mittheilungen für 1888, pag. 87) „Läßt sich etwas Ergreifenderes denken? Und ist es nicht auch unsäglich traurig, wenn von den Aufsichtsbeamten bei den Revisionen nicht selten zwei- bis dreijährige Kinder verheiratheter Arbeiterinnen, besonders in Tuchfabriken und Spinnereien, auf staubigem Boden hockend angetroffen werden, wenn man Mütter mit dem Kinde im Arme findet, während sie Maschinen bedienen." [40])

Analoge Resultate wie oben ergeben sich in anderen Theilen Deutschlands. In der Provinz Posen betrug die Zahl der Arbeiterinnen im Jahre 1890 4542 oder 12,9 Prozent mehr als 1889 gegenüber 35 780 männlichen Arbeitern mit einer Zunahme von 5,22 Prozent. Im Regierungsbezirk Breslau waren 1890 6490 Arbeiterinnen vorhanden, was eine Zunahme von 14,9 Prozent gegen das Jahr 1888 bedeutet, gegenüber 85 312 männliche Arbeiter mit einer Zunahme von 10,1 Prozent. Im Regierungsbezirk Liegnitz ist von 1888 bis 1890 eine kleine, relative Abnahme der Frauenarbeit zu konstatiren; die Zunahme derselben betrug nämlich nur

---

[40]) Amtl. Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten für 1888, pag. 77. cit. von Herkner. Zur Kritik und Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Braun's Archiv Bd. III. pag. 229.

11 Prozent gegenüber einer Zunahme von 11,2 Prozent der männlichen Arbeiter. Im Regierungsbezirk Oppeln ist mit Ausschluß der im Bergbau beschäftigten Arbeiter der Zuwachs der weiblichen Arbeiterinnen 9,7 Prozent, während die männlichen Arbeiter nur um 7,2 Prozent zunahmen.[41]) In Oberbaiern und Schwaben bezifferte sich Ende 1890 die Anzahl der Arbeiterinnen auf 18874 oder 28,1 Prozent gegen 27,7 Prozent im Vorjahr (davon Frauen und Wittwen 30 Prozent aller Frauen). In Niederbaiern und der Oberpfalz befanden sich in 250 Betrieben 3040 Frauen, darunter 206 Mädchen im Alter von 14 bis 16 und vier im Alter von 12 bis 14 Jahren. —

Diese letzteren Zahlen erscheinen auffallend günstig, mangelhafte Kontrole scheint die Ursache davon zu sein; denn wie es gemacht wird, um die Verhältnisse möglichst günstig erscheinen zu lassen, davon giebt eine Bemerkung des Fabrikinspektors im Bezirke Plauen Auskunft: „Ein Strickereibesitzer hatte seinen Betrieb in zwei getrennten, aber auf demselben Grundstück belegenen Gebäuden begonnen; in dem einen Raume befanden sich zwei, in dem anderen drei Handstrickmaschinen. Während nun der Aufsichtsbeamte den einen Raum revidirte, ließ der Besitzer offenbar die in dem anderen beschäftigten Kinder entfernen, so daß die Arbeiterzahl eine wesentlich verminderte war."

Dieses Verfahren erscheint uns geradezu typisch, und dabei ist es so einfach, daß es Wunder nehmen müßte, wenn Dies und Aehnliches von dem nimmersatten Kapital nicht allenthalben geübt werden sollte.

Tendenz des Kapitalismus, die Arbeiterschutzbestimmungen zu paralysiren.

Es ist überhaupt charakteristisch für die Tendenz des Kapitalismus, alle Arbeiterschutzbestrebungen zu paralysiren. In seinem Buche über die englische Fabrikinspektion[42]) sagt Otto M. Weyer, daß „die Geschichte der Fabrikinspektoren in England die Geschichte des Kampfes gegen die Schliche, Gaunereien, Betrügereien ist, welche die englischen Fabrikanten und ihre Freunde und Anwälte — darunter viele Richter! — anwendeten, um die Gesetze zum Schutze von Frauen und Kindern zu umgehen und wirkungslos zu machen rc."[43])

Frauenarbeit in kaufmännischen Geschäften.

Nicht unerwähnt bleiben darf das Ueberhandnehmen der **Frauenarbeit in den kaufmännischen Geschäften** und die trostlose Lage der weiblichen Angestellten in denselben. **Albert Auerbach** hat in seiner bereits zitirten Broschüre werthvolles Material hierüber zusammengetragen. Er führt unter Anderem an:

In den großen Städten werden die sogenannten „Lehrmädchen" mit einem Lohn von manchmal sage und schreibe monatlich ℳ. 5 engagirt; Lehrmädchen, deren Arbeitskraft bis Abends 9 und 10 Uhr ausgebeutet wird. Haben sie in der Regel 6 Monate für einen solchen Schundlohn Frohndienste geleistet, dann erhalten sie ein

---

[41]) Jahresber. der Kgl. Preuß. Gewerberäthe 1890.
[42]) Tübingen, Laupp'sche Buchhandlung.
[43]) Vergl. „Neue Zeit", Band VII, S. 46.

„Gehalt“ von monatlich zirka *M.* 30; *M.* 40 bis 50 werden für gute Durchschnittslöhne gehalten; dabei muß berücksichtigt werden, daß auf die saubere, in's Auge fallende Garderobe der weiblichen Angestellten noch mehr Werth gelegt wird, als auf die der männlichen Kollegen. Und dasselbe Mädchen .... muß 13 bis 14 Stunden „für einen Wochenlohn mit Sonntagsarbeit für *M.* 10“ (im besten Falle) „nicht allein die Kunden bedienen, sondern auch bei vielen Wäsche- und derlei Geschäften in der ‚freien Zeit‘ ... die Maschine eifrig treten .... Wahre Orgien feiert die Ausbeutungssucht der Unternehmer bei der Beschäftigung von weiblichen Angestellten.“

„In Leipzig gäbe es Geschäfte, in denen Damen einen Monatsgehalt von *M.* 15 bekommen, und in Berlin meldeten sich ... an einem Vormittag bei einem Unternehmer, der eine Verkäuferin gegen Gehalt von *M.* 30 monatlich suchte, 52 dieser Unglücklichen.“

Wettstreit der Frau mit dem Manne auch auf geistigem Gebiet.

Wir haben hier bereits den Fall, wo nicht blos die physischen Kräfte der Frau in dem Wettstreit mit dem Manne von Jahr zu Jahr immer energischer ringen müssen, sondern daß auch die weibliche Intelligenz auf das Schlachtfeld der Arbeit hinaus muß, weil die Existenzbedingungen für die Familien der Kleinbourgeoisie in demselben Maße schlechter geworden — natürlich nur relativ betrachtet — als sich gleichzeitig auch die Standesansprüche steigerten, als sich der Gegensatz von Besitzenden und Besitzlosen zuspitzte.

Von der falschen Voraussetzung ausgehend, daß der Kleinbourgeois, der Beamte etwas vor dem Proletarier voraus habe, und daß er „es der Gesellschaft schuldig sei“, seinen Stand zu repräsentiren, d. h. die Besitzenden in ihrem übermüthigen Aufwand nachzuäffen, konnten natürlich seine Einnahmen nicht mehr genügen, an das Zurücklegen von Ersparnissen war nicht zu denken — ein Erbe konnte nicht mehr hinterlassen werden. — Man arbeitete heimlich für Geschäfte — dadurch den Lohn der Tapisseriearbeiterinnen auf ein Minimum herabdrückend — man ließ die Töchter etwas lernen, um sie selbstständig zu machen, da sich die Aussichten, sich zu verehelichen, immer mehr verringerten. Bald trat auch hier bei der weiblichen Intelligenz, der nur wenige Berufe offen stehen, ein Ueberangebot von Kräften ein. Folgende Zahlen sind charakteristisch hierfür.

Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften.

Im Seinedepartement (Frankreich) waren 1890 folgende Stellen frei:

	Stellen	Bewerberinnen waren dafür:
für Lehrerinnen (im Allgemeinen)	54	6441
„ Zeichenlehrerinnen	5	96
„ Gesanglehrerinnen	13	46
„ Turnlehrerinnen	1	44 [44]

[44]) Eine große Zahl von weiteren Angaben findet sich in Schippel: Das moderne Elend. pag. 146 ff. Dietz, Stuttgart 1889. Vergl. auch Bebel: Die Frau und der Sozialismus. IX. Aufl. pag 160 ff.

Die kapitalistische Produktionsweise schafft eben das Proletariat in allen Abstufungen und wirft immer neue Kreise hinaus in den Wettkampf mit dem Manne.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen wird einem auch die wahre Ursache des Widerstrebens der Männer gegen das Medizinstudium der Frauen klar, — welche Konkurrenz und welche Gefahr für die Herren der Schöpfung, wenn das Angebot auch in dem Verhältniß von 6000 zu 50 die Nachfrage überbieten würde und wenn dadurch die Herren Aerzte gezwungen würden, anstatt auf Gummirädern zu fahren, einfach Schusters Rappen benutzen zu müssen!

Kinderarbeit.

Von weittragender Bedeutung für die Gesundheit des sozialen Körpers ist natürlich auch die Ausdehnung der **Kinderarbeit** und der **jugendlichen Arbeiter.**

In der richtigen Erkenntniß, daß es das Interesse der Gesellschaft auf das Dringendste erheischt, in diesem Punkte eine gesetzliche Regelung eintreten zu lassen — über die Kämpfe, welche diese Erkenntniß aufzwang, berichten wir später —, hat auch thatsächlich die Kinderarbeit in allen Kulturstaaten eine gesetzliche Regelung gefunden. Wir begegnen nun im Allgemeinen nicht mehr den entsetzlichen Darstellungen, an denen Marx' „Kapital“ überreich ist. Freilich muß man sofort bemerken, daß auch hier nicht alles Gold ist, was glänzt.

In Belgien z. B., dem klassischen Lande des Klerikalismus, werden von frommen Patres und Nonnen Spitzenklöppelschulen geleitet, écoles de charité (Wohlthätigkeitsschulen) genannt, in welche arme Mädchen schon mit fünf Jahren hineinkommen und in der Herstellung von Spitzen „unterrichtet“ werden — (auf solche „Schulen“ haben natürlich die Arbeiterschutzgesetze keine Anwendung). Die zum Theil riesigen Erträge dieser Schulen, zusammengebracht von ausgebeuteten Kindern, werden natürlich zum Nutzen und Frommen der Nonnenklöster 2c. verwandt. Sechsjährige Mädchen wurden 10, 12, 14 Stunden in das Joch einer aufreibenden Arbeit gespannt, bei einem Wochenlohn von 12 bis 14 ₰.

Das sind amtlich festgestellte Thatsachen, wie sie z. B. in der 1883 veröffentlichten Denkschrift des Herrn Dr. Ridder niedergelegt sind, und in dem in der Kammer erstatteten Bericht des Herrn Scailquin eingesehen werden können.

In diesen Spitzenklöppelschulen arbeiteten:

1845	1857	1866	1872	1882
34,391	43,388	33,226	20,000	15,000 Kinder.

Diese Daten erinnern lebhaft an die Marx'sche Darstellung der Spitzenklöppelschulen[45]) und auch die anderen Verhältnisse werden völlige Uebereinstimmung miteinander bekunden; denn wenn der

[45]) Marx: Kapital, Bd. I, 3. Aufl. 482.

Pfaffe erst einmal Kapitalist wird, dann wird er trotz Evangelium zu einem Ausbeuter wie jeder andere Kapitalist, vielleicht, daß er unter Berufung auf die paar Vaterunser, die er täglich mehr betet, die Sache nur noch etwas toller zu treiben berechtigt zu sein glaubt.

Wie Recht man mit dieser Vermuthung hat, erkennt man sofort, wenn man in die Arbeitsstätten hineinblickt, in denen die berühmten Brüsseler Spitzen hergestellt werden. „Der Zwirn zu den Spitzen wird, wie das „Chambers Journal" berichtet, in seinen feinen Qualitäten in theilweise dunklen, unterirdischen Räumen gesponnen, weil das Verspinnen in trockener freier Luft ein Brechen des Zwirnes veranlaßt. Derselbe ist so fein, daß er eher gefühlt, als gesehen werden muß, und die Spinnerin muß jeden Augenblick in dem Halbdunkel den Faden untersuchen, ob sie auch die geringste Unebenheit darin bemerkt. Eine ungesundere und mehr anstrengende Arbeit, als dieses Spinnen, kann man sich kaum vorstellen. Die feuchten, dunklen Keller sind so eingerichtet, daß nur ein einziger starker Lichtstrahl auf die Räder geworfen wird. Gesundheit und besonders das Augenlicht geht rapid bei dieser Arbeit verloren. Die Hände, fortwährend der Kälte ausgesetzt, werden bald durch Rheumatismus verkrüppelt, und die Arbeiterinnen werden alt, ehe sie noch die Jugend hinter sich haben." „Der delikaten Finger wegen schlachtet man eben die Kinder ganz."

Relative Ausdehnung der Kinderarbeit in England.

Ueber die relative Ausdehnung der Kinderarbeit gehen die Urtheile der Fachgelehrten weit auseinander. So schrieb z. B. 1850 Fabrikinspektor Saunders, daß das Fabrikgesetz die Tendenz habe, die Beschäftigung der Kräftigen und Erwachsenen zu fördern, die der Jungen und Schwachen zu behindern. Aber die Thatsachen widerlegen diese Behauptung, wie Schippel (l. c.) nachweist; denn von der Gesammtheit aller Baumwollarbeiter betrugen

die Kinder	1850	6,4 %
" "	1875	14,0 %

dagegen wurde die Existenz aller übrigen Arbeiter immer unsicherer, denn es betrug die Anzahl

der weiblichen Personen über 13 Jahre	1850	55,9 %
	1875	54,0 %
der männlichen Personen von 13 bis 18 Jahren	1850	10,3 %
	1875	8,0 %
der erwachsenen Männer	1850	27,4 %
	1875	24,0 %

Der eidgenössische Fabrikinspektor Dr. Schuler konstatirt dagegen die genau entgegengesetzte Thatsache (vergl. das Kapitel: „Der Arbeiterschutz und seine Folgen").

In Deutschland.

In Deutschland betrug 1882 nach der Berufsstatistik die Anzahl der in der Industrie beschäftigten Kinder bis zu 15 Jahren 143 262. Für 1886 weist der Bericht der Fabrikinspektoren 155 582 jugendliche

Arbeiter bis 16 Jahre nach — und dies nur in denjenigen Betrieben, welche der Fabrikinspektion unterstellt sind.

Ueber die Zunahme der jugendlichen Arbeiter und Kinder überhaupt giebt eine ausreichende Auskunft die Zusammenstellung der Jahresberichte der deutschen Fabrikinspektoren für 1890, deren Ergebnisse mit den von 1884 in sehr instruktiver Weise von der „Frkf. Ztg." zusammengestellt worden sind; es betrug in den Fabriken des deutschen Reiches:

Bei	1884 die Anzahl der beschäftigten		1890 die Anzahl der beschäftigten		Mithin von 1884 bis 1890 die prozentuale Zu- od. Abnahme der	
	Kinder von 12 b. 14 Jahr.	jungen Leute von 14 b. 16 Jahr.	Kinder von 12 b. 14 Jahr.	jungen Leute von 14 b. 16 Jahr.	Kinder	jungen Leute
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen . .	690	15958	843	22730	— 12%	+ 42%
Industrie der Steine und Erden . . .	1589	12844	3173	21686	+100 „	+ 68 „
Metallverarbeitung .	1080	15685	1566	25101	+ 45 „	+ 60 „
Maschin., Werkzeuge rc.	495	10002	934	21489	+ 90 „	+101 „
Chemische Industrie .	427	1760	360	3515	— 6 „	+100 „
Industrie der Heiz- u. Leuchtstoffe . . .	43	394	52	853	+ 20 „	+102 „
Textilindustrie . . .	6908	37545	9404	58038	+ 36 „	+ 54 „
Papier und Leder . .	709	7743	1314	11930	+ 85 „	+ 54 „
Holz- und Schnitzstoffe	668	4473	1358	8771	+101 „	+ 98 „
Nahrngs.-u.Genußmit.	4320	13891	6340	20571	+ 46 „	+ 48 „
Bekleidng. u. Reinigung	796	5239	1212	8398	+ 52 „	+ 60 „
Polygraph. Gewerbe .	468	4435	681	7158	+ 45 „	+ 60 „
Sonst. Industriezweige	253	3548	248	4066	— 2 „	+ 14 „
	18716	133517	27485	214252	+ 47%	+ 60%

Es ergiebt sich also eine Zunahme der jugendlichen Arbeiter um 89 504 oder 59 Prozent; der jungen Leute von 14 bis 16 Jahren um 80 735 oder 60 Prozent; der Kinder von 12 bis 14 Jahren um 8769 oder 47 Prozent.

In den einzelnen Landestheilen vertheilt sich die Zunahme der in Fabriken beschäftigten Kinder von 12 bis 14 Jahren wie folgt:

	1875	1886	1888	1890
Deutsches Reich (ohne Elsaß-Lothringen)	21 096	21 035	22 913	26 414
in Sachsen	8 284	10 170	11 475	12 855
„ Preußen	7 076	5 992	6 225	6 633
„ Baden	2 176	1 603	1 589	2 360
„ Baiern	1 057	1 060	1 597	2 142
„ Württemberg	569	598	356	378
„ Anhalt	407	166	93	175
„ Hessen	362	105	86	103
„ Reuß jüng. L.	—	397	467	581
„ Sachsen-Altenburg . .	—	329	356	324
„ Braunschweig*) . . .	—	216	188	282

Zunahme der Kinderarbeit.

Zur Zeit des wirthschaftlichen Aufschwunges hatte die Zahl der beschäftigten Kinder einen Höhepunkt erreicht, sie sank 1882 auf 14600, stieg dann wieder 1883 auf 18 395; 1884 auf 18716, um dann, wie oben angegeben, in den letzten Jahren noch weiter zuzunehmen.

Wie in der That die wirthschaftliche Prosperität durch intensivere und extensivere Ausbeutung zu erzielen gesucht wird, zeigt deutlich die Aeußerung des einsichtsvollen badischen Fabrikinspektors Wörrishofer, der in seinem Jahresbericht vom Jahre 1889 ausführt, daß „die guten (?) Wirkungen des Ganges der Industrie sich vorzugsweise darin geltend machten, daß gegen das Vorjahr erheblich mehr jugendliche Arbeiter eingestellt wurden, und daß . . mehr Ueberarbeit zu leisten war . . . Eine durchgreifende Lohnerhöhung trat nirgends ein . . .“ Im Allgemeinen also kann man die Thatsache hervorheben, daß der Kapitalismus die Tendenz bekundet, auf Kosten der Männerarbeit zunächst die Frauen- und dann die Kinderarbeit einzuführen.

Ganz naiv sprechen die Motive zur Novelle zu der Gewerbeordnung vom 6. V. 90 dies aus: „Die Erleichterung der Arbeit durch die Maschinen, die zunehmende Verwendung der letzteren und das Bestreben nach möglichst billigen Arbeitskräften erklären zur Genüge die eingetretene Vermehrung der beschäftigten Kinder während der letzten Jahre.“

In Sachsen, wo 1886 die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren eine kleine Abnahme erlitten hatte, war 1887 bei den männlichen eine Zunahme um 2352 oder 20,6 Prozent, bei den weiblichen um 1806 oder 21,1 Prozent. Gleichzeitig wuchs die Zahl der beschäftigten Kinder um 924 gleich 9½ Prozent; aber die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter stieg in derselben Zeit nur um 7 Prozent, die der erwachsenen weiblichen um 8 Prozent.

Innerhalb der letzten fünf Jahre steigerte sich die Anzahl der männlichen jugendlichen Arbeiter um 26,55 Prozent, der weiblichen

*) Für die anderen Staaten lagen uns vergleichbare Daten nicht vor.

jugendlichen Arbeiter um 22,13 Prozent, der Kinder um 38,57 Prozent, während die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter in derselben Zeit um 34,09 Prozent, die der erwachsenen weiblichen Arbeiter um 23,71 Prozent stieg.

Die Zahl der Kinder steigerte sich also durchschnittlich am meisten.

Auf Sachsen fällt übrigens der Löwenantheil der in Deutschland beschäftigten Kinder, nämlich 48,7 Prozent. Ein Zeichen dafür, wie groß im gemüthlichen Sachsen der Mißbrauch der Kinder ist. —

Nirgends sind aber auch die Kontraventionen gegen die gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Kinderarbeit, so groß als in Sachsen. In 24 Anlagen ermittelte der Zwickauer Inspektor die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, in 72 Fällen war die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter, in 12 Fällen die der Kinder nicht richtig eingehalten. Eine der gewöhnlichsten Praktiken der Gewerkinhaber zur Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen besteht in Fälschungen des Arbeitsbuches und ähnlicher Dokumente. Der Zwickauer Inspektor klagte ferner, daß die jugendlichen Arbeiter auf Anstiftung und Anweisung der Unternehmer falsche Angaben über die Arbeitszeit machen. —

Interessant aber ist es zu erfahren, wie zum Schutz der Arbeiter eingesetzte Beamte, die Fabrikinspektoren, diese unzweideutige Tendenz des Kapitalismus zu verschleiern suchen. Nach dem Inspektor des Bautzener Bezirkes (Bericht für 1888) sind oftmals nicht die Fabrikanten daran schuld, die gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Kinderarbeit, zu übertreten, sondern einzig und allein die jugendlichen Arbeiter selbst, „die allen Anordnungen zum Trotz Mittel und Wege auf das Pfiffigste ausfindig machen, um länger arbeiten zu können. Sie verlassen z. B. zum Schein auf der einen Seite den Arbeitssaal und kommen auf der anderen Seite heimlich wieder herein und setzen die verbotene Arbeit fort.“ Man glaubt, eine der zahlreichen von Marx zitirten Manchesterseelen sich aus der vierten Dimension verlautbaren, wenn man diese naiven Worte eines Beamten vernimmt, der zum Schutz der Arbeiter angestellt ist. —

Und der Inspektor des Zwickauer Bezirkes protestirt gegen das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken mit dem Hinweis darauf, daß ein Verbot der Fabrikarbeit die Kinder in der Hausindustrie überlasten würde. Als wenn man nicht auch die Hausindustrie unter das Fabrikgesetz stellen könnte, wie es das niederländische Arbeiterschutzgesetz thut.

Eine entschiedenere Verurtheilung des heutigen Wirthschaftssystems, gegen das im Grunde jedes Gesetz mehr oder weniger machtlos ist, kann garnicht ausgesprochen werden, als durch diese Worte: „Der Mann ist nicht mehr im Stande, für die Existenz der ganzen Familie Sorge tragen zu können, er muß seine Hand

dazu bieten, seine Frau und seine Kinder vom Kapital ausbeuten zu lassen, so oder so, — der Hunger zwingt ihn dazu — und gegen den Hunger sind allerdings die gesetzlichen Maßnahmen wirkungslos. Das Kapital weiß, welch' energischen Verbündeten es in dem Hunger besitzt, er hilft ihm besser als die Maschine, Mehrwerthe zu produziren." Und überflüssige Sorgen für das Leben und die Gesundheit der Kinder würden ihm nur „sentimentale Rücksicht" sein, die man wohl der kostbaren Maschine angedeihen lassen kann, da sie sich sonst zu rasch abnutzt, nicht aber den Leibern der Frauen und Kinder, die man umsonst zu Tausenden von der Landstraße auflesen kann.

In **Baden** hat ebenfalls nach dem Bericht des dortigen Fabrikinspektors die Kinderarbeit erheblich zugenommen; sie hatte im Jahre 1889 die „nie dagewesene Höhe von 2215 Köpfen erreicht; die jungen Leute sind von 4736 Personen im Jahre der Depression (1877) auf 10 436 im Vorjahre gewachsen."

Sogar Schulkinder von 10 bis 11 Jahren wurden während der Ferien bei städtischen Bauten beschäftigt; „es kam vor, daß solche kleine Märtyrer bei der Arbeit verunglückten, und daß dann ihr Alter vertuscht werden sollte."

Daß solche Dinge „von dem bedenklichsten Einfluß auf die körperlichen und gesundheitlichen Zustände großer Bevölkerungsklassen" sind, „wird von keiner Seite bezweifelt", sagt der Inspektor. —

In **Württemberg** haben eine Anzahl Unternehmer ein ganz raffinirtes System ausgeklügelt, um jugendliche Arbeiter während der ganzen Dauer der Arbeitszeit von 5½ Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, mit Unterbrechung der einstündigen Mittagspause, zur Verfügung zu haben. Zu diesem Zweck sind die jugendlichen Arbeiter in drei Abtheilungen getheilt. Die erste arbeitet von 5½ bis 5½, mit Pausen von 8½ bis 9 Uhr, 12 bis 1 und 3½ bis 4 Uhr. Die zweite tritt ein von 7 bis 7 Uhr, mit Pausen von 9 bis 9½, 12 bis 1, 4 bis 4½ Uhr. Die dritte Abtheilung endlich beginnt Morgens 5½ und endet Abends 7 Uhr, hat aber Pausen von 8 bis 8½, von 11½ bis 2 und von 4½ bis 5 Uhr. Der Inspektor giebt selbst zu, daß bei einem solchen System **jede Kontrole aufhört!**[46])

Und dafür, daß überall mit Wasser gekocht wird, d. h., daß überall die Arbeiterschutzgesetze auf dem Papier immerhin noch besser sind, als die in die Praxis übertragenen, dafür gelten die Aussagen der österreichischen und ungarischen Fabrik- resp. Gewerbe-Inspektoren als Beleg.[47]) — In Oesterreich sollen 300 Kinder unter 14 Jahren entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in Fabriken arbeiten, und

[46]) Vergl. „Neue Zeit", Jahrgang VI, Seite 533.
[47]) Vergl. „Neue Zeit", Jahrgang VI, Seite 185, und den Jahrgang VII, Seite 265.

für Ungarn geben die Inspektoren zu, daß „jedenfalls in den Glashütten und den Spinnereien die jugendlichen Personen über die gestattete Zeit hinaus unausgesetzt beschäftigt werden."

In Baiern waren ebenfalls nach den Berichten der diesbezüglichen Fabrik-Inspektoren 1886 im ersten Bezirke in 438 fabrikmäßigen Betrieben 3186 jugendliche Arbeiter beschäftigt, und zwar 1942 oder 61 Prozent männliche und 1244 oder 39 Prozent weibliche. Kinder zwischen 12 bis 14 Jahren waren 578 = 18 Prozent. 1888 wurden in 452 Betrieben 3994 jugendliche Arbeiter angetroffen, 69 Prozent männliche und 31 Prozent weibliche. Kinder zwischen 11 bis 14 Jahren waren 887 oder **22 Prozent.**

Im dritten Bezirk stieg die Anzahl der Kinder von 284 um 44 Prozent. Im vierten Bezirk war ein Steigen der Kinder um 34 Prozent zu konstatiren. In Unterfranken und Aschaffenburg um 78,5 Prozent. — Nur im zweiten Inspektionsbezirk hatte sich die Anzahl der Kinder von 36 auf 16 Prozent vermindert. — In Württemberg betrug 1890 die Anzahl der jugendlichen Arbeiter 5295 (204 mehr als im Vorjahr) im Schwarzwald und Donaukreis, 4959 im Neckar- und Jagstkreis bei zirka 102 300 Arbeitern insgesammt, also mehr als 10 Prozent. Wenn man nach den neuesten „Amtl. Mittheilungen" aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten für 1890 gegenüber den früheren Veröffentlichungen einen Vergleich zwischen der Zunahme der erwachsenen Arbeiter und der jugendlichen zieht, so ergiebt sich für die folgenden elf Industriebezirke, für die überhaupt eine Vergleichung möglich ist, das folgende wahrhaft verblüffende Resultat; unter je 100 Arbeitern stellt sich der Antheil der jugendlichen Arbeiter von 12 bis 16 Jahren wie folgt:

	1886	**1888**	**1890**
im Bezirk Berlin-Charlottenburg	4,6	5,2	5,3
„ „ Oppeln	4,8	4,7	6,4
„ „ Magdeburg	—	6,0	6,2
„ „ Merseburg-Erfurt	7,8	8,2	8,5
„ „ Dresden	7,1	8,1	8,4
„ „ Mecklenburg-Schwerin	2,0	1,7	1,9
„ „ Sachsen-Altenburg	9,8	9,6	9,9
„ „ Schwarzburg-Sondershausen	5,4	7,1	8,1
„ „ Reuß j. L.	8,5	9,1	9,9
„ „ Lübeck	—	4,7	5,0
„ „ Bremen	3,1	4,2	4,3

Mit diesen Zahlen allein schon ist die kapitalistische Produktionsweise gerichtet.

„So wird also der junge Arbeiter für die Sklaverei eines Standes förmlich herangezogen und vom väterlichen Boden der

früheren, immerhin auch kärglichen, aber vergleichsweise sicheren Existenz losgerissen und dem Kapital in die Arme geworfen, um diesem seine Reichthümer zu erarbeiten und das vielgerühmte Risiko des Unternehmers an seinem eigenen Leibe während der Hungerleiderei der Handelskrisen kennen zu lernen." (Lange, Arb.-Frg. 236.)

Die degenerirenden Einwirkungen des Kapitalismus.

Vorbemerkungen.

Die unmittelbaren Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise sind Pauperismus der Massen auf der einen Seite, bei gleichzeitigem Rieseneinkommen einzelner Weniger, auf der anderen Seite wachsende Arbeitslosigkeit arbeitsfähiger Männer bei gleichzeitiger Ueberproduktion infolge der Ausnutzung von Maschinen-, Frauen- und Kinderarbeit. Naturgemäß nimmt das Volkseinkommen nicht zu, wenigstens nicht in dem Maße, in welchem bei der kulturellen Entwickelung der Menschheit die Lebensansprüche steigen. Die Lebenshaltung im Vergleich zu den Besitzenden sinkt.

Die soziale Lage des Proletariats, oder wenigstens die große Masse derselben, hält sich dauernd unter dem Niveau, das eine menschenwürdige Existenz garantirt. Für einzelne Betriebe, besonders für die Hausindustrie, spitzt sich das Elend der sozialen Lage so scharf zu, daß man von chronischer Hungersnoth zu sprechen berechtigt ist, die durch private Wohlthätigkeit nicht behoben werden kann, gleichzeitig sind die traurigen Wohnungsverhältnisse der charakteristische Ausdruck für den niedrigen standard of life des ganzen Proletariats.

Die Arbeitszeit zeigt zunächst durchaus nicht die Tendenz, sich zu verkürzen, im Gegentheil, das Kapital sucht auf geraden und krummen Wegen, selbst bei denjenigen Personen, welchen die Wohlthat einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit zu Theil wird, dieselbe zu verlängern; — in demselben Maß, in welchem die Arbeit des Mannes weniger ausreichend wird, die Bedürfnisse für die Familie zu decken, nimmt die Arbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter zu, dadurch die industrielle Reservearmee arbeitskräftiger und arbeitswilliger Männer in das Ungemessene steigernd. Prostitution und Verbrecherthum werden zu unausrottbaren Faktoren der kapitalistischen Gesellschaft. —

Das sind die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, welche sich mit unausbleiblicher Nothwendigkeit aus ihr ergeben, da sie in deren ureigensten Wesen begründet sind.

Durch eine Reihe von Daten haben wir in dem Voraufgehenden die Verhältnisse der Gegenwart zu illustriren und deren Intensität zu charakterisiren versucht.

In ihrer Gesammtheit vereinigen sie sich zu einer Kette von Faktoren, die eine künstliche Auslese im gesellschaftlichen Kampf um's Dasein bewirken. Sie geben den Proletarier einem unausbleiblichen und stetig wachsenden Verfall anheim, der sich sowohl auf die physischen als auch auf die moralischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse erstreckt. Der Kampf um's Dasein zielt darauf hin, den Proletarier der Gegenwart zu einem willenlosen, aber auch physisch degenerirten Sklaven des Kapitals heranzuzüchten, und wenn die Kontrasterscheinungen zwischen dem Besitzenden und dem Proletariat von heute nicht so scharf ausgeprägt auftreten, als es nach dem Vorgegangenen wahrscheinlich erscheint, so hat dies seinen Grund nur darin, daß auch für die Klasse der Besitzenden Momente der Auslese wirksam sind, welche deren Décadence bewirken. Bei der Besprechung des Arbeiterschutzes und seiner Folgen werden wir auch auf diese Faktoren und deren Wirksamkeit für die Besitzenden näher eingehen, zunächst kommt für uns jedoch nur die unmittelbare Wirkung der das Proletariat degenerirenden Faktoren in Betracht. Hier hält zur Zeit noch der Wille zur Macht, zur Freiheit, das Bedürfniß seine Lage zu verbessern, dem Einfluß der degenerirenden Faktoren das Gleichgewicht. Und noch ist in dem ein Jahrhundert langen Kampf des Proletariates nicht so viel von dessen moralischen und physischen Qualitäten eingebüßt worden, als daß eine Hebung der Klassenlage nicht im Stande wäre, die Décadence aufzuhalten, dem Proletariat einen Theil seiner ursprünglichen Jugendfrische zu bewahren und es so thatsächlich zu dem Ahnen des neuen Menschengeschlechtes werden zu lassen, an welches die Klassen der durch und durch faulen, korrumpirten Besitzenden kein Anrecht mehr haben.

Es wird darum die vornehmste Aufgabe der Gegenwart sein, alle diejenigen Bestrebungen des Proletariates kräftig zu unterstützen, die seinen physischen und moralischen Verfall aufzuhalten im Stande sind. Denn es ist kein Zweifel, daß, wenn die genannten Faktoren überhaupt auf die ihnen unterworfenen Individuen wirksam sind, sie sich auch im Laufe der verschiedenen Generationen summiren und schließlich ein völlig entartetes Menschengeschlecht heranzüchten müssen.

Der Arbeiterschutz stellt sich demgemäß als die wichtigste sozial-ethische Forderung der Gegenwart dar.

Ehe wir jedoch daran gehen können, alle diejenigen Momente gehörig würdigen zu können, welche bei einem ausreichenden Arbeiterschutz in Frage kommen, müssen wir die thatsächlichen Wirkungen der einzelnen degenerirenden Faktoren der Lebenshaltung kennen. Bei dem gegenwärtigen, nur äußerst mangelhaften Stande der Sozialstatistik ist es jedoch nicht zu erreichen, das relative Gewicht

der einzelnen Faktoren zu eruiren, weil dieselbe niemals für sich allein, sondern gleichzeitig mit anderen Momenten komplizirt auftreten. Wir können deshalb im Allgemeinen nur den Einfluß ihres gesammten Zusammenwirkens ermitteln, und nur bei einzelnen wenigen, in besonders krasser Weise auftretenden Momenten sind wir in der Lage, die Stärke ihres Einflusses zu erkennen.

Aber die Ermittelung dieser Details hat auch nur erkenntnißtheoretischen Werth. Für unser Bestreben, die Klassenlage des Proletariates zu heben, die drohende Degeneration auf ihrem massenmörderischen Wege aufzuhalten, hat diese Erkenntniß nur geringes Interesse; durch Beseitigung der Grundursachen der oben genannten Einzelmomente werden wir unser Ziel zu erreichen im Stande sein.

Die Grundursache aber ist die kapitalistische Produktionsweise, der Krebsschaden unseres wirthschaftlichen und sozialen Lebens. —

Körperlicher Verfall des Proletariats.

Einen sehr sicheren Gradmesser dafür, wie rapid unter dem Drucke von erschöpfender und immer intensiver werdender Arbeit, Kraft und Gesundheit des Volkes zusammenschmelzen, haben wir an den Erfahrungen über die Rekrutenaushebungen in allen Ländern:

Rekrutirungsergebniß in Ungarn.

Die Rekrutirungsergebnisse für Ungarn von 1867 bis 1889 lauten:

Untauglichkeitsprozent der Rekruten

1867	21,56	1880	60,64
1869	32,79	1882	62,74
1871	37,95	1884	64,19
1873	42,94	1886	65,20
1875	52,35	1888	75,49
1877	57,63	1889	84,90
1878	58,75		

In den österreichischen Staaten.

„Ungarn“, schreibt der „Pester Lloyd,“ „hat in keinem der letzten drei Jahre den Durchschnitt erreicht. So wurden z. B. im Jahre 1889 von 1000 Stellungspflichtigen in

Ungarn	nur	151	tauglich erkannt
Nieder-Oesterreich	„	206	
Ober-Oesterreich	„	247	
Salzburg	„	265	
Steiermark	„	246	
Kärnthen	„	279	
Dalmatien	„	289	
Galizien	„	161	
nur Krain	mit	138	
Kroatien u. Slavonien	„	130	stehen unter Ungarn.“

Nach dem „Militärstatistischen Jahrbuch" waren in Oesterreich[48])

1881	462 ‰	zurückgestellt worden
1882	478	„
1883	494	„
1884	525	„
1885	568	„ ! !

Seit fünf Jahren mithin 106 weniger Militärtaugliche auf 1000. — Die schrecklichsten Daten liegen über die Industriebezirke Böhmens vor. Singer[49]) konstatirte, daß in Braunau in den Jahren 1881/83 von je 1000 Fabrikarbeitern nur 46 Rekruten zur Aushebung gelangten, von 1000 Arbeitern der Stadt Reichenberg gar nur 23.

Auch in Deutschland ist es keineswegs besser.

Deutsches Rekrutirungsergebniß.

In den öffentlichen Aufrufen, die im Winter 1890/91 zur Linderung der Noth schlesischer Weber erlassen wurden, heißt es, daß die Weberbevölkerung körperlich so heruntergekommen sei, daß seit Jahren schon kein Militärtauglicher aus derselben ausgehoben sei. Aus einem Fabrikbezirk des Reichslandes berichtet ein Kreisarzt: „In den Fabrikdörfern, wo Alles von Jugend auf in den Fabriken arbeitet, waren fast alle Stellungspflichtigen untauglich, und wir glauben, wenn das so weiter geht, braucht man bald keine Aushebungskommission mehr in diese Orte zu schicken."[50])

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der deutschen Zahlen könnte es allerdings den Anschein gewinnen, als wenn dies für Deutschland im Allgemeinen nicht gelte, denn es wurden im Durchschnitt zurückgestellt:

1873/81 . . .	613,6 ‰
1882/86 . . .	608,6 ‰
1887/89 . . .	593,0 ‰

Die Zahl der Militärtauglichen nahm also zu. — Aber das Bild bekommt sofort ein anderes Gesicht, wenn man sich erinnert, daß während dieser Zeit der Friedensbestand der deutschen Armee zweimal wesentlich verstärkt wurde, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Ansprüche an Mindestmaß und Mindestkörperstärke.

Berücksichtigt man nämlich, daß in den genannten Intervallen die budgetmäßige Kopfzahl der Armee betrug:

1873/81	401 659	oder	9,04 ‰	der mittl. Bevölk.,
1882/86	427 274	„	9,35 ‰	„ „ „
1887/89	468 409	„	9,84 ‰	„ „ „

so hätten, wenn man 1873/81 als Norm annimmt und unter Berücksichtigung der verminderten Ansprüche an die körperliche Beschaffenheit, wie sich rein rechnerisch ableiten läßt,

1882/86 nur 601,9 ‰ 1887/89 nur 581,0 ‰

---

48) Vergl. Neue Zeit VI, S. 177.

49) „Untersuchungen über die soz. Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmens." Leipzig, Duncker u. Humblot 1885, S. 232.

50) Archiv f. öffentl. Gesundheitspflege in Elsaß-Lothringen. Straßburg VII, 107.

Gestellungspflichtige zurückgewiesen werden dürfen, falls thatsächlich keine körperliche Décadence vorhanden wäre. —

Also auch in Deutschland ist der physische Verfall der Bevölkerung unverkennbar.

Dafür, daß es in der That die kapitalistische Produktionsweise ist, welche degenerirend auf ganze Bevölkerungsklassen einwirkt, bringt Marx[51]) eine Fülle von Belegen.

Wir heben nur den folgenden hervor:

„Als eine Klasse repräsentiren die Töpfer, Männer und Frauen ... eine physisch und moralisch entartete Bevölkerung. Sie sind in der Regel verzwergt, schlecht gebaut, und oft an der Brust verwachsen. Sie altern vorzeitig und sind kurzlebig; phlegmatisch und blutlos, verrathen sie die Schwäche ihrer Konstitution durch hartnäckige Anfälle von Magen-, Leber- und Nierenstörungen und Rheumatismus; vor Allem aber sind sie Brustkrankheiten unterworfen, Lungenentzündung, Schwindsucht ꝛc." .... „ich stehe nicht an, zu versichern," so berichtet ein Gewährsmann Marx's, „daß meine Empörung wieder und wieder aufkochte bei dem Anblick dieser armen Kinder, deren Gesundheit geopfert wurde, um der Habgier ihrer Eltern und Arbeitsgeber zu fröhnen." — Und weiter: „Jede folgende Generation der Töpfer ist zwerghafter und schwächer als die vorhergehende."

Größenverhältnisse der Schulkinder.

Auch die Untersuchungen des Medizinalraths Dr. Geißler und R. Uhlitzsch über die Größenverhältnisse der Schulkinder im Schulinspektionsbezirk Freiburg unter einer Bevölkerung, in der sich der Bergmannsberuf forterbte, zeigen, wie durch Noth und Elend unmittelbare Degeneration hervorgebracht wird. In jenem Bezirke wurden 10 343 Knaben und 10 830 Mädchen gemessen; die Untersuchung war also auf breitester Grundlage angelegt. Sie griff einzelne Kinder heraus und verglich so auch die Entwickelung der in günstigen Verhältnissen lebenden Bürgerkinder mit jenen der Bergmannskinder. Hierbei ergab sich, daß die Letzteren während der ganzen Schulzeit um **3** bis **5** Zentimeter kleiner als die Bürgerkinder waren. Die genannten Sozialstatistiker bemerken hierzu: „Die Kinder aus dem Bergmannsstande zeigen selbst geringere Maße, als für die Gesammtheit der gemessenen Kinder gefunden wurden, während die Kinder aus den Bürgerschulen weit über dem allgemeinen Durchschnitt stehen. Es bestätigt sich auch hier wieder die Aeußerung des bekannten französischen Statistikers und Arztes Villermé, daß nämlich „der Mensch um so größer wird und sein Wachsthum um so schneller seine Vollendung erreicht, je reicher unter im Uebrigen gleichem Umstande das Land, je allgemeiner der Wohlstand ist, je besser die Kleidung, die Wohnung, besonders aber die Nahrung,

---

[51]) Kapital, I. Band, 3. Aufl., pag 231.

und je geringer die Noth, die Anstrengungen und Entbehrungen sind, die man in der Kindheit erfährt." (Vergl. auch Marx I, 3. Aufl., S. 511.) Die Folgen der gewerblichen Kinderarbeit werden sehr anschaulich durch die Untersuchungen, welche die Lehrer in Pausa (Med. Bezirk Plauen) über den körperlichen und geistigen Gesundheitszustand der Kinder angestellt haben. Die Resultate derselben sind folgende:

Unter 754 Schulkindern waren 197 Kurzsichtige, 6 Schwerhörige, 8 Stotterer, 1 Taubstummer, 6 Gebrechliche, 10 Kränkliche, 2 Schwachsinnige, 107 Schwachbegabte.[52])

Das sind in der That lehrreiche Zahlen, die in überzeugender Weise nachweisen, welchen völkerzerrüttenden Einfluß die moderne Produktionsweise ausübt. Daß es aber wirklich diese, und vor Allem die Arbeit in den Industriebezirken ist, welche die genannten Wirkungen zeitigt, weisen die Angaben nach, daß in Oesterreich-Transleithanien die Militärtauglichkeit während der Jahre 1870/77 ziemlich gleich blieb, während sie in -Cisleithanien in den genannten sieben Jahren fast um die Hälfte sank. — Transleithanien hat nur eine geringe Industrie, Cisleithanien ist durchaus industriell! Zweifelt nun noch Jemand daran, in welcher mörderischen Weise der Kapitalismus die Körperkraft des Arbeiters ausnutzt? —

Gesundheitsverhältnisse des Proletariats.

Also Degeneration auf der ganzen Linie, das ist das Zeichen der gepriesenen individualistischen und kapitalistischen Wirthschaftsform! Auch ein Segen der heutigen Kultur, die sie würdig machen soll, für alle und ewige Zeiten konservirt zu werden.

Aber dieses Resultat kann nicht verwunderlich erscheinen, wenn wir uns die einzelnen Schädigungen des Arbeiters durch Krankheit und Unfälle — wie sie durch die heutige Wirthschaftsweise bedingt werden — etwas genauer ansehen. Leider läßt uns auch hier wieder die Sozialstatistik vollständig im Stich und nur die einzelnen Monographien können die Lücke für einige Industrien theilweise ausfüllen, so ist es vor Allem die werthvolle Arbeit der Herren Dr. F. Schuler, eidgenössischer Fabrikinspektor in Mollis, und Dr. A. E. Burckhardt, Dozent für Hygieine in Basel, über die Gesundheitsverhältnisse der Fabrikbevölkerung in der Schweiz,[53]) und eine Arbeit von Dr. H. Rauchberg über die Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse bei der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien.[54])

---

[52]) Der achtstündige Arbeitstag. II. Jahrg. 1891, pag. 11.
[53]) Aarau 1889, H. R. Sauerländer.
[54]) Wien, Alfred Hölder, 1887.

Die Resultate der Untersuchung können auch für die Beurtheilung der in Betracht kommenden Industrien in Deutschland herangezogen werden, denn, wie schon erwähnt, sind die Unterschiede innerhalb der verschiedenen Staaten in denselben Industriezweigen wesentlich geringer, als die Unterschiede zwischen verschiedenen Industrien derselben Staaten.

Was nun die Rauchberg'sche Arbeit anbetrifft, so sind ihre Hauptresultate die folgenden:

Zunahme der Morbidität bei Wiener Arbeitern.

Zunächst ist eine unzweifelhafte Zunahme der Morbidität zu konstatiren. Von je 1000 Mitgliedern der Krankenkasse erkrankten:[55])

1868/69	324,49	1878	391,67
1870	354,38	1879	404,35
1871	306,87	1880	375,19
1872	292,50	1881	422,23
1873	334,45	1882	444,62
1874	362,12	1883	448,96
1875	363,50	1884	455,27
1876	369,20	1885	437,19
1877	382,31		

Arbeitslosigkeit auf der einen, Ueberarbeit und schlechter Lohn auf der anderen Seite, machen die Steigerung der Erkrankungen, bewirkt durch Verminderung der Widerstandskraft des Organismus, ohne Weiteres erklärlich. Interessant wäre es, zu erfahren, welchen Einfluß die gesetzliche Normirung der Arbeitszeit seit 1887 auf den allgemeinen Gesundheitszustand ausgeübt habe.

Auch in den einzelnen Industrien selbst ist eine Steigerung zu konstatiren; natürlich kommen bei der statistischen Betrachtung nur diejenigen Berufe in Betracht, die eine größere Zahl von Personen aufweisen; wir finden hier Folgendes:

Gewerbe	Mitgliederzahl		Erkrankungen pro Tausend	
	1868/69	1885	1868/69	1885
Fabrikarbeiter und Taglöhner	1106	9560	393	495
Schlosser ꝛc.	1591	7886	236	360
Schmiede ꝛc.	655	3347	349	446
Tischler ꝛc.	911	3223	316	335
Eisen- und Metalldreher . .	357	1895	320	353
Spengler (Klempner) ꝛc. . .	368	848	277	381
Verschiedene Gewerbe . . .	296	2177	277	440
Weibliche Arbeiter	285	8404	439	545

[55]) l. c. pag. 20.

Der physische Verfall auch an dem Sinken des Durchschnittsalters zu konstatiren.

Als Stütze für die Behauptung, daß die physische Beschaffenheit des Proletariats sich stetig verschlechtert, kann auch noch das von Rauchberg berechnete Durchschnittsalter der Verstorbenen herbeigezogen werden, dasselbe betrug

1880 $43\frac{1}{2}$ Jahr 1882 43 Jahr 1884 $41\frac{1}{2}$ Jahr
1881 42 „ 1883 $41\frac{3}{4}$ „ 1885 $39\frac{1}{4}$ „

also auch hier eine stete Verschlechterung der Lebensaussichten des Proletariates.

Krankheitsverhältnisse in der Schweiz.

Von ganz besonderer Wichtigkeit aber sind die bereits erwähnten Untersuchungen der Herren Dr. Schuler und Dr. Burckhardt; nach denselben erkrankten von der Schweizer Fabrikbevölkerung von 1000 Arbeitern jährlich:[56])

Industriezweig	Männliche	Auf den Kopf sämmtl. Arbeiter fallende Krankheitstage	Dauer der einzelnen Erkrankung	Weibliche	Auf den Kopf sämmtl. Arbeiter fallende Krankheitstage	Dauer der einzelnen Erkrankung
1. Baumwollspinnerei und -Zwirnerei	189	5,14	27,2	243	6,85	28,2
2. Baumwollweberei . .	229	3,91	17,1	318	6,29	19,8
3. Baumwollspinnerei und -Weberei gemischt .	197	4,11	20,9	254	7,32	28,8
4. Baumwolldruckerei . .	263	7,60	28,9	193	6,72	34,8
5. Färberei, Bleicherei und Appretur	284	6,96	24,5	321	5,89	18,4
6. Stickerei	276	6,12	22,2	307	7,70	25,0
7. Seidenspinnerei . . .	14	0,82	59,0	150	5,02	33,4
8. Seidenzwirnerei, -Weberei u. -Druckerei	140	3,20	22,8	196	5,30	27,0
9. Wolltuchfabrikation. .	240	4,84	20,2	250	7,61	30,4
10. Chemische Fabriken .	333	4,64	12,2	—	—	—
11. Papierfabrikation . .	319	5,39	16,9	407	9,73	23,9
12. Buchdruckerei und -Binderei	201	5,61	28,0	110	4,58	41,6
13. Schreinerei.	287	7,14	24,0	—	—	—
14. Gießerei u. mechanische Werkstätten	404	8,56	21,2	—	—	—
15. Ziegelei	379	5,00	13,2	—	—	—
Total . .	291	6,25	21,5	257	6,47	25,2

[56]) l. c. pag. 18 bis 23.

Zieht man die Erkrankungsfälle infolge von Verletzungen durch Unfälle ab, so ergiebt sich eine Morbiditätsziffer von

242 ‰ für Männer,
249 ‰ „ Frauen.

Betrachtet man die einzelnen Industriezweige geordnet in Bezug auf die Art der Erkrankungen, so ergeben sich die folgenden Resultate:

Krankheitsverhältnisse in einzelnen Schweizer Gewerben.

1. In der **Baumwollspinnerei** — wenn man die darin beschäftigten Handwerker ausnimmt — herrschen vor die Krankheiten der

Verdauungsorgane mit 62,4 ‰
Athmungsorgane „ 71,9 ‰

welche Thatsache sich zweifelsohne auf die gesundheitsschädliche Einathmung von Baumwollstaub zurückführen läßt.

Bei den Männern überwiegen rheumatische Leiden, hervorgebracht durch zu hohe Temperatur der Arbeitsräume, gegen die die Differenz der Außentemperatur zu groß ist und Erkältungen aller Art hervorbringt; bei den Weibern Geschlechtskrankheiten aller Art, — wie Menstruationsstörungen, weißer Fluß, chronische und entzündliche Prozesse, Lageveränderungen des Uterus — während die durch Ansteckung hervorgerufenen Geschlechtskrankheiten sehr zurücktreten.

2. In der **Baumwollweberei**, in der das weibliche Geschlecht vorherrscht, sind konstitutionelle Erkrankungen der Frauen, Blutarmuth und Bleichsucht, typische Erscheinungen, mit welchen Verdauungsstörungen (122,3 ‰) parallel laufen. Als eigentliche Berufskrankheit treten vor Allem aber Erkrankungen der Genitalorgane auf, mit denen eine häufige Zahl von Aborten zusammenhängt. Die Herren Verfasser sagen in Bezug darauf, daß wir es „hier jedenfalls mit einer direkten Schädlichkeit in der Industrie zu thun haben, welcher Aufmerksamkeit geschenkt werden muß." Die konstitutionellen Leiden als Konsequenz der Industriearbeit treten überhaupt bei den Frauen so intensiv auf, daß die Herren Verfasser zu dem Schlusse kommen, „daß man fast geneigt wäre, die Zulassung der Weiber zur Fabrikarbeit, wenn nicht zu verbieten, so doch bedeutend zu erschweren." . . . Bei den Genitalerkrankungen muß permanentes Stehen, Erschütterungen des Fußbodens mit Aufwirbelung von Staub, dann direkter oder indirekter Druck auf den Unterleib als schädlicher Einfluß angeschuldigt werden (Nähmaschinenleiden cfr. pag. 116).

3. In der **Papierfabrikation.** Hier sind es vor Allem die Manipulationen mit den Lumpen, das Sortiren und Zerkleinern derselben, die infolge ihrer mangelhaften Desinfektion und infolge des bei dem Zerkleinern entstehenden Staubes zur Hauptquelle von Krankheiten werden. Die Absaugung des Staubes ist zwar sehr einfach, aber nicht selten so mangelhaft, daß die Arbeiter sich in

einer steten Athmosphäre von Staub befinden. Die Ansteckungsgefahr infizirter Lumpen ist permanent — auch die Desinfektion würde ja Geld kosten! — Der Staub belästigt Augen und Nase und wird eingeathmet, kein Wunder deshalb, daß auf Krankheiten der

Verdauungsorgane	98,0 ‰	Männer und	117,5 ‰	Weiber,
Athmungsorgane	77,7 ‰	„ „	82,8 ‰	„

kommen.

Die Morbidität der Papierarbeiter ist überhaupt eine außerordentlich hohe, 343,7 pro Tausend, und überschreitet weit den Durchschnitt, was um so augenfälliger wird, wenn man in allen Industrien von den Verletzungen absieht; in diesem Falle tritt die Papierfabrikation in ihrem gesundheitsschädlichen Einfluß an die Spitze.

Verdauungsstörungen, wohl infektiösen Ursprunges, Anginen (Halsentzündungen), Lungenleiden und eine Menge Hautleiden, das sind die Segnungen des Kapitalismus, mit welchem dieser seine Lohnsklaven beglückt, weil ihm der leicht zu erzielende Arbeiterschutz — durch Desinfektion der Lumpen, Exhaustion des Staubes 2c. — zu wenig Mehrwerth garantirt.

4. Daß bei den **Buchdruckern**, vor Allem den Setzern, Lungenschwindsucht prävalirt und gewissermaßen als Berufskrankheit angesehen werden kann, wird bei der Art der Beschäftigung dieser Kategorie der Arbeiter nicht unverständlich erscheinen. Nach dem Bericht des Wiener Stadtphysikates vom Jahre 1886 gehen ein Prozent der Bevölkerung jährlich an Lungentuberkulose zu Grunde. Was speziell das Buchdruckergewerbe anbetrifft, so dürfte es kaum ein anderes Gewerbe geben, das in so munifizenter Weise zu dem furchtbaren Tribute, den die Lungentuberkulose fordert, beiträgt.

5. Auch für die Arbeit in **mechanischen Werkstätten** und Gießereien „ist mehr als ein Moment gegeben, welches die Entstehung von Krankheiten begünstigt. Ein Blick in die mechanische Werkstatt oder Gießerei zeigt, welche Anstrengungen hier oft erforderlich werden. Es ist aber nicht nur die Ueberanstrengung allein mit ihren Rückwirkungen auf den ganzen Organismus, sondern namentlich auch das zu beachten, daß bei Manchen dieser Arbeiter immer die gleichen Muskelgruppen beansprucht werden, was zuweilen zu wahren Hypertrophien derselben führt. Daß Herz und Lunge dadurch ernstlich gefährdet werden können, ist gewiß. Ebenso werden die Sinnesorgane nicht selten lebhaft affizirt, wie z. B. das Gehör in der Hammerschmiede, die Augen am Schmiedeofen oder Schmelzfeuer. Vor Allem aber ist es die Haut, auf die diese Beschäftigungsweise eine recht lebhafte Wirkung ausübt."

Wenn man diese Stelle liest, so wird man sich sofort sagen müssen, daß es ein prinzipielles Moment ist, welches das Auftreten

von speziellen, engumschriebenen Krankheitsformen, das Auftreten von Hypertrophien einzelner Muskelgruppen besonders zeitigt — nämlich die ausgedehnte Arbeitszeit. Steter Tropfen höhlt den Stein, sagt schon ein uraltes Sprichwort — hier haben wir genau denselben physiologischen Vorgang; wenn fast ununterbrochen, kaum gekürzt durch kurze Rast, immer der nämliche Ansturm gegen den Organismus geschieht, immer die nämlichen Einflüsse auf denselben eindringen, so muß schließlich der Organismus unterliegen; es ist zweifellos ein Naturgesetz, das für sämmtliche Organismen nicht blos, sondern auch für unbelebte Gegenstände gilt: „wechselnde Intensität der Arbeit" — um die Erschöpfung und Vernichtung der Individuen aufzuhalten! Aber der Arbeiter hat keine Zeit zum Ausruhen, — er kann nicht durch bessere Nahrung oder bessere Wohnungsverhältnisse seinen Körper widerstandsfähiger oder elastischer machen, die Anstürme auszuhalten oder ihnen auszuweichen, da kann es dann nicht Wunder nehmen, wenn uns auf Schritt und Tritt die degenerirende Wirkung des Kapitalismus entgegentritt. —

Sehr interessante Angaben über die Krankheitsgefahr in den einzelnen Berufen bringt v. d. Borght in einer Besprechung der „Statistik der Unfall- und Krankenversicherung im Deutschen Reich."[57]

Das wichtigste Ergebniß der in Rede stehenden Aufnahmen sind die Angaben über die auf je ein männliches Mitglied entfallenden Krankheitstage, die für mehr als 70 Betriebszweige vorliegen; für 68 derselben sind die Angaben durch Erhebungen bei Betriebskrankenkassen gewonnen. Legt man die Verhältnisse des Jahres 1889 zu Grunde, so ist die Zahl der auf ein männliches Betriebskrankenkassenmitglied entfallenden Krankheitstage am geringsten bei folgenden:

	1889	1888
Wäsche-, Rüschen- und Damenmäntelfabrikation .	1,6	2,6
Korsettfabrikation	2,2	1,4
Spitzenfabrik und Weißzeugstickerei	3,1	3,5
Uhrenfabrikation	3,3	4,0
Bürsten- und Pinselfabrikation	3,3	3,7
Zigarren- und Tabakfabrikation	3,4	3,6
Strickerei und Wirkerei	3,4	3,8

Am höchsten bei folgenden:

Eisengießerei, Eisenblech-, Nadel- und Drahtwaarenfabrikation, Klempnerei, Schmiede, Schlosserei, Zeugschmiede	7,0	6,3
Silber-, Blei-, Kupfer-, Zink-, Zinnhütten . . .	7,2	7,9
Schiffsbau- und Maschinenfabrikation	7,3	7,6

[57]) Braun's Archiv IV. Bd., pag. 543.

	1889	1888
Maschinenfabrikation	7,4	7,4
Eisen-, Stahl-, Draht-, Drahtstift-, Kettenfabrikation	7,9	8,2
Wagenbauanstalten	8,0	8,5
Farben- und Ultramarinfabrikation	8,8	7,4
Gasanstalten	8,8	8,8

Unter den Betriebszweigen, für welche das Material von Innungskrankenkassen gewonnen ist, stehen am ungünstigsten die Maurer und Zimmerer mit 5,3 (5,3)*) Krankheitstagen auf ein männliches Mitglied, die Maler und Lackirer mit 5,1 (4,2), die Metallarbeiter mit 4,5 (4,5), am günstigsten die Weber, Wirker und Tuchmacher mit 2,8 (3,7), die Schuh- und Pantoffelmacher mit 2,8 (2,8), die Schneider mit 2,6 (4,0).

Schon die Verschiedenheit der Morbiditätsziffern, wie wenig absoluten Werth sie auch haben mögen, da sie nur für eine kurze Spanne Zeit ermittelt sind, zeigt, daß es allein die Arbeitsbedingungen sind, welche auf den Organismus des Arbeiters verheerend einstürmen.

Nach den sehr verdienstvollen Untersuchungen Greulich's[58]) kommen in der Schweiz

	Erkrankungen auf je 1000 Mitglieder von Krankenkassen	Krankentage auf ein Mitglied
1886	287	6,2
1887	281	6,1
1888	278	6,4

Der Verlust an Arbeitsleistungen, den England jährlich durch Krankheiten erleidet, wird auf 2,5 Prozent des von der gesammten arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes geschaffenen Werthes geschätzt, nämlich einen Durchschnitt von 20 Millionen Arbeitswochen im Jahr. Nach einer anderen Berechnung kommt die Beeinträchtigung der Produktivkraft infolge von verhütbaren Erkrankungen allein in London einer Steuerlast von 700 000 Pfd. Sterling gleich.[59])

Zusammenhang der Produktionsbedingungen mit Infektionskrankheiten.

Ganz besonders charakteristisch für die rücksichtslose Ausbeutung durch das Kapital ist das Auftreten von Infektionskrankheiten, die durch die Luft übertragen werden. Es ist nämlich ein Zusammenhang des Rothlaufs (Rose) mit der mehr oder weniger verschlechterten Luft unverkennbar. Nimmt man als Gradmesser der Verschlechterung der Luft ihren Kohlensäuregehalt an, so ergiebt sich Folgendes:[60])

---

*) Die eingeklammerten Zahlen gelten für 1888.

[58]) Unfall-Statistik, erhoben und bearbeitet vom schweiz. Arbeitersekretariate. Winterthur 1889 und 1891.

[59]) Arbeiterschutz, Wien 1892, pag. 14.

[60]) Vergl. Schuler und Burckhardt, l. c. pag. 172.

Industrie	Kohlensäuregehalt der Luft im Durchschnitt	Fälle von Rothlauf ‰
Baumwolldruckerei	0,0007	1,3
Baumwollspinnerei	0,00069	2,0
Mechanische Werkstätten . . .	0,00124	2,8
Baumwollweberei	0,00137	5,5
Stickerei	0,00163	5,0
Seidenweberei	0,0021	8,8

Nichts aber ist leichter, als die Luft rein zu erhalten. Eine größere Bereitwilligkeit der Kapitalisten, ihren Arbeitern die geringsten Verbesserungen ihrer Arbeitsräume zu Theil werden zu lassen — und eine Quelle von Krankheiten wäre verstopft. Albert Spicer gab auf die Autorität von Dr. Newsholme, öffentlicher Gesundheitsbeamter in Brigthon, folgende Ziffern.*)

	1 u. 2 Zimmerwohnungen	3 u. 4 Zimmerwohnungen	5 u. mehr Zimmerwohnungen
Lungenkrankheiten . .	985	689	328
Diverse Krankheiten . .	799	764	590
Nerven- u. Ernährungskrankheiten b. Kindern	480	235	91
Unfälle und Syphilis bei Kindern	32	11	—
Infektionskrankheiten .	478	246	114
	2774	1945	1123

Diese Zahlen sprechen für sich selbst und bedürfen keiner weiteren Beleuchtung.

Wirkungen der kapitalistischen Produktion: 1. auf den Organismus der Kinder;

Vor Allem markant treten die Einwirkungen des unausgesetzten Angriffes auf den Organismus natürlich bei jugendlichen, noch in der Entwickelung begriffenen Individuen in Erscheinung. — Die häufigsten Folgen der Kinderarbeit sind: Verkrümmung des Rückgrates und der Beine, Schmerzen im Rücken, in den Hüften und Beinen, Plattfüße, geschwollene Knöchel und Adern, Geschwüre an Schenkeln und Waden, allgemeine Körpererschlaffung und Hemmung des Körperwuchses.

2. auf Erwachsene.

Jedoch auch für Frauen und erwachsene Männer bleiben die Folgen übermäßiger Arbeitszeit nicht aus; die Folgen übermäßiger Anstrengung der Frauen bestehen hauptsächlich in Verbildungen des Beckens, Hemmung und Beschleunigung der geschlechtlichen Entwickelung, fehlerhafter Menstruation und Bleichsucht. Fabrikarbeiterinnen gebären schwerer und seltener als andere Frauen.

*) Vergl. auch die Untersuchungen über Wohnungsverhältnisse pag. 67 ff.

Eine Enquete über Frauenarbeit in den größeren Städten der vereinigten Staaten ergab Folgendes:

Beim Eintritt in das industrielle Leben hatten

gute Gesundheit	16 360
mittelmäßige Gesundheit	882
schlechte Gesundheit	185

Als die Enquete stattfand (nach acht Jahren), hatten

gute Gesundheit	14 557
mittelmäßige Gesundheit	2 385
schlechte Gesundheit	485

Die Arbeiterinnen mit guter Gesundheit hatten also um 11 Prozent abgenommen, die Zahl der Frauen mittelmäßiger Gesundheit war um 170 Prozent, diejenige der Proletarierinnen mit schlechter Gesundheit um 262 Prozent gestiegen.

Welche Perspektive auf das körperliche Wohl der kommenden Generation! Denn die Folgen steigern sich natürlich, mit je schwächerem Organismus das Individuum die Arbeit bereits beginnt.

Und nun noch einige weitere Daten über die Morbidität des Proletariates.

Tuberkulose.

Dr. Rauchberg weist (l. c.) nach, daß bei einer Zahl von 230 514 im Dezennium 1875 bis 1886 beobachteten Individuen der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse in Wien ein Jahresdurchschnitt von 97 710 Erkrankungen oder 42,3 % und 3278 Todesfälle oder 13,2 ‰ auftraten; davon entfallen auf die Tuberkulose allein auf je 1000 Krankheitsfälle 315,7 Todesfälle.

Die Lungenschwindsucht wird überhaupt mit vollem Recht eine Proletarierkrankheit genannt.

Mangelhafte Nahrung schwächt den Organismus und gewährt demselben keine Widerstandskraft gegen das Eindringen und Wuchern der Tuberkelbazillen; die kleinen, überfüllten Wohnungen mit ihrer elenden Ventilation, die ebenso beschaffenen Fabrikräume werden zu wahren Brutstätten für Tuberkelbazillen; die Beschäftigung selbst, vor Allem das Arbeiten in stauberfüllter Atmosphäre, dann aber auch alle durch Erschöpfung des Organismus erworbenen Konstitutionskrankheiten prädisponiren den Arbeiter zu einem Opfer der Lungenschwindsucht.

Bei der Untersuchung von 12 647 „Staubarbeitern" erhielt Professor Hirt folgende Resultate: Es litten von 100 erkrankten Arbeitern an der Lungenschwindsucht: Beschäftigungsarten mit metallischem Staub 28,0, mineralischem Staub 25,2, vegetabilischem 13,3, animalischem Staub 20,8, Staubgewebe 22,6, mit keinem Staub 11,1. (Wir kommen auf diesen Punkt bei Besprechung der Sterblichkeitsverhältnisse noch zurück.)

Quecksilbererkrankungen.

An dieser Stelle muß nochmals der Morbiditätsverhältnisse in den Fürther Spiegelbelegen gedacht werden, und dies mit umsomehr

Grund und Berechtigung, als durch die Enthüllungen von Dr. Schoenlank[61]) eine gründliche Remedur in diesen Verhältnissen stattgehabt hat.

Herr Landgerichtsarzt Dr. Wollmer stellte aus eigener Ueberzeugung die Sätze auf.

1. „Kein Quecksilberarbeiter verläßt das Geschäft früher, als er erkrankt ist.“

2. „Es ist aber auch Keiner eine längere Zeit von Jahren in den Belegen, ohne krank zu werden.“

Mit anderen Worten wurde also die These aufgestellt, daß es überhaupt keine gesunden Belegearbeiter gebe, daß *sie alle krank seien*.

Nach Einführung des Krankenkassengesetzes sind 1885 von 195 in den Belegen beschäftigten Arbeitern 164 = 84,6 % als erkrankt registrirt; die Krankentage waren 46,7 per Kranken.

Die Belegearbeiter sind in ihrem Beruf thätig, bis sie zusammenbrechen.

Und 1888 meldet der Bericht der bayerischen Fabrikinspektoren:

„Die Anzahl der Krankentage betrug im Jahre 1888 1680, bei durchschnittlich 1886 beschäftigten Arbeitern hat sie um 292 zugenommen.“

Der Fabrikinspektor glaubt, daß diese Zunahme der Krankentage auf Konto der längeren Beschäftigung in den lebensgefährlichen Betrieben zu setzen sei.

Die Profitwuth des Kapitals setzt die Arbeiter den Gefahren für Gesundheit und Leben aus.

Dafür, daß es thatsächlich nichts Anderes ist als die Profitwuth des Kapitals, welche die Arbeiter gewissenlos den Gefahren aussetzt, welche der Fabrikbetrieb mit sich bringt, dafür giebt es zahllose Beweise.

Der Bericht der bayerischen Fabrikinspektoren für 1890 geht ebenfalls auf die Ansteckungsgefahr der Lumpen in der Papierfabrikation ein und sagt, daß durch vorhergehendes Aufkochen der Zweck der Desinfektion am einfachsten und am besten erreicht werden könnte, „aber ein derartiges Verfahren würde so *theure Einrichtungen* erfordern, daß es, wenn es nicht gleichzeitig allen Papierfabrikanten zur Pflicht gemacht wird, einzelnen ohne schwere Schädigungen nicht wohl zugemuthet werden könne.“ — Sehr schön, aber warum wird denn den Papierfabrikanten die Desinfektion der Lumpen nicht zur Pflicht gemacht? — Aber freilich, es handelt sich ja nur um den Schutz von Arbeitern, wie könnte man den Fabrikanten eine Mehrausgabe im Interesse ihrer Lohnsklaven zumuthen?

Und ein anderer bayerischer Fabrikinspektor sagt ganz kaltblütig:

„Die Bestrebungen, in zwei großen Baumwollspinnereien infolge unrichtiger Anlage der Aborte bestehende Beeinträchtigungen der Luftreinheit in den Arbeitssälen zu beseitigen, konnten, da es

[61]) Die Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen und ihre Arbeiter. Stuttgart 1888. J. H. W. Dietz. cfr. auch „Neue Zeit“ V, S. 145 ff.

sich um kostspielige Neubauten handelte, noch zu keinem befriedigenden Abschluß gelangen.“

Natürlich, handelte es sich doch nur um die Gesundheit der so billigen Arbeitsinstrumente — der Weiber und Kinder —, und da haben die Unternehmer keinen pekuniären Nachtheil, wenn diese lebendigen Arbeitsinstrumente beständig unreine Luft einathmen müssen. Wird dieses Arbeitsinstrument zur Arbeit untauglich, so legt man es einfach bei Seite und kümmert sich nicht weiter um dasselbe. Anders wäre es freilich, handelte es sich um werthvolle Maschinen, da hätte die Kostspieligkeit gewiß keine Rolle gespielt.

Von bedeutendem Interesse sind die allgemeinen Schlüsse, die Dr. Schuler und Dr. Burckhardt aus ihren statistischen Erhebungen ziehen, und die wegen ihrer Allgemeingültigkeit hier kurz resümirt sein mögen; Schuler und Burckhardt stellen sich die Frage:

„Haben sich überhaupt irgendwelche Störungen der Gesundheit durch die Fabrikarbeit gezeigt?“ — und wenn dies bejaht werden muß: „Welcher Art sind denn diese Schädigungen?“

Sowohl der Einwand, daß die höhere Krankenziffer etwas dem Fabrikarbeiter unzertrennlich Anhaftendes sei, als auch der Einwand, daß die schlimmere, gesundheitliche Stellung des Fabrikarbeiters nicht in seiner Arbeit, sondern in seiner ganzen ökonomischen und sozialen Stellung begründet sei — der Kapitalismus wäre dann übrigens nicht weniger schuld daran —, werden durch die von Schuler und Burckhardt angeführten Zahlen widerlegt. „Die Unterschiede in der Morbidität der verschiedenen Industrien sind nämlich so groß, daß außer den mit jeder körperlichen Arbeit unvermeidlich verbundenen Unbilden auch noch andere, man möchte sagen unnöthiger Weise auftretende Schädigungen sich finden müssen, gegen welche sich die menschliche Energie mit Recht sträubt. Und weiter, warum hat der kräftige, relativ gut bezahlte Arbeiter der mechanischen Werkstätten die höchste Erkrankungsfrequenz, wenn blos außerhalb der Arbeit liegende Verhältnisse den Ausschlag geben könnten?“

Besonders auffallend ist die hohe Morbiditätsziffer der Frauen, die sowohl in dem Total (pag. 108) auftritt, nachdem die hauptsächlich auf Kosten der mechanischen Werkstätten fußenden Verletzungen ausgeschieden sind, als auch ganz besonders in den einzelnen Berufen. Bei der Besprechung der Erkrankungen in der Baumwollenweberei (pag. 109) ist bereits der unmittelbaren ursächlichen Momente gedacht worden, welche die schweren Erkrankungen der Genitalorgane hervorbringen — die größte relative Zahl der weiblichen Erkrankungen — und welche eine eminente Gefahr für die Degeneration der ganzen Gesellschaft bedingen. — Die Fabrikarbeit der Frauen unter dem Regime des Kapitalismus ist eine offene Gefahr für die Zukunft der ganzen Gesellschaft! —

Dazu treten dann noch die allgemeinen schädigenden Einflüsse der Fabrikarbeit als solcher auf die Gesundheit der Arbeiter. Die Verhältnisse des Arbeitsraumes und die spezielle Hantirung, die körperliche Leistung sind es hier, welche die Schädigungen verursachen.

Als erstes schädliches Agens kommt der Staub in Betracht, dieses Pandora-Geschenk der Industrie, in welchem Infektionskrankheiten für alle Organe, insbesondere aber für die Lungen (Tuberkulose), die Ursachen für andere Degenerationserscheinungen (Staublunge) verborgen sind, allzeit bereit, über den wehrlosen Arbeiter herzufallen. Dazu kommen giftige Gase und Dämpfe; einschließlich der verdorbenen Athmungsluft, der Ausdünstung des Körpers, krasse Temperaturunterschiede zwischen Arbeitsraum und freier Luft; Erschütterung des Fußbodens und ein ewiger Lärm der Werkzeuge und Maschinen. Letztere beeinträchtigen das Gehörorgan beträchtlich, wie folgende Zahlen zeigen:

Es kommen Ohrenleiden auf 1000 Arbeiter

bei Baumwollespinnern	0,2
„ Baumwollewebern	1,5
„ Mechanikern	2,7

Beide zusammen aber setzen Nerven von Stahl voraus, wenn nicht Nervosität, Hysterie veranlaßt oder zur Steigerung gebracht werden sollten.[62])

Neben diesen allgemeinen Einflüssen machen sich dann noch besonders geltend die nothwendigen Arbeitsleistungen einzelner Organe. „Eine schwere, mit großer Muskelanstrengung verbundene Arbeit muß auf die Dauer alle Theile des Körpers in Mitleidenschaft ziehen . . . es sind Dehnungen, Zerreißungen, Uebermüdungen; es sind aber auch Erkältungskrankheiten verschiedener Organgruppen, denen das erhitzte Individuum leichter anheimfällt.“ (Vergl. das Gutachten von Professor A. Vogt, pag. 72.)

Und mit allen diesen Erscheinungen, die in die kapitalistische Ordnung nothwendig hineingehören, vereinigen sich zu lieblicher Harmonie noch die Einflüsse der gesammten sozialen Verhältnisse des Proletariats — — und das Resultat ist ein verkrüppeltes, degenerirtes Geschlecht, das ohne Lebensfreude in den Tag hineinlebt, das nur noch von der Hoffnung aufrecht erhalten bleibt, dereinst den Tag der Abrechnung mit dem Kapitalismus kommen zu sehen.

---

[62]) Vergl. Marx, Kapital I. Bd., 3. Aufl., pag. 291 Anm.

Sterblichkeitsverhältnisse des Proletariats.

Am klarsten in seiner Einwirkung auf Individuum und Gesellschaft zeigt sich der Einfluß der kümmerlichen Einkommensverhältnisse, der elenden Wohnungszustände, der aufreibenden Arbeit, überhaupt der gesammten Lebenshaltung, wenn wir die Sterblichkeit in den einzelnen Berufen in's Auge fassen.

Es liegt hierfür ein ziemlich reiches Beobachtungsmaterial vor, und wenn dasselbe auch nicht immer deutschen Verhältnissen — auf die wir in erster Linie Bezug nehmen — entnommen ist, so hat dasselbe doch völlige Allgemeingültigkeit; die Unterschiede zwischen Nationalitäten und Rasse sind im Zeitalter der Eisenbahnen und Dampfschiffe bei Weitem nicht mehr so kraß, als vor 100 Jahren, wo jeder Flecken, jeder Gutsbezirk fast seine ihm besonders eigenthümlichen Verhältnisse aufwies. —

Sterblichkeit in verschiedenen Schichten der Gesellschaft.

Was nun zunächst die Sterblichkeit in den verschiedenen Schichten der Gesellschaft anbetrifft, so stellt sich die bemerkenswerthe, aber nicht überraschende Thatsache heraus, daß im Durchschnitt der Wohlhabende eine längere Lebensdauer aufweist, als der Arme. Nach den noch niemals angezweifelten Untersuchungen Casper's[63]) leben von 1000 zu gleicher Zeit geborenen Menschen:

	Wohlhabende	Arme
Nach 5 Jahren noch	943	655
„ 10 „ „	938	598
„ 20 „ „	866	566
„ 30 „ „	796	486
„ 40 „ „	695	396
„ 50 „ „	557	283
„ 60 „ „	398	172
„ 70 „ „	235	65
„ 80 „ „	57	9

„Die durchschnittliche Lebensdauer," so fügt der Gewährsmann hinzu, „stellt sich darnach bei den Reichen auf 50, bei den Armen auf nur 32 Jahre." Eine Wirthschaftsordnung, die solche Zustände gestattet, die das Leben von 90 Prozent der Bevölkerung um die Hälfte verkürzt, damit einige Wenige ihre Tage in Wohlleben verbringen können, eine solche Wirthschaftsordnung kann keinen Anspruch darauf machen, eine „sittliche" genannt zu werden.

Die Berufsstatistik hat für England als durchschnittliches Lebensalter festgestellt:

in den höheren Klassen . .	44 Jahre
„ dem niederen Mittelstand	26 „
„ den arbeitenden Klassen .	22 „

[63]) Zitirt in G. Fr. Kolb; Statistik der Neuzeit, Leipzig 1883, pag. 403.

Die Sterblichkeitsziffer beträgt nach derselben Quelle:

für das ganze Land	pro Mille	22
„ den Wohnsitz der höheren Klassen	„ „	17
„ die Arbeiterdistrikte . . .	„ „	36

Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen.

Von Wichtigkeit, um die Segnungen der kapitalistischen Wirthschaftsordnung mit ihrer ausgleichenden Gerechtigkeit in das hellste Licht zu stellen, ist dann noch die Höhe der Sterblichkeit in den einzelnen Berufen als Folge des Berufes selbst.

Der Geistliche hat das höchste durchschnittliche Alter (zirka 66 Jahre) zu erwarten, 13 Jahre weniger schon hat der Arzt zu leben, und um 20 bis 25 Jahre kürzer als das Leben des Geistlichen ist das Leben des Handwerkers und Arbeiters.[64]) Aber unter diesen wieder sind die mannigfachsten Abstufungen zu verzeichnen. Mit 29 Jahren stirbt der Schleifer von Messern und Gabeln — der feine Staub von Stahl und Stein vernichtet seine Lunge — befeuchtete er den Schleifstein, so würde er sein Leben um zehn Jahre verlängern. Aber die althergebrachte Produktionsweise gestattete dies nicht, gewisse Arbeiten — die runden Rücken der Rasirmesser — ließen sich früher auf anderem Wege nicht herstellen, und da der Kapitalismus ja infolge des Ueberflusses an Arbeiterangebot durchaus kein Interesse daran hatte, durch geeignete Schutzmaßregeln das Leben der Arbeiter zu sichern, so ließ er diese menschenmörderische Arbeit jahrzehntelang in unveränderter Weise fortbestehen, bis der Arbeiter, unter Würdigung der Ursachen, selbst dagegen protestirte.

Die Sterblichkeitsziffern geben uns aber einen sicheren Anhalt über die Abnahme der Arbeitskraft; in dem sozialpolitischen Centralblatt veröffentlicht hierüber Professor Herkner folgende werthvolle Untersuchung:[65])

„Während in den Berechnungen der Unternehmer die Abnutzungsquote der Maschinen ein entscheidendes Item bildet, denkt kaum Jemand daran, die Abnutzung, welcher die Arbeitskraft unserer Arbeiterbevölkerung heute ausgesetzt ist, in Anschlag zu bringen. Mit der Arbeitskraft der Bevölkerung kann Raubbau getrieben, sie kann in tollem Konkurrenzkampfe durch Hungerlöhne und übermäßige Arbeitszeit verschleudert und verschwendet werden.

So lange man über die Abnutzung der Arbeitskraft keine genauen statistischen Daten vorbringen kann, ist es ja gewiß mißlich, an dieser Frage zu rühren. Nun haben aber zwei sozialistische Untersuchungen, die vor Kurzem erschienen sind, eine Reihe von Ziffern

---

[64]) Vergl. Kolb. „Vergl. Statistik", Leipzig 1865, pag. 507.

[65]) Sozialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. H. Braun, Berlin, J. Guttentag, 1892 Nr. 2, pag. 19 f.

geliefert, welche die rasche Abnutzung der Kraft unserer Arbeiter in ein helles Licht rücken.

Abnutzungsquote des Arbeiters.

Die eine Untersuchung ist vom badischen Fabrikinspektorate unternommen worden und erstreckt sich auf 8375 männliche Fabrikarbeiter der Mannheimer Großindustrie. Einen Schluß in Betreff der Abnahme der Leistungsfähigkeit kann man in der Weise ziehen, daß man den Altersaufbau dieser Arbeiter vergleicht mit demjenigen der übrigen Bevölkerung. Nimmt man auf beiden Seiten die Altersklasse von 20 bis 40 Jahren zum Ausgangspunkte, so ergeben sich folgende Verhältnißzahlen:

	Großherzogthum Prozent	Mannheimer Fabrikarbeiter Prozent
20 bis 40 Jahre alt	100	100
40 „ 50 „ „	42,1	19,7
50 „ 60 „ „	29,6	8,9
über 60 „ „	30,8	2,4

Es erhellt demnach, daß im Alter von 40 bis 50 Jahren nur noch etwa die Hälfte der Arbeiter sich in der Fabrik befindet; mit dem 50. Lebensjahre und darüber ist sogar die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeiter aus der Fabrik ausgeschieden. Das Ausscheiden aus der Fabrik kann verschiedene Ursachen haben. Die Arbeiter können ausgewandert oder zu anderen nicht in das Beobachtungsgebiet fallenden Beschäftigungen übergegangen sein. Nach Ansicht des Berichterstatters dürfte aber das Ausscheiden aus diesen Gründen in beträchtlichem Umfange nicht anzunehmen sein. Man muß vielmehr daraus schließen, daß entweder die Sterblichkeit der Fabrikarbeiter weit höher ist als diejenige der übrigen Bevölkerung, oder aber, daß ein großer Theil der Arbeiter bereits in frühen Jahren wegen zu weitgehender Abnutzung der Arbeitskraft durch jüngere, leistungsfähigere Elemente ersetzt wird. In jedem Falle aber liegt die rasche Abnahme der Arbeitskraft klar zu Tage.

Noch werthvoller sind die Berechnungen, welche sich auf Grund der „Nordböhmischen Arbeiterstatistik“, einer von der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer veranstalteten Erhebung, aufstellen lassen. Die folgenden Reihen stellen den Altersaufbau der männlichen Bevölkerung Oesterreichs einerseits und denjenigen der 57 867 Individuen zählenden männlichen Fabrikarbeiterbevölkerung des Reichenberger Kammerbezirks andererseits dar. Zum Ausgangspunkte sind die Angehörigen der Altersklasse 16 bis 20 Jahre gewählt worden. In der fünften Kolonne findet sich noch der durchschnittliche Wochenverdienst der Stücklohnarbeiter der nebenstehenden Altersklassen. Auch diese bringt ja die abnehmende Leistungsfähigkeit der Arbeiter genau zum Ausdrucke:

	Männliche Bevölkerung Oesterreichs in ‰	Männliche Fabrikarbeit. Nordböhmens in ‰	Die nebenstehenden Altersklassen der Fabrikarbeiter zählen mehr (+) oder weniger (—) Angehörige, als diejenigen d. übrigen Bevölkerung	Durchschnittl. Wochenverdienst der männl. Stücklohnarbeiter fl.
16—20 Jahre alt	1000,0	1000,0		4,62
21—25 „ „	931,1	880,9	— 50,2	6,00
26—30 „ „	784,3	968,0	+ 184,0	6,87
31—35 „ „	726,4	724,9	— 1,5	7,25
36—40 „ „	684,1	638,1	— 46,0	7,10
41—45 „ „	628,5	472,6	— 115,9	7,07
46—50 „ „	526,9	395,2	— 131,7	6,61
51—55 „ „	455,5	274,5	— 181,0	6,39
56—60 „ „	391,1	184,1	— 207,0	6,18
61—65 „ „	334,6	118,4	— 216,2	6,02
66—70 „ „	223,2	57,3	— 165,8	5,31
über 70 „ „	236,8	28,7	— 208,1	3,64

Sieht man von den für den vorliegenden Zweck belanglosen jüngeren Altersklassen ab, so zeigt nur die Altersklasse 31 bis 35 Jahre der Arbeiterbevölkerung eine mit der übrigen Bevölkerung übereinstimmende Besetzung. In dieser Altersklasse vermag der Arbeiter auch am meisten zu leisten. Die Stücklohnverdienste, welche die Leistungen ja getreu abspiegeln, stellen sich hier am höchsten. Mit dem 35. Jahre aber nimmt die Besetzung der Altersklassen bei den Arbeitern ebenso wie deren Verdienst rasch ab. Nehmen wir an, daß die Sterblichkeit der Arbeiter mit derjenigen der übrigen Bevölkerung übereinstimme — so würden auch in Nordböhmen, da Auswanderung oder Uebergang zu anderen Beschäftigungen wenig in Betracht kommt, von den Arbeitern im Alter von 41 bis 50 Jahren bereits ein Viertel, von denjenigen im Alter von 51 bis 60 Jahren nahezu die Hälfte ihrer Stellung in der Fabrik bereits verloren haben. Auch hier trifft der Ausspruch der badischen Aufsichtsbeamten zu: „Die Arbeiter werden im Allgemeinen rasch alt."

Von den Bevölkerungsstatistikern wird bekanntlich großer Werth darauf gelegt, daß innerhalb einer Nation die Besetzung der „produktiven" Altersklassen eine vergleichsweise starke sei. Das Verhältniß zwischen den produktiven und nicht produktiven Angehörigen eines Volkes muß aber, alles Uebrige gleichgesetzt, um so ungünstiger werden, je rascher die Abnutzung der Arbeitskraft in den jüngeren Altersklassen vor sich geht. So dürfte es denn auch schon vom

rein wirthschaftlichen Standpunkte aus gerechtfertigt erscheinen, daß durch Einschränkung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes der jetzt erschreckend schnelle Verfall der Arbeitskräfte aufgehalten oder verlangsamt würde."

Chemische Gewerbe.

Besonders hoch ist die Sterblichkeit in den chemischen Gewerben; während die durchschnittliche Sterblichkeit 1881 in Preußen auf 1000 über 14 Jahr alte Personen beiderlei Geschlechts 19,3 betrug, betrug dieselbe auf 1000 Arbeiter

	männlich	weiblich
1. in Soda-, Alaun- und Schwefelsäurefabriken	7,15	—
2. in Farben- und Ultramarinfabriken .	13,4	11,4
	24,8	
3. in Pulver-, Dynamit- u. Zündhütchenfabriken	13,0	11,4
	24,4	
4. in Fabriken künstlicher Düngemittel .	10,4	12,7
	23,1	

Daß wir es hier unzweifelhaft mit einer Folge kapitalistischer Produktionsweise zu thun haben, dafür legen die Durchschnittsdividenden der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie ein sprechendes Zeugniß ab; dieselben betrugen

1886	7,17 %
1887	8,92 %
1888	9,73 %
1889	10,58 %

Aus diesen hohen Dividenden wird es erklärlich, daß die Arbeit in den chemischen Fabriken, die zu den aufreibendsten gehört, nicht blos eine der schlechtbezahltesten sein muß und infolgedessen schon, sondern auch mangels jeder wirksamen Arbeiterschutzmaßregel — diese könnte ja den Profit beschneiden — zu den gesundheitsgefährlichsten gehört. — Ob in der Dungmittelfabrikation die Thomasschlackenverarbeitung die Lungen zerstört, ob die giftigen Gase und Dämpfe Lungenleiden aller Art hervorrufen und befördern — was kümmert das den Kapitalisten. Fällt der eine Streiter der Arbeit — Hundert warten schon draußen auf der Landstraße, um die Lücke sofort zu schließen.

Spiegelbelegen.

Die gesundheitsschädlichste Arbeit in der ganzen Industrie ist aber zweifellos das Belegen von Spiegeln mit Zinnamalgam. Dr. Bruno Schoenlank hat in seiner eingehenden Monographie die Folgen des Arbeitens in den Fürther Spiegelbelegen geschildert; wir werden auf diese bedeutende Arbeit noch wiederholt einzugehen haben, an dieser Stelle interessirt uns nur die Sterblichkeitsziffer.

Nach Prof. Kußmaul kommen auf 56 unter dem Einfluß des Quecksilbers verstorbenen Personen 37 auf Lungenschwindsucht, oder 71 Prozent der Verstorbenen. Besonders gefährdet sind nach Prof. Hirt[66]) aber die Frauen: „Wir wollen mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Frauen, welche mit Quecksilber arbeiten, dem Einfluß desselben öfter und schneller unterliegen als Männer, und daß die wahrscheinliche Dauer der von ihnen geborenen Kinder sehr gering ist.“ Der Einfluß des Quecksilbers ruft eine große Prädisposition zum Abortus hervor, der Natur der Sache nach lassen sich aber hierfür statistische Belege nicht erbringen. Nach Hirt sterben durchschnittlich 65 Prozent der von Quecksilberarbeiterinnen geborenen Kinder innerhalb des ersten Lebensjahres (die durchschnittliche Sterblichkeit für Preußen beträgt innerhalb des ersten Lebensjahres bei ehelichen 18,35 Prozent, bei unehelichen 32,87 Prozent). „Von der Bedeutsamkeit dieses Prozentsatzes,“ sagt Hirt, „kann man sich einen Begriff machen, wenn man erwägt, daß sogar die Sterblichkeit der von meist schwindsüchtigen Glasschleifern erzeugten Kinder, welche unter den erdenklich schlechtesten Verhältnissen geboren und ernährt werden, weit dahinter zurückbleibt.“ —

Westergaard sagt in Bezug hierauf: „Keine Gesetzgebung dürfte das Arbeiten schwangerer Frauen in solchen Gewerben gestatten, in denen die Disposition für Todt- und Mißgeburten erhöht wird. — Wenn man es auch im Allgemeinen dem Arbeiter selbst überlassen will, sich schädlichen Wirkungen auszusetzen (daß nur der Hunger es ist, welcher die Arbeiter in die Quecksilberbelegen treibt, weist Schoenlank a. a. O. eingehend nach) oder nicht, so darf man doch so offenbaren Kindermord nie und nimmer zugeben.[67])

„Was nun die Sterblichkeit der Arbeiter selbst anbetrifft, so scheint die der weiblichen Arbeiter in der Jugend eine relativ bedeutende zu sein; es kommen auf 15 Individuen zwischen 15 und 30 Jahren, die merkurialkrank starben, 12 Arbeiterinnen; unter 100 gestorbenen weiblichen Arbeitern waren 40 noch nicht 30 Jahre alt, unter 100 männlichen nur 11,6. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Arbeiterinnen meist früher eintreten und durch häufige Wochenbetten, von denen sie früh zur Arbeit zurückkehren, geschwächt werden, so daß sie dem Einfluß des Quecksilbers nur einen ganz geringen Widerstand entgegenzusetzen vermögen.“ (Hirt, l. c. S. 115.) Die Sterblichkeit betrug im Allgemeinen bei den Männern 2,8, bei den Frauen 5,0 Prozent. — Im Ganzen litten an den Quecksilbervergiftungen von Männern 65,0, von den Weibern 80 Prozent. —

---

[66]) Hirt, die gewerbliche Thätigkeit der Frauen vom hygieinischen Standpunkt aus, Breslau 1873, S. 16, zitirt bei Schoenlank.

[67]) Westergaard, Die Lehre von der Mortalität und Morbidität, Jena 1882, pag. 414. cit. bei Schoenlank.

Kindersterblichkeit als Maßstab der Volksgesundheit.

Auch die Kindersterblichkeit ist ein vortrefflicher Gradmesser für die Volksgesundheit; da zeigt es sich nun, daß den Eltern im Besitz oder selbstständigen Beruf in Preußen der Tod nur etwa 19 auf 1000 der betreffenden Altersklasse, den Tagelöhnern aber 23 vor dem 15. Lebensjahre hinwegrafft; — und den Einfluß der sorgenden Elternliebe enthüllen folgende Zahlen. Nach den Untersuchungen Wolff's[68]) beträgt in Erfurt die Säuglingssterblichkeit im Arbeiterstande 30,5 Prozent, im Mittelstande dagegen 17,3 Prozent und bei höheren Ständen nur 8,9 Prozent.

Dr. Reck illustrirt in seinem „Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Braunschweig" den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Kindersterblichkeit durch folgende frappirenden Zahlen:[69])

Einnahme monatlich	Von 1000 lebend Geborenen sterben vor Ablauf des 5. Lebensjahres
0— 75 M.	413
75—100 „	344
100—150 „	330
150—200 „	272
200—250 „	241
über 250 „	230

Die Fortschritte der industriellen Entwickelung markiren sich sofort durch Vermehrung der Kindersterblichkeit. Die amtliche sächsische Statistik verzeichnet von hundert Kindern im ersten Lebensjahr im Jahre 1888/89 folgenden Prozentsatz von Todesfällen:

Amtshauptmannschaft	Städte	Dörfer
Oelsnitz	18,3	17,6
Plauen	26,2	23,9
Rochlitz	32,2	31,4
Zwickau	32,8	31,3
Annaberg	32,4	32,65
Chemnitz	34,8	37,4
Flöha	35,4	29,3
Glauchau	35,7	34,05

Alle diese Distrikte, mit Ausnahme von Oelsnitz, sind industriell hochentwickelt; „Dörfer" bedeutet deshalb hier auch nicht Bauern-, sondern Arbeiterdörfer. Der Zusammenhang zwischen Industrie und Kindersterblichkeit ist ein so inniger, daß man aus der oben angeführten Tabelle sogar rückwärts auf den Grad der industriellen Entwickelung schließen kann.

Von 1000 Kindern, in der Ehe geboren, werden nur 183 im ersten Lebensjahre, von den unglücklichen Geschöpfen aber, denen

[68]) cfr. Archiv f. soz. Ges. Bd. I, pag. 89.

[69]) Wurm; Die Volksernährung. Dresden, R. Schnabel 1888, pag. 199.

ein Mädchen unter Thränen der Verzweiflung das Leben geschenkt, werden 329 dahingerafft.

Nach A. v. Fircks[70]) beträgt für Preußen zur Zeit der Geburt die wahrscheinlich fernere Lebensdauer

ehelicher	Knaben	39,26	Jahre,
„	Mädchen	43,76	„
unehelicher	Knaben	15,2	„
„	Mädchen	25,0	„

Die eheliche Geburt erhöht also die Lebenserwartung eines Knaben um 24 und die eines Mädchens um 18¾ Jahre.

Todtgeborene Kinder, das Verhältniß derselben bei Besitzenden und Besitzlosen.

Von Wichtigkeit zur Beurtheilung des Einflusses des Kapitalismus ist dann noch eine Zusammenstellung der Anzahl der todtgeborenen Kinder in den einzelnen Berufsstellungen. Bei den Selbstständigen, in Besitz, Beruf und Erwerb, sind (1871/87) in Preußen 38,40 pro Mille der durchschnittlich Geborenen Todtgeborene, bei Tagearbeitern, Lohndienern u. s. w. 42,75 pro Mille, bei Dienstboten (mit Einschluß des ländlichen Gesindes) 46,74 pro Mille, bei Almosenempfängern 65,61 pro Mille, bei Insassen von öffentlichen Anstalten (Entbindungsanstalten, Hebammenschulen, Kliniken) 119,92 pro Mille, bei Insassen für Strafe und Besserung 131,71 pro Mille.[71])

Arbeiten an der Nähmaschine.

Die Sorge für das eigene Leben, harte, mühsame Arbeit in engen, dumpfen Werkstätten, in giftverpesteten Fabriken, auf dem Felde, sie tödten bereits das Kind im Mutterleibe, oder sie degeneriren die Mutter so sehr, daß bald eine Frühgeburt, bald eine Fehlgeburt eintritt. Vor Allem mörderisch wirkt hier die Arbeit an der Nähmaschine, das unausgesetzte Treten bewirkt Lageveränderungen der Gebärmutter, Menstruationsstörungen, Unterleibsleiden aller Art, die sämmtlich das völlige Austragen des Kindes verhindern — und der Grund für diese Leiden, für die Verkümmerung der nachfolgenden Generation wird schon im frühen Alter gelegt, und und zwar gerade in den Jahren, in welchen sich der Organismus der Mädchen selbst noch in der Entwickelung befindet.

Wer die modernen Produktionsbedingungen kennt, dem erscheinen die unmittelbaren Ursachen der höheren Mortalität des Proletariats unmittelbar einleuchtend. Es sind dies Ueberarbeit und elende Lebenshaltung.

Bekannt sind die von Marx zitirten Todesfälle der Putzmacherinnen infolge Ueberarbeit [um die Prachtkleider der „edlen" Damen für einen Hofball zeitig vollenden zu können, arbeiten die armen Näherinnen zu 30 in einem Zimmer, das kaum ein Dritt-

[70]) v. Fircks: „Die Zeit der Geburten und der Sterblichkeit der Kinder 2c." Zeitschrift des kgl. preuß. stat. Bureaus 1885. cit. in dem Archiv f. soz. Gesetzgeb. Bd. I, pag. 86.

[71]) Jahrb. f. amtl. Statistiken des preuß. Staates. V. Jahrg. 1883.

theil der zum Leben nöthigen Luft gewährt, oft 30 Stunden ohne Unterbrechung.][72])

Und weiter sind die oben angeführten Zahlen der relativen Sterblichkeit eine vernichtende Verurtheilung jener, die davon faseln, daß es ewig Arme und Reiche geben werde, daß dies von der Natur so bestimmt, daß dies ein Prinzip der „göttlichen Weltordnung" sei — nun, wir wollen hier an dieser Stelle nicht mit jenen rechten; — aber die eine Zahl, daß in einem einzigen Jahre in London (1887) 32 Personen nach dem Befunde der Leichenbeschauer buchstäblich verhungert sind, die muß doch selbst die engherzigsten Kleingeister stutzig machen! —

Hungertod.

Die zitirten Thatsachen sind nach den angeführten Daten über die Lebenshaltung durchaus nicht verwunderlich; wunderbar erscheint es nur, daß der grausige Hungertod nicht noch mehr dahinrafft ... Doch besteht denn ein wesentlicher Unterschied darin, ob Jemand rasch stirbt, weil ihm keine, nicht die geringste Gelegenheit geboten wurde, sich Nahrung zu verschaffen, oder ob er in etwas längerer Zeit langsam des Hungertodes stirbt, weil er nicht im Stande war, sich rationell, d. h. entsprechend den Forderungen der Physiologie zu ernähren?[73])

Hungertod und langsames Dahinsiechen infolge mangelhafter Ernährung zeigen keinen wesentlichen Unterschied.

In der That ist auch die hohe Sterblichkeit des Proletariats — abgesehen von den erbärmlichen hygieinischen Bedingungen, in welchen dasselbe lebt — in erster Linie der mangelhaften Ernährung zuzuschreiben, zeigt sich doch schon ein inniger, noch von keinem Statistiker angezweifelter Zusammenhang zwischen Brotpreisen und Sterblichkeit; nachstehende Zahlen geben eine kleine Illustration dieses Zusammenhanges: (wenn man Perioden von verschiedener wirthschaftlicher Lage mit einander vergleicht, müßte man natürlich auch den Durchschnittslohn mit in Betracht ziehen; da aber im Allgemeinen während kürzerer Perioden der Lohn durchaus nicht parallel mit den Lebensmittelpreisen steigt und fällt, weit eher gegenüber dem Steigen der Lebensmittelpreise eine rückläufige Tendenz bekundet — die vermehrte Unterkonsumtion zur Zeit der Theuerung steigert noch die Einflüsse der industriellen Reservearmee — so kann man sehr wohl die Lebensmittelpreise unmittelbar mit der Sterblichkeit in Beziehung setzen).

Zusammenhang zwischen Brotpreis und Sterblichkeit.

Als im Jahre 1844 in Preußen der Scheffel Roggen M. 4 kostete, fiel ein Todesfall auf 38,85 Lebende; im Jahre 1853 war der Kornpreis auf M. 6,8 gestiegen — der Hunger pochte energischer an die Thür und holte sich jeden Dreiunddreißigsten (32,76ten) schon zum Opfer.

---

[72]) Vergl. Marx, Kapital I. 3. Aufl., pag. 241.
[73]) Vergl. Wurm, Die Volksernährung. Dresden, R. Schnabel 1888.

Für folgende fünf Jahre, wo der Lebensmittelpreis in Belgien ziemlich niedrig war, stellte sich die Sterblichkeit wie folgt:

Jahr	Getreidepreis	Kartoffelpreis	Verstorbene
1857	22,96	6,24	103,458
1858	18,12	6,16	107,910
1859	18,55	6,03	111,650
1860	23,77	8,39	92,871
1863	21,87	5,87	107,948
			522,897

Für folgende Jahre mit hohem Getreidepreise stellten sich die Verhältnisse wie folgt:

Jahr	Getreidepreis	Kartoffelpreis	Verstorbene
1867	36,92	9,76	105,576
1868	35,22	8,20	107,556
1871	36,26	9,54	145,746
1872	33,15	6,99	120,129
1873	33,51	7,67	112 879
		Zusammen	594,922

Also in den Theuerungsjahren fast 14 000 Sterbefälle mehr als in den anderen.[74])

Für Deutschland stellen sich die entsprechenden Zahlen wie folgt:

	Kornpreis*)	Gestorbene auf 1000
1881	198	26,9
1882	171	27,2
1883	155	27,3
1884	145	27,4
1885	147	27,2
1886	130	27,6
1887	135	25,7
1888	144	25,2

1881 kosteten 1000 Kilo Brot M. 198, in dem darauffolgenden Jahre 27,2 Todesfälle auf 1000.

---

[74]) cfr. la Revue socialiste 1880 Nr. 12.

*) Die Berechnung des Kornpreises geschah in folgender Weise: Für den vorliegenden Zweck kommt in erster Linie der für die Hauptnahrungsmittel, d. h. für das Getreide per Bevölkerungseinheit gezahlte Preis in Betracht, der natürlich, wenn man einen Mittelwerth berechnen will, von dem Gesammtverbrauch abhängig ist. Die für den Mittelwerth geltende Formel ist dann

$$\text{(Kornpreis) } M = \frac{a\ R + b\ W + c\ G}{a + b + c},$$

worin R, W, G die Preise für Roggen, Weizen und Gerste sind; a, b, c die entsprechenden Verbrauchsquanten darstellen. Wir könnten auf diese Weise, wenn zuverlässige Angaben über den Fleischverbrauch zur Verfügung ständen, auch einen Gesammtlebensmittelpreis berechnen, der erst von ausschlaggebender Bedeutung wäre, während der Gesammtkornpreis nur angenäherte Schätzungen zuläßt.

1887 kosteten 1000 Kilo Brot M. 135, die Zahl der Todesfälle im darauffolgenden Jahre sank auf 25,2.

1882	ein Todesfall auf	36,8	Bewohner
1888	„ „ „	39,7	„

Die aufreibende Arbeit, die elenden Wohnungsverhältnisse,*) die mangelhafte und unzureichende Nahrung sind es, welche an den Leibern des Proletariers zehren, seinen Körper schwächen und seine Widerstandskraft gegen Krankheitseinflüsse aller Art brechen. Am deutlichsten werden diese Zusammenhänge bei der mörderischsten aller Krankheiten, der Lungenschwindsucht, der schon bei der Besprechung der Gesundheitsverhältnisse gedacht ist, deren Einwirkung aber durch die Anführung der Sterblichkeitsziffern noch drastischer illustrirt wird.

Sterblichkeit infolge von Lungenschwindsucht.

In Deutschland betrug überhaupt die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht in den Städten mit über 15 000 Einwohnern nach Ausweis des statistischen Jahrbuches p. a.:

1877/80	27 243	oder	13,40 %	aller Gestorbenen
1881/85	30 331	„	13,50 %	„ „
1886	32 981	„	12,83 %	„ „
1887	31 125	„	13,03 %	„ „
1888	32 242	„	13,51 %	„ „

Diese Zahlen stellen sich wie folgt, wenn man noch die akuten Lungenkrankheiten hinzuzählt:

1877/80	23,35 %	1887	23,99 %
1881/85	24,22 %	1888	24,77 %
1886	23,32 %		

Die Lungenschwindsucht ist in den Industriezentren am meisten verbreitet.

Gruppirt man die Lungenschwindsuchtsfälle nach Gebieten, so finden wir, daß im

Ostsee-Küstenland . . .	9,70 %	aller Verstorbenen
Oder- und Warthe-Gebiet	11,28 %	„ „
Sächs.-Märk. Tiefland .	13,56 %	„ „
Nordsee-Küstenland inkl. Hamburg-Bremen . .	14,51 %	„ „
Niederrhein. Niederung .	16,68 %	„ „
Mitteld. Gebirgsland .	11,52 %	„ „
Oberrhein. Niederung .	15,15 %	„ „
Süddeutsches Hochland .	13,85 %	„ „

an der Tuberkulose zu Grunde gingen.

Am verbreitetsten also ist die Lungenschwindsucht in den Hauptindustriezentren, in denen eben schon das enge Zusammenwohnen die ersten Bedingungen für das Auftreten und die Ausbreitung der Tuberkulose schafft.

---

*) Vergl. die Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse.

Auch die relative Betheiligung der Frauen und Männer an den Todesfällen infolge von Tuberkulose, nämlich 1875/81 in Preußen 35,02 Männer, 28,47 Weiber[75]) auf je 10 000 Lebende, zeigt die Abhängigkeit der Schwindsucht von der relativen Betheiligung an der Industrie.

Wie sagt doch Herr Dorn, Fabrikinspektor von Ohio?

„Wir haben Gesetze, welche jeden Angriff auf eine Person strenge bestrafen, ausgenommen jene verfeinerten, zivilisirten und bis zur größten Ausdehnung legalisirten Methoden der Folter und des Mordes. Ein Mensch, der den anderen auf der Straße überfiel und tödtete, wird von Rechtswegen als ein Mörder gehängt; aber es kommt oft vor, daß ein Fabrikant ein kleines Kind durch schlecht ventilirte Arbeitsräume zu Tode martert . . .“ [76])

Die Prostitution.*)

Nicht blos in physischer Hinsicht wirkt die kapitalistische Produktionsweise degenerirend auf die Gesellschaft, sondern auch in ethischer Beziehung; und zwar sind es hier vor Allem Prostitution und Verbrechen, welche als soziale Krankheitserscheinungen auftreten

Von vornherein erscheint es nicht unbedingt einleuchtend, daß Prostitution und Verbrechen in direktem Zusammenhange mit der kapitalistischen Produktionsweise stehen, denn sowohl Prostitution als auch Verbrechen sind Begleiterscheinungen aller Gesellschaftsformen der Kulturmenschheit.

Prostitution steht in engster Beziehung zu der geringeren oder größeren Leichtigkeit, die Ehe einzugehen.

Was die Prostitution gesondert anbetrifft, so steht sie zunächst in unmittelbarem Zusammenhange mit den jeweiligen Formen der Ehe, mit der geringeren oder größeren Leichtigkeit, die Ehe einzugehen. Mit dem Aufkommen des Vaterrechtes, mit dem Hand in Hand die Entstehung des Privateigenthums[77]) ging, war der Mann in der Lage, die Frau in jeder Weise seinem Willen zu unterwerfen. Sie wurde — als Gattung betrachtet — seine Hörige. Der Mann wurde in die Lage versetzt, das Weib, dessen er begehrte, frei nach seiner Wahl als Gattin oder vorübergehende Beischläferin erlangen zu können. An der Schwelle der Zivilisation wurde das Weib entrechtet und zum Spielzeug des Mannes degradirt. Indem die formale Monogamie sich entwickelte, wurde auch die Prostitution gezeitigt, sie ist, wenn auch kein legitimes, so doch nicht minder echtes Kind der Zivilisation. Die Prostitution trat auf als Surrogat für die Ehe, aber gleichzeitig auch für die weitesten Schichten der

[75]) Jahrb. für die amtl. Statistik des preuß. Staates, 5. Jahrgang, 1883.

[76]) Vierter Bericht des Fabrikinspektors von Ohio. Vergl. „Neue Zeit“, VII, 173.

*) Eine ausführlichere Darstellung dieses Kapitels von dem Herausgeber findet sich in der Berl. Arb.-Bibl., III. Serie.

[77]) Engels, Ursprung der Familie, des Privateigenthumes und des Staates. Stuttgart 1892, J. H. W. Dietz.

Gesellschaft als Surrogat für die offiziell um so tönender perhorreszirte Polygamie. Ist aber unter der Herrschaft des Privateigenthums die Möglichkeit, eine Ehe zu schließen — gleichviel in welcher Form — selbst wieder abhängig von den wirthschaftlichen Verhältnissen, von der verhältnißmäßigen Größe des Privateigenthums, so wird der Zusammenhang zwischen Wirthschaftsform und Ehe einerseits, zwischen der Ersteren und der Prostitution andererseits unmittelbar einleuchtend sein. Eine Ausnahme von den allgemein gültigen gesellschaftlichen Verhältnissen machen in allen Gesellschaftsformen die Besitzlosen. Im Alterthum, als die Klasse der Besitzlosen mit der Klasse der Sklaven zusammenfiel, kamen natürlich für diese nicht dieselben gesellschaftlichen Gesetze in Betracht, welche für die Eheschließungen der Besitzenden maßgebend waren, ganz im Gegentheil. Verhinderte ein relativer Mangel an Privateigenthum Angehörige der besitzenden Klasse an der Eheschließung, weil den aus derselben entspringenden Pflichten nicht Genüge gethan werden konnte, so mußte andererseits gerade eine Ehe zwischen Sklaven, wegen der aus ihr erhofften Vermehrung von Arbeitskräften, das Vermögen vergrößern. Von vornherein ist also anzunehmen, daß sich für Besitzlose und Besitzende genau entgegengesetzte Normen der Eheschließung herausbilden mußten.

Für die Besitzlosen gelten nicht dieselben Ehehindernisse wie für die Besitzenden.

In der Gegenwart ist etwas ganz Analoges zu konstatiren. Die Akkumulation des Kapitals bringt immer größere Kreise von ursprünglich Besitzenden der Klasse des besitzlosen Proletariats nahe. Die Erwerbsverhältnisse werden für diesen Mittelstand immer schwieriger; demzufolge vermindert sich auch die Zahl der Eheschließungen. Der Proletarier, der absolut Besitzlose, ist dagegen diesen Gesetzen nicht unterworfen. Für ihn hat eine Eheschließung nicht gleichzeitig auch eine relative Verminderung des Einkommens im Gefolge, weil er ja mit seiner Frau nicht dasselbe zu theilen hat. Seine Eheschließung ist vielmehr nur eine Verbindung zwischen zwei gleichwerthigen Arbeitern — und in den relativen Verhältnissen wird, abgesehen von der Zeit des letzten Stadiums der Schwangerschaft und der ersten Jugend der Kinder, nichts verschlechtert. Die Kollektivwirthschaft der beiden Ehegatten verbilligt im Gegentheil noch die Lebensführung, so daß mit der Differenz gegen die Einzelwirthschaft eine beschränkte Anzahl von Kindern gerade noch erhalten werden kann. Für den Proletarier bringt also, genau so wie für den Sklaven des Alterthums, die Zuspitzung der Privateigenthumsverhältnisse eine Erleichterung der Eheschließung hervor; das fromme Salbadern über den Leichtsinn der Arbeiter bei der Eheschließung ist also in seiner Adresse völlig verfehlt und kennzeichnet nur das Unvermögen, thatsächliche Verhältnisse richtig zu beurtheilen.

Diese allgemeine Betrachtung ist natürlich nicht absolut richtig; sie gilt uneingeschränkt nur für die völlig Besitzlosen, während auch

bei den besser situirten Arbeitern ähnliche Ehehemmnisse in der Vorstellung lebendig werden, wie sie für den Mittelstand gelten. Daraus ist es zu erklären, daß ganz allgemein in allen Kulturstaaten mit immer weiterer Ausbildung der privatkapitalistischen Wirthschaftsweise, so lange nicht ein alles Maß übersteigendes Anwachsen des Lumpenproletariates vorhanden ist, — das übrigens selbst wieder auf eine formale Eheschließung verzichtet, — ein absoluter und relativer Rückgang der Eheschließungen zu konstatiren ist; eine Thatsache, die Jeder erkennen muß, der die Welt nicht blos aus idealistischen Romanen kennen gelernt und sie nicht blos mit den heirathslustigen Blicken „höherer Töchter" betrachtet. Einige Zahlen werden dies sofort verdeutlichen.

Rückgang der Eheschließungen.

Für Preußen kamen auf 1000 Bewohner[78])

1872	20,7	Neuvermählte	1877	16,1	Neuvermählte
1873	20,4	„	1878	15,7	„
1874	19,6	„	1879	15,4	„
1875	18,2	„	1880	15,4	„
1876	17,2	„	1881	15,3	„

Im Gebiet des deutschen Reiches sind die entsprechenden Zahlen per anno im Durchschnitt[79])

1841/45	16,4	Neuvermählte	1872	20,6	Neuvermählte
1850	17,0	„	1875	18,2	„
1860	16,0	„	1881	15,0	„
1869	19,0	„	1885	15,8	„
1870	15,4	„	1888	15,6	„

Wenn wir für Preußen also einen unzweifelhaften und stetigen Rückgang in der angeführten Periode konstatiren können, so fällt für Deutschland das Schwanken der Zahlen auf. Es spielen eben die wechselnden Erwerbsverhältnisse, momentane Hebung oder andererseits auch wieder größere Unsicherheit der wirthschaftlichen Lage, guter oder schlechter Ausfall von Ernten &c. gerade hier eine bedeutsame Rolle. Dies erkennt man sofort, wenn man sich die folgenden Daten etwas näher betrachtet.

Abhängigkeit der Eheschließungen von den Erwerbsverhältnissen.

Es kommen auf 1000 Einwohner im deutschen Reiche zur Zeit des Milliardenschwindels, der Hebung der wirthschaftlichen Lage im Jahre 1872 20,6 Neuvermählte; während der Theuerungszeit 1881 jedoch nur 15,0; und wie die Preise für Lebensmittel wieder etwas abgefallen waren, in den Jahren 1887 und 1888 15,6 Neuvermählte.

Geht man über die Grenzen eines Landes hinaus, so kann man auch innerhalb kürzerer Perioden die Tendenz des allgemeinen Sinkens der Eheschließungen erkennen; hierfür ist die folgende Tabelle sehr instruktiv.[80])

[78]) Jahrb. f. amtl. Statistik des preuß. Staates, V. Jahrg., 1883.
[79]) Statistisches Jahrb. f. d. Deutsche Reich, XI. Jahrg., 1890.
[80]) Neue Zeit, Bd. II., 1884, pag. 254.

Die Zahl der Ehen auf 10 000 Personen war:

	1872	1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879
England u. Wales	87	88	85	84	83	79	76	72
Deutschland	103	100	95	91	85	80	77	75
Frankreich	98	89	83	82	77	75	75	76
Belgien	77	77	76	72	72	68	67	68
Holland	83	86	84	83	82	81	77	76
Oesterreich	93	93	89	84	81	74	74	76
Italien	75	80	77	84	81	77	70	75

Wechselbeziehungen zwischen Eheschließungen und außerehelichem Geschlechtsverkehr — Prostitution.

Nun ist es aber eine nur zu bekannte Erscheinung, die gar keines Beweises bedarf, daß mit Erschwerung der Eheschließungen an die Stelle des ehelichen Geschlechtsverkehrs der außereheliche tritt. Darüber hilft keine Vogel-Straußpolitik und kein Schleier der Moral hinweg, damit muß man sich eben als mit einer Thatsache abfinden. Daß dies aber eine Thatsache ist, dafür nur ein einziger, aber durchschlagender Beleg.

Im Königreich Preußen kam von 1885/1889
eine Trauung auf 123 Einwohner,

im Königreich Bayern dagegen
eine Trauung auf 145 Einwohner.

Die Zahl der unehelichen Geburten betrug dafür
in Preußen 8,12 %
in Bayern 13,95 %

Die Prostitution steht nun in genau denselben Wechselbeziehungen zur Ehelosigkeit, wie die Zahl der unehelichen Kinder (wobei natürlich nicht gesagt ist, daß die Mütter der unehelichen Kinder auch gleichzeitig Prostituirte seien). Die Ursachen hierfür sind sehr einfache. Auf der einen Seite der mächtigste Naturtrieb, der nur durch die furchtbarsten Opfer an Gesundheit und Lebensglück einzudämmen ist, auf der anderen Seite zahlreiche Ehehemmnisse, während im Hintergrunde die ökonomische Zwangslage immer neue und neue Frauen- und Mädchenopfer dem Minotaurus Prostitution als Opfer vorwirft und den Männern einen billigen Ersatz für die Ehe liefert.

Ursachen, welche die Prostitution erzeugen und befördern.

Gelegentlich der Besprechung der Wohnungsverhältnisse (cfr. pag. 58) und der Lebenshaltung (cfr. pag. 37) hatten wir wiederholt Gelegenheit genommen, auf die ursächlichen Momente hinzuweisen, welche die Entstehung der Prostitution **begünstigen**, sie mit **Nothwendigkeit hervorrufen**.[81]) Schon der Stand der Eltern

[81]) In einer Veröffentlichung des Statistikers der Stadt Leipzig, Prof. Dr. Hasse, „Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Leipzig" finden wir folgende Angaben:

„Im hinteren Seitengebäude eines Hauses der . . . . gasse, part., 6 Quadrat-

der Prostituirten giebt Aufschluß, daß diese sich überwiegend aus denjenigen Gesellschaftskreisen rekrutiren, die unter den ungünstigsten wirthschaftlichen Verhältnissen leben. Das Berliner Polizeipräsidium stellte 1871 bis 1878 eine genaue Ermittelung über die Eltern der damals vorhandenen 2224 eingeschriebenen Prostituirten an. Dem Stande nach gehörten die Eltern an:

Aus welchen Kreisen rekrutiren sich die Prostituirten?

Handwerkern . . .	bei 1015	= 47,9	Proz.	Prostit.
Fabrikarbeitern . .	„ 467	= 22,0	„	„
Kleinen Beamten .	„ 305	= 14,4	„	„
Handel und Verkehr	„ 222	= 10,4	„	„
Landwirthschaft ꝛc. .	„ 87	= 4,1	„	„
Militär	„ 26	= 1,2	„	„
Nicht zu ermitteln .	„ 102			
	2224 Prostituirte.			

Dem vorherigen Erwerb nach aber waren die Prostituirten:

Dienstmädchen	794	= 35,7 %
Fabrikarbeiterinnen	355	= 16,0 %
Hausindustrie und Ladengeschäft . .	936	= 42,0 %
Aufwärterinnen in Verkaufslokalen .	139	= 6,3 %
	2224	= 100 %

In diesen wenigen, aber charakteristischen Zahlen liegt die Grundursache der Prostitution; aber diese Thatsachen können nicht mehr überraschen, nach dem, was wir früher über das durchschnittliche Einkommen der Arbeiterinnen, cfr. pag. 48 ff., gesagt haben. Die Frau kann eben nicht von ihrem Lohne leben; und es ist eine zwar grausame, aber darum nicht minder unbestreitbare Thatsache, daß man die Prostitution als einen Zusatz zum Lohne auffassen muß, daß zahlreiche Geschäftsinhaber mit diesem „Nebenverdienst" bereits bei der Fixirung der Löhne rechnen.[82])

---

meter Fläche, wohnen 5 Personen und 2 Kostgänger am Tage und schlafen 3 Personen, während 2 im Hausflur nächtigen.

Ferner:

In jeder halben Etage eines Hauses der . . . . -straße wohnen 4 Familien. Im ganzen Hause ist ein sehr unangenehmer Geruch, weil die Abtritte fast niemals zugedeckt werden. In einer Wohnung, bestehend aus nur 1 zweifensterigen Stube nach der Straße heraus, im Preise von 120 Mk., wohnt 1 Mann mit Frau und 4 Kindern.

Dann noch:

In einer Wohnung eines anderen Hauses der . . . . -straße, mit 2 zweifensterigen, 2 einfensterigen Stuben, Küche und finsterer Kammer, wohnen in 1 zweifensterigen Stube: 1 Fräulein mit Kind, in der anderen zweifensterigen Stube (in welcher 5 Betten und 1 Sofa stehen) der Wohnungsinhaber nebst Familie, in der einen einfensterigen Stube wohnt 1 Familie mit 2 Kindern, in der anderen einfensterigen Stube ein Kellner und eine ihm fremde Frau.

Und:

Manche ehrliche Leute, besonders Familien mit Kindern, klagen, daß sie ihren Vorsaal mit Prostituirten theilen müssen."

[82]) Wer mehr darüber zu erfahren wünscht, schlage Bebel's „Frau" pag. 154, IX. Auflage, nach.

In den bereits früher angezogenen „Ergebnissen der von den Bundesregierungen angestellten Ermittelungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche ꝛc.“[83]) heißt es ausdrücklich bezüglich der Berliner Wäschearbeiterinnen: — — „Bei Arbeiterinnen bildet, so lange sie sich nicht der Prostitution ergeben haben, die Kartoffel das hauptsächlichste Mittel der Ernährung; auf das Mittagessen kann nach ihren eigenen Angaben nicht mehr als ein Betrag von 20 ₰ verwendet werden.“ Sehr treffend fügt Dr. B. Schoenlank in seiner Besprechung der Regierungsenquête hinzu: „Also Arbeit und Prostitution, abscheulichste Ernährung, wenn nicht zur industriellen die sexuelle Exploitation tritt!“

„So wie die Dinge liegen, ist die Prostitution für diejenigen Arbeiterinnen, die keine anderweitige Unterstützung haben, die einzig mögliche komplementäre Erwerbsmethode, falls sie es nicht vorziehen, Hungers zu sterben. Das wird auch in der reichsamtlichen Publikation ziemlich offen zugegeben.“ —

„Wer zur Bereicherung der ohnehin schon Reichen — schreibt die „Volks-Ztg.“ — die Lebensmittel vertheuert, der befördert die Prostitution! Wer jauchzend Beifall ruft, wenn die friedlichen Bestrebungen der Handarbeiterinnen zur Hebung ihrer Lebenshaltung mit dem Polizeiknüppel niedergeschlagen werden, der befördert die Prostitution!“ Und — können wir hinzufügen — wer seinen Nächsten arbeiten läßt, um sich selbst dem Wohlleben hinzugeben, der befördert die Prostitution! —

Wenn man aber den soeben angeführten Daten noch nicht volle Beweiskraft beimißt, so müssen doch die folgenden Nachweisungen, welche sich mit den unmittelbaren Ursachen der Prostitution für das einzelne Individuum beschäftigen, auch dem verbohrtesten Leugner des sozialen Elends darüber die Augen öffnen, daß die Grundursachen der Prostitution Noth und Elend sind.

Parent Duchatelet theilt mit, daß unter 5183 Prostituirten in Paris waren:

1425 Konkubinen, welche von ihren Liebhabern verlassen wurden,
404 durch Militärs Verführte und nach Paris Geflüchtete,
289 von ihren Herren geschändete Dienstmädchen,
1441 die aus Noth und Elend sich der Prostitution in die Arme warfen,
1225 Hülflose, welche elternlos aufgewachsen waren,
37 die zur Erhaltung der Eltern,
29 die zur Unterhaltung jüngerer Geschwister,
23 die zur Erziehung der eigenen Kinder sich preisgaben.

[83]) Siebente Legislaturperiode. I. Session 1887, Dritter Band. Erster Anlageband, Nr. 1 bis 87 der amtl. Druckschriften des Reichstages enthaltend, Berlin 1887.

Sehr treffend sagt Dr. Kühn in seiner „Prostitution des XIX. Jahrhunderts“: „Wie schön läßt es sich in den Salons beim warmen Kamin moralisiren! Man lasse die Töchter reicher Leute einmal herabsteigen von dem weichen Lager ihrer Pfühle auf den harten Boden des Elends und sie sind sicher noch eher verloren, als das Dienstmädchen, über das sie noch eben die Nase gerümpft haben.“

Die sozialen Mißverhältnisse erzeugen die Prostitution, — sie ist ein soziales Uebel! —

Welche Klasse macht nun den meisten Gebrauch von der Prostitution? — Die reichen, die wohlhabenden Leute, denn sie allein sind in der Lage, die Kosten für die Prostituirten aufzubringen. Aus welcher Klasse rekrutiren sich die Prostituirten? — Aus dem Proletariat, denn die Mehrzahl der Prostituirten besteht aus Töchtern der Arbeiter, der kleinen Handwerker, Krämer und der Allerärmsten der Gesellschaft. — Von 3084 Prostituirten fand Parent Duchatelet nur drei Bemittelte mit einem jährlichen Einkommen von 300 bis 1000 Franks! — Also nicht frivole Genußsucht des weiblichen Geschlechtes wirft ihre Netze aus, um die armen widerstandsunfähigen Männer zu fangen, sondern die harte Noth des täglichen Lebens. „Wer noch nie gehungert, mag ja nie darüber reden, wie ein Anderer versucht hat, den Hunger zu stillen.“

Die Arbeiterinnen sind willenlos den Unternehmern unterworfen.

Aber die Frage der Prostitution hat noch ein anderes Gesicht, aus dem die ganze Frivolität der Bourgeois-Gesellschaftsordnung herausschaut. Das ist die Thatsache, daß die arbeitenden Frauen und Mädchen fast keinen höheren Rang, als den von Sklavinnen einnehmen, von Sklavinnen, die willenlos den Lüsten ihrer Herren dienen müssen.

Hier sind zwei Fälle, die geradezu typisch für die privatkapitalistische Wirthschaftsweise sind, und die sich nach Belieben in's Ungemessene vermehren ließen.

Der Erstere ist der lakonische Bericht einer Gerichtsverhandlung aus Mühlhausen i. E.:

> „Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen die 17 Jahre alte Fabrikarbeiterin Marie Mooßmann aus Niedermorschweiler und den 60 Jahre alten Fabrikmeister und Wirth Sebastian Haß verhandelt. Erstere wird wegen Versuchs der Abtreibung der Leibesfrucht unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten verurtheilt. Gegen Haß wird wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen auf eine Gefängnißstrafe von drei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren erkannt. Erschwerend kam für Haß in Betracht, daß er seine Stellung als Meister nicht nur der Mooßmann, sondern auch anderen Fabrikarbeiterinnen gegenüber mißbrauchte, daß er diejenigen

Mädchen, die nicht wollten wie er, zum Verlassen der Fabrik gezwungen oder veranlaßt hat."

Und einen anderen charakteristischen Fall brachte der „Vorwärts" zur Kenntniß:

„Ein Arbeitgeber hatte sich, wie durch die Akten der Staatsanwaltschaft erwiesen wurde, an der Frau eines Arbeiters vergangen, wurde aber nicht zur Strafe gezogen, weil die Frau nicht geschrieen, nicht um Hülfe gerufen hatte. Und die Frau erklärte, sie habe nicht gewagt zu schreien, um Hülfe zu rufen, weil sie gefürchtet hätte, dann ihre Arbeit zu verlieren.

Eine Arbeiterfrau, welche die schmutzigsten Angriffe ihres Arbeitgebers dulden muß, weil sie fürchtet, sonst brotlos zu werden! — das ist die Leibeigenschaft des Weibes in ihrer schmachvollsten Form; — sie muß ihren Leib dem modernen Feudalherrn preisgeben, wenn sie nicht Hungers sterben will! —

Die Prostitution ein nothwendiges Uebel!

Und nun die andere Seite der Prostitution. —

Von bürgerlichen Sozialphilosophen wird die Prostitution immer als nothwendiges Uebel der Gesellschaft aller Gesellschaftsformen hingestellt, und zwar nothwendig zu dem Zwecke, um die „sittlichen" Familienkreise vor Verführung zu schützen; — daß die sittlichen Familienkreise keine anderen sind, als die der Bourgeoisie, ist natürlich ohne Weiteres einleuchtend.

„Die Logik der Bourgeoisie ist eben überall dieselbe. Das Laster befördert die Tugend und das Elend befördert den Nationalwohlstand. „Ohne Prostitution ist die Tugend unhaltbar," „der Fonds von menschlichem Glück wird durch die Armuth sehr befördert," so rufen unisono die Vertheidiger der modernen Gesellschaft. Ihr Glück ist ihnen gleichbedeutend mit dem Glück des Volkes. Sie machen den Proletarier zum Lastthier, damit er ihren Beutel fülle; sie machen die Töchter des Proletariates zu feilen Dirnen, weil sie hoffen, dadurch ihre eigenen Weiber ungestört genießen zu können, und wenn ihre Beutel gefüllt, wenn ihre Weiber tugendhaft sind, dann preisen sie das Glück und die Sittlichkeit des Volkes."[84])

Das Loos der Prostituirten ist dem Loose der Frau des Proletariers vorzuziehen.

Wir wollen freilich nicht anstehen, zu behaupten, daß das Loos einer Prostituirten, so lange sie jung und hübsch ist, dem Loose einer ehrbaren Proletarierfrau vorzuziehen ist; — hier genießt die Tochter aus dem Proletariat wenigstens eine kurze Reihe von Jahren hindurch eine Art von Glück — wenn dessen Glanz auch blos Flittertand ist — während ihr Leben als Gattin selbst des bestsituirten Proletariers doch nur eine endlose Reihe von Leiden ohne Sonnenschein, ohne Hoffnung auf Befreiung aus dem Joche ist. Freilich ist diese Thatsache so trostlos und zugleich so brutal,

---

[84]) Kautsky, Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. Wien 1880.

wie die andere Thatsache, daß die Gefangenen in deutschen Gefängnissen ein weitaus besseres Loos haben, als Tausende und Hunderttausende von freien Arbeitern, die keinen Ort besitzen, wo sie ihr Haupt niederlegen sollen, keinen Bissen Brot, um ihren Hunger zu stillen.

„Ein Leben voller Bewegung," sagt Parent Duchatelet, „geschlechtlicher Thätigkeit und äußerer Abwechselung ist weit gesünder als der Zwang, die harte Arbeit und die animalische Erstarrung, die unseren unglücklichen Näherinnen auferlegt sind."

Die Konsequenzen des Cölibates beim weibl. Geschlecht.

Und dann ist auch wieder das Loos der Prostituirten dem Loose jener armen unglückseligen Geschöpfe vorzuziehen, die nie in ihrem Leben Liebesglück genossen. Alle verständigen Aerzte stimmen in dem Urtheil überein, daß die moralische Enthaltsamkeit der Weiber ein Vergehen gegen die Natur ist, das nicht selten durch die scheußlichsten Krankheiten gerächt wird.

Hegewisch, der Malthus' Werke in's Deutsche übertragen hat, führt aus: „. . . . gewiß ist es, daß tugendhafte Enthaltsamkeit der Weiber kein geringes, ursächliches Moment zur Erzeugung der furchtbaren Metamorphosen der Brüste, der Eierstöcke und der Gebärmutter abgiebt. Diese Uebel sind beinahe unter allen die quälendsten, da sie von Systemen, die den Zentralpunkten des individuellen Lebens weniger verwandt sind, ausgehen, die Kranken schier von unten auf rädern. Die unglücklichen Opfer dieser Uebel, meist ausgezeichnete Frauenzimmer, die trotz des schwierigsten Kampfes mit einem glühenden Temperament obsiegten, mögen leicht unter allen empörenden Schauspielen das Empörendste darbieten. Auf einsamem Lager härmt sich das verlassene Mädchen, die frühzeitige Wittwe, und statt der geziemenden Lilie schießt aus dem keuschen Busen ein giftiger, scheußlicher Pilz (vielmehr Carzinom) hervor, daß sie, sich selbst und Anderen ein Greuel, unter empörenden Martern während anklagender Zweifel der Umstehenden den besseren Geist aushauchen muß."*)

Diesen Leiden gegenüber erscheint das Uebel der Prostitution denn doch noch das geringere, wie scheußlich es auch ist, wie sehr es auch am innersten Mark der Volksgesundheit, der Sittlichkeit zehrt, denn wir stehen nicht auf dem christlich-asketischen Standpunkte, daß die Leiden, die man durch Selbstkasteiung auf sich nimmt, zum höheren Ruhme Gottes dienen, daß das Martyrium von dieser Welt auf jener Welt vergolten werden wird.

Wenn sich also die Prostitution als Begleiterscheinung des sozialen Elends manifestirt, als nothwendige Konsequenz der Privatwirthschaft, so wird sie auf der anderen Seite selbst wieder zur

*) Kautsky l. c. pag. 85.

Die Prostitution wird selbst zur Ursache einer Reihe gesellschaftlicher Schäden.

Ursache einer Reihe von Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens, die dessen ganzen Moderduft, dessen ganze innere Brutalität enthüllen. Wir brauchen, um dies zu erweisen, nicht auf die Zwitterstellung hinzuweisen, in der sich der Staat befindet, der auf der einen Seite die Nothwendigkeit der Prostitution anerkennt, indem er durch Einführung der ärztlichen Kontrole die Prostituirte zur gestempelten Waare macht, auf der anderen Seite aber die Prostitution durch Polizeimaßregeln zu erwürgen sucht, allerdings nur mit dem Erfolg, daß für jeden abgeschlagenen Kopf der Hydra zwei neue Köpfe wachsen. Wir brauchen auch nicht auf das aus der Prostitution, vor Allem aus der Straßenprostitution, sich ergebende Zuhälterwesen hinzudeuten, um die Gefahren, welche durch die Prostitution für Staat und Gesellschaft erwachsen, evident zu machen.

Aber die Prostitution vergiftet nicht blos moralisch, sondern nur allzu verheerend auch physisch die Volksgesundheit. Wir werden die beiden verschiedenen Wirkungen, die ihrerseits die Prostitution hervorbringt, gesondert zu betrachten haben.

Moralische Schädigungen durch die Prostitution.

Die Prostituirten sind nicht blos der Abflußort der Lüste Unverheiratheter, sondern, da eine überwiegende Zahl von Ehen unter den Besitzenden aus allen anderen Motiven, nur nicht aus Liebe, geschlossen werden, auch der der Verheiratheten. Die Käuflichkeit der Liebesfreuden entwürdigt den Genuß; der Mann lernt in dem Weibe immer mehr nur ein Mittel, seine Lüste zu stillen, kennen; jede höhere Achtung vor dem Weibe geht ihm verloren, seine Denkweise wird frivol und zynisch, sein Charakter immer gemeiner. Wer Gelegenheit hat, die Jugend der großen Städte kennen zu lernen, muß, wenn er von ihrer Gesinnung nicht auch schon angesteckt ist, erschrecken über die Brutalität und Gemeinheit ihrer Denk- und Sprechweise. Der einzige Gesprächsstoff unserer jeunesse dorée besteht in unfläthigen Zoten und in der Erzählung von Obscönitäten; man prahlt mit Thaten, deren beschuldigt zu werden einem anständigen Menschen das Blut in's Gesicht treiben müßte. Der Umgang mit Prostituirten demoralisirt und verwildert die Jugend, deren Sittlichkeit er bewahren soll, er erstickt in ihr jedes edlere Gefühl.

Bei der Prostituirten lernt der junge Mann die ersten Liebesfreuden kennen, bei ihr erwirbt er sich den blasirten Ekel vor dem Weibe, vor der Ehe. Gezwungen geht er diese ein, — und mit einem Auge schielt er nach der Dirne. Die Stillung seiner geschlechtlichen Bedürfnisse wird immer roher, immer brutaler, immer viehischer; Alkohol und Geld machen ihm das käufliche Mädchen zu Allem gefügig. Seine sexuellen Triebe werden immer perverser. Ganze Bände von unnatürlichen Obscönitäten könnten die Wände der Lupanarien erzählen, wenn sie reden könnten. — Und der Rest?

Entweder das Irrenhaus oder das Zuchthaus nehmen den entarteten Wüstling, den kinderschänderischen Roué auf; — das ist das psychische Gift, welches die Prostitution ausstreut und welches immer kräftiger keimt, wie das stete Anwachsen von unnatürlichen Geschlechtsexzessen, das Anwachsen von Nothzuchtvergehen deutlich genug bekundet. — Aber diese grausige Erscheinung tritt nicht so kraß zu Tage, daß sie auch dem blödesten Auge auffiele, darum preisen die beschränkten Köpfe die Unsittlichkeit als eine Förderin der Tugend!

Auf einem anderen Gebiet jedoch, dem der physischen Vergiftung, sind die schädlichen Einflüsse der Prostitution so offenkundig, daß sie sogar schon den Reichstag beschäftigt haben.

Physische Schädigungen der Gesellschaft durch die Prostitution.

Die Prostitution ist die erste und hauptsächlichste Quelle jener scheußlichsten aller Krankheiten, die man unter dem Sammelnamen „Geschlechtskrankheiten" zusammenfaßt, — und die so intensive Ausbreitung gewonnen haben, daß der Wiener Professor Billroth nicht so ganz ohne Unrecht im Kolleg sagen konnte: „Meine Herren, wir sind alle mehr oder weniger syphilitisch."

Es ist schwer, ein auch nur annähernd richtiges Bild von der ungeheuren Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten zu gewinnen; denn in keinem Staat, außer in Dänemark, besteht für die Aerzte die Anzeigepflicht von Geschlechtskrankheiten.

Umfang der Geschlechtskrankheiten.

In Kopenhagen nahmen unter spezieller Berücksichtigung der Syphilis die venerischen Krankheiten folgendermaßen zu:

	Bevölkerung	Venerische Krankheiten	darunter Syphilis
1874	196 000	5505	836
1879	227 000	6299	934
1885	290 000	9325	1866

Unter dem Personal der Flotte in Kopenhagen stieg die Zahl der venerischen Krankheiten innerhalb der erwähnten Periode um 122,4 Prozent, im Heere für die gleiche Zeit sogar um 227 Prozent.[85])

In Paris betrug die Zahl der an Geschlechtskrankheiten behandelten Personen in den Spitälern du Midi, de Lourcine und de St. Louis von 1872 bis 1888: 118 223, worunter 60 438 an Syphilis litten.[86])

In England nahm die Zahl der Todesfälle an Syphilis von 1861 bis 1884 um 84 Prozent zu.

In Preußen kamen in den allgemeinen Heilanstalten zur Behandlung wegen:

[85]) Dr. Giersing: Die venerischen Krankheiten in Dänemark. Genf 1889.

[86]) Bericht der Gesundheitskommission über die Organisation bezüglich der Prostitution in Paris, gerichtet an den Pariser Gemeinderath 1890. Cit. in Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1891, pag. 160.

	Gonorrhoe (Tripper)	Syphilis[87])
1877	3560	12 770
1878	3973	15 494
1879	4282	16 269
1880	4744	16 915
1881	5486	17 846

In den europäischen Heeren giebt es beständig 72 000 Mann täglich, die an venerischen Krankheiten leiden und keinen Dienst thun können. (R. Tölpy.)

Dieses Wachsthum ist erschrecklich, und schon eine einfache Ueberlegung muß es sagen, daß über kurz oder lang die ganze Gesellschaft von dem Gift der Syphilis, der venerischen Krankheiten durchseucht sein muß, da alle Gesellschaftsschichten in gleicher Weise darunter zu leiden haben.

Es würde zu weit führen, die Folgeerscheinungen der verschiedenen venerischen Krankheiten für die leidenden Individuen und vor Allem für die Nachkommenschaft zu beleuchten; aber alle einsichtigen Sozialpolitiker sind sich darin einig, daß in der stetigen Ausbreitung der venerischen Krankheiten eine furchtbare Gefahr für die ganze Gesellschaft droht, bilden sie doch ihrerseits selbst wieder eine Hauptquelle der Entartung der Rasse.

Polizeiliche Kontrole, Wirkungslosigkeit derselben.

Anstatt daß nun aber gegen diese drohende Gefahr die einzig wirksame Waffe geschwungen werde, daß man die Quelle der Prostitution selbst verstopft, die kapitalistische Wirthschaftsweise beseitigt, wird mit Pflästerchen und allerlei Mixturen an dem Uebel herumkurirt.

Das erste Mittel, das man ergriff, um diese scheußlichen Wirkungen der Prostitution zu beseitigen, war die Einführung polizeiärztlicher Kontrole der Prostituirten.

Alle acht Tage unterwarf man die öffentlichen Dirnen einer ihre weibliche Würde auf das Schmachvollste verletzenden ärztlichen Untersuchung. Diese Untersuchung sollte angeblich den Männern eine Garantie vor der Gefahr der Ansteckung gewähren; aber der beabsichtigte Zweck wurde durchaus nicht erreicht.

Die Gründe hierfür sind verschiedener Art. Zunächst gewährt die wöchentlich einmalige Untersuchung der Prostituirten nicht den geringsten Schutz. Abgesehen davon, daß die Untersuchung nur eine ganz oberflächliche sein kann, wenn in einer Stunde bis 100 und mehr Mädchen „abgefertigt" werden müssen, kann doch unmittelbar nach geschehener Untersuchung die Dirne venerisch angesteckt werden und überträgt bis zum nächsten Kontroltage das Gift auf alle ihr in der Zwischenzeit beiwohnenden Männer, außerdem aber macht

[87]) Jahrb. für die amtl. Statistik des preuß. Staates, 1885.

die durch die Kontrole anscheinend garantirte Sicherheit vor Ansteckung die Männer um so unvorsichtiger — und dadurch häuft sich die Zahl der Ansteckungen. —

Weiter aber sind die unter ärztlicher Kontrole stehenden Dirnen doch nur ein verschwindender Bruchtheil der Prostituirten überhaupt. Die größte Zahl der Weiber entzieht sich der Kontrole, und vor Allem spielt die fluktuirende Prostitution eine große Rolle, d. h. die Zahl derjenigen Mädchen und Frauen, die nur vorübergehend, zu Zeiten kritischen Erwerbes zur Prostitution als einem Nebengewerbe ihre Zuflucht nehmen*) und gerade unter diesen Mädchen sind venerische Krankheiten häufiger als unter den berufsmäßigen Dirnen; denn diejenigen Personen, die einmal eine Syphilis durchgemacht haben, sind gegen weitere Ansteckungen direkt gefeit, während die heimlichen Prostituirten aus leicht begreiflichen Rücksichten eine ärztliche Behandlung scheuen, und damit nur immer weitere Kreise mit ihrem Gifte infiziren.

Einen wirksamen Schutz vor Ansteckung gewährt also die Kontrole einzelner weniger Dirnen keinesfalls, und deshalb wird gerade in der Gegenwart nach neuen Maßregeln gefahndet, um dem gräßlichen Uebel der venerischen Krankheiten zu steuern. Die Schutzmaßregeln, die vorgeschlagen werden, machen allerdings den Polizeiärzten alle Ehre, zeugen aber von nichts weniger als von sozialpolitischer Einsicht.

Zunächst will man, um die Kontrole zu erleichtern, die Straßenprostitution in einzelne staatlich konzessionirte Häuser zusammenpferchen — als wenn das Laster verschwunden wäre, wenn es nicht mehr geschminkt im vollen Tageslicht der Straße zu erblicken ist! —

Andere verlangen die tägliche Untersuchung der Prostituirten — auch ein gedankenloser Vorschlag, denn eine Prostituirte kann, ohne selbst infizirt zu werden, das Gift indirekt von einem Mann auf den Anderen übertragen. —

Verschiedene Vorschläge zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Besonders charakteristisch aber ist der Vorschlag des belgischen Arztes Thiry, der eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung „nicht nur auf die Mannschaften der Kriegs- und Handelsmarine, sondern auch auf die Arbeiter der großen industriellen Etablissements“ ausgedehnt wissen will. Freilich, der Gedanke ist so dumm nicht — die Untersuchung der Männer, jedesmal, wenn sie ein Lupanar besuchen, wäre von weit größerem Erfolge begleitet als die Untersuchung der Mädchen — aber alle Männer sollen ja beileibe nicht untersucht werden, nur die Arbeiter.

Die Arbeiter sollen auf den sozialen Standpunkt der Dirnen degradirt werden! Das ist ein Vorschlag, ganz aus der Seele der

*) In Berlin sind zirka 6000 Mädchen unter Kontrole, während die Gesammtzahl der Prostituirten auf 40 000 geschätzt wird.

bürgerlichen Moral, die den Arbeiter bei jeder Gelegenheit als Menschen zweiten Ranges betrachtet. Und doch wissen diese Herren sehr wohl, daß die besten Kunden der Prostituirten nicht die Arbeiter, sondern die jeunesse dorée, ihre eigenen Söhne sind. — Sehr richtig bemerkt der „Vorwärts", daß sich in den Statuten von Studentenverbindungen eine Bestimmung findet, daß sich Syphilitische nicht auf Schläger und Säbel schlagen dürfen. „Gesetze werden doch nur erlassen, wenn ein bestimmter Thatbestand dazu nöthigt. Und wenn unter mensurenfrohen Korpsburschen in feierlicher Sitzung die Senioren-Konventberichte verlesen werden, so herrscht verständnißvolle Heiterkeit, wenn es heißt: Korpsbursche N. N. giebt bis auf Weiteres auf blanke Waffen keine Satisfaktion . . ."

Die Syphilis zerstört auch die bürgerliche Familie, aber keine Polizeireglements werden die Syphilisation der Gesellschaft, die Prostitution der Proletarierinnen aufhalten, wenn das Uebel nicht bei der Wurzel gefaßt wird.

Freilich sind auch hier die sozialpolitischen Pflästerchen-Doktoren mit einer Lösung dieser Frage schnell bei der Hand: „Laßt doch die Prostituirten, die erwerbslosen Proletarierinnen, Dienstmädchen werden!" Was die Welt wohl mit den tausenden und abertausenden Dienstmädchen anfangen sollte, wo heut schon ein Ueberangebot von Dienstmädchen vorhanden ist! Freilich, weiter als bis über die Nasenspitze sehen diese Herren nicht. Haben die Herren einmal eine Dirne gerettet dadurch, daß sie diese als Dienstmädchen unterbrachten, so glauben sie dies mit Allen thun zu können, und doch hält bei der immer weiter um sich greifenden Ehelosigkeit die Nachfrage nach Prostituirten mit dem durch Arbeitslosigkeit, durch kritische Erwerbsverhältnisse erzeugten gesteigerten Angebot gleichen Schritt. — Wir sind sogar der Ansicht, und die oben angeführten Zahlen beweisen dies direkt, daß in dem Dienstmädchenunwesen, der modernen Sklaverei in seiner krassesten Form, eine der Hauptquellen der Prostitution zu erblicken ist. Nein, alle diese Vorschläge sind nur Gedankenprodukte von Kleingeistern, welche die soziale Frage nie begriffen haben und niemals begreifen werden. — Lassen wir sie ruhig Festungsmauern mit Kinderpistolen beschießen, wir aber wollen auch diese Frage von Grund aus lösen und zwar auf die einzig mögliche Weise, durch die Sozialisirung der Gesellschaft. —

Von der Prostitution zum Verbrechen ist nur ein Schritt; und thatsächlich ist die Prostitution — für die Dirne sowohl als ihre Zuhälter und Hauswirthe — die Vorstufe für das Zuchthaus.

Das Verbrechen.

Wenn es das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung ist, aus dem Milieu, aus den bestehenden gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Zuständen heraus die Nothwendigkeit des Eintretens gesellschaftlicher Ereignisse zu deduziren, das Auftreten bestimmter typischer Eigenschaften bei dem Individuum herzuleiten, so muß sich auf diesem Wege auch das Auftreten des Verbrechens und vor Allem das Auftreten bestimmter Formen desselben herleiten lassen.

Da nun für die ganze Kulturperiode der Menschheit das Privateigenthum die typische Erscheinung ist, so wird es nicht auffallen, daß, bei allem Schwanken des Begriffes „Verbrechen“, derselbe doch wesentlichen Aenderungen nicht unterworfen war.

Eigenthumsverbrechen, eine nothwendige Begleiterscheinung der Privatwirthschaft.

In der That sind auch, abgesehen von den Verbrechen gegen die Person — Mord, Todtschlag, Körperverletzung &c. — zunächst die Eigenthumsverbrechen nothwendige Begleiterscheinungen der Privateigenthumsverhältnisse, was wir noch näher beweisen werden.

Zusammenhang anderer Verbrechen mit der Gesellschaftsform.

Je mehr nun die Privatwirthschaft konsolidirte Formen annimmt, je weiter sie sich zur privatkapitalistischen Wirthschaftsweise ausbildet, desto mehr werden natürlich auch sekundäre Institutionen, die sich zum Schutz, zur Sicherung dieser Wirthschaftsform spontan entwickeln — die Monogamie, der Staat mit seinen Sondereinrichtungen &c. — von den kraft ihres Besitzes Stärkeren unter rechtlichen Schutz gestellt; desto mehr wird sich naturgemäß auch der Kreis der Verbrechensformen erweitern. Dieser Vorgang ist ohne weiteres einleuchtend. Die Besitzenden, Diejenigen, die sich im Genuß aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen befinden, haben allein ein „Recht auf Existenz“;*) die Besitzlosen genießen dasselbe nicht — trotz der diesbezüglichen Fiktion des preußischen Landrechtes. Der einfache Selbsterhaltungstrieb veranlaßt diese zu einem steten Ansturm gegen das einzig die Stärkeren schützende Recht; und dieser Ansturm ist eben das, was die im Besitz der Macht Befindlichen, Diejenigen, die zur Sicherung der Macht das Recht dekretirten, als eine Rechtsverletzung, als Verbrechen bezeichnen. — Das sind die einfachsten Beziehungen zwischen Gesellschaftsform und Verbrechen. Natürlich treten hierin die verschiedensten Komplikationen ein. — Je stärker die Besitzlosen, die Entrechteten, durch einen Zufall selbst werden, desto mehr modifiziren sie das von dem früher Stärkeren statuirte Recht, desto mehr Komplikationen entstehen in dem ursprünglich einfachen Eigenthumsrecht, dem Eherecht, dem

*) Vergl. das Kapitel: „Das Proletariat und die bürgerliche Rechtsordnung.“

Recht zum Schutz gesellschaftlicher Institutionen, desto größer und komplizirter wird der Kreis der Verbrechen.

Freiheit des Willens.

Einer philosophischen Schwierigkeit müssen wir allerdings von vornherein begegnen. Der Begriff des Verbrechens schließt den Willen zum Verbrechen in sich ein, während nach der unbedingten Wirksamkeit des Kausalitätsgesetzes doch nur von einem durch äußere oder innere Kräfte erzwungenen Eingriff in die Existenzrechte des Nächsten die Rede sein kann. Die Aufstellung des Begriffes eines absoluten Verbrechens ist demnach unmöglich, nur von relativen Verbrechen, nicht inwieweit es sich um das „verbrecherische" Subjekt, sondern um das Objekt handelt, kann gesprochen werden. Bei dem Verbrechen handelt es sich also in erster Linie nicht um das philosophische, sondern um das praktische Moment, und hier werden wir nachzuweisen haben, in welchem inneren Zusammenhange im Einzelnen Verbrechen und soziale resp. wirthschaftliche Verhältnisse zu einander stehen. —

Gesteht man die Richtigkeit der obigen Auseinandersetzungen zu, so wird man sofort eine absolute und relative Zunahme vor Allem der Eigenthumsverbrechen erwarten, da sich ja die privatkapitalistische Produktionsweise beständig zuspitzt. Ein solcher Nachweis ist jedoch, wie von vornherein gleich bemerkt sein mag, nicht zu erbringen. Einmal sind die vorhandenen Kriminalstatistiken zu unvollkommen und erstrecken sich auf zu kurze Perioden, so daß man einen vollgültigen Beweis aus ihnen nicht zu ziehen im Stande ist; andererseits aber muß man beachten, daß infolge technischer Umwälzungen — die Hauptursachen der Zersetzung der Privateigenthumsverhältnisse — wohl momentan, durch Erübrigung von Menschenkräften, die Gegensätze von Besitzenden und Besitzlosen sich zuspitzen, daß aber auf der anderen Seite durch eben diese technischen Umwälzungen neue Bedürfnisse geweckt, neue Industrien in's Leben gerufen werden, welche das Heer der überschüssig gewordenen Arbeiter zum Theil wieder aufsaugen, wodurch die sozialen Gegensätze sich in Einigem wieder etwas ausgleichen. Gleichzeitig mit diesen wirthschaftlichen Umwälzungen können aber noch andere wirthschaftliche Verhältnisse in Betracht kommen — guter Ernteausfall, milder Winter —, die ebenfalls dazu beitragen, die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen nicht so schroff erscheinen zu lassen. Die verschiedenen Momente, welche die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen hervorrufen, können sich dann in den verschiedensten Variationen kombiniren; bald tragen sie dazu bei, die Klassengegensätze bis zur Unerträglichkeit zuzuspitzen, bald sie zu mildern. Dies sind die Umstände, welche es verhindern, daß man aus den vorhandenen Daten der Kriminalstatistik sofort sichere Schlüsse ziehen kann, welche ein absolutes Ansteigen der Kurve der Eigenthumsvergehen, trotz des unzweideutigen Fortschreitens der

privatkapitalistischen Wirthschaftsweise, nicht deutlich erkennbar machen, ganz abgesehen von mehr zufälligen Momenten, wie Aenderungen im Strafsystem, Krieg zc., welche in dieser oder jener Hinsicht eine Aenderung im Prinzip des Strafens hervorbringen; denn man darf nicht außer Acht lassen, daß die Kriminalstatistik nicht alle Verbrechen registrirt, sondern nur die zufällig zur Kenntniß der Justiz gekommenen Fälle. Spezialisirt man aber, so gestattet doch die Kriminalstatistik sehr wohl einen Rückschluß auf die Beziehungen zwischen Verbrechen und wirthschaftlichen Zuständen, weil man dann die Wirksamkeit dieses oder jenes wirthschaftlichen Momentes leichter zu eruiren vermag.

Es ist nicht schwer, eine ganze Reihe von Erscheinungen des Gesellschaftslebens ausfindig zu machen, die mit dem gleichzeitigen Auftreten von Verbrechen in unmittelbarer Beziehung stehen, von denen sich mit einem ziemlichen Grade von Wahrscheinlichkeit behaupten läßt, daß sie miteinander in der Abhängigkeit von Ursache und Wirkung stehen, wenn dieselben beide in dem Grade ihres Auftretens eine gewisse Parallelität bekunden.

Freilich ist es andererseits durchaus verfehlt, auf der einen Seite das Auftreten von Verbrechen, auf der anderen Seite eine einzige materielle Ursache oder gesellschaftliche Erscheinung miteinander in direkte Beziehung zu bringen; der ganze Gesellschafts-Mechanismus ist dazu viel zu komplizirt; — und wenn auch bei jedem einzelnen Individuum Hunger und Liebe die Grundtriebe für sein ganzes Handeln sind, so spielen doch eine ganze Reihe von sekundären Eigenschaften von Charakter, Anlage und Temperament nicht blos bei dem Individuum, sondern, weil sich auch diese accessorischen Eigenschaften als Massenerscheinung einer größeren Gesellschaftsgruppe ausbilden, bei den Funktionen des Gesellschaftslebens eine bedeutende Rolle. — Die Statistik kann uns demnach nur dann auf den richtigen Weg zur Ermittelung der Ursachen des Verbrechens leiten — dasselbe gilt in gleicher Weise auch für andere gesellschaftliche Erscheinungen — wenn man nicht außer Acht läßt, daß dieselben die Resultate eines Parallelogramms von Kräften sind, oder mit anderen Worten, daß die statistischen Thatsachen zu Stande kommen durch das Zusammenwirken zahlreicher Einzelmomente, die sich gegenseitig auch so beeinflussen können, daß eine Wirkung die andere paralysirt, verwischt — oder aber auch wieder in's Unverhältnißmäßige steigert. Die Aufgabe des Statistikers ist es darum in erster Linie, durch Vergleiche, durch empirische Versuche die relative Wirksamkeit der einzelnen Komponenten zu ermitteln.

„Die Volkswirthschaft bedarf, so gut wie die Naturwissenschaft, sowohl der ableitenden Schlüsse aus gegebenen oder versuchsweise angenommenen Gesetzen, als auch der Schlüsse aus empirisch fest-

stehenden Thatsachen, und nur durch eine Verbindung beider Wege kann sie ihr Ziel erreichen."

Auf die Kriminalstatistik angewandt, bedeutet dies, daß man die Ursache der Verbrechen nur dann mit einiger Sicherheit zu ermitteln vermag, wenn man das einzelne Individuum nicht außer Acht läßt. Diesen Weg wollen wir bei unserer Untersuchung auch einschlagen; zunächst aber sollen die rein äußerlichen, oder wenn man will, „materialistischen" Ursachen des Verbrechens in Betracht gezogen werden, wobei wir die Frage unentschieden lassen, ob sie die Grundursachen oder nur die auslösenden Ursachen des Verbrechens sind, oder komponirende Momente von relativem Uebergewicht bilden.

Abhängigkeit der Verbrechen von den Witterungsverhältnissen.

Es kann heute nicht mehr bestritten werden, daß mit einer gewissen Regelmäßigkeit in den Wintermonaten eine Hochfluth in den Gefängnissen eintritt, die sich allmälig wieder mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit verläuft. Nach einer sehr umfangreichen Nachweisung Quetelet's ist es als sicher erwiesen, daß die Eigenthumsvergehen in den Wintermonaten, also zur Zeit erschwerter Erwerbsverhältnisse, die Verbrechen gegen die Person dagegen in den Sommermonaten die größten Zahlen aufweisen. — Das ist eine bedeutsame Thatsache, die auf eine äußere Wechselbeziehung zwischen Temperatur, resp. klimatischen Verhältnissen und Verbrechen schließen läßt.

Eigenthumsverbrechen und Preis der Lebensmittel.

Wie aber äußere Lebensverhältnisse und Verbrechen, speziell Eigenthumsverbrechen in unmittelbarer Wechselbeziehung zueinander stehen, erhellt deutlich aus der folgenden Tabelle, die für Deutschland gilt.

Jahr	Brotpreis*)	Erbsen	Kartoffeln	Rindfleisch für 1 kg in Pf.	Schweinefleisch für 1 kg in Pf.	Verbrechen gegen das Eigenthum	Auf 10 000 über 12 Jahre alte Bewohner	Diebstahl	Auf 10 000 über 12 Jahre alte Bewohner
	für 1000 kg in M.								
1881	198	251	43,5	114	128	—	—	—	—
1882	171	236	56,5	116	128	169 334	52,9	103 050	32,6
1883	155	241	45,5	120	128	164 590	51,0	99 633	31,6
1884	145	229	47,0	120	120	162 898	50,7	96 720	30,1
1885	147	212	38,0	119	120	157 275	48,6	90 398	27,9
1886	130	209	39,5	117	119	156 930	48,1	88 816	27,2
1887	135	198	41,0	113	115	154 745	47,1	85 407	26,0
1888	144	219	59,0	112	114	152 652	45,9	84 377	25,4
1889	162	209	42,0	117	128	165 621	49,3	93 356	28,1

*) Vergl. pag. 127, Anmerkung.

Ende 1881 hatten die Lebensmittel, vor Allem Brot, Erbsen, Schweinefleisch einen ganz exorbitanten Preis erreicht; während des Jahres 1882 folgte mit unerbittlicher Konsequenz darauf die Quittung mit der höchsten Diebstahlziffer, die in der ganzen Periode überhaupt erreicht wurde, mit 52,9 Verurtheilungen auf 10 000 über 12 Jahr alte Einwohner wegen Eigenthumsvergehen. (32,6 wegen Diebstahls.) Und nun das Gegenstück, in den Jahren 1886 und 1887 haben die Lebensmittel ihren niedrigsten Preis erreicht, sofort, in dem darauf folgenden Jahre, in dem dieser niedrige Preis erst zur Wirksamkeit kommen konnte, ist eine bedeutende Abnahme der Eigenthumsvergehen zu verzeichnen, nämlich nur 45,9 auf 10 000 (bezw. 26,0 wegen Diebstahls).

So könnte man Jahr für Jahr verfolgen und würde immer nur von Neuem die Bestätigung erhalten, daß die Höhe der Lebensmittelpreise einerseits, die Verbrechen gegen das Eigenthum andererseits in gleicher Weise steigende oder fallende Größe haben; die Quittung für die gewissenlose Brottheuerung in den Jahren 1889 und 1890; die Quittung auf den Nothstand im Jahre 1891 wird in den bisher noch nicht veröffentlichten Kriminalstatistiken erfolgen.

Noth lehrt eben nicht blos beten, sondern auch stehlen, das ist die Lehre, die man aus den angeführten Zahlen ziehen muß.

Mit aller Schärfe ließe sich diese Behauptung beweisen, wenn man nicht blos die Nahrungsmittelpreise, sondern auch die Witterungsverhältnisse und die Arbeitslosigkeit mit in Betracht zöge, was Lafargue in seiner Arbeit über die Kriminalität in Frankreich[88]) in gewissem Sinne thut, indem er auf die Bankerotte und auch auf die Entwickelung der Produktionsverhältnisse Rücksicht nimmt; aber beide Größen haben bei unserer mangelhaften Sozialstatistik noch viel zu wenig greifbare Gestalt, als daß man einwandsfreie Schlüsse auf dieselben bauen könnte. — Auch anderswo sind die gleichen Erscheinungen zu beobachten. Es kamen in Ungarn zur Anzeige:

Art der Verbrechen	Im Jahresdurchschnitt 1881—1885	1886—1887	Im Jahre 1888
Diebstähle	18944	17962	21080
Raub und Erpressung . .	354	361	411
Defraudation und Einbruch	2259	2329	2954
Unrechtmäßige Aneignung	1686	1714	2196

Vergleichen wir die Prozent-Zahlen der Diebstähle in den letzten Jahren mit dem Durchschnitts-Erträgniß der Mais- und Erdäpfel-Produktion per Hektar:

[88]) Neue Zeit VIII.

	In den Jahren							
	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
Wegen Diebstahls Verurtheilte	19,0	26,7	25,7	23,4	23,2	22,0	21,7	22,3
Mais-Erträgniß per Hektar	16,1	20,0	16,8	17,2	20,5	15,5	14,2	18,0
Erdäpfel-Erträgniß per Hektar	81,8	110,7	109,9	80,1	92,0	77,2	79,0	85,4

Das Sinken der Diebstähle 1885 ist wohl auf die in diesem Jahr überaus gute Erdäpfel-Produktion zurückzuführen, sowie die ungewöhnliche Zunahme der Diebstähle im Jahre 1888 ganz gewiß mit dem Mißrathen des Mais und der Erdäpfel in innigem Zusammenhange steht. —

Und nun noch einige weitere Beläge für den Zusammenhang zwischen wirthschaftlichen Verhältnissen und Eigenthumsdelikten.[89])

„Im Jahre 1846 standen in Frankreich 31 768 Individuen wegen Diebstahls vor Gericht, im Theuerungsjahr 1847 stieg die Zahl auf 41 626; sie ging 1848 auf 30 000 herab. — Im Jahre 1834 betrug die Zahl der Verhaftungen wegen Verbrechen in England 22 451; in den beiden nächsten Jahren sanken die Getreidepreise und es ergab sich gleichzeitig mehr Arbeits- und Verdienstgelegenheit; da sank auch jene Zahl; 1837 Steigen der Lebensmittelpreise, Handelskrise: — 2600 Verhaftungen mehr. Von 1837 bis 1841 Fortdauer hoher Preise, schwacher Handel, allmäliges Ansteigen der Verhaftungen auf 31 309. 1842 begann Peel die Zollreformen; von 1842 bis 1846 kostete der Quarter Weizen nur 54 Shillinge; viele Eisenbahnbauten, befriedigender Handelsverkehr; — Verminderung der Verhaftungen auf 24 bis 25 000; — 1847 Geschäftskrise, 28 838 Verhaftungen; 1848 sogar 30 249. Nun Abschaffung der Kornzölle, Verminderung der Lebensmittelpreise — ungeachtet der Zunahme der Bevölkerung blos ein Gleichbleiben der Verbrecherzahl.

1853: 27 057 Verhaftungen, der Quarter Weizen kostet 53 Shillinge;
1854: 29 359 Verhaftungen, der Quarter Weizen kostet 72 Shillinge 7 Pence.

Und der Strafanstaltsdirektor Krohne, gewiß eine kompetente Persönlichkeit, erklärte in einem Vortrag: „*Die Verbrechen gegen das Eigenthum haben ihre weiteste Ursache in einer momentanen oder dauernden materiellen Noth.*"[90]) Die Richtigkeit dieser Behauptung erhellt deutlich aus den angeführten Thatsachen.

Daß die materielle Noth eine unmittelbare Konsequenz aus der privatkapitalistischen Produktionsweise ist, bedarf nach dem Vorhergegangenen wohl kaum noch eines besonderen Beweises.

---

[89]) Kolb; Handbuch der vergleichenden Statistik, Leipzig 1865.
[90]) cfr. Baer; die Trunksucht: Wien und Leipzig 1890.

Damit ist aber auch schon die Grundursache eines großen Theiles aller Verbrechen (42 Prozent) ermittelt. Hier sehen wir deutlich die Wechselbeziehungen zwischen Wirthschaftsform und Verbrechen, oder wenigstens des für die auf dem Privateigenthum gegründete Gesellschaft typischen Verbrechens.

Beziehungen anderer Verbrechen zu der augenblicklichen Gesellschaftsform.

Es wird nun sich noch darum handeln, die Beziehungen zwischen Gesellschaft und denjenigen Rechtsverletzungen zu ermitteln, welche sich auf sekundäre, zum Schutz des Privateigenthums errichtete Institutionen beziehen.

Um die Ursache der übrigen Verbrechen außer den Eigenthumsverbrechen zu ermitteln, sei zunächst eine Uebersicht über alle in Deutschland seit 1882 zur Aburtheilung gelangten Verbrechen angeführt.

Zahl der Verurtheilungen in Deutschland seit 1882.

	Verbrechen	d. h. auf 10 000 über 12 Jahr alte Einwohner
1882	329 968	103,2
1883	330 128	106,0
1884	345 977	107,7
1885	343 037	106,0
1886	353 000	108,2
1887	356 357	108,4
1888	350 665	105,6
1889	369 644	110,1
1890	381 441	113,3 (?)*)

Die einzelnen Verbrechenskategorien.

Und zwar gruppiren sich diese Verbrechen und Vergehen, wenn man nur die auf 10 000 über zwölf Jahre alten Einwohner bezüglichen Relativzahlen anführt, in folgende Unterabtheilungen:

Verbrechen und Vergehen

	a. gegen Staat, öffentl. Ordnung, Religion	b. gegen die Person	c. gegen das Vermögen	d. im Amt
1882	16,3	34,0	53,5	0,5
1883	16,2	35,2	51,7	0,5
1884	17,5	39,0	50,7	0,5
1885	17,4	39,5	48,6	0,5
1886	18,5	41,1	48,1	0,5
1887	19,0	41,9	47,1	0,4
1888	18,5	40,6	45,9	0,5
1889	18,7	41,6	49,3	0,5
1890**)	18,9	43,7	49,9	0,4

*) Die Zunahme seit 1889 ist etwa $3^1/_2$ mal so groß als die Zunahme der Strafmündigen in derselben Zeit betragen haben dürfte.

**) Diese Zahlen sind nur angenähert, da die Kriminalstatistik für 1890 noch nicht vorliegt.

Politische Verbrechen.

Bei den Verbrechen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion ist die Abhängigkeit von den Gesellschaftsformen unmittelbar einleuchtend. Der Klassenstaat, d. h. die Summe der Besitzenden, erblickt eben in den von ihm eingesetzten Institutionen, in allen bestehenden Staatseinrichtungen — und nicht in letzter Linie in der Religion — die festeste Stütze für die privatkapitalistische Wirthschaftsform, die um jeden Preis erhalten bleiben soll. Die Besitzenden haben die Macht, ihre Sonderstellung durch Gesetze zu schützen, die sich gegen alle Diejenigen kehren, welche die Macht der Besitzenden brechen wollen. Und langen die Gesetze nicht mehr aus, so tritt an deren Stelle die Interpretation der Klassenjustiz. Das ist nur logisch und konsequent und entspricht ganz dem Geist und dem Zweck der Gesetzgebung überhaupt. Je mehr sich aber die durch den Besitz begründeten Rechte der Besitzenden vergrößern, desto mehr fühlen sich die Besitzlosen als Entrechtete — im weitesten Sinne des Wortes — in ihrer Existenz, in ihrem vollkommenen Ausleben gefährdet, und desto energischer ist die Reaktion gegen die als Willkür empfundenen Gesetze, desto heftiger ist der Ansturm gegen dieselben. — Uebrigens eine charakteristische Erscheinung aller Uebergangsperioden der Gesellschaftsformen.

Die große Zahl der diesbezüglichen Verbrechen und Vergehen, abgesehen vom Haus- und Landfriedensbruch ꝛc., beinahe 17 Prozent aller Verbrechen, wird hieraus nur zu erklärlich und es bedarf keines weiteren Wortes, um den inneren Zusammenhang dieser Vergehen und Verbrechen genau so wie die Eigenthumsdelikte mit der auf das Privateigenthum gegründeten Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung zu erkennen.

60 Prozent aller Verbrechen und Vergehen sind demnach zwanglos aus den bestehenden Verhältnissen heraus erklärt. Natürlich ist das nicht in dem platten, materialistischen Sinne zu verstehen, daß eine und dieselbe Ursache nun auch noch bei jedem einzelnen Individuum sofort diese oder jene bestimmte Aeußerung seines Handelns hervorrufe. Man darf nicht außer Acht lassen, daß der Mensch kein so einfacher Mechanismus wie ein Automat ist, der auf ein in ihn hineingeworfenes Nickelstück sofort mit einer Chokoladentafel oder dergleichen aufwartet. Erziehung, ererbte Charaktereigenschaften, Furcht vor Strafe ꝛc. haben jedes einzelne Individuum mit einem verschiedenen Grade ethischer Hemmungsvorstellungen ausgestattet, die den Einen, auch wenn die Noth noch so sehr auf ihn einstürmt, doch eher verhungern, als einen Diebstahl begehen lassen; während diese Hemmungsvorstellungen bei dem Anderen wieder so schwach sind, daß er, wenn er in prekäre Lebenslage geräth, sofort mit einer Handlung reagirt, die man Verbrechen nennt. — Bei dem steten Anwachsen des Lumpenproletariats werden überdies die der Bourgeoisiemoral entsprechenden Hemmungsvorstellungen von immer ge-

Ethische Hemmungsvorstellungen.

ringerem Einfluß. Diese Thatsache ist es, beiläufig bemerkt, welche die bürgerliche Gesellschaft, ohne daß sie auf die Grundursachen der Kriminalität eingeht, auf immer neue Mittel sinnen läßt, das stetig anwachsende Verbrechen durch Palliativmittel zu bekämpfen, indem sie hauptsächlich durch Abschreckungsmaßregeln die Hemmungsvorstellungen zu verstärken sucht. Freilich vergessen die Gelehrten hierbei, daß diese ihre Bemühungen nur bis zu einem gewissen Grade Erfolg haben können, denn von einem gewissen Moment an, wo die äußere Noth einen für das einzelne Individuum unleidlichen Grad angenommen, wirft sie auch alle inneren Widerstandsmomente über den Haufen; — dasselbe gilt von den Eigenthumsverbrechen, dasselbe gilt von den politischen Verbrechen. Auch bei den letzteren ist es der äußere Druck, der, wenn er einen gewissen Grad erreicht hat, alle inneren Bedenken, alle Furcht vor Strafe, vor der Rache der im Besitz Befindlichen gering und unwirksam erscheinen läßt. — Hieraus ist es zu erklären, daß der Diebstahl in England nicht abgenommen hatte, trotzdem auf denselben bis noch in dieses Jahrhundert hinein der Galgen stand, hieraus ist es zu erklären, daß die Furcht vor Strafe Anhänger einer unterdrückten und gemaßregelten Partei noch nie von ihrer Bahn gedrängt hat.

Verbrechen gegen die Person.

Wesentlich schwieriger als bei den genannten Vergehen sind jedoch die Verbrechen und Vergehen gegen die Person aus den bestehenden Verhältnissen heraus zu erklären.

Eine allgemeine Uebersicht über dieselben ergiebt zunächst folgendes Resultat:

Es wurden von 10 000 über 12 Jahre alten Einwohnern in Deutschland bestraft wegen:

Jahr	Noth- und Unzucht	Mord und Todtschlag	Einfacher Körperverletzung	Gefährlicher Körperverletzung	Nöthigung und Bedrohung	Beleidigung
1882	0,92	0,10	5,2	12,1	1,1	12,2
1883	0,87	0,10	5,4	12,8	1,3	12,4
1884	0,87	0,08	5,8	15,0	1,6	13,1
1885	0,90	0,09	5,8	15,9	1,8	12,5
1886	0,99	0,09	5,9	16,5	2,0	12,9
1887	0,96	0,08	5,8	17,0	2,0	13,2
1888	0,93	0,06	5,5	16,6	1,9	12,9
1889	0,96	0,08	5,9	17,0	2,1	12,9

Charakteristisch ist zunächst die unzweideutig steigende Tendenz der einfachen und gefährlichen Körperverletzungen, wofür die Ursache

jedoch nicht mit Nothwendigkeit in einer Zunahme des Rowdythums, viel eher in einem energischeren Einschreiten gegen dasselbe zu suchen ist. Aber immerhin haben doch die Verbrechen gegen die Person, die im Durchschnitt 39 Prozent aller Verbrechen betragen, symptomatisches Interesse, besonders wenn man beachtet, daß hier die kriminellste Klasse die Industriearbeiter sind. Die beständig wechselnden Erwerbsverhältnisse, Trunksucht, die geringen Einflüsse der Familie, das enge Zusammenleben bei mangelhafter Erziehung und geringer Bildung (sofern die Bethätigung an den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht die heute fast werthlose Erziehung in Familie und Schule ersetzt) — sie alle züchten mit Nothwendigkeit Rohheitsverbrechen heran; ganz abgesehen von dem Gewohnheitsrowdythum der Zuhälter (Louis), das als Konsequenz der Prostitution zu erachten ist. —

Im Allgemeinen gestattet es aber die Kriminalstatistik nicht, bei den angeführten Thatsachen, den Ursachen nachzugehen, die Zahlen an sich lassen der Deutung den weitesten Spielraum. Wollen wir den Ursachen nahe kommen, so müssen wir, wie bei den empirischen Wissenschaften überhaupt, den induktiven Weg einschlagen und dürfen auch in der Kriminalstatistik nicht das einzelne Individuum unberücksichtigt lassen; man muß die Verbrecher in ihren Einzelerscheinungen studiren, um den Verbrechertypus aufstellen zu können.

Einfluß von Anlage, Organisation.

Da findet man denn, daß die Anlage, die Organisation, — die ja selbst natürlich von äußeren lokalen, klimatischen, wirthschaftlichen Verhältnissen abhängen — gewisse bestimmte Aeußerungen des Willens resp. bestimmte Verbrechen begünstigen.

Atavistische Natur des Verbrechens nach Lombroso 2c.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, weist die neuere juristische Schule der Italiener (Lombroso) und vor Allem die der Russen (Dimitri Drill und Minzloff) nach, daß eine verbrecherische Handlung schlechtweg in einer meist hereditären oder auch in einer durch mechanische Insulte oder durch Entartungsprozesse allmälig erworbenen fehlerhaften Organisation der psychischen Zentren des Gehirns seinen Ursprung habe. Die verbrecherische Anlage stellt sich nach Auffassung der neueren Schulen dar als Atavismus des menschlichen Gefühlslebens (resp. dessen materieller Substrate), in das verschwundener Ahnengenerationen, wo diejenigen sozialen Instinkte (resp. deren materiellen Substrate), welche den Eingriff in die Rechte des Nächsten verhindern, noch nicht ausgebildet waren; die „Bestie im Menschen“ sei es, welche das Verbrechen zeitigt. Die Stütze für diese Behauptung wird in der Thatsache gesucht, daß Verbrecher meist hereditär belastet sind, daß in ihrer Familie Trunksucht, Epilepsie, Irrsinn u. s. w. erblich vorhanden sind.

Psychische Störungen als Ursache des Verbrechens.

Eine große Reihe von Erfahrungsthatsachen legt uns den Schluß nahe, daß psychische Störungen einzelne Individuen zum Verbrechen treiben, wir sind zu der Annahme gezwungen, daß wir in diesen

Anomalien eine Quelle des Verbrechens vor uns haben. — Freilich wäre es durchaus verfehlt, nun sofort zu generalisiren und zu sagen, alle Verbrechen haben ihre Ursache in Störungen der Psyche. —

Ihrem Wesen nach zu diesen Störungen der Psyche muß noch der Einfluß der Suggestion auf die Begehung von Verbrechen, der z. B. nach dem sensationellen Prozeß Eyraud-Bompard in Paris (Dezember 1890) nicht mehr zweifelhaft scheint, hinzugerechnet werden, vor Allem aber die Alkoholnarkose.

Verbrechen und Trunksucht.

„Im Rausche ist die Selbstbestimmung geschwächt, Neigungen und Triebe treten stärker hervor, ohne durch Urtheil oder Ueberlegung gemäßigt oder gar bekämpft zu werden, Zanksucht und Rechthaberei, gesteigerte Empfindlichkeit führen zu schnellerem Handeln, zu sofortiger Ahndung und Rache, die um so roher sind, je wüster der Rausch, und je roher der Betrunkene ist. Der unmäßige Rausch ist häufig die einzige und letzte Ursache von leichten und schweren Verbrechen gegen die Person, von Mord, Todtschlag und Körperverletzungen; sehr viele Verstöße gegen die Sittlichkeit werden im Zustand der Trunkenheit verübt."[91])

Und der englische Statistiker Leone Levi[92]) sagt: „Die Trunkenheit ist auf dem Gebiet der sittlichen Krankheiten das, was das Fieber auf dem körperlichen ist, sie verschlimmert die Ursachen, welche den Leiden zu Grunde liegen, sie reizt die Neigung zum Verbrechen und ruft das Rachegefühl hervor."

Daß Unzucht- und Nothzuchtverbrechen zumeist in trunkenem Zustande begangen werden, ist bekannt und mit Recht sagt der Strafrechtslehrer Berner: „Meist wird die Nothzucht in trunkenem oder mindestens in einem durch geistige Getränke angeregten Zustande begangen, Versuchung und Verbrechen fallen in denselben Moment: und die Berichte aus allen Strafanstalten bekunden, daß von verbrecherischem Sinn bei den Nothzüchtlern weit weniger die Rede sein kann als bei galanten Gewohnheitsverführern" (die notabene straflos bleiben).

Zweifelsohne ist der Alkohol zum mindesten eine wichtige auslösende Ursache für das Verbrechen im Allgemeinen, im hervorragenden Maße aber bei den Verbrechen gegen die Person. —

Verbrechen aus perversen Geschlechtsempfindungen.

Es bleiben dann nur noch diejenigen Verbrechen übrig, welche rein in einer psychischen Inferiorität ihre Ursachen haben, und wohin wir vor Allem auch die aus perversen Geschlechtsempfindungen fließenden Verbrechen (Paederastie, Sodomie, Nothzucht an Kindern, Lustmord 2c.) zu zählen haben. Belegt wird diese Behauptung durch die Thatsache, daß gerade bei Sittlichkeitsdelikten die Rückfälligkeit

---

[91]) Baer, Die Trunksucht. Wien und Leipzig 1890, pag. 39.

[92]) On indictable and summary Jurisdiction offenses in England and Wales 1857—1876 and 1871—1878 by Leone Levi Journ. of the statist. soc. of London 1880 pag. 33. cit. in Baer l. c. pag. 40.

eine außerordentlich große ist. 1888 bildete die Zahl der „Unverbesserlichen", d. h. Derjenigen, die mehr als dreimal vorbestraft waren, bei Verbrechen gegen die Sittlichkeit 14,4 Prozent, während im Durchschnitt die Zahl der Unverbesserlichen nur 11 Prozent betrug.

Betäubung der sozialen Instinkte oder Unterdrückung derselben durch psychische Anomalien.

Das Gemeinsame, was all' die angeführten Ursachen haben, ist die Betäubung der sozialen Instinkte des Individuums durch das Auftreten stärkerer, von außen angeregter Triebe, oder aber die völlige Unterdrückung der sozialen Instinkte durch psychische Anomalien. Aus der gleichen Wirkung all' der verschiedenen Ursachen schon kann man schließen, daß dieselben niemals vollständig für sich allein zur Wirksamkeit kommen, sondern daß in den meisten Fällen ein Zusammenwirken stattfindet. Das erste zu Grunde Liegende ist vielleicht schon eine bei den meisten Verbrechen nur in geringerem Grade ausgebildete soziale Anlage; äußere Einflüsse der verschiedensten Art, Hunger, Kälte, Noth und Elend, Rausch, heftige sinnliche Triebe 2c. schwächen jede verstandesmäßige Hemmungsvorstellung, die an Stelle des Instinktes getreten ist — und das Verbrechen ist da.

Wenn das als richtig zugegeben wird, so bliebe nur noch nachzuweisen übrig, in welchem Zusammenhange psychische Inferioritäten, Irrsinn, verbrecherische Anlage, mit den gegenwärtigen Gesellschaftszuständen stehen, um für alle, oder wenigstens die weitaus größte Zahl der Verbrechen den Nachweis erbracht zu haben, daß die privatkapitalistische Wirthschaftsform die Grundursache aller der Verbrechen ist, die man auch ohne inneren Zwang als antisoziale Handlungen auffassen kann.

Das Milieu der Kinder des Proletariats.

Da ist es denn von vornherein klar, daß bei einer Gesellschaftsordnung, welche die schroffsten sozialen Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen zeitigt, für die letzteren jede aesthetische Erhebung des Gemüthes mehr oder weniger vollständig fehlt; Verrohung des Gemüthes muß sich als unausbleibliche Konsequenz einstellen; Noth, Elend und Laster sind die natürliche Umgebung der Kinder des Proletariats, vor Allem des Lumpenproletariats, sie bilden das Milieu, die geistige und ethische Atmosphäre, aus welcher das Kind seine ersten und nachhaltigsten Eindrücke schöpft, sie sind die Schule, aus welcher es Lehren einer Ethik zieht, die im schneidendsten Kontrast zu der Ethik der fortschreitenden Menschheit stehen.*) Ethische

*) Nachdem Marx die Ausbeutung der Kinder geschildert, fährt er fort: . . . „Dies der Lebensgenuß der Kinder bis zum 12. oder 14. Jahr. Die elenden, verkommenen Eltern sinnen nur darauf, aus den Kindern so viel als möglich herauszuschlagen. Aufgewachsen fragen die Kinder natürlich keinen Deut nach den Eltern und verlassen sie. Es ist kein Wunder, daß Unwissenheit und Laster überströmen in einer so aufgezüchteten Bevölkerung . . . . Ihre Moral steht auf der niedrigsten Stufe . . . . Eine große Anzahl der Weiber hat illegitime Kinder, und manche in so unreifem Alter, daß selbst die Vertrauten der Kriminalstatistik darüber erstarren. Child. Empl. Comm. II. Report 1864" (Marx, Kapital I, 3. Aufl. 483), und an einer anderen Stelle zitirt Marx: „Um sie (die Kinder) zu ihrem Werk zu befähigen, ist keine intellektuelle Ziehung irgend einer

Hemmungsvorstellungen können in dem Sprößling der niedersten Volksklassen kaum wach werden, entweder es fehlt der Nährboden, oder wenn dieser da ist, fehlt der sorgende Gärtner. Die modernen Kindergärten mit den in ihnen gepredigten Altweibermorallehren, die Schulen mit ihrer Erziehung zum Chauvinismus kann man kaum als Gegenbeweis heranziehen. Darum auch stellen die Kinder des Proletariats das Hauptkontingent für die Prostitution auf der einen, für das Verbrechen auf der anderen Seite.

Jugendliche Verbrecher.

Um den Umfang der hier wirksamen Momente anschaulich zu machen, kann die Zunahme der jugendlichen Verbrecher herangezogen werden, die sich, wie dies ja auch von keiner Seite bestritten wird, in erster Linie aus den Kreisen des Proletariats rekrutiren.

Von 100 Verurtheilten waren noch nicht 18 Jahre alt:

Jahr	Verbrechen und Vergehen							
	gegen Reichsgesetze überhaupt	gegen Staat, öffentl. Ordnung, Religion	gegen die Person	Noth- und Unzucht	Einfache Körperverletzung	Schwere Körperverletzung	gegen das Vermögen	Diebstahl
1882	—	—	—	—	—	—	—	—
1883	9,1	1,5	4,4	14,7	19,2	3,8	6,6	17,9
1884	9,1	1,7	4,8	15,0	22,3	4,0	6,8	18,6
1885	8,9	1,6	4,8	15,0	20,7	3,8	6,8	18,8
1886	8,9	1,6	4,8	15,3	19,3	4,1	6,9	19,4
1887	9,3	1,6	5,0	16,3	21,3	4,1	7,0	21,0
1888	9,4	1,7	5,0	16,0	20,9	3,9	7,0	21,5
1889	10,0	1,7	5,3	17,1	22,2	4,3	7,3	21,9

„Hang" zum Verbrechen nimmt mit zunehmendem Alter ab.

Aber bei diesen Zahlen springt eine höchst beachtenswerthe Thatsache noch nicht in die Augen, daß nämlich der „Hang" zum Verbrechen vom jugendlichsten Alter (12 Jahre) anfangend bis zur Zeit der Wehrpflicht abnimmt.

Von 100 Personen jeder Alterskategorie finden sich 1886 Verurtheilte im Alter von

12 bis 15 Jahren	8,7 %	
15 „ 18 „	8,3 %	
18 „ 21 „	7,5 %[93]	

Art nöthig, sie haben wenig Gelegenheit für Geschick und noch weniger für Urtheil ... sobald sie für ihre kindische Arbeit untauglich werden, also wenigstens im 17. Jahre, entläßt man sie ... Sie werden Rekruten des Verbrechens. Einige Versuche, ihnen anderswo Beschäftigung zu verschaffen, scheiterten an ihrer Unwissenheit, Rohheit, körperlichen und geistigen Verkommenheit" (Marx l. c. pag. 500).

[93]) Archiv für soz. Gesetzgeb. und Stat., Bd. II., pag. 197.

Aber die Kriminalität der Jugend ist auch am höchsten in den mitteldeutschen Industriebezirken und dann in den Großstädten.

Die Zahl jugendlicher Verbrecher für die kapit. Wirthschaft charakteristisch.

In diesen beiden Thatsachen liegt aber auch schon die Erklärung der Ursachen. Die kapitalistische Produktionsweise, die Mann und Weib gleichzeitig in die Fabrik, in die Werkstatt drängt, zersprengt die Familienbande und damit auch gleichzeitig den Schutzwall, der die Jugend umgeben sollte. An keiner Stelle treten die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den wirthschaftlichen Verhältnissen und dem Verbrechen so deutlich in Erscheinung, als gerade hier. —

Die Kinder des Lumpenproletariats sind auch in rein physischer Beziehung für Verbrechen und Prostitution prädisponirt.

Und weiter sind die Kinder des Lumpenproletariates auch in rein physischer Hinsicht für das Verbrecherthum prädisponirt — und mutatis mutandis gilt dies auch für die Prostitution —. Es ist ja nur zu bekannt, welchen entsetzlichen Umfang Alkoholismus und Trunksucht in der Hefe der Gesellschaft haben — in anderen Kreisen allerdings auch, aber in diesen äußern sich wegen der günstigeren wirthschaftlichen Verhältnisse die Konsequenzen des Alkoholismus nicht so drastisch, wie bei dem Lumpenproletariat. — Die Trunksucht der Eltern ist aber selbst die unmittelbare Erzeugerin von Kretinismus, Epilepsie und anderen schweren Psychosen der Kinder, welche ihrerseits selbst wieder als eine Quelle der Verbrechen, und zwar der schwersten Formen derselben, bezeichnet werden muß. —

So züchtet sich der Kapitalismus selbst in dem Bodensatz, den er mit Nothwendigkeit erzeugt, auch diejenigen Elemente heran, welche seinen inneren Bestand untergraben, indem sie seine Gesetze negiren. Es ist dies einer der selbstironisirenden Züge des Gesellschaftslebens, daß der Kapitalismus, indem er sich in seinem Bestande zu befestigen sucht, auch selbst wieder die Feinde der von ihm geschaffenen Gesellschaftsordnung heranzieht. —

Der Kapitalismus schafft auch für die Besitzenden die psychischen Vorbedingungen für das Verbrechen.

Aber nicht blos für die Besitzlosen, für das Proletariat, schafft der Kapitalismus die psychischen Vorbedingungen für das Verbrechen — wie er die materiellen Vorbedingungen erzeugt, haben wir oben bei den Eigenthumsdelikten gesehen — sondern auch für die Besitzenden selbst. Ganz abgesehen von der Kategorie von Handlungen, von Geschäftspraktiken, die auf der haarscharfen Schneide zwischen Recht und Unrecht stehen, abgesehen von denjenigen Eigenthumsdelikten, Betrügereien, Fälschungen 2c., welche durch die zu leichte Gelegenheit hervorgerufen werden, zeitigt das

Zunahme der Irrsinnfälle.

hastende Treiben nach Erwerb, die Beschleunigung des Geschäftsverkehrs mit Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph und Telephon, die Zunahme der Handelskrisen, die früher intermittirend auftraten, jetzt aber eine permanente Begleiterscheinung des sozialen Lebens geworden sind,*) eine durch alle Kreise der Gesellschaft gehende

*) Schwankt doch die Zahl der Konkurse in Deutschland während der Jahre 1882 bis 1888 nur zwischen 12 und 14 auf je 100 000 Gerichtsangehörige.

Nervosität, die sich beständig steigert und die Vorläuferin schwerer Psychosen ist. Die erschreckliche Zunahme von Irrsinnsfällen (in Preußen

1871	5,94
1875	7,28
1880	9,87

auf 10 000 Einwohner) erscheint somit direkt bedingt durch die kapitalistische Produktionsweise.

Nothwendigkeit des Auftretens stärkerer Reize, um bei einer entartenden Klasse gleiche Lustgefühle zu erzeugen.

In dieser Richtung ist noch eines Momentes Erwähnung zu thun. Es ist ein allgemein gültiges psycho-physisches Gesetz, daß der Mensch, „je mehr er sich an den Zustand angenehmer Reize für die befriedigten Sinne gewöhnt hat, er immer stärkerer Reize bedarf, um auch nur das gewohnte Behagen des Lebensgenusses behaupten zu können." Die Genüsse, besonders die sinnlichen Genüsse, müssen immer intensiver, immer pikanter werden, damit sie Befriedigung schaffen, aber je mehr sie sich in ihrer Intensität steigern, desto mehr werden sie auch die Nerven reizen und abspannen, desto rascher legen sie den Grund für psychische Erkrankungen des Individuums selbst oder seiner Nachkommen. — Unbetont aber darf nicht bleiben, daß eine solche Steigerung der Reize nur dem reichlich Begüterten möglich ist, für ihn also in erster Linie diese Quellen der Seelenstörungen in Betracht kommen.

Wenn diese Auseinandersetzungen richtig sind, so ist damit auch der Zusammenhang zwischen der auf psychischen Anomalien beruhenden Verbrechernatur mit der kapitalistischen Produktionsweise bewiesen.

Familienstand und Verbrechen.

Zur Erklärung der Ursachen des Verbrechens wird dann noch mit Vorliebe der Familienstand der Verbrecher herangezogen; bedeutende Sozialstatistiker, wie Oettingen, Legoyt u. A., kommen da zu dem Schluß, daß trotz der größeren Sorgen, welche die Verheiratheten für die Familie haben, doch die Unverheiratheten ein größeres Kontingent Verbrecher stellen als die Verheiratheten. Aber dieser Schluß ist nicht ohne Weiteres richtig. Wohl sehen wir z. B., daß in Deutschland für das Jahr 1888 auf 100 000 Verurtheilte

895,6 ledige, verwittwete und geschiedene
773,0 verheirathete Personen

zwischen 21 bis über 60 Jahre kommen. Theilen wir jedoch die einzelnen Hauptgruppen in Unterabtheilungen, so ergiebt das folgendes bemerkenswerthes Resultat:

Es wurden auf 100 000 Einwohner derselben Kategorie verurtheilt:

	Ledige, Verwittwete, Geschiedene	Verheirathete
von 21 bis 40 Jahren	1724,3	1190,3
„ 40 „ 50 „	1073,2	904,1
„ 50 „ 60 „	545,2	648,1
„ 60 „ 70 „	246,3	363,9
„ 70 und mehr	97,1	189,6

Also nur im jüngeren Alter stellen die Unverheiratheten den größeren Antheil, während im höheren Alter gerade für die Verheiratheten ungünstigere Momente vorhanden sind; es läßt sich also keineswegs aus dem Familienstande auf die Ursachen des Verbrechens schließen. In der That sind auch die psychischen Momente, welche solche Unterschiede erklärbar machten für Unverheirathete und Verheirathete, durchaus nicht wesentlich verschiedene. Bei dem rapiden Verfall des Ehelebens, bei der gleichzeitigen Zunahme der Prostitution sind Unverheirathetsein und im Cölibat leben durchaus nicht identische Begriffe, und nur, wenn dies der Fall wäre, könnte man, wie man dies zur Erklärung der größeren Häufigkeit von Irrsinnsfällen bei Unverheiratheten thut, auf ungünstige psychische Einflüsse der geschlechtlichen Enthaltsamkeit einen Rückschluß machen.

Starke Rückfälligkeit der weiblichen Verbrecher.

Dagegen darf eine andere bedeutungsvolle Erscheinung nicht übersehen werden, die wir allerdings nicht aus der deutschen Kriminalstatistik belegen können, das ist die außerordentlich starke Rückfälligkeit bei weiblichen Verbrechern.

Nach einer Berechnung des englischen Gefängnißkaplans J. W. Horsley[94]) kamen nämlich auf je 100 Verurtheilte vorbestrafte

	1878	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887
Männer	8,3	8,3	8,3	8,2	8,8	8,9	9,4	10,0	10,1	11,1
Frauen	22,1	22,4	23,6	27,3	27,4	29,3	30,2	31,6	33,2	34,2

In erster Linie sind es hier wohl gesellschaftliche Einflüsse, welche es der gefallenen Frau schwerer machen, sich zu rehabilitiren, als dem Manne — auch eine der Blüthen der Bourgeoismoral, die, anstatt die angeblich Schwächeren zu stützen, sie nur noch tiefer in den Morast hinabstößt; — dann aber ist natürlich die Erziehungsmethode, welche in höchst ungleichmäßiger Weise Mann und Frau für den Kampf um's Dasein ausstattet, obwohl unter den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen Mann und Weib in gleicher Schwere diesen Kampf auszuhalten haben, schuld an dieser Erscheinung; einen Aufschluß über die Verbrechernatur gewährt aber diese Erscheinung nicht.

Am Schluß dieser Betrachtungen ergiebt sich nun als bemerkenswerthes Resultat die Thatsache, daß die Gegenwart durch die

---

[94]) cfr. Neue Zeit, Bd. VI. 1888 pag. 426.

Die Gegenwart ist charakterisirt durch die Zunahme der Verbrecher und den starken Antheil der jugendlichen Verbrecher.

Steigerung der Zahl der Verbrechen charakterisirt ist, daß die Betheiligung der jugendlichen Verbrecher eine prozentual sehr hohe ist. Wer die Entwickelung unseres Kulturlebens kennt und damit unsere Betrachtungen zusammenhält, dem wird dieses Resultat nicht überraschend erscheinen. — „Die Proletarisirung immer größerer Massen der Bevölkerung hat der Bethätigung des „bösen Prinzips“, wie es die Theologen nennen, Thor und Thür geöffnet, die drei wichtigsten Leidenschaften: der Sinnlichkeit, Gefühlsrohheit und Selbstüberhebung finden keinen schützenden Damm, sondern nur noch eine Förderung durch den Alkoholismus“ (Professor Mischler). Dazu kommt noch eine angebliche politische Freiheit, die hier auf dem Papier der Ueberzeugung ihre Bethätigung garantirt, dort aber mit dem Strafgesetzbuch in der Hand die Gesellschaft, in erster Linie die große Masse der Besitzlosen, Frohnknechte des Kapitals, zu einem Eiertanz zwischen Strafgesetzbuch-Paragraphen zwingt. Und schließlich zeitigt die moderne Gesellschaft in ihrem eigenen Schvoß denjenigen Grad von Uebersättigung, von sittlicher Frivolität, zugleich aber auch von psychischer Widerstandslosigkeit, welche Erscheinungen man mit dem Sammelnamen „fin de siècle“ zusammenfaßt, die insgesammt die Grundbedingungen für die Begehung neuer und eigenartiger Verbrechen schaffen.

Durch dieses Alles aber klingt als Leitmotiv der Einfluß unserer wirthschaftlichen Verhältnisse hindurch. Unsere Produktionsverhältnisse, die auf immer weitere Zusammenschweißung des Besitzes hinauslaufen, müssen mit Nothwendigkeit das „Recht“ auch immermehr zum Vorrecht einzelner Weniger werden lassen. Die Masse der Rechtlosen vermehrt sich in demselben Maße und deren relative Schwäche im Kampf um's Dasein, erzwungen durch die Gewalt der äußeren Verhältnisse, setzt sie in's Unrecht, macht sie zu Verbrechern in der heutigen Gesellschaft.

„Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage . . .“

Aber dem Menschenfreunde ist es nicht um die „erworbenen Rechte“ zu thun, die sich wie eine ew'ge Krankheit forterben, von Geschlecht sich zu Geschlecht schleppen, er will nur ein Recht anerkannt wissen, ein absolutes Recht auf Existenz, das einzig die Erreichung menschlicher Vollkommenheit in menschlicher Gemeinschaft gewährleisten kann.

In der auf den Kapitalismus gegründeten Gesellschaft gehört eben das Verbrechen zu denselben nothwendigen Requisiten, wie die Prostitution, wie die Vernichtung zahlloser Menschenleben durch die wirthschaftliche Ausbeutung rc. „Daß durch eine Verbesserung der Gesellschaftsordnung, sagt Fr. von Liszt,[95]) eine Verminderung in

[95]) Sozialpolitisches Centralblatt pag. 59 f.

der Zahl bestimmter Verbrechen herbeigeführt werden kann, liegt auf der flachen Hand. Der Antrieb zum Verbrechen wird durch die gesellschaftlichen Verhältnisse unzweifelhaft bald gestärkt, bald geschwächt. Politische und religiöse Delikte werden sich um so zahlreicher einstellen, je geschlossener, je rücksichtsloser die herrschende Ansicht gegen abweichende Ueberzeugungen auftritt. Wenn heute eine Richtung der Kunst staatliche Anerkennung und den Schutz der Strafgesetzgebung erlangen sollte, so werden morgen die ästhetischen Ketzer verfolgt werden, wie die religiösen in früheren Jahrhunderten. Der Geschlechtstrieb wird stets nach Befriedigung verlangen und sie nehmen, wo er sie findet. Versagt ihr ihm die Möglichkeit, sich innerhalb der Schranken der Rechtsordnung zu bethätigen, so wird er die Schranken brechen und zum Verbrechen führen. Und wer weder Brot noch Arbeit findet, der wird in weitaus den meisten Fällen Mittel und Wege sich zu eröffnen wissen, die ihm auf Kosten der Gesellschaft das eine oder das andere sichern" . . . .

„Eine bessere Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung wird den Antrieb zum Verbrechen in den heute lebenden Menschen wesentlich mindern. Aber unendlich viel wichtiger, unendlich viel dauernder wird ihre Wirkung auf die kommenden Geschlechter sein. Sie wird, indem sie die Zahl der erblich Belasteten mindert, die „Bestie im Menschen" zähmen. Das ist keine „Utopie". Es wird wohl leichter sein, die Wirkung einer solchen Umgestaltung zu unterschätzen, als sie richtig in ihrer vollen Tragweite zu würdigen." . . . „Atomisirt die Gesellschaft, daß Jeder auf sich selbst gestellt ist, und ihr entfesselt, was an bösen Trieben in uns wurzelt; deklassirt den Menschen und ihr habt ihn dem Verbrechen in die Arme getrieben."

„Und diese Deklassirung hat unsere heutige Wirthschaftsordnung reichlichst besorgt. . . . Neben dem Reichthum Einzelner das Massenelend. Dann wundern wir uns noch, wenn der Kriminalstatistiker über die steigende Menge der Zählkarten klagt. Jede Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient. Wobei neben den vielen Kleinen die wenigen Großen nicht vergessen werden sollten."

II. Theil.

Die wirthschaftlich starke Klasse besitzt die Macht.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie.

(Bearbeitet von Hans Müller-Zürich.)

Die Bourgeoisie möchte gerne sich und die Arbeiterklasse glauben machen, daß ihre heutige Herrschaft in Gesellschaft und Staat ein Hauptpfeiler der natürlichen und sittlichen Welt„ordnung" sei, an der Niemand ungestraft rütteln dürfe. Dennoch ist ihre Herrschaft von einem verhältnißmäßig jungen Datum und wie alle gesellschaftlichen Machtverhältnisse nur ein historisches Ergebniß der ohne Ruhe und Rast fortschreitenden wirthschaftlichen Entwickelung.

Alternde Leute bekommen in der Regel ein schlechtes Gedächtniß; so auch unsere Bourgeoisie. Sie hat ganz vergessen, daß auch sie einmal eine unterdrückte und durch und durch revolutionäre Klasse war, die auf Empörung sann und keine Gewaltthaten scheute, um sich zu befreien. Im Mittelalter und bis weit in die Neuzeit hinein herrschte eine andere Klasse, der grundbesitzende Adel, in Staat und Gesellschaft. Die Bekämpfung dieser Klasse durch die Bourgeoisie bildet den Inhalt der neuen Geschichte. Es kann daher nicht unsere Aufgabe sein, die Etappen des zwischen dem feudalen Adel und der Bourgeoisie entbrannten Klassenkampfes zu verfolgen, das ist die Sache der Geschichtsschreibung. Hier haben wir nur die Momente anzudeuten, in denen die Bourgeoisie die Macht des grundbesitzenden Adels niederwarf und sich selbst der Herrschaft bemächtigte.

Parallel mit der wirthschaftlichen Entwickelung emanzipirte sich das englische Bürgerthum zuerst in der großen englischen Revolution in der Mitte des 17. Jahrhunderts. In Frankreich vollzog sich derselbe Prozeß mehr als hundert Jahre später, aber in einem nicht minder glänzenden Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Einzig das deutsche Bürgerthum hat es zu keiner

revolutionären Glanzperiode gebracht. Seine Revolution von 1848 war eine komische Karrikatur der Ereignisse von 1649 und 1789. Den Grund dafür giebt Lassalle an, wenn er in seinem Bastiat-Schulze schreibt: „Es ist das spezielle Schicksal Deutschlands, daß in ihm die Bourgeoisie zur Blüthe der Herrschaft strebt, nicht zu einer Zeit ihrer eigenen Blüthe, wie sie dies in England und Frankreich that, sondern zu einer Zeit, wo diese Blüthe durch die gesammte Weltperiode bereits innerlich verfault ist.“ Die Bourgeoisie hatte bereits damals wegen der Antheilnahme des Proletariats an der Bewegung das unheimliche Gefühl, daß nicht blos die Macht der herrschenden Klasse erschüttert, sondern auch ihr Geldbeutel und ihre Rechtstitel in Gefahr seien. So begann denn die große, träge Masse des halb konservativen, halb liberalen Bürgerthums, die Arnold Ruge einmal mehr zutreffend als verbindlich die „gesattelten, nur ihres Reiters harrenden Esel“ nannte, die Spitze ihrer Nachtmütze mehr und mehr nach rechts zu drehen. Das Bürgerthum schwur die Revolution ab und paktirte mit den bestehenden politischen Gewalten. So ist es denn gekommen, daß sich in Deutschland der Uebergang der Staatsgewalt an die Bourgeoisie langsam und in wenig auffallenden Formen, überdies auch nicht so vollständig wie in den beiden anderen großen Kulturländern, vollzog. Die Folge davon ist das Fortwuchern einer Reihe feudal-mittelalterlicher Zustände und Institutionen im deutschen Reiche sowohl als auch in den einzelnen Bundesstaaten.

* * *

Die besitzende Klasse wird zur herrschenden Klasse durch die Organisirung der Gesetzgebung.

Das Prinzip aller Gesellschaft ist das Interesse. Die Grundlage unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln, an Kapital. Das Interesse des Kapitalbesitzes herrscht daher in unserer Gesellschaft mit unabweisbarer Nothwendigkeit.

Der Kapitalbesitz erzeugt die Abhängigkeit der Nichtbesitzenden, der Arbeiterklasse, von den Besitzenden, von der Bourgeoisie. Ihr Interesse geht dahin, die Abhängigkeit des Proletariats zu sichern. Das geschieht durch die Staatsgewalt. Die besitzende Klasse bemächtigt sich daher der Staatsgewalt und wird dadurch zur herrschenden Klasse.

Die Staatsgewalt äußert sich vornehmlich in der Gesetzgebung und in der Durchführung der Gesetze, d. h. in der Regierung und Verwaltung. Die herrschende Klasse muß daher die Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung so organisiren, daß sie in diesen Institutionen den entscheidenden Einfluß bekommt.

Daß auch in Deutschland die Bourgeoisie diesen entscheidenden Einfluß besitzt, lehrt ein Blick, den wir jetzt auf die Organisation der Gesetzgebung, der wichtigsten Aeußerung der Staatsgewalt, und

soweit es angeht, auch auf die Organisation der Regierung und Verwaltung werfen wollen.

Verfassungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten.

Betrachten wir zunächst die größeren deutschen Bundesstaaten. Die Verfassungen derselben stammen sämmtlich aus einer Zeit, als die Bourgeoisie noch nicht das entscheidende Uebergewicht im Staate errungen, sie zeigen uns infolgedessen noch viele mittelalterliche Züge.

Preußische Verfassung.

Beginnen wir mit **Preußen.**[1]) Die heute hier geltende Verfassung datirt vom 31. Januar 1850 und enthält, abgesehen von geringfügigen Aenderungen, die Bestimmungen der im Dezember 1848 oktroyirten Verfassung, durch welche die Bourgeoisie ihrer in der Revolution erkämpften Errungenschaften zum großen Theil wieder verlustig ging. Nach dieser Verfassung steht dem Könige die gesammte Staatsgewalt zu, und es könnte darnach scheinen, als ob in Preußen von herrschenden Klassen nicht gesprochen werden könnte.

Das ist jedoch nicht der Fall; denn bei der Ausübung der Staatsgewalt — und darauf kommt es doch an — ist der König an die Mitwirkung der herrschenden Klassen gebunden. Der Wille des Königs wird erst zum verfassungsmäßigen Staatswillen, wenn die Organe der herrschenden Klassen ihm zustimmen.

Bei der Gesetzgebung sind die Organe der herrschenden Klassen in Preußen die beiden Kammern, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten. In ersterem werden die Interessen des grundbesitzenden Adels, in letzterem diejenigen der Bourgeoisie vertreten. Um diese Interessenvertretung herbeizuführen, sind entsprechende Bestimmungen über die Bildung der Kammern erlassen, welche verhindern, daß die arbeitenden Klassen repräsentirt werden. Die erste Kammer sollte nach der Verfassung von 1850 ebenso wie das Haus der Abgeordneten aus Wahlen hervorgehen. Das paßte aber dem preußischen Junkerthum nicht und es bewirkte im Laufe der fünfziger Jahre, daß die erste Kammer durch eine (wie selbst der Hofhistoriograph Herr H. von Sybel zugestehen muß[2]) „sehr zweifelhafte Gesetzesauslegung" in ein Herrenhaus verwandelt wurde, in welchem Grafen und Rittergutsbesitzer ein ganz entscheidendes Uebergewicht erhielten. Ganz gegen den Wortlaut der Verfassung bestimmte ein Gesetz vom Mai 1853, daß die erste Kammer durch königliche Anordnung gebildet werden sollte. In einer späteren Verordnung dekretirte der König, daß „das Herrenhaus" aus den folgenden Kategorien von „Herren" bestehen sollte:

Preußisches Herrenhaus.

1. aus den volljährigen königlichen Prinzen, welche der König beruft;
2. aus erblichen Mitgliedern; dahin gehören die preußischen Standesherren und eine Reihe von Fürsten, Grafen und

[1]) Vergl. H. Schulze: Das Staatsrecht des Königsreichs Preußen, §§ 15, 20, 21.
[2]) Sybel, Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, S. 109.

„Herren", endlich noch solche Personen, welchen das erbliche Recht auf Sitz und Stimme durch besondere Verordnung vom König verliehen ist;

3. aus Mitgliedern auf Lebenszeit. Dazu kann der König (resp. muß er) berufen:
   a) Personen, welche ihm von gewissen Verbänden präsentirt sind. Dieses Präsentationsrecht steht mehreren Stiften, den Verbänden des alten und befestigten Grundbesitzes, einigen Grafengeschlechtern, den Landesuniversitäten und verschiedenen Städten zu;
   b) die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen (Oberburggraf, Obermarschall, Landhofmeister und Kanzler);
   c) einzelne Personen, welche der König aus „besonderem Allerhöchsten Vertrauen" ausersieht. Die bekannten „Pairschubs" fallen in diese Kategorie.

Wie man sieht, ist in solch auserlesener Gesellschaft kein Boden für „gemeine" bürgerliche Interessen. Darum wird denn auch diese Vertretung des preußischen Landjunkerthumes, das mit seinem Veto jede Maßnahme der Regierung, sowie des gewählten Abgeordnetenhauses verhindern kann, von der Bourgeoisie blutig gehaßt. Das zeigt u. A. die Beurtheilung, die der heute konservativ gewordene Herr Heinrich von Treitschke 1873 dem Herrenhause angedeihen ließ und die wir zur Charakteristik des Hauses selbst hier anführen wollen:

„Spärlich ist der Besuch, leblos sind die Debatten, wenn nicht zuweilen ein Standesinteresse die Parteileidenschaft erregt; schon 60 Mitglieder gelten als beschlußfähiges Haus. Eine kleine Koterie, ihren Führern blindlings ergeben, bildet den Schwerpunkt des Hauses." An einer anderen Stelle schreibt Treitschke: „Mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Landedelleuten aus dem Osten, stimmen alle Parteien in der Geringschätzung des hohen Hauses so vollständig überein, daß es fast Ueberwindung kostet, das hundertmal Durchgesprochene noch einmal zu sagen. Einem kräftigen Staate steht es übel an, diese vernutzte und entwürdigte Versammlung als todtes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für nothwendig erachtete Reform, wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben ... Das Haus ist todt, gegen eine solche Körperschaft erscheint jedes Mittel erlaubt."

Heute, wo die politischen Kämpfe sich auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung hinübergezogen haben und in dieser die Interessen der Bourgeoisie zum gesetzlichen Ausdruck kommen, ist das Herrenhaus mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Von weit größerer Bedeutung ist das preußische Abgeordnetenhaus, die zweite Kammer, in der die Bourgeoisie das Uebergewicht hat. Wie schon

Preußisches Abgeordnetenhaus.

erwähnt, ist das Abgeordnetenhaus eine reine Wahlkammer, d. h., es geht ausschließlich aus Wahlen hervor und Ernennungen sind nicht zulässig. Die Zahl seiner Mitglieder beträgt 433, seine Legislaturperiode fünf Jahre. Was die Wahlen selbst anbetrifft, so sind diese indirekte, d. h. die Abgeordneten werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. Auf jede Vollzahl von 250 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen. Das Wahlrecht ist zwar ein allgemeines — jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte ist, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler — aber kein gleiches und, wie schon hervorgehoben, auch kein direktes.

Dreiklassenwahlsystem.

Das allgemeine Wahlrecht aller selbstständigen Preußen aber ist durch das Dreiklassenwahlsystem so verfälscht und wirkungslos gemacht, daß das Gewicht der einzelnen Stimmen ein wesentlich verschiedenes ist. Wir werden das Dreiklassenwahlsystem im Zusammenhang mit anderen Beschränkungen weiter unten zu behandeln und zu charakterisiren haben und beschränken uns daher hier auf einige positive Angaben.

Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuer (Klassensteuer, Grund-, Gewerbe-, Einkommensteuer) in drei Abtheilungen getheilt und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Dritttheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Diese Gesammtsumme wird entweder gemeinde- oder bezirksweise berechnet. Die erste Klasse besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittels der Gesammtsteuer fallen. Die zweite Klasse besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächstniedrigen Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittels fallen. Die dritte Klasse endlich setzt sich aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern zusammen, auf welche das dritte Drittel der Gesammtsteuer fällt.

In diese Abtheilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuern zahlen. Jede Klasse wählt ein Drittel der zu wählenden Wahlmänner. Daß auf diese Weise der Besitz bevorzugt wird, und zwar je mehr, desto größer er ist, ist zu offenkundig, als daß er noch ausführlich nachgewiesen werden müßte. So ist es auch nicht wunderbar, wenn nur die besitzenden Klassen im Abgeordnetenhause vertreten sind.

Parteien im preußischen Abgeordnetenhause.

Nach der Neuwahl von 1888 vertheilten sich die 433 Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf die einzelnen Parteien wie folgt (in Klammern geben wir dabei die Parteistärke vor den letzten Wahlen an): Konservative 125 (132), Freikonservative 66 (62), Zentrums-

partei 99 (98), Nationalliberale 87 (72), Freisinnige 29 (40), Polen 15 (15), Dänen 2 (2), liberale Wilde 3 (4), konservative Wilde 7 (8).

Das preußische Proletariat hat also an der preußischen „Volksvertretung" keinen Antheil und infolgedessen auch keinen Einfluß auf die Gesetzgebung. Kein Wunder darum, daß diese lediglich im Interesse der herrschenden Klassen gehandhabt wird!

Bayrischer Landtag.

Eine Klassenvertretung bester Sorte ist auch der **bayrische Landtag.** Seine Rechte sind geringer als die des preußischen; während letzterer an der gesetzgebenden Gewalt Antheil hat, steht dem bayrischen Landtage nur das Recht zu, sich Aufschlüsse über die Thätigkeit der Regierung geben zu lassen (Informationsrecht); ferner hat er das Petitions- und Beschwerderecht und endlich kann er auch die Minister wegen Verletzung der Verfassung in Anklage versetzen.

Der Landtag zerfällt in die Kammer der Reichsräthe und in die Kammer der Abgeordneten. Die Kammer der Reichsräthe ist ähnlich wie das preußische Herrenhaus zusammengesetzt und eine Vertretung des hohen Adels und der Kirchenfürsten. Die Kammer der Abgeordneten wird seit 1848 durch Wahlen gebildet, die indirekt sind. Die Wahlberechtigung ist an einen Zensus, d. h. an die Bedingung der Entrichtung direkter Staatssteuern geknüpft.

Württembergische Ständeversammlung.

Ein ungefähr gleiches, womöglich noch feudaleres Bild bietet die **württembergische Ständeversammlung.** Ihre politischen Rechte sind nicht unbedeutend. Sie hat das Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung, das Recht der Zustimmung zu den Staatsverträgen und der Mitwirkung bei dem Staatshaushalte. Sie ist in die Kammer der Standesherren und in die Kammer der Abgeordneten getheilt. Gebildet wird die erste Kammer in der Hauptsache von den volljährigen königlichen Prinzen, den Häuptern der standesherrlichen Familien und vom König ernannten Mitgliedern. Aber auch die zweite Kammer ist keine reine Wahlkammer. Sie besteht nämlich:

1. aus 13 Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels,
2. aus 6 protestantischen und 3 katholischen hohen Geistlichen,
3. aus dem Kanzler der Landesuniversität,
4. aus 7 gewählten städtischen Abgeordneten,
5. aus einem Abgeordneten von jedem der 63 Oberamtsbezirke.

Alle sechs Jahr muß eine neue Wahl derjenigen Abgeordneten, welche nicht durch ihr Amt in die zweite Kammer berufen sind, vorgenommen werden.

Badischer Landtag.

Der **badische Landtag** ist zwar auch keine „Volks"vertretung in unserem Sinne, aber nähert sich dieser entschieden mehr als die Landtage der bisher behandelten Staaten.

Auch hier zerfällt der Landtag in zwei Kammern. Die erste Kammer besteht aus drei Kategorien von Mitgliedern. Zunächst

sind die königlichen Prinzen über 21 Jahr, die Häupter der standesherrlichen Familien, der katholische Landesbischof und der evangelische Prälat zur Mitgliedschaft berufen. Die Mitglieder der zweiten Kategorie werden gewählt und zwar sind die im Lande wohnenden, über 21 Jahre alten Besitzer von Grundherrschaften berechtigt, aus sich 8 Mitglieder zu entsenden. Das gleiche Recht haben die beiden Landesuniversitäten, die je ein Mitglied in die erste Kammer wählen. Die dritte Kategorie besteht aus den Personen, höchstens acht, welche der Großherzog in die erste Kammer beruft.

Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden durch die wahlberechtigten männlichen Staatsbürger mittelst indirekter geheimer Wahl in den 56 Bezirken des Landes gewählt. Die größeren Städte wählen je 2 oder 3 Abgeordnete. Die Gesammtzahl beträgt 63.

Sächsischer Landtag.

Im Königreich **Sachsen** herrscht ebenfalls das Zweikammersystem. Die erste Kammer birgt wie überall, so auch hier, eine gemischte Gesellschaft von Prinzen, Standesherren, Hofpredigern, Magistratspersonen und Rittergutsbesitzern. Die zweite Kammer bestand nach § 68 der Verfassungsurkunde aus 20 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, 25 Abgeordneten der Städte, 25 Abgeordneten des Bauernstandes und 5 Vertretern des Handels- und Fabrikwesens. Daß bei dieser Zusammensetzung der Einfluß der Bourgeoisie ein geringer war, leuchtet ein; sie bewirkte denn auch, daß von dieser Eintheilung abgegangen wurde, und das Verfassungsgesetz vom Dezember 1868 bestimmte, daß die zweite Kammer nur noch aus 35 Abgeordneten der Städte und 45 Abgeordneten der ländlichen Wahlkreise bestehen sollte.

Die Ausübung des Stimmrechts ist direkt und geheim. Stimmberechtigt sind alle im Besitz der allgemeinen Stimmfähigkeit befindlichen Einwohner der zum Wahlkreise gehörigen Orte, welche entweder Eigenthümer an einem mit Wohnsitz versehenen Grundstücke am Orte sind oder an Grundsteuern von ihnen eigenthümlich zugehörigen Grundstücken bezw. an Staatseinkommensteuer oder an beiden zusammen mindestens 3 M. jährlich entrichten. Die Wählbarkeit ist an einen Zensus von 30 M. gebunden, welche der zu Erwählende an Grund- resp. Staatseinkommensteuer entrichtet.

Gesetzgebende Faktoren der deutschen Kleinstaaten.

Die übrigen kleineren deutschen Bundesstaaten weisen mehr oder weniger ähnliche Einrichtungen der Gesetzgebungsmaschinerie auf. Die beiden Mecklenburg machen allein eine Ausnahme, indem hier noch eine ganz mittelalterlich-feudale Ständeversammlung besteht und die Bourgeoisie davon so gut wie gänzlich ausgeschlossen ist.

Lediglich materielle Interessen führten zur Gründung des deutschen Reiches.

Es ist nun begreiflich, daß der Bourgeoisie der ihr in den einzelnen deutschen Staaten gesetzlich zustehende politische Einfluß nicht genügte. Die Vertretung des Adels hemmte ihre Entwickelung auf Schritt und Tritt. Außerdem verlangten viele ihrer Angelegenheiten eine Regelung für größere Ländergebiete. Die Folge davon war

das Streben der Bourgeoisie nach der „deutschen Einheit“.[3]) Daß es in der Hauptsache lediglich materielle Interessen waren, von denen sich der deutsche Bourgeois leiten ließ, hat er in einem unbedachten Augenblick selbst eingestanden. In der kapitalistischen „Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Kulturgeschichte“ legte der bürgerliche Oekonom H. Eras 1870 in einer „Der Kaufmann im Krieg“ betitelten Studie folgendes Geständniß ab: Niemand, der die wirthschaftliche Gesetzgebung in den deutschen Kleinstaaten und deutsche Geschichte kennt, wird sich der Ansicht verschließen können, daß namentlich der Kaufmann die Einführung einer einheitlichen freisinnigen Wirthschaftsgesetzgebung und einer nur nach den Prinzipien der Staatsraison eingerichteten Besteuerung in Deutschland dringend zu wünschen alle Ursache hatte.

Bundesstaat und Staatenbund.

Man könnte hier vielleicht einwenden, daß sich dieses Ziel ebensowohl im Vertragswege wie durch Gründung eines einheitlichen Nationalreiches, und billiger sogar hätte erreichen lassen müssen. Ich glaube aber, diese Frage hat die Erfahrung bereits endgültig entschieden. Der Zollverein — „diese großartige und vortreffliche Institution, der unser Vaterland seinen kommerziellen Aufschwung verdankt“ — wurde fast alle zehn Jahre mit Auflösung bedroht durch das polnische „liberum veto“ der einzelnen vertragschließenden Theile. Dynastische Rücksichten hemmten mehr als einmal die Entwickelung des Vereins und die Ausbreitung des mit fremden Staaten geknüpften Vertragsnetzes. Hatte der Schwiegersohn eines deutschen Fürsten das Unglück gehabt, bei der Einigung eines Nachbarstaates depossedirt zu werden, so verweigerte die Regierung des Schwiegervaters die Zustimmung zu einem Handelsvertrage, und Jahre mußten ungenutzt verstreichen, ehe der deutsche Kaufmann als Mitbewerber auf fremdem Markte auftreten konnte .... Wir können daher sagen: *Das geschäftliche Interesse des deutschen Kaufmanns ist mit der Gründung eines einheitlichen deutschen Reiches eng verknüpft.*

Nach diesem seinem Ursprung ist der bürgerlich kapitalistische Charakter des deutschen Reiches nicht mehr verwunderlich. Mit seiner Gründung hatte die Bourgeoisie in Deutschland die höchste ihr beschiedene Staffel politischer Macht erklommen. Das zeigt sich namentlich an den gesetzgeberischen Aufgaben, welche dem Reiche zuertheilt wurden. Sie sind in Artikel 4 der Reichsverfassung aufgezählt, der folgenden Wortlaut hat:

Gesetzgeberische Aufgaben des Reiches; Artikel 4 der Verfassung.

Der Beaufsichtigung seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. Die Bestimmung über *Freizügigkeit*, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, Staatsbürgerrecht, Paßwesen und

[3]) Vergl. hierüber Hans Müller: „Der Mythus von der Begründung des deutschen Reiches“, Berl. Arbeiterbibliothek, 2. Serie, Heft 1.

Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens ....;

2. die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern;
3. die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde;
4. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;
5. die Erfindungspatente;
6. der Schutz des geistigen Eigenthums;
7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande ....;
8. das Eisenbahnwesen .... und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen ....;
9. der Flößerei- und Schifffahrtsbetrieb ...., sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle;
10. das Post- und Telegraphenwesen ....;
11. Bestimmung über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Zivilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;
12. sowie über Beglaubigung von öffentlichen Urkunden;
13. die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren;
14. das Militärwesen des Reiches und die Kriegsmarine;
15. Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei;
16. die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen.

Die gesetzgeberischen Aufgaben des Reiches erstrecken sich nur auf kapitalistische Interessen.

Wie man sieht, sind es lauter kapitalistische Interessen, mit denen sich das Reich beschäftigen, die es regeln soll. Und bis in alle Einzelheiten sind der Gesetzgebung ihre Aufgaben vorgeschrieben; lauter Gesetze zum Schutze und zur Vergrößerung des Kapitalprofits sollen gegeben werden; vom Schutze der Arbeit gegen übermäßige Ausbeutung aber steht in der ganzen Verfassung kein Wort.

Auch der hemmende Ballast einer besonderen Adelsvertretung ist über Bord geworfen; im Reiche wird die Gesetzgebung durch den Bundesrath und Reichstag ausgeübt, welch letzterer auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gebildet wird.

Die Bourgeoisie hat damit Gelegenheit bekommen, die Gesetzgebung ganz in ihrem Sinne zu handhaben, nur steht sie noch unter einer gewissen Kontrole von Seiten des Bundesraths, die aber ihren Interessen weniger schadet, als denen des Proletariats.

Die Bourgeoisie hat nun im deutschen Reich ihre Macht auch nach Kräften ausgenutzt; besonders die Gesetzgebung der siebenziger

Jahre, „der liberalen Aera", einschließlich des die Arbeiterbewegung knebelnden Sozialistengesetzes, ist von den nacktesten Bourgeoisinteressen diktirt. In den letzten Jahren hat sich die Bourgeoisie den Raub mit dem Junkerthum theilen müssen, um die Herrschaft gegenüber dem anstürmenden Proletariat behaupten zu können.

Daß das Herrschaftsverhältniß in unserer Gesellschaft durch monarchische Formen täuschend verdeckt wird, ändert nichts an der Thatsache, daß die Kapitalistenklasse heute die politische Macht besitzt. Die Monarchie als Regierungsform eignet sich vorzüglich für einen Bourgeoisstaat, nur für eine politisch geschulte Bourgeoisie ist die Republik zu gebrauchen.

Monarchie und Bourgeoisie.

Die Monarchie ist mit der Bourgeoisie aufgewachsen; die Tradition knüpft sie beide aneinander. Der Kampf um's Dasein während der historischen Entwickelung hat dafür gesorgt, daß die monarchischen Neigungen bei dem Bourgeois zum Instinkt geworden sind, dem er ohne Nachdenken folgt. Aber auch abgesehen davon, muß die kühle Erwägung dem Bourgeois die Nothwendigkeit der Monarchie darlegen.

Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf dem Kapital; etwas, das man ihr sehr leicht nehmen kann. Sicherheit des Eigenthums, gute Polizei, eine „starke Regierung", das sind die Hauptbedingungen ihrer Herrschaft. Die Bourgeoisie fühlt sich weder physisch noch geistig dem von ihr ausgebeuteten Proletariat überlegen und darum theilt sie bereitwillig ihre politische Herrschaft mit demjenigen, der sie vor dem Proletariat schützt. Das ist der Grund, warum wir ein deutsches Kaiserreich und keine deutsche Republik haben!

Die Gesetzgebung der Besitzenden ist nothwendig eine Klassengesetzgebung.

Um die Parlamente der deutschen Bundesstaaten, die Landtage und Ständeversammlungen zu Vertretungen der herrschenden Klassen zu machen, hat man diese nicht nur bei der Zusammensetzung der Kammern in ausgedehntem Maße bevorzugt, sondern sich auch noch mannigfacher Einschränkungen des Wahlrechts bedient.

Wie wir gesehen haben, finden die Wahlen zu den zweiten Kammern der deutschen Parlamente fast überall auf Grund des indirekten Wahlrechts statt, vielfach sind sie auch Zensuswahlen, d. h. nur wer direkte Steuern von einer bestimmten Höhe zahlt, ist zur Wahl berechtigt.

Diese Einschränkungen des Wahlrechts haben den Zweck, die besitzlosen und wenig besitzenden Klassen politisch zu entrechten, sie des Einflusses auf die Gesetzgebung zu berauben und diese gänzlich den herrschenden Klassen auszuliefern.

Wenn nur Besitzende das Recht haben, sich vertreten zu lassen, so ist klar, daß in einer von ihnen gewählten sogenannten „Volksvertretung" nur die Interessen ihrer Klasse vertreten werden. Die Gesetzgebung, welche von solchen Parlamenten betrieben wird, muß deshalb auch nothwendig eine Klassengesetzgebung sein.

Natürlich wird die Richtigkeit dieser Sätze von der herrschenden Staatswissenschaft nicht zugegeben. Gegenüber den Verfechtern proletarischer Interessen leugnet sie den wahren Zweck dieser Einschränkungen des Wahlrechts ab und sucht die Nothwendigkeit der Zensus- und der indirekten Wahlen durch allerlei Scheingründe zu beweisen. In früherer Zeit, als der Bourgeoisie noch kein so starkes und organisirtes Proletariat gegenüberstand, war man viel aufrichtiger. So schrieb Montesquieu, der Begründer der bürgerlichen Staatslehre, in seinem „Geist der Gesetze", daß das Volk (in seinen Augen das Bürgerthum) sich für die Ausübung der ihm zukommenden Macht eine bestimmte Anzahl von Repräsentanten wählen müsse. Dabei soll Jedermann das aktive Wahlrecht haben, außer die derart **Niedrigen und Armen**, welche *so angesehen werden müssen, als hätten sie gar keinen Willen.* (!)

Es ist also hier deutlich ausgesprochen, daß die Armen, die Proletarier, nicht vertreten sein sollen, und zwar wohl weniger, weil sie keinen Willen *haben* — denn sie haben einen, und zwar einen sehr bestimmten — sondern, weil sie keinen *haben sollen*. „Sie müssen so angesehen werden, als wenn sie keinen hätten!!"

Gründe der Bourgeoisie zu Gunsten des indirekten Wahlrechtes.

So offen brutal dürfen sich die modernen Vertheidiger des Parlamentarismus nicht mehr ausdrücken. Deshalb suchen sie die wahren Gründe durch Scheingründe zu verschleiern. Zu Gunsten der indirekten Wahlen führen sie an, daß zur Wahl eines Vertrauensmannes für die Ausübung der Abgeordnetenwahl weniger Einsicht nöthig sei, als zur Wahl des Abgeordneten selbst, daß es daher besser sei, der großen Menge, welche eben auch weniger Einsicht für die Wahl des richtigen Mannes zu ihrer Vertretung besitzt, die Wahl blos der Vertrauensmänner zu überlassen. Diese, welche der Natur der Dinge nach immer auch die einsichtigeren Leute unter den Wahlberechtigten sein werden, können sich dann unter sich desto besser über den zur Vertretung ihres Wahlkreises tauglichsten Mann verständigen.

Verwerflichkeit des Systems der indirekten Wahlen.

Das sind natürlich alles Scheingründe. Zugegeben, daß es einigen oder selbst der großen Masse von Urwählern leichter ist, einen Vertrauensmann für die Vornahme der Wahl, als einen Abgeordneten selbst zu finden, so braucht es dafür doch nicht erst eines besonderen Wahlapparates. Jedermann kann seinen Vertrauensmann in der Gemeinde ohne Weiteres auch privatim befragen und darüber zu Rath ziehen, für welche Persönlichkeit er stimmen soll, und wird dann den Abgeordneten auch direkt wählen können. Die Wahlen können und werden auf diese Weise gerade so ausfallen, als wenn die befragten Vertrauensmänner selbst und allein gewählt hätten. Es kann aber auch geschehen, daß die Urwähler von einflußreicher Seite dahin bestimmt werden, nur solche Männer

zu wählen, welche sich verpflichtet haben, einem bestimmten Abgeordnetenkandidaten ihre Stimme zu geben. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Institut der Wahlmänner nicht nur ein höchst überflüssiges, sondern auch höchst gefährliches Rad in der komplizirten Wahlmaschinerie.

Vollends verwerflich aber erscheint das System der indirekten Wahl, wenn man erwägt, daß dadurch die in der Wahl von Abgeordneten enthaltene öffentliche Angelegenheit zu einer solchen des privaten Interesses herabgezogen wird. Die Urwähler haben sich jetzt nur zu fragen, welchem ihrer Bekannten oder Vorgesetzten sie am liebsten und vortheilhaftesten das Mandat, einen Abgeordneten zu wählen, übertragen wollen oder sollen.

Bei Beantwortung dieser Fragen läßt sich der Urwähler naturgemäß in erster Linie von seinen persönlichen Interessen leiten. Kann er sich, indem er diesem oder jenem einflußreichen Herrn seine Stimme giebt, Vortheil oder Protektion verschaffen, so wird er es thun. Er wird also durch dieses Wahlsystem korrumpirt.

Den Urwählern, welchen die Wahl der Wahlmänner eine rein persönliche Angelegenheit ist, wird naturgemäß das Endergebniß der Abgeordnetenwahl ziemlich gleichgültig sein, und es ist wiederum nur eine natürliche Folge davon, daß auch die Wahlmänner sich desto leichter bei ihrer Wahl über das öffentliche Interesse hinwegsetzen und lediglich persönlichen Motiven folgen können. Wenn man nun noch bedenkt, daß es sehr leicht ist, die Wahlmänner zu beeinflussen und zu ködern, indem man ihnen Ehren, materielle Vortheile, Protektion und dergleichen in Aussicht stellt, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Korruption machen, welche durch das indirekte Wahlsystem in den Wahlakt hineingetragen wird. Die gleiche Erscheinung wollen wir jetzt bei den Zensuswahlen nachweisen.

Zensuswahlen und Rechtfertigung derselben durch die Bourgeoisie.

Natürlich hat die moderne Staatswissenschaft auch zur Rechtfertigung der Zensuswahlen eine Reihe von Gründen bei der Hand.

Zunächst wird geltend gemacht, daß derjenige Bürger, welcher dem Staat höhere Steuern als ein Anderer zahle, auch einen größeren Antheil an seiner Leitung haben müsse; er begründet diesen Ausspruch mit der Anmaßung, daß seine Existenz für den Staat eine höhere Bedeutung habe, als die des Proletariers; er betrachtet sich gewissermaßen als der Brotgeber des Staates, weshalb letzterer nach seiner Pfeife tanzen müsse. Diese Anschauung ist grundfalsch. Schon Saint-Simon, der berühmte Begründer der nach ihm benannten französischen Sozialistenschule, hat in seiner „Parabel" den Nachweis geführt, daß die Könige, Hofbeamten, adeligen Taugenichtse für den Staat sehr entbehrlich seien, nicht aber die Künstler, Gelehrten, Techniker, Arbeiter. Und heute unterliegt es keinem Zweifel, daß

die Gesellschaft auch ohne das Heer der Bankiers, Aktionäre, Rentiers und Kouponabschneider existiren könnte, nach unserer Auffassung würde sie sich sogar viel besser befinden, wenn sie diese Parasiten an ihrem Leibe vernichtet hätte (vergl. den III. Theil).

Der Anspruch also, den die einen hohen Steuersatz zahlenden Bürger an den Staat erheben, ist ein gänzlich unbegründeter. Sollte es nach der Bedeutsamkeit der Bürger für den Staat gehen, so müßten die Arbeiter aller Art die erste Klasse bilden und den größten Einfluß auf die Gesetzgebung haben, nicht aber die nichtarbeitenden Gesellschaftsklassen, deren soziale Bedeutung gleich Null ist.

Preußisches Dreiklassenwahlsystem.

Ein unübertreffliches Beispiel, wie ein Wahlsystem nicht beschaffen sein soll, ist das preußische Dreiklassenwahlsystem[4]), das alle Ungerechtigkeiten und Absurditäten, die überhaupt möglich sind, in sich vereinigt und das selbst Bismarck einmal „das elendeste und widersinnigste aller denkbaren Wahlsysteme" nannte.

Seine Hauptbestimmungen haben wir bereits früher (Seite 165) dargelegt. Darnach zerfällt jeder Wahlkreis in eine Reihe von Bezirken, welche die Wahl von Wahlmännern vorzunehmen haben. Innerhalb dieser Bezirke zerfallen die Urwähler wieder in drei Klassen, von denen jede ein Drittel der gesammten direkten Staatssteuern zahlt und die gleiche Zahl von Wahlmännern wählt.

Da nun das erste Drittel der direkten Steuern von einer außerordentlich geringen Zahl von Einwohnern des Bezirks entrichtet wird, so besteht die erste Klasse auch nur aus sehr wenigen Personen.

Da aber in die dritte Klasse alle Diejenigen fallen, welche das letzte Drittel der direkten Staatssteuer entrichten, und auch die, welche steuerfrei sind, so umfaßt diese Klasse eine sehr große Zahl von Personen.

Größe der drei preußischen Wählerklassen; — die daraus entspringende Benachtheiligung der ärmeren Volksklassen.

„Nach den amtlichen Listen, die im Jahre 1849 von der Regierung nach dem Erlaß des Dreiklassenwahlgesetzes aufgenommen wurden, gab es in Preußen 3 255 703 Urwähler, die in folgender Weise in drei Wahlklassen zerfielen:

Es gehörten 1849 in ganz Preußen

zur ersten Wählerklasse . .	153 808	Wähler
„ zweiten „ . .	409 945	„
„ dritten „ . .	2 691 950	„

Wir sehen hieraus, daß 153 808 sehr reiche Leute genau eben so viel politische Macht erhielten wie 2 691 950 Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zusammen, daß ferner diese 153 808 sehr reichen Leute, welche die erste Abtheilung, und die 409 945 mäßig reichen Leute, welche die zweite Abtheilung bildeten, gerade noch einmal so viel politische Macht hatten, als die ganze übrige Nation

[4]) Vergl. weiter darüber Schippel: „Fort mit dem Dreiklassenwahlsystem in Preußen." Berl. Arbeiterbibliothek II. Serie.

zusammengenommen — daß die 153 808 sehr Reichen und die bloße Hälfte der 409 945 Wähler der zweiten Klasse schon so viel politische Macht besaßen, wie die andere Hälfte der mäßig reichen zweiten Klasse und die 2 691 950 der dritten zusammengenommen!" (Schippel.) Und dies Mißverhältniß hat sich seitdem noch verschärft.

Wie die proletarische Zersetzung unserer Gesellschaft am weitesten vorgeschritten ist, wo auf der einen Seite der Riesenreichthum, auf der anderen das Massenelend in's Unermeßliche gewachsen sind, da ist natürlich auch der Unterschied zwischen der ersten und dritten Wählerklasse am klaffendsten.

Berlin weist z. B. für den Landtag eingeschriebene Wähler auf:

	I. Abtheilung	III. Abtheilung
1861 . . .	2186	91 388
1862 . . .	2594	83 599
1863 . . .	2857	87 457
1866 . . .	2992	67 609
1867 . . .	2963	100 759
1870 . . .	3837	100 670
1873 . . .	5579	111 872
1876 . . .	4612	131 826
1879 . . .	4048	164 812
1882 . . .	4764	240 226
1885 . . .	4964	236 673

4964 Wähler der ersten Klasse hatten also in Berlin 1885 dasselbe politische Recht wie 236 673 Wähler der dritten Klasse! 1,9 Prozent aller Wahlberechtigten übten denselben Einfluß auf das Wahlergebniß wie 90 Prozent! Jeder Wähler der ersten Abtheilung galt mehr wie das 45fache eines Wählers der untersten Abtheilung! Fast genau 90 Prozent aller Wahlberechtigten umschließt allein die dritte Klasse!

Ja, es kommt fast in allen größeren Städten vor, daß in einem Bezirke — die Urwahlbezirke sind klein und sollen 750 bis 1750 Einwohner umfassen — ein einziger Wähler die ganze erste Klasse ausfüllt, weil er sich in der günstigen Lage befindet, ein Drittel der gesammten in Rechnung kommenden Steuer zahlen zu können.

Politische Folgen des Dreiklassenwahlsystems.

Daß ein so plutokratisches Wahlsystem wie das Dreiklassenwahlsystem Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit in politischen Dingen bei der großen Masse des Volkes erzeugt, ist erklärlich; denn Niemand bringt sich gerne die Thatsache zum Bewußtsein, daß er zu einer Null degradirt ist. So ist denn auch von Anfang an die Betheiligung an den Wahlen zum Abgeordnetenhause eine sehr schwache gewesen. Selbst während der politisch erregten Konfliktszeit in den sechziger Jahren gingen von den Wahlberechtigten nicht mehr als 30 bis 34 Prozent zur Wahl. Nach

einer Schätzung der „Freis. Ztg.“ haben 1888 nicht mehr als **15** Prozent der Wahlberechtigten ihr Recht ausgeübt.

Welche Folgen ein solcher Zustand für die Gesetzgebung hat, zeigt uns Schippel in seiner bereits angezogenen Broschüre mit folgenden Worten:

> „Volksvertretungen mit ihren Beschlüssen sollen mit dem Volkswillen möglichst übereinstimmen, man kann sich aber denken, wie gering bei derartigen Minoritätswahlen oft die Uebereinstimmung ist. Von 100 Urwählern betheiligen sich — greifen wir die Zahl einmal hoch! — vielleicht 25 an der Wahl der Wahlmänner. Möglich, daß die fernbleibenden 75 durchaus anderer Meinung sind, aber die 25 entscheiden, oder vielmehr die Majorität dieser 25 entscheidet, d. h. eine Handvoll (13) Mann; die Wahlmänner brauchen nur 13 von je 100 Wählern ganz und gar auf ihrer Seite zu haben. Sie spalten sich nun wiederum bei der Ernennung des Abgeordneten, die Majorität unter ihnen braucht also nicht mehr als 7 von je 100 Stimmen darzustellen. Und wenn dann die Abgeordneten im Landtag sich selber wiederum bei Abstimmungen in zwei fast gleiche Theile scheiden, so kann es kommen, daß ein Gesetz gleichsam nur 4 von je 100 Volksstimmen für sich hat und daß es dennoch zur Annahme gelangt. **Kein Wahlsystem kann den Volkswillen mehr fälschen wie die Dreiklassenwahl** mit der politischen Theilnahmlosigkeit, welche sie hervorruft, und mit dem indirekten Verfahren, mit dem sie verbunden ist.“

Durch das Dreiklassenwahlsystem wird die Arbeitermasse von Jahr zu Jahr zu immer größerer Machtlosigkeit verurtheilt.

Und nicht genug daran! Die Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlsystems steigern sich noch von Jahr zu Jahr. Unsere ganze wirthschaftliche Entwickelung schleudert immer größere Massen des Volkes in die einflußlose dritte Klasse hinab und hebt immer wenigere Reiche zu immer uneingeschränkterer Herrschaft empor. Denn mit dem Fortschritte des Kapitalismus sinkt der Arbeitslohn im Verhältniß zu dem geschaffenen Nationaleinkommen.

Die politischen Rechte nach dem Antheil am Gesammteinkommen — oder was bei gleichem Steuerfuße ungefähr dasselbe ist: nach der Summe der gezahlten direkten Steuern — abmessen, heißt also **die Arbeiterklasse zu immer größerer Machtlosigkeit verurtheilen**, heißt sie gerade zu einer Zeit dazu verurtheilen, wo infolge der sozialen Wirren die Gesetzgebung mehr und mehr dem Einflusse des Proletariats unterstellt werden sollte.

Besonders grell tritt dieser Mißstand in den großen Städten und Industriezentren mit ihrer mächtigen Arbeiterbevölkerung auf. So finden wir in Berlin von 1873 bis 1885 eine Zunahme der Landtagswahlberechtigten von 136 853 auf 264 126, d. h. von 127 273 Wählern. Von diesen 127 273 Neuhinzukommenden sind 124 801

der dritten, machtlosen Klasse zugewiesen worden; die ganze Vermehrung der wahlfähigen Bevölkerung wurde also bis auf etwa 2500 den politisch vollständig Rechtlosen zugetheilt. Und während so die dritte Abtheilung von 136 853 auf 264 126 anschwoll, ohne ein Quentchen mehr Einfluß auf die Wahlen zu gewinnen, nahm die Zahl der Wahlberechtigten in der ersten Abtheilung von 5579 auf 4964 ab, ohne daß die Klasse dadurch ein Quentchen ihrer Macht eingebüßt hätte!!

Wir blicken, sagt Schippel mit Recht, heute mit Geringschätzung zurück auf die „mittelalterlichen“ Zustände, wo die Angehörigen von ein paar „standesherrlichen“ Familien, wo eine Handvoll „Rittergutsbesitzer“ und sonstiger Bevorrechteter durch ihre Sonderstellung den kleinen Besitz und die besitzlose Arbeit politisch vergewaltigten! Wir haben gar keinen Grund, uns zu brüsten, denn wie die eben mitgetheilten Erfahrungen zeigen, haben wir mitten unter uns privilegirte Schichten, die noch so wenig zahlreich sein und an Zahl sogar zurückgehen mögen und die dennoch die Gesetzgebung durch die von ihnen geschaffenen Volksvertretungen beherrschen.

Das Privileg des Adels und des feudalen Grundbesitzes ist nur ersetzt worden durch das Privileg des bürgerlichen Reichthums, und wer will sagen, welcher Zustand der empörendste ist! —

Nach alledem ist es unbestreitbar, daß die mit Hülfe von indirekten und Zensuswahlen gewählten gesetzgebenden Körperschaften nothwendig Vertretungen der herrschenden Klassen werden und sein müssen.

Haben bei direkten Wahlen die Besitzlosen eine ihrer Zahl entsprechende Macht?

Aber anders, wird nun Mancher einwenden, muß es doch mit denjenigen Parlamenten stehen, die auf Grund des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechtes gewählt werden. Diese tragen doch, weil sie vom ganzen Volk ohne Unterschied der Klassen gewählt werden, auch den Charakter einer die Interessen des ganzen Volkes umfassenden gesetzgebenden Körperschaft. Hier findet doch keine einseitige Klassenvertretung statt und infolgedessen kann auch die von solchen Parlamenten geschaffene Gesetzgebung keine Klassen- und Parteigesetzgebung sein, sondern sie wird die Interessen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringen.

Da der deutsche Reichstag auf Grundlage des besagten „demokratischen Wahlrechts“ zu Stande gebracht wird, so müßte er nach jener Ansicht eine vollkommene Volksvertretung darstellen.

Davon ist er aber doch sehr weit entfernt.

Gewiß geben wir zu, daß das allgemeine Wahlrecht für gesetzgebende Körper ein Fortschritt ist, dessen Bedeutung namentlich in der Theorie liegt. Es wird dadurch anerkannt, daß das Staatsbürgerthum kein auf bestimmte Volksklassen beschränktes Privilegium ist, sondern allen Staatsbürgern zukommt.

Trotzdem aber kann der Reichstag, wenn auch mit Hülfe des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählt, nicht als ein getreuer Spiegel des Volkswillens angesehen werden.

Gründe, welche auch bei direkten Wahlen den Besitzenden eine größere Machtstellung gewährleisten als den Besitzlosen.

Die Gründe dafür sind mannigfache. Einmal trägt die ungerechte Wahlkreiseintheilung dazu bei, den Volkswillen im Parlament zu fälschen. (Wir kommen darauf weiter unten noch ausführlich zu sprechen.)

Sodann kommen die widernatürlichsten und unwahrsten Wahlbündnisse zwischen sonst entgegengesetzten Parteien vor, so daß die freie Ueberzeugung der Wähler nicht zum Ausdruck kommt.

Endlich aber bleiben die unterlegenen Minoritäten ohne Vertretung.

Das allgemeine Wahlrecht sichert nicht die Vertretung der Mehrheit des Volkes.

Dieser Fehler ist unverbesserlich, weil er eine nothwendige Folge des Wahlprinzipes selbst ist. Wir gehen sogar noch weiter und behaupten: Das allgemeine Wahlrecht sichert nicht einmal die Vertretung der Mehrheit des Volkes, sondern liefert nur eine Vertretung der Mehrheit der Abstimmenden. Die Mehrheit der Abstimmenden kann die Minderheit der Stimmberechtigten sein und in der Regel ist das sogar der Fall. Es ist bei fast allen Wahlen zu konstatiren, daß nur 50 bis 60 Prozent der Stimmberechtigten ihr Wahlrecht ausübten. Nur in Zeiten großer politischer Aufregung steigt die Zahl der Wähler über diesen Prozentsatz hinaus. Immerhin aber enthalten sich 20 bis 30 Prozent noch der Abstimmung. Bedenkt man nun, daß die Mehrheit der Abstimmenden 30 bis 40 Prozent infolge der Wahlenthaltung ausmacht, so ist leicht ersichtlich, daß wir nicht übertrieben, als wir sagten, das allgemeine Wahlrecht sichert nicht einmal die Mehrheit des Volkes.

Man könnte nun einwenden, daß eine Minoritätsvertretung des Volkes unter Geltung des allgemeinen Wahlrechts nur infolge großer politischer Gleichgültigkeit möglich wäre und daß dann das Volk selbst die Schuld trage, wenn es im Parlament mangelhaft repräsentirt ist. So beweiskräftig dieser Einwand auf den ersten Augenblick auch erscheinen kann, so ist er doch nur wenig stichhaltig. Mit Recht bemerkt Maurus in seiner Kritik des Verfassungsstaates, daß abgesehen davon, daß auch bei vollzähliger Theilnahme aller Stimmberechtigten der bei der Wahl unterlegene Theil des Volkes im gesetzgebenden Körper unvertreten bleibt, daß also die Repräsentation des Volkes aus Wahlen überhaupt nicht hergestellt werden kann, es durchaus nicht immer und zum kleineren Theil politische Gleichgültigkeit ist, welche die Wahlberechtigten von der Stimmabgabe zurückhält. Es ist die Stimmenthaltung geradezu nothwendig für alle Jene, welche für keinen der von ihrer Partei aufgestellten Kandidaten stimmen wollen, einen Kandidaten für sich aber aus irgend welchen Gründen nicht aufstellen können oder wollen. Dann ist es nur zu oft der Fall, daß die von den Parteiführern

oder einer lokalen Clique aufgestellten Kandidaten wohl das Vertrauen dieser, nicht aber auch das aller ihrer Parteigenossen besitzen, deren Mehrzahl sie unbekannt, Manchen darunter sogar persönlich widerwärtig sind. Wenn sich diese nun lieber von der Wahl zurückziehen, als für einen Kandidaten stimmen, der ihr Vertrauen nicht besitzt, so ist nicht politische Gleichgültigkeit, sondern das gerade Gegentheil Ursache der Wahlenthaltung.

In dieser Zwangslage befinden sich aber häufig die Arbeiter. Bei der allgemeinen ökonomisch gedrückten Lage derselben, sowie bei dem Verhalten der Staatsverwaltung ihnen gegenüber, gelingt es ihnen nur in seltenen Fällen, sich in demselben Maße wie die Bourgeoisie am öffentlichen Leben zu bethätigen, politische Kreise zu bilden und aus ihrer Mitte heraus einen eigenen Kandidaten, der ihr Vertrauen besitzt, aufzustellen. Das ist aber unbedingt nöthig, soll der Wahlakt nicht seinen Sinn und seine Bedeutung verlieren. In dieser Erkenntniß hat sich die sozialdemokratische Partei zu verschiedenen Malen und sehr entschieden gegen die Viel- und Zählkandidaten ausgesprochen. Aber trotzdem haben wir es nicht vermocht, sie zu beseitigen. Noch bei der letzten Reichstagswahl haben wir in einer großen Anzahl von Wahlkreisen deßungeachtet „Viel- und Zählkandidaten" gehabt. Noch weniger aber ist es uns gelungen, in sämmtlichen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen; weit mehr denn 100 Wahlkreise blieben ohne sozialdemokratische Kandidatur. Und doch wird wohl Niemand behaupten wollen, daß auch in diesen Wahlkreisen nicht mehrere Tausend Genossen vorhanden waren. Wenn diese sich der Stimmenabgabe enthalten haben, so handelten sie prinzipientreu, und politische Gleichgültigkeit kann ihnen Niemand zum Vorwurf machen. Wir sehen also, daß auch beim allgemeinen und direkten Wahlrecht die Mehrheit der Stimmberechtigten nicht im Reichstage vertreten wird. Die Minderheit ist es daher, welche durch den Reichstag der Mehrheit des Volkes die Gesetze diktirt. Weil das aber der Fall ist, so erfüllt er für die Bourgeoisie und ihre Klassenherrschaft gerade seinen Zweck.

Daß sie, die die Minorität des Volkes ausmacht, im Parlament die Majorität hat und haben muß, liegt in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen begründet. Die soziale Abhängigkeit, in welcher die besitzlosen Arbeiter stets vom Kapital stehen, die anerzogene und die täglich in's Leben eingreifende Autorität des Bourgeois bringen es mit sich, daß selbst heute noch trotz vieljähriger sozialistischer Agitation, auch wenn kein besonderer Druck auf ihre Abstimmung von Seite des Kapitalisten ausgeübt wird, sie öfter für diese als für Männer aus ihrer eigenen Mitte stimmen.

Dazu kommt dann noch die Unmöglichkeit der Arbeiterabgeordneten, die Kosten zu tragen, die ihnen durch ihre parlamen-

tarische Thätigkeit erwachsen, und für die sie nicht durch Diäten entschädigt werden. Die Verweigerung der Diäten hat den offen ausgesprochenen Zweck, den Arbeitern die Vertretung nach Kräften zu erschweren.

Die besitzlose Arbeit hat daher bis heute noch nicht jene Größe der Vertretung, welche ihr gebührt. Das zeigen folgende Tabellen:

Deutsche Reichstagswahl vom Jahre 1887.

Name der Partei	Anzahl der Stimmen	Haben Vertreter	Durchschnittl. auf 1 Abg.	Sollten haben Vertreter
Konservativ . . .	1 147 200	80	14 340	60
Freikonservativ . .	736 389	41	17 961	39
Nationalliberal . .	1 677 979	99	16 949	88
Freisinn (Fortschritt)	973 104	32	30 410	51
Zentrum	1 516 222	98	15 472	80
Sozialdemokraten .	763 128	11	69 375	40

Deutsche Reichstagswahl vom Jahre 1890.

Name der Partei	Anzahl der Stimmen	Haben Vertreter	Durchschnittl. auf 1 Abg.	Sollten haben Vertreter
Konservativ . . .	895 103	73	12 261	48
Freikonservativ . .	482 314	20	24 115	27
Nationalliberal . .	1 177 807	42	28 000	65
Freisinn (Fortschritt)	1 159 915	66	17 440	64
Zentrum	1 342 113	106	12 660	74
Sozialdemokraten .	1 427 298	35	40 780	78
Antisemiten . . .	47 536	5	9 507	3

Die Folge dieser unzulänglichen Vertretung der Arbeiterklasse ist, daß ihre Interessen bei der Reichsgesetzgebung nicht berücksichtigt werden, oder nur soweit, als die Interessen des Kapitals damit zusammenfallen, was heute nur noch in den seltensten Fällen vorkommt, denn das Kapital will die Förderung des Wohles der Arbeiterklasse nur zum Zwecke und soweit, als ihm selbst diese Wohlfahrt wieder zu Gute kommt; die Arbeiterklasse aber will die eigene Wohlfahrt *für sich selbst*.

Wahlkreisgeometrie.

Eins der hauptsächlichsten Mittel, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen in Deutschland bedienen, um dem Proletariat die ihm durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht verliehene politische Macht wieder zu entreißen und ihn seines legitimen Einflusses auf die Gesetzgebung zu berauben, ist aber, wie gesagt, die überlebte und verrottete Eintheilung der Reichstagswahlkreise.

In ihrer großen Mehrzahl datiren die heutigen Reichstagswahlkreise bereits aus dem Jahre 1867, wo man sie für die Wahlen

zum Norddeutschen Bunde festsetzte. Man verfuhr dabei nach der Norm, daß 100 000 Seelen der Bevölkerung einen Wahlkreis bilden und durch einen Abgeordneten im Reichstage vertreten sein sollen.

Als aber im Jahre 1867 das Wahlgesetz für den Norddeutschen Bund erlassen wurde, stimmte die darin getroffene Wahlkreiseintheilung des Jahres 1867 schon nicht mehr mit dem obigen in § 5 des Gesetzes ausdrücklich ausgesprochenen Grundsatze überein. Darum verhieß das Wahlgesetz auch noch in demselben Paragraphen:

„Eine Vermehrung der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt."

9½ Millionen Einwohner — in erster Linie Proletarier — sind im Reichstage nicht vertreten.

Als im Jahre 1871 der Norddeutsche Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zum deutschen Reich erweitert wurde, löste die Regierung ihr Versprechen nicht ein und auch der Reichstag that nichts, um eine gerechte Wahlkreiseintheilung herbeizuführen. Man begnügte sich damit, durch die Verfassung festzustellen, wie viel Abgeordnete jeder der neu eintretenden Bundesstaaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen im Reichstag haben sollten und setzte dann getrost das veraltete Wahlgesetz des Norddeutschen Bundes als „Reichswahlgesetz" in Kraft. Die einzige Veränderung, die seit jener Zeit vorgenommen wurde, war die Vermehrung der auf 382 Abgeordnete festgesetzten Volksvertretung um 15 neue Mitglieder für Elsaß-Lothringen, so daß wir uns heute des Daseins von 397 Reichstagsabgeordneten erfreuen können.

Indessen wurde das Mißverhältniß zwischen der Zahl der Bevölkerung und derjenigen der Wahlkreise resp. Abgeordneten nicht beseitigt, ist vielmehr immer größer geworden und heute zu einem Grade angewachsen, daß es geradezu ein Skandal ist.

Bereits im Jahre 1873 zählte das deutsche Reich 41 500 000 Einwohner; es hätten also nach jener wahlgesetzlichen Norm, wonach 100 000 Seelen durch einen Abgeordneten vertreten sein sollen, statt 397: 415 Reichstagsmitglieder vorhanden sein müssen. Es fehlten also damals schon 18 Volksvertreter und 1 800 000 Menschen waren unvertreten, d. h. politisch entrechtet! Wohlgemerkt, das war 1873!

Geht man aber weiter und vergleicht die Bevölkerung, welche 1867, als die Wahlkreiseintheilung geschaffen wurde, vorhanden war, mit derjenigen, welche heute auf dem Gebiete des deutschen Reiches lebt, so findet man folgende Zahlen:

1867 = 39 900 000 Einwohner
1890 = 49 400 000 „

Die Zahl der Reichstagsabgeordneten entspricht nicht der gesetzlichen Norm.

Daraus geht hervor, daß die Bevölkerung auf dem deutschen Reichsgebiet um 9½ Millionen gestiegen ist. Es sind also 9½ Millionen Einwohner heute bei der Gesetzgebung unter der Herrschaft des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts unvertreten, ihrer politischen Rechte beraubt!

Sollten sie vertreten sein, so müßten 95 bis 100 Abgeordnete mehr im Reichstage sitzen, als dies der Fall ist.

Dieser Mißstand ließe sich vielleicht noch entschuldigen, wenn er die ganze Bevölkerung gleichmäßig träfe. Das aber ist nicht der Fall, und gerade darum sträuben sich die Regierung und die herrschenden Klassen, die sowohl in § 5 des Wahlgesetzes als auch in Art. 20 der Reichsverfassung ausdrücklich verheißene, gesetzliche Regelung der Wahlkreiseintheilung vorzunehmen. Die Entrechtung der $9^1/_2$ Millionen trifft nämlich allein die städtische und besonders die großstädtische Bevölkerung und in ihr das Proletariat.

Das Proletariat seiner verfassungsmäßigen Rechte zu berauben, — das ist der Zweck, welchen man mit der Aufrechterhaltung der skandalösen und verrotteten Wahlkreiseintheilung erreichen will!

Den Nachweis für diese Behauptung werden wir durch Zahlen führen, welche wir der amtlichen Statistik entnehmen.

Es ist eine allbekannte Thatsache, daß die Bevölkerung des platten Landes in Deutschland in den letzten 20 Jahren ungefähr die gleiche geblieben, während die Bevölkerung der Städte und deren Umgebung in demselben Zeitraum enorm angeschwollen ist. Von der Bevölkerungszunahme von zirka $2^1/_2$ Millionen, die in den letzten fünf Jahren (1885 bis 1890) stattgefunden hat, entfallen allein 1 Million auf die Großstädte und zirka $^1/_2$ Million auf die Mittelstädte. Der Zuwachs entfällt also in der Hauptsache auf die Städte.

Die Folge davon ist, daß die städtischen Wahlkreise immer menschen- und wählerreicher werden, die ländlichen dagegen sich ungefähr gleich bleiben. Zugleich wird die Zahl der rein ländlichen Wahlkreise, da immer mehr Städte aufblühen, geringer, und die Zahl der in der Hauptsache städtischen Wahlkreise immer größer. Das zeigt folgende Tabelle, welche wir, wie die folgenden, dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, XII. Jahrgang 1891“ entnehmen.

Vertheilung der Wähler in den einzelnen Wahlkreisen.

Unter den 397 Wahlkreisen befanden sich

	1. u. 2. Legislaturperiode (1871) und (1874)	3. u. 4. Legislaturperiode (1877) und (1878)	5. u. 6. Legislaturperiode (1881) und (1884)	7. u. 8. Legislaturperiode (1887) und (1890)
rein städtische Wahlkreise	21	21	21	21
Wahlkreise mit Städten von 20 000 und mehr Einwohnern	68	81	93	107
Wahlkreise ohne Städte von 20 000 und mehr Einwohnern	308	295	283	269

Wie man sieht, hat die Zahl der Wahlkreise mit größeren Städten beständig zu-, diejenige der Wahlkreise ohne größere Städte

beständig abgenommen. Der Unterschied würde ein noch größerer sein, wenn anstatt bei der Wahl von 1890 die Volkszählung von 1890 hätte in Berechnung gezogen werden können.

Das Gleiche gilt von der folgenden Tabelle, welche eine Uebersicht über die Volkszahl in den Wahlkreisen giebt.

Es betrug die Zahl der Wahlkreise in der

Einwohnerzahl von	1. u. 2. Legislaturperiode, 1871/74	3. u. 4. Legislaturperiode, 1877/78	5. u. 6. Legislaturperiode, 1881/84	7. u. 8. Legislaturperiode, 1887/90
60 000 u. weniger	6	6	5	5
60 001— 80 000	36	34	24	26
80 001—100 000	121	103	78	74
100 001—120 000	167	158	146	130
120 001—140 000	56	69	101	105
140 001—160 000	8	16	27	21
160 001 und mehr	3	11	16	36

Die Anzahl der nach dem Gesetz normalen Wahlkreise nimmt ab.

Diese Tabelle veranschaulicht sehr gut die fortschreitende Abnahme der nach dem Gesetz normalen Wahlkreise. In der ersten und zweiten Legislaturperiode gab es doch noch 163 Wahlkreise, welche bis 100 000 Seelen beherbergten, 1887 war ihre Zahl auf 105 gesunken. Heute wird es deren kaum 80 mehr geben. Umgekehrt ist die Zahl der übervölkerten Wahlkreise enorm gestiegen. 1871 gab es deren 234, 1887 292, heute werden es weit über 300 sein, in denen die Bevölkerung in ihren politischen Rechten verkürzt wird. Daß es aber gerade die städtische Bevölkerung ist, welche unter der bestehenden korrupten Wahleintheilung leidet, springt sofort in die Augen, wenn man einen Blick auf die folgende Tabelle wirft.

Vergewaltigung des städtischen Proletariats durch das platte Land.

Die mittlere Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlkreises belief sich

	1. Legislaturperiode, 1871	5. Legislaturperiode, 1881	8. Legislaturperiode, 1890
in den vier städtischen Wahlkreisen	21 751	29 256	**41 098**
in den Wahlkreisen mit größeren Städten	21 549	26 242	30 096
in den Wahlkreisen ohne größere Städte	19 655	21 327	22 537

In den 20 Jahren von 1871 bis 1890 ist also die durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten in den städtischen Wahlkreisen um fast 20 000 Personen gestiegen, hat sich also so gut wie verdoppelt, während in den Wahlkreisen ohne größere Städte die Zahl der Wahlberechtigten nur verhältnißmäßig unerheblich zugenommen hat.

Man kann also sagen: zwei große städtische Wähler gelten soviel und nicht einmal soviel wie ein ländlicher; das bedeutet, in's Politische übersetzt, eine Vergewaltigung des Proletariats durch das platte Land!

Noch krasser tritt die Ungerechtigkeit der bestehenden Wahlkreiseintheilung hervor, wenn man einzelne Fälle in Betracht zieht. So bilden z. B. die sieben Staaten: Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß ältere Linie, Schaumburg-Lippe und Lübeck je einen Wahlkreis. Diese sieben Wahlkreise haben heute eine Bevölkerung von 495 000 Einwohnern, die also durch sieben Abgeordnete vertreten werden. Die Stadt Berlin zählt 1 579 000 Einwohner, hat also mehr als dreimal soviel Bewohner als die sieben kleinen Staaten, schickt aber trotzdem nur sechs Vertreter in's Parlament!

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel. Es zählten die

Wahlkreise	Einwohner 1885	Eingeschriebene Wähler 1887
Schaumburg-Lippe . . .	**37 204**	**8 128**
Lauenburg	49 861	11 587
Reuß ä. L.	55 904	12 467
Waldeck	56 575	10 854
Coburg	57 383	11 923
Rappoltsweiler	61 791	12 422
Löwenberg	63 243	14 557
Dagegen zählten:		
Hamburg 3	212 768	47 800
München 2	212 904	52 397
Dortmund	214 405	44 556
Charlottenburg	249 081	54 107
Berlin 2	269 923	65 155
Bochum	289 724	63 607
Berlin 4	324 989	79 222
Berlin 6	**359 704**	**86 323**

Aus diesen Zahlen ergiebt sich, daß der *eine Kreis fast zehnmal soviel Einwohner hat als ein anderer*, und daß er mehr als doppelt so viel Wähler hat als der andere überhaupt *Einwohner*! Die ersten sechs Wahlkreise haben *zusammen* noch nicht soviel Einwohner wie *einer* der beiden zuletzt genannten!!

Diese Gegensätze ließen sich leicht vervielfältigen.

Am grellsten treten sie auf, wenn sie dicht nebeneinander liegen. So in Berlin selbst, wo der erste Wahlkreis nur 91 397 Einwohner und 21 389 Wähler zählt und vor den Thoren Berlins, wo die Wahlkreise Ostpriegnitz, Westpriegnitz, Oberbarnim beziehungsweise 67 137, 72 349 und 79 981 Einwohner umfassen, oder in Schleswig, wo der X. Kreis noch nicht 50 000, der VII. über 171 000 Einwohner

zählt, oder in Coburg-Gotha, wo der eine Wahlkreis eine Bevölkerungsziffer von 57 383, der andere von 141 446 aufweist.

An der Ungerechtigkeit der Wahlkreiseintheilung wird nur festgehalten, weil sie eine Waffe im Kampfe mit der Sozialdemokratie ist.

Kurz, die Ungerechtigkeit der bestehenden Wahlkreiseintheilung ist eine unumstößliche Thatsache, an der deshalb nur festgehalten wird, weil sie eine Waffe im Kampf gegen die Sozialdemokratie ist.

Man kann hier die Regierung und die herrschenden Klassen darauf festnageln, daß sie sich der größten, skandalösesten Ungerechtigkeiten bedient, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen und von der politischen Macht nach Möglichkeit auszuschließen.

Läge eine neue Wahlkreiseintheilung im Interesse des verhätschelten Junkerthums und der von Staats- und Rechtswegen geschützten Bourgeoisie, so wäre eine solche längst erfolgt.

Da aber nur die Sozialdemokratie aus ihr Nutzen ziehen würde, so verletzt man lieber jedes Rechtsgefühl und hält die schreiendste Ungerechtigkeit aufrecht. Das Unrecht — das ist das Bollwerk der Gesellschaft, mit dem sie sich gegen den Ansturm des Proletariats schützt!

Wir aber erheben für gerechte Neueintheilung der Reichstagswahlkreise unsere Stimme!

Wie nutzt die Bourgeoisie ihre Macht aus?

Nachdem wir in dem vorhergehenden Kapitel dargethan haben, wie die besitzende Klasse in den Besitz der Macht gelangt ist, und mit welchen Mitteln sie sich in dem Besitz erhält, erübrigt sich nun noch, darzulegen, in welcher Weise die Bourgeoisie diese ihre Macht ausnutzt. Hierfür sind nun vor Allem folgende Momente charakteristisch:

1. Die Bourgeoisie wälzt die Lasten von sich auf die Besitzlosen ab; (hauptsächlich durch das System der indirekten und direkten Steuern);
2. die Klassenerziehung und die Klassenbildung, indem sich auch hier auf Kosten der Besitzlosen die Besitzenden eine höhere Bildung und bessere Erziehung ermöglichen;
3. die Klassenjustiz, indem die Macht das Recht schafft. Als weiteres Moment kommt dann noch in Betracht, daß die Besitzenden auch die Schutzeinrichtungen zur Sicherung ihrer Macht (Militarismus) in erster Linie von den Besitzlosen tragen lassen, jedoch soll dieser letztere Punkt an einer anderen Stelle seine Erledigung finden.

I. Die Bourgeoisie wälzt die Lasten von sich ab.

Lassalle über direkte und indirekte Steuern.

Indirekte Steuern. In seiner berühmten Rede über „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse", die in ihrer logisch unanfechtbaren Beweisführung der Ausgangspunkt für alle Angriffe seitens der Sozialdemokratie gegen das ungerechte Steuersystem der Gegenwart geworden ist, ging Lassalle von der Thatsache aus, „daß jeder Stand das Prinzip, auf welchem er selbst beruht, zum herrschenden Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen macht, ihnen allen das ausschließliche Gepräge seines besonderen Prinzipes aufdrückt." Lassalle bewies nun, daß auch in der Entwickelungsperiode, die unter dem Zeichen des Kapitals steht, sich dieses Gesetz nicht verleugne. „Die Bourgeoisie kann freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will, ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß ein Jeder im Verhältniß zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form durch Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern."

Die Bourgeoisie sucht durch die Einführung indirekter Steuern die Lasten von sich abzuwälzen.

„Direkte Steuern sind solche, welche, wie die klassifizirte Einkommensteuer, vom Einkommen erhoben werden und sich daher nach der Größe des Einkommens bestimmen. Indirekte Steuern aber sind solche, die auf irgend welche Bedürfnisse, z. B. auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Heizungsmaterial, oder z. B. auf Bedürfnisse zum Rechtsschutz, Justizkosten, Stempelbogen 2c. gelegt werden, und die sehr häufig der Einzelne in dem Preise der Dinge bezahlt, ohne zu wissen und zu merken, daß er jetzt steuert, daß es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge vertheuert."

„Nun wird es bekannt sein, daß Jemand, der 20-, 50-, 100mal so reich ist als ein Anderer, deshalb durchaus nicht 20-, 50-, 100mal so viel Salz, Brot, Fleisch, 50- oder 100mal so viel Bedürfnisse nach Ofenwärme und also nach Heizungsmaterial hat, wie ein Arbeiter oder Kleinbürger."

Hierdurch kommt es, daß der Betrag der indirekten Steuern statt die Individuen nach Verhältniß ihres Kapitals und Einkommens zu treffen, seinen bei Weitem größten Theil nach von den Unbemittelten, den Aermsten der Nation gezahlt wird.

Die besitzenden Klassen befinden sich also nicht bloß im Besitz der Macht, im Genuß der Erzeugnisse der Kultur, die ihnen von den besitzlosen Arbeitern geschaffen werden, sie häufen nicht bloß Kapital zusammen, indem sie dem Arbeiter Mehrwerth auspressen, sie beuten den Proletarier, den Besitzlosen noch mehr aus, indem sie von ihm den Haupttheil aller jener Kosten decken lassen, die für Institutionen zum Vortheil der Besitzenden aufgewandt werden — wie der Universitäten und Schulen, der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen, die zur Stärkung der Machtmittel der Bourgeoisie

dienen, wie der Polizei- und Militärmacht. Das Proletariat erhält und ernährt also nicht blos den Besitzenden, es erzieht, unterrichtet und schützt ihn nicht blos vor Krankheit, — es schafft sich sogar selbst noch die Knute, die es im Zaume hält, damit es nicht selbst aller der Wohlthaten theilhaftig werde, die es dem Besitzenden schafft.

Die Besitzlosen werden durch indirekte Steuern mehr belastet als die Besitzenden.

Es soll nun im Einzelnen nachgewiesen werden, daß das Proletariat, indem die Bourgeoisie, schlau und gerieben wie ein absoluter Monarch, ihm die indirekten Steuern aufbürdete, damit es die Fuchtel nicht so leicht erkennen möge, unter der es steht, ungleich mehr durch die indirekten Steuern belastet wird, als die besitzenden Klassen.

Deutscher Reichshaushaltsetat.

Die Gesammteinnahmen des deutschen Reiches beliefen sich im Etatsjahr 1889/90 auf M. 1 206 400 900.

Davon sind aber alle diejenigen Einnahmen in Abzug zu bringen, welche aus staatskapitalistischen Unternehmungen fließen, nämlich

1. Post- und Telegraphenverwaltung (Ueberschuß)	M.	32 963 800
2. Reichsdruckerei (Ueberschuß)	„	1 407 500
3. Eisenbahnverwaltung (Ueberschuß)	„	22 354 800
4. Bankwesen	„	3 248 400
5. Verschiedene Verwaltungseinnahmen	„	11 482 700
6. Aus dem Reichs-Invalidenfonds	„	26 096 000
7. Zinsen aus belegten Reichsgeldern	„	767 000
8. Aus der Veräußerung des ehemaligen Stettiner Festungsterrains	„	440 100
Zusammen	M.	98 760 300
Dazu noch an außerordentlichen Deckungsmitteln	„	250 141 900
Insgesammt	M.	348 902 200

Der Rest der Einnahmen, M. 857 488 700, setzt sich zusammen aus:

a) Zöllen und Verbrauchssteuern	M.	586 911 900
b) Reichsstempelabgaben	„	42 454 100
c) Matrikularbeiträgen	„	228 132 700
	M.	857 498 700

Von den Matrikularbeiträgen — den Beiträgen der Einzelstaaten an das Reich — läßt sich wegen der Sonderstellung Bayerns, Badens, Württembergs und Elsaß-Lothringens nicht mit Sicherheit feststellen, welchen Quellen sie entstammen.

Aber in den genannten Staaten, deren Matrikularbeiträge sich auf

	M. 29 294 500	für	Bayern,
	„ 10 708 700	„	Württemberg,
	„ 7 716 900	„	Baden,
	„ 8 436 000	„	Elsaß-Lothringen,
zusammen auf	M. 56 156 100	belaufen,	

Brausteuer.

betragen allein die Erträgnisse der **Brausteuer**, die oben unter den Erträgnissen der Zölle und Verbrauchssteuern nicht mit aufgeführt sind:

1889	M. 33 216 600	für	Bayern,
	„ 8 502 300	„	Württemberg,
	„ 5 373 300	„	Baden,
1889/90	„ 2 076 200	„	Elsaß-Lothringen,
	M. 49 168 400*)		

also, wenn man berücksichtigt, daß in den Reichslanden das System der Verbrauchsabgaben allgemein durchgeführt ist, mindestens ebensoviel an indirekten Steuern als an Matrikularbeiträgen; rechnet man die Summe von M. 56 156 100 von den Gesammtmatrikularbeiträgen ab, so kann von den restirenden M. 171 976 600 mit einem ziemlichen Grade von Sicherheit gefolgert werden, daß sie aus direkten Steuern — klassifizirter Einkommensteuer, Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer 2c. — fließen. Diese Annahme erhält eine besondere Stütze noch dadurch, daß nach dem Reichshaushaltsetat April 1891/92 für Preußen allein an Matrikularbeiträgen in Ansatz gebracht**) sind: M. 188 611 473, während in dem gleichen Etat als Einnahme aus direkten Steuern nur auf M. 171 166 000 gerechnet wird.

Direkte und indirekte Steuerverhältnisse beider.

Es stehen sich also gegenüber:

A. **Direkte Steuern:**	
Matrikularbeiträge	M. 171 976 600
B. **Indirekte Steuern:**	
a) Zölle und Verbrauchssteuern	„ 586 911 900
b) Reichsstempelabgaben	„ 42 454 100
c) Verbrauchssteuern in Bayern, Württemberg 2c.	„ 56 156 100
Zusammen	M. 685 522 100

Das sind **80 Prozent** indirekte Steuern und 20 Prozent direkte Steuern.

Das Verhältniß würde sich noch weit mehr zu Ungunsten der direkten Abgaben gestalten, wollte man die Thatsache fruktifiziren, daß Grundsteuer, Gewerbesteuer 2c. auf die Konsumenten abgewälzt werden, ihrem Wesen nach also ebenfalls indirekte Steuern sind. An der Hand des deutschen Reichshaushaltsetats läßt sich dies jedoch nicht nachweisen, weshalb wir es nur des Beispiels wegen aus dem preußischen Staatshaushaltsetat für 1. April 1891/92 thun wollen.

---

*) Im Brausteuergebiet 1889/90 M. 29 648 900, ganz Deutschland also zirka M. 79 817 300

**) Nach dem Etat. April 1891/92; nach dem Nachtragsetat, nachgewiesen im Stat. Jahrb. für das deutsche Reich, XII. 1891, nur 184 678 100.

Preußischer Etat.

Die Gesammteinnahmen betragen M. **1 720 834 749**. Davon sind wie oben in Abzug zu bringen Einnahmen von:

1. Domänen, Forsten rc.	M.	85 871 134
2. Lotterie, Seehandlungsinstitut, Münze in Berlin, Probiranstalt in Frankfurt	„	10 906 920
3. Bergwerken, Hütten, Salinen	„	140 059 612
4. Eisenbahnen	„	931 051 445
5. Dotationen (Hauptverwaltg. d. Staatsschulden, Haus der Abgeordneten, Herrenhaus)	„	203 645
6. Renten der Reichsbank, Privat-Ablösungskapitalien, Rückzahlungen, Zinsen rc.	„	37 709 167
7. Staatsverwaltung	„	71 067 106
Zusammen	M.	1 276 869 139

Die restirenden M. 443 965 610 vertheilen sich auf:

Direkte Steuern	M.	171 166 000
Antheil an Zöllen und Verbrauchsabgaben vom Reich	„	200 267 610
Indirekte Steuern	„	72 532 000
Zusammen	M.	443 965 610

Die direkten Steuern setzen sich zusammen aus:

1. Grundsteuer	M.	40 022 000
2. Gebäudesteuer	„	33 613 000
3. Klassifizirte Einkommensteuer	„	46 975 000
4. Klassensteuer	„	25 941 000
5. Gewerbesteuer	„	21 601 000
6. Eisenbahnabgaben	„	272 250
7. Direkte Steuern aus Hohenzollern	„	283 000
8. Gebühren	„	2 232 000
9. Nebenbeschäftigung der Katasterbeamten	„	145 750
10. Strafbeträge	„	81 000
Zusammen	M.	171 166 000

Verhältniß der direkten u. indirekten Steuern in Preußen.

Hiervon gehen die Posten 1, 2, 5, 8, 10 als ihrem Wesen nach ebenfalls indirekte Abgaben mit M. 97 549 000 ab, so daß an zweifellos direkten Steuern nur noch übrig bleiben: M. **73 617 000**. Diesen direkten Abgaben stehen M. **370 348 610** indirekte Abgaben gegenüber. Also zu den Staatsunkosten tragen in Preußen die indirekten Abgaben 84 Prozent, die direkten Abgaben nur 16 Prozent bei.

Die mehr schätzungsweise Vertheilung direkter und indirekter Abgaben im deutschen Reichshaushaltsetat hat also durch diese genaue Berechnung für Preußen außerordentlich an Wahrscheinlichkeit gewonnen.

Es soll nunmehr hieraus nachgewiesen werden,

1. daß die indirekten Steuern die Individuen nicht im Verhältniß ihres Kapitals und Einkommens treffen, sondern zum Unterschiede von den direkten Steuern, welche dies Verhältniß innehalten — innerhalb gewisser Grenzen jedoch nur, wie später nachgewiesen werden soll —, die ärmeren Klassen über Gebühr belasten;
2. daß der Betrag der indirekten Steuern daher seinem bei Weitem größeren Theile nach von den ärmeren Klassen der Nation aufgebracht wird.

Kann dies bewiesen werden, so ist damit auch dargethan, daß „die indirekte Steuer das Institut ist, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und den bei Weitem größten Theil der Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet."

Daß das Proletariat auch den großen Theil derjenigen Staatseinnahmen liefert, die nicht unter den indirekten Steuern figuriren, sondern aus kapitalistischen Staatsbetrieben resultiren, ist eine in zweiter Linie stehende Frage, die sich von selbst beantwortet.

Wenden wir uns nun zunächst der Spezialisirung der hauptsächlichsten indirekten Abgaben im deutschen Reiche zu, wobei wir gleichzeitig deren Vermehrung seit der Aera der deutschen Zollpolitik in Betracht ziehen, so sehen wir, daß in Deutschland eingenommen wurden an **Zöllen**:

Erträgnisse der Zölle und Verbrauchsabgaben in Deutschland.

	1878 in M. 1000	1885 in M. 1000	1890 in M. 1000	Auf den Kopf der Bevölkerung in Pf.
Kaffee und Kaffeesurrogate	34 820	47 278	47 263	96
Wein und Obstwein . .	9 023	14 484	18 780	38
Reis	1 671	2 813	3 869	7,8
Heringe	2 166	3 071	3 748	7,6
Thee	741	1 661	1 994	4,0
Vieh	2 054	4 550	7 323	14,8
Getreide und Hülsenfrüchte	—	30 137	111 440	225,5
Roheisen	—	2 231	4 040	8,2
Bau- und Nutzholz . . .	—	5 136	13 086	26,5
Baumwollengarn . . .	2 512	4 921	4 691	9,5
Petroleum	?	?	38 755	76

	1877/78	1884/85	1889/90*)	Auf den Kopf der Bevölkerung in Pf.
Zölle überhaupt in M. 1000	103 702	212 576	357 748	730,0

*) Nach der vorläufigen Zollabrechnung.

An Verbrauchsabgaben und Zöllen betrugen die Einnahmen ferner:

	1877/78 in M. 1000	1884/85 in M. 1000	1889/90 in M. 1000	Auf den Kopf der Bevölkerung in Pf.
Tabaksteuer und -Zoll .	20 614,3	42 287,5	52 851,9	1,08
Salzsteuer und -Zoll . .	40 266,8	42 276,4	43 435,6	0,89
Zuckersteuer und -Zoll .	49 815,5	39 368,9	80 559,4	1,64
Branntweinsteuer u. -Zoll*)	—	—	152 867,2	3,12
Biersteuer und -Zoll . .	48 080,3	64 617,4	78 817,3	1,50
Reichsstempelsteuer . . .	6 451,1	21 640,8	42 454,1	0,87
Aversa von außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebieten . . .	4 544,1	7 650,4	173,8	—
Insgesammt an Zöllen und Verbrauchsabgaben .				12,80
An direkten Steuern				3,60

Auf das Kilo der hauptsächlichsten in Deutschland 1890 konsumirten Waaren fällt an Zöllen und Steuern: (Wir führen an dieser Stelle gleich, um sie an anderer Stelle zu benutzen, die im Inland erzeugten, eingeführten und konsumirten Quanta auf.)

	Zoll und Steuer in Pf. per Kilo	Im Inland erzeugt Tonnen	Eingeführt 1890 Tonnen	Ausgeführt 1890 Tonnen	Konsum (approximativ) 1890
Roggen	5	5 363 426 (Ernte 1889)	876 214,4	119,4	6 239 521,0
Aussaatsquantum 1889/90 .		—	—	—	986 667
Weizen	5	2 372 413 (Ernte 1889)	672 344,4	205,6	3 044 551,8
Aussaatsquantum 1889/90 .		—	—	—	335 216
Gerste	2,25	2 208 337 (Ernte 1889)	734 967,0	6 425,1	2 936 878,9
Hülsenfrüchte . .	2	321 287,1 (Ernte 1889)	68 983,0	2 698,7	385 571,4
Reis	4	—	93 244,8	18,5	93 226,3
Petroleum	6	—	646 073,5	151,4	645 922,1
Tabak	125	39 012	3 726,5	59,6	42 178,9
Ausgeschlachtetes Fleisch	20	?	24 252,8	15 970,2	?
Schmalz	10	?	91 027,7	136,4	?
Butter	20	?	8 902,9	7 035,2	?
Käse	20	?	8 834,5	1 475,6	?
Speck	20	?	?	?	?

*) Nur für das letzte Jahr, weil sich seit dem 1. Oktober 1887 das Branntweinsteuergebiet vergrößert hat.

	Zoll und Steuer in Pf. per Kilo	Im Inland erzeugt Tonnen	Eingeführt Tonnen	Ausgeführt Tonnen	Es bleiben zum Konsum Tonnen
Kaffee	40	—	118 079,5	23,5	118 056
Zucker	20	1 213 689	5 989,4	796 516,7	443 162,7
Salz	8,5	1 005 425	27 075,1	189 706,8	510 577,3
(Zur steuerfreien Verwendung) .			432 216		

	Zoll und Steuer in Pf. per Liter	Im Inland erzeugt 1000 Hektl.	Eingeführt 1000 Hektolt.	Ausgeführt 1000 Hektolt.	Es bleiben zum Konsum 1000 Hektoliter	Liter per Kopf
Branntwein (absoluter Alkohol)	77	2 266	0,7	305,0	1 961,7	4,0
Trinkbranntwein	26 – 30	—	—	—	—	12,0
Bier	1,4	52 320,8	238,9	901,4	51 658,3	105
Im Brausteuergebiet	—	32 189,4	—	—	—	85
Bayern	—	14 283,5	—	—	—	258
Württemberg .	—	3 419,1	—	—	—	168
Baden	—	1 631,1	—	—	—	100
Elsaß-Lothrg.	—	797,8	—	—	—	51

Berechnung der auf die Familie entfallenden Mehrbelastung infolge der indirekten Abgaben.

Aus den Zoll- und Steuersätzen, die auf den hauptsächlichsten Nahrungsmitteln lasten und die für Kaffee per Kilo 40 ₰, für Zucker 20 ₰, für Salz 8,5 ₰, für Roggen 5 ₰, für Weizen 5 ₰, für Gerste 2,25 ₰, für Hülsenfrüchte 2 ₰, für Reis 4 ₰, für Petroleum 6 ₰, für ausgeschlachtetes Fleisch 20 ₰, für Schmalz 10 ₰, für Butter 20 ₰, für Käse 20 ₰, für Speck 20 ₰, für Branntwein per Liter (absoluter Alkohol) 77 ₰, für Trinkbranntwein 26 bis 30 ₰, für Bier 1,4 ₰ betragen, läßt sich die durch die indirekten Steuern hervorgerufene Mehrbelastung der einzelnen Familien je nach ihrem Einkommen berechnen.

Es ist bekannt, daß, je ärmer eine Familie ist, desto größer der Theil der auf die Ernährung fallenden Ausgaben ist. (Vergl. Seite 69).

In Hamburg z. B. betrug der Aufwand für Ernährung in Familien mit einem Jahreseinkommen von:

M. 600:	M. 402	oder	67,0	Prozent	des	Gesammt-Einkommens
„ 900:	„ 600	„	66,7	„	„	„
„ 1 440:	„ 916	„	56,7	„	„	„

M. 3 000: M. 1200 oder 40,0 Prozent des Gesammt-Einkommens
„ 4 560: „ 1465 „ 34,2 „ „ „
„ 14 400: „ 3128 „ 21,7 „ „ „

Um die Belastung mit indirekten Steuern zu veranschaulichen, sei die Familie mit einem Einkommen von M. 900 herausgegriffen; die M. 600, die sie für Ernährung ausgiebt, dürften sich — eine Durchschnittsfamilie von 3 bis 4 Köpfen vorausgesetzt, etwa in folgender Weise vertheilen, wobei gleichzeitig die entsprechenden Abgaben an Zöllen und Verbrauchssteuern mit herangezogen seien.

Die Familie bezahlt wöchentlich für:

	Verbrauch	Preis M.	Zölle ₰
Brot	7,5 Kilo	2,40	37,5
Mehl	1,0 „	0,20	5,0
Fleisch	1,5 „	2,40	30,0
Butter	0,5 „	1,00	10,0
Schmalz	0,5 „	0,50	0,5
Zucker	0,5 „	0,70	9,0
Kaffee	0,5 „	0,70	20,0
Bier	3,0 Liter	0,90	2,8
Kartoffeln	4,5 Kilo	1,80	—
Reis, Gries	0,5 „	0,25	2,0
Hülsenfrüchte	0,5 „	0,25	1,0
Salz (Gewürze)	1,0 „	0,20	8,5
Sonstige versteuerte Unterhaltsmittel (Branntwein, Petroleum ꝛc.)	— „	0,85	10,0
		M. 11,80	136,3 = M. 1,36

11,80 × 52 = M. 613,40 Ausgaben.
1,36 × 52 = „ 70,72 Zölle und Steuern.

Auf einen Verbrauch an Nahrungsmitteln in der Höhe von M. 600 kommen also rund M. 69 indirekte Abgaben*) oder 11,5 Prozent.

Es kommen demnach bei einem Einkommen von:

M. 600	an Steuern M. 46,2	oder 7,70	Proz. des Einkommens
„ 900	„ „ „ 69,0	„ 7,67	„ „ „
„ 1 440	„ „ „ 93,6	„ 6,5	„ „ „
„ 3 000	„ „ „ 138,0	„ 4,6	„ „ „
„ 4 560	„ „ „ 177,8	„ 3,9	„ „ „
„ 14 400	„ „ „ 360,0	„ 2,5	„ „ „

*) Es ist hier zunächst die Fiktion gemacht, daß die Zölle vom Konsumenten getragen werden und demgemäß die Waaren nicht blos im Verhältniß der importirten zu der konsumirten Menge vertheuern (dann käme auf das Kilo Roggen 0,7 Pf., auf Weizen 1,3 Pf., auf Gerste 0,7 Pf. Zoll), sondern daß sie die gesammte konsumirte Menge um den vollen Betrag vertheuern. Weiter unten soll die Richtigkeit dieser Annahme eingehend nachgewiesen werden.

Während also der Proletarier, der ungefähr ein Einkommen in der Höhe des Durchschnittseinkommens erwirbt, 7,7 Prozent seines Einkommens für indirekte Steuern und Zölle, die allein auf den unentbehrlichsten Lebensmitteln lasten, zu zahlen hat, kommen auf den Besitzenden mit dem stattlichen Einkommen von M. 14 400 nur 2,5 Prozent indirekte Abgaben.

Aber diese krasse Benachtheiligung des Proletariers gegenüber dem Besitzenden wird noch größer, wenn man berücksichtigt, daß die Familien der Bessersituirten nicht ein fünffach größeres Quantum verzehren, sondern daß die Mehrausgaben für Ernährung wesentlich auf bessere Qualität der Speisen zurückzuführen sind. Während der Arme sich mit Kaffee für M. 1,40 das Kilo begnügen muß, genießt der Besitzende Kaffee für M. 3 bis 4 — aber der Zollsatz (und da manifestirt sich wieder die ausgleichende Gerechtigkeit der Bourgeoisie) für beide Qualitäten ist gleich hoch, nämlich 40 ₰.

Während der Besitzlose seinen Branntwein mit 26 bis 30 ₰ per Liter, das Bier mit 1,4 ₰ versteuern muß, trinkt der Besitzende entweder steuerfreie einheimische Weine oder ausländische Weine für M. 4 bis 6 die Flasche, auf die er ebenfalls nur 24 bis 48 ₰ steuert, im allerhöchsten Falle 80 Pf., wenn er französischen Champagner für M. 8 bis 10 trinkt.

Je ärmer eine Familie, desto größere Lasten an indirekten Steuern hat sie zu tragen.

Hiernach ist es zur Evidenz bewiesen, daß die Armen von den indirekten Steuern am meisten betroffen werden — und daß gerade, je ärmer eine Familie ist, sie um so größere Lasten an indirekten Steuern zu tragen hat.*)

Es liegt ja im Wesen der indirekten Steuern, daß sie nur belangreiche Beträge abwerfen können, wenn sie die nothwendigsten Lebensbedürfnisse in erster Linie treffen, selbst der konservative Professor Adolf Wagner gab im Abgeordnetenhause am 3. März 1883 zu, daß die indirekten Abgaben „eine gewisse Tendenz haben, nach unten die Konsumenten schwerer zu treffen;" und am 12. Dezember 1882 sagte er im Abgeordnetenhause: „Mag man über die Wirkung dieser (der indirekten) Steuern denken, wie man will, die Wirkung ist ja ohne Zweifel eine

---

*) Die ganze Beweisführung würde übrigens auch nicht das Geringste an Gültigkeit einbüßen, wenn die Behauptung, daß der Konsument den Zoll trägt, falsch wäre. — Angenommen, der Zoll verminderte sich für die Konsumenten im Verhältniß der Einfuhrmenge zum Konsumtionsquantum, so würden auf das Kilo Roggen 0,7 Pf., auf das Kilo Weizen 1,3 Pf. 2c. Zoll kommen. In den verschiedenen Budgets würden dann die folgenden Zahlen figuriren:

M. 600;	an Steuern: M. 14,9	oder 2,48 %	des Einkommens
„ 900 „	„ „ 22,0	„ 2,46 %	„ „
„ 1 440 „	„ „ 33,8	„ 2,09 %	„ „
„ 3 000 „	„ „ 44,4	„ 1,48 %	„ „
„ 4 560 „	„ „ 54,2	„ 1,27 %	„ „
„ 14 400 „	„ „ 115,8	„ 0,80 %	„ „

aber an dem Lastenverhältniß zwischen den Besitzenden und Besitzlosen wäre nichts geändert, und darauf kommt es allein an.

verschiedenartige und sehr komplizirte, es sickert aber doch von diesen Steuern im Laufe der Jahre so und so viel auf die Konsumenten der Zoll- und Verbrauchsartikel herab, dadurch werden diese (die unteren arbeitenden Klassen) getroffen." —

Durch die indirekten Steuern erzielen die Besitzenden doppelten (direkten und indirekten) Vortheil für sich.

Aber noch ein Moment ist nicht außer Acht zu lassen; die durch die Steuern hervorgerufene Vertheuerung der Lebensmittel bringt nicht den Besitzlosen — das wäre ja eine contradictio in adjecto — Vortheil, auch nicht dem Staat, denn dieser schluckt nur das positive Steuerquantum, sondern lediglich wieder den Besitzenden. Sie zahlen relativ weniger indirekte Abgaben, als der Proletarier und die Mehrbelastung desselben fällt in ihre Taschen in der Gestalt von Profit, von reinem Geschäftsüberschuß 2c. Der Besitzende, der Großproduzent, der Großgrundbesitzer und Großindustrielle hat einen doppelten Vortheil, er erspart relativ an Steuern, und was er positiv ausgiebt, erhält er reichlich als Geschäftsgewinn 2c. zurückgezahlt, — wobei die Ausfuhrprämien, die natürlich wieder die große Masse der Steuerzahler, und das sind ja die Besitzlosen, zu zahlen haben, noch gar nicht mit berücksichtigt sind, und auf die wir weiter unten noch zu sprechen kommen. —

Das ist die Steuerreform, die seit 1878 von der Reichsregierung mit Hochdruck betrieben wird und von der sie offiziös erklären ließ, daß an Stelle der schwer belastenden Staats- und Kommunalsteuern die Steuern künftig in leichterer und schonender Weise aufgebracht werden sollten.

Schutzzölle.

Besonders in Betracht kommt bei den deutschen Zöllen ihre Eigenschaft als Schutzzölle. Diese Zölle sind höher bemessen, als die entsprechenden Steuern betragen, die auf der inländischen Produktion ruhen.

Der Zweck der Schutzzölle ist der, die einheimischen Produzenten vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen.

Sieht man ganz davon ab, daß ein Schutzzoll mit Nothwendigkeit Repressalien derjenigen Staaten hervorruft, gegen welche man das Inland durch einen Zollwall eindämmt (man denke nur an die Mac Kinley Bill), daß durch die hierdurch hervorgerufene Erschwerung des Handels auch die Waarenpreise für den Konsumenten erhöht werden, so würde der Schutzzoll den beabsichtigten Zweck doch nur dann erfüllen, wenn das Inland selbst die Nachfrage auf dem Inlandsmarkt zu decken im Stande wäre; ist das nicht der Fall, reicht vielmehr die inländische Produktion nicht aus, um den eigenen Bedarf zu decken, muß man demgemäß zum Import seine Zuflucht nehmen, so wird keinesfalls bei einer Konkurrenz auf dem inländischen Markt der ausländische Produzent, sondern lediglich der Konsument den Zoll zu tragen haben.

Wer trägt den Zoll?

Von den deutschen Zöllen trifft dies in erster Linie auf die Getreidezölle zu.

Bei einer Getreideproduktion, die die Konsumtion
an Weizen um 22 %
„ Roggen „ 14 %
„ Gerste „ 33 %
im Stiche läßt, ist es natürlich einfach lächerlich, davon zu reden, daß das Ausland den Zoll trägt; der Magen kann mit seiner Nachfrage nicht inne halten, bis der ausländische Produzent aus Mangel an Absatz sich dazu herabläßt, mit seinen Getreidepreisen soweit herabzugehen, daß er den Zoll aus seiner Tasche deckt. Und die inländischen Produzenten haben schon zu oft das Gegentheil bewiesen, als daß man ihnen sentimentale Rücksichten auf die knurrenden Magen des Volkes zutrauen dürfte.

Wer trägt den Zoll?

Wenn nirgendwo, so haben wir es doch wenigstens hier mit einer Harmonie der Interessen zu thun, der Interessen der Importeure und der einheimischen Produzenten nämlich. Unter der ganz genauen Berücksichtigung desjenigen Getreidequantums, das alljährlich aus dem Ausland eingeführt werden muß und unter Berücksichtigung des Preises, den dasselbe im Inlande, nachdem der Eingangszoll bereits gezahlt ist, erhält, bestimmt der einheimische Produzent seinen Preis. Und er wäre werth, den Zoll nicht zu erhalten, wenn er ihn nicht zu dem Getreidepreise zuschlüge. Die Produktion, die sich dauernd unter dem Konsumtionsminimum hält, begünstigt eben von vornherein die Preistreibung eines Produktes, das die Bevölkerung nicht entbehren kann. —

Nun, die Fabel, daß das Ausland den Zoll trägt, ist denn allmälig selbst konservativen Zeitungen zu unglaublich geworden; so brachte die amtliche „Leipziger Ztg." im Mai 1890 folgende Apostrophe an die konservative Presse. Sie schreibt:

„Tagtäglich können wir in derselben, und zwar nicht blos in den untergeordneten Blättern der Partei, jetzt lesen, daß lediglich das Ausland den Zoll trage. Ein Blick auf die Marktberichte zeigt, daß das Umgekehrte der Fall ist. Die Getreidepreise in den Welthandelsplätzen London, Amsterdam ꝛc. sind augenblicklich ziemlich um den deutschen Zollbetrag niedriger als bei uns. Das war nicht immer so. Bis vor Kurzem haben unter dem Druck des Getreideüberflusses Rußland, Amerika und die übrigen Exportländer den deutschen Getreidezoll voll oder zum größten Theil getragen (?). Sie mußten um jeden Preis verkaufen und daher auch den Zoll mit in Kauf nehmen. Mit dem Schwinden jener Ueberflüsse hat sich das geändert. Jetzt tragen wir den Zoll, und zwar nach seinem vollen Betrage. Daß dem so ist, steht für Jeden, der des Lesens kundig ist, so zweifellos fest, daß konservative Blätter etwas Besseres thun sollten, als solchergestalt die liberalen Waschzettel in Seichtheit des Räsonnements und Unwissenheit über thatsächliche Vorgänge womöglich

noch zu überbieten. Thatsache bleibt unter allen Umständen Thatsache und Wahrheit Wahrheit. Sich der letzteren absichtlich oder aus Oberflächlichkeit zu verschließen, könnte der konservativen Partei und ihrer Presse leicht so verhängnißvoll werden, wie es vormals dem liberalen Doktrinarismus seine Farbenblindheit gegenüber thatsächlichen Verhältnissen gewesen ist."

Erstens ist „augenblicklich" der Preisunterschied zwischen dem zollbelasteten Inland und dem Weltmarkt noch größer als der Zoll, die Gründe dafür liegen in der Unsicherheit der politischen Lage. Zweitens ist auch bisher der Unterschied groß genug gewesen. Nach Professor Conrad's Berechnungen war vor Auflegung des Zolles in den Jahren 1875 bis 1879, in der Aera der angeblichen „Auspowerung", der Weizen in England noch um M. 4 theurer als in Preußen. Schon in der folgenden Periode von 1880 bis 1884 stand die Tonne um über M. 8 höher in Preußen als in England; in der Periode des erhöhten Zolles des Jahres 1885, das ist in den Jahren 1885 bis 1887, bereits um M. 12; unter dem Regime des noch gegenwärtig geltenden 1887er 50-M.-Zolles betrug der Unterschied zu Ungunsten Preußens fast M. 40.*) Die antischutzzöllnerische Presse hatte daher seit Einführung der Zölle vollkommen Recht, zu behaupten, daß nicht das Ausland, sondern das Inland den Zoll trage.

Als am 10. Juli 1891 eine Weizenzollermäßigung in Frankreich eintrat, stellte sich sofort am nächsten Tage ein Sinken der Weizenpreise ein.

Der Weizenpreis für Herbstlieferung betrug per Tonne

	am 11. April	am 11. Juli
Mannheim	M. 220,0	M. 220,0
Amsterdam	„ 176,3	„ 175,1
Paris . .	„ 233,6	„ 216,0

Die Preisbildung auf Grund der Handelsverträge beweist, daß der Konsument den Zoll trägt.

Während der Drucklegung dieses Abschnittes sind in Deutschland Handelsverträge mit Oesterreich und der Schweiz ratifizirt worden, nach welchen die gegenseitigen Schutzzölle eine wesentliche Aenderung erfahren haben und vor Allem in Bezug auf Getreide wesentlich herabgesetzt worden sind. Die Wirkung der Herabsetzung des Zollsatzes auf die Getreidepreise muß ihrerseits einen Rückschluß auf die Preisbildung selbst gestatten, und dieser Rückschluß ist nunmehr,

*) Die von Professor Conrad in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik gegebene Zusammenstellung ist folgende:

Die Preise per Tonne in Mark für Weizen betrugen:

1875/79		1889	
1. Haag . . .	234,10	1. Frankreich .	198,31
2. Dänemark .	230,18	2. **Preußen** .	183
3. Frankreich .	227,66	3. Haag . . .	156,15
4. England . .	210,55	4. Dänemark .	152,4
5. **Preußen** .	206,80	5. Wien . . .	147,39
6. Wien . . .	205,38	6. England . .	137
7. Odessa . . .	187,14	7. Budapest . .	130,40
8. Budapest . .	179,10	8. Odessa . . .	127,19

nachdem die Handelsverträge in Kraft getreten, auch schon zu ziehen. Für die Frage der Preissteigerung der Lebensmittel durch Schutzzölle kommt zunächst nur Oesterreich in Frage, woher Deutschland einen beträchtlichen Theil seines Bedarfes an Brotfrucht deckt.

Von dem 1890 eingeführten Quantum Brotfrucht, nämlich

		stammen aus:	
	Tonnen	Oesterreich Tonnen	Rußland Tonnen
Roggen . .	876 214,4	8 707,6	746 329,6
Weizen . .	672 344,4	111 172,6	370 658,3
Gerste . .	734 967,0	277 950,8	365 283,5

Nach dem Handelsvertrage beträgt nunmehr der Zollsatz per Tonne für

Roggen .	M. 35	anstatt früher M. 50
Weizen .	„ 35	„ „ „ 50
Gerste . .	„ 20	„ „ „ 22,5

Es ist natürlich nicht von vornherein zu erwarten, daß der Getreidepreis beim Eintreten des neuen Zolltarifes nun auch sofort um die volle Differenz des Zollsatzes fallen würde, besonders dann nicht, wenn mehr als ein einziges, Getreide importirendes Land in Frage kommt, welches nicht dieselbe Zollvergünstigung genießt wie Oesterreich*), und weil der Getreidehandel in den weitaus meisten Fällen ein Lieferungsgeschäft mit nicht gerade kurzzeitigen Abschlüssen ist, der Importeur also nach Bekanntwerden der Handelsverträge schon in der Lage war, auf Grundlage anderer und zwar ermäßigter Preiskonventionen abzuschließen. Bei dieser Lage der Geschäfte kann die Frage der Zollermäßigung nur in der Weise beantwortet werden, daß man untersucht, ob inmitten der Preisbewegung auf dem Weltmarkt der Getreidepreis in Deutschland stärker gesunken ist als auf dem Weltmarkte. Natürlicherweise wird eine solche Berechnung nur einen Schätzungswerth haben, so lange man nicht auf längere Perioden der Preisbildung zurückblicken kann, da sich am Anfange einer neuen Handelsperiode immer eine gewisse Unsicherheit in den Geschäftsabschlüssen geltend machen wird.

Immerhin liegt wenigstens für den Weizenpreis schon beachtenswerthes Material vor. Nach den objektiven Berechnungen der „Berl. Börsen-Ztg." (Febr. 92) betrug der Weizenpreis für Frühjahrslieferung per Tonne in Mark

	am 7. Novbr. 1891	am 6. Febr. 1892
in Berlin . . .	240	201,7
„ Wien . . .	204,5	185

*) Für das laufende Jahr kommt allerdings diese Komplikation nicht in Betracht, da die Kornkammer Deutschlands, nämlich Rußland, wegen der dort herrschenden Hungersnoth hermetisch verschlossen ist.

	am 7. Novbr. 1891	am 6. Febr. 1892
in Paris . . .	235,3	214,7
„ Amsterdam .	200,8	168,8
„ London . .	193,8	170,9
„ New-York .	176,7	160,2

Hiernach ist nicht nur an allen Plätzen ein ansehnlicher Rückgang der Preise eingetreten, sondern auch das Verhältniß des Berliner Preises zu den Preisen aller anderen Plätze hat eine bemerkenswerthe Veränderung erfahren. Die Differenz zwischen dem Berliner Preise und den Preisen der anderen Plätze stellt sich nämlich an den beiden angeführten Tagen folgendermaßen:

der Berliner Preis war höher um Mark:

	am 7. Novbr. 1891	am 6. Febr. 1892
gegen Wien . .	35,5	16,7
„ Amsterdam	39,2	32,9
„ London . .	46,2	30,9
„ New-York.	63,3	41,5

Der Berliner Preis war also am 7. November 1891 um M. 4,7 höher als der Pariser Preis, am 6. Februar 1892 aber um M. 13 niedriger.

Aus allen Daten aber folgt mit Evidenz, daß in Berlin der Weizenpreis weit stärker gesunken ist als an allen Haupthandelsplätzen des Weltmarktes, und zwar durchschnittlich um M. 15,55, also etwa um die volle Zolldifferenz. Freilich sind noch nicht die Preisdifferenzen der verschiedenen Lieferungsqualitäten in Betracht gezogen, aber das Resultat ist doch ein so frappirendes, daß durch dasselbe die Behauptung, der Zollsatz erhöhe den Getreidepreis um seinen vollen Betrag, oder mit anderen Worten, daß nicht das Ausland, sondern der Konsument den Schutzzoll trägt, zur vollen Gewißheit geworden ist. —

Werth der Handelsverträge.

Es erübrigt sich hiernach noch mit einem Wort auf die Handelsverträge einzugehen. — Es kann keine Frage sein, daß durch dieselben der Getreideimport sich mehr von Rußland ab und Oesterreich zuwenden wird, wenigstens was Weizen und Gerste anbetrifft, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in diesem Falle der Durchschnittspreis sich nach dem mäßigeren Zollsatz von M. 35 per Tonne bestimmen dürfte. Bei dem Roggen jedoch wird dies keineswegs der Fall sein. Hier ist Deutschland ausschließlich auf Rußland angewiesen; mehr als 85 Prozent des importirten Roggens stammen aus Rußland und die Roggenimporteure anderer Länder — aus Oesterreich kommt kaum 1 Prozent mit Zollvergünstigung herein — werden ihre Preise naturgemäß nach dem russischen Getreidepreise normiren, hier wird also der Konsument den ganzen alten Zollsatz zu tragen haben, höchstens daß sich derselbe in dem Verhältniß von 1:85 (dem Verhältniß des österreichischen zum russischen Import)

ermäßigt. — Das in erster Linie Roggen konsumirende Proletariat wird also einen wirklichen Vortheil von den Handelsverträgen nicht haben, und auch der niedrigere Weizenzoll belastet die Weizenpreise in Deutschland noch immer mehr als in allen anderen Staaten. Nur von dem Gesichtspunkte aus, daß durch das Inkrafttreten der Handelsverträge ausgesprochen ist, die Getreidezölle vertheuerten die Lebensmittel in Deutschland in unverantwortlicher Weise, haben die Handelsverträge als Dementi der Agrarier und ihrer Schleppenträgerin Interesse; eine belangreiche volkswirthschaftliche Bedeutung können wir ihnen nicht zusprechen. —

Hat der Kleinbauer Vortheil durch die Getreidezölle?

Wenn in den Parlamenten die Frage der Kornzölle auf das Tapet kommt, so wird von den patentirten Vertretern des Volkswohls noch das eine Argument in das Feld geführt, man müsse die leidende Landwirthschaft, vor Allem den Kleinbauern, durch Schutzzölle unterstützen. Dieser Einwand hat etwas Bestechendes für sich, und es ist dieses Argument auch wohl bei der Volksabstimmung in der Schweiz (Oktober 1891) ausschlaggebend gewesen, bei der sich das Volk für die Einführung der Getreidezölle aussprach. —

Durch eine kurze Berechnung aber wird diese schöne Illusion gründlich zerstört. Nach der Gewerbezählung vom 5. Juni 1882 betrug die Anzahl der Landwirthe in Deutschland 5 276 344 mit 18 840 818 Berufszugehörigen und Familienmitgliedern. Die in der Landwirthschaft Thätigen stehen zu der Gesammteinwohnerschaft im Verhältniß von zirka 2:5. Von den 5 276 344 landwirthschaftlichen Betrieben waren Besitzthümer bis zu:

2 Ar	66 143	oder	1,3 %	58,0 %
2— 5 „	195 298	„	3,7 %	
5—20 „	656 193	„	12,4 %	
20 Ar bis 1 Hektar	1 405 682	„	26,6 %	
1— 2 „	738 515	„	14,0 %	
2— 10 „	1 535 581	„	29,1 %	42,0 %
10—100 „	653 941	„	12,5 %	
über 100 „	24 991	„	0,5 %	
	5 276 344			

es besitzen also — laut angeführter Tabelle — 58 Prozent keine 2 Hektar Felder und sind somit darauf angewiesen, einen Theil des zu ihrem Bedarf nothwendigen Brotes zu kaufen. Für weitere zirka 25 Prozent, die von 2 bis 5 Hektar bebauen (wovon kaum die Hälfte mit Brotfrüchten angelegt ist), ist die Produktion nur in Ausnahmefällen für den Bedarf ausreichend.

Solche Thatsachen schreien laut gegen die Getreidezölle und beweisen, daß die gegnerischen Redensarten vom Schutz der Land=

wirthschaft eitel Flausen sind, sie klagen die Schutzzöllner an als habsüchtige Politiker, welche die Klinke der Gesetzgebung mißbrauchen, um sich auf Kosten des Volkes zu bereichern.

Zu dieser Frage bemerkt Rudolf Meyer, der bekannte konservative Sozialpolitiker, in seinem ausgezeichneten Aufsatz über die „Kornzölle in Deutschland nach Geschichte und Statistik" (in den historisch-politischen Blättern[5]): „Als die Agrarier, zu deren Partei ich doch gehört hatte, schon um 1874 bis 1875 Kornzölle verlangten, hatte ich die mir bekannten Führer gewarnt, indem ich ihnen sagte: „Seit die Grundsteuerbefreiung der Rittergüter aufgehoben wurde, ist der Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz, der dem ersteren in einer zur Demokratie neigenden Zeit gefährlich werden muß, sehr gemildert worden. In vielen Fragen haben beide Kategorien gemeinsame Interessen. Wird der Kornzoll eingeführt, so wird ein enormer Interessengegensatz neu geschaffen, denn die Sozialdemokraten werden die Bauern, und namentlich die Kathner, darüber aufklären, daß sie keinen, oder sehr wenig, die Großgrundbesitzer aber einen sehr hohen Vortheil davon haben; daß es diesen immer leichter wird, die Kleinen auszukaufen." (Während der Bauer auf 10 Hektar vielleicht 10 Prozent seiner Ernte verkauft und auf im Ganzen etwa 10 Meterzentner je M. 5 durch den Zoll profitirt, verkauft beispielsweise der Rittergutsbesitzer von 1000 Hektar mit Getreide bestelltem Acker 80 Prozent der Ernte; also 8 Meterzentner per Hektar = 8000 Meterzentner und profitirt 5 × 8000 = M. 40 000 durch den Zoll.) „Widerlegt hat mich Keiner. Ich bin auf den Feldzug der Sozialdemokraten auf das platte Land gespannt, theile aber die zur Schau getragene Sicherheit der Agrarier nicht. Der Kornzoll hat die Arbeiter in Deutschland ungünstiger gestellt, als sie es ohne ihn sein würden, und bevor man anfängt, sie zu versöhnen oder zu bekämpfen, sollte man diesbezüglich den status quo ante wieder herstellen, sonst werden diese Anstrengungen gewiß ohne Erfolg sein."

Wenn sich die Frage der Getreidezölle also in die beiden Fragen zuspitzt:

1. Haben sich die Getreidepreise erhöht?
2. Hat der Bauer profitirt?

so ist durch die obigen Auseinandersetzungen die letztere Frage entschieden mit „Nein" beantwortet.

Die Getreidezölle erhöhen den Preis des Getreides.

Die erste Frage aber hat für die, welchen unsere Beweisführung nicht zwingend erscheint, die Reichsregierung durch von ihr veröffentlichte Zahlen selbst **bejahend** beantwortet:

[5]) München 1891.

Jahr	Bevölkerung	Konsum an Roggen und Weizen Tonnen	Zoll von Roggen und Weizen M.	Preisdifferenz infolge Zollerhöhung M.
1880	41 564 000	7 308 496	9 171 160	36 542 480
1881	42 894 000	7 350 616	9 374 030	36 753 080
1882	45 187 000	7 410 668	12 557 060	37 053 440
1883	45 480 000	7 458 720	12 838 830	37 293 600
1884	45 799 000	7 511 016	14 263 420	37 555 530
1885	46 165 000	7 571 060	33 322 260	151 421 200
1886	46 559 000	7 635 676	34 648 640	152 713 520
1887	46 991 000	7 706 524	35 573 940	154 130 480
1888	47 460 000	7 783 440	49 128 900	222 420 400
1889	47 934 000	7 861 176	78 810 400	275 140 160
		Summa:	271 688 640	1 141 023 890

In 10 Jahren hat also das deutsche Volk 1141 Millionen Mark mehr für sein Brot gezahlt, als es ohne Zölle bezahlt haben würde, und davon sind nur 272 Millionen Mark in die Reichskasse geflossen, während die übrigen 869 Millionen in die Taschen der Großgrundbesitzer geflossen sind — denn das ist eine und nicht die wenigst traurige Seite der Schutzzölle bei zu geringer Eigenproduktion, daß der wüstesten Spekulation und dem Getreidewucher Thor und Thür geöffnet sind, daß ohne sie die Bildung von Verkaufskartellen (siehe dies) von Getreidekorners 2c. im Inland undenkbar ist.

Nun werden freilich von den Freunden der Getreidezölle die Preisschwankungen für Getreide dafür angezogen, um zu beweisen, daß die Getreidezölle einen Einfluß auf die Preisbildung nicht hätten. — Die Preisschwankungen sind natürlich sehr einfach durch den verschieden günstigen Ausfall der Ernten zu erklären, und es kann sehr wohl der Getreidepreis während der Schutzzollperiode unter den Preis vor derselben herabsinken; diese Preisschwankungen sind an sich weder für noch gegen die Getreidezölle zu verwerthen; erwähnt werden muß aber doch — was aus dem Sinken des Durchschnittsverbrauchs von Brotfrucht nicht mehr verwunderlich erscheinen kann — das absolute Steigen des Brotpreises. Im Durchschnitt kostete ein 5-Pfund-Roggenbrot in Berlin

1879 : 41,0 ₰
1887 : 51,8 „
1888 : 53,0 „
1889 : 61,7 „
1890 : 67,9 „
Mai 1891 : 75,4 „
1. Juni 1891 : 77,9 „

Also durch die Getreidezölle hat der Bauer nichts profitirt und das Brot ist nicht billiger geworden — doch damit sind die

„segensreichen" Wirkungen der Getreidezölle noch nicht erschöpft. Die Volksernährung ist nicht nur nicht billiger geworden, sie ist auch nicht mehr ausreichend, sie hat sich verschlechtert. (Vergl. Seite 67.)

Was von den Getreidezöllen gesagt ist, das gilt in derselben Schärfe von den Holzzöllen, von den Fleischzöllen und dem Fleischeinfuhrverbot, vor Allem aber von den Ausfuhrprämien für im Inland versteuerte Waaren, also hauptsächlich für Zucker und Spiritus.

Wesen der Export-prämien.

Exportprämien. Neben den Schutzzöllen sind ganz besonders die Exportprämien geeignet, das charakteristische Prinzip der Bourgeoisie: die Lasten und Kosten des Staatswesens den Besitzlosen aufzubürden, auf das Deutlichste zu beweisen.

Nach dem Grundsatz „eine Hand wäscht die andere" haben die Agrarier zugestimmt, daß die heimische Industrie, notabene die Großindustrien, durch Schutzzölle geschützt werden, und umgekehrt haben die Großindustriellen Ja und Amen dazu gesagt, daß der Staat den Agrariern aus seiner Tasche Extradotationen an Exportprämien für Zucker- und Branntweinexport bezahlt. —

Der Zuckerfabrikant hat heute sowohl eine Steuer auf die von ihm verarbeiteten Rüben als auch auf die Menge des hergestellten Fabrikates zu zahlen. — Und da der Fabrikant nicht allen Zucker selbst verspeist, so hat natürlich der Konsument diese Steuer (mit 20 ₰ per Kilo) zu tragen. Aber der Fabrikant muß ja für die entsagungsvolle Aufopferung, den Staatsbürgern Zucker zu verkaufen, noch extra belohnt werden, indem ihm, wenn er Zucker nach dem Auslande exportirt, die Steuer, — die nachher der ausländische Konsument zu tragen hat, vom Staate zurückgezahlt wird.

Höhe der Export-prämien für Zucker.

Die Rückvergütung belief sich im Jahre 1889/90 auf 61,9 Millionen Mark (1884/85 128,5 Millionen, 1886/87 108,8 Millionen Mark). Bis zum 1. Oktober 1888 erhielt der Exporteur noch eine Extraprämie, indem ihm mehr zurückgezahlt wurde, als er an Materialsteuer bezahlt hatte. Dies wurde dadurch möglich, daß aus dem exportirten Zucker die entsprechende Rübensteuermenge ermittelt wurde. Da die Technik aber beständig fortschritt und immer weniger Rüben zur Erzeugung desselben Quantums Zucker gebraucht wurden, erhielten die Zuckerindustriellen immer mehr zurück, als sie an Steuern hinterlegt hatten.[6]) Die Prämie resp. Steuerrückvergütung kann natürlich nur aus dem Bruttoertrag der Zuckersteuer gezahlt werden, und der Erfolg ist der, daß sich in diesem Falle nicht der Nettoertrag, sondern der Bruttoertrag der Zuckersteuer auf die Konsumenten repartirt.

[6]) Der freisinnige Abgeordnete Dr. Witte berechnet, daß seit 1871 eine Summe von beinahe einer halben Milliarde (481,3 Millionen Mark) zusammengebracht aus den Taschen der deutschen Steuerzahler und weggeworfen an die Besitzer von kaum 400 Zuckerfabriken.

Zuckerindustrie.

Zum Schutze der deutschen Zuckerindustrie natürlich, und in der That, die Zuckerindustrie florirt mächtig.*)

„Wer heute die entwickeltsten deutschen Rübendistrikte besucht, wird in der That nur staunen können über die endlos sich dehnenden üppigen Felder, zwischen die sich kaum einmal ein Streifen Wald und Buschwerk oder Weide- und Brachland verliert — über das prächtige Arbeits- und Nutzvieh und die leistungsfähigen Maschinen und Geräthe — über die mächtigen Fabriken, denen stundenweit auf Schienen, Chausseen und Feldwegen die rübenbeladenen Wagen sich zubewegen.

Aber gerade der Reichthum dieser Besitzer baut sich, mehr als irgend Anderer, auf der Vernichtung Tausender von Kleinbesitzern, auf der grenzenlosesten Ausbeutung Zehn- und Hunderttausender von Arbeitern und auf der skrupellosesten Schröpfung von Millionen von deutschen Steuerzahlern auf.[7])

Die Zuckerindustrie ist für deutsche Verhältnisse typisch, wie die Bourgeoisie ihre Macht benutzt, die Lasten auf die Besitzlosen abzuwälzen.

Zuckerfabrikation und landwirthschaftlicher Großbetrieb gehen Hand in Hand miteinander; — Expropriation der Kleinbetriebe.

Zunächst ist die Rübenzuckerfabrikation als ein Großbetrieb par excellence auch wie keine andere Industrie auf landwirthschaftlichen Riesenbetrieb angewiesen. — (Das Nähere lese man in Schippel's Broschüre nach.) — Kein Wunder deshalb, daß auch die Expropriation der Kleingrundbesitzer nach Möglichkeit besorgt wird. Hören wir darüber Schippel:

„Unter sich gestehen das die Expropriateure auch offen ein; vor der großen Oeffentlichkeit ziehen sie es freilich vor, ihre Interessen als die der Kleinbauern anzupreisen. So machte der „Deutsche Landwirthschaftsrath" — jene bekannte agrarische Interessen-Vereinigung — bei der letzten Berathung der Zuckersteuer-Vorlage eine Eingabe an den Reichstag, in der er letzteren um Ablehnung der Regierungsvorlage beschwor, weil „vorzugsweise der kleinere und mittlere Landwirth" an dem Gedeihen der Zuckerindustrie betheiligt sei. Das Schriftstück ist unterzeichnet von dem Vorsitzenden, Freiherrn v. Hammerstein-Hannover. Derselbe Freiherr räumte aber in demselben Landwirthschaftsrath vor garnicht langer Zeit ganz unumwunden ein, daß

> „da, wo die Zuckerrüben-Industrie herrscht, kaum der Bauernstand dauernd zu erhalten sein wird, wenigstens nicht der Kleinbauer!!"[8])

---

*) Der Mehranbau von Rüben hat im Jahre 1890 gegen 1889 10,5 Prozent betragen und wird im Jahre 1891 gegen 1890 auf weitere 8 Prozent geschätzt.

[7]) Vergl. die äußerst interessante und für die Landagitation wichtige Broschüre Schippel's: „Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionirten." Berl. Arb.-Bibl. III. Serie, 3. Heft, 1891.

[8]) Man vergleiche die Eingabe an den Reichstag vom April 1891, und das Archiv des Deutschen Landwirthschaftsrathes, X. Jahrgang, Seite 137.

Und auch Herr Knauer-Gröbers, ein Zuckerlicht allerersten Ranges, meinte damals:

„Die kleinen Güter sind bei uns (das heißt: in den Zuckerdistrikten der Provinz Sachsen) durchaus nicht lebensfähig; ein Kossäthengut, welches mit zwei Kühen bewirthschaftet wird, muß aufgesogen werden."

Wir glauben dem, was die Herren unter sich reden, mehr wie ihren feierlichsten Versicherungen vor dem Reichstage.

Nun bleiben allerdings noch Tausende kleiner Bauern übrig, die an die Fabriken Rüben liefern und von ihnen vorläufig noch nicht ausgekauft sind. Strömt auf sie vielleicht ein Theil des Goldregens nieder, der sich über die Zuckerfabriken ergießt? Aktionäre sind diese Bauern nicht, auf Dividenden haben sie daher keinerlei Anspruch; aber es wäre doch möglich, daß eine natürliche Harmonie der Interessen sich hier geltend mache und den kleinen Rübenbauer auch „zu etwas kommen" lasse, wenn die Großen sich bereichern. Aber von dieser Harmonie ist nicht nur nichts bemerkbar, vielmehr stehen die Fabriken zu den Rübenbauern meist in dem denkbar schlimmsten Ausbeuterverhältniß.

Es ist das auch kaum anders zu erwarten. Zunächst ist die Stellung jeder Zuckerfabrik den Rübenbauern gegenüber eine ganz monopolistische, es giebt gar keinen anderen Abnehmer, gar keinen offenen Markt für Zuckerrüben; es giebt nur eine preisdrückende Konkurrenz unter den zur Lieferung sich Anbietenden, aber keine preishebende unter den Vertretern der Nachfrage. Der Rübenbauer erhält den Samen seitens der Fabrik, er muß sich umständlichen Vorschriften über die Düngung und die Bestellung des Rübenlandes unterwerfen, „Fabrikinspektoren" kontroliren deren Einhaltung; aber wenn er liefert, giebt es doch alle möglichen Ausstellungen und Abzüge. Der Bauer wird stets vom Rübenbezieher „geschnitten", wagte selbst im Deutschen Landwirthschaftsrath ein Mitglied zu äußern. Von keiner Gewinnerhöhung der Zuckerfabriken hat er je profitirt; jede Gewinnschmälerung — auch jede nur mögliche — ist aus ihm stets doppelt und dreifach herausgeschlagen worden.

Herr v. Bennigsen sprach 1891 im Reichstage von einer Zuckerfabrik, welche in zwei Jahrzehnten ihr Kapital zweimal abgeschrieben habe und in den letzten Jahren immer 18 Prozent Dividende geben konnte. Gleichzeitig bemerkte er jedoch, daß die Rübenpreise während dessen in einer Weise heruntergegangen seien, daß jeder weitere Preisdruck zu einer Kalamität für die kleinen Bauern werden müsse.

Herr Knauer-Gröbers kennzeichnete 1887 vor den deutschen Steuer- und Wirthschaftsreformern diese Interessenharmonie noch viel schärfer. „Die Industrie — meinte er — muß nach dem (damaligen) neuen Gesetz 5, resp. 10 ₰ mehr Steuer pro Zentner

Rüben bezahlen und deshalb ist der Rübenpreis von M. 1 auf 85 ₰ gesunken.“ Das Exempel entspricht nicht ganz der gewöhnlichen Rechenkunst, das Fazit ist aber um so erfreulicher, für „die Industrie“ natürlich. Man bedenke, die Rübensteuer wird 1886 um 10 ₰ pro Doppelzentner (100 Kilogramm = 200 Pfund) erhöht, dem unwissenden und widerstandsunfähigen armen Teufel von Rübenbauer redet man eine Preisherabsetzung von 15 ₰ pro einfachen Zentner (100 Pfund) auf! Dabei werden von „der Industrie“ noch nicht einmal die 5 ₰ Steuer pro Zentner dauernd gezahlt, denn für die ganze Ausfuhr — also für etwa zwei Drittel des gesammten Rübenquantums — wird nicht nur die ganze Rübensteuer zurückerstattet, sondern darüber hinaus noch eine Prämie seitens des Staates gewährt. Die wirkliche Steuermehrbelastung berechnete sich demnach auf **1 bis 2 Pfennige**, den Bauern zog man **15 Pfennige** ab.*)

Hier haben wir zwar noch nicht die Expropriation, wohl aber die kniffigste und geriebenste Ausbeutung des Kleinbesitzes durch das Großkapital. Wie lange wird es währen, und der für das Großkapital frohndende Kleinbauer findet trotz endlosester Arbeitsqual sein Auskommen nicht mehr und der Dampfpflug der Fabrik geht über seine Scholle? „Der Besitzer (eines Kossäthengutes, welches mit zwei Kühen bewirthschaftet wird) kann mit seiner Familie nicht durchkommen, er nimmt lieber den Werth des Grund und Bodens, als daß er sich ewig wie ein Sklave von Morgens 3 bis Abends 10 Uhr herumquält und doch sein Brot kaum verdienen kann,“ — so meinte Herr Knauer selbst im Kreise der Wissenden. —

Volkswirthschaftliche Bedeutung der Zuckerprämien.

Aber die Zuckerprämien haben noch eine ganz besondere volkswirthschaftliche Bedeutung erlangt. Indem die deutsche Regierung diese Prämien gewährte, wurden die Großgrundbesitzer veranlaßt, an Stelle des weniger Vortheil mit sich bringenden Getreidebaues den Zuckerrübenbau zu forciren.

Weite Landstrecken wurden so dem Anbau der nothwendigsten Brotfrüchte entzogen; desgleichen ziehen es besonders die ostpreußischen Junker vor, auf ihrem Grund und Boden Kartoffeln und Korn lediglich zur Branntweinbereitung zu bauen. Vor zwei Jahrzehnten war Deutschland noch im Stande, seinen Brotbedarf fast vollständig selbst zu decken.

Im Jahre 1878, vor dem ersten Kornzoll, hatte der auswärtige Kornhandel Deutschlands noch einen Werth von 1094 Millionen Mark, wovon 378 in der Ausfuhr. Die Mehreinfuhr war 338 Millionen Mark werth. Nach der ersten Erhöhung verminderte sich der Gesammtwerth unseres internationalen Handels schon um 450 Millionen Mark, wovon nur noch 51 Millionen auf die Ausfuhr kommen, im Jahre 1889 auf 413 Millionen Mark, wovon auf

*) Eine Prellerei, die international ist; cfr. Schippel l. c., pag. 14, Anmerkung.

die Ausfuhr nur noch 35 Millionen kommen. Deutschland ist nunmehr gezwungen (1890), 876214,4 Tonnen Roggen, 672344,4 Tonnen Weizen, 734 967,0 Tonnen Gerste zu importiren.*)

Wenigstens ein dem importirten Roggen entsprechendes Getreidequantum könnte heute auf dem durch Raubbau abgewirthschafteten Grund und Boden erzeugt werden, und da etwa ein dem Gersteimport entsprechendes Quantum zur Bierproduktion verwandt wird, so würde nur ein Manko von etwa 65 000 Tonnen Brotfrucht zu decken sein, wenn man anstatt des Bieres einfach Wasser genießen wollte.

Diese Zahlen geben zu denken. Jedes Land, das nicht im Stande ist, seine Bevölkerung selbst zu ernähren, ist im Falle eines Krieges, bei dem die Getreidezufuhr abgeschnitten werden kann, an sich schon im Nachtheil. Ja, schon die Aussicht eines Krieges muß die Preise für die Lebensmittel gewaltig in die Höhe treiben. — Freilich, sowie der Geldbeutel in Frage kommt, hören die patriotischen Interessen der Agrarier und Großgrundbesitzer, die sich so gern selbst als die vornehmsten Stützen des Reiches bezeichnen, auf. —

Direkte Steuern.

Direkte Steuern. Was nach dem bisher Angeführten ohne Weiteres ersichtlich ist, daß nämlich der überwiegende Theil der Lasten für die Erhaltung des Staates von dem Proletariate aufgebracht wird, das wird durch eine einfache Berechnung mit Evidenz klargestellt.

In Preußen gab es (vergl. Seite 49) 4,1 Millionen Censiten mit einem Jahreseinkommen bis M. 420; an indirekten Steuern trugen

---

*) Um die exportirte Zuckermenge von 796 516,7 Tonnen erzeugen zu können, ist die acht-(8,09)fache Rübenmenge erforderlich, also 6 443 740 Tonnen Rüben, welche zu ihrem Anbau einer Ackerfläche von 358 000 Hektar bedürfen (berechnet nach dem zehnjährigen Durchschnitt von 1879/1888).

Der zu Konsumtionszwecken erzeugte Branntwein (reiner Alkohol) in der Gesammtmenge von 2 266 000 Hektolitern (Gesammtproduktion 3 145 000 Hektoliter) bedurfte 1 500 000 Tonnen Kartoffeln und 240 000 Tonnen Getreide — der Melassebedarf ist außer Acht zu lassen, weil die Melasse als Nebenprodukt der Zuckerfabrikation auftritt.

Die 1 500 000 Tonnen Kartoffeln bedürfen zu ihrem Anbau einer Ackerfläche von 185 200 Hektar.

Insgesammt werden also dem Bau von Brotfrüchten entzogen
358 000 Hektar für Zuckerexportzwecke
185 200 „ zur Branntweinerzeugung
zusammen 543 200 Hektare.

Auf dieser Fläche aber könnten angebaut werden 651 840 Tonnen Brotfrüchte
zusammen mit den 240 000 Tonnen,
die zur Brennerei verbraucht werden, ergiebt dies aber nicht weniger als 891 840 Tonnen Brotfrucht, die in Deutschland mehr gebaut werden könnten, wenn an Stelle der heutigen Raubwirthschaft ein rationeller, auf das Volkswohl bedachter Landbau treten würde.

Während am 1. Mai 1847 in Preußen noch ein Verbot gegen die Kartoffelausfuhr erlassen wurde, um den Nothstand zu lindern, und während bis 17. August 1847 jede Verarbeitung von Getreide, Kartoffeln und Mehlstoffen zur Branntweinproduktion verboten war, setzt der Staat, d. h. die Interessengemeinschaft der Besitzenden, noch eine Ausfuhrprämie auf den Export von Branntwein, fordert also direkt zur Branntweinproduktion heraus. Das ist ein frivoles Spiel, das die Besitzenden mit dem Volkswohl treiben, und diese Thatsache allein illustrirt mehr die Rücksichtslosigkeit, mit der die Besitzenden ihre Macht ausnutzen, als es lange Auseinandersetzungen vermögen. —

sie im Durchschnitt zirka M. 30 (cfr. Seite 192); 2,9 Millionen Censiten mit einem Jahreseinkommen von M. 420 bis 600; an indirekten Steuern trugen sie im Durchschnitt zirka M. 40; 1,2 Millionen Censiten mit einem Jahreseinkommen von M. 600 bis 900; an indirekten Steuern trugen sie im Durchschnitt zirka M. 67.

Das Proletariat trägt etwa 70 Prozent zu den gesammten Staatseinkünften bei.

Diese 83 Prozent aller Censiten brachten also von den in Preußen insgesammt aufgebrachten 370 Millionen indirekter Steuern nicht weniger als 300 Millionen auf, während die übrig bleibenden 17 Prozent der Censiten, die man wegen ihres Einkommes, das mehr als M. 900 beträgt, schon mit einigem Recht zu den Wohlhabenden zählen kann, nur 70 Millionen Mark von den indirekten Steuern aufbrachten. Wenn nun auch die Einkommen unter M. 900 von den direkten Staatssteuern entlastet sind, die „Wohlhabenden" also allein die zirka 74 Millionen Staatssteuern (cfr. Seite 188) aufbringen müssen, so hat das Proletariat, die Klasse der völlig Besitzlosen, doch immerhin noch 70 **Prozent** der gesammten Staatseinkünfte, die nicht aus kapitalistischen Unternehmungen fließen, zu schaffen. Und das Aequivalent, das der Staat für diese Lasten bietet? — Das ist die psychische und moralische Verkümmerung des Proletariates, das ist der Bettelstab im Alter, das ist das Bordell, das Arbeitshaus und Zuchthaus als Zufluchtsort! Fürwahr, wir leben in der besten der Welten, wo so ausgiebig dem gedankt wird, der den Staat erhält! —

Vertheilung der direkten Steuern.

Gegenüber der Praxis des deutschen Reiches, das ausschließlich *indirekte* Steuern erhebt, erheben die deutschen Einzelstaaten, neben einigen indirekten Steuern (in der Gestalt von Stempelsteuer und einzelnen Verbrauchsabgaben, Brausteuer u. s. w.) in erster Linie nur direkte Steuern, und zwar diese in einem bestimmten prozentualen Verhältniß zu dem jeweiligen Einkommen — (daß Gewerbesteuer, Grundsteuer 2c. nicht als direkte Steuer anzusehen sind, weil die aus ihnen sich ergebenden Lasten auf die Konsumenten, resp. Pächter abgewälzt werden, hatten wir bereits früher bemerkt).

Voraussetzung für jede Einkommensteuer ist natürlich, daß dem Staate auch die Einkommensverhältnisse der Censiten bekannt seien. Hier liegt aber der Haken der direkten Steuern, die erste Quelle für die ungleiche Vertheilung zwischen Pflichten und Lasten bei Besitzenden und Besitzlosen.

Steuerdefraudationen.

Das Einkommen eines Arbeiters, eines öffentlichen Beamten ist ohne Schwierigkeit zu ermitteln und diese werden dann auch entsprechend dem auf ihr jeweiliges Einkommen entfallenden Steuersatze voll getroffen. Aber schon bei dem Privatbeamten liegt die Sache wesentlich anders. Hier nimmt Niemand ein Interesse, dem Staat das wirkliche Einkommen zu deklariren, ganz im Gegentheil, und bei den Großkapitalisten, bei den Unternehmern aller Art ist nicht blos von vornherein jedwede Kontrole über die wirkliche Höhe

des Einkommens ausgeschlossen, sondern getreu dem Prinzip, „Alles für mich, Nichts für Andere", spielt nirgends die Gewissenlosigkeit, oder gerade herausgesagt, der Betrug eine größere Rolle als bei den Steuereinschätzungen. Dem Fiskus, dem wesenlosen Etwas, das man nicht sehen noch greifen kann, das sich nur durch die Annäherung des Steuersäckels bemerkbar macht, ein Schnippchen zu schlagen, wird von Niemandem als ein Verbrechen angesehen, am allerwenigsten aber von den Besitzenden, von den Bessersituirten.

Die Bochumer Steuer-Einschätzungsverhältnisse, die im Juni 1891 vor die Gerichte gezogen wurden, haben bemerkenswerthe Schlaglichter auf die herrschenden Geschäftspraktiken geworfen. Durch die Verhandlungen wurde festgestellt, daß die Mitglieder der Steuer-Einschätzungskommission selbst nur ein jährliches Einkommen von zusammen M. 49 690 versteuerten, während sich ihr wirkliches Einkommen auf mindestens M. 151 400 belief. Das eine Mitglied allein, der Zechendirektor Frielingshaus, versteuerte nur M. 8500, während sein Einkommen 1889 mindestens M. 64 000 betrug.

Berücksichtigt man nur die hauptsächlichsten bei dem Prozeß an das Tageslicht gezogenen Fälle, so ergiebt sich, daß 47 Personen im Ganzen M. 308 000 wirklich versteuerten, während sich ihr Einkommen auf M. 901 600 belief. Herr Baare allein versteuerte nur M. 32 000 anstatt M. 110 000.*)

Es wäre natürlich lächerlich annehmen zu wollen, daß der Bochumer Fall vereinzelt dastehe, die Steuerhinterziehung ist vielmehr für alle Städte und alle Staaten typisch, wie der bei dem Prozeß als Sachverständiger hinzugezogene Oberbürgermeister von Hagen es ja auch deutlich genug zu verstehen gab, daß ähnliche Verhältnisse sich auch in anderen Städten ergeben würden.

Die bisher bekannt gewordenen Resultate der Neueinschätzung nach dem neuen Einkommensteuergesetz haben ergeben, daß in Frankfurt a. M. 80 Prozent, in Stettin 60 Prozent mehr Einkommen zu versteuern wären. In Duisburg gab es bisher, so viel man wußte, nur zwei Millionäre — jetzt auf einmal, nach dem Selbsteinschätzungszwange, finden sich deren 32!! — Wie oft mögen diese dreißig Staatsbetrüger auf die „vaterlandslose Sozialdemokratie" geschimpft haben! — Die Konsequenz hieraus ist sehr leicht zu ziehen. Dem Prinzip nach sollen alle Einkommen in dem gleichen Verhältniß zu den staatlichen Abgaben beitragen, — in Wahrheit aber sind nur die ärmeren Schichten voll belastet, während durch ein gewissenloses System der Lüge und der Intrigue die Besitzenden wieder auf die Besitzlosen die Hauptlasten wälzen.

Um dieses Verhältniß anschaulich darzustellen, sind gerade die Bochumer Verhältnisse äußerst geeignet, weil dort die Steuerhinter-

*) Ohne Börsen- und Nebengeschäfte.

ziehungen zum großen Theil an das Tageslicht gezogen worden sind, man also einen positiven Anhalt für die ungefähre Größe der Mehrbelastung des „gemeinen Volkes" hat, während man sonst nur auf vage Schätzungen angewiesen ist. Die Kommunen haben bekanntlich das Recht, einen bestimmten Prozentsatz der Staatssteuern für ihren eigenen Bedarf zu den Steuern hinzuzuschlagen, — der übrigens nach den verschiedenen Orten sehr verschieden ist. —

Schädigungen des Proletariats durch die Steuerdefraudationen der Besitzenden.

In Bochum betrug nun der Kommunalsteuerzuschlag 500 Prozent der Staatssteuer. Wären aber die großen Einkommen ihrem ganzen Umfange nach zur Besteuerung herangezogen worden, so hätte der Steuerzuschlag nur etwa 100 Prozent betragen; d. h. mit anderen Worten, allein die kleinen Beamten, die Arbeiter, deren kleines Einkommen voll eingeschätzt war, mußten dieses sechsfach versteuern, blos weil die Reichen ihre Tausende hinterzogen! Dieser typische Fall zeigt deutlich, daß bei den direkten Steuern wie bei den indirekten die Besitzlosen ganz ungleich mehr belastet sind wie die Besitzenden, schon wenn man nur die rein prozentuale Vertheilung der Steuern in Betracht zieht.

Hat die Verminderung der Einkommensteuer das Proletariat entlastet?

Dem gegenüber wird allerdings mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß seit 1883 in Preußen eine sehr beträchtliche Verminderung der direkten Steuern stattgefunden habe, indem den untersten Klassen der Censiten bis zu einem Einkommen von M. 900 die Einkommensteuer vollständig erlassen worden sei, indem ferner die Einkommen von M. 900 bis 3000 um drei Monatsraten, diejenigen von M. 3100 bis 3600 um zwei Monatsraten und diejenigen von M. 3600 bis 4200 um eine Monatsrate erleichtert worden seien. Diese Steuerermäßigung wurde auf 20½ Millionen Mark veranschlagt, welche eine Kompensation für die höhere Belastung mit indirekten Steuern darstellen sollten.

Freilich war dieser Voranschlag nur ein schöner Traum, denn es brachte die klassifizirte Einkommensteuer

1878/79 M. 30 864 000 1889/90 M. 41 897 000

ein, die Klassensteuer dagegen

1878/79 M. 41 406 000 1889/90 M. 34 033 000

Diese in Wahrheit direkten Steuern haben sich also zusammen nur von M. 72 370 000 auf M. 65 930 000 ermäßigt,*) also um kaum

---

*) Rechnet man zu den direkten Steuern, wie es in der Praxis geschieht, noch Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Stempelsteuer und Erbschaftssteuer, so stellen sich die Verhältnisse wie folgt:

Einnahmen aus:	1878/79 M.	1889/90 M.
Grundsteuer	40 208 000	40 055 000
Gebäudesteuer	17 788 000	31 500 000
Klassifiz. Einkommensteuer	30 864 000	41 897 000
Klassensteuer	41 406 000	24 033 000
Gewerbesteuer	18 616 000	20 608 000
Stempelsteuer	21 500 000	18 600 000
Erbschaftssteuer	4 800 000	6 900 000
Zusammen	175 182 000	183 593 000

7½ Millionen Mark; während die indirekten Steuern für Preußen allein sich von 78/79 bis 91/92 um das mehr als dreifache bis auf za. 273 Millionen erhöhten.

Dem gegenüber konnte die Regierung leichten Herzens auf die Steuern der untersten Stufen verzichten, deckten dieselben doch kaum die Kosten, welche die Schwierigkeiten, sie einzutreiben, verursachten.

Die Regierung verzichtete eben nur wohl oder übel auf etwas, was sie doch eigentlich nie bekommen hatte.

Der neue preußische Einkommensteuertarif.

Bei der heutigen Vertheilung der Einkommensteuerlasten sind also, wie wir soeben gesehen, die größeren Lasten den Besitzlosen aufgebürdet; eine solche ungerechte Vertheilung aber hat immer da statt, wo die Vertheilung der Abgaben einfach rein prozentual auf das Einkommen geschieht. Dem Philisterverstande erscheint eine solche prozentuale Versteuerung als die gerechteste Vertheilung der Lasten, indem er argumentirt: „die direkten Steuern, welche nach einem Prozentsatz vom Einkommen erhoben werden, treffen doch jedenfalls die Reichen in einem ungleich stärkeren Grade als die indirekten Steuern; denn die direkten Steuern werden ja eben auf Jeden nach Verhältniß seines Vermögens und Einkommens gelegt, während die indirekten Steuern sich nur nach den jeweiligen Bedürfnissen richten.

Aber wenn man sich über die allerhausbackenste Auffassung der Verhältnisse erhebt und sich erinnert, daß die indirekten Steuern nicht blos wie eine Kopfsteuer wirken, sondern sogar Jeden mit einem um so stärkeren Betrage treffen, je ärmer er ist, so muß man sich sofort die Frage stellen, ob eine blos proportionale Steuer nicht schwerer für den Armen als den Reichen sei. — Schon der französische Nationalökonom, das Orakel der Bourgeoisie, giebt die richtige Antwort auf diese Frage.

„Derjenige, welcher nur die Quantität Brot verdient, die erforderlich ist, um ihn und seine Familie zu ernähren, soll er genau in demselben Verhältniß steuern wie Derjenige, welcher Dank seiner ausgezeichneten Talente, seiner ausgedehnten Besitzungen, seiner beträchtlichen Kapitalien, nicht nur alle Genüsse des Luxus sich und den Seinigen gewährt, sondern auch noch jedes Jahr seinen Reichthum vermehrt? Findet man nicht in einer solchen Behauptung etwas, was die Billigkeit empört?“

Und Lassalle fügt diesem Zitat in seiner Schrift über „die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse“ hinzu:

„Say also — und wie viele Andere mit ihm! — findet selbst die proportionale, direkte Steuer für unverhältnißmäßig belastend für die ärmeren Klassen und verlangt auch von der direkten Steuer, daß sie, um gerecht zu sein, eine progressive Steuer sei, d. h. eine

solche, welche von den höheren Einkommen auch einen höheren Prozentsatz zu entrichten nöthige."

Desgleichen wird es Jedem als nur recht und billig erscheinen, daß ein Unterschied in der Besteuerung des Einkommens, das aus Arbeit fließt (Lohn, Gehalt, Gage) und zwischen dem arbeitslosen Einkommen aus Kapitalbesitz gemacht werde, und daß dieses Letztere zunächst insofern als es reines Einkommen ist und dann, insofern es aus dem Kapitalbesitz stammt, doppelt zur Besteuerung herangezogen wird.

Proportional- und Progressivversteuerung.

Der ersteren Anforderung, daß die Einkommensteuer eine progressive Steuer sein müsse, wird bis zu einem gewissen Grade durch das neue Einkommensteuergesetz entsprochen, das vom 1. April 1892 an in Preußen zur Durchführung kommt. Die Vertheilung der Steuerlasten soll nach folgendem Schema erfolgen:

Für Einkommen:

	bis M. 900	frei
von M.	900—1050	M. 6
„ „	1050—1200	„ 9
„ „	1200—1350	„ 12
„ „	1350—1500	„ 16
„ „	1500—1650	„ 21
„ „	1650—1800	„ 26
„ „	1800—2100	„ 31
„ „	2100—2400	„ 36

Von M.	2 400— 3 300	f. je M.	300	mehr Einkom.	M.	8	Steuern mehr
„ „	3 300— 3 900	„ „ „	300	„ „	„	10	„ „
„ „	3 900— 4 500	„ „ „	300	„ „	„	12	„ „
„ „	4 500— 6 500	„ „ „	500	„ „	„	14	„ „
„ „	6 500— 7 500	„ „ „	500	„ „	„	16	„ „
„ „	7 500— 9 000	„ „ „	500	„ „	„	20	„ „
„ „	9 000— 10 500	„ „ „	500	„ „	„	24	„ „

Bei höheren Einkommen steigt die Einkommensteuer

von M.	10 500— 30 500	f. je M.	1000	mehr Einkom.	M.	30	Steuern mehr
„ „	10 500— 32 000	„ „ „	1500	„ „	„	60	„ „
„ „	32 000— 78 000	„ „ „	2000	„ „	„	80	„ „
„ „	78 000—100 000	„ „ „	2000	„ „	„	100	„ „

Bei Einkommen von mehr als M. 100 000 bis einschließlich M. 105 000 beträgt die Steuer M. 4000 und steigt bei höheren Einkommen in Stufen von M. 5000 um je M. 200.

Das Prinzip der progressiven Versteuerung ist also, wie man sieht, gewahrt, aber das Ansteigen der Steuerraten ist denn doch ein viel zu geringes, als daß gegenüber der ungeheuren Mehrbelastung durch indirekte Steuern die besitzlosen Volksschichten hierdurch irgend einen nennenswerthen Vortheil zu erwarten hätten.

Wie sehr immer und immer wieder nach dem Geldsack geschielt wird, geht schon daraus hervor, daß Einkommen über M. 100 000 überhaupt keinen höheren Steuersatz als 4 Prozent zu leisten haben.

Vorausgesetzt muß überdies von vornherein werden, daß die Steuerdefraudationen kaum einen geringeren Umfang annehmen werden als bisher, denn die Deklarationspflicht für Einkommen über M. 3000 ist allerdings eingeführt worden, aber man hat vergessen, diese Erklärung an Eidesstatt einzufordern und auf falsche Deklaration sofort eine harte kriminelle Ahndung anzudrohen.

Es saßen eben Besitzende im Parlament, und von diesen kann man doch nicht erwarten, daß sie in's eigene Gehege sich Fußangeln legen werden.

Klassenerziehung und Klassenbildung.

Wenn schon in der äußeren Lebenshaltung ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen zu konstatiren ist, so wird es nicht verwunderlich erscheinen, wenn man auch in dem geistigen Leben des Volkes dieselben schroffen Gegensätze antrifft. Aber mehr noch; gerade hier ist unzweideutig zu konstatiren, wie die Besitzenden systematisch ihre Macht dazu benutzen, das Volk auf einem Niveau der Bildung zu halten, das ihnen den gerade größtmöglichen Vortheil garantirt. Natürlich geht mit der bewußten Niederhaltung der Volksbildung auch eine unbewußte Hand in Hand, wie sie durch intensive und extensive physische Arbeit erreicht wird. — Darunter leiden alle Generationen von Arbeitern gleichmäßig, der erwachsene wie der jugendliche.

Kann man aber auch etwas Anderes erwarten, als daß dem Arbeiter, selbst beim intensivsten Bildungsbedürfniß, die Augen zufallen, das Buch ihm aus der Hand gleitet, wenn er nach der schweren Tagesarbeit sich an die für ihn noch schwerere Geistesarbeit heranmacht, um wenigstens die Brosamen aufzulesen, die von dem Tisch der Wissenschaft für ihn herabfallen? —

Aber in diesem Falle handelt der Kapitalismus doch nicht so bewußt gewissenlos, als in denjenigen Fällen, wo er jugendliche Arbeiter und selbst Schulkinder in das Tretrad der Wertherzeugung spannt. — Hier treten auch die Wirkungen auf die der Ausbeutung durch den Kapitalismus unterworfenen Individuen am schroffsten hervor.

Es liegt hierfür ein Bericht der „Preuß. Schulztg." vor, in welchem mitgetheilt wird, daß im Regierungsbezirk Merseburg das Ausziehen der dort massenhaft angebauten Zuckerrüben lediglich von Kindern besorgt wird, und daß die königliche Regierung in Merseburg zu diesem Zwecke sogenannte „Rübenferien" giebt. Der Bericht sagt unter Anderem:[9])

---

[9]) Vergl. Hans Müller, „Preußische Volksschulzustände". Berliner Arb.-Bibl. II. Serie, 7. Heft, Seite 19 ff.

„Diese sind für die Schule eine wahre Plage. Wenn die Kinder tage- und wochenlang, je nach der Größe der Ortsrübenfelder, in fast sanskülottenhafter Kleidung — wobei Zucht und Schamhaftigkeit in dem massenhaften Zusammensein beider Geschlechter in die Brüche gehen — mit dem Gesichte der Erde nahe auf dem Acker herumgekrochen sind und dann wieder in die Schule kommen, so sind sie so abgemattet, so dumpf- und stumpfsinnig und geistesschwach, daß alle geistige Anregung und Aufrüttelung durch den Unterricht anfangs vergeblich ist. Das Gesicht ist aufgedunsen, der Blick stier, die Haut von der Sonnenhitze aufgeplatzt, die Hände sind von dem langen Krappeln in der Erde aufgeborsten und der Schmutz hat sich in Wunden und Poren so fest eingefressen, daß ein wiederholtes Waschen mit der schärfsten Seife die Hände noch nicht gleich weiß macht. Infolge des fortwährenden thierischen Kriechens auf allen Vieren ist die Rückenwirbelsäule zu einer geraden und straffen Haltung beim Sitzen und Stehen schwer zu bewegen."

Rübenferien — Wirkung der Landarbeit auf die Schulkinder.

Reichen die Kinder im Ort nicht aus, so stellen die Gutsbesitzer Agenten an, welche auf den Kinderfang in die benachbarten Orte gehen und denen sie außer dem Tagelohn 5 bis 10 ₰ für jedes eingefangene Kind zahlen. Dieser Fang wird mit allen Mitteln der Lockung und des Betruges betrieben. Den Kindern wird Limonade, Kuchen und Bier versprochen; dann werden sie, auf Wagen geladen, mit einer Musikbande voran in das betreffende Dorf entführt. Der tägliche Verdienst eines Kindes beträgt 50 bis 80 ₰; dafür haben die Kinder eine unmenschlich lange Arbeitszeit; das Tagewerk dauert von 5 Uhr früh bis Abends gegen 9 Uhr. Sogar an Feiertagen wird gearbeitet! Wenn die Kinder aus fremden Ortschaften herbeigezogen und angelockt sind, so wird es 11 Uhr Nachts, ehe sie wieder nach Hause kommen — in welchem Zustande, kann man sich leicht ausmalen.

Erst neuerdings hat die Schulverwaltung hierin eine Besserung angestrebt; wie weit sie damit Erfolg haben wird, entzieht sich unserem Urtheil. Doch berichtet die „Magdeb. Volksstimme" noch unter dem 4. Juni 1891: „In einem Köthener Blatte finden wir folgendes Inserat:

> „Hiermit sage ich meinen Dank für den schönen Akkordlohn von 26 ₰ pro Tag, welcher meinem Kinde auf dem Gute in Klebzig für Rübenverziehen ausgezahlt wurde.
>
> Franz Becker, Mühlhaus bei Klebzig."

Gleichzeitig schreibt man der „Volksstimme" aus Schönebeck:

> „Mittags 12 Uhr pflegen sich alltäglich 150 bis 200 Kinder am hiesigen Bahnhof einzufinden, um dann in zu diesem Zwecke besonders bestellten Wagen — jedenfalls Viehwagen — nach Grizehne und von dort per Fuhrwerk nach den Aeckern . . . befördert zu werden . . . . Unter den Kindern

befinden sich viele, welche wohl kaum das sechste Lebensjahr überschritten und theilweise kaum erreicht haben dürften. Für den Arbeitstag erhalten diese Kinder eine Belohnung von 35 ₰. Abends 8 Uhr befördert man die Aermsten dann auf demselben Wege wieder nach Hause."

Und aus der Provinz Posen wird gemeldet:

„In den kleineren Städten der Provinz Posen sind in den letzten Jahren sogenannte Hüteschulen eingerichtet worden, und zwar in der Weise, daß die zum Viehhüten verwandten Kinder nur täglich zwei Stunden in die Schulklassen, die im Uebrigen vollen Unterricht haben, eintreten. Gewöhnlich werden die Stunden von 10 bis 12 oder von 11 bis 1 Uhr, also die Mittagspause der Viehhirten, dazu bestimmt. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Schulunterricht nur dem Namen nach existirt. Kinder, die vom frühen Morgen an bis 10 oder 11 Uhr das Vieh beaufsichtigen und die ganzen Nachmittage wiederum auf diese Weise thätig sind, vermögen nicht in den Mittagsstunden dem Schulunterrichte zu folgen. Selbst in den kleinsten Dörfern hält man die Hüteschule darum wenigstens am Morgen ab."

In jedem Fall, bei dem erwachsenen Arbeiter sowohl als auch bei dem jugendlichen, ist es die ausgedehnte Arbeitszeit, welche einen relativen Niedergang der Volksbildung bedingt. Aber da die Bildung eine Hauptwaffe in dem Klassenkampf der Gegenwart darstellt, so müssen die angeführten Thatsachen zu einem Hauptargument für die Einführung des Achtstundentages, sowie weitgehenden Arbeiterschutzes überhaupt, werden. So leitete denn auch Sir S. W. Griffith, Premierminister von Queensland, seinen Gesetzentwurf vom 26. Juni 1890 auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages mit den Worten ein:

„Da es für die allgemeine Wohlfahrt des Gemeinwesens wünschenswerth ist, daß die Stunden der täglichen Arbeit solche sind, daß die Arbeiter ausreichende Zeit zur Erholung, *geistigen Ausbildung und der Erfüllung ihrer bürgerlichen und gesellschaftlichen Pflichten* zur freien Verfügung haben; und daß es zu diesem Zweck förderlich ist, durch ein Gesetz die passende Länge des Arbeitstages zu bestimmen." — — —

Diese Worte hören sich wunderschön an, und da sie aus dem Munde eines illustren Vertreters der besitzenden Klassen kommen, müßte man fast annehmen, daß es denselben wirklich Ernst wäre mit dem Wunsche, wenigstens das moralische Elend des Proletariats zu lindern — denn wie wenig Ernst es ihnen darum ist, das physische Elend zu bessern, haben wir des Eingehenden durch Thatsachebeweise belegt.

Nun, wir werden sofort zeigen, wie wenig es in Wahrheit dem Kapital darum zu thun ist, die moralische und intellektuelle Décadence des Proletariats aufzuhalten.

Preußische Volkszustände.

In Bezug auf die Volksbildung hat dies Hans Müller in seiner Broschüre über preußische Volkszustände eingehend nachgewiesen.

Im Interesse des Feudalismus lag es, möglichst ungebildete Arbeiter zu haben.

Als die kapitalistische Produktionsweise höhere Anforderungen an den Arbeiter stellte, gab ihm der Kapitalist Gelegenheit, sich ein gewisses Maß von Bildung anzueignen, ja er übte sogar einen hierauf gerichteten Zwang aus; denn für die moderne Produktion ist ein gänzlich ungebildeter Arbeiter vollkommen unbrauchbar. Zur Zeit, als die Gesellschaft unter dem Zeichen des Grundbesitzes stand, lag es im Interesse des Feudaladels, recht unwissende, stupide Leute zu besitzen, alle Bestrebungen, das geistige Niveau des „gemeinen Mannes" zu heben, wurden als Eingriffe in ihr geheiligtes Recht angesehen, dementsprechend hintertrieben und verfolgt (ebenso, wie die katholische Kirche heute noch dem Laien das Nachdenken über Glaubenslehren verbietet). „Der gemeine Mann war zum Arbeiter bestimmt und zu nichts Anderem, so wollte es des Junkers „göttliche" Ordnung."

Interessant ist in dieser Hinsicht ein Zitat aus der Geschichte des deutschen Volksschulwesens von Dr. H. Heppe, Bd. III, S. 37. Ein Geistlicher schrieb 1764 an einen Regierungsbeamten:

„Die meisten Unterobrigkeiten und Patrone bekümmern sich ganz und garnicht um das Schulwesen. Weil viele von ihnen Gott selbst nicht kennen (!), so sehen sie es nicht einmal gern, daß ihre Untergebenen eine Erkenntniß von Gott haben. Denn sie müßten sich schämen, wenn ihre Unterthanen klüger wären als sie. Viele halten eine vernünftige und christliche Erziehung ihrer Unterthanen für überflüssig und unnöthig. (?)

Wenn der Bauer nur pflügen, mähen und dreschen kann, dann ist er schon ein guter Bauer, er mag übrigens wissen, ob ein Gott sei oder nicht. Ja, sollten Ew. ꝛc. wohl glauben, daß viele Unterobrigkeiten eine anständige Erziehung ihrer Unterthanen ihrem Interesse zuwider halten? *Man glaubt, je dümmer ein Unterthan ist, desto eher wird er sich Alles wie ein Vieh gefallen lassen.* Denn wenn der Bauer nicht schreiben kann und ohne des Edelmanns Wissen auch nicht verreisen darf, so bleibt die in unserem Lande befindliche Barbarei noch am sichersten verborgen."

Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus.

Köstlicher als durch diesen, heiligen Zorn sprühenden Bericht des frommen Pfarrers konnte kaum die ganze Bildungsfeindlichkeit des Junkerthums gezeichnet werden.

Aber das Kapital gerirt sich nur äußerlich anders als das Junkerthum sich gerirte. Im Herzen ist es eben so kulturfeindlich als dieses.

Charakteristisch hierfür sind zunächst folgende Daten.

Ueber den Schulbesuch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Vergleich zu seiner Bevölkerungszunahme innerhalb des letzten Jahrzehntes liegen folgende statistische Angaben vor:

Staaten ꝛc.	Bevölkerungszunahme in Prozent	Zunahme des Schulbesuches in Prozent
Arizona	47,73	85,85
Californien	39,72	37,83
Connecticut	19,84	6,68
Distrikt Columbia	29,71	39,59
Louisiana	19,01	53,52
Maine	1,87	7,38
Maryland	11,49	22,85
Massachusetts	25,57	17,33
Montana	237,49	260,12
New-Hampshire	8,51	7,51
Nord-Carolina	17,59	27,65
Ohio	14,83	5,98
Pennsylvanien	22,77	1,59
Rhode Island	24,94	27,49
Süd-Carolina	15,63	50,89
Dakota	234,60	563,36
Vermont	0,04	10,42
Virginien	9,48	55,06
Wisconsin	28,23	16,97
Wyoming	192,01	142,59

Im Allgemeinen hat aber die Zunahme des Schulbesuches mit der Bevölkerungszunahme nicht gleichen Schritt gehalten. In den Hauptindustriestaaten ist der Schulbesuch relativ zurückgeblieben.

In Californien	im Verhältniß von	1	zu	1,06
„ Connecticut	„ „ „	1	„	2,94
„ Massachusetts	„ „ „	1	„	1,48
„ New-Hampshire	„ „ „	1	„	1,43
„ Ohio	„ „ „	1	„	2,48
„ **Pennsylvanien**	„ „ „	1	„	**14,31**
„ Wisconsin	„ „ „	1	„	1,69
„ Wyoming	„ „ „	1	„	1,35

Am auffälligsten ist dieser relative Rückgang in dem Zentrum der Industrie, in Pennsylvanien. Hier hat sich die Bevölkerung innerhalb des letzten Jahrzehnts um nahezu ein Viertel vermehrt, während der Schulbesuch um nur anderthalb Prozent zugenommen hat. Pennsylvanien ist demnach nicht blos in materieller Hinsicht, sondern auch in geistiger, eine wirkliche Hölle des Proletariats; und aus den angeführten, für die Kulturmenschheit wahrhaft

skandalösen Zahlen erhellt auf das Deutlichste, daß das Kapital — Pennsylvanien ist ja eine Goldgrube für den Kapitalismus — nur bis zu einem gewissen Grade Interesse für die Volksbildung hat; — äußerer Firniß von Förderung wissenschaftlicher Bestrebungen, Unterstützung von Gymnasien und Hochschulen thun es freilich nicht, wie das Beispiel des Staates Massachusetts zeigt. Boston gilt seit längerer Zeit als der Zentralpunkt amerikanischer Wissenschaft ... jawohl, für die „upper ten" — für das Proletariat ist dort so wenig gesorgt, wie in Pennsylvanien, — auch die Muckerei vermag daran nichts zu ändern .. denn der Schulbesuch ist auch dort im Verhältniß von 1:1,48 der Bevölkerungszunahme zurückgeblieben.

Aber wir brauchen nicht erst nach Amerika zu gehen, um zu der Erkenntniß zu gelangen, daß es dem Kapitalismus nur daran liegt, seinen Hörigen gerade nur so viel Bildung zu spenden, als unbedingt zur Leistung der erforderlichen Arbeit nothwendig ist.

Bildungsstand in Preußen.

Nach einer Untersuchung des Statistikers Engel hatten in Preußen

	Personen	Prozent
Höchste Bildung	93 000	1,023
Mittlere „	193 000	2,122
Elementar- „	7 985 423	86,703
Analphabeten	923 274	10,152

Wenn man die Anzahl der bei Eheschließungen ermittelten Analphabeten in Preußen in den Jahren

1882 zu 4,88 Prozent
1885 „ 3,87 „
1889 „ 2,68 „

und die bei den Rekrutenaushebungen in den Jahren

1875/76 zu 3,19 Prozent
1879/80 „ 2,27 „
1884/85 „ 1,88 „
1888/89 „ 0,94 „

ermittelt, so könnte es allerdings den Anschein haben, als wenn sich der Kapitalismus der Volksbildung durchaus nicht so ablehnend gegenüber stelle, als wir behaupten, denn thatsächlich ist eine unzweifelhafte und stetige Abnahme der Analphabeten zu konstatiren; — aber daß dieser Schluß nur ein Trugschluß ist, werden wir sofort an der Hand eines Schriftchens[10]) aus der Feder eines preußischen Offiziers nachweisen; derselbe schreibt:

„Die Masse, welche den bei Weitem größten Theil des Heeres bildet, ist Infanterie. Eine Kompagnie hat auf dem Friedensstande seit 1860 113 Gemeine.

[10]) Bildung und Manneszucht im deutschen Heere. Berlin 1872.

„Es werden also jährlich rund vierzig Mann bei der Kompagnie eingestellt. Eine vieljährige praktische Erfahrung läßt uns, da wir uns die Mühe gaben, in jedem Jahre beim Eintritt der Rekruten dieselben im Schreiben und Lesen zu prüfen und ihnen einige Fragen aus der vaterländischen Geschichte vorzulegen, nun folgende Resultate mit Bestimmtheit aufstellen, wobei wir bemerken, daß wir nur von Regimentern sprechen, die einen überwiegend deutschen Ersatz — höchstens drei bis vier Polen per Kompagnie — beziehen.

„Von allen vierzig eingestellten Rekruten (Einjährig-Freiwillige sind von dieser Betrachtung ausgeschlossen) waren gewöhnlich allerdings nur drei bis vier vorhanden, welche entweder garnicht oder nur ihren Namen schreiben konnten.

„Nur einer bis zwei konnten im Durchschnitt garnicht lesen, die wenigen polnischen Leute stellten hierzu das größte Kontingent.

„Die nächst höhere Klasse wurde von zehn bis zwölf Mann gebildet, welche unzweifelhaft schon in den statistischen Nachweisen, die man den Behörden, dem Landtag u. s. w. vorlegen mag, als „mit Schulbildung versehene", d. h. als des Lesens und Schreibens Kundige, figuriren würden. Ja, wenn man das Lesen und Schreiben nennt!

„Wenn man ein Radebrechen und Buchstabiren, wobei der Mann auf einen Satz von dreißig Worten zwei bis drei Minuten braucht und wobei er schon den Anfang desselben vergessen hat, wenn er beim Ende anlangt, Lesen nennt! Wenn man ein langsames, mühsames Hinmalen von Buchstaben und Worten ohne jede Orthographie, von Interpunktionen garnicht zu reden, Schreiben nennen will! Diese Klasse vermag allenfalls eine Vorschrift nachzuzeichnen, wobei jedoch immer noch falsche Buchstaben und Zeichen in Menge unterlaufen. Diktirtes auch nur annähernd richtig zu schreiben, ist ihr nicht möglich.

„Die weiter folgende Klasse bedingt etwa sechszehn bis neunzehn Mann. Diese erst sind insoweit ausgebildet, daß sie, wenn auch stark anstoßend und ohne verständige Betonung, derart lesen, um überhaupt eine sofortige Auffassung, das Verständniß einer einfachen Erzählung oder Betrachtung zu ermöglichen.

„Denn bei der vorhergehenden Kategorie ist die Ueberwältigung der technischen Schwierigkeiten noch eine so große, daß zur Auffassung eines Satzes von zwanzig Worten ein noch mehrmaliges Durchlesen und Studiren absolut nöthig ist. Die Federführung der zu Dritt Genannten ist nun so beschaffen, daß sie nach dem Diktat zwar noch oft fehlerhaft, aber doch verständlich schreiben. Dagegen ist bei ihnen die Abfassung eines Briefes noch mit den äußersten Schwierigkeiten verbunden.

„Dieselben zeigen viele orthographische und grammatikalische Fehler, in der Regel fehlt jede Interpunktion, von einer richtigen

Satzkonstruktion ist nicht die Rede, daher der Sinn auch oft dunkel, und man muß häufig erst errathen, was der Schreiber sagen will. Infolge dieser Unbeholfenheit wird nun auch gewöhnlich eine Mittheilung oder irgend ein Satz drei- bis viermal in dem ganz kurzen Briefe wiederholt.

„Wir kommen zur vierten Kategorie. Dies sind also fünf bis sechs Leute per Kompagnie. Ihres Zeichens nach sind es gewöhnlich kleinere Kaufleute, Söhne wohlhabender Handwerker, Oekonomen, Wirthschaftsschreiber, Söhne größerer Bauerngutsbesitzer u. s. w. Natürlich finden auch unter ihnen große Unterschiede in der Schulbildung statt: Wir führen hier überhaupt die Durchschnittserfahrung einer vieljährigen Praxis an und bemerken, daß wir Kategorie 4 sehr hoch gegriffen haben, um unserer Schulausbildung um keinen Preis Unrecht thun zu wollen. Diese Leute sind im Stande, sich durch Lektüre ohne Anleitung weiter zu bilden, Briefe gut abzufassen, Diktirtes vollkommen orthographisch nachzuschreiben. Sie haben die Schulbildung, welche man als Resultat der Volksschule als wünschenswerth bezeichnen könnte. Wir sind fest überzeugt, daß der größte Theil des gebildeten Publikums, wenn es von so und so viel Prozent „mit Schulbildung" eingestellten Rekruten in der Zeitung liest, sich diese ungefähr so wie jene zuletzt von uns erwähnte Kategorie (vier) vorstellt."

Man kann hieraus ersehen, daß die Statistik der Resultate unserer Schulbildung gewaltig viel zu wünschen übrig läßt. Sie nimmt eben einfach jeden Mann, der überhaupt einige Buchstaben malen und einige Worte lesen kann, in die Rubrik „mit Schulbildung" auf.

Auf diese Weise kommt in den deutschen Provinzen allerdings ein sehr geringer Prozentsatz von Leuten „ohne Schulbildung" heraus, aber es kommt eben darauf an, was man unter „Schulbildung" versteht.

Es ist eben nicht wahr und niemals wahr gewesen, daß auch nur die Mehrheit des Volkes in Norddeutschland mit einer Schulbildung ausgerüstet ist, wie sie Kinder mittlerer Begabung unter gewöhnlichen Verhältnissen und Umständen vom 6. bis 14. Lebensjahr erlangen können, oder vielmehr erlangen müssen.

Aufwand für Bildungsanstalten in Preußen.

Kann dies aber auch verwunderlich sein, wenn man sich die Ausgaben vergegenwärtigt, welche der kapitalistische Staat pro Kopf der Schüler bei den verschiedenen Gesellschaftsklassen an Schulkosten aufwendet?

Die Gesammtaufwendungen[11]) für Volksschulzwecke betrugen 1878 in Preußen bei 4 272 199 Volksschülern und 72 039 Mittelschülern insgesammt M. 101 016 623, also auf den Kopf M. 23,5

[11]) Jahrbuch f. d. amtl. Statistik des preußischen Staates; V. Jahrg., Berlin 1883.

per anno. Die Gesammtausgaben für die höheren Lehranstalten mit einer Kopfstärke von 152 828 betrugen 1883/84 in Preußen M. 25 516 980, also auf den Kopf M. 166,7 per anno. Die Gesammtaufwendung bei Universitäten schließlich, bei einer Gesammtfrequenz von 13 344 im Sommersemester 1882 und 14 327 im Wintersemester 1882/83, betrug M. 7 821 784, also auf den Kopf M. 566,9 im Etatsjahre 1882/83.

Kann etwas schlagender als die Zusammenstellung der Zahlen, daß

für den Elementarschüler . .	M.	23,5
„ „ höheren Schüler . .	„	166,7
„ „ Universitätsstudenten .	„	566,9

für den höheren Schüler also 7,3mal so viel wie für den Elementarschüler, für den Universitätsstudenten aber fast 20mal so viel jährlich aufgewandt werden, beweisen, wie wenig dem Kapitalismus an der tiefgreifenden Bildung des Volkes gelegen ist? —

Gesammtkosten für die Erziehung.

Dabei bedenke man aber noch, daß der Volksschüler höchstens 7 bis 8 Jahre die Schule besucht, dem Staate insgesammt nur M. 164,5 bis 188 kostet, der Sohn der Besitzenden aber 12 bis 14 Jahre auf dem Gymnasium und 4 bis 6 Jahre auf der Universität zubringt, also einen Staatszuschuß von M. 2000 bis 2300 für den Gymnasiasten und M. 4200 bis 5700 für den Universitätsstudenten zu dessen gesammter Ausbildung kostet. —

Man lasse sich nur ja nicht durch Schönrednerei darüber täuschen, als ob der Klassenstaat auch irgend welches Interesse an der Bildung der Besitzlosen nähme, die höhere Bildung ist und bleibt eben nur ein Reservatrecht für die bevorzugte Klasse, für den Kapitalismus.

Und man wende nicht ein, daß durch Stipendien und ähnliche Vergünstigungen auch dem Unbemittelten der Besuch der Universitäten und höheren Lehranstalten ermöglicht werde; die Stipendien für den Kopf des Studenten haben die lächerlich niedrige Höhe von kaum M. 11; diese M. 163 460 Stipendien, die 1882/83 an Unbemittelte gezahlt wurden, sind nur eine Sinekure, nur der Gnadensold für künftige Streber, deren Intelligenz von Anfang an schon im Banne des Kapitalismus gehalten wird, und die nur an Solche verliehen werden, von denen man später reiche Beute einzuheimsen hofft. —

Woher stammen die Einnahmen für die Volksbildungsanstalten?

Diese Thatsachen bekommen aber noch ein anderes Gesicht und stellen sich noch weit mehr zu Ungunsten der Besitzlosen heraus, wenn man berücksichtigt, daß für die Volksschulbildung nur 25,11 Prozent der Staat, die übrigen 74,89 Prozent jedoch die Eltern tragen, während von den Kosten für die Universitäten der Staat 83,51 Prozent zahlt. — Aber die Kosten zur Erhaltung des Staates werden selbst wieder direkt und indirekt von den Besitzlosen, von dem Proletariat aufgebracht. Indirekt dadurch, daß der Arbeiter sämmtliche Werthe

schafft, auch die, welche in die Taschen des Kapitals fließen; direkt dadurch, daß derselbe die weitaus größere prozentuale Quote zu den Staats- und Kommunalabgaben beiträgt. Der Proletarier ermöglicht es durch seiner Hände Arbeit, dem Sohne des Besitzenden eine ausgezeichnete Bildung angedeihen zu lassen, welche dieser dann zum Entgelt dafür dazu ausnutzt, um weiter den Besitzlosen in den Fesseln der Frohnknechtschaft zu erhalten; fürwahr eine umgekehrte Welt, in der nicht nach Recht und Billigkeit, sondern nach der Stärke der Machtverhältnisse Lasten und Pflichten vertheilt sind.

Zustände im Volksschulwesen.

Aber sehen wir uns nur weiter um in dem Lande, dessen „Schulmeister" angeblich den Sieg von Königgrätz erfochten hat. Schauen wir noch etwas tiefer in die wirklich herrschenden, so sehr gepriesenen preußischen Volksschulverhältnisse hinein. Nach Ausweis des Jahrbuches für amtliche Statistik des preußischen Staates, 5. Jahrgang, waren in 1287 Stadtgemeinden 3339 Volksschulen, in 53 497 Landgemeinden nur 29 701 Schulen; also fast die Hälfte, nämlich 23 796 Ortschaften in Preußen hatten keine Schule.

Hans Müller sagt in Bezug hierauf sehr mit Recht:

„Daß bei einem solchen fast unglaublichen Mangel an Schulen auch der obligatorische Schulbesuch zur Farce werden muß, bedarf keines Nachweises."

Weitere Daten werden die Richtigkeit dieser Behauptung bis zur Evidenz erhellen.

Für eine große Mehrheit von Kindern existirt überhaupt kein regelmäßiger Schulunterricht.

Für eine große Mehrheit der Kinder existirt kein geregelter Unterricht.

Wegen Ueberfüllung konnten am 1. Oktober 1881 9432 Kinder (2537 in den Städten und 6895 auf dem Lande) keine Aufnahme in den Schulen finden, und nach einer Mittheilung des Kultusministers gelegentlich der Lex Huene im Abgeordnetenhause besuchten von 1000 schulpflichtigen Kindern 1878 nur **897** wirklich die Schule. Sind solche Zahlen nicht ein Hohn auf die gesetzliche „Schulpflicht"? —

Diese Zahlen geben eine handgreifliche Erklärung dafür, wie es möglich sein kann, daß die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Industrie nicht mit der obligatorischen Schulpflicht in Kollision kommt.

Aber damit nicht genug!

Wie erfolgreich der Schulunterricht sein muß, wird man erkennen, wenn man erfährt, daß

2525	eingeschulte	Orte	bis	1 km.,
6113	„	„	„	2 „
4502	„	„	„	3 „
2539	„	„	„	4 „
779	„	„	„	5 „

326	eingeschulte Orte	bis	6	km.,	
114	"	"	"	7	"
121	"	"	über	**7**	"

vom Schulorte entfernt sind.

Wie aufnahmefähig müssen die Schüler dem Schulunterricht folgen können, wenn sie, wie dies bei 60 Prozent mindestens der Fall ist, einen Marsch von einer halben Meile zurückgelegt haben, mit einem Frühstück oder einem Mittagsmahl im Leibe, dessen lukullische Reize wir, als wir über die Lebenshaltung sprachen, auseinandersetzten. Wie aufnahmefähig müssen die Schüler sein, deren Verhältnisse durch folgende Notiz charakterisirt werden, die jahraus, jahrein, nur in etwas veränderter Tonart, die Runde durch die Presse macht:

„Wie alljährlich zu Beginn der Schulzeit, so hat sich auch heuer der Präsident des Zentralvereins zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien an die Leiter der Wiener Schulen zur Namhaftmachung der Zahl der Kinder gewandt, deren Eltern nicht in der Lage sind, denselben Mittagskost zu geben!

Die Schulleiter haben **4300** Kinder bezeichnet, deren Eltern so arm sind, daß sie ihre Kinder ohne Mittagskost lassen müssen . ."

Und weiter! 19 627 Landschulen, oder 66 Prozent der ganzen Anzahl, haben nur einen einzigen Lehrer und eine einzige Klasse! Wie eingehend mag da der Unterricht sein, wenn A-B-C-Schützen und Konfirmanden gleichzeitig unterrichtet werden müssen! —

Hans Müller weist dann noch weiter auf Grund des oben angeführten amtlichen Quellenmateriales nach, wie segensreich für die große Mehrzahl der Schüler der Unterricht sein mag.

In der Regel sollen nicht mehr als 80 Kinder auf einen Lehrer kommen (in der Schweiz und in Frankreich nur 40 bis 50) und 70 auf eine Klasse, aber das Kultusministerium verfügte, daß auch zweiklassige Schulen mit einem Lehrer und dreiklassige mit zwei Lehrern noch als normale Lehranstalten angesehen werden müßten; — oder mit anderen Worten: ein Lehrer sei sehr wohl im Stande, täglich 140 Kinder mit Erfolg zu unterrichten!*)

---

*) Wie unberechtigt der so weit verbreitete deutsche Dünkel ist, daß wir im Verhältniß die meisten und besten Schulen der Welt haben, zeigt folgende Statistik: Deutschland hatte vor zwei Jahren bei 46 Millionen Bewohnern 60 000 Schulen mit 6 Millionen Schülern, es kommen folglich 700 Einwohner auf eine Schule; Frankreich mit 37 Millionen Einwohnern hat 71 000 Schulen mit 5 Millionen Schülern; 500 Einwohner entfielen auf eine Schule. Spanien mit 17 Millionen Einwohnern hatte 29 000 Schulen mit 2 Millionen Schülern, 600 Einwohner kommen auf eine Schule. England mit 34 Millionen Einwohnern hatte 58 000 Schulen mit 3 Millionen Schülern, auf 600 Einwohner kam eine Schule. Auch von Italien wird Deutschland, was die Schulenzahl betrifft, übertroffen, denn dort kommt auf 600 Einwohner je eine Schule. Man sieht also, daß unser Dünkel unberechtigt ist, und daß wir darin schon von

Und obwohl schon diese Beschränkungen durchaus nicht geeignet sind, unseren Kulturstaaten Ehre zu machen — vom Standpunkte des Kapitalismus ist ja die Thatsache erklärlich — so erhielten doch

1882 von den 4 340 000 Volksschülern nur 2 275 616 oder 52,4 Prozent Unterricht in derart „normal" eingerichteten Schulen und

1886 von 4 838 237 Kindern 53,8 Prozent oder 2 604 874 „normalen" Unterricht.

Rechnet man aber die Kinder in zweiklassigen Schulen mit einem und in dreiklassigen Schulen mit zwei Lehrern als trotz der Ministerialverfügung *nicht normal* unterrichtet ab, so ergiebt sich das wahrhaft beschämende Resultat, daß

1882 41 Prozent der volksschulpflichtigen Jugend,
1886 aber nur 39 Prozent normal unterrichtet wurden.

1882 war der Unterricht für 59 Prozent, 1886 aber für 61 Prozent der Jugend also nahezu werthlos. Auf diese Zahlen sei mit doppelter Energie hingewiesen, wenn Jemand aus der Abnahme der Zahl der Analphabeten schließen wollte, daß die Volksbildung, vom Staate gefördert, im Wachsen begriffen sei. Die Thatsache, daß Jemand seinen Namen schreiben kann, ist doch ein recht mangelhafter Beweis für seine Volksschul„bildung".[12])

Aber noch ein Moment, das typisch und charakteristisch für die Stellung ist, welche der Klassenstaat der Volksbildung einräumt, muß zur Beurtheilung der Frage der Klassen- und Kastenerziehung herangezogen werden, nämlich die soziale Lage und die Lebenshaltung der Volksschullehrer.

Gebildetes Proletariat, für dasselbe ist die Lebenshaltung der Volksschullehrer typisch.

Es ist eine charakteristische Erscheinung der Gegenwart, daß immer größere Theile der gebildeten Klassen in die Reihen der Sozialdemokratie hinübertreten, ein Zeichen für die in immer höhere Kreise hinübergreifende Proletarisirung der Massen.

Für die soziale Lage eines großen Theiles des gebildeten Proletariates ist die Lage des deutschen Schulmeisters als geradezu typisch aufzufassen; die nachfolgenden Nachweisungen geben

Frankreich, England, Italien und sogar von dem „halbbarbarischen" Spanien überholt sind. In Frankreich hat sich das neue Volksschulgesetz, das die Schule von der Kirche trennt, bestens bewährt. Deutschland steht in der Entwickelung der Schulen noch auf demselben Standpunkt wie vor 30 Jahren, und wenn der neue Volksschulgesetzentwurf in Preußen Gesetzeskraft erhält, kommen wir auf den Standpunkt der Friedericianischen Schule zurück.

[12]) Die Ueberhäufung der Unterrichtsklassen und der Lehrer mit Schülern lassen die folgenden der „Neue Päd. Ztg." über die Schulverhältnisse in Liebenwerda entnommenen Angaben erkennen: Es kommen auf **einen** Lehrer in 14 Fällen je 127, 142, 197, 137, 96, 97, 105, 120, 112, 102, 91, 111, 93, 118 Schüler; auf zwei Lehrer in 8 Fällen je: 202, 228, 235, 203, 180, 207, 218, 192 Schüler; auf drei Lehrer in 3 Fällen je: 414, 311, 269 Schüler; auf vier Lehrer an 2 Stellen (Hohenleipisch und Stadt Uebigau): 386 und 322 Schüler.

Die Ziffern klingen nahezu unglaublich.

einen getreuen Einblick in das wirthschaftliche Leben dieses Proletariers.*)

Es stellen sich die Ausgaben einer Lehrerfamilie in Altena — das Gleiche gilt natürlich für fast alle Gegenden Deutschlands — bestehend aus Mann, Frau und einem Kinde bis zu 3 Jahren:

A. Kost . . .	M.	764,40
B. Haushalt .	„	500,—
C. Kleidung .	„	340,—
D. Wohnung .	„	400,—
Summa der Ausgaben	M.	2004,40

I.

Die Lehrerfamilie der ersten Lehrerkaste:

Einnahme:	Ausgabe:	Ueberschuß:
M. 3000	M. 2004,40	M. 995,60

II.

Die Lehrerfamilie der zweiten Lehrerkaste:

Einnahme:	Ausgabe:	Defizit:
M. 1840	M. 2004,40	M. 164,40

Lebenshaltung der Volksschullehrer.

*) Anmerkung:

A. Kost.

	Wöchtl. M	Jährl. M
Brot und Weißbrot, täglich 15 Pf. Brötchen und wöchentlich 1 Schwarzbrot	1,75	91,—
Fleischwaaren	4,—	208,—
Fische und Käse	0,50	26,—
Butter und Schmalz . .	2,—	104,—
Eier	1,—	52,—
Mehl, Reis, Griesmehl, Hafergrütze	0,50	26,—
Zucker, Kraut	0,40	20,80
Kartoffeln	0,80	41,60
Gewürze (Salz, Pfeffer, Oel, Essig 2c.)	0,20	10,40
Gemüse, Erbsen, Bohnen 2c.	0,50	26,—
Pflaumen, Schnitzeln 2c. .	0,25	13,—
Kaffee, Thee (1/2 Pfd. à M 1,40)	0,70	36,40
Milch (für den Tag 1 1/2 L.)	2,10	109,20
		764,40

B. Haushalt.

	Jährl. M
Feuerung	90,—
Licht	20,—
Wäsche, jeden Monat M 3 . .	36,—
Arzt und Apotheke	40,—
Steuer und Feuerversicherung .	24,—
Ergänzung und Reparatur der Haushaltungsgegenstände . .	40,—
Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Porto	30,—
Betheiligung an Vereinen, Versammlungen, Zeichnungen . .	15,—
Sterbekasse	15,—
Wittwenkasse	10,—
Lebensversicherung	35,—
Taschengeld, Reisen, Ferien-Erholung, Geselliges	120,—
Unvorhergesehene Ausgaben . .	25,—
	500,—

C. Kleidung.

	Jährl. M
Dem Hausherrn jährlich einen Anzug und eine Hose . . .	80,—
Hemden, Kragen, Taschentücher .	20,—
Hut, Handschuhe, Schlipse, Schirme	15,—
Strümpfe und Unterkleider . .	10,—
Schuhzeug (ein Paar neue und flicken)	30,—
Alle drei Jahre ein Ueberzieher	20,—
Der Hausfrau jährlich ein Kleid und ein Hauskleid	50,—
Wäsche, Schürzen 2c.	15,—
Schuhzeug	20,—
Hut, Mantel, Schirm, Handschuhe	30,—
Dem Kinde zusammen	50,—
	340,—

D. Wohnung.

	Jährl. M
Wohnungsmiethe, 3 Zimmer und 1 Küche	360,—
Tapeziren, Anstrich des Fußbodens, Umzüge 2c.	40,—
	400,—

III.

Die Lehrerfamilie der dritten Lehrerkaste:

Einnahme:	Ausgabe:	Defizit:
M. 1610	M. 2004,40	M. 394,40

IV.

Die Lehrerfamilie der vierten oder Hyksos-Lehrerkaste:

Einnahme:	Ausgabe:	Defizit:
M. 1380	M. 2004,40	M. 624,40

Aber mehr als 50 Prozent aller Lehrer in Preußen (von 59 917 überhaupt im Jahre 1882) reichen, wie nachfolgende Statistik zeigt, nicht einmal an das hier erwähnte Minimum heran:

	Prozent der Lehrerstellen	
Unter M. 300	in den Städten 0,16,	auf dem Lande 0,17
Von M. 300— 600	„ „ „ 5,85,	„ „ „ 18,04
„ „ 600—1050	„ „ „ 42,30,	„ „ „ 65,79
„ „ 1050—1500	„ „ „ 32,60,	„ „ „ 14,10
„ „ 1500—2250	„ „ „ 15,83,	„ „ „ 1,87
Ueber M. 2250	„ „ „ 3,15,	„ „ „ 0,00

Wie in den Kreisen der Besitzenden über die Volksschullehrer geurtheilt wird.

In der Broschüre: „Die soziale Frage und die Schule“ von Friedrich Palmié, kgl. Superintendentur-Verweser und Kreisschulinspektor in Osterburg, finden wir folgende Auslassungen über Lehrerbesoldungen: „ . . . Ich habe bisher nur von den Pflichten und Aufgaben gesprochen, welche der Schule in der gegenwärtigen Zeit erwachsen, aber ich würde glauben, ein Unrecht zu begehen, wenn ich nicht auch ein kurzes Wort über die Rechte sagte, welche der Lehrer von der Gegenwart fordern kann. Den gesteigerten Anforderungen, welche man heutzutage an die Person des Lehrers nach jeder Richtung hin stellt, entspricht doch auch nach Recht und Billigkeit eine gesteigerte Anerkennung seiner Mehrarbeit und seiner größeren Verantwortlichkeit. Vor allen Dingen thut es noth, wenn wir den ungeheuren Einfluß anerkennen, welchen der Lehrerstand auf das Volk durch seine Arbeit ausübt, daß wir mit allen Mitteln darnach streben, in dem Lehrerstande jene Zufriedenheit mit seiner Stellung zu schaffen, welche die unumgängliche Vorbedingung zur freudigen Hingabe an seinen Beruf und zur thätigen Arbeit in demselben ist. Aber das sagen wir gern und mit vollem Nachdruck, daß der Lehrer zunächst ein Recht darauf hat, ein Einkommen zu besitzen, das ihn vor materiellen Sorgen schützt und ihn in den Stand setzt, seinem Stande gemäß auch leben zu können. Die Thatsache, die nicht bestritten werden kann, daß noch heutzutage viele Lehrer — nicht etwa blos die eben in's Amt eintretenden, sondern auch ältere Lehrer mit einer Familie — ein Gehalt beziehen, welches geringer ist, als das Gehalt eines Polizeidieners, der in Bezug auf die

genossene Vorbildung und in Bezug auf die Bedeutung für das Volksleben mit dem Berufe eines Lehrers garnicht in Vergleich kommen kann (Widerspruch werden hiergegen erheben: Puttkamer, Krüger, v. Treitschke, Schorlemer, Graf Brühl u. A. Anm. d. Verf.), deutet auf einen Mißstand hin, dessen Beseitigung mit allen Mitteln zu erstreben ist."

Werth der Volksschulbildung.

Drastischer als Worte haben die angeführten Zahlen das Interesse des Klassenstaates an der Volksbildung gekennzeichnet: zur Illustration aber seien doch noch die folgenden Aeußerungen über die Volksschule angeführt. Am 18. März 1882 sagte Frhr. v. d. Recke im Landtage: „Ich bin der Meinung, daß sehr viel Schäden unserer Zeit davon herrühren, daß die Leute zu viel wissen und zu wenig können, zu viel unverdautes Wissen in sich haben (sehr richtig! rechts); das bläht und schwächt den Verstand." „Erstens, zweitens, drittens Religion, außerdem Lesen, Schreiben, Rechnen und von den übrigen allgemein wissenswerthen Gegenständen so viel, als es sich mit der Halbtagsschule verträgt," das thue nach Frhr. v. d. Recke dem Landvolke noth — (natürlich, sonst würde es die Herren Recke und Konsorten bald zu Paaren treiben). — Und Minister Goßler erklärte sich, abgesehen von der Halbtagsschule, mit dem Redner einverstanden. Der neue Kurs aber setzt die Worte in Thaten um.

Wie hoch der Werth des Volksschulunterrichts angeschlagen wird, das geht aus den Worten des Abg. von Minnigerode am 2. Mai 1885 hervor, der da meinte, daß die Armee höher zu stellen sei als die Schule und zwar nicht nur für unseren Bestand und die Machtstellung, sondern wesentlich als erzieherisches Moment. Man solle sich nicht in ein übertriebenes Bildungsbedürfniß hineinleben. Die Volksschulbildung sei nur eine halbe, oberflächliche. Die Leute, welche mit der Volksschulbildung abschließen, könnten 15 bis 20 Jahre hinterdrein mit einem gedruckten Buche nichts anfangen, sie würden es nur mit Mühe lesen können; und ihre ganze Schreibkunst würde sich wegen mangelnder Uebung darauf beschränken, mit Sicherheit ihren Namen schreiben zu können. Bei Weitem das größte Gewicht sei auf das religiöse, erziehliche Moment zu legen . . . Dafür, daß die linke Seite in erster Reihe nur flott vorwärts mehr Geld für Schulen aufwendet, dafür habe er kein Verständniß. Man muß sich daher in der ländlichen Bevölkerung gegenüber der weiteren Entwickelung der Volksschulen etwas stark ablehnend verhalten.

Daß Herr v. Minnigerode kein Verständniß für die Bedürfnisse des Volkes habe, wollen wir ihm auf sein Wort glauben, ist doch seine Anschauung typisch für die ganze Klasse, in deren Namen er geredet hat, nicht blos für die konservative Partei, deren Anschauung er im Besonderen vertrat.

Handelt es sich um tief einschneidende Maßregeln zur Hebung der Volksbildung, so ist eben die gesammte Bourgeoisie, von den

Deutschfreisinnigen bis zu den Ultrakonservativen, nichts als eine reaktionäre Masse. Die Debatten im Winter 1890/91 im Berliner rothen Hause über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Volksschulen haben den gesammten Parteien die heuchlerische Maske des Bestrebens, die Volksbildung zu heben, vom Gesicht gerissen.

Erinnert sei nur noch an einen äußerst weisen Erguß der „Hamb. Nachr.", der im November 1891 die Runde durch die Presse machte; nach demselben ist „zu viel Schulbildung auf dem Lande die Ursache der Zunahme der Prostitution." Man höre die famose Begründung dieser Weisheit: „Bei den Erörterungen, welche zur Zeit über das Prostitutions- und Zuhälterwesen stattfinden, wird übersehen, daß eine Hauptursache dieser Zustände in dem Steigen der Einwanderung von dem Lande in die großen Städte zu suchen ist. Ein unverhältnißmäßig großer Bruchtheil dieses Zuzuges besteht aus unverheiratheten Frauenspersonen. Wenn diese, was wir augenblicklich nicht beurtheilen können, aber glauben, im Verhältniß zu ihrer Anzahl bei der Prostitution stark betheiligt sind, so ist dies zum Theil ein Ergebniß des weiblichen Schulunterrichts auf dem Lande. Die Schulmädchen werden durch ihn gerade soweit ausgebildet, daß sie ländliche Arbeit in Wind und Wetter oder im Viehstalle ihrer nicht mehr würdig finden und sich befähigt glauben, ihre Existenz in der Hoffnung auf eine Nähmaschine und in Aussicht auf Tanz- und Tingel-Tangel-Vergnügen in der großen Stadt zu suchen. Wenn sie dahin kommen, so finden diejenigen unter ihnen, bei denen der Tingel-Tangel mehr Anziehungskraft als die Nähmaschine hat, sehr bald, daß ihr Verdienst ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Sie verfallen dann leicht der Prostitution und demnächst einem Zuhälter. Die Existenz eines solchen hat für junge arbeitsscheue Männer zu viel Anziehendes, als daß sich nicht für jedes Frauenzimmer, das einen Zuhälter braucht, sehr bald einer finden sollte. Sonach ist die Zahl derselben abhängig von der Zahl ihrer bedürftigen Frauenzimmer. Was aber die Zunahme der letzteren betrifft, so glauben wir, wie gesagt, daß ein Zusammenhang zwischen ihr und dem Charakter des Elementarschulwesens besteht, das mehr auf städtische als auf ländliche Bedürfnisse berechnet ist und die Landmädchen für das großstädtische Leben vorbereitet." — Da wird also nach Ansicht des Bismarck-Organs nichts übrig bleiben, als eine Rückwärtsrevidirung des Landschulwesens, das so schon schlecht genug ist. Wenn die Landmädchen erst nicht mehr die Namen an den Straßenecken der Großstadt lesen können, dann werden sie sich nicht mehr dahin drängen. Welch' hohe Weisheit!

Bei diesen vereinigten reaktionären Bestrebungen kann es dann kein Wunder nehmen, wenn die Volksbildung, vom Kapitalismus in denjenigen Grenzen verzapft, in denen es ihm angemessen

erscheint, auf dem niedrigen Niveau sich befindet, auf das die oben angeführten Zahlen schließen lassen.

Volksbildung und Kapitalismus.

Ueber den innigen Zusammenhang zwischen Volksbildung und Kapitalismus geben schon die vortrefflichen Ausführungen von Karl Marx (Kapital I., 3. Aufl., pag. 247) Aufschluß, auf die wir hier nur hinweisen wollen, ohne sie besonders zu zitiren.[13] Wer unter dem Proletariate lebt, wird auch für Deutschland ohne Mühe eine Fülle von Belegen über den fast durchgehends bejammernswerthen Grad der Volksbildung herbeibringen können. Die Weber des schlesischen Gebirges z. B. wissen weiter nichts zu erzählen als von Gott, Papst und Kaiser, über deren Rangordnungen sie die wunderlichsten Vorstellungen haben. Sie kennen nicht einmal die Hauptstadt ihres Landes und von den Eisenbahnen wissen sie weiter nichts, als daß dieselbe ihre Produkte entführt!! —

Der Gedankengang der Herren vom Geldsack ist ja so einfach und so plausibel. Zunächst als beim Beginn der Weiterentwickelung der Technik qualifizirte Arbeiter nothwendig wurden, errichteten die Gewerbeinhaber, der Kapitalismus Volksschulen, die ihnen ein geeignetes und schon vordressirtes Arbeitermaterial lieferten . . . aber die Bildung darf dem Proletariat auch wieder nicht zu reichlich zugemessen werden, das Proletariat würde dann zu „anspruchsvoll“ werden.

Fachschulen.

An einzelnen Fachschulen, die von Kapitalistenkonsortien gegründet worden, und an denen ein eingehender Fachunterricht ertheilt wird, sieht man den Pferdefuß des Kapitals deutlich hervorlugen.

An den in Deutschland bestehenden Fachschulen für Bergleute z. B. werden die Zöglinge mit all' denjenigen theorethischen Kenntnissen in Mathematik, Physik, Chemie, Bergwissenschaft, Zeichnen, Feldmessen u. s. w. ausgestattet, die ihnen für die niederen Beamtengrade nothwendig sind. Der Unterricht wird völlig unentgeltlich ertheilt, sämmtliche Lehrmittel werden geliefert und für gänzlich Unvermögende werden auch noch recht beträchtliche Stipendien ausgeworfen. Dabei wird aber die Anzahl der Zöglinge in beschränkten Grenzen gehalten. Unterhalten werden diese Schulen von den Bergwerksbesitzern derjenigen Bezirke, für welche die Schule unmittelbare

---

[13]) Vor der von Marx citirten Untersuchungskommission wurden folgende Antworten gegeben: Jeremias Haynes, 12 Jahre alt . . . „Viermal vier ist acht, aber vier Vierer sind 16 . . . . Ein König ist ihm, der alles Geld und Gold hat. Wir haben einen König, man sagt, er ist eine Königin, sie nennen sie Prinzessin Alexandra. Man sagt, sie heirathete der Königin Sohn. Eine Prinzessin ist ein Mann.“ Wm. Turner, 12 jährig: „Lebe nicht in England. Denke, es giebt solch ein Land, wußte nichts davon zuvor.“ John Morris, 14 jährig: „Habe sagen hören, daß Gott die Welt gemacht und daß alles Volk ersoff, außer einem, habe gehört, daß der eine ein kleiner Vogel war.“ William Smith, 15 jährig: „Gott machte den Mann, der Mann machte das Weib.“ Henry Matthewman, 17 jährig: „Geh manchmal in die Kirche . . . . . Ein Mann, worüber sie predigen, war ein gewisser Jesus Christus, aber ich kann keine anderen Namen nennen, und ich kann auch nichts über ihn sagen. Er wurde nicht gemordet, sondern starb wie andere Leute. Er war nicht so wie andere Leute in gewisser Art, weil er religiös war in gewisser Art, und Andre sind es nicht. „Der Teufel ist eine gute Person. Ich weiß nicht, wo er lebt, Christus war ein schlechter Kerl . . .“

Wichtigkeit besitzt. Nur kindliche Naivität vermöchte in dieser Handlungsweise der Kapitalisten einen selbstlosen Zug zu erblicken, wo nur das unmittelbare Interesse, das zwingende Muß, zu gewissen Arbeiten theoretisch vorgebildetes Beamten-Proletariat zu verwenden, das für die Bergwerksbesitzer zwingende Moment ist.

Dasselbe gilt für Weberschulen. Wird das Bedürfniß nach besonders qualifizirten Webern nothwendig, indem sich die Mode von den einfachen Webereiartikeln zu gemusterten oder auf besondere Art hergestellten wendet, welche von den Handwebern ohne Weiteres nicht mehr produzirt werden können, so errichtet das zu diesem Zwecke einmüthig assoziirte Kapital der verschiedenen Konkurrenten Weberschulen, in welchen ein besseres Arbeiterpersonal geschult und zugleich auch wieder lediglich für das Kapital gedrillt wird; denn nur in Maschinenwebereien kann ein so vorgebildeter Weber volle Verwendung seiner gewonnenen Kenntnisse finden, dem Hausweber sind sie nur unnützer Ballast. Also nur für den unmittelbaren Vortheil des Kapitals giebt es selbst wieder Unterstützungen an den ihm sonst gleichgültigen Arbeiter.

Ebenso stehen Handfertigkeitsschulen aller Art, Fortbildungsschulen für Lehrlinge, landwirthschaftliche Schulen u. s. w. im unmittelbaren Dienste des Kapitals und dieses selbst mißt den Zöglingen gerade immer dasjenige Maß von Bildung zu, das für seinen Zweck nothwendig ist. Auch die Bildung ist also, wie man sieht, unmittelbar von dem Kapital selbst abhängig, insofern dieses der allgemeinen Bildung diejenige Grenze steckt, welche für das Kapital selbst die nutzbringendsten sind. Ein besonderes, kulturförderndes Interesse kann dem Kapital, der Privatwirthschaft also, keineswegs zugesprochen werden. — Wenn das Bildungsniveau doch noch relativ höher ist, als es der Thätigkeit des Kapitalismus entspricht, so liegt dies mehr an dem mit der ersten neugewonnenen Erkenntniß auch sofort zu kräftiger Bethätigung strebenden Bildungsbedürfniß des Proletariats, denn an der Kulturfreundlichkeit des Kapitalismus. Nur aus dem eigenen Bildungsbedürfniß ist es erklärlich, daß die krassen Unterschiede der Bildung zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten sich immer mehr, wenn auch nur sehr allmälig, auszugleichen beginnen. Das durchschnittliche Bildungsniveau der Kulturnation hebt sich stetig — aber diese Hebung würde eine rapide, der Aufschwung der Bildung würde in's Ungemessene sich steigern, wollte der Kapitalismus dem einzelnen Individuum ein vollkommenes Recht auf Existenz auch in Bezug auf seine Bildungsbedürfnisse garantiren. Da er dies nicht thut, und auch garnicht thun darf, wollte er nicht sich selbst seine Existenzberechtigung verneinen, so können wir ihn mit Recht beschuldigen, die Stagnation der Volksbildung verschuldet zu haben und noch weiter zu verschulden. Schon im Stillstand und auch im allzu trägen Fortschreiten bekundet sich eine Degeneration der intellektuellen Fähigkeiten des gesammten Volkes.

Das Proletariat und die bürgerliche Rechtsordnung.

(Bearbeitet von Hans Müller-Zürich.)

In den Abschnitten über die „Einschränkungen des Wahlrechts“ haben wir den Nachweis geführt, daß das Proletariat zur Staatsgewalt in einem ganz anderen Verhältniß sich befindet, als die besitzende Klasse. Es steht im Staatsrecht nicht der Bourgeoisie ebenbürtig zur Seite, sondern wird von dieser entrechtet. Dieselbe Erscheinung finden wir auch auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, das die Verhältnisse der Individuen unter einander regelt. Auch hier bevorzugt die Rechtsordnung die besitzenden Klassen auf die mannigfaltigste Weise. Die folgenden Ausführungen werden das zur Evidenz nachweisen.

Da ist gleich zuerst der in alle unsere neueren Zivilgesetzbücher übertragene Satz des römischen Rechts: „Rechtsunkenntniß und Rechtsirrthum schützt vor Strafe nicht“, der sich bei näherem Zusehen als ein wahrer Galgenstrick herausstellt, an dem das Recht der Arbeiter systematisch erdrosselt wird.

Ist es an und für sich eine starke Zumuthung des Staates an seine Bürger, wenn er von ihnen verlangt, daß sie das von ihm verkündete Recht, das kodifizirt ganze Bibliotheken füllt, und das auch der gedächtnißkräftigste Jurist nicht im Kopfe haben kann, kennen soll, so ist es gar ein wahrer Hohn, wenn er diese Forderung an die besitzlose Klasse stellt, die er zu Arbeitsthieren degradirt und denen er weder die Mittel noch die Möglichkeit gewährt, sich auch nur einen kleinen Theil elementarer Rechtskenntniß zu erwerben.

Verlangt der Staat die Kenntniß seines Rechts, gut, dann führe er aber auch die Rechtsbelehrung als Disziplin in die Schulen ein. Vorher aber darf er die Rechtsunkenntniß nicht durch Verluste irgend welcher Art bestrafen. Sicher würde der Staat auch so gehandelt haben, wenn er durch diesen Grundsatz nicht nur die besitzlosen, sondern auch die besitzenden Klassen geschädigt haben würde. Da nun aber nur die Habenichtse von der Befolgung dieses Grundsatzes betroffen wurden, so nahm unser moderner Klassenstaat diesen trefflichen Bundesgenossen aus der alten Römerzeit mit freudigem Willkomm bei sich auf. Und es gehört wirklich kein großer Scharfsinn dazu, dem Prinzip, daß sich Niemand mit der Unkenntniß eines gehörig bekannt gemachten, d. h. in irgend einem obskuren Amtsblatt veröffentlichten Gesetzes entschuldigen könne, seinen volksfeindlichen Charakter anzusehen. Ueberlegen wir uns einmal, welche Klasse wohl am wenigsten in der Lage ist, sich Gesetzeskenntniß zu verschaffen und wir erkennen sofort, daß sich der Grundsatz: Rechtsunkenntniß schützt vor Strafe nicht, gegen das Proletariat richtet. Denn diese Klasse kann ihrer ganzen Lage gemäß am schwersten dazu gelangen, sich mit dem geschriebenen Rechte vertraut zu machen.

Die Gesetzessammlungen müssen für sie sieben Mal versiegelte Bücher bleiben, nicht nur weil ihr die Zeit fehlt, sie zu lesen und das Geld sie zu kaufen, sondern weil sie auch der nöthigen Geistesbildung und Schulung ermangelt, um sie verstehen zu können. Und um ihr das letztere auf jeden Fall schwer zu machen, sucht man die Gesetze nicht in einer möglichst verständlichen, sondern in einer dem gewöhnlichen Mann recht unverständlichen Sprache zu schreiben. So ist es denn nicht weiter zu verwundern, wenn die besitzlosen Klassen jeder Rechtskenntniß bar sind und sich in Rechtssachen allein von einem dunklen und oftmals recht trügerischen Rechtsgefühl leiten lassen.

Ganz anders steht es in dieser Beziehung um die besitzenden Klassen!

Diese werden schon durch die bloße Thatsache ihres Besitzes von Jugend an in eine innige Berührung mit dem Recht gebracht und ihr Interesse dafür geweckt. Die Bourgeois haben Zeit und Mittel, die Gesetzbücher zu kaufen und zu lesen, häufige Gelegenheiten, Gerichtsverhandlungen mit beizuwohnen. Der Staat selbst bringt sie sogar in direkte Verbindung mit dem Rechtsleben, indem er sie als Schöffen und Geschworne bei der Rechtsprechung mitwirken läßt. Da ist es denn ganz natürlich, daß das Maß der Rechtskenntniß, über welches die Bourgeoisie verfügt, viel größer ist, als dasjenige, über welches das Proletariat gebietet. Die Folge davon ist, daß der Besitzende weniger oft in Konflikt mit dem Gesetz geräth, als der besitzlose Lohnarbeiter.

Wird aber auch der Besitzende einmal in einen Rechtshandel verwickelt, dann ist er durch das Mittel seines Vermögens jederzeit in der Lage, sich einen Rechtsbeistand zu nehmen, während der Proletarier in gleichem Falle meistens hülflos und verlassen vor den Schranken des Gerichts erscheint.

Die Folge aller dieser Umstände ist dann, daß bei Interessenkonflikten zwischen Reich und Arm die Rechtsfrage meistens schon im voraus zu Gunsten der ersteren entschieden ist, und daß die Rechtsverhältnisse der Armen sich bei ihrer Geltendmachung vor Gericht nur allzuhäufig in jener vernachlässigten und hoffnungslosen Gestalt präsentiren, wie der Körper der Proletarier bei der Aufnahme in die öffentlichen Heilanstalten.[14])

Mit der Charakterisirung dieses Mißverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Bezug auf die Verfolgung ihres Rechts ist die traurige Lage, in welcher sich die besitzlosen Klassen überhaupt dem Recht gegenüber befinden, keineswegs in ihrem ganzen Umfang gekennzeichnet. Ebenso drückend ist für sie ein anderer Fehler unseres heutigen Privatrechts: seine Unvollständigkeit.

[14]) Menger: Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, Archiv. f. so. Gesetzgeb., Bd. 2, Kap. 8.

Hervorgegangen aus dem Klassenkampf zwischen dem verrotteten Junkerthum und der aufstrebenden Bourgeoisie im Anfang des 19. Jahrhunderts regelt unser modernes Privatrecht die Interessen dieser Klassen; die Interessen des Proletariats dagegen, das damals erst im Entstehen begriffen und dessen Einfluß im sozialen Leben sich kaum bemerkbar machte, finden in dem Privatrecht dieser Epoche begreiflicherweise noch keine Berücksichtigung. Inzwischen aber haben sich unsere wirthschaftlichen Verhältnisse in einer Weise geändert, daß die alten Klassengegensätze fast völlig verschwunden und ganz neue an ihre Stelle getreten sind. Dieselben erheischen eine neue Regelung, d. h. eine Umgestaltung des Privatrechts nach den augenblicklich bestehenden Machtverhältnissen. Die Rechtsentwickelung aber ist stehen geblieben, das Recht hat, Dank der unwissenschaftlichen Ausbildung und des büraukratischen Geistes des Juristenstandes, die soziale Entwickelung nicht mitgemacht, so daß heute die Bestimmungen des Privatrechts wohl noch ein historisches Interesse besitzen, dagegen jeden praktischen Werth als Gesetze verloren haben und die besitzlosen Massen in vielen ihrer Interessen schädigen.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse der einzelnen im Produktionsprozeß thätigen Personen, der Unternehmer zu den Lohnarbeitern, der Gutsherren zu den Tagelöhnern ꝛc. haben sich mit der Umwandlung unserer Wirthschaft in die großkapitalistische vollkommen geändert und es passen infolgedessen auch die gesetzlichen Bestimmungen des Privatrechts auf die neuen Zustände nicht mehr, ja stehen oft dem in seiner Entwickelung nicht zu hemmenden Rechtsbewußtsein direkt gegenüber. Da aber die alten Gesetze noch in Kraft sind, so müssen sich auch noch die neuen Verhältnisse gefallen lassen, nach ihnen geregelt zu werden. Fehlt nun aber jede Bestimmung über die Regelung eines modernen Rechtsverhältnisses, so sind die Richter zur Anwendung der Analogie gezwungen, d. h. auf Verhältnisse, für welche das Gesetz keine Vorschrift enthält, die für rechtsähnliche Verhältnisse gegebenen Vorschriften anzuwenden.

Die Folge dieses Mangels an klaren Gesetzesbestimmungen ist, daß eine große Reihe von Rechtsstreitigkeiten zu Ungunsten des Proletariates, als des wirthschaftlich schwächeren Theils, entschieden werden.

Doch damit nicht genug, wird die Stellung der Arbeiterklasse vor dem Gesetz noch durch eine Reihe anderer Momente zu ihren Ungunsten verschoben. So hängt, einem allgemein gültigen Grundsatze des Strafrechts zufolge, die Beurtheilung einer Handlung und damit das Maß ihrer Bestrafung nicht blos von dem äußeren Thatbestande ab, sondern auch von den inneren Motiven, die der betreffenden Handlung zu Grunde liegen. Die letzteren sind sogar die ausschlaggebenden, von ihrer Beschaffenheit hängt es ab, ob eine Handlung einen strafbaren oder einen nichtstrafbaren Charakter trägt.

Liegt einer und derselben Handlung, z. B. der Zertrümmerung einer Fensterscheibe oder der Verletzung einer Person das eine Mal eine böswillige Absicht, das andere Mal ein Irrthum, ein Versehen oder doch kein schlechter Vorsatz zu Grunde, so wird der Thäter im ersten Falle nach den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches verurtheilt werden, im zweiten Falle nur in ganz besonders schlimmen Fällen überhaupt zur Verantwortung gezogen, schließlich aber doch freigesprochen werden.

Es ist nun klar, daß in vielen Fällen aus dem objektiven Thatbestande einer Handlung kein sicherer Schluß auf die Art und Beschaffenheit der ihr zu Grunde liegenden Motive gezogen werden, daß der Richter daraus die strafbare oder nichtstrafbare Richtung des Willens nicht bestimmen kann. Da ist es denn in sein freies Ermessen gestellt, ob er einer Handlung strafbare Motive unterstellt oder nicht. Prof. Menger meint nun, und jeder, der auf dem Gebiete der Strafrechtspflege einige Erfahrung besitzt, wird ihm beistimmen, daß selbst ein gerechter Richter sehr leicht dazu kommen wird, in einen verdächtigen äußeren Thatbestand eine rechtswidrige Willensbestimmung hineinzulegen, wenn es sich um einen Armen handelt, und daß ihm ein gleicher Entschluß sehr schwer fallen wird, wenn ein Mitglied der besitzenden Klassen in Frage kommt.

In der That! was haben wir speziell in Deutschland nicht schon in dieser Richtung für traurige Erfahrungen gemacht! Wie oft ist nicht schon ein harmloser Scherz, wenn ihn ein Arbeiter machte, als grober Unfug, Beleidigung, und weiß der Himmel, als was sonst bestraft worden, und wie häufig hat man nicht die gröbsten Ausschreitungen, Skandale und Brutalitäten straffrei gelassen, wenn sie von unseren „Gebildeten“ verübt wurden! Fast alle Tage kann man von solchen Fällen in der unabhängigen Presse lesen.

Es ist deshalb nicht übertrieben und zu hart geurtheilt, wenn Prof. Menger schreibt: Ja, wenn man die Strafrechtspflege nicht blos nach den dürftigen und abstrakten Umrissen beurtheilt, welche Gesetze und theoretische Schriften von ihr bieten, sondern danach, wie sie in der Wirklichkeit lebt und sich bethätigt, so wird man zugeben müssen, daß durch jene verschiedene Beurtheilung der inneren Zustände ähnliche Wirkungen hergebracht werden, als wenn für die beiden großen Kreise des Volkes (die Besitzenden und die Besitzlosen) verschiedene Strafrechte in Wirksamkeit wären!!

Daß unser ganzes Strafrecht im Grunde überhaupt nichts taugt, das gestehen die Juristen selbst offen ein, — — wenn sie unter sich sind.

Einer unserer angesehensten Strafrechtslehrer, Professor Wach in Leipzig, hat in einer Schrift, „Die Reform der Freiheitsstrafe“, offen die Ungeheuerlichkeiten unserer Strafrechtspflege eingestanden.

So schreibt er auf Seite 9 der angezogenen Schrift: „Das Freiheitsstrafsystem und mit ihm der ganze Aufbau der Delikte nach ihrer Schwere sind eine große offizielle Lüge.“

Auf Seite 41 heißt es: „Es ist wahr, die richterliche Strafzumessung ist zum Theil Willkür, Laune, Zufall. Das ist öffentliches Geheimniß, jedem schmerzliche Erfahrungsthatsache, der in der Strafpraxis thätig gewesen ist. Ob der Angeklagte zu 6 oder 5 oder 4 Wochen oder 2 Monaten Gefängniß verurtheilt wird, das hängt mehr von der zufälligen Zusammensetzung des Kollegiums, den subjektiven Anschauungen und Anregungen des Richters, seinem Geblüt und seiner Verdauung, als von der Schwere des Verbrechens ab!“

Wir erfahren hier also von einem Fachmann, der es doch wissen muß, daß es in vielen Fällen nicht die unbestechliche Gerechtigkeit ist, welche dem Angeklagten die Strafe zumißt, sondern die Laune und Willkür der Richter! Wie mag es einem armen, durch Hunger und Elend heruntergekommenen Arbeiter gehen, der wegen eines kleinen Vergehens vor die Schranken des Tribunals geschleift wird und sich hier einem Richterkollegium überliefert sieht, von dem ein Mitglied sich den Magen mit Trüffelpurrée überladen hat und durch Verdauungsbeschwerden in schlechter Laune ist, von dem ein Anderer, geärgert durch einen häuslichen Zwist, sich in erregter und gereizter Stimmung befindet? Können die Richter dann überhaupt gerecht urtheilen, vermögen sie sich in die Lage und in die Verhältnisse hineinzuversetzen, unter deren Zwange der Angeklagte die That vollbrachte? Und doch ist dies bei einer gerechten Abmessung der Strafe nöthig.

Daß in unserer Strafrechtspflege die Willkür eine sehr große Rolle spielt, gesteht auch eine nicht minder angesehene Autorität als Prof. Wach, nämlich Prof. Liszt, zu. In einer Schrift über „die bedingte Verurtheilung“ von Appelius heißt es (S. 13): Durch Erlaß des preußischen Justizministers vom 17. April 1887 wurde auf die Gefahren einer milden Bestrafung hingewiesen und der Staatsanwaltschaft aufgegeben, darauf hinzuwirken, daß gegen Jugendliche höhere Strafen erkannt werden, da diese allein zur Besserung der jugendlichen Verbrecher führen könnten. (?) In dem von Appelius mitgetheilten Falle hat nun das Gericht es abgelehnt, lediglich des Besserungszweckes wegen eine höhere Strafe zu erkennen, als zur Sühne für das Geschehene erforderlich erschienen sei.

Liszt bemerkt, nachdem er diese Thatsache angeführt hat, dazu: „Es ist hier ganz gleichgültig, ob der Minister, oder ob das erkennende Gericht im Recht gewesen ist. Aber wichtig ist die Feststellung der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über die Grundlage der Strafzumessung. Nach der Ansicht des Ministers sollen Erwägungen der Kriminalpolitik ausschlaggebende Bedeutung haben. Das Gericht

hält daran fest, daß die Strafe keine andere Aufgabe habe, als die Sühnung der That. Nach dem Erlaß soll die Persönlichkeit des Thäters maßgebend sein, nach dem Urtheil lediglich die Schwere der That. Wie sich andere Gerichte jenem Erlaß gegenüber verhalten haben, weiß ich nicht. Sicher aber ist es, daß von dem Standpunkt der Vergeltungstheorie aus der preußische Justizminister die Staatsanwaltschaft aufgefordert hat, den Gerichten eine Verletzung der Gerechtigkeit zuzumuthen . . . . Das ist die Grundlage unserer richterlichen Strafzumessung!!"

Ist es Angesichts solcher, selbst von Fachmännern und Professoren zugegebenen Zustände in der Strafrechtspflege ein Wunder, wenn das Proletariat, das alle diese Ungerechtigkeiten an seinem eigenen Leibe spürt, in der Justiz nichts anderes zu erkennen vermag, als die Dienerin der herrschenden Klasse?

Der Militarismus.

Soziales Elend und Militarismus sind die charakteristischen Signaturen unseres Kulturlebens.

Die charakteristische Signatur unserer Kulturstaaten ist neben dem sozialen Elend breiter Volksschichten das System des Militarismus. Der Zusammenhang des sozialen Elends mit dem Kapitalismus kann nicht mehr angezweifelt werden; mit zwingender Gewalt fängt diese Grundanschauung der Sozialdemokratie auch schon in den Kreisen der Bourgeoisie an, sich Eingang zu verschaffen. Der Zusammenhang des Militarismus mit dem Kapitalismus dagegen ist nicht so einfacher Natur und scheint auf den ersten, flüchtigen Blick überhaupt nicht vorhanden.

Allgemeine Wehrpflicht.

Das System des Militarismus nahm seinen Ausgang zur Zeit der Napoleonischen Kriege, als insbesondere in Preußen an die Stelle der alten Werbetruppen durch Einführung der allgemeinen Dienstpflicht das Volksheer trat. Während es früher der Sold gewesen, welcher die Armeen zusammenhielt, und das Kriegerhandwerk ein Gewerbe so gut wie das Fleischerhandwerk war, wurde nunmehr als zusammenhaltendes Band der Begriff „Vaterland" eingeführt, der in den Befreiungskriegen 1813/15, als der deutsche Chauvinismus sich zu entwickeln begann, wahre Wunder an Erfolgen verrichtete. Es kann naturgemäß hier nicht unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, ob die Begeisterung für die Freiheitskriege der Könige, die sich unter dem Napoleonischen Joche recht unbehaglich fühlten, berechtigt gewesen oder nicht. Auf der einen Seite die Reaktion, unmittelbar nachdem die deutschen Fürsten sich ihre Unabhängigkeit durch das Blut ihrer Unterthanen erkauft hatten, die Vorzüge der einheitlichen Napoleonischen Gesetzgebung gegenüber den zerfahrenen Rechtsverhältnissen Deutschlands auf der anderen Seite 2c. 2c., lassen uns jedoch diese „Berechtigung" in recht problematischem Lichte

erscheinen; — aber darauf kommt es hier garnicht an. Das System der allgemeinen Wehrpflicht hatte sich in den Freiheitskriegen ausgezeichnet bewährt und die preußischen Einrichtungen wurden bald vorbildlich für die gesammten Kulturstaaten, von denen — wenn wir von den exotischen Staaten absehen — nur England und die Vereinigten Staaten von Amerika eine Ausnahme machten. —

Nach diesem System ist jeder waffenfähige Mann zum Militärdienst verpflichtet. An sich läßt sich dagegen durchaus nichts einwenden; es gewährt der heimischen Kultur einen kräftigen und wirksamen Schutz gegenüber dem Ansturm fremdländischer Eroberungssucht — und wir wollen, um allen Schwierigkeiten der Betrachtungsweise aus dem Wege zu gehen, die Berechtigung dieses Systems selbst in dem Falle anerkennen, wo es sich, wie bei Elsaß-Lothringen z. B. um ein streitiges Gebiet zwischen zwei Nationen handelt, die sich in Bezug auf ihren Kulturstandpunkt durchaus nichts nachgeben.

Der Militarismus im Zusammenhange mit dem Kapitalismus.

Aber — und das bringt uns sogleich dem Wesen des Militarismus näher — die modernen Staaten stehen sich heute nicht mehr als isolirte Kulturgemeinschaften gegenüber, sondern als Interessenverbände der Gesellschaft, als deren Blüthe sich die Kapitalisten selbst betrachten. — Die *nationalen* Gegensätze der verschiedenen Staaten sind heute ausschließlich *soziale* Gegensätze der verschiedenen Bourgeoiskreise. Wie im Mittelalter jede Kommune sich mit einem wirthschaftlichen Bannkreise umgab, der von einer Nachbarkommune nicht verletzt werden durfte, wie innerhalb der Kommune die einzelnen Zünfte sich in wirthschaftliche Interessenkreise streng voneinander schieden — so verhält es sich heute mit den nationalen Bourgeoiskoterien. Die rapide technische Entwickelung zu Beginn unseres Jahrhunderts sprengte mit Naturnothwendigkeit die Schranken der Zünfte, verbreiterte die Interessengemeinschaft der Besitzenden, des jungen Kapitalismus, indem er die modernen Staaten entstehen ließ. Schon das System der Zollschranken gegen fremde Interessengemeinschaften kennzeichnet die Staaten als Verbände im Sinne der alten Zunftverbände, der mittelalterlichen Städte. Der möglichst phantastisch aufgeputzte Begriff des Vaterlandes, der dem Volke von den Besitzenden durch alle Mittel der Kunst, der Literatur, des Wortschwalles suggerirt wurde, den sich das Volk, indem es sich an der Erinnerung ruhmreicher Thaten seiner Stammesgenossen berauschte, selbst suggerirte, ändert an dieser Thatsache nicht das Mindeste. Und daß für die Bildung solcher staatlichen Interessenverbände nicht einmal die Einheit der Stammesverwandtschaft gewahrt zu sein braucht, beweist deutlich die schweizerische Eidgenossenschaft, welche die heterogensten Völkerelemente mit vier verschiedenen Sprachen (deutsch, französisch, italienisch, rhäto-romanisch) ebenso innig verbindet, als die französische Nation ihre relativ homogene Bevölkerung. —

Ohne äußerlich sichtbare Macht, welche im Falle des Konfliktes dem eigenen Willen eventuell mit Gewalt fremden Interessensphären gegenüber Nachdruck zu verleihen im Stande ist, wäre jeder Staat natürlich nur eine Sinekure, ein Spott der fremden Staaten. Die Macht muß zum Mindesten markirt sein, wenn sie auch sonst latent ist. Aber ein wesentlicher Unterschied gegenüber den in ähnlicher Lage befindlichen Städten des Mittelalters besteht doch heute bei den verschiedenen Staaten. Der Bürger der Stadt schützte sein eigen Hab und Gut, wenn ihn die Sturmglocke auf die Wallmauer rief, und die Waffenleistung war geboten durch den Stand der Nothwehr, war erzwungen durch den Selbsterhaltungstrieb; jeder einzelne Bürger, Meister wie Geselle, hatte ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung seiner Kommune. In der Gegenwart jedoch ist die Situation eine durchaus veränderte. Ein Interesse an der Aufrechterhaltung der staatlichen Gemeinschaft haben nur die Besitzenden, dem Besitzlosen verschlägt es nicht das Geringste, ob er seine Arbeitskraft dem stammesverwandten oder dem stammesfremden Kapital zur Ausbeutung überliefert, ausgebeutet wird er auf jeden Fall; und da in Deutschland z. B. das Verhältniß der Ausbeuter zu den Ausbeutenden etwa gleich 10 : 90 ist, so erhellt ohne Weiteres, daß ein wesentliches Interesse nur der Besitz an der Aufrechterhaltung staatlicher Gemeinschaften nehmen kann — die bezügliche Staats*form*, ob Monarchie oder Republik, ändert daran nicht das Mindeste, sondern markirt nur eine bestimmte Geschmacksrichtung der Besitzenden. — Nun argumentirt ja der Besitz in der bekannten Weise, daß, wenn *sein* Interesse gewahrt ist, auch das Interesse des Volkes am besten gefördert werde, ein Schluß, dessen Zirkelgang wir an verschiedenen Stellen bereits aufgedeckt haben. — Aber, und dadurch wird unsere Behauptung, daß die Staaten nur Interessengemeinschaften der Besitzenden sind, auf das Evidenteste bewiesen: sowie der Besitz eine gewisse Größe übersteigt und im Inlande nicht mehr erfolgreich genug fruktifizirt werden kann, empfindet er selbst die Schranken der Staaten als hinderlich, er geht aus dem Vaterlande hinaus und wird Konkurrent auf dem Weltmarkte, auf diese Weise selbst den Unterboden der nationalen Interessengemeinschaften auf das wirksamste unterminirend. Internationale Kartelle und Monopole lösen den chauvinistischen Gedanken des Vaterlandes ab — und das international gewordene Kapital konspirirt skrupellos gegen sein eigenes Heimathsland. Der Engländer verkauft Pulver und Gewehre an die Feinde Englands, Krupp und Baare liefern Schienen an das Ausland zu einem Preise, den sie vom „Vaterland" mit Entrüstung von der Hand weisen würden. Und wenn es einmal zum Kriege mit Rußland kommt, wird gar mancher deutsche Soldat mit Krupp'schen Kanonen niederkartätscht werden. Wir setzen uns natürlich nicht auf das hohe Pferd der sittlichen Entrüstung über

diesen „Vaterlandsverrath", denn wir erblicken in diesem Vorgehen des Kapitalismus nur denselben Entwickelungsvorgang, wie in der Staatenbildung selbst, wir protestiren nur gegen die Heuchelei auf der einen Seite, nur im kapitalistischen Interesse zu handeln und zu wirken, auf der anderen Seite dagegen diejenigen des Hoch- und Landesverrathes zu bezichtigen — und was schlimmer ist, sie dafür zu züchtigen, — die sich lediglich mit denselben Mitteln ihrer Haut wehren, mit welchen sie angegriffen werden. —

Jedenfalls aber steht in der Gegenwart immer noch die staatliche Interessengemeinschaft im Vordergrunde, welche zu schützen die Besitzenden als eine gemeinsame Pflicht des ganzen Volkes statuiren. Das Mittel hierzu ist die aus der Volkskraft gezogene und von ihr getragene Militärmacht, der Militarismus — eine Institution, an deren Erhaltung, wie wir gesehen, lediglich der Kapitalismus Interesse hat, auf dessen Konservirung er ängstlich bedacht ist, die seine stärkste Schutzwehr bildet und demnach als kapitalistische Institution par excellence aufzufassen ist. —

Gewißlich kam zunächst der Schutz gegen äußere Feinde der Interessenwirthschaft in Betracht; aber je mehr sich die Besitzverhältnisse der einzelnen Bevölkerungsklassen gegeneinander verschoben, destomehr wurde auch die Militärmacht zum wirksamen Schutz für die eigenen Reservatrechte gegenüber dem besitzlosen Proletariat. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß der Besitz alle diejenigen Institutionen, die ganze Gesellschaftsordnung, welche ihn auf seine Machtstellung emporhob, als von Gott gewollte Ordnung hinstellte, die im Interesse der Gesammtheit geschützt werden müßte, und es liegt weiter in der Natur der Dinge, daß die Enterbten der Nation einen dauernden Ansturm gegen die Sonderrechte der Besitzenden riskiren, um eine gerechtere Vertheilung der Pflichten und Lasten herbeizuführen. —

Wie die Dinge heute liegen, ist der Zweck des Militarismus weit mehr gegen die inneren als gegen die äußeren Feinde hin gerichtet, denn die Interessen des inländischen und ausländischen Kapitals sind einander näher verwandt als die Interessen verschiedener Bevölkerungsklassen innerhalb desselben Stammes.

Das Proletariat hat die Hauptlasten des Militarismus zu tragen.

Wir werden nunmehr den Militarismus von zwei Seiten aus zu betrachten haben. Einmal, wie der Kapitalismus die Lasten für den Militarismus, sowohl den Blutzins, als auch die Erhaltungskosten, von sich selbst auf das Proletariat abwälzt, und wie weiterhin der Militarismus als ein fressendes Geschwür am staatlichen Leben aufzufassen ist, das dessen Bestand mit Nothwendigkeit selbst negiren muß.

Der Blutzins des Proletariats.

Was die Lasten des Militarismus anbetrifft, so kann man sich schon aus der budgetmäßigen Kopfstärke der deutschen Armee und Marine ein Bild davon machen. Dieselbe betrug:

	Armee		Marine
	Mannsch. u. Offiz.	Dienstpferde	Mannsch. u. Offiz.
1873/81	422589	79893	11755
1881/87	449 239/335	81 398/773	12015/14682
1887/91	49 1825/2246	84072/88302	15244/16521
1891/92	511657	93908	17083

Diese gewaltige Zahl im kräftigsten Mannesalter stehender Personen, von denen mehr als 90 Prozent aus dem Proletariate entstammen, wird der Produktion dauernd entzogen. Nun ist ja das an sich kein Unglück, denn es wird dadurch die Vergrößerung der industriellen Reservearmee um eine entsprechende Zahl hintenangehalten. Aber nicht darin, daß diese halbe Million Menschen keine produktive Arbeit leistet, beruht die volkswirthschaftliche Gefahr, sondern darin, daß sie als Drohnen von der produktiven Arbeit Anderer erhalten werden müssen. Die Erhaltung des stehenden Heeres gehört eben in der *kapitalistischen Gesellschaft* mit zu den nothwendigen Unkosten der Produktion und ist etwa der Amortisationsquote von Maschinen und Werkzeugen zu vergleichen; oder vielmehr der Militarismus ist, wie wir oben gesehen haben, unter der kapitalistischen Produktionsweise eine ebenso nothwendige Institution, wie es die eisernen Geldschränke und andere zum Schutze des Eigenthums dienenden Einrichtungen sind, die aus der Mehrwerthleistung der Arbeiter gedeckt werden. Die Arbeiter müssen indirekt und direkt durch produktive Arbeit die Kosten für den Militarismus aufbringen. Das müssen sie freilich bei der Abnutzungsquote der Maschinen ebenfalls thun, aber da diese nothwendig in den Werthbildungsprozeß mit hineingehört, kommt dieser Betrag nicht zu dem Mehrwerth als Zuschlag hinzu, während der Militarismus und andere Schutzvorrichtungen ruhig in Fortfall kommen könnten (man denke nur an die Vereinigten Staaten), ohne daß an der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit das geringste geändert würde.

Ehe wir jedoch auf die Größe der Erhaltungskosten für den Militarismus eingehen, müssen wir seine Bedeutung als Blutzins näher betrachten.

Die Armeen müssen mit Nothwendigkeit progressiv an Umfang zunehmen.

Der Umstand, daß der Militarismus zum Schutz gegen innere und äußere Feinde dient, bringt es allein schon mit sich, daß die Armeen in allen Kulturstaaten dauernd an Umfang zunehmen. Schon während des Friedens müssen alle Armeen miteinander gleichen Schritt zu halten suchen, um nicht von vornherein durch den Anschein der Schwäche zum wirklich schwächeren Theile zu werden. Das muß einen Wettkampf der Nationen untereinander

hervorbringen, der erst seine Grenze an der völligen Erschöpfung der Volkskraft findet. Und dazu eilen die Nationen mit progressiver Geschwindigkeit dieser Grenze zu, indem der Militarismus selbst degenerirend auf die Volkskraft — zunächst nur die physische Seite dieser betrachtet — einwirkt. Wie groß diese Gefahr der degenerirenden Einwirkung ist, hat Häckel in seiner natürlichen Schöpfungsgeschichte sehr anschaulich dargestellt; indem er darüber sagt:[15])

Wie der Militarismus degenerirend auf die Volkskraft einwirkt.

„Bekanntlich tritt gerade in der neuesten Zeit das moderne Soldatenleben mehr als je in den Vordergrund des sogenannten „Kulturlebens"; die ganze Kraft und der ganze Reichthum blühender Kulturstaaten wird für seine Ausbildung verwendet. Die Jugenderziehung dagegen und der öffentliche Unterricht, die tiefen Grundlagen der wahren Volkswohlfahrt und der humanen Veredelung werden in der bedauerlichsten Weise vernachlässigt und zum großen Theil Priestern überlassen, welche statt der wahren Naturerkenntniß den blinden Aberglauben zur Grundlage der sogenannten Bildung machen. Und das geschieht in Staaten, welche sich einbilden, die bevorzugten Träger der höchsten menschlichen Intelligenz zu sein und an der Spitze der Zivilisation zu stehen! Um das stehende Heer möglichst zu vergrößern, werden jährlich alle gesunden und starken jungen Männer durch strenge Rekrutirung ausgelesen. Je kräftiger, je gesünder, je normaler der Jüngling ist, desto größer ist für ihn die Aussicht, durch Zündnadeln, gezogene Kanonen und andere dergleichen Kulturinstrumente getödtet zu werden. Alle kranken, schwächlichen, oder mit Gebrechen behafteten Jünglinge dagegen werden von der „militärischen Selektion" verschont, bleiben während des Krieges zu Hause, heirathen und pflanzen sich fort. Je untauglicher, schwächlicher und verkümmerter der Jüngling ist, desto größere Aussicht hat er, der Rekrutirung zu entgehen und eine Familie zu gründen. Während die kräftige Jugend auf dem Schlachtfelde verblutet, genießt inzwischen der untaugliche Ausschuß die Genugthuung, sich fortzupflanzen und alle seine Schwächen und Gebrechen auf die Nachkommenschaft zu vererben. Nach den Vererbungsgesetzen muß aber nothwendig infolgedessen bei jeder folgenden Generation nicht allein eine weitere Verbreitung, sondern auch eine tiefere Ausbildung der körperlichen und des davon untrennbaren geistigen Schwächezustandes eintreten. Durch diese und durch andere Formen der künstlichen Züchtung in unseren Kulturstaaten (die gesammte kapitalistische Produktionsweise; d. Hgb.) erklärt sich hinreichend die traurige Thatsache, daß in Wirklichkeit die Körperschwäche und Charakterschwäche unserer Kulturnationen in beständiger Zunahme

[15]) Häckel, natürliche Schöpfungsgeschichte. V. Auflage. Berlin 1874. Georg Reimer. Seite 153 f. — Dieser Passus ist aus den neueren Auflagen weggeblieben, recht bezeichnend für die Liebedienerei deutscher Professoren.

begriffen ist und mit dem starken, gesunden Körper auch der freie, unabhängige Geist immer seltener wird."

Wenn sich Häckel in dieser entschiedenen Weise gegen den Militarismus nur des Krieges wegen ausspricht, so haben seine Ausführungen doch ganz allgemeine Bedeutung, denn durch den Militarismus wird die Kriegsgefahr latent und so werden auch im Frieden schon dieselben Wirkungen eintreten, wenn auch nicht in so handgreiflicher Form, wie durch den Krieg selbst. — In der That sind wir denn auch bereits auf dem Punkt angelangt, wo nicht blos „die ganze Kraft und der ganze Reichthum der Kulturstaaten" für den Militarismus aufgewandt wird, sondern die Kraft der Völker bereits weit überspannt ist. — Der Blutzins, den das Volk, das Proletariat, für den Militarismus zu leisten hat, wird von Jahr zu Jahr immer größer. — Immer neue Rüstungen, immer neue Aushebungen sind die Signatur unserer Zeit. Gleichzeitig aber wird der Blutzins auch immer drückender. Die physische Volkskraft ist im Sinken, wie aus der Thatsache hervorgeht, daß die Mindestansprüche an die Rekruten immer weiter herabgesetzt werden; aber anstatt daß gleichzeitig hiermit die Anforderungen des Militärdienstes an den Einzelnen sich verringerten, steigern sie sich noch von Jahr zu Jahr und wirken mit doppelter Schwere auf das an sich schon schwächere Individuum. Die Schlange beißt sich bereits in den Schwanz und fängt von hinten an sich selbst aufzufressen.

Der Blutzins des Militarismus wird immer drückender.

Aber mehr noch als aus diesen Ausführungen geht aus den Ansprüchen des Militarismus an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes hervor, daß dessen Kraft erschöpft ist.

Ansprüche des Militarismus an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes.

Beinahe 76 Prozent der gesammten Staatsausgaben werden für den Militarismus verwandt. Mit jeder der erstgenannten Vermehrung der stehenden Armee geht natürlich sofort eine Erhöhung des fortlaufenden Aufwandes für die Armee parallel. Seit 1884, wo die deutsche Kolonialpolitik ihre unheilvollen Schlagschatten zu werfen begann, vermehrte sich auch der Marineetat ganz erheblich.

Die einmaligen Ausgaben, die in den ersten Jahren nach dem französischen Kriege durch Ergänzungskosten begründet sind, zeigen seit 1887 eine ungeheure sprungweise Vermehrung. Ganz erklärlich, mit der Fortentwickelung der Technik entwickelt sich auch die Kriegstechnik in rapider Weise. Jede neue Erfindung, bald sind es neue Gewehre — seit 1871 vier verschiedene Modelle — bald ist es rauchschwaches Pulver, welches die Kriegstüchtigkeit der Armeen von Grund aus umgestaltet. Kein Staat darf hinter dem anderen zurückbleiben, wenn er nicht seinen eigenen Bestand gefährden will. So wie der eine Staat eine neue Verbesserung der Kriegswaffen einführt, müssen sämmtliche anderen Staaten auf dem Fuße nachfolgen, und ihr Kriegsmaterial zum alten Eisen werfen, noch ehe es auf seine Brauchbarkeit im Ernstfalle erprobt ist. Bei solchen

Ansprüchen reichen natürlich die regulären Einnahmen der Staaten nicht mehr aus, gleichzeitig aber würde es mit dem Prinzip der besitzenden Klassen in diametralem Widerspruch stehen, wollten diese durch vermehrte Selbstbesteuerung selbst das Manquo decken. Die Lasten müssen vielmehr auf diejenigen Klassen abgewälzt werden, welche mit ihren Leibern bereits die Armeen formiren. Wie das gemacht wird, haben wir schon früher bei Besprechung des Wesens der indirekten Steuern gezeigt. — Im Einzelnen betrugen die Ausgaben für Militär und Marine in Deutschland in Millionen Mark

	Laufende Ausgaben				Einmalige Ausgaben		Summa*)	Ausgaben des Reiches überhaupt*)
	Armee	Marine	Pensionen	Invaliden-Fonds	Armee	Marine		
1872	267	15	21	28	68	16	415	448
1873	259	8	21	28	48	18	382	403
1874	270	16	20	26	40	20	392	413
1875	318	18	20	29	46	31	462	508
1876/77 (5/4 Jahr)	405	24	25	36	51	17	558	634
1877/78	320	21	16	33	55	39	484	560
1878/79	319	23	17	33	62	39	493	567
1879/80	315	23	17	32	46	20	453	542
1880/81	327	25	18	31	43	15	459	547
1881/82	344	27	18	30	52	11	482	610
1882/83	342	26	19	30	29	11	457	603
1883/84	337	27	19	29	27	12	451	587
1884/85	339	32	20	28	29	16	464	615
1885/86	338	37	21	27	33	15	471	638
1886/87	342	36	23	27	54	14	496	694
1887/88	359	39	25	27	169	13	632	877
1888/89	363	37	28	26	188	14	656	1020
1889/90	378	39	34	26	163	16	656	1111
1890/91 (Etat)	387	38	37	26	297	42	827	1260
1891/92 (Etat)	413	42	40	25	64	41	625	1107
Zusammen							10315	13744

*) Ohne die Ausgaben infolge des Krieges gegen Frankreich.

Von 1872 bis 1892 sind die Staatseinnahmen aus den indirekten Steuern und Zöllen in der ungeheuren Höhe von 7253*) Millionen Mark vollständig für die Zwecke des Militarismus aufgebraucht worden, aber auch die französischen Milliarden sind bereits in dem unversiegbaren Brunnen versunken, ohne daß ein anderes Ziel erreicht worden wäre, als daß die Staatsüberschüsse, die

Die Ausgaben für den Militarismus werden durch Zölle und Anleihen — also in erster Linie durch das Proletariat — gedeckt.

1872	noch 11,6	Millionen	Mark
1873	„ 63,1	„	„
1874	„ 2,4	„	„

betrugen, seit 1875 in ein unheilbares Defizit umschlugen. Seit dieser Zeit schreibt sich die unheilvolle Finanzpolitik des Reiches her, die nur auf Erfindung immer neuer und immer höherer Zölle hinausläuft. Aber selbst diese reichen nicht mehr aus, um den Moloch Militarismus zu befriedigen und das Reich griff zu dem Auskunftsmittel aller Staaten, zum Schuldenmachen, um sein negatives Vermögen mit Kanonen und Soldaten bewachen zu lassen. Als Entgelt für die Chimäre der Einheit des Reiches wurden die Bürger der Einzelstaaten nunmehr nicht blos zur Deckung der einzelstaatlichen Defizits, sondern auch der Schulden des Reiches herangezogen.

Das Jahr 1876/77 setzte mit einer Reichsanleihe von 16 Millionen Mark ein, und bis 1891/92 waren die Staatsschulden bereits auf 1502**) Millionen Mark angewachsen, so daß nunmehr auch eine regelmäßige Ausgabe von 53,86 Millionen Mark als jährliche Zinsen aus den Steuern und Zöllen zu decken ist. Aus den Zinsen aber werden Zinseszinsen, und neue Anleihen müssen aufgenommen werden, weil die budgetmäßigen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben inkl. Zinsen nicht mehr ausreichen.

Ohne indirekte Steuern und Zölle würde dieser luftige Bau bald zusammenbrechen, aber so lange das Volk, das Proletariat, noch 70 Prozent der gesammten Staatseinkünfte selbst aufzubringen

*) Es betrugen nämlich die Einnahmen:

1872	ℳ 169 123 000	1878/79	ℳ 241 718 000	1885/86	ℳ 368 945 000
1873	„ 253 517 000	1879/80	„ 282 135 000	1886/87	„ 388 299 000
1874	„ 252 650 000	1880/81	„ 294 202 000	1887/88	„ 417 289 000
1875	„ 252 718 000	1881/82	„ 367 896 000	1888/89	„ 507 385 000
1876/77	„ 311 098 000	1882/83	„ 362 116 000	1889/90	„ 629 366 000
(5 Quartale)		1883/84	„ 355 051 000	1890/91	„ 567 678 000
1877/78	ℳ 243 851 000	1884/85	„ 375 029 000	1891/92	„ 613 260 000

**) Die deutsche Staatsschuld betrug seit 1876/77 in den einzelnen Jahren:

1876/77	16	Millionen	Mark	1884/85	410	Millionen	Mark
1877/78	72	„	„	1885/86	440	„	„
1878/79	139	„	„	1886/87	486	„	„
1879/80	218	„	„	1887/88	721	„	„
1880/81	267	„	„	1888/89	884	„	„
1881/82	319	„	„	1889/90	1118	„	„
1882/83	348	„	„	1890/91	1444	„	„
1883/84	373	„	„	1891/92	1502	„	„

hat (vergl. pag. 207), empfindet das Kapital noch nichts von dem Wanken des Staatsgebäudes.

Die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit ist bereits überschritten.

Aber auch hier ist die Grenze bereits überschritten. Die Unterkonsumtion des Proletariates ist eine chronische geworden, die durch die Lebensmittelzölle immer mehr vertheuerten Nahrungsmittel erlauben ihm schon nicht mehr eine völlige Sättigung am Brote allein (vergl. pag. 67). Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes ist erschöpft — daß durch eine dauernde Unterkonsumtion auch die physische Grenze für den Militarismus rapide in die Höhe geschnellt wird, sei nur nebenbei noch einmal hervorgehoben — das führt zum Ruin, zum Staatsbankerott. —

Wie sehr jedoch die Staatsschulden in das Wesen des kapitalistischen Staates hineingehören und zu einer Hauptquelle der Akkumulation des unproduktiven Kapitals werden, soll später gezeigt werden. —

Und derselbe Vorgang wiederholt sich in allen Staaten, bis der schwächste Staat endlich, wenn seine Leistungsfähigkeit in dem internationalen steeple chase erreicht ist, durch das va banque eines vom Zaune gebrochenen Krieges dem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen suchen wird. —

So erzeugt, wie oben bereits angedeutet, der Militarismus mit Nothwendigkeit selbst das labile Gleichgewicht zwischen den einzelnen Staaten, das sofort gestört wird, wenn einer der auf Bajonettspitzen balanzirenden Nationen der Athem ausgeht. —

Aufwand der Staaten des Kontinentes für den Militarismus.

Wir hatten unser Augenmerk zunächst nur auf Deutschland gelenkt und aus den angeführten Zahlen den Schluß gezogen, daß die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bereits bis auf seine äußerste Grenze angespannt ist. Folgende kleine Gegenüberstellung der entsprechenden Zahlen der Länder Europas zeigt, wie auch die anderen Staaten unter der Last des Militarismus seufzen. Nach der Meinung der großen Diplomatie kann man allerdings den Frieden nur bewahren, wenn man für den Krieg gerüstet ist; ein eigenthümliches Ding von Frieden, der durch mit Kanonen gespickte Festungen, durch bis unter die Zähne bewaffnete Krieger, durch Zollrepressalien der Staaten untereinander, durch Ueberlieferung der großen Masse des Volkes zum denkbar niedrigsten standart of life gekennzeichnet ist! Aber man hat sich nun einmal daran gewöhnt, das Ding Frieden zu nennen — (ob es nicht besser wäre, Tausende würden den raschen Tod im Felde sterben, als daß sie dem langsamen Verhungern anheimgegeben werden?) so daß wir diese Bezeichnung schon beibehalten müssen. Was kostet nun alljährlich Europa der Friede? — Um die Zahlen recht anschaulich zu machen, setzen wir neben die Friedensunkosten gleich die Schuldenlasten der einzelnen Staaten.

Land	Kriegs- und Marine-Budget Franken	Staatsschulden Franken
Deutschland	820 000 000	1 397 500 000
Großbritannien (ausschließlich Kolonien)	738 419 642	17 809 979 560
Frankreich	927 238 547	28 000 000 000
Oesterreich	301 213 960	10 280 047 245
Ungarn	200 000 000	3 745 176 050
Rußland	1 044 939 468	22 524 469 900
Italien	403 887 140	11 240 936 860
Spanien	184 172 693	6 275 268 482
Portugal	39 515 923	2 991 155 941
Schweden	40 065 750	372 506 625
Norwegen	12 807 000	138 384 000
Belgien	46 834 732	1 923 118 174
Niederlande	74 152 303	2 313 083 430
Griechenland	23 267 824	623 883 288
Dänemark	23 610 161	290 360 940
Türkei	155 550 000	2 714 149 365
Bulgarien	23 281 584	76 545 626
Montenegro	500 000	2 125 000
Rumänien	34 394 270	851 412 554
Serbien	9 646 104	280 000 000
Schweiz	42 490 806	30 572 000
Zusammen:	5 146 773 753	113 880 675 040

Welche humanitären Einrichtungen könnten mit dieser ungeheuren Summe von 5147 Millionen Franken jährlich gefördert werden, ohne daß die Staaten mit Schuldenlasten überhäuft würden. Wie wirksam könnte die Hygieine — einschließlich des Arbeiterschutzes — ausgestattet werden, welchen gewaltigen Umfang könnte die Volksbildung nehmen, und welche eminente kulturfördernde Aufgabe könnte sie erfüllen, wenn ihr diese Summen zur Verfügung ständen! Freilich wäre es ja nach einem Ausspruche Caprivi's den Regierungen und mit diesen den Besitzenden im Allgemeinen lieber, wenn die Soldaten (lies auch Arbeiter) überhaupt nicht lesen könnten, als daß sie sozialdemokratische Zeitungen lesen. Das ist übrigens nur konsequent gedacht, denn wir haben früher (pag. 212 ff.) auseinandergesetzt, wie es im Interesse des Kapitalismus liegt, nur ein ganz bestimmtes, und ein ja nicht zu hohes Quantum von Bildung an das Volk zu verzapfen, damit es nicht zum selbstständigen Denken gelange. Die größte Gefahr für die Gesellschaft wäre es, wenn die Sklaven einmal ihre Herren zählen würden — darum dürfen sie überhaupt erst nicht zählen lernen.

Vergleich zwischen Aufwand für Militarismus und für Volksbildung. — Größe der stehenden Heere 2c.

Weit wichtiger, als das Volk an den Gütern der Kultur theilnehmen zu lassen, erscheint dem Kapitalismus die Schaffung einer wirksamen Fuchtel in der Gestalt des Militarismus. Und da dieser Gedankengang des Kapitalismus durchaus international ist, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn in allen Kulturstaaten der Aufwand für die Volksbildung hinter dem Aufwand für das Heer weit zurückbleibt.

Die folgende Zusammenstellung wird dies verdeutlichen.

Nach einem Artikel „le declin de l'Europe“ in der „Revue liberale“ betrug in

Deutschland, mit 49½ Mill. Einwohnern 1891 (seit 1820 sind 5½ Mill. ausgewandert), der Aufwand

für Heer 658 Mill. Mark
„ Flotte 80 „ „

Budget 1891/92 738 Mill. Mark

für Erziehung und Unterricht exkl. Universitäten 60,5 Mill. Mark.

Armee: Friedensstärke 512 000 Mann, 94 000 Pferde
Kriegsstärke 2 393 000 Mann
inkl. Landsturm 4 900 000 Mann (jeder Zehnte!).

Flotte: 78 Schiffe, 533 Kanonen, 17 000 Mann.

Oesterreich-Ungarn, mit 41 Mill. Einwohnern 1890, der Aufwand

für Heer 235 Mill. Mark
„ Flotte 23 „ „

Budget 1891 258 Mill. Mark

für Erziehung und Unterricht 25 Mill. Mark.

Armee: Friedensstärke 355 000 Mann,, 67 000 Pferde
Kriegsstärke 1 818 000 Mann, 274 000 Pferde

Flotte: 129 Schiffe, 472 Kanonen, 11 500 Mann.

Italien, mit 31 Mill. Einwohnern 1890, der Aufwand

für Heer 262 Mill. Mark
„ Flotte 97¼ „ „

Budget 1890/91 359¼ Mill. Mark

für Erziehung und Unterricht 16 Mill. Mark.

Armee: Friedensstärke 262 500 Mann
Kriegsstärke 2 852 000 Mann

Flotte: 252 Schiffe, 628 Kanonen, 20 429 Mann.

Frankreich, mit 39 Mill. Einwohnern 1891, der Aufwand

für Heer 442,4 Mill. Mark
„ Flotte 162,4 „ „

Budget 1890/91 604,8 Mill. Mark

für Erziehung und Unterricht 83,5 Mill. Mark.

Armee: Friedensstärke 558 000 Mann
Kriegsstärke 4 190 000 Mann, 143 000 Pferde.
Flotte: 398 Schiffe (49 im Bau), 43 000 Mann Bemannung,
25 000 Seesoldaten.

Rußland, mit 113 Mill. Einwohnern 1890, der Aufwand
für Heer 666 Mill. Mark
„ Flotte 117 „ „
Budget 1890 837 Mill. Mark
(inkl. Aufwand für Finnland: 7 Mill. Mk., für Diverses 27 Mill. Mk.)
für Erziehung und Unterricht 69 Mill. Mark.
Armee: Friedensstärke 797 000 Mann, 153 000 Pferde
Kriegsstärke 2 392 000 Mann
mit Reserve und Landsturm 5 510 000 Mann, 830 000 Pferde.
Flotte: 397 Schiffe (ohne die im Bau befindlichen), 30 500 Mann Besatzung.

England, mit 38½ Mill. Einwohnern 1890, der Aufwand
für Heer und Flotte 624 Mill. Mark (Budget 1890/91)
für Erziehung und Unterricht 94½ Mill. Mark.
Armee: Miliz 150 239 Mann
Freiwillige 258 736 Mann
indische Armee 127 810 Mann
Flotte: 740 Schiffe, 1521 Kanonen, 94 859 Mann.

Spanien, mit 17½ Mill. Einwohnern 1889, der Aufwand
für Heer 115 Mill. Mark
„ Flotte 25¾ „ „
Budget 1890 140¾ Mill. Mark
für Erziehung und Unterricht 6 Mill. Mark.
Armee: Friedensstärke 119 000 Mann, 18 500 Pferde
Kriegsstärke 805 000 Mann, exkl. Kolonialtruppen
Flotte: 109 Schiffe, 254 Kanonen, 7900 Mann Bemannung,
11 400 Seesoldaten.

Die Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus zeigt sich auch am Militarismus.

In Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Rußland, England, Spanien werden also für Zwecke des Menschenmordes jährlich rund 3560 Millionen Mark aufgewandt, während für die Erhaltung des höchsten Gutes der Kultur, der Volksbildung, nur 354,5 Millionen Mark, oder nur etwa der zehnte Theil zur Verfügung steht. Schärfer kann sich die Kulturfeindlichkeit des Kapitalismus nicht manifestiren, als durch diese stummen, aber doch so laut redenden Zahlen.

Und das ist nicht blos cum grano salis, sondern wortwörtlich zu nehmen. Der Militarismus zehrt an der Bildung, an der Kultur selbst der Bessersituirten, seitdem der Offizier in den Mittelpunkt

der Gesellschaft hineingestellt wurde, sein rother Kragen als ein besserer Schmuck galt als wissenschaftliche oder ästhetische Bildung. Nicht die Vervollkommnung wissenschaftlicher Ausbildung, sondern die Qualifikation zum Offizier — und wenn es auch nur zum Reserveoffizier sei — gilt der studirenden Jugend als Endziel. Die Konsequenzen hieraus, die sich von Tag zu Tage in immer schärferer Ausbildung zeigen, sind leicht zu erkennen. Der Geburtsadel hat an Bedeutung verloren, an seiner Stelle aber ist in der Institution des Offizierkorps eine neue Kaste entstanden, die, in der bürgerlichen Gesellschaft stehend, von dieser getragen und ernährt, sich doch einen Vorrang über diese anmaßt.

Die Bedeutung des Offiziers für das gesellschaftliche Leben.

Freilich ist dieser eigenthümliche Zug, der durch die heutige Gesellschaft geht, nicht von demselben internationalen Charakter, wie die Mehrzahl der übrigen modernen Bestrebungen, die darauf hinzielen, den Unterschied zwischen den „oberen Zehntausend" und dem übrigen Volke immermehr zu vergrößern, sondern ist eine spezifisch deutsche Eigenthümlichkeit, die sich erst mit den fünfziger Jahren und in hervorragender Weise seit dem letzten siegreichen Kriege herschreibt. Dieses Bestreben, das in der Errichtung einer privilegirten, nach außen hin abgeschlossenen Kaste zum Ausdrucke kommt, geht Hand in Hand mit einer anderen ebenfalls spezifisch deutschen Eigenthümlichkeit, nämlich dem Streben des deutschen Bürgers nach einem Staatsamt. Diese Sucht, in eine von der Regierung abhängige Stellung zu gelangen, muß nothwendigerweise ein Streberthum hervorbringen, wie es nirgends widerwärtiger als in Deutschland zum Ausdruck kommt. Als völlig logische Konsequenz ergiebt sich dann natürlich das Aufgeben der eigenen persönlichen Ansicht, womit seinerseits der Verfall jeder unabhängigen, öffentlichen Meinung verknüpft ist — der, wie es der Fall Limburg-Stirum zeigt, sogar von der Regierung als einzig staatserhaltend angesehen wird.

Von bedeutendem Einfluß auf diese Gestaltung der öffentlichen Zustände ist die Einführung einer unter militärischer Organisation stehenden Macht in die Kreise der Staatsbeamten. Der aktiv gewesene Offizier wird nach Quittirung seines Dienstes für die verschiedensten Verwaltungsstellen als die geeignetste Persönlichkeit erachtet; — für subalterne Beamtenstellen kommen zunächst nur ausgediente Unteroffiziere — die „auf Zivilversorgung gedient" hatten — in Betracht. Die Qualifikation zum Reserveoffizier wird für gewisse Verwaltungszweige, wie z. B. bei der Steuer — bei der im Allgemeinen eine höhere Schulbildung vorausgesetzt wird, als sie der aktive Offizier genossen hat — als unerläßliche Aufnahme-Bedingung erachtet. In allen von der Regierung abhängigen Institutionen wird der Reserveoffizier, und zwar unter Berücksichtigung des militärischen Ranges, bevorzugt. Folgeweise

überträgt sich dann natürlich diese Praxis auch auf andere von der Regierung unabhängige Gebiete und schafft dadurch eine militärische Beamten-Hierarchie, ohne Rücksicht auf eine sich vielleicht bei den rein bürgerlichen Elementen findende höhere geistige Qualifikation. —

Der militärische Zuschnitt ist die Signatur unseres ganzen Beamtenthums. Verschärfte Disziplinargesetze gegen Verwaltungsbeamte und Richter haben eine völlig militärische Subordination in den Zivildienst getragen, deren Ausbildung nur durch die offene oder geheime Begünstigung des Offiziers im Staatsleben möglich geworden ist. Die alte Charakterfestigkeit des Beamten, welche berufliche Treue und persönliche Selbstständigkeit des Urtheils streng voneinander schied, hat der modernen „Schneidigkeit“ Platz gemacht. Niemand darf die Gefahr verkennen, die in diesem Zuge der Zeit liegt, und welche besonders schwer in dem Zweige wirkt, welchem die höchste Autorität nie bestritten werden sollte — in der Rechtspflege. —

Um ein objektives Urtheil darüber zu gewinnen, wie rasch und intensiv sich jene Gefahr auch auf staatlich unabhängige Gebiete fortpflanzt, darf man nur einen einzigen Blick auf die moderne Gesellschaft werfen, wo selbst bei rein bürgerlichen Festlichkeiten militärisches Gepräge zum Vorschein kommt, so daß bei einer so eminent bürgerlichen Handlung, wie der Grundsteinlegung des Reichstagsgebäudes selbst der Präsident der Volksvertretung es für angezeigt erachtete, seine Offiziersuniform anzulegen. —

Sowie der rothe Kragen aber die Angel unseres Gesellschaftslebens geworden, sank ihr geistiges Niveau gewaltig herab. Man belausche nur einmal die Gesprächsthemata*) dieser Gesellschaftskreise, die sich die besten der Nation nennen. Anvancement der Kameraden, dann Hunde, Pferde und Weiber, — damit ist das Register erschöpft. Sind Damen mit anwesend, so werden fade Komplimente gedrechselt — notabene in einer affektirt schneidigen Sprache, daß nur diese Damen sie erträglich finden können. Alles aber, was mit diesen Gesellschaftskreisen auf gleicher Stufe zu stehen wünscht, ahmt das Räuspern und Spucken nach.

In dieser „besten Gesellschaft“ gähnt dem denkenden Menschen eine geistige Oede entgegen, eine Verständnißlosigkeit für weltbewegende Fragen der Politik und der Wissenschaft, eine Brutalität des ästhetischen Empfindens, des Kunstgenusses sowohl als des Naturgenusses, daß nur die narkotisirende Wirkung des Alkohols allein es verhindert, wenn diese Menschen, diese Marionetten der Konvention, aus tödtlicher Langeweile nicht vor sich selbst die Flucht ergreifen. Kein schöpferischer Gedanke entspringt diesen Kreisen — und findet

*) Man erinnere sich an die Schopenhauer'sche Anekdote.

sich einmal ein weißer Rabe unter ihnen, ein Mensch, der eine von Idealen erfüllte Seele hat, so muß er sie fest vor seinen Kameraden, vor der übrigen Gesellschaft verschließen, um nicht dem Hohn und dem Gespött der Blasirtheit zu verfallen. Jede Originalität, jede Individualität wird durch die knappe Uniform schablonisirt. — Dutzendwaare anstatt lebender, empfindender Menschen! Das ist ihr Produkt; aber nicht blos bei den Offizieren, sondern auch bei allen den sogenannten höheren Ständen, die in innige Berührung mit der Militärhierarchie kommen. — Bei dem gemeinen Soldaten aber wird jede Individualität, jede Selbstständigkeit des Willens und der Ueberzeugung durch den eisernen Reif der Disziplin erdrosselt.

Einfluß des Militarismus auf den Volkscharakter.

Da aber gleichzeitig diese Disziplin nur erzwungen werden kann durch die grausamsten Strafen, die auf das Verbrechen der Insubordination gesetzt sind, und durch Mißhandlungen aller Art, welchen die „Gemeinen" von Seiten ihrer Vorgesetzten dauernd ausgesetzt sind, so untergräbt auch hier der Militarismus nicht blos jede Selbstständigkeit des Charakters, sondern schließlich auch die Selbstachtung überhaupt. Die Mannschaften werden ein Konglomerat von mechanisch funktionirenden Automaten, und diese typisch-soldatische Charaktereigenschaft ist nur schwer wieder durch die Schule des Lebens auszumerzen, wenn der ausgediente Soldat wieder anfangen muß, aus eigener Initiative zu handeln. — Freilich ist das Kasernenmäßige des Charakterzuschnittes den Besitzenden durchaus nicht unerwünscht, der so geschulte Arbeiter ist leicht und mühelos im Zaume zu halten, besonders dann, wenn Militär- und Kriegervereine die Dressur zur Unselbstständigkeit weiter in die Hand nehmen.

Der Militarismus wird auch zum Angelpunkt für das wirthschaftliche Leben.

Jedoch nicht blos für das geistige Leben wird der Militarismus zu einem Pfahl im gesunden Fleische, sondern auch das ganze materielle Leben hat unter ihm zu leiden; — auch hier wird der Militarismus zum Angelpunkt, um den sich Alles dreht. Um dies zu erweisen, brauchen wir garnicht auf die unmittelbaren Verwüstungen einzugehen, welche Militärfelddienstübungen, Manöverübungen auf bestellten Feldern ausüben, die natürlich um so schwerer in einem Lande in's Gewicht fallen, das nicht im Stande ist, seinen Bedarf an Brotfrucht selbst zu decken, der Militarismus trägt hier nur dazu bei, im Falle eines Krieges seine materiellen Grundlagen zu untergraben; wir denken vielmehr an die mehr indirekten Beziehungen des Militarismus zu wirthschaftlichen Institutionen aller Art. Bei einem Staate, der nach monopolistischen Betrieben tendirt, tritt dies augenfälliger in Erscheinung, als anderswo. Bei Verkehrseinrichtungen, wie Eisenbahnen und Telegraphen, die mit dem Militarismus anscheinend nicht den mindesten Zusammenhang haben, giebt die strategische Bedeutung häufig den einzigen und letzten Ausschlag. Freilich sind bereits von den alten Römern H e e r s t r a ß e n

angelegt worden, aber das römische Reich prätendirte auch niemals, ein reiner Handels- oder Industriestaat zu sein; ganz anders bei unseren modernen Kulturstaaten, insbesondere bei Preußen-Deutschland, die immer und immer wieder vorgeben, im Dienste des wirthschaftlichen Fortschrittes zu stehen. Wäre z. B. das Bedürfniß des gesteigerten Verkehrs für Berlin noch so dringend gewesen — das Eisenbahnministerium hätte sich ebenso wenig dazu bereit gefunden, die große Stadtbahn auszubauen, wie sie sich jetzt nicht dazu versteht, eine prinzipielle Ermäßigung der Personentarife durchzuführen, wenn nicht Moltke die strategische Bedeutung derselben in das Feld geführt hätte. Damit Truppendislokationen um ein bis zwei Stunden rascher vorgenommen werden können, wurden die unglaublichen Kosten der Stadtbahn nicht gescheut, deren finanzielle Rentabilität bis vor Kurzem noch eine sehr zweifelhafte war. —

Lediglich um für den Fall eines Krieges schweizerisches Gebiet umgehen zu können, wurde von Waldshut bis Immendingen eine Bahn durch den Schwarzwald gebaut (seit 1891 im Betriebe), die nicht die geringste volkswirthschaftliche Bedeutung hat, und deren Bau sich, wenn nur diese in Betracht gekommen wäre, wegen der ungeheuren technischen Schwierigkeiten von selbst verboten hätte. — Privatbahnen müssen einen auf Kriegsbedürfnisse bemessenen Wagenpark aufweisen, selbst wenn sie im Frieden das rollende Material niemals voll auszunützen vermögen. — Der im Bau begriffene Nord-Ostsee-Kanal wird gewiß auch dem Handel zum Vortheil gereichen, aber doch hätte sich nie ein Finanzkonsortium zu dessen Bau entschlossen, da er sich kaum rentiren dürfte. Der Staat aber scheute weder Mühe noch Kosten, um in der Lage sein zu können, einige Kriegsschiffe leichter von der Ostsee nach der Nordsee zu lanziren. — In befestigten Städten wird durch Rayonbeschränkungen die natürliche Ausdehnung derselben behindert — die hygieinischen und wirthschaftlichen Gesichtspunkte müssen hinter den strategischen zurücktreten. — Internationale Telephonverbindungen werden nach Möglichkeit erschwert, . . . „um dem Verrath militärischer Geheimnisse vorzubeugen," andererseits wieder werden mit ungeheuren Kosten unterirdische Telegraphenkabel gelegt, um im Falle eines Krieges eine gesicherte telegraphische Verbindung zwischen den Hauptplätzen des Staates zur Verfügung zu haben. —

Wird im Parlament irgend ein Abstrich versucht, will das Parlament sich seinen Einfluß bewahren, wie z. B. in der bekannten Septennatsfrage — flugs wird von Seiten der Regierung auf die „Schlagfertigkeit der Armee" hingewiesen, die untergraben werden könnte, und sofort ist auch eine Majorität vorhanden, die der Regierung jeden Mann und jeden Groschen bewilligt. Bei jeder Mehrbelastung des Volkes durch Steuern und Zölle wird auf die nothwendige Erhaltung der Armee, die sonst in Frage gestellt sei,

hingewiesen, und die Volksvertreter sind für Alles zu haben. So spielt auch im wirthschaftlichen Leben der Militarismus die erste Rolle, und das Volk, Industrie und Handel scheinen nur dazu da zu sein, um die Armee zu erhalten, den Söhnen des Adels und unserer höheren Bourgeoisie ein bequemes und unthätiges — weil ohne produktive Arbeit verbrachtes — Leben als Offiziere zu garantiren.

Der Militarismus wird zum Selbstzweck der Staaten.

So wird der Militarismus zum Selbstzweck der Staaten, gleichzeitig aber auch zum wirksamsten Mittel, um seine politische Selbstständigkeit, seinen Bestand zu untergraben. Der Militarismus zehrt wie ein wucherndes Carcinom am Staatenkörper und verzehrt dessen beste physische und geistige Kräfte. Wird aber die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten, dann nehmen die Kräfte mit progressiver Geschwindigkeit ab, weil sie nicht so rasch regenerirt werden können, als sie verbraucht werden; und der Militarismus, der sich dann nicht mehr auf die Vollkraft des Volkes zu stützen vermag, wird dann zum Zerrbild auf die Stärke der Nation selbst. Die Armeen mögen numerisch über alle Grenzen hinauswachsen — jeder Mann, der neu eingestellt wird, und von dem Volke ernährt werden muß, hilft dazu, es nur um so rascher verkommen und degeneriren zu lassen. Aber nicht diese Ueberlegung, sondern die traurige Erfahrung wird die Völker belehren. Und nur der nächste Krieg, wohl der letzte, den die zivilisirte Menschheit sehen wird, wird erst dem Militarismus ein Ende bereiten, wenn nicht vorher schon der Hydra Kapitalismus alle ihre Köpfe ausgebrannt sind. An dieser Herkulesarbeit arbeitet übrigens der Kapitalismus selbst rüstig mit. Wir hatten oben gesehen, wie der Militarismus dem Kapitalismus gegen die anstürmenden Gewalten des Proletariates als einziger und wirksamster Schutz dient. Aber in der Natur der Sache und im Wesen des Kapitalismus ruht es, daß es sich diesen Schutzwall nur aus den Leibern Derer zu bauen vermag, gegen die er ihn zu schützen bestimmt ist. Mit der Aufklärung der Massen aber — und wie verhaßt muß diese deshalb der Bourgeoisie sein — dringen immer mehr klassen- und zielbewußte Proletarier in das Heer hinein, nichts zwingt sie dann mehr zum Schutzdienst für den Kapitalismus, als ein erzwungener Eid, der sie ja heut noch dazu verpflichtet, selbst auf Väter und Brüder zu schießen, wenn der Ruf an sie ergeht. — Aber einst läßt doch die Macht der sieghaften Idee die Büchse versagen und den Säbel matt herabsinken, das kleine übrig gebliebene Häuflein von Kapitalisten, das noch ein Interesse an der Aufrechterhaltung der alten Ordnung der Dinge hat, steht ohnmächtig und wehrlos da; . . . es hat sich selbst sein Ende bereitet, indem es aus Sprengstoffen Mauern und Ringwälle baute. —

III. Theil.

Die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft durch den Kapitalismus.

Einleitung.

„Das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebes; der Kleinbetrieb eine nothwendige Bedingung für die Entwickelung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Individualität des Arbeiters selbst. Allerdings existirt diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse. Aber sie blüht nur, schnellt nur ihre ganze Energie, erobert nur die adäquate klassische Form, wo der Arbeiter freier Privateigenthümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Instrumentes, worauf er als Virtuose spielt. Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Wie die Konzentration der letzteren, so schließt sie auch die Kooperation, Theilung der Arbeit innerhalb derselben Produktionsprozesse, gesellschaftliche Beherrschung und Regelung der Natur, freie Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus. Sie ist nur verträglich mit engen, naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft. Sie verewigen wollen, hieße die allgemeine Mittelmäßigkeit dekretiren. Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eigenen Vernichtung zur Welt. Von diesem Augenblick regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gewerkschaftsschooße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihre Vernichtung, die Verwandelung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrirte, daher des zwerghaften Eigenthums Vieler in das massenhafte Eigenthum Weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten,

diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sie umfaßt eine Reihe gewaltsamer Methoden. Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigen Leidenschaften vollbracht. Das selbst erarbeitete, so zu sagen auf Verwachsung des einzelnen unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigenthum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigenthum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht. Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftlichung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigenthümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriiren, ist nicht länger der selbstwirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Exploitation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele todt. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandelung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Oekonomisirung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinirter, gesellschaftlicher Arbeit, das Verschlingen aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt.

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privat-

eigenthum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigenthums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigenthum wieder her, wohl aber das individuelle Eigenthum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzirten Produktionsmittel. —

Die Verwandelung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden zersplitterten Privateigenthums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig, als die Verwandelung des thatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigenthums in gesellschaftliches. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmassen durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse." —

Diese prophetischen Worte Karl Marx's durch Thatsachen zu illustriren, den Beginn des Expropriationsprozesses des Kapitales durch das Kapital selbst, das Entstehen der Fundamente für die sozialistische Produktion zu zeichnen, soll die Aufgabe des letzten Theiles unserer Arbeit sein.

In den von ihr gemachten Vorschlägen zu einem Programm der sozialdemokratischen Partei hat die „Magdeburg. Volksstimme" die einzelnen Momente dieses Entwickelungsganges folgendermaßen skizzirt:[1])

„Die großen Unternehmungen verdrängen immermehr die kleinen Betriebe und führen so zu einer zentralistischen Vereinheitlichung der Produktion.

Die Großbetriebe beginnen sich zu großen Verbänden (Kartellen) zusammenzuschließen, und in ihrem Interesse die Produktion und den Verkauf der Produkte zu regeln. Ebenso untergräbt der Kapitalismus selbst seine sachlichen und persönlichen Grundlagen. Immer tiefer sinkt die Profitrate, der Zinsfuß herab, und hierdurch werden immer geringere Kreise von Kapitalisten für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus interessirt. Ferner schwindet stetig die persönliche Bedeutung des Kapitalisten als Leiter und Führer der Produktion. Die Leitungsarbeit übernehmen nach und nach kaufmännisch und wissenschaftlich gebildete Arbeiter (Direktoren, Ingenieure ꝛc.) und der Kapitalist wird zum bloßen Profitanhäufer, so vor Allem in den modernen Aktiengesellschaften. —

Zugleich mit diesen wirthschaftlichen Umwälzungen gestalten sich die geistigen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft um. Neue Verkehrs- und Lebensformen wachsen aus dem Boden der Gesellschaft heraus.

---

[1]) Nr. 223 vom 25./9. 91.

Durch das Zusammenarbeiten von Tausenden von Arbeitern erhält die Arbeitsweise immermehr sozialistisches Gepräge, der gesellschaftliche Arbeitsprozeß, die Gemeinsamkeit der Befriedigung individueller Bedürfnisse in der Gesellschaft, der Zusammenschluß der Arbeiter in wirthschaftlichen und politischen Kämpfen erzeugen sozialistische Gefühle und Empfindungen.

Andererseits schwinden bei der Enteignung der großen Volksmassen die alten Eigenthumsvorstellungen.

Die Arbeiter werden aller Produktionsmittel entblößt, sie verfügen nur noch über die nothwendigsten Unterhaltsmittel; der Eigenthumssinn verliert so seine materielle Grundlage.

Selbst zwischen dem kapitalistischen Eigenthümer und seinem Eigenthum werden alle vertrauten Beziehungen zerrissen. Für den Kapitalisten stellt das Eigenthum nur noch eine Kapitalmasse dar, die sich bald in Grundstücke, bald in Werthpapiere und Hypotheken verwandelt."

Die Vernichtung der Kleinbetriebe.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier den Vernichtungsprozeß zu schildern, welchem das Kleinhandwerk im Kampf mit dem Großbetriebe mit Naturnothwendigkeit anheimfällt. Im dreizehnten Kapitel seines „Kapital" hat Marx ausführlich diesen Vorgang untersucht. — An dieser Stelle sollen vielmehr nur einige aktuelle Daten gegeben werden, welche genügen, um die von den rückständigen bürgerlichen Oekonomen so häufig herangezogenen Argumente für die Lebensfähigkeit des Kleinhandwerkes, besonders, wenn in dasselbe Kleinmotoren eingeführt werden, unter spezieller Heranziehung deutscher Verhältnisse zu widerlegen. — Vergleichen wir die Resultate der Gewerbezählung vom 1. Dezember 1875 und die der Berufszählung vom 6. Juni 1882, so finden wir, daß 1875 im Ganzen in Deutschland 3 230 311 gewerbliche Betriebe mit 6 470 630 Personen vorhanden waren; dagegen 1882 3 609 801 gewerbliche Betriebe mit 7 340 789 Personen.

Größe und Umfang der gewerblichen Betriebe in Deutschland 1875 u. 1882.

Da 1875 auf 10 000 Einwohner 753,8 Betriebe und 1515,4 in denselben thätige Personen, 1882 aber auf 10 000 Einwohner 798,2 Betriebe und 1623,3 in denselben beschäftigte Personen kommen, so ist zunächst eine relative Zunahme der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen, sowie eine gleichzeitige Zunahme der Betriebe zu konstatiren. Es kann hiernach allerdings noch zweifelhaft erscheinen, ob diese Zunahme der Betriebe auf Kosten des Kleinbetriebes oder des Großbetriebes geschah. Hierüber aber geben uns die folgenden Zahlen Aufschluß. Die Zahl der Betriebe mit mehr als fünf Gehülfen

Relatives Wachsthum der Großbetriebe und Kleinbetriebe.

vermehrte sich von 1875 bis 1882 von 84 195 mit 2 311 399 Personen auf 97 162 mit 2 851 811 Personen, während also die Zunahme der Betriebe überhaupt 11,4 Prozent betrug, betrug die Vermehrung der Mittel- und Großbetriebe 15,4 Prozent. Hieraus ist zweifelsohne die Tendenz der Entwickelung vom Kleinbetriebe zum Großbetriebe zu konstatiren, und dasselbe kann daraus gefolgert werden, daß die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Personen nur um 7,8 Prozent, die in Groß- und Mittelbetrieben beschäftigten Personen dagegen um 19 Prozent zunahm. Da aber die gleichzeitige Bevölkerungszunahme 7,5 Prozent betrug, so heißt das nichts anderes, als *daß in der Entwickelung des Kleinbetriebes vollständige Stagnation eingetreten ist.* —

Durchschnittliche Kopfzahl in den einzelnen Betrieben.

Freilich ist die Scheidung der Betriebe in solche mit mehr und solche mit weniger als fünf Gehülfen eine recht mangelhafte, denn Niemand wird behaupten wollen, daß ein Betrieb mit fünf in demselben beschäftigten Personen schon als Mittel- oder gar als Großbetrieb anzusehen sei. Aber diese Bedenken werden dadurch leicht geschlagen, wenn man anführt, daß die **durchschnittliche** Kopfzahl der in den genannten Gruppen beschäftigten Personen per Betrieb 1882 29,3 beträgt, denen nur 1,3 per Kleinbetrieb beschäftigten Personen gegenüberstehen. In Wahrheit also die Kontraste doch recht beträchtliche sind, und man daher diese Theilung ruhig als Ausgangspunkt der Betrachtung nehmen kann.

Gruppirung der Kleinbetriebe nach ihrer wirthschaftlichen Bedeutung.

Gruppiren wir nun zunächst die Kleingewerbe nach ihrer gegenwärtigen relativen wirthschaftlichen Bedeutung, die daran gemessen werden kann, um wie viel Prozent seit 1875 die *überhaupt* in ihnen beschäftigten Personen zugenommen haben, so erhalten wir folgende Resultate; voran steht

Kunst- und Handelsgärtnerei .	mit	42,2	Prozent	Zuwachs
dann folgt				
Thierzüchterei, Fischerei . . .	„	28,0	„	„
Beherbergung und Erquickung	„	25,5	„	„
Künstlerische Gewerbe . . .	„	22,0	„	„
Handelsgewerbe	„	20,3	„	„
Verkehr, Transport (ohne Eisenbahnen)	„	18,4	„	„
Bekleidung und Reinigung . .	„	15,4	„	„
Chemische Industrie	„	15,0	„	„
Maschinen, Instrumente und Apparate	„	5,8	„	„
Industrie der Steine und Erden	„	5,7	„	„
Eisenverarbeitung	„	5,5	„	„
Nahrungs- und Genußmittel .	„	0,4	„	„
Holz- und Schnitzstoffe . . .	„	4,1	„	Abnahme
Forstwirthschftl. Nebenprodukte	„	9,5	„	„

Textilindustrie	mit 14,1 Prozent	Abnahme
Baugewerbe	„ 16,4 „	„
Papier, Leder, Gummi	„ 24,8 „	„
Polygraphische Gewerbe	„ 28,8 „	„
Bergbau, Hütten und Salinenwesen	„ 38,7 „	„

Gruppirung der Großbetriebe nach ihrer Größe und ihrer Konzentration.

Ehe wir an die Deutung dieser Zusammenstellung gehen, wollen wir noch eine Zusammenstellung der Großbetriebe unter Anführung der durchschnittlich in ihnen beschäftigten Personen geben und gleichzeitig das Maß für die seit 1875 eingetretene Konzentration anführen, als welches wir die Zunahme der in jedem Betriebe beschäftigten Personen ansehen. Die Gruppirung ist die folgende:

		Personen in jed. Betriebe	Proz. per Betrieb	
Bergbau, Hütten und Salinenwesen	mit durchschn.	176,5	31,5	Zuwachs
Chemische Industrie	„ „	55,2	38,7	„
Textilindustrie	„ „	51,6	22,7	„
Maschinen, Instrumente und Apparate	„ „	50,8	18,1	„
Papier, Leder, Gummi	„ „	30,1	13,2	„
Eisenverarbeitung	„ „	27,9	27,9	„
Nahrungs- und Genußmittel	„ „	26,2	4,0	„
Verkehr und Transportwesen	„ „	26,1	0,8	Abnahme
Forstwirthschft. Nebenprodukte	„ „	25,4	22,7	Zuwachs
Industrie der Steine und Erden	„ „	24,2	7,7	„
Polygraphische Gewerbe	„ „	22,5	3,0	Abnahme
Baugewerbe	„ „	21,9	3,3	Zuwachs
Holz- und Schnitzstoffe	„ „	18,6	27,4	„
Kunst- und Handelsgärtnerei	„ „	17,7	11,4	Abnahme
Bekleidung und Reinigung	„ „	16,2	5,2	Zuwachs
Handelsgewerbe	„ „	13,3	51,1	„
Thierzüchterei und Fischerei	„ „	13,0	14,0	„
Beherbergung und Erquickung	„ „	11,7	15,8	„
Künstlerische Gewerbe	„ „	10,5	5,0	„

Deutung der Resultate.

Aus diesen Zusammenstellungen ist zunächst zu ersehen, daß von 1875 bis 1882 das Kleingewerbe, *gemessen an der gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 7,5 Prozent*, in folgenden Gewerben einen erheblichen Rückgang erfahren hat; in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, Industrie der Steine und Erden, *Eisenverarbeitung, Nahrungs- und Genußmittel, Holz- und Schnitzstoffe*, forstwirthschaftl. Nebenprodukte, *Textilindustrie, Baugewerbe, Papier-, Leder-, Gummiindustrie*, polygraphische Gewerbe, Bergbau, Hütten und Salinenwesen. — In diesen selben Industrien sehen wir gleichzeitig auch eine zum Theil

sehr erhebliche Konzentration der Betriebe vor sich gehen — mit Ausnahme der polygraphischen Gewerbe, bei denen eine Abnahme der in ihnen beschäftigten Personen zu konstatiren ist, die aber leicht aus der Verwendung vollkommenerer Maschinen (Rotationsmaschinen, welche Einleger und Falzer ersparen 2c.) zu erklären ist.

Die Anzahl der in einem Betriebe beschäftigten Personen ist übrigens nur ein sehr unvollkommenes Maß für deren wirthschaftliche Bedeutung, erst wenn man gleichzeitig auch die Anzahl und die Leistungsfähigkeit der in denselben benutzten Motoren und Werkzeugmaschinen mit in die Betrachtung hineinzieht, würde es möglich sein, absolut einwandsfreie Zahlen für die Konzentration der Betriebe zu erhalten; doch dies nur beiläufig, aus den vorhandenen Daten sind immerhin doch schon beweiskräftige Schlüsse zu ziehen. —

Vergleich derjenigen Groß- und Kleinbetriebe, bei denen die Entwickelung zum Großbetriebe unzweifelhaft ist.

Die eben angeführten Betriebe, welche die wichtigsten Gewerbe in sich schließen, und bei denen die unzweifelhafte Tendenz zur Umwandlung der Kleinbetriebe in Großbetriebe ersichtlich ist, weisen für Groß- und Kleinbetriebe folgende absolute Zahlen (1882) auf.

	Großbetriebe	Personen	Kleinbetriebe	Personen
Industrie der Maschinen	4 543	228 524	78 329	127 564
Industrie der Steine und Erden	10 415	251 286	42 579	97 910
Eisenverarbeitung	5 760	161 588	158 475	298 125
Nahrungs- und Genußmittel	10 532	275 229	234 754	468 652
Holz- und Schnitzstoffe	5 488	102 007	233 481	367 688
Forstwirthschaftl. Nebenprodukte	1 237	30 503	5 825	12 202
Textilindustrie	9 141	469 516	335 341	440 573
Baugewerbe	12 654	274 487	149 881	259 025
Papier, Leder, Gummiindustrie	3 786	114 395	56 753	72 890
Polygraphische Gewerbe	2 351	53 003	7 261	17 009
Bergbau, Hütten und Salinen	2 448	423 650	2 841	6 484
Zusammen	68 355	2 384 288	1 305 520	2 268 122

Es sind dies 70,3 Prozent aller Großbetriebe und 37,1 Prozent aller Kleinbetriebe mit 84,5 Prozent aller im Großbetriebe, 50,3 Prozent aller im Kleinbetriebe und 63,9 Prozent aller überhaupt im Gewerbebetriebe beschäftigten Personen. Nehmen wir aber das

Handelsgewerbe*), sowie das Gewerbe der Beherbergung und Erquickung**) aus, weil für uns in erster Linie nur die industrielle Entwickelung in Frage kommt, so ist bei 85,4 Prozent aller Großbetriebe und 39,6 Prozent aller Kleinbetriebe mit **90,3 Prozent** aller im Großbetriebe und **65,9 Prozent** aller im Kleingewerbe, sowie **77,2 Prozent** aller überhaupt in industriellen Betrieben beschäftigten Personen ein gewaltiges Ueberwuchern der Großbetriebe zu konstatiren.

Aeltere Daten zur Kennzeichnung der ökonomischen Entwickelung.

Schon in dem kurzen Zeitraum von sieben Jahren also ist dieses Resultat zu konstatiren; ältere Daten stehen uns leider nicht zur Verfügung, um die rapide Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu illustriren. Dagegen können wir an einem typischen Beispiele wenigstens diesen Entwickelungsgang zeigen.

In Halle (Saale) entfielen auf 10 000 Einwohner:

	1840	1885
Bäcker	28	13
Fleischer . . .	19	11
Schneider . . .	92	39
Schuhmacher . .	151	40
Glaser	10	5
Tischler . . .	63	20
Drechsler . . .	11	2
Klempner . . .	5	7
Böttcher . . .	26	8
Schlosser . . .	31	8
Grobschmiede. .	10	6
Sattler	10	5
Seiler	8	4
Buchbinder . .	20	5
Uhrmacher. . .	5	5
	489	186

Auf 10 000 Einwohner existirten also von 489 nur noch 186 oder 38 Prozent ehrsamer Handwerker und dabei ist Halle weder jemals eine bedeutende Industriestadt noch eine bedeutende Handelsstadt gewesen, nur seine Salzwerke und seine Universität gaben ihr Bedeutung. — „Die Harmonieapostel à la Schultze-Delitzsch wählten deshalb auch als Operationsfeld zuerst Halle mit, das natürlich auch wieder als eine der ersten Städte obenan glänzt, wo die Harmoniespielerei Schiffbruch leiden mußte!“ [2]) —

*) 12 236 Großbetriebe mit 162 412 Personen und 43 943 Kleinbetriebe mit 676 980 Personen.

**) 4 406 Großbetriebe mit 51 267 Personen und 165 438 Kleinbetriebe mit 262 979 Personen.

[2]) Deutsche Metallarb.-Ztg., Nr. 49, vom 5. Dezember 1891.

Es bliebe also nur noch der Zuwachs an Arbeitermaterial in denjenigen Kleinbetrieben zu deuten, die einen übernormalen Zuwachs von mehr als 7,5 Prozent zu verzeichnen haben, nämlich: Kunst- und Handelsgärtnerei, Thierzüchterei, Fischerei, künstlerische Gewerbe, Verkehr- u. Transportgewerbe, Bekleidung u. Reinigung, Chemische Industrie, welche folgende Zahlenverhältnisse aufweisen:

Die Bedeutung einzelner, anscheinend noch konkurrenzfähiger Kleinbetriebe ist nur eine scheinbare.

		Groß-betriebe	Personen	Klein-betriebe	Personen
Kunst- u. Handelsgärtnerei	1882	716	12 380	15 262	29 180
	1875	219	4 612	13 124	20 519
Thierzüchterei u. Fischerei	1882	89	1 153	15 820	24 705
	1875	36	413	15 626	19 213
Künstlerische Gewerbe . .	1882	300	3 762	7 732	11 626
	1875	308	3 865	5 265	9 535
Verkehr u. Transportgewb.	1882	2 303	60 018	73 805	115 228
	1875	1 388	36 802	73 590	97 528
Bekleidung und Reinigung	1882	7 169	116 275	871 970	1 143 516
	1875	4 626	70 762	753 138	982 380
Chemische Industrie . .	1882	1 304	54 910	7 887	16 567
	1875	1 258	37 293	7 387	14 405

Die in diesen Zahlen angedeuteten Thatsachen, die anscheinend zu Gunsten der „gesunden Entwickelung des Kleingewerbes" sprechen, bekommen aber doch sofort ein wesentlich anderes Gesicht, wenn man sie bei Lichte etwas näher betrachtet. Zunächst ist bei der Kunst- und Handelsgärtnerei und der Thierzüchterei und Fischerei an sich, trotz der relativ größeren Ausdehnung der kleinen Betriebe, doch noch ein sehr beträchtliches Wachsthum der Großbetriebe zu konstatiren. Und die Großbetriebe zeigen dann auch eine derartige kommerzielle Ueberlegenheit, daß die Kleinbetriebe garnicht mehr mitzukommen vermögen. Man darf nur an „Blumenschmidt" in Erfurt denken, dessen Spargel in Straßburg z. B. billiger geliefert werden kann, als am Ort gezogener, um zu erkennen, daß das letzte Stündchen der Kleingärtnereien bald geschlagen haben dürfte. Andererseits aber sind dies gerade diejenigen Gewerbe, in welchen ihrer ganzen Natur nach Motoren nur äußerst geringe Anwendung finden können (im ersteren sind 1882 überhaupt nur 310, im letzteren nur 8 mit Motoren ausgestattete Hauptbetriebe vorhanden gewesen). Der ganze Betrieb in denselben ist demnach so geartet, daß der Kleinbetrieb innerhalb enger Grenzen dem Großbetriebe konkurrenzfähig sein kann. Aber wegen der geringen Zahl der in ihnen beschäf-

tigten Personen (67 418) kommen die beiden Gewerbe bei der ganzen Frage überhaupt nicht sehr in Betracht.

Die künstlerischen Gewerbe sind ebenfalls ihrer ganzen Natur nach mehr individualistische Gewerbe; und kommen übrigens wegen der geringen Zahl von Gewerbetreibenden (15 388) ebenfalls nur wenig in Betracht. Da das Kunsthandwerk aber in der letzten Zeit dem versinkenden Kleinhandwerker als letzter Rettungsanker angepriesen wird, müssen wir einen Augenblick wenigstens auf dasselbe eingehen.

Der Einzelbetrieb ist in einzelnen Zweigen des Kunsthandwerkes nur möglich und durchführbar, weil bei der heutigen wirthschaftlichen Lage nur eine beschränkte Anzahl von Konsumenten in Frage kommen kann. Auch hier dürfte aber wohl seit 1882 eine bedeutende Aenderung zu verzeichnen sein; denn auch beim Kunsthandwerk zeigt sich die Ueberlegenheit des kapitalistischen Großbetriebes nur allzu deutlich. Nur kapitalkräftige Unternehmer sind in der Lage, große Lager zur Auswahl für die Kaufenden zu halten, allen Launen der rasch wechselnden Mode zu folgen; nur sie vermögen künstlerisch geschulte Zeichner und Modelleure zu honoriren und mit immer neuen und darum begehrten Mustern den kleinen Produzenten, der sich mit alten Modellen behelfen muß, von dem Markte zu verdrängen. Nur der Großproduzent vermag auch im Kunstgewerbe die Fortschritte der Technik, die Anwendung komplizirter Arbeitsmaschinen, eine rationelle Arbeitstheilung nutzbar zu machen, so daß er schließlich nicht blos elegantere, geschmackvollere Artikel auf den Markt bringt, als der kleine Kunsthandwerker, sondern auch noch wesentlich billiger produzirt als dieser. Bei diesem kauft schließlich selbst der Mittelstand nicht mehr, der sich vielmehr den speziell für den Bürgerstand errichteten großen Magazinen zuwendet, die wie Bon marché, Magazin au printemps in Paris, jedem Geschmack und selbst verwöhntem Kunstsinn Rechnung tragen; diese Magazine selbst würden sich aber sehr bedanken, wenn sie ihre Erzeugnisse vom kleinen Schwitzmeister, der mit einem Gesellen und sechs Lehrlingen arbeitet, beziehen sollten. Die Riesenmagazine tragen vielmehr selbst ihrerseits noch dazu bei, den Niedergang des handwerksmäßig betriebenen Kunstgewerbes zu beschleunigen. Dazu kommt noch, daß der individuelle Geschmack eine Konsequenz der Einzelproduktion ist. Je mehr aber der Einfluß der Mode, erzeugt durch Massenproduktion, wirksam wird, destomehr regulirt sich der individuelle Geschmack; und für die Bornirtheit eines Bankiers Sommerfeld, der sich das ganze Stück Tuch kaufte, um nur einzig und allein eine bestimmt karrirte Hose zu tragen, wird auch der beschränkteste Innungsmeister keine Lanze einlegen wollen. —

In der chemischen Industrie sodann, bei der ebenfalls ein anscheinend anormales Wachsthum der Kleinbetriebe zu verzeichnen

ist, tritt zunächst der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetriebe überhaupt zurück, das Wachsthum der im Kleinbetriebe beschäftigten Personen ist aber weiter lediglich auf den Zuwachs im Apotheker- und Feuerwerks- 2c. -Gewerbe zurückzuführen; Betriebe, die ihrer Natur nach nicht zum Großbetriebe angelegt sind.

Es bleiben somit also nur das Verkehr- und Transportgewerbe und die Industrie der Bekleidung und Reinigung übrig, an welche die Innungsfreunde sich als an einem Strohhalm anklammern können. —

Was die Bekleidungs- 2c. Industrie anbetrifft, so ist die Zunahme der Kleingewerbetreibenden offenbar nur eine scheinbare, denn nirgendswo — vielleicht die Holzbearbeitungsindustrie und Textilindustrie ausgenommen — ist das System der Schwitzmeister so ausgedehnt als gerade hier. De facto haben wir also nur Kleinmeister mit einigen wenigen Gehülfen vor uns, die jeder Selbstständigkeit entbehren, und ebenso gut im Solde des Kapitalismus stehen, wie ihre Gesellen. — Hier kommen in erster Linie die

210 347 Betriebsstätten für Schneiderei,
191 729 " " Weißnäherei,
244 591 " " Schuhmacherei

in Betracht.

Schon die große Zahl der mit der Verfertigung von Wäsche, Kleidung, Kopfbedeckung, Putz beschäftigten Frauen und Mädchen (61,2 Prozent) deutet darauf hin, daß das Kleingewerbe hier sich nur noch durch das ausgedehnteste Schwitzsystem zu halten vermag. — Und daß der ehrsame, selbstständige Schuster bei der gewaltigen Konkurrenz, die ihm die fabrikmäßige Herstellung von Schuhwaaren bietet, nur noch ein jammervolles Proletarierleben führt, das zu beweisen, dürfte sich wohl vollständig erübrigen. — Die geringe Anwendbarkeit des Maschinenbetriebes auch in der Bekleidungsindustrie ermöglicht es eben, daß hier das Kleinhandwerk noch eine Zeit lang ein Scheindasein fristet, daß es aber seit Langem aufgehört hat, ein wirklich selbstständiges und einträgliches Gewerbe zu sein.

Bleibt also nur noch das Verkehrsgewerbe. Im Zeitalter der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens erscheint es freilich als eine lächerliche Plattheit, hier noch die Konkurrenzfähigkeit des Kleinbetriebes heranziehen zu wollen, die relative Zunahme der in den Kleinbetrieben beschäftigten Personen ist auch fast ausschließlich auf Flößerei, Frachtfuhrwerke und das .... Dienstmannswesen beschränkt. Ein Bild, werth der Illustration im „Wahren Jakob", den goldenen Boden des Handwerkes durch Dienstmänner repariren zu sehen.

Welchen Weg die landwirthschaftlichen Kleinbetriebe wandeln, die schließlich noch zu betrachten wären, haben wir bei Besprechung

der indirekten Steuern und der Exportprämien ausführlich dargestellt (cfr. pag. 199 und 203 f.).

Ganz analoge Erscheinungen sind in anderen Kulturstaaten zu beobachten. —

Die durchschnittliche Stärke der Dampfmaschinen steigt, Beweis für die Konzentration der Großbetriebe.

Ein wichtiger Beweis für die Zunahme der Großbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben ist dann ferner aus dem Wachsen der durchschnittlichen Stärke einer Dampfmaschine zu folgern. Während 1879 die durchschnittliche Stärke einer Dampfmaschine in Preußen 29,6 Pferdestärken betrug, war 1889 die durchschnittliche Stärke za. 35, ein Zeichen dafür, daß, trotzdem in der Zwischenzeit die Kleinmotoren in überraschendem Umfang in Aufnahme kamen, doch noch wesentlich rascher gewaltige Großbetriebe mit starken Dampfmaschinen entstanden sein müßten, da ohne diese Annahme die durchschnittliche Erhöhung der Dampfmaschinen-Pferdekräfte nicht erklärlich wäre.

Werthlosigkeit der Kleinmotoren für die Hebung des Kleingewerbes.

Von Seiten der bürgerlichen Oekonomen wird, wenn sie die Gefahren der Proletarisirung infolge des Verfalles des Kleinbetriebes schildern, gewöhnlich der Kleinmotor (Gas-, Petroleum- und elektrische Motoren) als Panacée für das Kleinhandwerk angeführt; — ein sehr kurzsichtiger Vorschlag allerdings, denn in rein kommerzieller Hinsicht allein schon sind diese mit den großen Dampfmaschinen nicht konkurrenzfähig. In einer besonderen Arbeit in der „Neuen Zeit“ 1890/91, Heft 31 ff. haben wir die Bedeutung der Kleinmotoren eingehend gewürdigt, und sind dabei zu dem Resultate gekommen, daß die jährlichen Betriebskosten einer Pferdestärke bei

	Pferdestärken: 2	5	8 bis 10
1. einer Dampfmaschine . .	M. 789,3	754,5	470,2
2. eines Gasmotors . . .	„ 447,0	259,2	226,2
3. eines elektrischen Motors .	„ 249,6	229,1	218,8

betragen.

Zunächst springt sofort die bekannte Thatsache in die Augen, daß die größeren Motore unvergleichlich viel billiger arbeiten als die kleinen, schon hieraus folgt, daß der Großbetrieb dem Kleinbetriebe überlegen ist — und dies schon innerhalb der hier angedeuteten engen Grenzen. Aber selbst wenn man die relativ günstigsten Produktionsbedingungen der besten Kleinmotore, der Gas- und elektrischen Motore in Betracht zieht, so werden die mit diesen kleinen Motoren ausgestatteten Einzelbetriebe, selbst wenn dieselben sich zu größeren gemeinschaftlichen Unternehmungen koaliren, niemals im Stande sein, mit einem einzigen Riesenbetriebe zu konkurriren.

Denn wenn der Betrieb einer Pferdestärke bei einer Dampfmaschine von fünf Pferdestärken noch M. 754,50 pro Jahr kostet, so stellen sich die Betriebskosten bei einer 50pferdigen Dampfmaschine nur noch auf M. 223,50, bei einer 500pferdigen auf M. 110,10, bei

einer 3000pferdigen aber nur noch auf M. 78,10, d. h. also auf den dritten bis zehnten Theil der Produktionskosten eines Kleinmotors. 300 koalirte mittlere Betriebe, jeder ausgestattet mit einem Elektromotor von zehn Pferdestärken haben an Betriebskosten für ihre Motoren M. 656 400 zu zahlen, der Großproduzent aber für 3000 Pferdestärken nur M. 234 300; und hier ist schon vorausgesetzt, daß die 300 Kleinproduzenten sich die Elektrizität für ihre Elektromotoren selbst erzeugen, aber die Kraft der Riesenmaschinen für ihren Cottagebetrieb zersplittern. Die kommerzielle Ueberlegenheit des Großbetriebes ist also ganz unbestreitbar. Aber selbst zugegeben, daß die Kleinmotoren einen Einfluß auf die Hebung des Handwerks haben, so könnte dies doch nur bei einzelnen wenigen Betrieben der Fall sein, die auf diesem Wege dann nur wieder dazu beitragen, die schwächere Konkurrenz um so rascher dem Untergange entgegenzuführen. So wie aber die Einführung der Kleinmotoren in das Handwerk allgemein wird, würde sich nur die Ueberproduktion um so intensiver steigern und hierdurch dem Kleinhandwerk ein noch rascheres Ende bereiten, als dies ohne die Kleinmotoren der Fall wäre.

Technische Ueberlegenheit des Großbetriebes.

Nun kommt aber noch die technische Ueberlegenheit des Großbetriebes in Betracht. —

Nur dem Kapital steht die moderne Wissenschaft zu Gebote, nur dieses kann wissenschaftlich gebildete Chemiker, Ingenieure ꝛc. engagiren, nur ihm sind die vollkommensten Produktionsmethoden, die vollkommensten Arbeitsmaschinen zugänglich. Was nützt dem Handwerker der billigste, vollkommenste Motor, wenn er nicht die großen Werkzeugmaschinen damit verbinden kann, die nur bei der Produktion im Großen Verwendung finden können? Der beste Motor macht die einfache Schnellpresse des kleinen Buchdruckers nicht fähig, mit der mächtigen Rotationspresse einer großen Druckerei zu konkurriren. Damit ist aber die dauernde Existenzunfähigkeit der Kleinhandwerker dargethan.

Es bleibt allerdings dem Kleinbetriebe zunächst noch das Reservatgebiet der Reparatur ꝛc., aber wo erst der großkapitalistische Maschinenbetrieb Platz gegriffen hat, da fällt das Bedürfniß nach Reparaturwerkstätten ganz und gar weg. In Amerika, wo Schuhe und Stiefel ausschließlich fabrikmäßig hergestellt werden, denkt kein Mensch mehr daran, dieselben repariren zu lassen, wenn sie schadhaft geworden sind; einen neuen Absatz läßt man wohl noch aufnageln, aber eine neue Besohlung lohnt schon nicht mehr; ein neues Paar Schuhe wird schon billiger, als die Reparatur beim Kleinhandwerker. Oder aber man giebt den zu reparirenden Gegenstand wieder in die Fabrik zurück, wie dies bei landwirthschaftlichen und anderen Maschinen auch in Deutschland schon allgemein gang und gäbe ist.

Auch das häufig herangezogene Argument, daß die unmittelbaren Konsumtionsprodukte der Bäcker, Fleischer der Konkurrenz

durch Großbetriebe nicht unterworfen sind, ist durchaus nicht stichhaltig.

In England, an den deutschen Häfen, wird heute schon massenhaft in Chicago geschlachtetes frisches Fleisch konsumirt. Trotz der immensen Fracht ist es infolge seines Ursprunges aus Großschlächtereien doch noch konkurrenzfähig mit einheimischen Erzeugnissen. Und was die Konkurrenzfähigkeit der kleinen Bäcker, die jeden Tag ihren Backofen unter Verschwendung massenhaften Heizmaterials mit den Großbäckereien mit kontinuirlichem Betriebe anbetrifft, so lehrt ein einziger Blick in eine Dampfbäckerei, daß auf dieser Stelle der Konkurrenzkampf bereits entschieden ist, und unsere oben angezogenen Zahlen beweisen das auch ausreichend, — übrigens hier auch zu Gunsten der ausgebeuteten Arbeiter, denn nirgends herrscht so unmenschlich lange Arbeitszeit, als gerade in den kleinen und kleinsten Bäckereien. —

An der Thatsache des Verfalls des Kleinbetriebes werden darum auch die Vorschläge zur Errichtung von Fachschulen nichts ändern, und daß die Ausnützung ungelernter Arbeiter, die nur Werkzeugmaschinen — ein Reservatrecht des Großbetriebes — zu bedienen haben, billigere Arbeit leisten, als qualifizirte Handarbeiter, das dürfte selbst Herrn Eugen Richter zur Genüge bekannt sein. —

Nein, mit dem Kleinhandwerk ist es aus, sein goldener Boden hat sich immer mehr und mehr als tombacken erwiesen — und wir können dessen froh sein, denn der wirklich selbstständige Kleinhandwerker stellt den reaktionärsten Bestandtheil der gegenwärtigen Gesellschaft dar, der so lange allen wahrhaft fortschrittlichen Einrichtungen widerstrebt, bis ihn die Macht der ökonomischen Verhältnisse nicht selbst proletarisirt hat. —

So wie erst einmal die kommerzielle und technische Ueberlegenheit der Großbetriebe eklatant wurde, nachdem die Schranken gefallen waren, welche Zunftordnung, Bann- und Marktrecht der freien Konkurrenz, dem freien Gewerbe, entgegenwirkten, konnte das mobile Kapital natürlich nicht mehr das geringste Interesse daran haben, die Zwergbetriebe gegenüber den so unendlich viel mehr lukrativen Riesenbetrieben aufrecht zu erhalten.

Das Prinzip der Bourgeoisie, die freie Konkurrenz, führt dann aber seinerseits nicht blos zu einer immer weiter fortschreitenden Zentralisation der Betriebe, wie sie durch die modernen Aktiengesellschaften ermöglicht werden, sondern direkt zur Monopolisirung der Produktion. —

Die Steigerung der Widersprüche der kapitalistischen Wirthschaftsordnung.

Sinken der Profitrate.

Das einzige Interesse, welches das Kapital an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirthschaftsweise nimmt, ist der Profit; — der „Hunger nach Mehrarbeit", das egoistische Streben nach arbeitslosem Einkommen ist es, welches dieses all' die Institutionen des modernen Klassenstaates bewahren und aufrecht erhalten läßt. Darum klebt die Gesellschaft so zäh am Privateigenthum, und möchte dieses gern, indem sie dasselbe als staatliche Einrichtung durch den Staatsanwalt auffassen läßt, als sacrosanct betrachtet wissen; — darum bestraft sie mit grausamer Härte den armen Teufel, der durch die Noth gezwungen, sich am geheiligten Eigenthum des Nächsten vergriffen; — darum ist ihr die staatliche Ordnung von heute, obwohl sie durch Blut von Revolutionen zusammengekittet, und auf dem seit 1789 noch immer glühenden Vulkan gebaut ist, das hehre Heiligthum, das vor den tempelschänderischen Händen der Sozialdemokratie unentweiht gehalten werden muß; darum wird ängstlich die heutige Ehe mit Bordellen und Siechenhäusern als Eckpfeilern gestützt, obwohl sie kaum noch zu Stande käme, wenn nicht das „schändlich kupplerische Weib", Interesse, den Geldsack mit der Schönheit, und Titel mit dem Goldfisch — hier schadet die orientalische Abstammung nicht — vermählte; — darum ist es eine von Gott gewollte Ordnung, wenn der Reiche in sammetausgeschlagener Equipage dahinrollt und prahlerisch einen Nickel in den Hut des „Vagabunden" wirft, den *sein* abspringender Hammer, den *sein* sausendes Schwungrad zum arbeitslosen Krüppel gemacht. — Aber es ist einer der so zahlreichen Züge der sich selbst ironisirenden Geschichte, daß auf seinem Entwickelungsgange der Kapitalismus mit Naturnothwendigkeit sich selbst den Lebensnerv unterbinden muß, welcher das Herz der kapitalistischen Gesellschaft schlagen, ihre Lungen athmen läßt. Zwei Momente, die im letzten Grunde auf ein einziges hinauslaufen, sind es, welche diese Erscheinungen zeitigen, indem sie die Profitrate des Kapitals sinken lassen.

In der ökonomischen und technischen Ueberlegenheit, welche das große Unternehmen vor dem kleinen bevorzugt, ist es begründet, daß die gewerbliche Entwickelung immer mehr und mehr nach Konzentration, nach Vereinheitlichung hinstrebt. — Und diese Konzentration aller technischen, gewerblichen und kommerziellen Betriebe, die nur durch das Zusammenfließen der gewaltigsten Kapitalien in den modernen Aktiengesellschaften ermöglicht wird, ist es, welche in ewigem Zirkel immer weiteren Anlaß für die Akkumulation des Kapitals giebt. — Die zahlreichen kleinen Kapitalien, die einen relativ bedeutenden Profit abwerfen mußten, um ihren Inhabern eine

halbwegs auskömmliche Rente zu gewährleisten, fließen immer mehr zusammen in die Hände weniger Personen. Der relative Profit, die Profitrate, kann sinken — und die Tendenz hierzu kann man ja aus der Konkurrenz a priori deduziren — und wirft den wenigen Großkapitalisten doch noch immer eine absolut größere Rente ab, als vordem den einzelnen der zahlreichen Kleinkapitalisten. —

Durch absolut einwandsfreie Untersuchungen wird diese Behauptung als Thatsache erwiesen. Von zwei Seiten und vollständig unabhängig voneinander ist auf verschiedenem Wege dasselbe Resultat ermittelt worden. Von Dr. Conrad Schmidt,[3]) indem er das Marx'sche Werthgesetz konsequent weiter anwandte, von Dr. George C. Stiebeling[4]) auf dem Wege der statistischen Forschung. Dr. Conrad Schmidt kommt zu dem Resultat, daß unter der Voraussetzung des Konstantbleibens der Mehrwerthrate ein dauerndes Sinken der Profitrate nothwendig ist, welches Sinken aber auch dann eintritt, wenn die Mehrwerthrate zwar selbst zunimmt, aber langsamer als eine bestimmte andere Größe, nämlich das gesammte, am Anfang eines Jahres vorgeschossene Kapital, gegenüber der jährlich produzirten Mehrwerthsumme.[5]) — Ohne Weiteres freilich wäre das Sinken der Profitrate dargethan, wenn sich nachweisen ließe, daß die Mehrwerthrate nicht, wie Marx annimmt, steigt, sondern daß dieselbe sinkt, da die Profitrate der Mehrwerthrate direkt proportional ist. Diesen letzteren Nachweis scheint nun in der That Dr. G. Stiebeling erbracht zu haben.

Unter Voraussetzung des Wachsens der Mehrwerthrate (unter gewissen beschränkenden Bedingungen) ist eine Selbstvernichtung der kapitalistischen Wirthschaft, allerdings in etwas langsamerem Tempo, die Konsequenz, bleibt die Mehrwerthrate konstant, so ist diese Selbstvernichtung eine beschleunigte, sie wird jedoch rapid, wenn die Mehrwerthrate selbst sinkt.

Auf Grund glaubwürdiger Schätzungen kapitalistischer Nationalökonomen (Dudley, Porter, Leone Levi u. A.) zieht Stiebeling aus der wirthschaftlichen Entwickelung Englands von 1871 bis 1881 den Schluß, daß die Durchschnittsmehrwerthsrate um 22,29 Prozent gesunken sei. Stiebeling beweist dann weiter in einer Nummer des „Sozialist" vom Jahre 1891 an der Hand einer Braunschweiger Lohnstatistik der Tischler vom Jahre 1887, daß die Ausbeutungsrate für Klein- und Mittelbetriebe größer ist, als für die Groß-

[3]) Dr. Conrad Schmidt. Die Durchschnittsprofitrate. Stuttgart, Dietz 1889.

[4]) Dr. George C. Stiebeling. Das Werthgesetz und die Profitrate. New-York 1890. John Heinrich's Volksbuchhandlung.

[5]) Die Profitrate hat die Größe $\frac{\frac{m}{v} \cdot n^* \Sigma\, v'}{\Sigma\,(c+v)}$ worin $\frac{m}{v}$ die Mehrwerthrate, $n^* \Sigma\, v'$ das jährlich umgeschlagene Gesammtkapital, $\Sigma\,(c+v)$ die Summe des ganzen konstanten und variablen Kapitals bedeutet. (cfr. C. Schmidt l. c., pag. 79.)

betriebe; ferner an der Hand der Erhebungen des Arbeitsbureaus des Staates Connecticut vom Jahre 1889, daß ebenfalls die Ausbeutungsrate der Klein- und Mittelbetriebe viel größer ist, als die der Großbetriebe, und schließlich — was sich hiernach schon von selbst versteht — an der Hand des Jahresberichtes der Eisenbahnkommission des Staates New-York für das Jahr 1890, daß die Profitrate des Großbetriebes geringer ist, als die des Kleinbetriebes.

Die weitaus größte Bedeutung aber haben die aus den beiden Zensusberichten der Vereinigten Staaten (1870 und 1880) berechneten statistischen Thatsachen, daß die Rate des Mehrwerthes von 0,85 auf 0,65 d. h. um 18,8 Prozent und die Profitrate von 0,190 auf 0,140 d. h. um 26,3 Prozent gesunken ist.

Wenn man die folgenden Ueberlegungen anstellt, so scheinen diese Ergebnisse sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich zu haben.

Der ökonomische Entwickelungsgang ist auf die Aufsaugung der Kleinkapitalien, auf die Vernichtung der Kleinbetriebe hin gerichtet; damit die letzteren auch in dem Konkurrenzkampf mit den Großbetrieben nur halbwegs konkurrenzfähig seien, müssen die Arbeiter in den Kleinbetrieben durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch möglichste Niedrighaltung der Löhne, durch möglichst umfangreiche Einführung von Frauen- und Kinderarbeit (vergl. pag. 90), viel stärker ausgebeutet werden als die Arbeiter in den Großbetrieben, bei denen nicht dieselben ungünstigen wirthschaftlichen Momente in das Spiel kommen als bei den Kleinbetrieben (man denke nur an die excessiv lange Arbeitszeit in den kleinen Bäckereien gegenüber den Großbäckereien, an das durch die Berufszählung von 1882 (cfr. pag. 90) nachgewiesene relative und absolute Wachsthum der Frauenarbeit in Kleinbetrieben, an die schauderhafte Lehrlingszüchterei bei den Kleinmeistern). Dazu kommt noch, daß die Arbeiter in Kleinbetrieben im Allgemeinen wesentlich schlechter organisirt sind, als die Arbeiter in Großbetrieben, wo das gemeinsame Zusammenarbeiten an sich schon ein Moment für die Stärkung der Solidarität ist; daß demzufolge die Arbeiter und Gehülfen der Klein- und Schwitzmeister nicht dieselbe Widerstandskraft gegenüber den Ausbeutungsgelüsten haben, wie die Arbeiter großer Gewerbeinhaber; daß also die Wahrscheinlichkeit günstigerer Arbeitsbedingungen umgekehrt proportional der Größe des Etablissements ist. — Das ist das zweite Moment, welches, wie wir oben andeuteten, als Konsequenz des Sinkens der Mehrwerthrate das Sinken der Profitrate ursächlich erzeugt. — Freilich müssen wir hier von den vollständig monopolisirten Betrieben (z. B. den pennsylvanischen Kohlenbergwerken) absehen, wo sich für kurze Zeit diese Verhältnisse in ihr grades Gegentheil umkehren können. — Eine Bearbeitung des V. St. Zensusberichtes für 1890, die G. C. Stiebeling in Aussicht gestellt hat, dürfte auch hierüber Klarheit bringen. —

Aber, wie dem auch immer sei, ob die Mehrwerthrate steigt oder fällt[6]), das Sinken der Profitrate steht unbedingt fest. Je mehr die ökonomische Entwickelung nach der Anhäufung von immer größeren Kapitalmassen tendirt, desto weniger haben die kleinen und mittleren Kapitalisten Interesse an dem Kapitalbesitz, er gewährleistet ihnen immer weniger den Genuß arbeitslosen Einkommens; selbst Kapitalisten mit einem heute noch für ganz respektabel gehaltenen Kapital beziehen dann aus diesem ein Einkommen, das ihnen keine höhere Lebenshaltung gestattet, als den arbeitenden Proletariern. Die kleinen Kapitalisten sinken auf das Niveau des wirklichen Proletariers herab; „nur große aufgehäufte Kapitalmassen, die auch bei sehr niedrigem Gewinnsatz ihrer Größe wegen einen gehörigen (absoluten) Profit abwerfen, können sich im wirthschaftlichen Kampf noch behaupten, ... nur kartellistische Vereinigungen werden noch in der Lage sein, in der Produktion eine maßgebende Rolle zu spielen. .... „Die Klassengegensätze werden also immer weiter getrieben werden, und der Kapitalismus zimmert sich seinen eigenen Sarg. Durch seine eigene Entwickelung wird unvermeidlich die Profitrate, auf deren Höhe sein Wohlbefinden, auf deren Dasein seine Existenz beruht, dem Nullpunkt zugeführt" (C. Schmidt, l. c.), der kapitalistische Staat verendet und die sozialistische Gesellschaft muß ihre Thore öffnen, um den hungernden Kapitalisten Brot zu gewähren, Brot für wirklich geleistete, produktive Arbeit.

Krisen.

Während jedoch das Sinken der Profitrate in seiner Wirksamkeit auf die Vernichtung der kapitalistischen Wirthschaftsordnung dem Nagen des Wassers vergleichbar ist, das zwar langsam und unmerkbar, dafür aber unwiderstehlich die gewaltigsten Felsmassen stürzt, treten unter dem Regime des Kapitalismus als wesentliche Gefolgschaften desselben andere Erscheinungen auf, die mit elementarer Gewalt, gleich den Eruptionen eines Vulkanes, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ordnung stürzen. — Bei der Einführung der Maschinerie in die Produktion, bei der gewaltigen Entwickelung der modernen Technik war die Aufrechterhaltung der alten durch Zunftordnung, Bannrecht zc. beschränkten Produktion ein Unding, die freie Konkurrenz mußte sich mit Nothwendigkeit entwickeln, dadurch dem Kapitalismus seine wesentliche Signatur aufprägend.

Freie Konkurrenz und Krisen.

Die Bourgeoisie rechtfertigte seinerzeit das Prinzip der freien Konkurrenz mit der Begründung, daß bei freier Konkurrenz das Gesetz von Angebot und Nachfrage die richtige Vertheilung von Kapital und Arbeit, die Vertheilung in den einzelnen Produktionszweigen ausreichend und vollkommen regeln würde. Wo zu wenig Kapital in einem Produktionszweige angelegt sei, demgemäß also auch weniger erzeugt würde als zur Konsumtion nöthig sei, würden

[6]) Vergl. die Polemik über diesen Punkt in der Neuen Zeit, Bd. 4, pag. 481; Bd. 5, pag. 127; Bd. 6, pag. 164.

sich die kolossalsten Gewinne ergeben und demgemäß sich auch das flüssige Kapital dieser Produktion zuwenden, bis der Bedarf ausreichend gedeckt sei, und umgekehrt, so daß sich Alles in schönster Harmonie regeln würde. Rentirt sich das Kapital bei dem einen Unternehmen nicht, so zieht es der Kapitalist zurück und legt es in einem anderen an, wo er bessere Profite erzielen könne.

Auch für den Arbeiter habe diese freie Konkurrenz nur Vortheile im Gefolge. Bald ziehe er dahin, bald dorthin, wo er gerade bessere Arbeitsbedingungen fände, und eventuell habe er ja die Gelegenheit, sich jederzeit selbstständig zu machen und als Unternehmer selbst Profite einzustreichen.

Nun, heute wagt Niemand mehr die Phrase von dem Selbstständigmachen der Arbeiter diesen aufzutischen, um sie mit ihrer gedrückten Lage auszusöhnen, man kann heut' eben nur, wenn man im Besitz von Millionen ist, daran denken, in irgend einer Branche ein wirklich lebensfähiges Unternehmen zu begründen; aber immer noch spielt der Einwand der Bourgeoisie, daß die Freizügigkeit dem Arbeiter die Möglichkeit gewähre, seine Klassenlage zu verbessern, eine Rolle.

Wie schön sich auch diese Ausführungen der Bourgeoisie theoretisch ausnehmen, die prophezeite Ordnung und Harmonie kam in die Produktion nicht hinein, das Flüssigmachen des in einem Unternehmen angelegten Kapitals ist eben keine so einfache Sache. Die Produktion steigerte sich infolge der Konkurrenz, der Unterkonsumtion regellos in's Ungemessene. Krisen u. s. f. waren die nothwendige Konsequenz. Das System der freien Konkurrenz brachte das fortgesetzte Herabdrücken des Lohnes mit sich, so daß sich derselbe dauernd auf dem niedrigsten Niveau hält; „man schlägt den ganzen Kapitalprofit heraus aus einem Abzug vom normalen Arbeitslohn und kann den ganzen Mehrwerth dem Käufer schenken. Das ist das Geheimniß der erstaunlichen Wohlfeilheit der deutschen Ausfuhrartikel“ sagt Fr. Engels[7]), aber das Gleiche gilt auch für die inländische Konkurrenz. Die Seßhaftigkeit, der verschwindend kleine Besitz eines großen Theiles unserer Hausindustriellen, welcher durch eigene Bewirthschaftung einen minimen Ertrag giebt, wurde in infamster Weise als neues und wirksames Mittel der Ausbeutung fruktifizirt, und diente dazu, den Arbeitslohn und die Lebensstellung auch der andern Arbeiter Deutschlands unter dem Stande der anderen Länder zu halten. Die durch die Konkurrenzwuth begünstigte Vervollkommnung der Technik schuf die Armee der Arbeitslosen; die Krisen und Bankerotte führten denselben immer neue Bataillone hinzu. — Auf der anderen Seite steigerte sich das Mißverhältniß zwischen Mehrwerth (Profit) und dem zur nothdürftigsten Fristung

---

[7]) Fr. Engels, Zur Wohnungsfrage. Soz.-Dem. Bibl. XIII.

des Lebens knapp ausreichenden Lohne immer mehr und mehr, so daß man mit einiger Berechtigung behaupten kann, daß die Arbeiter heute im Durchschnitt etwa das Zehnfache von dem schaffen, was zur Erhaltung ihres Lebens nothwendig ist.

Von Gerechtigkeit ist da keine Rede, aber auch von keiner Ordnung. Die Krisen werden immer verheerender, die Absatzstockungen immer furchtbarer; immer schlimmer wird die Arbeitslosigkeit.

Darunter leiden aber nicht blos die Arbeiter, sondern auch die kleinen Besitzer, auch sie werden vollständig zermalmt. Wenn sie zur Zeit des guten Geschäftsganges noch einige Möglichkeit der Konkurrenzfähigkeit besitzen, so wird zur Zeit der Krisen zu ihrer technischen Inferiorität noch ihre finanzielle hinzutreten — die dazu noch durch die aus der gleichen Ursache fließende, verminderte Kaufkraft gesteigert wird — und die Kleinbourgeois werden hinabgedrückt auf das Niveau des Proletariats. —

Periodizität der Krisen.

Die Krisen und ihre Begleiterscheinungen aber sind von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar. „Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen nothwendig fieberhafte Produktion und darauffolgende Ueberfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Ueberproduktion, Krise und Stagnation. Die Unsicherheit und Unstetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus."[8])

Während aber Marx noch für den Zyklus der industriellen Produktion eine zehnjährige Periode annehmen konnte, verwischen die Perioden sich in der Gegenwart immer mehr und mehr. Mit der Ausbreitung und Vertiefung der internationalen Beziehungen nehmen von den verschiedensten Punkten der Welt aus die Fluthwellen der Krisen ihren Ausgangspunkt, die kaum beruhigten Wasser immer wieder von Neuem aufwühlend, so daß wir von einzelnen „Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Ueberproduktion, Krise und Stagnation" kaum mehr zu reden berechtigt sind — die Krise ist in Permanenz erklärt. Das ist die wahre Ursache „jenes unaufhörlichen Geknatters von Bankerotten, welches der bürgerlichen Gesellschaft so bänglich in die Ohren tönt." Als Reaktion gegen die wahnsinnige Ueberproduktion auf allen Gebieten mit einer Hand in Hand gehenden relativen Verminderung der Kaufkraft stellen sich Absatz- und Produktionsstockungen ein, die an der Höhe der verschiedenen Waarenpreise gegenüber den Lebensmittelpreisen gemessen werden können; und besonders Deutschland ist in der Gegenwart ein Beobach-

Die Krise in Deutschland.

[8]) Marx. Kapital, I. Bd. 3. Aufl., 465.

tungsfeld von typischer Ausbildung. Sein wirthschaftlicher Niedergang ist unverkennbar. Nichts ist charakteristischer hierfür als die Stellung der Preise für Kohle und Eisen, „die für die Industrie das sind, was das Blut für den Menschen."

In Zeiten des wirthschaftlichen Aufschwungs steigt rasch das Bedürfniß aller industriellen Betriebe nach Kohle und Eisen, in Zeiten des Niedergangs hält Jedermann Bestellungen neuer Maschinen und Werkzeuge zurück, bedarf daher wenig Eisen, es schränkt auch Jedermann seinen Betrieb möglichst ein, weshalb der Kohlenbedarf sinkt; dementsprechend sind in guten Zeiten die Preise von Kohlen und Eisen hoch, bei flauem Geschäftsgange niedrig.

Während im Jahre 1890 der höchste Preis der Tonne Gaskohle M. 17 betrug, war dieselbe Ende des Jahres 1891 um M. 12 zu haben. Magere Förderkohle erreichte im Jahre 1890 den Preis von M. 15, während sie Ende 1891 um M. 11 angeboten wurde. Die Tonne Kokes, für die 1890 M. 28 bezahlt werden mußte, wurde in den letzten Wochen 1891 um nur M. 9 verkauft. Ein Preisfall von M. 29 auf 9! Roheisen fiel auf dem Markte von M. 103 auf 51, Stabeisen von M. 180 auf 130 und Schienen von M. 175 auf 114½ pro Tonne![9])

Freilich ist der Durchschnittspreis des ganzen Jahres noch nicht unter das Niveau gefallen, das er hatte, ehe noch die Kartellirungsbestrebungen von Erfolg gekrönt waren. Amtlich notirten nämlich im Durchschnitt der Jahre (in Mark):[10])

	1891	1890	1889	1888	1887
Gaskohlen . . .	13	13,47	11,04	7,52	7,10
Flammkohlen . .	11	12,36	9,26	6,32	5,72
Fettkohlen . . .	9	10,72	8,47	6,04	5,63
Kokes	17	22	17	10,36	8,67

Natürlich haben diese Rückschläge in den Preisen auch auf die Bergwerksaktien gewirkt. Vergleichen wir zur Illustrirung der Krisis die höchsten Kurse der deutschen Montanwerthe im Jahre 1889 mit ihrem Tiefstande im November 1891, so finden wir, daß Harpener Bergwerksaktien von 308 auf 143, Hibernia von 252 auf 125, Gelsenkirchener von 213 auf 135, Bochumer (Baare!) von 272 auf 111, die der Laurahütte von 176 auf 101 und die Dortmunder Bergwerksaktien von 137 gar auf 53 fielen. Diese Aktien fielen also um mehr als die Hälfte ihres Kursstandes im Jahre 1888 in der kurzen Zeitspanne von zwei Jahren. Und dieses Schicksal mußte selbst das vielgerühmte Allheilmittel der Zukunft, die Elektrizität, theilen. Die Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sanken von 239 auf 139,50.

[9]) Dr. Ad. Braun in der „Münchener Post" vom 5. Januar 1892.
[10]) „Vossische Zeitung" vom 1. Januar 1892.

Und wie Industrie und Handel mit tausend Fäden miteinander verkettet sind, so wirkte die Stagnation in der Industrie naturgemäß auch auf die Kurse der deutschen Banken ein, die seit Ende 1889 einen gewaltigen Rückschlag erfuhren; so sanken z. B.[11])

	1889 31. Dez.	1890 31. Dez.	1891 14. Nov.	1891 31. Dez.
Diskonto Kommandit .	248,50	214,70	165	170
Darmstädter Bank . .	181,70	155	122,50	122,50
Deutsche Bank	173,40	158,60	141,20	148
Berl. Handelsgesellschaft	203,20	158,60	129	126,50
Dresdner Bank . . .	193	155,20	127	133,30

In ausländischen Werthen wurden ungeheure Summen verloren, argentiner Staatspapiere sanken von M. 91 auf 33, brasilianische Staatspapiere, die im Jahre 1890 einen Kurs von M. 86 hatten, notirten im verflossenen Jahr nur mit M. 64, mexikanische Staatspapiere sanken von M. 95 auf 61 u. s. w.[12]) Nur hieraus ist es zu erklären, daß sich das mobile Kapital im Inland anstatt industriellen Unternehmungen zuzuwenden, auf inländische Staatspapiere warf und so deren Kurssturz verhinderte. Es notirten nämlich[13])

Die Bedeutung der Staatsschulden.

	1889 31. Dez.	1890 31. Dez.	1891 31. Dez.
4proz. preuß. Konsols	106,10	105,10	106
3½proz. „ „	103,30	98,10	99,25
3proz. „ „	—	87	85,50

Nur so ist es zu erklären, daß die Emission von 450 Millionen Mark 3prozentige Reichs- und preußische Anleihe um das nahezu Fünfzigfache überzeichnet wurde. — Ist es nicht eine Bankerotterklärung der Gesellschaft optima forma, daß das Kapital nur noch in Staatsschulden sein Heil sieht, daß es jammert — wie in Nordamerika, — wenn die Staatsschulden abnehmen? Kann es einen augenfälligeren Widerspruch gegen die Logik des Kapitalismus geben, als daß er sich in einem schuldenfreien Staatswesen vis-à-vis de rien fühlt?[14])

Aber der Koloß auf thönernen Füßen arbeitet auch mit Allgewalt auf seinen Sturz hin, — die Staatsschuld verwandelt mit einem Schlage das unproduktive Geld in Kapital, aber die Verzinsung des Kapitals ist nur möglich durch Verpfändung der Staatseinkünfte,

[11]) „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Januar 1892, Zweites Morgenblatt.
[12]) Dr. Ad. Braun l. c.
[13]) „Frankfurter Zeitung“ l. c.
[14]) Vergl. die klassischen Auseinandersetzungen in Marx Kapital, I. Bd. 3. Aufl., pag. 780 ff. „. . . . Die Staatsschuld drückt der kapitalistischen Aera ihren Stempel auf. Der einzige Theil des sogenannten Nationalreichthums, der wirklich in den Gesammtbesitz der modernen Völker eingeht, ist — ihre Staatsschuld. Daher ganz konsequent die moderne Doktrin, daß ein Volk um so reicher wird, je tiefer es sich verschuldet. Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitals. Und mit dem Entstehen der Staatsverschuldung tritt an die Stelle der Sünde gegen den heiligen Geist, für die keine Verzeihung ist, der Treubruch an der Staatsschuld.“

in deren Mittelpunkt die Steuern, vor Allem die indirekten Steuern stehen (vergl. pag. 185 ff.), und die durch Anhäufung nach einander kontrahirter Schulden verursachte Steuererhöhung zwingt die Regierung, bei neuen außerordentlichen Ausgaben stets neue Anleihen aufzunehmen. Neue Steuern werden zur Deckung nothwendig, die Schraube ohne Ende ist in Rotation gerathen, die nicht eher aufhört, bis nicht die aufgesaugten Volksmassen sich selbst zu energischem Widerstande aufraffen — und dafür, daß diese Schraube nicht von selbst in Stillstand geräth, dafür sorgt schon der Militarismus, der, wie wir pag. 241 ff. gesehen, der ärgste Todfeind des Kapitalismus wird, das wuchernde Geschwür, das mit der immer kräftigeren Ernährung des Organismus selbst rapide fortwächst und schließlich den Kapitalismus erstickt. Die letzten Jahre haben wieder ungeheure Vermehrung der Militärlasten mit sich gebracht. In Deutschland beanspruchte der Militarismus folgende Summen:*)

Kapitalismus und Militarismus.

	1889/90	1890/91	1891/92	1892/93
Millionen Mark	601	747	542	664,5

Ganz außerordentlich hohe Summen hat Frankreich für Militärzwecke in den letzten Jahren verausgabt. Bis Ende 1887 waren für Kriegsmaterial gegen 2,28 Milliarden Francs verausgabt, im Jahre 1888 trat noch ungefähr eine Milliarde hinzu. Neben diesen Extraausgaben beliefen sich die ordentlichen Militärbudgets auf:[15])

	1888	1889	1890
Millionen Francs	537	551	553

Da kann es denn kein Wunder nehmen, daß zwölf europäische Staaten mit einer Einwohnerzahl von rund 350,1 Millionen eine Schuldenlast von rund 100 Milliarden Mark, die eine Zinslast von 3,5 Millionen Mark erfordern, aufweisen. Es entfallen an Schulden pro Kopf der Bevölkerung in:

Frankreich, Portugal, Italien, Oesterreich-Ungarn,
M. 659,3 M. 450,4 M. 323,8 M. 279,2
Spanien, Deutschland, Rußland.
M. 275,0 M. 201,1 M. 108,6

Das ist der Bankerott, die Krise in Permanenz, und die hohen Kurse der Staatsanleihen sind nur die verhüllenden Blumen vor dem gähnenden Abgrund. Der Boden am Rande aber ist schon locker und beginnt bereits zu wanken, denn an einem Punkte müssen die Völker des grausamen Spieles müde werden, aus ihren Leibern, aus der ihnen mit Gewalt verkürzten Nahrung den Schutzwall zu bauen. —

*) cfr. pag. 242.
[15]) „Vossische Zeitung" l. c.

Zunahme der Konkurse.

Ein weiterer Beleg für die Krise in Permanenz aber ist die stete Zunahme von Konkursen; es waren deren in Deutschland zu verzeichnen

im Jahre	anhängige	eröffnete
1883	5649	4688
1884	5342	4370
1885	5728	4627
1886	5912	4789
1887	5963	4897
1888	6357	5216
1889	6490	5263

Selbst die amtliche Bearbeitung spricht Angesichts dieser Thatsachen von „Anzeichen ungesunder wirthschaftlicher Zustände.“ Noch deutlicher wäre dies dem amtlichen Bearbeiter klar geworden, wenn die Veröffentlichungen für 1890 und 1891 schon vorlägen, in welchen Jahren nach Zeitungsstimmen die Konkurse eine weitere ungeheure Vermehrung erfahren haben. In welchem Umfange dies der Fall ist, kann man schon aus der Zahl der Zwangsversteigerungen für Gebäulichkeiten schließen; in Berlin mit Vororten, sowie in den folgenden für die Bauthätigkeit besonders in Frage kommenden Provinzstädten: Potsdam, Brandenburg, Stettin, Posen, Danzig, Königsberg i. Pr., Breslau, Görlitz, Magdeburg, Halle, Hannover fanden Zwangsversteigerungen statt

1888 : 384 1890 : 516
1889 : 412 1891 : **791**[16])

Man sieht, daß die Zersetzung der bürgerlichen Produktionsweise unaufhaltsam sich vollzieht, daß in dem tollen Getriebe der anarchistischen Wirthschaftsform, die heute besteht, ganze Hekatomben geopfert werden, dem Großkapital, dem Monstrekapital zu Nutz und Frommen, wie wir in dem nächsten Kapitel zeigen werden. —

Der Kapitalismus im Agrarierthum untergräbt gleichfalls seine materiellen Grundlagen.

Aber von allen Seiten beginnt der Kapitalismus seine wirthschaftlichen Grundlagen zu untergraben; ein anderer Midas, wird ihm Alles, was er berührt, nicht zu Gold, sondern zum Fluch. Mit Schutzzöllen sucht die Industrie, die Landwirthschaft sich zu umpanzern. Die Staaten führen einen Krieg gegeneinander bis auf's Messer; die MacKinley-Bill der Vereinigten Staaten hatte bereits die europäische Industrie auf die abwärtsführende schiefe Ebene gebracht, der in Aussicht stehende panamerikanische Staatenbund wird Europa vereisen und vergletschern lassen. Die Schutzzölle auf Lebensmittel zielen auf dieselbe Richtung mit noch viel merkbarerer Tendenz. Rud. Meyer führt in seiner bereits zitirten Arbeit aus:

„In dem Schlußkapitel eines der Bücher, die ich seit 1880 geschrieben, habe ich an den englischen Kornzöllen nachgewiesen, wie sie stets die Hoffnungen ihrer Urheber getäuscht und die

[16]) „Vossische Zeitung“ vom 30. Dezember 1891.

Befürchtungen ihrer Gegner gerechtfertigt haben. Das ist nun auch in Deutschland geschehen.

Der erste Kornzoll von M. 1 pro Meterzentner ist im Herbst 1879 in Kraft getreten, also für die Ermittelung des Werthes dieser Ernte noch nicht maßgebend. Herr von Neumann-Spallart berechnet diese letzte, vom Kornzoll noch unbeeinflußte Ernte zu 2440 Millionen Mark. Der Zoll wurde 1883 auf M. 3 erhöht, aber die Ernte des Jahres 1884 hatte trotzdem nur einen Werth von 2113 Millionen Mark! Natürlich — wer sich dafür interessirt, mag in meinem Buche nachlesen, daß genau derselbe Vorgang in England sich abgespielt hat — muß nun 1887 der Zoll auf M. 5 pro Meterzentner erhöht werden. Allein das Resultat ist höchst unbedeutend für die großen Grundbesitzer, denn der Werth der Ernte war vor- und nachher ziemlich derselbe und betrug 2316 Millionen Mark in 1886, 2172 Millionen Mark in 1887, 2224 Millionen Mark in 1888 und 2287 Millionen Mark in 1889. Die Hoffnungen der Gutsbesitzer sind durch den Kornzoll also nicht realisirt worden, er hat nicht einmal ein gewisses Sinken der Grundrente, soweit diese vom Geldwerth der Getreideernte abhängt, verhindern können." (Ohne die Getreidezölle wäre natürlich der Preis des Getreides um den entsprechenden Zollsatz gefallen, vergl. das Kapitel über die direkten und indirekten Steuern pag. 195 ff.)

„Den Gesammtpreis der Cerealienernte aber haben sie gegen den Weltmarktpreis um etwa ein Viertel erhöht, so daß die Grundbesitzer 5 bis 600 Millionen Mark jährlich mehr einnehmen als sie ohne dieselben thun würden, wovon den Großgrundbesitzern der Löwentheil zufällt ... Allein nur jene Großgrundbesitzer, bei denen der Besitz fideikommissarisch gebunden ist, oder bei denen es nur **einen** Erben giebt, haben bleibenden Nutzen daraus, selbst wenn die Zölle fallen sollten. Alle Uebrigen werden Schaden davon haben, weil bei jedem Erbgang oder Verkauf auf Grund der fiktiven, um za. 25 Prozent erhöhten Rente abgeschlossen wird, Miterben, die ausscheiden, oder Verkäufer ihren Antheil an dem fiktiven Rentenantheil in baarem Geld oder Hypotheken herausnehmen, so daß, sollte einmal der Zoll fallen, der Wegfall des ganzen, auf ihm beruhenden fiktiven Rentenantheiles den augenblicklichen Besitzer allein trifft. Heute hat nun seit künstlicher Hochhaltung der Grundrente vielleicht ein Drittel der Grundbesitzer gewechselt, wovon, würde der Zoll aufgehoben, die Hälfte oder ein Sechstel bankerott würde. „Haben aber erst alle Besitzer nach abermals zwölf Jahren gewechselt, so wird die Hälfte aller Grundbesitzer von Haus und Hof getrieben."*)

*) Die Domänenpachten in Preußen betrugen, wenn die von 1849 auf 100 gesetzt werden

1849 : 100	1879 : 256,33
1860 : 187,84	1890/91 : 280,22

Wie die Schutzzölle die abnorm steigende Tendenz der Grundrente bewirken, ist sehr einfach zu erkennen. Deutschland muß den Haupttheil seines Getreidebedarfes importiren (vergl. Seite 190 und 195), die Landwirthschaft wirft sich demzufolge auf die Bebauung minderwerthigen Bodens, und zwar in steigendem Umfang mit wachsender Bevölkerung. Der Preis des Getreides aber regulirt sich nach der auf dem schlechteren Boden aufgewandten Kulturarbeit. Die Differenz zwischen dieser und der geringeren für besseren Boden aufgewandten Arbeit bildet die Grundrente, die naturgemäß steigen muß, in je weiterem Maße immer schlechterer Boden zum Anbau herangezogen wird, also mit steigender Erschwerung der Einfuhr durch Schutzzölle. Sinken diese, wird die Einfuhr erleichtert, so rentirt die Bebauung schlechten Bodens natürlich nicht mehr und die Grundrente fällt auch für den besseren Boden rapide ab. Es tritt das ein, was Rud. Meyer ausgeführt hat. Da die Bestrebungen, die Lebensmittel zu verbilligen, aber in immer weiteren Kreisen Anklang finden, und da diesem Druck über Kurz oder Lang nachgegeben werden muß, so haben die Agrarier durch die Schutzzölle glänzend ihre selbstmörderischen Bestrebungen erfüllt; — das Kapital negirt sich selbst. —

Allein die Bourgeoisie merkt das Alles nicht, sie sieht nicht, daß sie einen Sysiphusblock wälzt; da sie sich mit anerkennenswerther Ausdauer immer und immer wieder in dem engen Kreise ihres Gesichtsfeldes herumdreht, glaubt sie immer weiter in der Kulturentwickelung vorwärts gekommen zu sein, wenn sie für sich momentane Vortheile errungen hat, bis ihr dann die jugendfrischen Elemente der Gesellschaft nachweisen, daß es nicht einmal ein Kreis, sondern eine rückläufige Spirale ist, auf der sich die bürgerliche Gesellschaft bewegt. — Tausende von Existenzen werden vernichtet, und nur Hunderte treten an ihre Stelle, das Kapital webt weiter an seinem Leichentuch, und dies bedeckt schon die Widerstandsunfähigsten seiner Genossen, die kleinen Produzenten, die kleinen Handwerker. An einer Stelle blüht und grünt freilich noch die Flur, trotz der immer weiter schreitenden Vergletscherung. Aber es ist nur ein künstlicher Frühling, ein Treibhausleben, erzeugt durch den in Winterkälte an einer Stelle glühenden Boden. Die Bourgeoisie sieht nur die hier blühenden Blumen und sprossenden Früchte, aber sie vergißt, daß es die Wärme des unter ihren Füßen grollenden Vulkanes ist, welche den trügerischen Frühling schuf. Immer weiter schreitet die Konzentration des Kapitals, mit eisigem Stillstand alle kulturellen Regungen bedrohend. Es schränkt in seinem Interesse die Produktion ein, damit nur wenige Riesenkapitalien einen Erfolg erzielen können; es schließt sich immer enger mit Seinesgleichen zusammen, in allen Gebieten die Produktion monopolisirend. Was dem Feudalismus, dem Zunftwesen gegenüber ein Fortschritt gewesen, die freie Kon-

kurrenz, hat seine Rolle ausgespielt, nachdem in aller Seelenruhe die großen Kapitale die kleinen todtgeschlagen haben.

Und der ehrsame Spießer, der die prahlerischen Giftpflanzen des Kapitalismus anstaunt, klimpert hoffnungsfroh mit seinen Dreiern in der Tasche, denn es ist ihm oft genug vorgelogen worden, daß es nur seines Fleißes bedarf, um zu derselben schwindelnden Höhe emporklettern zu können, wie seine erlauchten Vorbilder. Er denkt nicht daran, daß die besten Steiger einer Leiter von Leichen bedürfen, der Leichen Derjenigen, die bei der Jagd nach dem Glück gestürzt und zu Tode gekommen sind. Aber von diesen ungezählten Tausenden redet keine Geschichte, redet keiner der schellenlauten Harmonieapostel; sie sind versunken, vergessen. Nur die wenigen Auserwählten, die, durch den Zufall begünstigt, das ersehnte Ziel des kapitalistischen Eldorados erreichten, werden laut preisend gerühmt. —

Neubildungen in der Gesellschaft.

Die Trusts und Kartelle.

Die Krisen leiten zur Kartellbildung hin.

Bei dem regellosen Tohuwabohu der Produktion, bei dem fieberhaften und sinnlosen Konkurrenzkampf Aller gegen Alle, treten die wirthschaftlichen Konsequenzen mit so drastischer Deutlichkeit auf, daß die besten Steiger der Bourgeoisie es bald erkennen, daß die viel gepriesene freie Konkurrenz doch nicht das Panacee gegen wirthschaftliche Kalamitäten ist, daß im Gegentheil gerade sie es ist, welche mit Nothwendigkeit deren schroffste Formen, vor allem die Krisen erzeugte.

1873 Geburtsjahr der Kartelle.

Dann kommen die Großproduzenten, nachdem sie nach längerem oder kürzerem Kampf mit den Kleinen aufgeräumt haben, zu der Ueberzeugung, daß sie durch die steten Preisunterbietungen im Handel und in der Produktion sich schließlich selbst zur Konkurrenzunfähigkeit verdammen. Sie kommen zu der Ueberzeugung, daß nur eine Regelung der Produktion, der Preise, nicht der Kampf untereinander, sondern das Kartell sie selbst zu erhalten vermag. So sehen wir denn auch, wie nach den großen Krisen in den 70er Jahren allerorten Kartelle wie Pilze in die Höhe schossen; das Jahr 1873 war das Geburtsjahr der Unternehmerkoalitionen, wenn auch natürlich einzelne Kartelle zu bestimmten Zwecken, nach der Lage der Dinge, auch schon früher entstanden waren.

Vom Staate, der ja nur eine Interessengemeinschaft der Besitzenden darstellt, wurden diese Kartelle durch Schutzzölle, durch Vergünstigungen der Monopolisirungs-Bestrebungen, durch Frachtentariferleichterungen — alles Maßnahmen, die sich in erster Linie gegen die ausländische Konkurrenz richten — thatkräftig gefördert. —

Vorbedingung für die Kartelle sind die Aktiengesellschaften.

Die wesentliche Vorbedingung für die Entstehung der Kartelle aber sind die modernen Aktiengesellschaften, in denen das Kapital jedes Persönliche abgestreift hat. „Die Individualität ist völlig ausgelöscht in diesem Zusammenflusse von Produktionsmitteln, welche ihre Aufgabe im ökonomischen Prozesse mit größerer Intensivität und mit mehr Erfolg durchführen, als die atomisirten Einzelkapitale“ [17]).

Entwickelungsformen der Kartelle.

Konform ihrer Entstehungsgeschichte, um der übermäßigen Konkurrenz, der Preisschleuderei vorzubeugen, sind die ersten Formen der Kartelle zumeist lediglich lose, auf bestimmte Zeit geschlossene Vereinigungen von Großproduzenten zur Fixirung des Preises oder zur theilweisen Beschränkung der Produktion. — Da es den einzelnen Kapitalisten aber immer zu sehr an dem nöthigen Solidaritätsgefühle gebricht, sind die Kartelle dieser Art meist von nur geringem Bestand und sehr bald stellt sich das Bedürfniß nach vollständiger Regelung der Produktion, nach planmäßiger Vertheilung der Absatzgebiete, nach Gründung gemeinsamer Verkaufsstellen und last not least nach Erschwerung jeder Handlung aus Sonderinteressen durch Hinterlegung bedeutender Kautionssummen heraus.

An dem Beispiel der Staßfurter Kalikonvention hat Schoenlank in mustergültiger Weise die charakteristische Entstehungsgeschichte der Kartelle gezeichnet. [18])

Ebenso war z. B. der Verband deutscher Walzwerke ursprünglich nur ein reines Verkaufskartell. — Als in den 70er Jahren jedoch zahlreiche neue Erfindungen der Eisenindustrie einen mächtigen Aufschwung verliehen, stellte sich eine so gewaltige Ueberproduktion ein, daß selbst große Kapitalisten zu Grunde gingen; durch die Noth gezwungen, schlossen sich die einzelnen Walzwerke zusammen, um feste Preise zu erzielen; so entstand der Walzwerkverband in Schlesien, in Rheinland-Westphalen. Als die Preiskonvention allein nicht genügte, wurde seit 1887 auch die Produktion geregelt, so daß nunmehr nur noch nach der Marktlage produzirt wird. Einzelne Walzwerke wurden direkt aufgekauft und der Betrieb in denselben eingestellt. Auf diese Weise gelang es durch verschiedene Manipulationen, den Preis der Tonne von M. 85 auf M. 115 in die Höhe zu treiben. Für die geringe Zahl von Walzwerken resultirte daraus — trotz der geringeren Gesammtproduktion — ein jährlicher Gewinn von za. 18 Millionen Mark und einschließlich einer Reihe von Nebengewinnen, die aus der Vereinfachung des Verkaufs, aus dem Fortfall von Spesen sich ergeben, ein Gesammtgewinn von etwa 21 Millionen Mark jährlich.

Noch viel beträchtlicher sind die aus den Kohlenkonventionen sich ergebenden Gewinne, sie erreichen wohl das Doppelte und Dreifache der Gewinne des Walzwerkverbandes.

---

[17]) cfr. Schoenlank, Die Kartelle, Braun's Archiv, 3. Bd. pag. 492.
[18]) l. c. pag. 504.

Aber die Kartelle beschränken nicht blos die Produktion der Werke, sondern sie streben immer mehr die Verschmelzung der einzelnen Werke miteinander an — was heute, wo das Kapital in einzelnen Aktienunternehmungen angelegt ist, von individuellen Besitzern also kaum geredet werden kann, keine besonderen Schwierigkeiten mehr macht. —

Die Kartelle leiten zur Monopolisirung der Produktion hin.

In Amerika vor Allem ist diese Verschmelzung gang und gäbe. Die Kartelle leiten auf diese Weise direkt zur vollständigen Monopolisirung der Produktion hin. So haben sieben Gesellschaften, deren geheime Verbindung untereinander übrigens ziemlich wahrscheinlich ist, wenn es auch nicht offen eingestanden wird, den ganzen pennsylvanischen Kohlenbergbau, der im Stande wäre, die ganze Welt mit Kohlen zu versorgen, in den Händen. Die Entstehung des pennsylvanischen Kohlenbergbau-Monopols ist äußerst interessant. Der Abbau der Kohlen in Pennsylvanien ist mit wenigen Kosten verbunden, die Erträgnisse sind sehr groß. Als die Kohlenfelder entdeckt wurden, warf sich eine große Zahl von kleinen Kapitalisten auf den Kohlenbau. Aber durch die Konkurrenz, die sie sich untereinander boten, hatten nur die großen Eisenbahngesellschaften den Vortheil davon; ein Kleinkapitalist fraß immer den Anderen auf, bis die heute vorhandene Monopolisirung, begünstigt durch die Eisenbahngesellschaften, zu Stande kam.

Wie das kapitalistische Monopol schaltet und waltet.

Die Kohlenkönige sind in der Lage, ganz nach Belieben den Preis in die Höhe zu schrauben und zwar mit einer solchen Willkür, daß in unmittelbarer Nähe der Kohlenwerke der Preis der Kohlen ein unerschwinglicher ist, daß in New-York, in den Seestädten, wo die ausländische Konkurrenz in das Spiel kommt, durch Unterstützung der Eisenbahngesellschaften der Kohlenpreis geringer ist als in den Kohlendistrikten, wo eine ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten ist.

Interessant ist eine Darstellung der Konsequenzen dieser unnatürlichen Zustände, wie sie von einer ganz unverdächtigen Persönlichkeit dargestellt werden, und der der Eindruck, übertrieben zu sein, noch dadurch benommen wird, daß sie von einem Hochtoryblatt, der „Nordd. Allg. Ztg.", unter der Aera Bismarck abgedruckt worden war.

Die in Wien erscheinende Wochenschrift „Das Handelsmuseum" veröffentlichte in einer besonderen Beilage die kommerziellen Berichte der kaiserlich-königlich österreichisch-ungarischen Konsularämter.

Besonderes Interesse ruft ein auf das 4. Quartal des Jahres 1889 bezüglicher Bericht aus Chicago deswegen hervor, weil er ein interessantes Streiflicht auf jene Segnungen wirft, welche das Prinzip der freiesten Konkurrenz, dementsprechend keine staatliche Intervention in wirthschaftlichen Angelegenheiten statthaft sein soll, in seinen Konsequenzen zu schaffen vermag. Wir lesen nämlich in diesem Berichte folgende interessante Darlegungen:

„Die Vereinigten Staaten besitzen in Pennsylvanien so viele Hartkohlen, daß sie damit die ganze Welt auf unabsehbare Zeit hinaus versorgen könnten, und überall im ganzen Lande unermeßliche Vorräthe an Weichkohlen. Trotzdem herrscht hier bittere Kohlennoth. Wo noch Kohlen zu haben sind, da ist ihr Preis doppelt so hoch, wie er sein müßte, wenn die Kohlenbergwerke nicht in den Händen eines Monopols wären. Und wo nicht Kohlentheuerung herrscht, da herrscht Kohlenmangel. Im ganzen Ohiothale fehlt es an Kohlen. Im Westen sind viele Farmer aus Mangel an Heizmaterial mit dem Tode durch Erfrieren bedroht. In Kansas trieb sie die Verzweiflung dazu, Kohlenzüge auf der Eisenbahn anzuhalten und zu plündern. Wir stehen erst im Beginn des Winters und es wird wahrscheinlich noch schlimmer werden, als es schon ist.

„Die Kohlengräber im Susquehanna-Thal in Pennsylvanien „streiken" seit sechs Wochen und haben den ganzen Sommer hindurch periodenweise gestreikt. Und jetzt drohen die Kohlengräber im Schuylkill-Bezirk mit einem allgemeinen Streik. Und an diesem unnatürlichen Zustande sind nicht etwa die Kohlen*arbeiter*, sondern die „Kohlen*könige*" schuld. Die Kohlennoth ist eine künstlich hervorgerufene. Das Kohlenmonopol *will* Streiks. Es ist das ein Theil seines kolossalen Raub- und Erpressungssystems. Würden die Kohlengräber jahraus, jahrein regelmäßig arbeiten, dann würden mehr Kohlen produzirt, als es dem Monopol lieb ist. Die Verbrecherpolitik des Kohlenringes liegt klar zu Tage. Wenn immer nach Berechnung der Monopolisten „genug" Kohlen gegraben sind, dann tritt sicher eine Herabsetzung der Löhne ein, auf welche natürlich sofort ein Streik folgt. Dann steigern die Besitzer der Kohlengruben den Kohlenpreis nach Belieben. Dabei hat sich der „Kohlenring" die Armeen der Kohlengräber, die zum größten Theil kontraktlich aus Europa importirt wurden, um sie jedesmal als Trumpf gegen die einheimischen Streiker auszuspielen, durch bedingungsweise Ansiedelung und Einquartirung, durch das fluchwürdige Trucksystem (Waarenannahme statt Lohn 2c. 2c.) und durch Hungerlöhne zu Sklaven gemacht, die zwar fortwährend, aber immer doch nur aus bitterer Noth streiken.

„Trotz der allgemeinen Entrüstung setzen die sieben Eisenbahnkönige, die sämmtliche Kohlenbergwerke in Pennsylvanien besitzen, ihr Raubgeschäft fort, und die bestehenden Gesetze, welche Eisenbahngesellschaften den Besitz und Betrieb von Kohlenbergwerken verbieten, werden aus unerklärlicher (?) Ursache nicht durchgeführt."

Für einen anderen als den österreichischen Generalkonsul dürften die Ursachen nichts weniger als unerklärlich sein!

Die Monopolisten wissen es sehr wohl, daß hohe Kohlenpreise nur erzeugt werden können, wenn eine Kohlennoth vorhanden ist, und das wird mit einer für den Kapitalismus charakteristischen

Niedertracht erreicht. Die Arbeiter müssen nicht blos das aus den grauenhaften Verhältnissen entspringende Elend, die Bedrückung u. s. w. tragen, man vermindert auch ihren Lohn bis auf das allerniedrigste Niveau. Wiewohl ausreichend Arbeitskräfte vorhanden sind — freilich nicht so anspruchslose wie in Europa — lockt man gewaltige Arbeitermassen, und zwar die rückständigsten Elemente Böhmens, Polens 2c. nach den Kohlendistrikten.

Nun ist man in der Lage, infolge des Ueberangebotes der Arbeitskräfte den Lohn nach Belieben herabzusetzen: Man zwingt den Arbeitern den Streik direkt auf. — So wälzen die Kohlenkönige die Schuld der gewaltigen Preissteigerung auf die Arbeiter ab. „Wir wollen ja gern produziren und billiger verkaufen", so vertheidigen sie sich, „aber Ihr seht es ja selbst, daß bei uns gestreikt wird, wir haben keine Arbeitskräfte, die Vorräthe gehen zu Ende, kein Wunder, daß der Kohlenpreis in die Höhe schnellt." Und gleichzeitig erzeugt das Kapital unter den Arbeitern das gräßlichste Elend, wogegen selbst die grausigsten Darstellungen aus Zola's „Germinal" verblassen.

Alle Kaufläden, die Schlächtereien und Bäckereien gehören den Unternehmern, das erbärmlichste Trucksystem lastet auf dem Arbeiter. In der sonst öden Gegend, fern ab von den großen Städten, haben die Bergwerksgesellschaften auch die Arbeiterwohnungen selbst errichtet. Nun streiken die Arbeiter; erbarmungslos werden sie exmittirt, auf die Straße gesetzt und dem Hunger preisgegeben, wenn sie sich nicht der Hungerfuchtel fügen und nicht bedingungslos den Vorschriften der Gesellschaften sich unterwerfen — und der Kapitalist behält dabei seine heuchlerische Maske vor Gesicht und erklärt: er habe ja die Arbeiter nicht aus der Arbeit gedrängt, sie seien allein gegangen, sie hätten ja den Streik begonnen. Das ist die souveräne Gewalt des monopolisirten Kapitals! —

Unterstützung der Kartelle durch Schutzzölle.

In Amerika sind es die Privatbahnen, durch welche die Kartelle und Trusts liebevolle Unterstützung erfahren, in Deutschland ist es der Staat selbst.

Der gefährlichste Feind der inländischen Kartelle ist die ausländische Konkurrenz.

Je weniger Interessenten auf dem Markt in Frage kommen, um so leichter ist eine Vereinigung zu schaffen. Die ausländische Konkurrenz muß deshalb durch unerschwinglich hohe Eingangszölle vom Inlandsmarkt ferngehalten werden. So sehen wir denn auch, wie in allen Ländern mit einigermaßen entwickelter Industrie, in Amerika, in Frankreich, in Deutschland, in Oesterreich, — England mit seiner freihändlerischen Vergangenheit macht davon einzig eine Ausnahme — durch unübersteigliche Zollschranken die ausländische Konkurrenz zu Boden gedrückt wird — und wenn die Eingangszölle nicht ausreichen, tritt noch durch Eisenbahn-Differenzialtarife eine

Unterstützung der Kartelle durch Verminderung der Frachttarife.

weitere Vergünstigung hinzu. So bewilligte man den Kohlenkartellen die denkbar billigsten Frachtsätze. Aus dem Ruhr-Revier kann die Kohle billig transportirt werden und es versorgt so die deutschen Hafenstädte mit Kohlen, gegen welche die englische Kohle trotz des billigen Seetransports nicht aufkommen kann. Während früher die Fracht aus dem Ruhr-Revier bis nach Hamburg per Tonne M. 9 betrug, setzte der Staat die Fracht auf M. 4 und einige Pfennige herab. Die Kohlenbarone haben auf diese Weise garnicht mehr zu fürchten, daß ihnen das Ausland die Preise vorschreibt. Die großen Kohlenzechen brauchen sich nur unter sich zu verständigen und können den Preis für den Inlandsmarkt nach ihrem Belieben stellen. Und das haben sie denn auch so redlich ausgenutzt, daß die Preise für Kohlen um 100 Prozent gestiegen sind — momentan allerdings wieder, wegen des Darniederliegens der Industrie, etwas heruntergegangen sind (vergl. pag. 273).

Direkte staatliche Unterstützung der Kartelle.

Aber der Staat hat noch viel direktere Mittel, um die Kartelle zu begünstigen.

Seit 1887 ist das neue Branntweinsteuergesetz in Kraft. Vorher war zu viel Schnaps produzirt worden, so daß die Schnapsproduktion durchaus faul war; die Agrarier waren gezwungen, unter sich die Produktion zu regeln. Aber für ein richtiges Agrariergemüth ist ein hieraus erwachsender Profit noch lange nicht genug. Der Staat sollte eben helfen. Durch Liebesgaben that er es auch ausreichend. Im Reichstage setzten es die Agrarier durch, daß die Steuer auf Spiritus auf M. 70 festgesetzt wurde, aber mit der Maßgabe, daß Derjenige, der nur für den unmittelbaren Konsum seines Absatzrayons produzirte, nur M. 50 Steuer zahlen sollte. Die Produktion ist also von Staatswegen beschränkt, und diese Beschränkung wurde noch dadurch verstärkt, daß Jeder, der eine neue Brennerei eröffnete, M. 70 Steuer zahlen sollte. Dadurch hielten die Großschnapsbrenner sich die inländische Konkurrenz und die Ueberproduktion von anderer Seite vom Leibe. Aber die höheren Steuern sind auch die Quelle der staatlichen Liebesgaben. Denn der Preis richtet sich natürlich nach dem höheren Steuersatz und jeder Großbrenner erhielt per Hektoliter M. 20 Extravergütung. Die auf diese Weise eingeheimsten Liebesgaben werden auf nicht weniger als 41 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Patriotismus des Kapitals.

Zum Dank für dieses Entgegenkommen wird dafür der Staat natürlich auch in entsprechender Weise geschröpft. Ein Beispiel sei hierfür angezogen: Im Jahre 1887 waren von der Magdeburger Eisenbahndirektion 8600 Tonnen Schienen im Wege der Submission zu vergeben. Die inländischen Großprodnzenten forderten per Tonne M. 6 mehr als die englische Konkurrenz. Und dies, obwohl die Engländer zunächst ganz andere Transportkosten, ferner M. 25 Eingangszoll zu bezahlen hatten.

Der Profit — außer dem reinen Unternehmergewinn, der von den Arbeitern durch Mehrwerthauspressung gewonnen war — wurde also noch um M. 215 000 Zollersparniß und um M. 51 600 infolge des höheren Preises, also zusammen um M. 266 600 gesteigert, die Transportkosten noch nicht mit eingerechnet. Um diese Summe haben die deutschen Unternehmer also den Staat geprellt. Und daß dies auch in der That absoluter Reingewinn ist, geht schon daraus hervor, daß die deutsche Industrie ihre Schienen nach England, nach dem Ausland überhaupt billiger liefert, als für das Inland, — aber das ist auch ganz erklärlich. Das Kartell hat die Konkurrenz im Inlande unmöglich gemacht, dasselbe ist in der Lage, die Preise nach Gutdünken zu fixiren. Im Auslande aber sind die Kartellbrüder nicht mehr unter sich und haben den Kampf mit der ausländischen Konkurrenz aufzunehmen. Krupp, dessen Riesenbetrieb die Konkurrenz mit jedem Kartell aufnehmen kann, lieferte zur selben Zeit, da er von der preußischen Eisenbahnverwaltung Schienen frei ab Bochum M. 145 verlangte, dieselben Schienen nach Rumänien zoll- und frachtfrei Galatz zu M. 111,60. — Am 2. Januar 1892 fand in Breslau eine Submission statt, bei welcher die schlesischen Werke M. 118, die rheinisch-westphälischen Werke M. 115 bis 117½ für die Tonne Schienen ab Werk verlangten. In denselben Tagen schlossen die rheinisch-westphälischen Werke, wie die „Vossische Zeitung" berichtet,[19]) die Lieferung von 40 000 Tonnen Schienen nach Süd- und Mittelamerika zu M. 83 frei Bord Antwerpen oder Rotterdam ab. — Rechnet man die Fracht nach Antwerpen mit M. 5 für die Tonne an, so liefern die deutschen Werke mit M. 115 bis 117½ dieselbe Waare, die sie an das Ausland mit M. 78 abgeben!

Obwohl nun einschließlich Fracht und Zoll die ausländischen Werke M. 30 bis 32 auf die Tonne mehr zu tragen haben, so bieten sie im Allgemeinen ihre Waare in Deutschland zu wesentlich günstigeren Bedingungen an, als deutsche, kartellistisch verbundene Werke. So wurde denn auch die letzte Lieferung von 10 000 Tonnen für Bromberg an englische Werke vergeben, welche für die Tonne noch M. 10 weniger forderten als die deutschen. Die Eisenbahnverwaltung sparte hier M. 100 000 und der Reichsfiskus gewann M. 250 000 Zoll, um welche sonst Deutschland betrogen worden wäre.*) — Solche Zustände erheischen natürlich dringende Abhülfe, denn wenn es weiter so geht, ist natürlich . . . der Bestand der Kartelle gefährdet. Und da das Interesse der Staaten erst in zweiter Linie kommt, so ist auch das „Wie" der Abhülfe bereits gefunden — aus den nationalen Kartellen müssen sich internationale bilden;

[19]) „Vossische Zeitung" Nr. 17 vom 12./1. 1892.

*) Nach einer anderen Meldung soll übrigens der Eisenbahnminister doch den deutschen Werken den Zuschlag gegeben haben, „um die deutsche Industrie zu schützen": das Reich ist ja in der Lage, den „Patriotismus" der Baare und Konsorten mit M 350 000 extra zu belohnen.

so ist dem Kapital im Inland und im Ausland geholfen — der Konsument kommt natürlich überhaupt nicht in Frage.

Wie die „Eisenzeitung" mittheilte[20]), mußte im Jahre 1889 nach der damaligen Preisstellung für deutsches Stabeisen in Kopenhagen der deutsche Konsument M. 30 bis 40 mehr bezahlen als der dänische Abnehmer; die bayrische Staatseisenbahn-Verwaltung sah sich Ausgangs 1889 gezwungen, eine umfangreiche Lieferung an ein ausländisches Etablissement zu vergeben, da die kartellirten deutschen Werke da M. 377 bis 378 forderten, wo jenes sich mit M. 310 begnügte, obwohl der fast 16 Prozent des Werthes ausmachende Zoll von M. 3 für den Doppelzentner dabei eingeschlossen ist; und es doch — wie auch das erst aufgeführte Beispiel zeigt — bekannt ist, daß bei staatlichen Submissionen durchgehends die Angebote der deutschen Industrie begünstigt werden.

Für Thomasschlacke, die ein wichtiges Düngemittel ist, betrug 1887 für 200 Zentner bei 20 Prozent Gehalt Phosphorsäure der Preis M. 310 ab Peine. Nachdem die Düngerfabriken ein Syndikat geschlossen, stieg der Preis für die Landwirthe allmälig von M. 360 im Jahre 1888 auf M. 420, 460, 480, 500 und Ende 1889 auf M. 510, während nach Holland frei Rheinschiff Rotterdam 17prozentige Waare zum Preis von M. 290 per 200 Zentner angeboten wurde, allerdings unter der Bedingung, daß die Thomasschlacke nicht wieder nach Deutschland zurückverkauft werden dürfte. Man erwog infolgedessen ein Ausfuhrverbot, aber der Sturm legte sich sehr bald, indem man sich daran erinnerte, daß der Staat, der sich selbst am Kalisyndikate betheiligte, die Bernsteinproduktion an eine einzige Königsberger Firma verpachtet hatte, nicht gut hier gegen seine eigenen Handlungen Front machen konnte.[21])

Also: entweder sind es nur einige wenige Produzenten, die sich über die Verkaufspreise leicht einigen können, oder aber, wenn dies nicht der Fall ist, und die ausländische Konkurrenz in Frage kommt, da tritt der Staat mit in Wirksamkeit und scheucht die ausländische Konkurrenz zurück durch Zölle, durch Liebesgaben, durch Ermäßigung der Frachten (für den Arbeiter, der auch gern einmal reisen möchte, die Eisenbahntarife herabzusetzen, daran denkt der Staat nicht).

Bei den Vortheilen, welche die Kartelle dem Großkapital bieten, kann es kein Wunder nehmen, daß immer mehr in allen Branchen Vereinigungen der Großkapitalisten hervorwachsen. Da machen sie nicht mehr selbst Konkurrenz, kämpfen nicht mehr untereinander um ihre Existenz, sondern sie kämpfen mit den Konsumenten, mit den Arbeitern. Gegen die Letzteren einmal dadurch, daß sie ihnen aus ihrer Arbeit Mehrwerth herauspressen und auf der anderen Seite,

---

[20]) Schoenlank l. c. pag. 524.

[21]) A. Steinmann-Bucher bringt in Schmoller's Jahrbuch, XV. Jahrg., 2. Heft, eine Fülle von Belegen für die durch Kartelle erzielten Preissteigerungen.

indem auch die Arbeiter als Konsumenten in erster und hauptsächlichster Linie in Betracht kommen. Aber durch diese doppelte Einwirkung auf den Arbeiter: 1. durch Herabsetzung des Lohnes, 2. durch grenzenlose Vertheuerung der Konsumtionsartikel, wird der Arbeiter immer weniger in der Lage sein, das zu kaufen, was er gern möchte und immer mehr werden sich demgemäß die Kartelle und Bündnisse einstellen.

So sehen wir denn auch in allen Staaten die Kartelle wie Pilze in die Höhe schießen. Von hier aus bis zu den internationalen Kartellen ist nur noch ein Schritt, der um so leichter gethan wird, je mehr die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt in Frage kommt.

Statistik der Kartelle.

Herr F. Großmann hat in Schmoller's Jahrbuch XV., 1., pag. 274 eine sehr dankenswerthe Statistik über die in Deutschland bestehenden Kartelle zusammengestellt, die von bedeutendem Interesse ist, wenn Herr Großmann auch ziemlich unkritisch die verschiedenen kartellistischen Vereinigungen durcheinander wirft. Die Uebersicht wird durch die folgende Tabelle gegeben.

	1887	1888	1889	1890
1. Kohlenindustrie:				
a) Es bestehen Kartelle . .	3	4	5	5
b) Es bilden sich neue Kartelle	1	2	—	5
c) Es lösen sich auf Kartelle	—	1	—	1
2. Eisenindustrie:				
a)	9	21	18	30
b)	12	4	13	1
c)	—	7	1	1
3. Metallindustrie exkl. Eisen:				
a)	2	4	5	4
b)	2	1	2	—
c)	—	—	3	—
4. Chemische Industrie:				
a)	13	22	21	28
b)	10	2	11	4
c)	1	3	4	—
5. Industrie der Steine und Erden:				
a)	12	14	18	27
b)	3	6	9	2
c)	1	2	—	—
6. Textilindustrie:				
a)	2	3	5	13
b)	1	2	8	3
c)	—	—	—	—

7. Papier- und Leder-Industrie:		1887	1888	1889	1890
	a)	1	2	5	5
	b)	1	3	2	8
	c)	—	—	2	—
8. Holz- u. Schnitzindustrie:					
	a)	—	—	—	4
	b)	—	—	5	—
	c)	—	—	1	—

Summa:

	1887	1888	1889	1890
a)	42	68	67	92
b)	30	20	50	23
c)	2	13	11	2

Sonach	Zahl der Kartelle.	Davon hören auf.	Bleiben.
1887	72	2	70
1888	88	13	75
1889	117	11	106
1890	119	2	117

Und über die in den übrigen Staaten bestehenden Kartelle bringt Schoenlank in seiner bereits zitirten Arbeit die folgende Uebersicht der „Industrie“:

	1888	1890
Nordamerika . . .	21	59
Oesterreich-Ungarn .	18	599
Großbritannien . .	10	28
Belgien	6	8
Rußland	3	6
Frankreich	4	6
Skandinavien . . .	3	5
Italien	?	2
Asien	3	?
Schweiz	2	3
International . . .	11	11

Volkswirthschaftliche Bedeutung der Kartelle.

Welche immense volkswirthschaftliche Bedeutung die Kartelle und Vereinigungen haben, kann man am besten an dem amerikanischen Whisky-Trust erkennen, der als typisch für den Entwickelungsgang gelten kann, den die kapitalistische Wirthschaftsform einschlägt. Der Whisky-Trust umfaßte mehr als 80 Brennereien, früher, als dieselben nur zu einem Pool vereinigt waren, beschränkten sie die Produktion einmal auf 40 Prozent, ein anderes Mal auf 28 Prozent ihrer normalen Leistungsfähigkeit, um den Markt nicht zu überlagern.[22])

[22]) Jeremiah W. Jenks. Die Trusts in den Ver. Staaten. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, 1. Bd., pag. 3.

Aber nachdem der Trust geschlossen war, stellte derselbe den Betrieb von 68 Fabriken ganz und gar ein und hielt ihn nur noch in zwölf der besteingerichteten Fabriken aufrecht. Das ist eben das charakteristische Merkmal für die Trustverbindungen; um die todten Kosten zu ersparen, welche der Betrieb in 80 Fabriken an Arbeitermaterial, an Direktoren, Ingenieurgehältern, Spesen, Wohnungsmiethe, Unterhaltungskosten u. dergl. m. mit sich bringt, werden nur die besten Unternehmungen ausgewählt und in vollem Betriebe erhalten, und das angeführte Beispiel zeigt, daß die zwölf Brennereien genügten, um denselben Gewinn zu erzielen, den vorher das in 80 Brennereien umlaufende Kapital erbrachte. — „Alle größeren Trusts, wie der Standard Oil, der Cotton Oil, der Cotton Bagging und der Suggar-(Zucker)Trust haben dieses System, nach welchem die schwächeren Unternehmungen ganz geschlossen, und nur die leistungsfähigeren fortgeführt werden, angenommen, und hierdurch an Kapital und Arbeit gespart."*)

Das ist der Entwickelungsgang, den wir bei allen Kartellen vor sich gehen sehen. Bei der immer weiteren Ausdehnung, welche die Aktienunternehmungen**) gewinnen, ist es nicht schwierig zu erreichen, daß dadurch, daß die einzelnen Aktionäre ihre Aktien zusammenwerfen, der Einzelbetrieb immer mehr und mehr von der Koalition abhängig gemacht wird — bei Privatbesitzern zwingt der immer geringer werdende Profit zur Aufgabe der Selbstständigkeit — der Einzelbetrieb wird, falls er überhaupt nicht eingestellt wird, zur bloßen Filiale des Gesammtunternehmens, die Profite aller Einzelunternehmungen werden, wie bei dem Whiskytrust erkennbar,

*) Jenks l. c. pag. 9.

**) Die Zahl der Aktiengesellschaften und ihre ökonomische Bedeutung, gemessen an dem Aktienkapital, wird nach der „Frankfurter Zeitung" vom 5. Januar 1892 durch folgende Tabelle illustrirt:

Aktiengesellschaften in Deutschland.

	Zahl der gegründeten Gesellschaften	Aktien-Kapital insgesammt	Aktien-Kapital durchschn. auf jede Gesellschaft		Zahl der gegründeten Gesellschaften	Aktien-Kapital insgesammt	Aktien-Kapital durchschn. auf jede Gesellschaft
		Millionen Mark				Millionen Mark	
1891	160	90,24	0,56	1880	97	91,59	0,94
1890	236	270,99	1,16	1879	45	57,14	1,27
1889	360	402,54	1,12	1878	42	13,25	0,32
1888	184	193,68	1,05	1877	44	43,42	0,99
1887	168	128,41	0,76	1876	42	18,18	0,43
1886	113	103,94	0,92	1875	45	45,56	0,83
1885	70	53,47	0,76	1874	90	105,92	1,18
1884	153	111,24	0,72	1873	242	544,18	2,25
1883	192	176,03	0,92	1872	479	1477,73	3,85
1882	94	56,10	0,60	1871	207	756,76	3,65
1881	111	199,24	1,80	vor 1871	235	2073,89	8,82

in einen Fonds vereinigt, es entsteht ein einziges Riesenunternehmen, gegen welches jede Einzelkonkurrenz von vornherein aussichtslos ist.

Wie die Kartelle auf den Zwischenhandel wirken.

Durch die gleichzeitige Gründung von Verkaufsstellen verliert auch der Handel, wenigstens zunächst der Großhandel, an Bedeutung. Im Handelsgewerbe entstehen zwar auch Ringe und Kartelle, die zunächst einen gewissen Gegensatz zu den Produktionsringen einnehmen, aber entweder lösen sich diese Ringe infolge eines Kraches bald auf, wenn die Produzenten, ohne Rücksicht auf die Spekulationsringe selbst verkaufen (Kupferring), oder die Handelsringe werden mit als Glied in das Kartell hineingezogen. — So liegt die Petroleumversorgung Deutschlands in den Händen zweier Häuser in Hamburg und Bremen, welche gewissermaßen nur die Agenten des Standard Oil Trust sind.[23]) Große Petroleumtanks, in Hamburg, Bremen, Stettin und neuerdings auch in Berlin projektirt,[24]) nehmen das in Tankschiffen von Amerika verfrachtete Petroleum auf, von wo aus es direkt in die Hände der Detailhändler übergeht. — Durch den Faßzoll begünstigt der Staat auch hier wieder die Monopolisirungsbestrebungen.

Die Kohlenförderung Oberschlesiens wird durch eine kleine Zahl großer Handelshäuser vertrieben, die ihre Angebote nach Vereinbarung treffen, und die in direkten Beziehungen mit immer den nämlichen Kohlenbergwerken stehen. Bei der am 7. Januar 1891 bei der Eisenbahndirektion Bromberg stattgefundenen Verdingung von 50000 Tonnen Steinkohle zur Lokomotivfeuerung gingen von 6 Händlern Angebote ein, die zusammen nur wenig die ausgeschriebene Menge überschritten und in den Preisen eine auffallende Uebereinstimmung zeigten.[25]) Steinmann-Bucher, ein ganz besonderer Kartellschwärmer, sagt in der zitirten Arbeit: „Die Waaren erzeugenden Gewerbe treten in immer nähere Berührung zum Verbraucher und nehmen dem Handel ein Gebiet nach dem anderen ab. Derselbe wird aus seiner Stellung als Vermitteler zwischen Angebot und Nachfrage allmälig verdrängt, hört auf, den Markt zu beherrschen und wird Agent der Unternehmerverbände. . . Der industrielle Großbetrieb saugt aber nicht nur den Kleinbetrieb, sondern auch den Handel auf. Ob hierdurch Vortheile für die Allgemeinheit entspringen, kann nicht allgemein beantwortet werden. Durch das Wegfallen der Handelsverbände würde sich allerdings z. B. das Kochsalz, das beim Kleinhändler 2000 Pfennige pro 100 Kilogramm kostet, um 263 Pfennige ermäßigen, d. h. um mehr als die ursprünglichen Herstellungskosten*), aber diese Ermäßigung würde wohl weniger

---

[23]) Steinmann-Bucher l. c. pag. 168.
[24]) „Berliner Tageblatt" 660 vom 30. Dezember 1891.
[25]) Steinmann-Bucher l. c. pag. 168.
*) 100 Kilogramm kosten an der Saline ohne Steuer 249 Pf., mit Steuer 1449 Pf., beim Großhändler 1712 Pf., beim Kleinhändler 2000 Pf.

dem Konsumenten als vielmehr dem Produzenten zu Gute kommen, wie dies bei der Thomasschlacke der Fall ist. Allerdings lehrt dagegen das Beispiel der Standard Oil Company, daß der Trust das Petroleum verbilligt hatte, was er übrigens ruhig konnte, weil durch das Hinwegfallen der todten Kosten der Vortheil noch immer unvergleichlich viel größer ist, als er es bei den einzelnen Konkurrenzunternehmungen gewesen war.

Die Behauptung Steinmann-Bucher's, daß das Verschwinden der Zwischenstufen zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch die Waaren verbilligt, die Kaufkraft der Konsumenten erhöht und dadurch den Verbrauch steigert, ist aber, wie das erstangeführte Beispiel lehrt, durchaus nicht zu verallgemeinern, im Gegentheil, in der modernen Gesellschaft, unter der Herrschaft des Kapitalismus, ist a priori gerade das Gegentheil zu vermuthen.

Die Nachrichten, die in der letzten Zeit mit immer größerer Sicherheit in der Tagespresse auftauchten, wonach eine internationale Vereinigung zwischen der Standard Oil Co. und dem russischen Petroleum-Monopolisten (Rothschild) projektirt ist, lassen es zur Gewißheit werden, daß der derzeitige niedrige Petroleumpreis nur die Windstille vor dem Sturm in der Preissteigerung ist, der sich einstellen wird, wenn ein Weltmonopol die gesammte Petroleumproduktion und den ganzen Petroleumhandel in der Hand haben wird.*) Humanitäre und kulturfördernde Rücksichten haben das Kapital noch nie von einer Preissteigerung, selbst der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, zurückgehalten. —

Wirkungen der Kartellbildung für den Kapitalisten.

Welches sind nun die Wirkungen, welche die Kartellbildung für den Kapitalisten mit sich brachte? Lassen wir sie in der Ausführung Schoenlank's hier folgen:

„Die Metamorphose der Kartelle mediatisirte den Einzelkapitalisten. Hoffnungsvoll schlug er die vielverheißende Laufbahn der Koalition ein; wie Vieles hat seitdem sich verändert? Seine Autonomie ist dahin! Sein Etablissement ist eine Zweiganstalt der Vereinigung, welche ihn fest und fester an sich kettet, seine Interessen mit den übrigen solidarisch macht und die Fürsorge für dieselben ihm entwindet. Ein Heer von Beamten unter dem Kommando eines Direktoriums leitet den Produktionsprozeß, führt die Verwaltung des Geschäftsvermögens, in welches sein eigenes nach Auslöschung jedes individuellen Merkmals aufgegangen ist. Ein Schlag schlägt tausend Verbindungen der assoziirten Wirthschaft, eine Kraft theilt das gesammte Räderwerk, ein Befehl bewegt die ungeheuren

*) Die Auflösung des Standard Oil Trust, von welchem im Frühling 1892 die Rede war, weil er nach der Gesetzgebung des Staates Ohio für ungesetzlich erklärt wurde, ist natürlich nur eine fingirte, es wurde nur eine andere Form gesucht, unter welcher eine Kollision mit der Trustgesetzgebung nicht zu befürchten, de facto aber bleibt das Monopol ruhig weiter bestehen.

Massen der durch rastlose Arbeit erzeugten Werthe. Und der Einzelunternehmer ist der Beamte oder der Pensionär des Kartells. Er ist nicht mehr Protagonist auf der ökonomischen Schaubühne, Kothurn und Maske muß er ablegen und sich damit begnügen, in den Chor eingereiht zu werden, dessen Weisen die Handlung begleiten, aber nicht bestimmen."[26])

Die Kartelle tragen den Keim der Sozialisirung der Produktion in sich.

Und so tragen denn in der That die Kartelle den Keim der Entwickelung für die Sozialisirung der Produktion in sich. Steinmann-Bucher, der mit dem Sozialismus recht wenig gemein hat, gesteht dies unumwunden selbst zu:

„Es ist nicht zu leugnen, daß die Kartellbewegung viele Berührungspunkte mit dem Sozialismus hat, ja demselben eigentlich vorarbeitet. Die aufgeklärten Unternehmer sind sich dessen vollständig bewußt, daß wir dem Sozialismus entgegengehen, ja daß wir ihm bereits angehören; denn die heutige Gesellschaft ist keine atomistische mehr, sie ruht vielmehr auf dem Grundsatz gemeinschaftlicher Verwaltung, und zwar nicht einmal mehr in kapitalistischem Sinne, denn es ist kein Kapitalismus, wenn Gewerbebetriebe zum Zwecke der einheitlichen Wirthschaftlichkeit einheitlich verwaltet werden, wenn ein Gewerbe sich als ein zusammengehöriges Ganzes betrachtet; wohl wäre es aber ein kapitalistisches Unternehmen, wenn irgend ein Kapital zum Zwecke der Ausbeutung und ohne Rücksicht weder auf den bisherigen Bestand der Einzelunternehmen noch auf das Wohl der dabei betheiligten höheren und niedrigen menschlichen Arbeitskräfte ein Gewerbe aufkauft und in den Einzelbesitz überführt!"[27])

Anfängliche Steigung der Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft durch die Kartelle.

So schafft der Kapitalismus, der Individualismus, seinem ärgsten Todfeind, dem Sozialismus, die Grundbedingungen für dessen Existenzmöglichkeit. Zunächst steigert er allerdings noch die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft — während vordem in regel- und sinnlosem Tohuwabohu produzirt worden war, wird durch die Trusts und Kartelle die Produktion nach Möglichkeit eingeschränkt, um durch die gesteigerte Nachfrage die Preise nach Belieben in die Höhe schrauben zu können, dadurch aber wird die Kaufkraft immer weiterer Kreise von Konsumenten dauernd vermindert und die Produktion muß in fortschreitendem Maße immer geringer und geringer werden. In gleichem Maße schreitet natürlich auch die Arbeitslosigkeit weiter fort. Hat die Kartellbildung, die Konzentration der Produktion, vorher schon immer größere Massen von Kleinproduzenten, von kleineren und mittleren Kapitalisten zu besitzlosen Proletariern gemacht, so trägt sie jetzt noch dazu bei, die Armee der Arbeitslosen zu vermehren, die Zahl der Lumpenproletarier, die

---

[26]) l. c. 513.
[27]) Steinmann-Bucher l. c. pag. 183.

Todfeinde der Gesellschaft, zu vergrößern. Die Lasten der Kartellbildung in der kapitalistischen Gesellschaft haben in letzter Linie die Arbeiter zu tragen; an dem Beispiel der pennsylvanischen Kohlentrusts haben wir gesehen, wie die Ausbeutung, die Bedrückung des Proletariats Formen unerhörter Grausamkeit annimmt. Aber das Kapital, nachdem es seine kulturelle Aufgabe geleistet, verliert hier immer mehr und mehr an Einfluß und Bedeutung. Schon die Niederhaltung der Produktion ist ein Zeichen des Niederganges der Kultur, denn unsere individuellen Bedürfnisse sollen nicht vermindert, sondern gesteigert werden. Die Einschränkung der Produktion bis auf die niedrigste Grenze hinab hemmt ganz im Gegensatz zur freien Konkurrenz, welche sie erzeugte, die Fortschritte und Erfindungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik. Wenn eine einzige Gesellschaft, wie die Bell-Telephone-Co., durch ihr Patent das ausschließliche Erzeugerrecht für Telephone besitzt, wird sie natürlich nicht daran denken, neue Erfindungen oder Vervollkommnungen zu verwerthen; wenn es einem anderen Trust, dem sogenannten Envelope-Trust, gelingt, sich den Alleinverkauf von patentirten Maschinen zur Herstellung von Briefumschlägen zu sichern[28]), so wird er in der Lage sein, den Markt vollständig zu beherrschen, er wird die Preise nach Belieben normiren und wird auf der Produktionsmethode stehen bleiben, welche er bisher eingeschlagen. Vervollkommnungen in der Herstellung, in der Anwendung neuer Maschinen werden gar kein Bedürfniß werden.

Ist irgend eine chemische Industrie oder ein anderes Gewerbe monopolistisch organisirt worden, so wird aller Erfindungstrieb lahm gelegt, es wird in dem alten Schlendrian fortgearbeitet, denn die Vortheile werden nun nicht mehr durch Verbesserungen und Verbilligung in der Herstellung, sondern durch Brutalisirung der Konsumenten erzielt. Und wenn man bedenkt, wie jedes einzelne Gewerbe in den innigsten Beziehungen mit zahlreichen anderen Gewerben, mit den verschiedensten Zweigen der Wissenschaft, ja selbst der Kunst steht, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Kartellisirung, beherrscht von dem Gedanken des Individualismus, jenen eisigen Stillstand in der Entwickelung der geistigen Güter der Menschheit bedeutet, den der Individualismus gewöhnlich mit grausigen Farben von dem Sozialismus malt. So verliert der Kapitalismus seine Existenz-Berechtigung in der modernen Gesellschaft. Aber wie seine geistigen, so untergräbt er auch seine materiellen Grundbedingungen.

Die Produktionsbeschränkungen bedeuten für große Massen der Arbeiter Erwerbslosigkeit; es stellen sich alle die Erscheinungen ein, welche charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise sind.

---

[28]) Jenks l. c. pag. 7.

Die Kartelle und der Sieg des sozialistischen Gedankens.

Die Befürchtung liegt nahe, daß durch die Kartelle alle Errungenschaften der modernen Arbeiterbewegung illusorisch gemacht werden könnten. Aber die Gefahren hierfür sind doch nur gering. Durch das Zusammenarbeiten in denselben Riesen-Etablissements werden die Arbeiter doch noch ganz anders zusammengeschweißt, als wenn sie verstreut sind in einzelnen Unternehmungen. So weit das Monopol reicht, sind die Arbeiter geeinigt; da braucht es nicht erst der intensiven Agitation, um sie über ihre elende Lage aufzuklären, da fühlt jeder Einzelne unmittelbar den auf sich lastenden Druck. Wenn die pennsylvanischen Arbeiter z. B. sich auch aus den rückständigen Elementen rekrutiren, die keiner Agitation vorher zugänglich gewesen wären, dort unter dem Joche des Monopols, da fühlen sie die Gewalt des Kapitals, da sehen sie es unmittelbar, wie es allein das Kapital ist, das sie bedrückt und daß dessen Gewalt weit hinausreicht über die Grenzen der Provinz. Sie sehen die Kluft zwischen sich und den Herren — und sie sehen auch, daß es überall derselbe Herr ist — sie mögen sich wenden, wohin sie auch wollen, daß sie rechtlos, daß sie wehrlos diesem grausamen Herrn, dem Kapital, gegenüber stehen; — da bedarf es dann blos eines einzigen Funkens, der das offenstehende Pulverfaß zur Explosion bringt.

Die Verhältnisse des Arbeiters, seine Lebenshaltung werden auf das niedrigste Niveau herabgedrückt und die Gefahr der vollständigen Degeneration steht drohend über ihm; aber zugleich wird auch durch diese Verhältnisse ein Arbeitermaterial geschaffen, das, zum Aeußersten entschlossen, dem Kapital gegenübersteht; hat es doch nichts mehr zu verlieren, als allein das nackte Leben. So untergräbt das Kapital selbst den Boden, auf dem es steht, und legt sich thöricht selbst die Mine, durch welche es in die Luft gesprengt werden soll.

Aber auch das Kapital selbst trägt zur Produktion nichts mehr bei. Es repräsentirt sich in der Form von Spinnerei-, Bergwerks-, Schlächterei-, Bäckerei- ꝛc. Aktien. Die Herstellung der allerkleinsten und der allergrößten Gegenstände ist vertrustet und die Trusts treten untereinander selbst wieder in innige Wechselbeziehungen, an die Stelle des zirkulirenden Kapitals tritt die schriftliche Verpflichtung, die schriftliche Ordre. Einzelne Wenige schöpfen noch von dem im Innersten geregelten Produktionsmechanismus, wie er von Beamten und Arbeitern, von Ingenieuren, Physikern und Chemikern in tausendfach geordneten Wechselbeziehungen geleitet und erhalten wird, als Drohnen den Mehrwerth als Honigseim ab, aber das ist auch ihre ganze Thätigkeit, nichts mehr! Sie könnten sterben, verderben, alle ihre bunten Aktienpapierchen könnten verbrennen und die zahlreichen Betriebe würden darum auch nicht einen einzigen Moment still stehen, denn das Kapital hat keinen Einfluß mehr auf die Produktion, der Einzelkapitalist ist nur ein an sich einflußloser

Bestandtheil einer enggeschlossenen Gesellschaft, in welcher Majoritätsbeschlüsse der leitende Wille sind, welche die Produktion regeln, Beamte anstellen und entlassen, ihnen einen Theil der produzirten Waaren als Konsumtionsartikel zum Entgelt überlassen. Aber ist die Vertrustung erst bis zu diesem Grade gediehen, dann wird es auch dem letzten Arbeiter klar geworden sein, daß das Kapital nur ein überflüssiger Bestandtheil im Produktionsprozesse ist, daß die ganze Produktion getragen wird allein vom Proletariat, und daß die Gesellschaft in ihrer Gesammtheit ebenso Beamte anstellen kann wie die Mitglieder des Kartells; dann erkennt der Arbeiter, daß das Kapital, anstatt den Fortschritt zu fördern, nur ein Hemmschuh für denselben ist, daß es seine kulturelle Aufgabe erfüllt hat und nunmehr sein eigener Todtengräber werden kann, um abgelöst zu werden von der Gesellschaft, in welcher der Sozialismus herrscht.

Klassengegensätze und Erstarken des sozialistischen Gedankens.

Parallel mit den Erscheinungen in der kapitalistischen Wirthschaft, die nach den Worten Marx's eine Negation des Kapitalismus bedeuten, der Kartellbildung und Regelung der Produktion, dem Sinken der Profitrate, den Krisen und anderen entstehenden Widersprüchen in der kapitalistischen Gesellschaft, entstehen nun auch in den Kreisen der Ausgebeuteten Neubildungen in der Gesellschaft, welche geeignet sind, den Zersetzungsprozeß der vom Kapitalismus beherrschten bürgerlichen Gesellschaft zu beschleunigen. —

Entwickelung schroffer Klassengegensätze.

Die rapide fortschreitende Enteignung der kleinen Grundbesitzer und Gewerbeinhaber, die stetig weitergehende Entwerthung der kleinen Kapitalien und die gleichzeitig in's Ungemessene wachsende Akkumulation von Riesenkapitalien schafft Klassengegensätze, wie sie vordem unerhört waren.

Seit dem Tode Lincoln's ist es in den Vereinigten Staaten dahin gekommen, daß heute 250 000 Familien drei Viertel des gesammten Reichthumes besitzen, und daß ungeheurer Reichthum und grauenhaftes Elend nirgends in der Welt härter aufeinander stoßen, als in den industriellen Mittelpunkten Amerikas. „Im steinreichen New-York (das allein über 1000 Dollar-Millionäre zählt) werden von der Polizei alljährlich 150 000 dem äußersten Elend verfallene Menschen mit Obdach versehen. Solche Daten können aber nur Denen Kopfschmerzen verursachen, welche nichts von den Gesetzen des künstlerischen Kontrastes verstehen. Die reiche Dame, die 30 000 Dollars auf dem Leibe trägt, erscheint erst dann in ihrer ganzen plastischen und koloristischen Pracht, wenn man sich neben ihr die Lumpensammlerin denkt, welche in den Abfallkästen der reichen Häuser nach Speiseresten sucht, um sie ihren hungrigen

Kindern nach Hause zu bringen. Das Hühnerhaus für 15000 Dollars, das Vanderbilt sich kürzlich hat bauen lassen, erhielt erst sein richtiges Relief durch den Hintergrund der „tenement houses“ (Zinshäuser) in New-York, in denen Hunderttausende von Arbeitern in einem Zustande von physischem und moralischem Schmutz leben, der ähnlichen Erscheinungen in London sicherlich nichts nachgiebt!“ —

Der moderne Produktionsprozeß läßt den Klasseninstinkt zum Klassenbewußtsein werden.

Die Klassengegensätze haben sich so schroff zugespitzt, daß auch dem blödesten Proletarier heute sein elendes Jammerdasein eher und rascher zum Bewußtsein zu kommen vermag, als im vergangenen Jahrhundert, wo sinnloser Prunk und wüste Schwelgerei der Reichen nicht so offen und so regelmäßig zu Tage trat, wie gerade heute. Dazu kommt, daß der moderne Arbeitsprozeß Hunderte und Tausende von Arbeitern, die unter der gleichen elenden Klassenlage, unter dem gleichen Druck des Kapitalismus zu leiden haben, in die gleichen Arbeitsstätten eng zusammenpfercht. Die gemeinsame Arbeit, die gemeinsamen Leiden, die gleiche Besitzlosigkeit erzeugt in ihnen ein Gefühl der Solidarität und des Klassenbewußtseins, des bewußten Gegensatzes des Proletariates als Klasse gegenüber den Besitzenden, welche dem Proletariat, vor Allem in der Gegenwart den Arbeitern der Industrie eine hohe politische Bedeutung verleiht. Die Organisationen der Arbeiter, seien es nun politische oder rein gewerkschaftliche, werden zu einem Faktor des gesellschaftlichen Lebens, der nicht mehr ignorirt werden kann, wie sehr sich auch die Kreise der Besitzenden den Anschein geben, diese Organisation gering zu achten. Aber die Thatsache allein, daß die Berliner Arbeiterschutzkonferenz einberufen wurde durch den Druck der Beschlüsse des Pariser internationalen Kongresses vom Jahre 1889, bekundet deutlich den Einfluß des organisirten Proletariates gegenüber dem souveränen Kapital. —

Während das Kapital noch laut seinen Kriegsruf „laissez faire!“ erschallen läßt, vollzieht sich in seinen eigenen Reihen — zunächst verborgen und in aller Heimlichkeit, dann aber immer ungescheuter vor dem Tageslicht — eine Umwandelung, welche an Stelle der Regellosigkeit der Produktion: ihre Regelung, an die Stelle der wüsten Konkurrenz: das Monopol setzt. Und gleichzeitig erhebt sich eine Schranke, gebaut aus Arbeiterleibern, welche den unbeschränkten Ausbeutungsgelüsten des „laisser faire“ Einhalt gebietet.

Die Gesellschaft als Ganzes gewinnt Macht über die Summe von Einzelindividuen.

Was eine Todsünde gegen den Geist des Manchesterthums erscheint, gewinnt soziale Bedeutung. Das Prinzip des strikten Individualismus wird durchbrochen — die Gesellschaft als Ganzes gewinnt über die Summe von Einzelindividuen mit ihren Sonderinteressen Macht; sie greift, unbekümmert um das Zeter- und Mordiogeschrei der Anhänger von St. Manchester, welche den Untergang der Welt gekommen meinen, weil anscheinend ihre Privatinteressen bedroht werden, in den Produktionsprozeß ein. — Was früher für ein Produkt der sanft und unmerkbar wirkenden Har-

monie der Interessen angesehen wurde, der Interessen der Arbeiter und Gewerbeinhaber natürlich, nämlich die Festsetzung der Arbeitszeit; — die gütige Erlaubniß des Fabrikanten, daß Frauen und Kinder mit durch ihrer Hände Arbeit für die Erhaltung der Familie sorgen dürfen; — die weitere Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen (vulgo Ausbeutungsrate genannt); — die sanitäre Einrichtung der Fabriken und Werkstätten; — — in dieses Alles hineinzugucken, wird der Gesellschaft, ihren neugierigen politischen Vertretern, gestattet, — allerdings nicht freiwillig, denn die „humanitären Schwärmer" in den Kreisen der Besitzenden sind an den Fingern abzuzählen, — sondern gezwungen durch das Drohen der unter der oberflächlichen Schicht grollenden Arbeitsmassen, welche so gar kein Verständniß für die Harmonie der Interessen bekunden; — und die Besitzenden fangen sogar selbst an, in diesem brodelnden Hexenkessel der kapitalistischen Wirthschaft herumzurühren und dieses oder jenes Rezept für einen neuen Sud, genannt Lösung der sozialen Frage, vorzuschlagen. Die Arbeitszeit wird geregelt, die Betriebe werden durch das Institut der Fabrikinspektoren den Eingriffen der Gesellschaft unterstellt, die Fabrikhygieine wird geregelt, die Schwächeren — Frauen und Kinder — werden vor der Ausbeutungssucht der Ueberstarken in Schutz genommen, man beginnt sogar, es für nothwendig zu halten, daß der arme abgeracferte Gaul „Arbeiter" eigentlich nicht im Joche verrecken dürfe, sondern, daß die Gesellschaft, nachdem er für sie geschafft, auch für ihn sorgen müsse. Das ganze System des Individualismus bekommt einen heillosen Riß und durch den goldbrokatnen Flitterkram, der so lange die Augen geblendet, schaut hier und da schon der rothe Untergrund hindurch. —

Die Bedeutung der Arbeiterorganisationen für die Hebung der Klassenlage.

Durch die privatkapitalistische Produktionsweise sind die Vorbedingungen für die Bildung einer besonderen Adelsklasse gegeben.

In der privatkapitalistischen Wirthschaftsweise, in der Entfaltung der freien Konkurrenz, sind die Vorbedingungen für die Bildung einer besonderen Adelsklasse, die sich nicht blos durch physische Ueberlegenheit, sondern auch durch geistiges Uebergewicht über die Klasse der Beherrschten auszeichnet, gegeben.*) Für die letztere Klasse, deren körperliche Entartung evident ist, liegen die Grundbedingungen für die Entfaltung ihrer immanenten geistigen Kräfte aber so, daß neben der unbewußten Unterdrückung des geistigen Entwickelungsdranges, wie er durch die kapitalistische Ausbeutung erzeugt wird, auch die bewußte Niederhaltung Hand in Hand geht. —

*) Vergl. pag. 102.

Es entstehen so zwei Klassen, deren Interessen weit auseinander laufen, und die deshalb auch aufgehört haben, sich gegenseitig zu verstehen. Das ist derselbe nothwendige, durch den Kampf um's Dasein gezeitigte Vorgang, den wir überall in der Natur vor sich gehen sehen, und der das ursächliche Moment für die Bildung zunächst neuer Rassen, dann aber auch neuer Arten abgiebt. Nur die stärkere Art vermag sich zu erhalten, während die schwächere der Vernichtung anheimfällt. —

Erkennen wir aber in der Gesellschaftsbildung die wirksamste Waffe der Menschheit im Kampf um's Dasein, die Voraussetzung des kulturellen Fortschrittes, und beachten wir weiter, daß die hierfür unbedingt erforderliche Entwickelung der sozialen Triebe im Individuum, des Altruismus, bei einer auf sozialer Ungleichheit der Individuen gegründeten Gesellschaft unterdrückt wird, so muß in jeder Kasten- oder Adelsbildung eine bedeutende Gefahr für die Gesammtheit erblickt werden.

Gegenwirkungen gegen die Auslese in der Gesellschaft.

Diese Gefahr wird um so augenfälliger, je mehr es offenbar wird, daß die Theilung der gesellschaftlichen Arbeit überall darauf hinausläuft, nicht für die Beschaffung der nothwendigen Bedürfnisse Aller zu arbeiten, sondern für die Erhebung eines Einzelnen über den Standpunkt seiner Mitmenschen. — Die gesellschaftliche und die individuelle Ungleichheit wird künstlich dadurch gefördert, daß die im Besitz der Macht befindlichen Klassen zum Schutz ihrer Reservatrechte, welche ihnen die höhere Stellung und damit auch die Vervollkommnung garantiren, immer neue Institutionen ersinnen (Militarismus, Beamtenkasten ꝛc.), welcher Schutzwall für die Besitzlosen unübersteigbar gemacht wird.

Dieser Gefahr wird aber glücklicherweise von zwei Seiten begegnet. — Wenn auch die Vererbung von Besitz und Rechten beim Menschen eine ungleich größere Rolle spielt, als die unmittelbare Vererbung leiblicher und geistiger Eigenschaften — wenn auch ein vererbtes Kapital dazu verwandt werden kann, in den Nachkommen der Besitzer durch die Erziehung, durch Bildungsmittel im weitesten Sinne einen höheren Sinn zu erwecken, ritterliche Eigenschaften zu pflegen, die Intelligenz und den guten Geschmack zu steigern, und so der höheren Bourgeoisie durch ihre beispiellose Uebermacht des Kapitalbesitzes allem Anschein nach die Macht in die Hände zu geben, aus ihrem Schooße einen weltbeherrschenden Adel zu schaffen: — so zeigt sie doch nicht die mindeste Neigung dazu. Die Geldaristokratie geht mit verhältnißmäßig seltenen Ausnahmen von dem Prinzip des bloßen Erwerbes nicht ab. Sie begnügt sich leicht mit einem äußeren Anstrich von Bildung, geräth dabei oft in das Fratzenhafte, verachtet das Einfache und Edle, versäumt es, in ihrer Nachkommenschaft vor Allem männlichen Muth, Erhabenheit über den Wechsel äußerer Geschicke, das Gefühl des Altruismus zu erzeugen, und so

bleibt ihre vermeintlich so unüberwindliche Geldmacht ein Koloß auf thönernen Füßen.[29])

Von Seiten der Arbeiter nun, aus denen der Kapitalismus — wie wir es Seite 103ff. ausführlich darlegten — eine körperlich und geistig entartende Rasse heranzüchtet, wird in erster Linie durch ihre Koalitionsbildungen entschieden und erfolgreich gegen die oben skizzirte differenzirende Wirkung des Kampfes um's Dasein vorgegangen. Das Gefühl der Solidarität erhält durch den auf allen Arbeitern gleich schwer lastenden Druck mächtig Nahrung. Die großkapitalistische Produktion drängt mit Nothwendigkeit zu organisirten Verbänden der Arbeiter, und so wird vor allem in ihren Kreisen die Entwickelung der sozialen Triebe in einer Weise gefördert, daß von vornherein eine Regeneration der Gesellschaft nur von der Arbeiterklasse zu erwarten ist. — So ist in den Arbeiterkoalitionen in erster Linie ein Mittel zu erblicken, eine Reaktion gegen die degenerirenden Einwirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu bewirken. Dem ein Jahrhundert lang zielbewußt geführten Kampf um den Normalarbeitstag — in welchem alle Arbeiterschutzbestimmungen kulminiren — ist es zu danken, daß die Degeneration der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade stabil geblieben ist. Der Kampf um den Achtstundentag ist darum auch ein kulturgeschichtliches Moment von einer Tragweite, die unsere Nachkommen erst, wenn sie den Kampf und den Erfolg in seiner ganzen Ausdehnung werden überschauen können, in ihrer wahren Bedeutung werden zu würdigen wissen.

Bedeutung der Arbeiterorganisationen.

Sehr treffend bemerkt deshalb Hertzka hierzu in der Zeitschrift für Staats- und Volkswirthschaft:

„In diesem Lichte betrachtet, ist der Kampf für den Achtstundentag etwas Anderes, als wozu ihn verblendete Kurzsichtigkeit machen will; er ist keine Katzbalgerei um den ohnehin mageren Knochen der in der heutigen Welt erzielbaren Produktionsgewinne, sondern ein Kampf für den menschlichen Fortschritt ganz im Allgemeinen. Und wer sich dem Achtstundentag widersetzt, der übt dabei keinen Akt der Selbstvertheidigung gegen einen Angriff auf sein persönliches Interesse, er versündigt sich gegen die Interessen des allgemeinen Fortschrittes. Ein Staat vollends, der in diesem Kampfe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit Stellung nehmen wollte, würde damit die Waffen gegen die Grundlagen seines eigenen Gedeihens kehren, gegen das Wachsthum der physischen Kraft und des Wohlstandes aller seiner Bewohner."

Wenn der Kampf nun auch auf beiden Seiten, von Arbeitern und Unternehmern, mit unerbittlicher Hartnäckigkeit geführt wurde und geführt wird, wenn Streiks und Boykotts auch Millionen und

[29]) Man vergleiche die trefflichen Darlegungen über den Kampf um die bevorzugte Stellung in Lange's Arbeiterfrage, S. 46 ff.

Abermillionen verschlungen haben, wenn besonders in monarchischen Staaten durch Polizeigewalt und Unternehmerkoalitionen versucht wird, die Bewegung der Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit niederzuhalten, so zeigt doch vor Allem England, das klassische Land des Arbeiterschutzes, daß es dort den vortrefflichen Arbeiterorganisationen vielfach gelungen ist, sich aus eigener Kraft viel bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, als die Gesetzgebung ihnen hätte gewähren können, und mehr noch, daß die Arbeiterkämpfe, mochten sie nun zu Gunsten oder Ungunsten der Arbeiterschaft ausgefallen sein, die edelsten Keime der ethischen Entwickelung in die Kreise des Proletariates gelegt haben — und das erkennt sogar der nationalliberale Professor Ziegler an.[30])

Mit Recht fordert deshalb sogar der kleinbürgerliche Sozialist Simonde de Sismondi Beseitigung aller Gesetze, welche den Koalitionen der Arbeitgeber gegen die Arbeiter Vorschub leisten. *Andererseits soll Alles aus dem Wege geräumt werden, was die Widerstandskraft der Arbeiter gegen die Gewerbeinhaber untergräbt.*[31])

Wo derlei Beschränkungen nicht vorhanden sind, sehen wir denn auch die sofortigen Erfolge. Die Einführung des Achtstundentages in Australien ist auf keinerlei theoretische oder politische Anregungen zurückzuführen. Die ersten Gewerbe, die ihn erkämpften, die Bauhandwerker und Eisengießer, verlangten ihn, weil die Arbeit der Einen in der Sonne, der Anderen in der Hitze der Schmelzöfen aus klimatischen Rücksichten ihnen eine Herabsetzung der Arbeitszeit nothwendig erscheinen ließ. „Wir haben die Worte Achtstundenarbeit an unsere Fahnenstange genagelt,“ erklärte der Führer der Bauhandwerker 1859, „und selbst wenn man sie herausschießen würde, würden wir uns noch um die Löcher schlagen, die sie gelassen.“ Nach und nach folgte ein Gewerbe nach dem anderen dem gegebenen Beispiel, so daß 1883 bereits 20 Gewerbe auf dem jährlichen Umzuge der Arbeiter Melbournes sich des erreichten Achtstundentages rühmen konnten,[32]) und daß 1889 für 60 Gewerbe und drei Viertel aller Arbeiter der Achtstundentag vollendete Thatsache ist, und zwar gesetzliche. — In Neu-Süd-Wales erfreut sich fast die Hälfte aller Gewerbe des Achtstundentages. Die Arbeiter sind eben in Australien eine politische Macht, mit welcher gerechnet werden muß; haben doch seit Juli 1891 die Arbeitervertreter im Neu-Süd-Wales-Parlamente die Mehrheit. Kein Wunder deshalb, daß das Ministerium

---

[30]) Professor Dr. Th. Ziegler, Die soziale Frage eine sittliche Frage. Stuttgart. H. J. Göschen 1891.

[31]) Nouveaux principes d'économie politique, Paris 1827. Bd. I, pag. 355, zitirt von Herkner: Die soziale Reform als Gebot des wirthschaftlichen Fortschrittes, Leipzig, Duncker u. Humblot, 1891, pag. 36.

[32]) „Züricher Post,“ 16. April 1891. Eine sehr eingehende Darstellung der Achtstundenbewegung in Australien findet sich in dem Werke von Webb und Cox: The eight ours day, pag. 38 ff.

über die Frage des Achtstundentages gestolpert und zum Falle gekommen ist. —

Wie sehr es in der That die Macht der Arbeiterkoalitionen ist, welche die Erfolge der Arbeiterschutzbestimmungen, der Regelung der Arbeitszeit hervorbringt, zeigt folgende kleine Liste aus der jüngsten Zeit, die mit Leichtigkeit um das Vielfache vermehrt werden könnte. Die Gewerkschafts-Union (neue) in Irland erzielte folgende bedeutenderen Erfolge:[33])

Die Gasarbeiter von Dublin und Kingstown gewannen den achtstündigen Arbeitstag und eine Lohnerhöhung von 1½—4 Sh. per Woche.

Die Kohlenarbeiter Dublins: Taglöhner 40 Prozent, regelmäßige Arbeiter 4 bis 8 Sh. Lohnerhöhung per Woche.

Die Tramwayarbeiter: 2 Sh. Lohnerhöhung per Woche.

Arbeiter der chemischen Industrie: Lohnerhöhung von 2 Sh. die Woche und eine ½stündige Arbeitszeitverkürzung per Tag.

Kanalarbeiter: Lohnerhöhung 1½ Sh. und 10 Prozent Zeitverkürzung.

Nähmaschinenarbeiterinnen: (fast 1000 in der Union) 10 Prozent Lohnerhöhung.

Marktarbeiter: 15 Prozent Lohnerhöhung.

Die Kutscher und Fuhrleute von 4 der größten Geschäftshäuser der Stadt eine Lohnerhöhung von 2 Sh. per Woche.

Tabakarbeiter: von 2 bis 6 Sh. Lohnerhöhung per Woche.

Die Fabrikarbeiter in Carlow: Männer wie Frauen eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Sh. per Woche &c.

Erst auf dem letzten Trades-Unions-Kongresse in Newcastle, auf dem 1 302 855 organisirte Arbeiter vertreten waren, manifestirte sich wieder die bedeutende Gewalt der organisirten Arbeiter, der „Preisfechter der modernen Arbeiterklasse", wie Marx treffend die englischen Fabrikarbeiter nannte (Kapital, III. Aufl., pag. 294). Und mit vollem Recht konnte Thomas Burt, der Präsident des letzten Kongresses, die stolzen Worte aussprechen:

„Ich nehme an, daß hier annähernd zwei Millionen Arbeiter vertreten sind. Selbst angenommen, diese Zahl sei zu hoch gegriffen, so bleibt dieselbe doch immerhin eine enorme. Unsere Zahl kann überhaupt nicht gemessen werden durch leere Zahlen, wie 1½ oder 2 Millionen. — Wenn wir, die organisirten Arbeiter, einen Sieg gewinnen, so bedeutet das einen Sieg der gesammten Arbeiterschaft, der unorganisirten, wie der organisirten.

Freunde, wenn wir ernstlich, einmüthig entschlossen wären, zu handeln, so ist es schwer — ja fast unmöglich — die Grenze festzusetzen dafür, was wir zu vollbringen im Stande wären."

---

[33]) „Wiener Arb.-Ztg." v. 6. Juni 1890.

Die Seite 28 erwähnte Thatsache, daß nach den Ermittelungen der englischen Regierung organisirte Arbeiter unter der Arbeitslosigkeit weniger zu leiden haben, ist selbst wieder ein deutlicher Beweis für die einflußreiche Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen. Nirgends spiegelt sich deutlicher die unbesiegbare Macht der Solidarität. Das Kapital haßt tödtlich die Organisationen, aber der Haß entspringt nur der Furcht. Wenn er es mit einer wohldisziplinirten Arbeiterschaft zu thun hat, so besinnt sich jeder Unternehmer zweimal, seine Willkür zum Ausdruck zu bringen, denn jede Maßregelung wird mit dem Streik beantwortet, und vor dieser ultima ratio schreckt auch der engherzigste Kapitalist zurück, besonders dann, wenn die Geschäftslage eine günstige ist. — Am besten lassen sich diese Erscheinungen, die natürlich nur innerhalb gewisser Grenzen richtig sind, in Deutschland an der Buchdruckerbewegung verfolgen.[34])

Wie es in erster Linie die wachsende Macht der organisirten Arbeiterschaft ist, welche das Kapital zur Verkürzung der Arbeitszeit zwingt, erhellt weiter deutlich, um wieder nur ein einziges Beispiel anzuführen, aus der Erklärung der schweizerischen Maschinenindustriellen, die in der „Züricher Post“ vom 12. August 1890 abgedruckt ist. Es handelte sich um eine Verständigung der Gewerbeinhaber und der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Prinzipiell waren die Unternehmer durchaus nicht abgeneigt, diese Forderung zu erfüllen und sie waren sich auch sehr klar darüber, daß in dieser verkürzten Arbeitszeit das Gleiche geleistet werden könnte, als in der elfstündigen Arbeitszeit; sonst hätten sie nicht die Grundforderung aufgestellt:

1. „Die interessirte Arbeiterschaft soll sich ehrlich bestreben, so weit an ihr liegt, in der reduzirten Arbeitszeit das Gleiche zu leisten, wie in der bisherigen.“

Aber — und hier kommt es uns auf diesen Punkt in erster Linie an —

2. „Die interessirte Arbeiterschaft soll Hand bieten zu einer Revision der Artikel 11 bis 14 des Fabrikgesetzes*) im Sinne einer den Bedürfnissen der Metallindustrie entsprechenden, präziseren und gerechteren Fassung.“ ...
3. „Die interessirte Arbeiterschaft soll dafür Gewähr bieten, daß aus diesem Entgegenkommen kein Kapital zu Gunsten eines **gesetzlichen** zehnstündigen Normalarbeitstages geschlagen werde.“

„Die Vertreter der Maschinen- und Metallindustrie haben sich verpflichtet gefühlt, in ihrem eigenen und im Interesse der gesammten schweizerischen Industrie, die ihnen durch die

[34]) Vergl. Walter May: „Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital.“ Berliner Arbeiter-Bibliothek, 2. Serie, Heft 14.

*) Arbeitsdauer, Bestimmungen über Hülfsarbeiter, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit.

Verhältnisse gebotene Stellung zu nehmen, und hoffen von der Einsicht der Arbeiterschaft, daß sie mithelfen werde, die der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in ihren Werkstätten entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Sie sind sich bewußt, damit nichts verlangt zu haben, was der Arbeiterschaft thatsächlich je zum Schaden gereichen könnte."

In diesem Falle sehen wir die einflußreiche Bedeutung, welche sich die Arbeiterkoalitionen zu erwerben gewußt haben, greifbar vor uns. Ihren Werth im Allgemeinen charakterisirt Fr. A. Lange treffend, indem er von den Trades-Unions, deren Bestrebungen er auf die „Emanzipation der Arbeiter" hin gerichtet erachtet, schreibt[35]: „Sie wissen nicht, wie viel sie in ihrer eigenen sittlichen Kraft und damit in ihrer ganzen sozialpolitischen Stellung diesen Kämpfen verdanken; denn sie kämpfen nicht, um sich zu üben und sich geistig zu erheben, sondern, wie natürlich, um ihren Zweck zu erreichen. Gleichwohl aber gewinnen sie durch den Kampf selbst etwas Wichtigeres als das nächste Ziel, nach welchem sie trachteten; und wenn sie es in England schon jetzt erreicht haben, daß sie bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht als eine tiefer stehende Klasse, sondern als gleichberechtigte Männer behandelt werden, so haben sie dies vor allen Dingen ihrer bewunderungswürdigen Haltung in den Lohnkämpfen zu verdanken." Unter diesem Gesichtspunkt konnte darum auch das kommunistische Manifest sehr wohl ausführen,[36] „daß das eigentliche Resultat der Kämpfe der Arbeiter nicht der unmittelbare Erfolg sei, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Daß es blos der Verbindung bedürfe, um die vielen Lohnkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu zentralisiren; daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf sei."

Die Bedeutung der Arbeiterorganisationen aber kann nicht treffender charakterisirt werden, als durch die Wuthausbrüche der Kapitalprotzen, denen der wachsende Einfluß der Arbeiterorganisationen immer unerträglicher wird. Charakteristisch hierfür ist die Auslassung der „Hamburger Nachrichten" aus dem Munde eines rheinischen Industriellen (Stumm?) vom Dezember 1891 über den Niedergang des geschäftlichen Lebens, worin es heißt:

„Eine Hauptursache dieser besorgnißerregenden Lage dürfte in der tagtäglich zu erkennenden Auflösung des politischen Vertrauens ... zu suchen sein. Da ist im Innern die Sozialdemokratie; **ihre Koalitionen bilden eine Macht, welche das ganze Erwerbsleben** (lies: Ausbeutungsrecht) **bedroht.** Alle die gut gemeinten Wohlthaten, wie Krankenkassen jeder Art, Unfall-, Alters-, Invalidenversicherungen, Sammelvereine für besondere Unter-

[35] Arbeiterfrage 375. ff.
[36] Das kommunistische Manifest, II. Aufl., Seite 15.

stützungen, sind in ihrer sozialpolitischen Wirkung so gut wie wirkungslos geblieben; die beabsichtigte Versöhnung der Enterbten ward nicht erreicht." Aber auch indirekte Beweise für die Bedeutung der Arbeiterkoalitionen lassen sich in Fülle beibringen. Dr. Otto Pringsheim weist im Anschluß an die holländische Regierungsenquête nach,[37]) daß die soziale Lage der Hafenarbeiter und ihre Lebenshaltung tiefer herabgedrückt wurde, als die irgend einer anderen Arbeiterschicht, während sie in früheren Zeiten, bis in das 18. Jahrhundert hinein, zur Elite ihres Standes gehörten, weil sie damals geschlossene, gesetzlich anerkannte Korporationen bildeten, heut aber zu einer zusammenhangslosen, vielfach dem Diebstahl und der Trunksucht verfallenen Masse herabgesunken sind. Daß der Mangel einer geschlossenen Organisation das ursächliche Moment hierfür ist, geht schon daraus hervor, daß das Unternehmerthum mit allen Mitteln die Reihen der Arbeiter sprengte.

Wie sehr das Vorhandensein oder Fehlen der gewerkschaftlichen Organisationen den Preis der Arbeitskraft beeinflußt, weist Geo. C. Stiebeling an einigen klassischen Beispielen nach dem Vereinigten Staaten Zensusbericht von 1878 bis 1880 nach.[38]) Hausanstreicher und Blechschmiede stehen in Bezug auf professionelle Ausbildung, Ansprüche an die Lebenshaltung, in Bezug auf Alter und Geschlecht ziemlich gleich. Aber die Anstreicher und Hausmaler waren 1879/80 bereits an vielen Orten organisirt, die Blechschmiede dagegen nicht. Dafür betrug bei den Ersteren aber der Jahres-Durchschnittsverdienst 448 Dollars, obwohl sie nur 7 bis 8 Monate im Jahre beschäftigt sind, bei den Letzteren dagegen nur 409 Dollars, trotz 12monatlicher Arbeit.

Es kann natürlich hier nicht unsere Aufgabe sein, die beste Form der Arbeiterorganisationen zu skizziren, aber was aus dem Vorausgegangenen allein schon klar geworden sein muß, ist der Gedanke, daß jede Arbeiterorganisation, die bei dem augenblicklichen Stande der wirthschaftlichen Entwickelung in einseitiger Branchenvereinigung, in der Pflege gewerkschaftlichen Sonderinteresses ihre Hauptaufgabe erblickt, die kulturelle Aufgabe nicht begriffen hat, welche die Arbeiterkoalitionen zu erfüllen haben. Sie sind ein offenbarer Rückschritt in der modernen Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterorganisationen sind entstanden als spontane Reaktion gegen die Zuspitzung der Privateigenthumsverhältnisse durch die Herrschaft des Kapitalismus. In dem Augenblicke, als die Gewerbefreiheit die Fesseln des zunftmäßig betriebenen Handwerkes sprengte, als die Interessen der Gewerbeinhaber und der selbstständigen Arbeiter aufhörten mit einander solidarisch zu sein, mußte

---

[37]) Braun's Archiv IV. pag. 353 ff.
[38]) „Neue Zeit" 1886 pag. 481.

es sich für die wirthschaftlich schwächeren Kreise als organische Nothwendigkeit herausstellen, zur gesellschaftlichen Zusammenschließung ihre Zuflucht zu nehmen, um durch die Koalition die eigene schwächere Individualität der stärkeren gegenüber zu schützen. Und wenn die Bildung von Arbeiterverbänden sich auch zunächst nur instinktiv gegen die Auslese im Interesse einer kapitalistischen Adelsbildung wandte, so zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung doch, daß sie gleichsam ontogenetisch die phylogenetischen Entwickelungsstadien der Menschheit spiegelt. — Der Kampf ums Dasein ließ die Familiengemeinschaft, die Gens, den Stamm, die staatlich organisirte Gesellschaft in all' ihren mannigfachen Variationen entstehen, indem sich immer diejenige Form als stationär festlegte, welche den materiellen Grundbedingungen des Lebens am besten entsprach; — in genau entsprechender Weise, nur in wesentlich kürzeren Perioden mußten sich kraft desselben Triebes zur Vergesellschaftlichung die verschiedenen Formen der Arbeiterverbindungen herausbilden, welche den Arbeitern, die innerhalb der Gesellschaft stehend in eine neue Form des Kampfes um die Existenz hineingestellt wurden, die Erhaltung der Existenz mit ihren sämmtlichen materiellen und geistigen Ansprüchen nach Möglichkeit gewährleisten. — Wenn nun die rapide technische Entwickelung unter der Aegide des Kapitalismus als die typischen Formen der kapitalistischen Ausbeutung die Manufakturindustrie, die Fabrikindustrie und die Hausindustrie entstehen ließen, so mußten naturgemäß auch die verschiedenen Arten der kapitalistischen Exploitation eine große Verschiedenheit in ihrer Rückwirkung nicht blos auf das Organisations*bedürfniß*, sondern auch vor allem auf die Form der Organisation der Lohnarbeiter ausüben. —

Sehen wir aber, wie die industrielle Entwickelung, die moderne Arbeitstheilung, den Arbeiter immer mehr zu einem bloßen Anhängsel der Maschine macht, die Lebenshaltung *aller* Arbeiter nivellirt, so wird auch jede Form der Arbeiterorganisation, welche diesem ökonomischen Entwickelungsprozeß nicht zu folgen vermag, die in kleinbürgerlicher Voreingenommenheit an Kastenanschauungen festhält, das Gegentheil eines die kulturelle Entwickelung fördernden Organismus. Freiwillig wird dieser Kastenegoismus allerdings nicht aufgegeben, aber der brutale Zwang der Nothwendigkeit paukt den Arbeitern den Begriff der Solidarität ein, die Gegensätze der einzelnen Organisationen verwischen sich immer mehr, denn nur als solidarisch mit einander verbundene *Kampforganisationen* haben sie Einfluß und Bedeutung, nur wenn die Pflege des internationalen Klassenbewußtseins in dem Vordergrunde ihrer Bestrebungen steht, wenn sie in steter Fühlung mit der politischen Arbeiterpartei, der revolutionären Sozialdemokratie, sich befinden, haben sie Existenzberechtigung, und werden in Wahrheit die Preisfechter der modernen Arbeiterbewegung. — In seiner eingehenden

Monographie über die Arbeiterkoalitionen in Belgien,[39]) indem er hier den induktiven Weg einschlug, kommt Vandervelde zu dem gleichen Resultat. Er zeigt, wie eine Arbeitervereinigung nach der anderen von der Bildfläche verschwindet, immer mehr und mehr an Bedeutung und Einfluß verliert, wenn sie sich der ökonomischen Entwickelung nicht anzupassen vermochte, wenn sie sich nicht in stetem Kontakt mit dem gesammten klassenbewußten Proletariat befand, wenn ihr Kampfziel nicht einzig und allein der Klassenkampf war, der Kampf um die Erreichung einer höheren Lebenshaltung. Die Resultate dieses Kampfes sollen in dem folgenden Kapitel ihre Darstellung finden.

Der Arbeiterschutz und seine Folgen.

Eine Fabel.

Ein reicher Mann hatte ein Stück Land, auf welchem ein Maulthier weidete.

„Ich werde dich einschirren", sagte der Mann zum Maulthier, „und dich dieses Land pflügen lassen, um Melonen darauf zu pflanzen, welche ich sehr liebe, während die Stengel dich reichlich mit Nahrung versehen werden."

Das Maulthier erwiderte hierauf: „Wenn ich einwillige, zu diesen Bedingungen zu arbeiten, wirst du alle Melonen haben, und mir wird es schlimmer gehen als jetzt, da ich trockene Stengel zu fressen haben werde, statt frisches Gras. Ich werde es nicht thun."

„Wie unvernünftig du bist", meinte der reiche Mann, „dein Vater hatte nie andere Nahrung als Disteln und arbeitele doch 16 Stunden und sogar mehr per Tag, ohne Murren."

„Leider ist das wahr", erwiderte das Maulthier, „aber Sie wissen doch auch, daß mein Vater ein Esel war."

M. Flürscheim („Der einzige Rettungsweg").

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die dagegen erhobenen Einwände.

Da die kapitalistische Wirthschaftsweise ohne die Auspressung des Mehrwerthes aus den besitzlosen Proletariern eine contradictio in adjecto wäre, und da für die Mehrwerthbildung in erster Linie die Arbeitszeit in Frage kommt, während welcher der Arbeiter dem Gewerbeinhaber zur Verfügung steht, so ist es von vornherein klar, daß in der Ausdehnung der Arbeitszeit das Lebenselement der kapitalistischen Wirthschaftsform erblickt wird, daß weiter die Verkürzung der Arbeitszeit, insofern sie geeignet ist, den Profit des Unternehmers zu beschneiden, als eine Untergrabung des privatkapitalistischen Prinzipes perhorreszirt wird, daß aber auch, weil mit Recht die Arbeiter in der Dauer der Arbeitszeit die Grundquelle ihrer körperlichen und geistigen Degeneration erblicken, für sie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zum Losungswort für die Kämpfe zwischen

[39]) Les associations professionelles d'artisans et ouvriers en Belgique par Emile Vandervelde. Bruxelles 1891 2. Bd.

Kapital und Arbeit, zur Grundforderung der gewerkschaftlichen Organisationen geworden ist. Hier kulminiren all die Gegensätze in den typischen Anschauungen der Besitzenden und Besitzlosen, hier manifestirt sich die ganze Gesinnungsheuchelei des Unternehmerthums und zugleich auch die ganze Opferfreudigkeit des organisirten Proletariates.

Daß auf beiden Seiten nur die beabsichtigte Wahrung ihrer Interessen in Frage kommt, versteht sich von selbst, es wäre auch falsch, in der Gesellschaft, deren Lebensprinzip der Kampf um's Dasein ist, andere mehr ethische Motive vorauszusetzen. Aber doch ist diese Frage auch im ethischen Sinne, vom Standpunkt des Fortschreitens der Kultur, zu beantworten. Es wird sich dann darum handeln, zu ermitteln, ob die Gesellschaft als Ganzes einen größeren Vortheil davonträgt, wenn der Arbeiter seine Forderung zur Erfüllung bringt, oder wenn der Unternehmer immer größeren Profit einheimst.

Die genugsam widerlegte Doktrin des Liberalismus, daß Staat und Gesellschaft am besten gefördert werden, wenn das Unternehmerthum gedeiht, brauchen wir nicht noch einmal besonders zu widerlegen, es genügt der Hinweis darauf, daß in der ausgedehnten Arbeitszeit die Grundübel ruhen, welche degenerirend und dezimirend auf die arbeitenden Klassen, also auf die Mehrheit der Gesellschaft, wirken, daß Noth und Elend in jeder Gestalt begründet sind in dem System der Mehrarbeit.

Aber doch müssen wir mit einigen Worten auf die Argumente eingehen, welche das Kapital seit nun bereits einem Jahrhundert mit derselben Konsequenz, die eines besseren Zweckes würdig wäre, immer und immer wieder gegen die Bestrebungen, die Klassenlage der Arbeiter zu verbessern, vorbringt. —

Dickens schildert in seinem Roman „Harte Zeiten“ mit scharfer Satyre die Gefahren, die den Fabrikanten infolge der Arbeiterschutzgesetze angeblich drohen:

„Sicherlich“, sagt er, „hat es nie so zerbrechliches Porzellan gegeben, als das, aus dem die Spinnereibesitzer von Coketown gemacht waren. Mochte man sie noch so vorsichtig angreifen, so zerbrachen sie doch mit solcher Leichtigkeit, daß man auf den Verdacht kommen mußte, sie hätten schon vorher einen Sprung gehabt. Sie gingen zu Grunde, wenn sie die Kinder aus der Fabrik in die Schule schicken sollten; sie gingen zu Grunde, wenn Inspektoren zur Aufsicht über die Fabriken ernannt würden; sie gingen zu Grunde, wenn diese Inspektoren sie nicht für ganz berechtigt hielten, ihre Fabrikarbeiter von den Maschinen in Stücke reißen zu lassen; sie waren ganz und gar zu Grunde gerichtet, als man ihnen zu verstehen gab, daß sie vielleicht nicht beständig so schrecklich Rauch zu machen brauchten.“

Aber dann ist es für das Kapital auch wieder das angebliche Interesse an den Arbeitern selbst, welches sie, wie sie sagen, von der Durchführung der proletarischen Grundforderung der Verkürzung der Arbeitszeit, der Einführung des Normalarbeitstages abhält.

„Die Verkürzung des Arbeitstages“, so sagen sie, „führt zur Verkürzung der Löhne oder zum Ruine der Industrie, er nimmt dem Arbeiter gerade den Theil seines Einkommens, der ihm eine auskömmliche Existenz garantirt.“

Arbeitszeit und Arbeitslohn.

Durch zahlreiche Schriften, von bürgerlichen und sozialdemokratischen Nationalökonomen, durch staatliche und private Enquêten ist dieser Einwurf längst widerlegt.[40])

Einige Daten werden beweisen, daß im Allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Erhöhung des Lohnes Hand in Hand geht.

Nach der Statistik des Tischlergewerbes pro 1889 betrug bei:

Zahl der Arbeiter	Durchschnittszahl der Stunden per Woche	Lohn per Woche ℳ
7 647	bis 57	21,66
12 832	57—60	19,42
4 342	60—63	17,89
8 545	63—66	17,15
707	66—72	16,86
78	78	15,60

Nach einer für das Zimmergewerk geltenden Statistik betrug der durchschnittliche Stundenlohn bei

tägl. Arbeitszeit von		
über 11 Stunden	$27^1/_2$	₰
11 „	$28^4/_{11}$	„
10—11 „	$30^2/_3$	„
10 „	$37^{22}/_{25}$	„
unter 10 „	$50^1/_2$	„

bei Maurern

tägl. Arbeitszeit von		
11 Stunden	$22^{13}/_{22}$	₰
10—11 „	33	„
10 „	$36^{33}/_{37}$	„
unter 10 „	$45^3/_4$	„

---

[40]) Vergl. Marx: „Kapital“ I. 3. Aufl., S. 214 ff. Kautsky: „Der Arbeiterschutz“, Nürnberg 1890. Paul Ernst: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung“, Berl. Arb.-Bibl. XII. Heft. Herkner, Prof. Dr.: „Die soziale Reform als Gebot des sittlichen Fortschrittes“ Leipzig, Duncker u. Humblot. Schuler, Dr., eidgen. Fabrikinspektor: „Der Normalarbeitstag in seinen Wirkungen auf die Produktion.“ Archiv f. soz. Gesetzgebung und Statistik, Bd. IV., pag. 82. Sidney Webb and Harold Cox, The eight hours day. London, Walter Scott 1891. Prof. Dr. Th. Ziegler: „Die soziale Frage eine sittliche Frage.“ Stuttgart, G. J. Göschen 1891 u. A. m.

Sehr interessant und beweiskräftig ist eine von dem New-Yorker Arbeitsstat.-Bureau veröffentlichte Statistik; hiernach betrug der durchschnittliche Wochenverdienst der

Maurer	1885	10 Std.	4,00 Dollar
	1886	9 „	4,05 „
Maurer-Handl. . .	1884	10 „	2,50 „
	1887	9 „	2,75 „
Zimmerleute . . .	1885	10 „	2,75 „
	1886	9 „	3,25 „
Bauschlosser . . .	1885	10 „	2,10 „
	1886	9 „	2,25 „
Zimmermaler . .	1885	10 „	3,00 „
	1887	9 „	3,50 „
Möbelpolirer . .	1885	10 „	1,75 „
	1887	9 „	2,38 „
Hufschmiede . . .	1885	10 „	2,50 „
	1887	9 „	3,00 „
Former	1885	10 „	2,75 „
	1887	9 „	3,00 „
Faßbinder . . .	1885	10 „	2,50 „
	1887	9 „	3,00 „

Noch günstigere Zahlen weisen die durch die Organisation der Bäcker und Brauer errungenen Erfolge auf. Bei ersteren ist eine Herabsetzung der Arbeitszeit um durchschnittlich etwa 2 Stunden per Tag und eine Steigerung der Löhne von durchschnittlich 1½ Dollars pro Woche, bei den Brauern hingegen eine Ermäßigung der Arbeitszeit von über 3 Stunden eingetreten und eine gleichzeitige Erhöhung des Wochenlohnes um 5 Dollars und darüber zu konstatiren.

Und auch das Gegentheil, daß die relativen Löhne mit Verlängerung der Arbeitszeit nicht steigen, ist von derselben Beweiskraft.

Nach einer von der „Wiener Arb.-Ztg." über die Löhne der Bergarbeiter in Pribram nach der Schichtordnung vom 1. Juni 1891 veröffentlichten Zusammenstellung steigen bei einer Erhöhung der Schichtdauer von 8 auf 12 Stunden die Löhne nicht um 50 Prozent, sondern nur 25 Prozent.

Analoge Schlüsse lassen sich aus den von Kautsky (l. c. pag. 29) angeführten Zahlen Redgraves ziehen.

In der Kattundruckerei, die durch ein Arbeiterschutzgesetz nicht geschützt war, in der „die Arbeiter durch das Gesetz nicht gehindert wurden, so viel zu verdienen als sie wollten," sanken die Löhne von 1839 bis 1859 in folgendem Verhältniß:

	1839 Shilling	1859 Shilling
Farbenmischer	35	32
Maschinendrucker	40	38
Blockschneider	35	25
Blockdrucker	40	28
Färber	18	16
Wäscher und Tagelöhner	16 u. 15	16 u. 15

Andererseits aber sehen wir, wie umgekehrt in Manchester nach Einführung des Zehnstundentages in Baumwollfabriken die Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Löhne im Gefolge hatte. Es betrug der Lohn

	1839 69 Stunden wöchentl. Arbeitszeit Shillinge	1859 60 Stunden wöchentl. Arbeitszeit Shillinge
Spinner (am Selfaktor)	16—18	20—22
Andreher	8	10
Duplirerinnen	7	9
Abnehmer (Doffers)	4	5
Taglöhner	10	13

In den Berichten der verschiedensten Fabrikinspektoren finden wir ganz analoge Hinweisungen:

So führt z. B. der einsichtsvolle eidgenössische Fabrikinspektor Dr. Schuler in Braun's Archiv (Bd. 4, pag. 95) aus, daß die Reduktion der Arbeitszeit um 8,3 Prozent in einer großen Weberei nur eine Verminderung der Löhne um 1,2 Prozent, entsprechend einer gleichen Verminderung des Produktes zur Folge hatte! — Vier aus einer größeren Anzahl beliebig herausgegriffene Spinner verdienten per Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit 2,78, bei elfstündiger Arbeitszeit 2,81 Franken.

In dem Bericht der bayerischen Fabrikinspektoren für 1890 heißt es:

„Trotz des günstigen Geschäftsganges sämmtlicher Industriezweige hat eine nennenswerthe Vermehrung der Arbeitskräfte nirgends stattgefunden. Da nun aber auch in beinahe allen Betrieben von der eingegangenen 10- oder 10½stündigen Arbeitszeit nicht abgegangen wurde, um keine Unzufriedenheit bei den Arbeitern zu veranlassen, so mußten an die Arbeiter größere Anforderungen gestellt oder Vorsorge getroffen werden, daß durch verbesserte maschinelle Einrichtungen die Tagesleistungen der Arbeiter erhöht werden. Es ist Beides geschehen, und mit Hülfe der verbesserten Einrichtungen und der Sorge des Arbeitgebers oder Werkmeisters für ein richtiges Ineinandergreifen der einzelnen Arbeiten war es den Arbeitern möglich, bei zehnstündiger Arbeitszeit erhöhte Arbeitsleistung und besseren Verdienst zu erzielen."

Auch Oechelhäuser spricht es offen aus, daß die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit nirgends Minderung in dem Verdienst der Arbeiter herbeigeführt habe.[41])

Arbeitszeit und Produktion.

Bei kapitalistischer Wirthschaftsweise ist natürlich eine so auffällige, zum Theil relative, zum Theil aber auch absolute Erhöhung der Löhne nur dann erklärlich, wenn auch eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiter mit einer Erhöhung der Produktion Hand in Hand geht.[42]) — Sentimentalität der Gewerbeinhaber spielt nirgends eine geringere Rolle als in Sachen der Lohnfrage. Darum sehen wir denn auch bei einsichtigen bürgerlichen Oekonomen in erster Linie immer das Bestreben vorherrschen, nachzuweisen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur keine Verringerung, sondern im Gegentheil eine Steigerung der Produktion im Gefolge habe.

Die zitirten Zusammenstellungen von Webb und Cox bringen vor Allem ein reiches Material.

Folgende Tabelle nach Mulhall „Dictionary of Statistics"[43]) zeigt die Entwickelung der englischen Textilindustrie seit 1821.

Ausfuhr brittischer Baumwollwaaren:

	Yard Stoff	Pfunde Garn	Werth in Tausenden von Pfund Sterl.	Auf den Einwohner		
				Yard Stoff	Pfunde Garn	Werth in Shillg.
1821—30	340	39	17 210	15	2	15
1831—40 [1])	589	90	21 390	23	4	16
1841—50 [2])	965	137	24 215	35	5	17
1851—60 [3])	1988	171	38 030	70	6	27
1861—70 [4])	2444	136	59 620	81	4	40
1871—80 [5])	3693	222	71,930	110	7	43

[1]) Fabrikgesetzgebung von 1831—33; Kinderarbeit auf 8 Stunden, die Arbeit der Jugendlichen auf 12 Stunden beschränkt, Nachtarbeit für dieselben verboten.
[2]) Fabrikgesetzgebung von 1844—47. 1844 Frauen den jugendlichen Arbeitern gleichgesetzt, infolgedessen allgemeine Arbeitszeit 12 Stunden. 1847 Zehnstundengesetz, das aber vorläufig noch todter Buchstabe bleibt.
[3]) Fabrikgesetzgebung 1850, 52, 56. 1850 Kompromißgesetz, das den Arbeitstag auf $10^1/_2$ Stunden festsetzt.
[4]) Fabrikgesetzgebung 1861, 63, 64, 67. Hereinziehung bisher ausgenommener Geschäfte in den Rahmen des Gesetzes und Sicherung besserer Durchführung.
[5]) Fabrikgesetzgebung 1870, 74, 78. Zum Theil wie vorher, außerdem Erhöhung der Altersgrenze der Fabrikkinder von 8 auf 10 Jahre und Herabsetzung der Arbeitszeit der Minderjährigen und Frauen, d. h. praktisch aller Arbeiter auf $56^1/_2$ Stunden wöchentlich.

[41]) Soziale Tagesfragen 1889, pag. 52.
[42]) Vergl. die Arbeit von H. Fr. in der „Neue Zeit" Bd. V, pag. 416 ff: „Kurze Arbeitszeit und hoher Arbeitslohn." Die genannte Arbeit krankt jedoch an einem Kardinalfehler, indem nämlich in derselben vernachlässigt wird, daß auch die Produktivität der Arbeit — ceteris paribus — mathematisch gesprochen, eine Funktion der Arbeitszeit ist.
[43]) The eight hours day, pag. 97. Vergl. auch „Neue Zeit" 1890/91, Bd. II., pag. 337.

Mit einer einzigen Ausnahme, nämlich während der Zeit der Baumwollennoth im Dezennium 1861—70, ist also eine dauernde Steigerung der Ausfuhr trotz der zunehmenden Konkurrenz des Auslandes zu konstatiren. Natürlich ist auch entsprechend der Inlandverbrauch gestiegen. Der Preis ist für Baumwollengarn von 25,71 Pence per Pfund im Jahre 1871, auf 12,83 Pence per Pfund im Jahre 1884, und für Baumwollenstoffe von 11,73 Pence auf 2,81 Pence per Yard (= 0,914 m) im Durchschnitt gefallen.

Das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters im Textilgewerbe von Lancashire beträgt heute, bei 277 Arbeitstagen im Jahre, durchschnittlich 1230 Mk.; 1844, vor Einführung des Zwölfstundengesetzes, betrug der Wochenlohn eines Lancashirer Webers noch 10 Shilling und einige Pence, also das Jahreseinkommen noch keine M. 600. Und was schließlich die Profite der Unternehmer anbetrifft, so veröffentlicht der „Economist“ vom 10. Januar 1891 eine Liste der Dividenden von 85 Spinnereigesellschaften, die einen Durchschnitt von nicht weniger als 7⅞ Proz. aufweist, trotzdem die Arbeiter im Jahre 1890 eine 10prozentige Lohnerhöhung durchsetzten.[44])

Als das Zehnstundengesetz im englischen Parlament berathen wurde, wurde allgemein angenommen, daß es eine Verminderung der Löhne um mindestens 16 Prozent zur Folge haben würde, Sir James Graham und Mr. Cardwell sprachen sogar von 25 Prozent. Und was trat thatsächlich ein, als 1847 die Arbeitszeit von 69 Stunden auf 60 Stunden per Woche verkürzt wurde? — Eine Lohnsteigerung, die 1853 zwischen 5 und 30 Prozent variirte![45])

Die gleiche Erfahrung wurde aller Orten gemacht. Besonders instruktiv sind die Resultate, die sich seit Einführung des Elfstundentages in der schweizerischen Fabrikgesetzgebung gezeigt haben, und die Dr. Schuler im vierten Bande von Braun's Archiv, pag. 82 ff, eingehend bespricht.

Um den bei der Verkürzung der Arbeit von 12 auf 11 Stunden erwarteten Ausfall der Produktion um 8½ Prozent sofort auszugleichen, wandte man verbesserte Maschinen an, und steigerte bei alten Maschinen die Umlaufsgeschwindigkeit, so daß die Maschinen an sich schon rentabeler arbeiteten; — man war dadurch allerdings gezwungen — was besonders in der Textil-Industrie in das Gewicht fällt, besseres Material anzuwenden; aber schon dadurch gewann man an Qualität, was an Quantität ausfiel, außerdem aber gestattete die kürzere Arbeitszeit die „Möglichkeit einer recht exakten und daher werthvollen Arbeit.“

1880 erklärte daher auch einer der Leiter einer hervorragenden großen Spinnerei dem eidgenössischen Fabrikinspektor Dr. Schuler, daß er nach gründlichem Studium der englischen Verhältnisse zu

---

[44]) The eight hours day, pag. 125; „Neue Zeit“ 1890/91, II. Bd., pag. 338.
[45]) Webb und Cox, l. c. pag. 95.

der Ueberzeugung gekommen sei: „keine längere Arbeitszeit als 11 Stunden, innerhalb derselben eine möglichst beträchtlich durch verbesserte maschinelle Einrichtungen ermöglichte Mehrleistung der Arbeiter mit proportional erhöhten Löhnen, so daß die Arbeiter sich besser nähren und infolgedessen leistungsfähiger werden können. Sein Ziel ... sei theilweise erreicht durch einen um 12 Prozent schnelleren Lauf auch der alten Maschinen, anfangs unter allgemeinem Protest, gegenwärtig aber zur großen Zufriedenheit der Arbeiter. Er wies nach, daß in besteingerichteten englischen Spinnereien, trotz einer gegenüber der 65stündigen Arbeitszeit um 9 Stunden kürzeren Dauer der Arbeit und trotz fast doppelt so hohen Löhnen der englischen Arbeiter, der auf eine Gewichtseinheit Garn entfallende Arbeitslohn um ein Weniges geringer sei als in der Schweiz, daß also die Leistungsfähigkeit der weit besser genährten englischen Arbeiter eine doppelt so große sei."

Eine Spinnerei mit Selfactors, in welcher keine Veränderungen in Maschinerie, Rohstoff oder Garnnummern gemacht wurden, produzirte nach Ausweis der Bücher auf 10000 Spindeln: 1876 und 1877 bei 12stündiger Arbeitszeit täglich 372,18 Kilo Garn, 1879 und 1880 bei 11stündiger Arbeitszeit täglich 388,88 Kilo Garn.

„Die Maschinen, meist ältere, hatte man schneller laufen lassen und lediglich damit und durch die vermehrte Thätigkeit der Arbeiter dieses günstige Resultat erzielt."

Herr Spinnereidirektor Blocher stellte die Ergebnisse einer Grobspinnerei auf die gleiche Tages- und Spindelzahl und die gleichen Feinheitsnummern umgerechnet und mit den gleichen Maschinen erhalten für Jahre mit 12 und 11 Arbeitsstunden zusammen, indem er das 1873er Produkt gleich 100 setzt und erhält so:

bei 12 Stunden	bei 11 Stunden
1874 = 98,5	1878 = 97,6
1875 = 106,7	1879 = 101,9
1876 = 104,8	1880 = 104,5
1877 = 102,1	1881 = 110,8
	1882 = 102,6

In der Regel, meint er, wird aber in Spinnereien eine Minderproduktion die Folge sein, doch nie im Verhältniß von 12:11.

Schon in den 70er Jahren ermittelte Dr. Schuler in einer Glarnerischen Weberei Folgendes:

Es betrug das Gesammtprodukt der Jahre

1871/72 (12 Std.)	1872/73 (11 Std.)	1873/74 (11 Std.)
153 178 Pfd.,	151 824 Pfd.,	150 185 Pfd.,

oder die erste Zahl gleich 100 gesetzt in den folgenden Jahren 99,11 und 98,37, die Verminderung der Produktion betrug also nur 1,26 Prozent trotz der Reduktion der Arbeitszeit um $8^1/_2$ Prozent!

Einer anderen Weberei, welche das anfänglich entstandene Defizit durch schnelleren Gang der Stühle zu decken suchte, entnahm er das Resultat, daß sie 1876 und 1877 bei 12 Stunden täglich 7788,26 Meter, 1879 und 1880 bei 11 Stunden täglich 8298,2 Meter produzirte. Ihr Produkt hatte also bei 8,3 Prozent kürzerer Arbeitszeit um 6,5 Prozent zugenommen. —

Eine Probe auf die Richtigkeit des Exempels war hier dadurch möglich, daß bei Steigerung der Arbeitszeit um 8,3 Prozent — durch Ueberstunden — die Produktionsmenge doch nur um 1,6 Prozent gesteigert zu werden vermochte.

Und hiermit wird auch schlagend dem Einwand begegnet, daß die 11stündige Arbeitszeit in der Schweiz nur auf dem Papiere bestehe, daß man im Ernst garnicht von einer thatsächlichen Durchführung der gesetzlichen Maximalarbeitszeit sprechen könne u. s. w.

Ganz analoge Resultate ergaben sich auch in Stickereien. Es wurden in einer der größten Stickereien auf je 10 Maschinen Stiche gemacht:

Mittel 1878: 5 565 775. — 1880: 5 991 897
also im Verhältniß von
100 : 107,7.

Ebenso sprach sich ein Geschäft, dessen Muster seit 1875 stets ziemlich gleich geblieben war, dahin aus:

„Für die Stickerei, wo die Maschinen durch Handbetrieb bewegt werden müssen, ist die Normalarbeitszeit eine wahre Wohlthat für den Arbeiter und durchaus kein Nachtheil für den Arbeitgeber."

Von Bedeutung ist es, daß mit Ueberstundenarbeit durchweg ungünstige Resultate erzielt wurden. Eine große schweizerische Seidenweberei berechnete nur 4 Prozent Mehrprodukt bei einer Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 12 Stunden.

Die Firma J. C. Zaalberg & Sohn, Wolldeckenfabrik in Leiden, ließ früher 16, dann 11½ und seit 3 Jahren 9½ Stunden arbeiten. Die Verdienste der Arbeiter wurden durch diese Maßregel nicht geringer, während die Quantität der Fabrikate dieselbe blieb und ihre Qualität sich verbesserte. Die angeführte Thatsache ist um so bedeutungsvoller, als keinerlei Veränderung der Maschine stattfand und auch bei den Handstühlen sich die gleichen Erscheinungen zeigten.[46])

In dem österreichischen Gewerbe-Inspektoren-Bericht für 1889 heißt es Seite 242:

„Die ungünstige Geschäftslage der Tucherzeugung im 9. Aufsichtsbezirk will man vielfach auf den Umstand zurückführen, daß etwa 500 Lohnwebereien noch eine 15- ja mitunter 17stündige Arbeitszeit in Anwendung bringen."

---

[46]) Dr. Otto Pringsheim, Untersuchungen über die arbeitenden Klassen in Holland. Braun's Archiv, Bd. IV., S. 321.

Von Werth sind hier die im Pariser Gemeinderath gepflogenen Verhandlungen. Als am 22. Juni 1886 die Kommission der Arbeit den Antrag auf Einführung des Achtstundentages für alle städtischen Arbeiter stellte, zog der Berichterstatter Longuet aus einer Tabelle zur Vergleichung amerikanischer und französischer Produktionsverhältnisse den Schluß[47]):

„Daß jede in der Industrie beschäftigte Person in Paris nur einen jährlichen Durchschnittswerth von Frcs. 6123 erzeugt, während jede Person in Massachusetts Frcs. 9967 und in New-Jersey für Frcs. 10494 jährlichen Durchschnittswerth erzeugt, d. h. jeder Pariser Arbeiter erzeugt rund für Frcs. 4000 weniger als jeder amerikanische Arbeiter."

„In der gleichen Tabelle sehen wir, daß in allen Industrien Frankreichs, Paris inbegriffen, jede Person jährlich einen Durchschnittswerth von Frcs. 3342 erzeugt, während in allen Industrien der Vereinigten Staaten jede Person jährlich einen Durchschnittswerth von Frcs. 10194 erzeugt. Das heißt, jeder Arbeiter in den Vereinigten Staaten, obgleich er drei Stunden am Tage weniger arbeitet, erzeugt dreimal so viel als jeder Arbeiter in Frankreich. Das ist das wirthschaftliche Unheil, in das uns die Anhänger der staatlichen Nichthineinmischung in die Regelung der Arbeitszeit für Werkstätten und Fabriken, sowie die Gegner der Vereinigungs- und Koalitions-Freiheit geführt haben. Wir können diese Darlegung folgendermaßen formuliren:

„Mit den heutigen Produktionsmitteln sind es die Nationen, bei welchen eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 bis 54 Stunden besteht, welche das Maximum der jährlichen Produktion erreichen, sie zahlen die höchsten Löhne und erzielen die stärksten Gewinne; sie produziren endlich unter den besten Bedingungen der Billigkeit und guten Arbeit."

Nach einer Reihe weiterer Erörterungen, die sich an die erwähnte Tabelle anschließen, kommt der Bericht nochmals zu folgender Schlußfolgerung:

„Es sind diejenigen Länder, wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien, wo die Löhne am höchsten und der Arbeitstag am kürzesten, welche am meisten aufblühen, sie sind zugleich unsere stärksten Konkurrenten und zwar selbst auf unsern Märkten."

Denjenigen, welche noch immer Zuflucht bei den Oekonomisten der alten Schule suchen, hält der Bericht eine Stelle aus der Rede von Frédéric Passy in der Deputirtenkammer entgegen:

„Man sagte früher, daß es die letzte Stunde sei, welche den Gewinn des Fabrikanten ausmache, heute aber sagen wir, daß es die letzte Stunde ist, die den Gewinn des Fabrikanten aufzehrt.

[47]) Cfr. Dritter Jahresbericht des schweizerischen Arbeitersekretariates für das Jahr 1889. Winterthur 1890, S. 45 f.

„Und das ist wahr, sobald diese letzte Stunde einer zu großen Anzahl von anderen nachfolgt, sobald die Arbeit eine gewisse Grenze übersteigt. Die Erfahrung und das Studium haben intelligente Fabrikanten gelehrt, daß die Menschen wie die Thiere — und sind wir in einer gewissen Richtung nicht auch Thiere? — nützlicherweise nur ein gewisses Maß von Kraft verausgaben können. Es hat sich gezeigt, daß, wenn dieses Maß überschritten wird, man nur lässige, geringe Arbeit erhält, ohne Eifer, ohne Fleiß, wobei das Werk verpfuscht oder verdorben wird; eine Arbeit, die mit Gleichgültigkeit oder gar mit Widerwillen verrichtet wird, die schließlich nicht einbringt, was sie kostet, im Gegentheil, eine Arbeit, die nicht nur darum theuer ist, weil sie nicht im Verhältniß zur gebrauchten Zeit steht, sondern weil sie unvermeidliche, manchmal auch vermeidliche Fehler nach sich zieht, sodann auch, weil dabei ohne jeden Gewinn die allgemeinen Unkosten steigen. Von diesen allgemeinen Unkosten sagt zwar Herr de Mun, sie seien unveränderlich, sie sind aber das Veränderlichste auf der Welt: die allgemeinen Kosten für Heizung, Beleuchtung, für die Unterhaltung und das Inganghalten der Kraftmaschinen, für die Ueberwachung 2c. Derart verwandelt man durch große Ausdehnung der Arbeitszeit, kurz gesagt, einen Theil und manchmal den ganzen Gewinn, den man hätte erhalten können, in Verlust.

„Und da zur Unterstützung dieser Aussagen Thatsachen beigebracht werden müssen, so erinnere ich namentlich daran, daß es schon etliche fünfzig Jahre her ist, seit mein verehrter Freund Jean Dolfus versuchte, den Arbeitstag, der damals bei ihm 11 Stunden war, um eine halbe Stunde zu verkürzen, und anstatt 1/24 weniger Produktion erhielt er 1/24 mehr . . . .

„Ein großer Industrieller, Herr Ottevaere in Gent, sagte vor mehr als 25 Jahren zu seinen Kollegen, die durch die Konkurrenz Englands erschreckt waren: Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die belgischen Arbeiter nur 11 statt 13 Stunden arbeiteten, wir das gleiche Produkt erhielten und folglich wirthschaftlicher produzirten.

„ . . . Man erweist mir die Ehre, mir jährlich den Bericht der Handelskammer von Verviers, der ausgezeichneten Industriestadt Belgiens, zu schicken, und jedes Jahr lese ich, daß sich diese Handelskammer zur gleichen Lehre bekennt. Sie erklärt ausdrücklich, daß man in 9 oder 10 Stunden vortheilhafter und besser produziren kann und muß als in 12, 13, 14 und mehr Stunden.

„Sie wissen es und alle Welt sollte es wissen, daß dem in England so ist, und daß darin die Ueberlegenheit Englands, wenigstens in einer großen Anzahl von Industrien, beruht . . .

„ . . . Die Ueberlegenheit Englands in gewissen Erzeugnissen, die zu billigem Preise in großen Massen fabrizirt werden, kommt

großentheils daher, daß man in England nur 10 Stunden im Tag und Samstags nur den halben Tag arbeitet, das macht 50 und einige Stunden in der Woche, nicht darüber.

„ . . . Am Sonntag wird nicht gearbeitet und das ist auch noch eine Ursache guter Arbeit . . . Ich betrachte diese Frage vom Standpunkte der Thatsachen, wie vom Standpunkte der Wissenschaft aus als entschieden."

Der Berichterstatter Longuet fügt diesen Worten Passy's hinzu:

„Nun wohl! Es ist nöthig, daß diese Frage auch abgeschlossen sei für die Gewählten der Pariser Bevölkerung. Unser einziges Bedauern ist, daß die Gemeinde Paris nicht die erste sein konnte in der Welt, um die Initiative, die wir anregen, zu ergreifen.

„Seit 1868 hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Achtstundentag für alle von der Bundesverwaltung ausgehenden Arbeiten angenommen.

„Wie dem auch sei, es ist noch genug Ehre dabei, den Weg zu beschreiten, den die große amerikanische Republik vorgezeichnet hat."

Geradezu enthusiastisch äußert sich Herr Beaufoy M. P. über die Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit von $9^3/_4$ auf 8 Stunden in seiner Fabrik. Die Produktion hat sich seitdem in seiner Fabrik gehoben, die Produktionskosten haben sich vermindert, der Geschäftsprofit war gestiegen, während gleichzeitig die Lage der Arbeiter sich gebessert hatte und Alles ohne die geringste Vermehrung des in dem Unternehmen (einer großen Essigfabrik) angelegten Kapitals.[48]) Eine analoge Erfahrung ist in dem großen chemischen Etablissement der Aktiengesellschaft Brunner, Mond & Co. in Cheshire gemacht worden.[49])

Doch das sind alles nur Details und gestatten keinen allgemeinen Schluß auf die Wirkung des verkürzten Arbeitstages. Von voller Beweiskraft sind dagegen die in Australien mit dem Achtstundentag gemachten Erfahrungen, die sich überdies auch noch auf einen längeren Zeitraum erstrecken. In dem von der Britischen Oekonomischen Gesellschaft herausgegebenen „Economic-Journal" schildert ein Herr John Rae, wie sich der Achtstundentag in Melbourne und anderen Städten Australiens bewährt habe. Weit entfernt, sagt Herr John Rae in dem „Economic-Journal" 1891, eine Verminderung der Produktion im Verhältniß zur Zahl der beschäftigten Arbeiter zu bewirken, hat die Herabsetzung der Arbeitszeit vielmehr *fast überall zu einer Vermehrung der Produktion, zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung geführt.* Die Zeugnisse und die Zahlen, die Herr Rae dafür anführt, sind von einer erdrückenden Beweiskraft. „Eine Verkürzung der Arbeitszeit", schreibt er, „hat stets zwei unmittelbare Wirkungen: sie wirkt anfeuernd auf die Meister,

[48]) Webb und Cox. l. c. pag. 262.
[49]) ibid. pag. 256 f.

sie wirkt anfeuernd auf die Arbeiter. Die Meister gehen sofort daran, allerhand Ersparnisse einzuführen, die Arbeit wirksamer einzutheilen, bessere Maschinen und Geräthe anzuschaffen, oder die alten zu verbessern, oder auch Schichtarbeit zu versuchen, kurz, alle Möglichkeiten in's Werk zu setzen, die Produktion ihrer Etablissements auf dem alten Stand zu halten oder noch zu steigern. Die Arbeiter kehren nach der längeren Rast in besserer Stimmung an die Arbeit zurück, gleich gestärkt an Nerven und Muskeln, und machen den Ausfall an Arbeitszeit durch intensivere Arbeit, in manchen Fällen theilweise, in manchen vollständig, wett. Die in Victoria gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Ausgleichung eine fast absolute ist".[50])

Die Verkürzung der Arbeitszeit und das Unternehmerthum.

Es wäre natürlich naiv, vorauszusetzen, daß, wenn auch die einsichtsvollsten der Großindustriellen den hohen Werth der Verkürzung der Arbeitszeit für die Produktion anerkennen, nun auch eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit allgemein freudig begrüßt würde. Das Gegentheil ist nur zu häufig der Fall. Wer die Berichte der Fabrikinspektoren verfolgt, wird alle Augenblicke auf die Bemerkung stoßen, daß in der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit nur eine lästige Fessel empfunden wird. Im Bezirk Zürich allein wurden 1889/90 nicht weniger als 19 Denunziationen wegen unerlaubter Ueberschreitung der Arbeitszeit eingereicht, wovon nur 6 zurückgewiesen wurden[51]). Mit welchem Rechte übrigens, kann man aus dem Bericht über die Thätigkeit der von der Züricher Arbeiterschaft eingesetzten Kommission für Ueberwachung der Ausführung der Fabrik- und Haftpflichtgesetzgebung beurtheilen; und dabei wurde noch sehr freigebig mit der Bewilligung von Ueberzeit verfahren[52]):

1889 an 105 Firmen in 167 Fällen,
1890 „ 66 „ „ 79 „

Desgleichen werden in dem Bericht der Kommission zur Ueberwachung des Fabrik- und Haftpflichtgesetzes von Winterthur und Umgebung für 1888/89 nicht weniger als 14 Fälle von Uebertretungen der Normalarbeitszeit namhaft gemacht, und dabei waren nicht weniger als 91940 Ueberstunden an 3 Etablissements (87/88) bewilligt worden!![53])

Man kann eben von einer Schlehenhecke nicht süße Trauben ernten, zu deutsch, man kann von dem Kapitalisten, der ein ganzes Jahrhundert hindurch mit seinen Arbeitern gewirthschaftet hatte, wie ein amerikanischer Plantagenbesitzer mit seinen Sklaven, nicht

[50]) Vgl. „Züricher Post" d. 16. April 1891.
[51]) Bericht des Regierungsrathes des Kantons Zürich an das schweiz. Industriedepartement über die Vollziehung des eidgenössischen Fabrikgesetzes in den Jahren 1889 und 1890, S. 5.
[52]) Ebendaselbst.
[53]) Zürich, Druck von C. Conzett.

erwarten, daß er nun über Nacht zu der Erkenntniß kommt, auch sein Interesse werde am vortheilhaftesten gewahrt, wenn der Arbeiter geschont wird. — Das China Zentraleuropas, Deutschland, wandelt natürlich wie in anderer Beziehung auch hier an der Spitze der Rückwärtsler. Geht dies doch sogar so weit, daß der mangelhafte Schutz, den Deutschland seinen Arbeitern — in der wichtigsten Beziehung, nämlich in Bezug auf die Arbeitszeit — angedeihen läßt, für andere Länder mit fortschreitender Entwickelung der Arbeitschutzgesetzgebung Grund zum Stillstand giebt.

Das erhellt deutlich aus den Verhandlungen im Schweizerischen Nationalrath anläßlich einer Interpellation des Nationalrathes Locher über die Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages. Der Bundesrath Deucher erklärte offen, daß er grundsätzlich auf dem Boden Derjenigen stände, die den zehnstündigen Normalarbeitstag einführen wollten, aber leider sei dies so lange unmöglich, als die großen Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, Italien noch gar keine Beschränkung der Arbeitszeit kennen. Er wolle nicht verlangen, daß z. B. Deutschland in seiner neuesten Arbeiterschutzgesetzgebung den zehnstündigen Arbeitstag eingeführt hätte, aber wenn es sich nur herbeigelassen, den elfstündigen Normalarbeitstag einzuführen, würde er kein Bedenken gehabt haben, für die Schweiz sofort den zehnstündigen einzuführen.

Und doch wurde selbst in Deutschland, dem „klassischen Lande der Sozialreform", schon 1871 die Einführung eines Normalarbeitstages von weiteren Kreisen als zwingende Nothwendigkeit erkannt. „Auf der ersten Konferenz der ländlichen Arbeitgeber zu Berlin, im Jahre 1871, wurde sehr ernsthaft die Frage eines Normalarbeitstages für die Landwirthschaft diskutirt. Darüber, daß er binnen 10 Jahren für die Industriearbeiter eingeführt werde, herrschte damals in der ganzen Versammlung kein Zweifel." [54])

Verkürzung der Arbeitszeit und industrielle Reservearmee.

Natürlich ist es von vornherein zu erwarten, daß in denjenigen Betrieben, wo durch verbesserte maschinelle Einrichtungen eine Verminderung der pro Kopf der Arbeiter erzeugten Produkte nicht paralysirt werden kann, mehr Arbeiter eingestellt werden müssen (also ein gewisser Ausfall für den Kapitalisten zu erwarten ist). Vom Standpunkt der Arbeiter bedeutet das in erster Linie einen gewaltigen Fortschritt, denn durch die Einstellung neuer Arbeiter wird die industrielle Reservearmee vermindert. So hatte die Einführung der Achtstundenschicht in den Londoner Gasanstalten im

[54]) A. Bebel: Die Gewerbeordnungs-Novelle, „Neue Zeit" 1890/91, II. pag. 331. (Es dürfte nicht ohne Interesse sein, daran zu erinnern, daß bereits im Jahre 1849 der Entwurf zu einer Gewerbeordnung für Deutschland von Degenkolb, Veit, Becker aus Gotha und Lette einen zwölfstündigen Maximalarbeitstag auch für erwachsene Arbeiter vorgesehen hatte; wobei vermuthlich das französische Edikt vom 9. September 1848 vorgeschwebt hatte).

Jahre 1888 die Wirkung, daß mehrere Tausend Arbeiter mehr eingestellt werden mußten und eine allgemeine Lohnerhöhung eintrat.[55])

Desgleichen mußte die London- und North-Western-Eisenbahn, als sie Anfang 1891 die Arbeitsstunden ihrer Wagenschieber herabsetzte, die Zahl derselben um ein Viertel erhöhen.

Webb und Cox berechnen nun[56]) den Ausfall, den das mehrwerthhungerige Kapital erleiden würde, wenn die Arbeitszeit der Eisenbahnbediensteten in Großbritannien von der jetzt durchschnittlich üblichen[57]) auf 60 Stunden per Woche herabgesetzt werden würde.

Der Reingewinn betrug am 31. Dezember 1889: 36 930 901 Lstrl.; die Kapitalrente 4,21 Prozent. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde die Neueinstellung von 80 000 Mann erfordern, dieselben mit 50 Lstrl. durchschnittlichen jährlichen Lohnes in Rechnung gestellt, ergäbe eine Mehrausgabe von 4 000 000 per Jahr oder eine Reduktion der Kapitalrente von 4,21 auf 3,75 Prozent, also noch nicht um 1/2 Prozent. — Ob der Gesellschaft bessere Dienste dadurch geleistet werden, daß ein paar Kapitalisten in ihrer Drohnenarbeit um 1/2 Prozent gekürzt werden, oder daß 80 000 Personen mehr eingestellt und die übrigen Arbeiter von den Qualen unmenschlicher, langer Arbeitszeit befreit werden?

Diese Erwägungen treffen in erster Linie für alle die Arbeiter zu, deren rein individuelle Arbeitskraft von dem Kapital ausgenutzt wird, die also schlechterdings zunächst nicht durch Maschinen zu ersetzen sind, und für welche infolgedessen die Vortheile einer Verkürzung der Arbeitszeit am ehesten sichtbar sein werden. Vor Allem sind es hier die Schriftsetzer,[58]) die als typische Beispiele gelten können. Bei diesen würde in der That eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, also um 10 Prozent, eine fast völlige Absorption der Reservearmee der arbeitslosen Buchdrucker zur Folge haben, — wenngleich auch nicht verkannt werden darf, daß die Verkürzung der Arbeitszeit gerade hier auch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit zur Folge haben würde; denn sehr treffend bemerkt der Innsbrucker Professor Dr. Viktor Mataja in dem Wiener Handelsmuseum, „daß Arbeitsenergie und Arbeitsdauer in einem umgekehrten Verhältniß stehen, daß die Leistungsfähigkeit also desto größer, je kürzer der Arbeitstag . . . Kurz und energisch arbeiten, ist die Arbeitsweise der fortgeschrittenen, lang, aber wenig intensiv jene der zurückgebliebenen Nationen."

In diesem Moment, in Verbindung mit der gesteigerten Produktivität der Arbeit, ruht auch schon eine Antwort auf die Frage, ob die Verkürzung der Arbeitszeit geeignet sein wird, die Zahl der

[55]) „Neue Zeit" 1890/91, Bd. II, S. 339.
[56]) l. c. S. 131 f.
[57]) Vgl. Seite 84, auch „Neue Zeit" 1890/91 II. Bd. pag. 276.
[58]) Vergl. Walther May. Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Berl. Arb.-Bibl., II. Serie, 14. Heft, 1891.

Arbeitslosen in dem gehofften Umfange zu verkleinern. — Die Thatsachen, daß wir in der Schweiz sowohl als auch in England und in Australien eine „soziale Frage" haben, deren Zusammenhang mit der industriellen Reservearmee früher*) genügend gewürdigt ist, ist eine weitere nicht mißzuverstehende Antwort. Der Normalarbeitstag wird ebensowenig die Zahl der Arbeitslosen vermindern, als er im Stande sein wird, die soziale Frage zu lösen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, der Schutz der Frauen und Kinder vermögen allerdings nicht die industrielle Reservearmee aufzusaugen, im Gegentheil trägt die gesetzliche Regelung aller dieser Fragen noch in einem gewissen, wenn auch nur beschränkten Umfang dazu bei, die industrielle Reservearmee zu vergrößern.

Hat nämlich die Ausbeutung der Frauen und Kinder, die Vernichtung der physischen und geistigen Kräfte durch Ueberzeit und Nachtarbeit ihren höchsten Grad erreicht, so wird, von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, die Beschränkung der Fabrikarbeit von derselben Nothwendigkeit diktirt, welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß. Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpfte, hatte in dem anderen die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. Periodische Epidemien sprachen hier ebenso deutlich als das abnehmende Soldatenmaß in Deutschland und Frankreich.[59]) Fabrikgesetzgebung tritt dann als „die erste bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestaltung ihres industriellen Produktionsprozesses, — ebensosehr ein nothwendiges Produkt der großen Industrie als Baumwollgarn, Selfactors und der elektrische Telegraph", auf den Plan, und so beginnt auf der anderen Seite der Boden unter den Kleinproduzenten zu wanken, nachdem sie bereits durch die ökonomische und technische Ueberlegenheit des Großkapitales ihrer festesten Stütze, der Konkurrenzfähigkeit, beraubt waren. Die Proletarisirung der Kleinhandwerker, die ohne die massenmörderische Ausbeutung ihrer lebenden Arbeitsmaschinen ohnmächtig in dem Konkurrenzkampf mit dem Großkapital dastehen, macht rapide Fortschritte mit jedem neuen zum Schutze der Arbeiter erlassenen Paragraphen. Es sinkt die Konsumtionsfähigkeit immer weiterer Schichten der Gesellschaft, ohne daß die hierdurch entstehenden Nachtheile durch die Vortheile, welche die geschützten Fabrikarbeiter erlangten, vollständig paralysirt zu werden vermögen. —

Die Schutzbestimmungen der Arbeiter, welche zehrend an dem Kleinhandwerk saugen, zwingen aber auch, wie wir gesehen, den Großproduzenten zur Einführung vortheilhafter arbeitender Maschinen,

---

*) Vergl. Seite 24.

[59]) Marx, Kapital, Bd. I., 3. Aufl., pag. 223. Vergl. dieses Handbuch pag. 103.

die Arbeit wird dadurch immer produktiver.[60]) Immer mehr Hände erübrigen sich. — Die Armee der Arbeitslosen nimmt immer größere Dimensionen an, und eine immer größere Zahl von Proletariern kommt in die Lage, überhaupt nichts mehr von den „Segnungen" der Fabrikgesetzgebung genießen zu können.

Parallel mit dieser Entwickelung gehen die kapitalistischen Neubildungen, die, wie wir früher gesehen, darauf hinzielen, die Produktion in ihrem Interesse immer mehr zu beschränken.

Wirkungen des Arbeiterschutzes auf das Proletariat.

„Was also als Vortheil für die Gesammtheit des Proletariates erschienen, die „soziale Reform", die Arbeiterschutzgesetzgebung, sie wird selbst nur zu einer Quelle neuen Elends der Massen."

Aber doch kann nur die Kurzsichtigkeit so schließen. So können nur Diejenigen urtheilen, welche vergessen, daß aus dem degenerirten, dem moralisch und physisch versumpften Lumpenproletariat nie eine regenerirte Gesellschaft geschaffen werden kann. — Und der Proletarier, der zu dem eisernen Bestand der industriellen Reservearmee gehört, er befindet sich bereits hart an der Grenze zwischen zielbewußtem Proletariat und der Hefe der Gesellschaft — nur wenige Wochen des stetig andauernden Elends und der verhängnißvolle Schritt ist gethan. — Dieses Fatum schwebt auch über dem Arbeiter von heute, der noch in der Lage ist, sich sein Brot — sein trocken Brot allerdings nur — zu verdienen; bedeutet doch für die Proletarierin z. B. heute schon der Eintritt in das selbstständige Arbeitsverhältniß, wenn ihr nicht die Familie zur Seite steht, fast immer ihre gleichzeitige Prostituirung!

Und hierin scheint in der That die Gefahr der Degeneration der ganzen Rasse zu beruhen. Glücklicherweise wirkt ebenso intensiv die gesellschaftliche Selbstregulirung. Die Elemente der Reservearmee, des Lumpenproletariats, als inferiore im Kampf um's Dasein, werden ausgemerzt, sie pflanzen sich nicht mehr fort; höhere Sterblichkeit der Kinder ist die nothwendige Folge der denkbar niedrigsten Lebenshaltung; die überlebenden Kinder gelangen ebenfalls immer weniger zur Nachzucht und Vererbung ihrer inferioren Eigenschaften. Die Frauen und Mädchen fallen mit Naturnothwendigkeit der Prostitution anheim, die geringe Zahl ihrer Sprößlinge sind sichere Todeskandidaten. Die Männer sinken gleichfalls in immer steigendem Maße in das Lumpenproletariat hinunter, ihr letztes Asyl wird das Gefängniß, das Zuchthaus, wenn sie nicht in jungen Jahren infolge ihrer Ausschweifungen, ihres jeder Ordnung entbehrenden Lebens vom Tode dahingerafft werden. Auch sie gelangen also nur schwer dazu, die Eigenschaften ihres körperlich und geistig degenerirten

---

[60]) Vergl. Max Schippel: Technisch-wirthschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Berl. Arbeiter-Bibliothek. III. Serie. 2. Heft. Ferner Herckner: Die soziale Reform als Gebot des wirthschaftlichen Fortschrittes. Leipzig 1836. Das Kapitel: „Ueber die Zunahme der Produktivität der Arbeit in den letzten Zeiten."

Organismus zu vererben. Die unterste Kaste geht an innerer Widerstandsunfähigkeit zu Grunde und sie wird nur regenerirt durch die Glieder anderer Kasten, die von einem höheren Niveau auf das denkbar niedrigste hinabsinken.

Anders jedoch steht es mit Denen, die wirklich in den Genuß eines wirksamen Arbeiterschutzgesetzes treten. Für die wirklich in Arbeit Befindlichen wird unter besonderer Mitwirkung der Arbeiterkoalitionen die Lebenshaltung sich bessern, weil das Existenzminimum steigt — wenigstens absolut genommen.

Ihre Degeneration wird aufgehalten — und da vom Lumpenproletariat so gut wie nie ein Ersatz in diese Reihen tritt, so kann auch von dieser Seite her eine Verschlechterung der Rasse nicht herbeigeführt werden.

Erfüllt aber der Arbeiterschutz nur allein die Aufgabe, den Entartungsprozeß der Arbeiter, welche sich im Arbeitsverhältniß befinden, aufzuhalten, so hat er seine vornehmste Leistung für die Vorwärtsentwickelung der Menschheit vollbracht und aus der alten, verrotteten, in sich selbst aus innerer Haltlosigkeit zusammenbrechenden Gesellschaft vermag sich ein kräftiger Stamm hinüber zu retten, der seine Regenerationsfähigkeit noch nicht verloren hat, wenn er auf fruchtbaren Boden versetzt wird. —

Bei der gerade in dieser Richtung äußerst mangelhaften Sozialstatistik ist man freilich nur auf Einzelangaben angewiesen, um die einflußreiche Wirksamkeit des Arbeiterschutzes zu studiren.

Beweise für die Wirkungen des Arbeiterschutzes.

1. Schutz der Kinderarbeit.

Am eklatantesten müssen natürlich die Wirkungen der Schutzbestimmungen da hervortreten, wo der Ausbeutungswuth des Kapitals die zartesten Organismen, **Kinder und Frauen**, vordem wehrlos gegenüberstanden.

Während des großen Rebellionskrieges in den Vereinigten Staaten stockte die Ausfuhr von Baumwolle lange Zeit. Die Spinner und Weber in Lancashire mußten feiern. Es entstand große Noth unter ihnen, und was zur Abhülfe von Amerika aus gethan werden konnte, geschah. Weil ihnen der Süden keine Baumwolle zur Verarbeitung schicken konnte, so sandte ihnen der Norden Schiffe voll Lebensmittel gratis. Inmitten dieser Nothlage machte man aber eine auffällige Bemerkung, die dann durch genaue Feststellungen erhärtet wurde: Die Kindersterblichkeit nahm gewaltig ab.

Die Textilindustrie beschäftigt bekanntlich eine große Anzahl Frauen und Kinder und zu den elendesten Löhnen. Die Noth pocht ja fast beständig an die Thür des Webers. Die Frauen in der Textilindustrie in Lancashire konnten sich nach Entbindungen oder Krankheiten keine lange Ruhefrist gewähren; sie mußten, so schnell es anging, zurück in die Fabrik. Damals wurde außerdem zugelassen, daß die Säuglinge in die Fabrik mitgebracht werden durften; die Mütter aber, die mit ihnen nicht viel Zeit verlieren durften, brachten

sie, wenn sie störten, so rasch als möglich zur Ruhe, gewöhnlich mit Opiaten oder Spirituosen. Die Folgen lassen sich denken!

Da waren aber außerdem noch die Kinder von acht Jahren aufwärts als Arbeiter in der Fabrik, zehn Stunden und länger. Diese Kinder bekamen durch die Baumwollkrisis unerwünschte und für sie doch wohlthätige Ferien. Die Mutter konnte ihren Kleinen Pflege angedeihen lassen. Die größeren Kinder konnten sich in der freien Luft tummeln. Und obwohl die Ernährung eine höchst mangelhafte war, nahm die Sterblichkeit dieser Bevölkerung, wie gesagt, gewaltig ab. Damals wurde in unwiderleglichster Weise der Zusammenhang zwischen der großen Sterblichkeit unter der Kinderwelt der Arbeiterklasse mit der Industrie, die letztere als Ursache der ersteren, erwiesen.[61])

Interessant ist es, was gleich an dieser Stelle bemerkt sein mag, wie die Fabrikgesetzgebung in ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich der Normirung der Arbeitszeit nicht blos direkt, sondern mehr noch indirekt, die Zahl der ausgebeuteten Kinder und jugendlichen Arbeiter beschränkt. So berichtet der eidgenössische Fabrikinspektor Dr. Schuler,[62]) daß von 1882—1888 die Zahl der Kinder und jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren im I. Fabrikinspektionskreise der Schweiz abgenommen hat in der

Baumwollspinnerei	17,5 %	männl.,	15,9 %	weibl. Arbeiter,
Seidenindustrie	11,9 %	„	18,4 %	„ „
Stickerei	42,2 %	„	23,5 %	„ „

Aehnliches kommt fast in allen Industrien vor. Man werthet die Kinderarbeit nicht mehr so hoch. — Die komplizirteren Maschinen mit ihrem relativ raschen Gang, welche eingeführt wurden, die Arbeit bei verkürzter Arbeitszeit*) auf dem alten Grade der Produktivität zu erhalten, erforderten eben, um den größeren Strapazen der intensiveren Arbeitsmethode zu begegnen, Arbeiter, die mehr Verständniß, Aufmerksamkeit und Ueberlegung für die Bedienung der Maschinen, vor Allem aber mehr körperliche Widerstandskraft besaßen, als der jugendliche Organismus.

Der Rückgang der Kinderarbeit ist natürlich die denkbar beste Wirkung des Arbeiterschutzes.**)

Leider ist es nicht in erster Linie die Männerarbeit, sondern die Arbeit der Frau, welche für die ausfallende Kinderarbeit einrückte.

Auch in anderen Staaten sind die wohlthätigen Folgen des Schutzes der Kinderarbeit deutlich zu Tage getreten.

---

[61]) Vergl. Marx: Kapital, I. Bd., 3. Aufl., pag. 401.

[62]) Amtsberichte der eidgen. Fabrikinspektoren für die Jahre 1888 und 1889. Aarau, H. R. Sauerländer 1880.

*) Daß es in der That in erster Linie die Normirung der Arbeitszeit ist, welche indirekt auf die Verminderung der Kinderarbeit hinwirkte, dafür spricht schon der Umstand, daß trotz des Schutzes der Kinderarbeit in Deutschland diese von 1884 bis 1890 um zirka 47 Prozent zunahm, vergl. Seite 96.

**) Vergl. dagegen Seite 95.

1890 hielt in der Pariser medizinischen Akademie Jules Rochard einen Vortrag über die Nothwendigkeit, energisch die Kinderarbeit zu beschränken. Er führt insbesondere aus, daß das Gesetz Roussel über den Kinderschutz zwar eine leichte Abnahme der Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahre herbeigeführt habe, aber für viele Gegenden Frankreichs noch ein todter Buchstabe sei. Auch habe das Gesetz gewisse Schwächen, die zu verbessern, und Lücken, die auszufüllen seien. Da eine gute Wirkung des Gesetzes bereits zu verspüren sei, so müsse man auf diesem Wege fortschreiten, man werde dadurch Frankreich eine große Anzahl Kinder am Leben erhalten.

2. Schutz der Frauenarbeit.

Welche gewaltigen Vortheile die Schutzbestimmungen, betreffend die **Frauenarbeit**, hervorbringen, läßt sich allein schon aus den wenigen folgenden Zahlen erkennen.

Nach dem Urtheil des Fabrikaufsichtsamtes von Elsaß-Lothringen läßt sich feststellen, da in der Textil-Industrie z. B. sowohl Tag- und Nachtarbeit als auch Tagarbeit allein vorkommt, welche Vortheile das Verbot der Nachtarbeit mit sich bringen muß. Nach dem betreffenden Bericht[63]) heißt es:

„Die Beschäftigung findet in Arbeitsräumen statt, welche sich in keiner Weise von denjenigen unterscheiden, welche lediglich für den Tagesbetrieb eingerichtet seien. Auch die Arbeitsweise sei in beiden Fällen die gleiche, die Arbeitszeit aber Nachts um 22 Prozent kürzer. Gleichwohl seien nach den Kranken-Nachweisungen von 1886 und 1889 in der Kammgarnspinnerei ohne Nachtbetrieb auf 1000 Arbeiterinnen

328 Erkrankungen und 5641 Krankheitstage,
bezw. 309 „ „ 5815 „

in denjenigen mit theilweisem Nachtbetrieb auf 1000 Arbeiterinnen

429 Erkrankungen und 8730 Krankheitstage,
bezw. 413 „ „ 8865 „

entfallen.

Auch für eine Baumwollspinnerei, welche etwa seit Juni 1889 Nachtarbeit eingeführt habe, lägen brauchbare, mit den Angaben zweier gleichartigen Tagesbetriebe desselben Orts vergleichbare Krankenkassennachweise vor. Darnach berechneten sich auf 1000 Arbeiterinnen in den Tagesbetrieben:

510 Erkrankungen und 5250 Krankheitstage,

in dem Tag- und Nachtbetriebe:

625 Erkrankungen und 9130 Krankheitstage.

Wären diese Nachtbetriebe während des ganzen Jahres mit vollen Nachtschichten besetzt gewesen, so würden die betreffenden

[63]) Bericht der Arbeiterschutz-Kommission an den Reichstag; Drucksachen des Reichstages.

Erkrankungsziffern, welche jetzt durch diejenigen der Tagesarbeiter stark verdünnt erschienen, weit greller hervorgetreten sein.

Welchen Schutz das Verbot der Nachtarbeit auch in sittlicher Beziehung für die Frauen haben muß, darüber spricht sich der erwähnte Bericht ebenfalls unzweideutig genug aus:

In ähnlicher Weise schädlich wie für die Gesundheit wirke die Nachtbeschäftigung auch für die Sittlichkeit der Nachtarbeiterinnen.

„Es sei dies — selbst wenn alle übrigen Faktoren bei der Tag- und Nachtarbeit dieselben wären, was nicht der Fall sei, — schon um deswillen begreiflich, weil die Zahl der Arbeiter und damit die gegenseitige Kontrole eine geringere, die Oberaufsicht Nachts eine schlaffere sei, und weil in allen Betrieben nichtkontrolirbare Gänge, Winkel und Höfe vorhanden seien, welche betreten werden könnten und müßten.

Die größere Sittenschädlichkeit der Nachtarbeit werde auch einigermaßen durch die Thatsache bestätigt, daß nach den Krankenkassennachweisungen in Kammgarnspinnereien mit Tagesarbeit M. 995, in solchen mit Tag- und Nachtbetrieb M. 2173, in den früher verglichenen Baumwollspinnereien bei Tagesarbeit M. 282, bei Tag- und Nachtarbeit M. 1200 als Wöchnerinnenunterstützung auf 1000 Arbeiterinnen verausgabt worden seien."

Einfluß der verkürzten Arbeitszeit auf die Morbidität.

Es kann natürlich nicht zweifelhaft sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit sofort von den wohlthätigsten Folgen, was Mortalität und Morbidität anbetrifft, sein muß, wenn, wie wir früher nachwiesen, die lange Arbeitszeit die Grundursache für die Verschlechterung des Gesundheitszustandes ist.

Hierfür ist vor Allem das folgende Beispiel beweiskräftig. Wir hatten früher nachgewiesen, welchen enormen Umfang die Merkurialerkrankungen in den Fürther Spiegelbelegen erreicht hatten, selbst der Fabrikinspektor glaubte, was ja nicht ohne Weiteres selbstverständlich ist, daß diese Zunahme der Krankentage auf Konto der längeren Beschäftigung in den lebensgefährlichen Betrieben zu setzen sei.

Nach Veröffentlichung der Schoenlank'schen Arbeit richteten sich die Augen von ganz Deutschland auf Fürth, und was dort lange Jahre hindurch offenes Geheimniß der Aerzte nicht blos, sondern auch der Fabrikinspektoren und der ganzen Bevölkerung gewesen, wurde nun endlich der dringenden Abhülfe für bedürftig erachtet; und es wurden auch bald (den 19./3. 1889 für Preußen, den 30./7. 1889 für Bayern) einschneidende sanitätspolizeiliche Maßnahmen[64]) zum Arbeiterschutz in den Quecksilberbelegen getroffen.

Während 1885 auf 100 angemeldete Krankentage noch 13,52 Krankentage von Merkurial-Kranken kamen, gingen dieselben nach

[64]) Vergl. Archiv f. soz. Gesetzgeb. u. Statistik. Bd. 3, pag. 149 ff.

dem Bericht vom Landgerichtsarzt Dr. Wollmer in der „Münchener Med. Wochenschrift“ 1889 auf 4,74 und im Jahre 1890 auf 0,60 zurück.

Diesen erstaunlichen Rückgang schreibt Herr Dr. Wollmer den Arbeiterschutzmaßregeln zu, zum Theil auch allerdings dem Rückgange der Produktion. Trotz der strengen Vorschriften sind doch einige der Fabrikanten denselben noch nicht nachgekommen. Wenn trotzdem schon so günstige Resultate zu verzeichnen sind, so beweist dies, daß selbst bei diesem gefährlichsten aller Betriebe die Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter auf ein Minimum beschränkt werden kann. Aber wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen mußten erst Leben und Gesundheit in diesen „Gifthütten“ opfern, bis man sich zu durchgreifenden Schutzmaßregeln entschlossen hat. Die ganze Scheußlichkeit der Betriebe mußte erst durch Sozialdemokraten aufgedeckt und öffentlich gebrandmarkt werden, ehe man sich zur Abhülfe entschloß — Schoenlank war es durch sein aufsehenerregendes Buch, Bebel durch eine Reichstagsrede, welche die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf jene Quecksilbergifthütten gelenkt hatten. — Die Arbeiter mögen daraus ersehen, was zu ihrem Schutze geschehen kann, wenn sie ihre Forderungen nur energisch genug vertreten. Auch hierfür bringt Marx reichhaltiges Material, (vergl. Kapital I, 3. Aufl. 287).

Allgemeine Wirkung der verkürzten Arbeitszeit.

Ueber die wohlthätigen Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit im Allgemeinen äußert Professor Gunton sich dahin: Der ökonomische Erfolg der englischen Gesetzgebung, den zehnstündigen Arbeitstag eingeführt zu haben, durch Erhöhung der Löhne, vermehrte Intelligenz, Abnahme von Armuth und Verbrechen, vervollkommnete Großproduktion und dadurch bedingte billigere Herstellung aller Produkte steht einzig in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft da. In keinem Lande war der Fortschritt der arbeitenden Klassen während dieser Periode größer als in England. So ausschlaggebend war der Erfolg, daß mehrere der leitenden Staatsmänner Englands, welche der Maßregel opponirt hatten, später öffentlich im Parlament ihre Opposition bedauerten und alle weiteren Schritte für die Ausdehnung des Gesetzes unterstützten, so vor Allem Sir James Graham, welcher Staatssekretär war, als das Zehnstundengesetz eingeführt wurde, und der zwölf Jahre nach Inkrafttreten desselben im Parlament erklärte:

„Ich habe dem Hause ein Geständniß zu machen. Die Erfahrungen haben mich überzeugt, daß viele der Einwände, welche früher gegen das Fabrikgesetz vorgebracht wurden, durch die Thatsachen nicht bestätigt worden sind, daß vielmehr die wichtige Maßregel viel zum Wohle der Frauen und Kinder und zur Hebung der Lebenslage und Gesammtheit der Arbeiter im Allgemeinen beigetragen hat, ohne die Fabrikanten zu schädigen. Durch Abgabe

meiner Stimme heute Abend will ich versuchen, den Fehler, den ich in früherer Zeit durch Opposition gegen das Fabrikgesetz begangen, einigermaßen wieder gut zu machen." Der Bildungsgrad der Massen während jener Zeit hat sich in gleich günstiger Weise gehoben; die Zahl Jener, welche lesen und schreiben können, ist um 33 Prozent schneller als die Bevölkerung gestiegen und beträgt jetzt 82 Prozent, die Zahl der Arbeiterkinder, welche Schulen besuchen, hat sich sogar um 500 Prozent vermehrt. Nach der offiziellen Statistik war in England das Verhältniß der Armen zur Bevölkerung 1850 wie 1 zu 18, 1885 nur wie 1 zu 56; mithin eine Abnahme von über 69 Prozent, die gleichfalls größer ist, als in irgend einem anderen Lande. Genau so verhält es sich mit den Verbrechern. 1850 war 1 aus 870 Personen ein Verbrecher, 1860 nur 1 aus 2071 und 1885 nur noch 1 aus 3372; es ist dies eine Abnahme um nahezu 70 Prozent, während in Frankreich dieselbe nur 30 und in Deutschland 25 Prozent betrug. Auch der Genuß berauschender Getränke hat sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit stetig vermindert, wie Professor Levi in einer genauen Statistik unbestreitbar bewiesen hat.[65])

Vor Allem wichtig ist auch hier der Hinweis auf Australien, das einzige Land, in welchem der achtstündige Arbeitstag infolge seiner Wirksamkeit während der Zeit einer ganzen Generation sich in seiner ganzen kulturellen Bedeutung manifestiren konnte.

„In Australien wächst — und zum sehr großen Theil infolge des Achtstundentages — eine Arbeiterklasse heran, welche, was ihre moralische Beschaffenheit, ihre Intelligenz und ihre industrielle Leistungsfähigkeit anbetrifft, wahrscheinlich schon jetzt unserer anglosächsischen Rasse überlegen ist, und deren Lebensfreudigkeit, Frohsinn und Wohlstand seines Gleichen nie zuvor in der Welt gesehen. Und das Alles, ohne daß irgend Jemand darum um einen Shilling schlechter daran wäre." [66])

So sehen wir denn auch, wie der australische Arbeiter seine Muße dazu benutzt, um sich fortzubilden. Dr. Bauer schreibt darüber[67]): „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ganze Entwickelung der Erwerbsverhältnisse des australischen Arbeiters auch auf seinen Charakter von tiefgehendem Einfluß gewesen ist. Alle Beobachter betonen seine von der Arbeitsunrast des englischen und amerikanischen Arbeiters so abweichende Lust und Fähigkeit, zu genießen. Er besucht Museen, Theater und Bibliotheken, die er als sein Nationaleigenthum betrachtet. Er schätzt die Muße wie die Arbeit, und in diesem südlichen Klima erinnern sein Kunstsinn wie seine

---

[65]) Der achtstündige Arbeitstag. 1. Jahrg. Nr. 11. pag. 87 ff. Basel 1890.

[66]) John Rae l. c. Vergl. das Kapitel über Arbeitszeit pag. 69 ff., insbesondere pag. 70.

[67]) Dr. Stephan Bauer: Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie. 3. Folge. 1. Bd.

Leidenschaft für körperliche Uebungen an die Lebensfreudigkeit des italienischen und altgriechischen Volkes."

Kein Wunder deshalb, daß nach Rae's Bemerkung die größten Gegner des Achtstundentages nicht die Unternehmer, sondern die Schankwirthe sind. Herr John Rae konstatirt, daß seit Einführung des Achtstundentages der früher sehr starke Besuch der öffentlichen Wirthshäuser so erheblich abgenommen hat, daß die Besitzer jener zweifelhaften Schanklokale zu den erbittertsten Gegnern des Achtstunden-Arbeitstages gehören.

Das ist eine treffliche Antwort auf die Frage des Stumm und Konsorten, „was wird der Arbeiter mit der vielen freien Zeit beginnen?" und die in ihrer beschränkten Einsicht glauben, daß er diese Zeit im Wirthshause todtschlagen und dabei verlumpen werde.

Die Zahl der Verhaftungen wegen Trunkenheit fiel in Australien von 18,19 per Tausend der Bevölkerung im Jahre 1877 auf 9,4 im Jahre 1888, der Spirituosenverbrauch nahm ab.[68])

Sehr richtig bemerkt deshalb auch Lujo Brentano im „Deutschen Wochenblatt":

„Wie oft tritt nicht Jedem von uns im Gespräche die Bemerkung entgegen, es wäre ein wahres Unglück, wenn die Arbeiter nur acht Stunden zu arbeiten brauchen, sie würden den Rest der Zeit nur versaufen. In diesem Stadium der Argumentation ist einst auch England gewesen; der großartige sittliche und geistige Fortschritt, welcher Hand in Hand mit der allmäligen Kürzung des Arbeitstages die auf die Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Bemühungen geleitet hat, hat solche Argumente zum Schweigen gebracht. Nicht, als ob die große Mehrzahl der Gebildeten Englands nicht noch heute ein Gegner des gesetzlichen Achtstundentages wäre! Aber man lese die Verhandlungen der British Assoziation zu Leeds am 5. September v. J. Da war Keiner von den Gegnern, vom vornehmsten bis zum geringsten, der nicht die Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden als an sich äußerst erstrebenswerth hinstellte; man dissentirte nur rücksichtlich der Möglichkeit und der Mittel, die zur Erreichung dieses Zieles zur Anwendung kommen sollten. Hierdurch hat die Diskussion der Frage in England den gehässigen Charakter, der ihr in Deutschland anhaftet, verloren. Es handelt sich dort um keine phantastische Forderung, wie wenn der Arbeitstag plötzlich von 12 oder 11 auf 8 Stunden herabgesetzt werden sollte, sondern um die praktisch höchst diskutirbare Frage, ob 9 oder 8 Stunden; und indem man darüber einig ist, daß der Achtstundentag etwas sehr Wünschenswerthes sein würde, streitet man lediglich darüber, ob man ihn durch Gesetz zwangsweise einführen oder es den Gewerkvereinen überlassen soll, ihn nach Möglichkeit durchzusetzen."

---

[68]) Dr. Stephan Bauer l. c.

Politische Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.

In der That, die Abkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste Vorbedingung für die intellektuelle und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Sie ist in einem Staate des allgemeinen Stimmrechts, in einem Staate, in dem die Arbeiter zur Selbstverwaltung herangezogen werden sollen, sogar eine politische Nothwendigkeit. Wie soll der Arbeiter, der durch die Verfassung zur Entscheidung über die schwersten Fragen der Zeit berufen wird, von seinen Rechten einen angemessenen Gebrauch machen, wenn man ihm nicht die Muße zugesteht, sich entsprechend zu unterrichten? Wie soll sich weiter der Arbeiter einen ausgeprägten Sinn für Familienleben, für Häuslichkeit, für eine menschenwürdige Wohnung bewahren, wenn er sie beim Morgengrauen verläßt und erst in später Nachtstunde heimkehrt? Erst die Abkürzung der Arbeitszeit, wie sie durch die fortschreitenden technischen Verbesserungen ja möglich und nothwendig wird, gestattet dem Arbeiter eine allmälig wachsende Antheilnahme an den Gütern der modernen Kultur, also eine Annäherung an das ideale Ziel der menschlichen Entwickelung.[69])

* * *

In den vorstehenden Auseinandersetzungen suchten wir ein möglichst anschauliches Bild von dem gegenwärtigen, durch die Herrschaft des Kapitalismus charakterisirten Gesellschaftszustand zu geben. — Wir erkannten, daß die kapitalistische Produktionsweise als das ursächliche Moment für Noth und Elend, für Prostitution und Verbrechen aufzufassen ist, daß es der Kapitalismus ist, welcher die edelsten Blüthen der Kultur knickt, daß er ein Interesse am kulturellen Fortschritt nur insoweit nimmt, als durch denselben sein Besitzstand, die Möglichkeit des mühelosen Genießens gesichert bleibt. — Wir zeigten ferner, wie überall die Besitzenden, die kraft ihrer ökonomischen Ueberlegenheit auch politisch Mächtigen, ihr ganzes Interesse daraufhin richten, den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft für alle Zeiten zu konserviren. — Aber wie es in der Natur keinen Stillstand giebt, so auch in den Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Gliedern der Gesellschaft nicht. Für die Natur, für die Gesellschaft ist Entwickelung das einzige Losungswort. Wir zeigten darum auch, wie in der gegenwärtigen Gesellschaft bereits die Keime der sozialistischen Gestaltung aller Lebensbeziehungen zur Entwickelung kommen — wie die soziale Revolution permanent ist und mit unwiderstehlicher Allgewalt nach der nächsten Etappe der Gesellschaftsbildung, dem Sozialismus, tendirt. — Wenn wir soweit gediehen sind, dann kommen unsere Gegner — freilich sind es nicht die Einsichtsvollsten, wohl aber die Schellenlautesten — und verlangen von uns, daß wir nicht blos die Marksteine der Entwickelung, sondern auch die Details der möglichen Entwickelungsform einer

Zukunftsstaat.

[69]) Herkner: Zur Kritik und Reform der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung. Braun's Archiv, Bd. 3, 242.

zukünftigen Gesellschaft zeichnen. Die Frage nach dem Zukunftsstaat ist die Vexirfrage, über welche man den Sozialismus stolpern lassen will, ohne daß die Frager erkennen, daß die Fragestellung an sich schon ein ideologischer Unsinn ist.

Wenn wir eine bestimmte Kulturperiode, die durch einen ganz bestimmten Zustand der wirthschaftlichen Entwickelung charakterisirt ist, betrachten, so sind wir auch in der Lage, die auftretenden gesellschaftlichen Erscheinungen ganz eindeutig aus bestimmten Ursachen heraus zu erklären. Barer Unsinn aber ist es, sich zu unterfangen, darzulegen, welche Bahnen in positiver Richtung die Kulturentwickelung nehmen wird, wenn die hemmenden Elemente in Wegfall kommen. Wir sind ja bisher überhaupt noch nicht in der Lage gewesen, die immanenten Kräfte eines wirthschaftlich völlig unbehinderten Individuums kennen zu lernen, sofern sich das Individuum als Typus und nicht als gesellschaftliche Einzelerscheinung darstellt; — jede Spekulation wird darum auch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben müssen. — Als Telegraph und Eisenbahn in Erscheinung traten, wäre auch der scharfsinnigste Kopf nicht im Stande gewesen, die Form der Entwickelung von Handel und Verkehr oder dessen Intensität auch nur annähernd vorauszubestimmen. — Ganz analog, nur unendlich viel komplizirter ist es mit der Frage nach dem sozialistischen Zukunftsstaat bestellt; ihn zu beschreiben, ist schon physisch ganz unmöglich, weil unser ganzer Gedankengang, unser ganzes Abstraktionsvermögen selbst ja wieder eine Funktion des kapitalistischen Milieus ist, in dem wir nun einmal leben und aus dem wir uns spontan nicht hinauszusetzen vermögen. — Darin beruht eben, wie wir es in der Einleitung bereits sagten, die Bedeutung des w i s s e n s c h a f t l i c h e n Sozialismus gegenüber dem utopischen Sozialismus, daß er nicht mehr Systeme baut, die mit einem oder mit beiden Beinen in den Gesellschaftsanschauungen stehen, aus welchen der Systemverfertiger nun einmal nicht hinaus kann, sondern daß er sich selbst die Grenzen zeichnet, wo die Kritik aufhört und die Metaphysik, die transzendente Spekulation beginnt. — Dies ist der Standpunkt, den die Sozialdemokratie als Partei immer eingenommen hat und den sie immer einnehmen muß, wenn sie nicht von dem realen Untergrunde der thatsächlichen Verhältnisse den Saltomortale in das ungewisse Blaue hinein riskiren will. — Kurz und knapp kommen diese Anschauungen in dem Programm der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck, das als eine Fixirung der wissenschaftlichen Erkenntniß gelten kann, die zur Zeit von uns erreicht ist.



Berichtigungen und Nachträge.

Seite 28 Z. 23 lies: Hyndman anstatt Hyndmann.

„ 54 Z. 19 lies: Befriedigung anstatt Befriediung.

„ 59 Die Fälle von Blutschande in Württemberg sind in dem Jahresdurchschnitt 1882/89: 43,5 oder 1,67 auf 100 000 Strafmündige, während für ganz Deutschland die entsprechende Zahl 0,98 ist. Die genannte Zahl wird nur noch übertroffen von der Rheinpfalz mit 1,74 und der Rheinprovinz mit 3,22.

„ 60 Für die Fälle von Nothzucht weist Württemberg im Durchschnitt der Jahre 1882/89 313 auf, oder 12,1 auf 100 000 Strafmündige, während für ganz Deutschland nur 8,97 Fälle kommen. Z. 22 lies: heizbarem Zimmer. Z. 24 Hamburg 39 Prozent.

„ 62 Beim 1. Absatz ist die Marginalnote „Wohnungsverhältnisse in Basel" zu ergänzen.

„ 83 Z. 22 lies: so zwar anstatt und zwar.

„ 101 Z. 18/19 lies: „Die soziale Lage des Proletariates, oder wenigstens großer Massen desselben . . . ."

„ 125 Z. 1 v. u. lies: Statistik anstatt Statistiken.

„ 187 Die zweite Marginalnote muß heißen: „Direkte und indirekte Steuer; Verhältniß beider."

„ 191 Z. 5 v. u. lies: „In Hamburg z. B. betrug nach Laspeyres . ."

„ 197 Z. 3 lies: Oesterreich und Rußland.

„ 199 Z. 9 lies: Schleppenträger. Z. 5 v. u. lies: 19 Prozent anstatt 25 Prozent. In der vorhergehenden Tabelle ist zu ergänzen: Besitzthümer von 2 bis 5 Hektar 981 407 oder 18,6 Prozent, 5 bis 10 Hektar 554 174 oder 10,5 Prozent.

„ 201 In der letzten Tabelle ist der Durchschnitts-Brotpreis für 1891 mit 79,1 ₰ zu ergänzen.

„ 210 Z. 16 v. u. lies: Nationalökonom Say.

„ 225 Sind die Nachweisungen der Lehrergehälter um nachstehende Tabelle zu ergänzen: Nach einer im Jahre 1889 veröffentlichten Statistik über Gehälter der preußischen Volksschullehrer hatten

3 218	weniger als	ℳ 600	Gehalt
14 391	„ „	„ 750	„
20 878	„ „	„ 810	„
30 562	„ „	„ 900	„
39 558	„ „	„ 1 050	„
45 344	„ „	„ 1 200	„
49 014	„ „	„ 1 350	„

Mehr als M. 1350 hatten also nur 8888 Lehrer, und von diesen stiegen nur 3028 Lehrer — die Rektoren, Hauptlehrer, und Lehrer der Großstädte ꝛc. eingerechnet — über M. 1800.

„ 239 Marginalnote lies: Armeen anstatt Armen.

Programm
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte, außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hülfeleistung, einschließlich der Geburtshülfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
    a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
    b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
    c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
    d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
    e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygieine.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechtes.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Wirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

[illegible].	2 Std., davon $1^1/_2$ Std. vor 3 Uhr Nachm.	—	—	Für Kinder und junge Leute.	Das Gesetz erstreckt sich auf Fabriken und fabrikmäßig betriebene Werkstätten. — Die Fabrik-Inspektion erstreckt sich auf nur 25 000 Arbeiter.
d.	2 Std.	In Bergwerken Minderjährige unter 14 Jahren.	—	—	Das Gesetz erstreckt sich auf Fabriken, Bergwerke, Handwerksbetriebe. — Fabrik-Inspektor vorhanden.
	—	—	—	—	Das Vorhandene auf Fabriken und Bergwerke beschränkt. — In 15 Staaten sind Arbeitsämter vorhanden.
	—	—		—	Das an sich recht brauchbare Arbeiterschutzgesetz steht nur auf dem Papier.

Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterschutzbestimmungen in den einzelnen Ländern.

Land	I. Arbeitszeit erwachsen. Männer	II. Frauen a Arbeitszeit	II. b Nachtarbeit	II. c Arbeitspausen im Allgemeinen	II. d Arbeitspausen verheiratheter Frauen	II. e Beschäftigung von Wöchnerinnen verboten	II. f Verbot der Frauenarbeit	II. g Ausnahmen	III. Jugendliche Arbeiter a Die Kinderarbeit ist verboten	III. b Im Uebrigen ist sie beschränkt	III. c Zeit der Beschäftigung	III. d Dauer der Pausen für Kinder	III. e Dauer der Pausen für junge Leute	III. f Verboten ist die Arbeit jugendlicher Arbeiter	III. g Ausnahmen	Sonntagsruhe	Bemerkungen
Deutschland		11 Std vor einem Feiertag 10 Std	Verboten von 8½ Abds bis 5½ Mrgs Vor einem Feiertag nach 5½ Abds	1 Std Mittag	1½ Std Mittag	Bis 6 Wochen nach der Niederkunft bis 4 Wochen bei Nachweis ärztlichen Zeugnisses	Aus Gründen der Sittlichkeit und Gesundheit für gewisse vom Bundesrath bezeichnete Fabrikationszweige	Die Arbeitszeit kann verlängert werden nach eingeholter Erlaubniß bis auf tägl 13 Std zusammen bis auf 40 Tage binnen Jahresfrist bei Reinigungsarbeiten am Samstag bei Naturereignissen Wegfallen sollen jedoch Spinnereien und Fabriken mit ununterbrochenem Feuerbetrieb	Bis zum 13 Jahr	Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht länger als 6 Std täglich beschäftigt werden	5½ Mrgs bis 8½ Abds	½ Std	Mittags 1 Std Vor und Nachmittag je ½ Std	An Sonn u Feiertagen Aus Gesundheits- und Sittlichkeitsgründen in gewissen Fabrikationszweigen	Wie bei II g	24 Std für zwei aufeinander folgende Feiertage 36 Std Weihnachten Ostern Pfingsten 48 Std	Die Arbeiterschutzbestimmungen sind auf Fabrikbetriebe und Bergwerke beschränkt Fabrik-Inspektion vorhanden
Oesterreich	11 Std	11 Std	Verboten von 8 Abds bis 5 Mrgs	1½ Std	1½ Std	4 Wochen	In gefährlichen und gesundheitsschädlichen Betrieben	Jetzt fast allerwegs gefallen — nur bei Fabriken mit ununterbrochenen Betriebe zulässig	In Fabriken bis zum 14 Jahr in Handwerksbetrieben bis zum 12 Jahr	Bis 14 Jahre auf 8 Std, dann 11 Std kann bei jungen Leuten bis 16 Jahre weiter beschränkt werden	5 Mrgs bis 8 Abds	1½ Std	1½ Std	Bis zum 14 ev 16 Jahr, wenn die Arbeit der Gesundheit nachtheilig, der Körperentwickelung hindernd, dem Schulbesuch gefährdend ist	Die gesetzliche Arbeitsdauer darf nie überschritten werden	24 Std	Auf Fabriken und Bergwerke ꝛc beschränkt Fabrik-Inspektion vorhanden
Schweiz	11 Std vor Feiertagen 10 Std zwisch 5 resp 6 Mrgs bis 8 Abds Nachtarbeit nur für kontinuirliche Betriebe gestattet	Wie bei I	Verboten	1 Std	1½ Std Mittag	8 Wochen davon müssen 6 Wochen seit der Niederkunft verstrichen sein	Verboten bei d Reinigung im Gange befindlicher Motoren ꝛc und gefahrdrohenden Maschinen	Ausnahmen können gestattet werden Bei Spinnereien und Fabriken mit ununterbrochen Betriebe dagegen nicht	Bis zum 14 Jahr	Für junge Leute von 14 bis 16 Jahren inkl Schulunterricht nicht länger als 11 Std	resp 6 Mrgs bis 8 Abds	1 Std	1 Std	Während des Schul- und Konfirmanden-Unterrichtes für jugendliche Arbeiter bis 16 Jahre und wenn es das Interesse der Kinder erfordert	Wenn die Unerläßlichkeit des Mitwirkens der Kinder dargethan wird und wenn es im Interesse tüchtiger Berufsbildung liegt dann aber muß die Nachtarbeit weniger als 11 Std dauern	24 Std	Auf Fabriken und Bergwerke ꝛc beschränkt Fabrik-Inspektion vorhanden
Großbritannien		10 Std vor einem Feiertag 9 Std von 6 bis 6 resp 6 bis 6 In Textilfabriken 56½ Std wöchentlich inklusive ½ Std für Reinigung	Verboten	1½ Std wovon 1 Std vor 5 Uhr Nachmittags Sonnabends ½ Std Die Arbeit darf nicht länger als 5 Std ununterbrochen andauern In Textilfabr 2 Std nicht länger als 4½ Std ununterbrochen	Wie II c	Unbeschränkt	In Bergwerken unter Tage	Nachtarbeit kann ausnahmsweise gestattet werden Mehrarbeit kann gestattet werden 1 in Fabriken betrieb durch Wasserkraft 2 Aus Anlaß des Geschäftsbetriebes 3 Aus Anlaß d Eintrittes bestimmter Jahreszeiten 4 Aus Anlaß d Eintrittes unvorhergesehen Umstände 5 Im Falle der Gefahr	Bis zum 10 Jahr, bis zum 13 Jahr wenn kein ärztl Attest beigebracht werden kann In Textilfabr Beschäftigung in Vor u Nachmittagsschichten geboten nicht länger als 4½ Std ununterbrochen	Für junge Leute von 14 bis 16 J wie bei Frauen nach 16 Jahr als „Vollarbeiter" (fulltimers) beschäftigt	6 bis 6, 7 bis 7 wie bei Frauen	Wie II c	Wie II c	Der Kinder in gesundheitsgefährl Betrieben	Wie bei Frauen	Arbeit ruht am Sonntag Weihnachtsfeiertag Charfreitag außerdem 8 halbe Feiertage die nicht auf Sonnabend fallen dürfen	Auf Fabriken und Bergwerke beschränkt ausgenommen Werkstätten in denen Flachs gebrochen wird und keine Kinder beschäftigt sind Fabrik-Inspektion vorhanden
Frankreich			Verboten für minderjähr Mädchen (bis zum 21 Jahr) aber nicht Frauen und Wittwen von 9 Abds bis 5 Mrgs				In Bergwerken ꝛc unter Tage	Kaum noch nöthig	Bis zum 12 Jahr doch kann die Grenze im Verwaltungswege auf das 10 Jahr herabgesetzt werden Gebrauch wurde davon gemacht in Textil Glas und Papierfabriken	Bis zum 12 Jahr 6 Std von 12—16 Jahren 12 Std Lehrlinge unter 14 Jahren nicht länger als 10 Std von 14 bis 16 Jahren nicht länger als 12 Std	Nachtarbeit bis zum vollendeten 16 Jahr verbot	Eine Ruhepause muß vorhanden sein	Ruhepausen müssen vorhanden sein	In gesundheitsschädl und gefährl Betrieben, wenn nicht eine Verordnung der öffentl Verwaltung anders bestimmt	In Fabriken mit kontinuirl. Betrieb können Kinder über 12 Jahr zu unumgängl Arbeiten in der Nacht und am Sonntag gebraucht werden, aber die nöthige Zeit zur Erfüllung ihrer religiösen Verpflichtung muß ihnen gelassen werden Diese Vergünstigung erhielten Papier- Zucker- Glas- Metallfabrikation	Kinder dürfen am Kirchenbesuch nicht gehindert werden	Soweit vorhanden, auf Fabriken und Bergwerke beschränkt Fabrik Inspektion vorhanden
Belgien			Verboten für Arbeiterinnen bis 21 Jahr				In Bergwerken ꝛc unter Tage	Ausnahmebestimmungen in reichlicher Fülle vorhanden	In verschied Wandergewerben Bis zum 12 J	Für Personen von 12 bis 16 Jahren höchstens 12 Std exkl Pausen	Nachtarbeit bis zum 12 J verboten	1½ Std.	1½ Std		Ausnahmebestimmungen ausgiebig vorgesehen		Das Gesetz war 1890 noch nicht in Kraft Fabrik Inspektion auf dem Papier
Niederlande		11 Std von 5 Mrgs bis 7 Abds	Verboten von 10 Abds bis 5 Mrgs	1 Std	1 Std	4 Wochen nach der Niederkunft	In gefährl und gesundheitsschädl Betrieben, resp beschränkt	Bei Naturereignissen dringenden Betriebserfordernissen	Bis zum 12 Jahr.	Bei jungen Leuten bis 16 Jahre in gefährl Betrieben beschränkt resp ganz verboten, Arbeitsdauer 11 Std	5 Mrgs bis 7 Abds	1 Std	1 Std	Nachtarbeit verboten für Kinder unter 14 Jahren von 10 Abds bis 5 Mrgs cfr. III. b	Wie bei Frauen Für junge Leute von 14 bis 16 J kann die Sonntagsarbeit bis 6 Mrgs erlaubt werden	Mit Berücksichtigung der Konfession für Frauen und jugendl Arbeiter geboten	Das Gesetz erstreckt sich auf Fabriken und Werkstätten (einschl Hausindustrie) 4 Gewerbe-Inspektoren sind vorhanden
Italien									Bis zum 9 bis 10 Jahr unter Tage	Kinder bis 15 J dürfen in Fabriken, Gruben ꝛc nur auf ärztl. Zeugniß beschäftigt werden Arbeitszeit 8 Std für Kinder bis 12 Jahre	Nachtarbeit für Kinder unter 12 Jahren verboten von 12 bis 15 Jahren 6 Std	1 Std	1 Std	In gefährlichen und gesundheitsschädl Betrieben verboten bis 15 Jahre	Von den Bestimmungen über die Nachtarbeit kann bei Kindern unter 12 Jahr der kontinuirlichen Betrieben abgegangen werden		Die wenigen Gesetzesbestimmungen erstrecken sich nur auf Fabriken und Bergwerke ꝛc
Dänemark									Bis zum 10 Jahr	Kinder von 10—14 Jahren nicht länger als 6½ Std zu beschäftigen von 14—18 Jahren 12 Std	6 Mrgs bis 8 Abds für Kinder 5 Mrgs bis 9 Abds für junge Leute	2 Std	2 Std davon 1½ Std vor 3 Uhr Nachm			Für Kinder und junge Leute	Das Gesetz erstreckt sich auf Fabriken und fabrikmäßig betriebene Werkstätten Die Fabrik Inspektion erstreckt sich auf nur 20000 Arbeiter
Schweden							In Bergwerken Frauen unter 18 Jahren		Bis zum 12 Jahr in Fabriken und Handwerksbetrieben	Unter 14 Jahren nicht länger als 6 Std unter 18 Jahren nicht länger als 10 Std	Nachtarbeit für Minderjährige verboten	½ Std	2 Std	In Bergwerken Minderjährige unter 18 Jahren			Das Gesetz erstreckt sich auf Fabriken Bergwerke Handwerksbetriebe Fabrik-Inspektor vorhanden
Amerika In den Vereinigten Staaten ist die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht einheitlich geregelt	10 Std in Maine Minnesota Nebraska Ohio Rhode Island, 8 Std in Californien New York Pennsylvanien — wenn nicht andere Arbeitsverträge vorliegen. Von Sonnen-Aufgang bis Untergang in Georgien	8 Std in Wisconsin 10 Std Dakota Massachusetts Michigan Minnesota Sonst wie bei I							Bis zum 10 Jahr in Fabriken Michigan Massachusetts Rhode-Island, Vermont Bis zum 12 Jahr New-Jersey (Knaben) Kansas Indiana Bis zum 13 Jahr Pennsylvanien Bis zum 14 Jahr New-Jersey (Mädchen) Ohio	Die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter ist beschränkt auf 8 Std in Californien, Wisconsin (Arbeiter unter 18 J) 10 Std (Connecticut (Arbeiter unter 18 J) Indiana (Arbeiter unter 18 J) Maryland (Arbeiter unter 16 J), Michigan (Arbeiter von 10 bis 18 J) Minnesota (Arbeiter unter 18 J) New-Hampshire (Arbeiter unter 18 J) Vermont (Arbeiter von 10—15 J)							Das Vorhandene auf Fabriken und Bergwerke beschränkt In 1. Staaten sind Arbeitsämter vorhanden
Rußland																	Das an sich recht brauchbare Arbeiterschutzgesetz steht nur auf dem Papier



